

[www.doew.at](http://www.doew.at)

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.)

Jahrbuch 2011



Dokumentationsarchiv des  
österreichischen Widerstandes (Hg.)

# JAHRBUCH 2011

Schwerpunkt:  
Politische Verfolgung  
im Lichte von Biographien

Redaktion:  
Christine Schindler

Der Druck dieser Publikation wurde finanziell unterstützt durch:

Arbeiterkammer Wien  
Kulturabteilung der Stadt Wien (MA 7 – Wissenschaft)

Layout: Christa Mehany-Mitterrutzner

Die Beiträge der einzelnen AutorInnen repräsentieren grundsätzlich deren Meinung.

**Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.d-nb.de> abrufbar

ISBN 978-3-901142-59-8

© Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes  
Wien 2011

Herstellung: Plöchl Druck GmbH, A-4240 Freistadt

Auslieferung: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes  
Wipplingerstraße 6-8 (Altes Rathaus)  
A-1010 Wien  
Tel. +43-1-22 89 469-319  
Fax +43-1-22 89 469-391  
e-Mail: [office@doew.at](mailto:office@doew.at)  
<http://www.doew.at>

---

## Inhalt

Christine Schindler  
Redaktionelle Vorbemerkung 7

Barbara Prammer  
Rede anlässlich der Jahresversammlung des  
Dokumentationsarchivs des österreichischen  
Widerstandes am 9. März 2010, Altes Rathaus 13

### *Schwerpunkt*

#### *Politische Verfolgung im Lichte von Biographien*

Stephan Roth  
„Mein Augenmerk war immer darauf gerichtet, mich nicht  
erwischen zu lassen, denn nur, wenn ich am Leben bliebe,  
konnte ich gegen Hitler kämpfen [...].“  
Widerstand und Verfolgung der Familie Wukitsewits aus  
Maria Lanzendorf von 1938–1945 21

Timon Jakli / Heide Gsell  
„Entweder alles oder gar nichts!“  
Biographische Texte von ZeugInnen Jehovas am Beispiel  
des Wehrdienstverweigerers Richard Heide 111

Marianne Baumgartner  
Das Theresienstädter Künstlerpaar Erika und Carlo Taube.  
Eine biographische Spurensuche 138

Heimo Halbrainer / Gerald Lamprecht  
Evangelisch getauft und als Juden verfolgt.  
Ein Beitrag zur Geschichte einer „vergessenen“  
Opfergruppe des Nationalsozialismus 167

Hans Schafranek Julius Kornweitz und Leo Gabler – Auslandsemissäre der KPÖ im Visier der Gestapo	<b>185</b>
Wolfgang Form / Ursula Schwarz Die Tagesrapporte der Gestapo-Leitstelle Wien	<b>209</b>
Irene Filip Biographische Skizze aus dem Spanienarchiv: Dora und Hans Kaiser	<b>230</b>
Regula Nigg Paraguay und die österreichischen Vertriebenen (1938–1945)	<b>238</b>
Jonny Moser Flucht über Wien 1942/43	<b>264</b>
Christa Mehany-Miterrutzner Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Tätigkeitsbericht 2010	<b>272</b>
AutorInnen	<b>302</b>

---

## Redaktionelle Vorbemerkung

Die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus nimmt einen zentralen Platz in der Arbeit des DÖW ein. Grundlegende Projekte der namentlichen Erfassung der Holocaustopfer und der Opfer politischer Verfolgung förderten viele Tausende Namen von Verfolgten, WiderstandskämpferInnen, Ermordeten, Vertriebenen zutage. Hunderte im DÖW archivierte Interviews mit ehemals Verfolgten sichern die persönlichen Erinnerungen, die DÖW-Bibliothek beherbergt viele Biographien und Autobiographien. Das vorliegende Jahrbuch versammelt Beiträge aus dem DÖW sowie uns nahestehender Institutionen und ForscherInnen zu Einzelpersonen und Gruppierungen, die Arbeiten zeugen von der nicht nachlassenden Geduld der AutorInnen, aus verstreuten Einzelinformationen Puzzles von Schicksalen zusammensetzen. Gerade die konkreten Biographien zeigen auch mögliche Handlungsräume und verschiedene Handlungsweisen der Menschen von Widerstand und Unterstützung Verfolgter bis hin zu Denunziationen und persönlichen Bereicherungen. Die einzelnen Beiträge verdeutlichen, dass die Bevölkerung von den Verfolgungen nicht nur wusste und diese teilweise mit eigenen Augen sah, sondern dass so manche resp. zu viele auch aktiv dazu beitrugen. Die Biographien können Orientierungshilfen für Zivilcourage heute sein, sie sind Mahnungen für Sorgsamkeit um Demokratie und Menschenrechte. Die Opfer verweisen auf die Folgen von Diktatur und Krieg.

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, die bei der Jahresversammlung des DÖW am 9. März 2010 im Festsaal des Alten Rathauses die Festrede hielt, nahm gerade auf das Demokratieverständnis der ÖsterreicherInnen Bezug. Nach aktuellen Umfragen sei der Wert der Demokratie fest im Bewusstsein der Menschen verankert, dennoch hätte immerhin ein Fünftel kein grundsätzliches Problem mit einem diktatorischen Führer, dem stets in unreflektierter Phantasie herumgeisternden „starken Mann“. Die rechtsextremen Umtriebe und Vorfälle sogar in KZ-Gedenkstätten, die Verbreitung rassistischen und demokratiefeindlichen Gedankenguts, erst recht solcher Handlungen, müssen – z. B. mit dem Verbotsgesetz oder dem Strafrecht – von der Justiz geahndet werden. Die Gesellschaft aber ist gefordert vorzubeugen, beispielsweise durch politische Bildung. Prammer forderte nicht ein versöhnliches Erinnern, sondern ein tätiges Den-Anfängen-Wehren, auch der Politik, und würdigte die Arbeit des DÖW gleichermaßen als forschende, erinnernde und mahnende Institution. Um die historischen Faken mit der jeweiligen Ge-

genwart in eine Beziehung setzen zu können, bedarf es, so Prammer, auch der Schaffung persönlicher Anknüpfungspunkte.

Die Nationalratspräsidentin schloss in ihre Festrede auch die Laudatio für die Preisträgerin des Willy und Helga Verkauf-Verlon Preises für antifaschistische Literatur 2009 ein: die vielfach ausgezeichnete und hoch geschätzte Kinder- und Jugendbuchautorin Christine Nöstlinger. Viele der jüngeren Anwesenden bei der Jahresversammlung des DÖW sind mit den Büchern Nöstlingers aufgewachsen, die sich unaufdringlich mit den Ausgegrenzten, AußenseiterInnen und Schwachen solidarisieren. Nöstlinger dankte in einer kurzen Rede:

„[...] Meine Frau Mutter war eine starke Frau, zudem eine, die – wie man so sagt – das Herz auf der Zunge hatte, auch in der Nazi-Zeit. Und wie kleine Kinder das so tun, hielt ich sie auch für eine mächtige Frau, die ihren Willen immer durchsetzt.

Und sie erzählte mir oft vom Herrn Blau, der im Nachbarhaus eine Flickschneiderei hatte, und davon, wie er 1938 von SA-Männern gezwungen wurde, mit einem Zahnbürstl den Gehsteig von drei aufgestellten Sozi-Pfeilen zu säubern, bevor er auf einen LKW verfrachtet und ins KZ gebracht worden war.

Und zum Schluss sagte sie immer, sich vor sich selber rechtfertigend: „Wenn i net euch ghabt hätt, wär i dreingefahrn und hätt's den Rotzbuam scho zeigt! Aber da täts ihr jetzt im Heim sein!“

Ich zweifelte nicht daran, dass meine Mutter den Herrn Blau gerettet hätte. Nur wegen mir, damit ich nicht in ein Heim muss, hatte sie es nicht getan. Also bin ich, sagte ich mir, am Tod vom Herrn Blau schuld. Das war zwar kein schönes Gefühl, aber immerhin eines, das prägend für mein Leben gewesen ist. [...]

Möglicherweise sind viele der Kinder, die vor zehn, zwanzig, dreißig oder vierzig Jahren gern meine Bücher gelesen haben, heute begeisterte Strache-Wähler.

Aber ebenso möglich wäre es, dass meine Bücher ein paar Kinder davon abgehalten haben, zu Strache-Wählern zu werden.

Ich befürchte Ersteres und hoffe auf Letzteres. [...]“

Diese Auffassung, sich der Wirkung nicht sicher sein zu können, aber dennoch an der Arbeit der Aufklärung und Erinnerung festzuhalten, teilt die Schriftstellerin mit den Anwesenden der Jahresversammlung des DÖW,

den ehemaligen WiderstandskämpferInnen und den nachgeborenen WissenschaftlerInnen.

Die Verbrechen wurden nicht nur in den Konzentrationslagern und an den Kriegsfrenten im Osten begangen. Vieles geschah vor den Augen der Bevölkerung und NachbarInnen wurden zu TäterInnen. In den kleinen Orten und in den Grätzeln der Städte kannte man die Nazis und ihre Opfer, die MitläuferInnen und die Verfolgten. Die Geschichte einer widerständigen Familie in einem kleinen Ort in Niederösterreich, die sich gegen die NS-Diktatur und ihre kleinen Diktatoren im Ort auflehnte, beschreibt Stephan Roth, Bibliothekar des DÖW, in seinem Beitrag *„Mein Augenmerk war immer darauf gerichtet, mich nicht erwischen zu lassen, denn nur, wenn ich am Leben bliebe, konnte ich gegen Hitler kämpfen [...]“*. *Widerstand und Verfolgung der Familie Wukitsevits aus Maria Lanzendorf von 1938–1945*. Roth stand hierfür ungewöhnlich reichhaltiges Material zur Verfügung, das er detailreich aufbereitete. Er nennt die Namen der Täter und ihre Taten, beschreibt die Exzesse der ersten „Anschluss“-Stunden und beendet die Geschichte einer Familie und ihrer Denunzianten im Nachkriegsösterreich.

Timon Jakli und Heide Gsell reflektieren in ihrem Beitrag *„Entweder alles oder gar nichts!“* *Biographische Texte von ZeugInnen Jehovas am Beispiel des Wehrdienstverweigerers Richard Heide* die – nicht nur in Biographien der Zeugen Jehovas auftretenden – oft mangelnden Kontextualisierungen und unzureichende Quellenkritik, kurzum den „Zugang, Biographien für sich selbst sprechen zu lassen“. Heide Gsell arbeitet seit vielen Jahren die Geschichte der Zeugen Jehovas auf und hat viele einschlägige Arbeiten, auch in DÖW-Publikationen, veröffentlicht, Timon Jakli arbeitet derzeit an seiner Dissertation zu Widerstand und Verfolgung von Zeugen Jehovas in Österreich. Innerhalb der Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas haben Autobiographien und Biographien seit jeher einen besonderen Stellenwert, erläutern die AutorInnen: Sie sind vor allem Glaubensbiographien, ein Zeugnis-Ablegen, und werden vielfach in den Zeitschriften der Gemeinschaft veröffentlicht und vom Geschichtsarchiv der Zeugen bewahrt.

Welch akribische Kleinarbeit die Recherche nach biographischen Daten der Opfer ist, zeigt die Historikerin Marianne Baumgartner in ihrem Beitrag *Das Theresienstädter Künstlerpaar Erika und Carlo Taube. Eine biographische Spurensuche*. Erika und Carlo Taube wurden 1942 nach Theresienstadt deportiert, über ihr künstlerisches musikalisches, zeichnerisches und literarisches Wirken sind Schriftliches und Zeugenaussagen überliefert. Schwierig gestaltete sich Baumgartners Suche insbesondere nach den Stationen des Paares vor der Verfolgung. Erika wurde 1913 in Wien geboren, das DÖW hat-

te zwar ihre Daten der Verfolgung, nicht aber ihren Bezug zu Österreich, so dass der Beitrag Baumgartners auch eine der vielen wertvollen Ergänzungen der DÖW-Datenbank der österreichischen Holocaustopfer ist. Baumgartners Arbeit ist auch eine empfehlenswerte Lektüre und Anleitung, um die vielfach unbekannte und unterschätzte Archivrecherche und den schwierigen Datenabgleich – beispielsweise verschiedenster Namensschreibweisen und variierender Geburtsdaten – kennenzulernen, die die Autorin in mehrere Staaten führte. Carlo und Erika Taube wurden 1944 nach Auschwitz deportiert, sie beide und fast ihre gesamte große Familie wurden ermordet.

Heimo Halbrainer, Leiter von CLIO – Verein für Geschichts- und Bildungsarbeit Graz, und Gerald Lamprecht, Leiter des Centrums für Jüdische Studien der Universität Graz, beschäftigen sich in ihrer Arbeit *Evangelisch getauft und als Juden verfolgt. Ein Beitrag zur Geschichte einer „vergessenen“ Opfergruppe des Nationalsozialismus* mit den evangelisch getauften Juden und Jüdinnen in Graz. Am Beispiel der Familie Presinger zeigen die Autoren, wie unvermittelt die Realität der Judenverfolgung in Familien einbrach, die sich längst nicht mehr dem Judentum zurechneten. Halbrainer und Lamprecht erforschten die Geschichte der Heilandskirche in Graz, so auch die ihrer konvertierten Mitglieder und der beschämenden Haltung der Kirche gegenüber den Verfolgungen ihrer eigenen Mitglieder. Die Autoren beschäftigen sich in ihrem Beitrag mit den verschiedenen Terminologien, die sich vor allem mit der Zunahme von Konversionen im 19. Jahrhundert innerhalb der christlichen Kirchen für ihre vormals jüdischen Mitglieder entwickelten. Auch die antisemitischen und deutschnationalen Haltungen in den christlichen Kirchen werden im Beitrag mit Bezug auf Graz beleuchtet. Einige Grazer „Judenchristen“ konnten ins rettende Ausland fliehen, die Autoren benennen auch Mitglieder der Heilandskirche, die in Riga, Theresienstadt, Buchenwald und Auschwitz ermordet wurden.

Hans Schafranek, der Pionierarbeiten u. a. zur Österreichischen Legion vorgelegt hat, gibt im Beitrag *Julius Kornweitz und Leo Gabler – Auslands-emissäre der KPÖ im Visier der Gestapo* einen Einblick in das konspirative Netz, ein Widerstands-, Hilfs- und Kommunikationsnetz, das KommunistInnen in Europa aufgebaut haben. Die Österreicher Leo Gabler und Julius Kornweitz hatten hierbei zentrale Positionen inne. 1940 sollte der weitgehend zerschlagene KPÖ-Apparat wiederaufgebaut werden, von Anfang an aber waren die Gestapo-Spitzel Kurt Koppel und Margarete Kahane dabei. Aufkeimendes Misstrauen vor den Gestapo-Spitzeln machte die Akteure zwar vorsichtiger, rettete sie aber nicht mehr vor der Verhaftung, viele wurden hingerichtet oder in Mauthausen ermordet. 1941/42 wurden mithilfe

mehrerer Spitzel im Zuge regelrechter Verhaftungswellen zahlreiche KP-FunktionärInnen und ihre HelferInnen verhaftet, die Organisationen zerschlagen. Leo Gabler wurde 1944 zum Tode verurteilt und hingerichtet, Julius Kornweitz, der als Jude kein Gerichtsverfahren erhielt, wurde 1944 im KZ Mauthausen ermordet.

Viele Informationen über die Verfolgten sind aus Täterdokumenten überliefert. Eine wichtige Quelle über Opfer und Täter sind die Unterlagen der Gestapo-Leitstelle Wien, die auch Hans Schafranek für seine Untersuchungen heranzog. Wolfgang Form, Leiter des Forschungs- und Dokumentationszentrums Kriegsverbrecherprozesse an der Philipps-Universität Marburg/Lahn, und Ursula Schwarz vom DÖW beschreiben diese Quelle in ihrem Artikel *Die Tagesrapporte der Gestapo-Leitstelle Wien*. Die Gestapo-Leitstellen mussten so genannte Tagesberichte oder Tagesrapporte, später Wochenrapporte, an die Gestapozentrale in Berlin schicken. Vermerkt wurden in den Rapporten alle politischen Vorkommnisse, Festnahmen von WiderstandskämpferInnen, Juden und Jüdinnen, ZwangsarbeiterInnen ebenso wie Berichte über die Stimmung in der Bevölkerung, der Stand von Ermittlungen und Informationen über auch ausländische Presseberichte. Die Tagesrapporte der Gestapo-Leitstelle Wien wurden in Zusammenarbeit des DÖW und der Philipps-Universität Marburg im Internetportal des Saur-Verlags Deutsche Geschichte Online veröffentlicht und sind so in vielen Bibliotheken einsehbar. Die AutorInnen geben in ihrem Beitrag Beispiele für Einträge zu kommunistischen und katholischen Widerstandsgruppen, Spanienkämpfern, Juden und Jüdinnen, Abtreibungen und Homosexualität.

Die Gestapo-Leitstelle Wien hatte vom „Anschluss“ 1938 bis zur Zerstörung des Gebäudes durch Bombentreffer 1945 ihren Sitz im ehemaligen Hotel Metropol am Morzinplatz. Gegenwärtig erinnern ein Gedenkstein am Morzinplatz und eine „Gedenkstätte für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes“ in der Saltorgasse 6 im heutigen Leopold-Figl-Hof – in der Saltorgasse war der Hintereingang des Gestapogebäudes – an diesen Ort. Die vom DÖW betreute Gedenkstätte wird derzeit saniert und 2011 mit einer Ausstellung über die Gestapo Wien neu eröffnet.

Der ehemalige Spanienkämpfer und Dachau-Häftling Hans Landauer baute im DÖW über viele Jahre die einzigartige Sammlung zu den österreichischen Spanienkämpfern auf, die seit einigen Jahren von Irene Filip betreut und ausgebaut wird. Filip hält auch Kontakt zu Initiativen in Spanien, wo sie 2010 in Benissa an Erinnerungsveranstaltungen und einer Konferenz teilnahm und über die österreichischen Frauen in den Internationalen Brigaden referierte. Sie berichtet in ihrem Artikel *Biographische Skizze aus dem*

*Spanienarchiv: Dora und Hans Kaiser* von dieser Reise und erzählt von den beiden SpanienkämpferInnen Dora und Hans Kaiser, deren Tochter während des Bürgerkrieges in Benissa geboren wurde.

Die Historikerin Regula Nigg, die heute in Buenos Aires lebt, arbeitete 2001–2003 im Projekt „ÖsterreicherInnen im Exil: Argentinien, Uruguay, Paraguay 1938–1945“, im Zuge dessen vor Ort lebensgeschichtliche Interviews und Archivrecherchen durchgeführt wurden. Der vorliegende Beitrag über österreichische Flüchtlinge in Paraguay musste aufgrund der prekären Quellenlage vor allem aus den im Zuge des Projektes aufgenommenen lebensgeschichtlichen Interviews schöpfen und mit Archivmaterial aus Argentinien und Österreich ergänzt werden. Heute, vermutet die Autorin, leben keine österreichischen Vertriebenen mehr in Paraguay. Sie zeichnet die schwierigen Bedingungen in diesem Aufnahmeland ebenso nach wie die wechselvolle Geschichte des Landes seit seiner Unabhängigkeit.

Jonny Moser überlebte den Holocaust als Mitarbeiter des damaligen schwedischen Botschafters in Ungarn, Raoul Wallenberg, in Budapest. Seit Jahrzehnten arbeitet Moser als Historiker über die nationalsozialistischen Verfolgungen und hat seit den 1960er Jahren erste grundlegende Arbeiten zur Verfolgung der österreichischen Juden und Jüdinnen vorgelegt. Er ist gefragter Zeitzeuge und Interviewpartner und seit Anbeginn Vorstandsmitglied des DÖW. In seinem Essay *Flucht über Wien 1942/43* berichtet Moser über die Wiener Situation, als der Großteil der österreichischen jüdischen Bevölkerung deportiert war und sich nur mehr wenige tausend Menschen aus der einst großen Gemeinde in Wien aufhielten, meist Menschen in so genannten „Mischehen“, die ihnen einen prekären Schutz boten. In dieser Zeit kam Ezra Ben Gershom von Berlin nach Wien und wurde von einem Netz so genannter U-Boot-HelferInnen betreut, bis ihm die Flucht nach Ungarn gelang. Gershom überlebte den Krieg und fasste seine Erlebnisse in dem Buch „David. Aufzeichnungen eines Überlebenden“ zusammen, in dem er die Verfolgungsjahre in Nazideutschland beschreibt und auch die Situation der in Berlin lebenden Juden und Jüdinnen zur Zeit der Deportationen schildert – ein bedrückendes Zeugnis, das die Ausweglosigkeit, den permanenten Terror und die Bedrohung in jedem alltäglichen Tun vor Augen führt. Moser beschreibt Fluchtwege und Hilfsnetze, durch die die Verfolgten vor allem ins (noch) rettende Ungarn flüchten wollten. Eine große Helferguppe wurde 1943 verhaftet, die Mitglieder wurden nach Theresienstadt, Auschwitz, Ravensbrück und Dachau deportiert.

Christine Schindler

---

BARBARA PRAMMER,  
PRÄSIDENTIN DES NATIONALRATS

**REDE ANLÄSSLICH DER  
JAHRESVERSAMMLUNG DES  
DOKUMENTATIONSARCHIVS  
DES ÖSTERREICHISCHEN  
WIDERSTANDES AM 9. MÄRZ 2010,  
ALTES RATHAUS**

„Eine Art geschichtliches Gewissen Österreichs“ hat Bürgermeister Michael Häupl das Dokumentationsarchiv anlässlich seines 40-jährigen Bestehens im Jahr 2003 bezeichnet. Wolfgang Benz charakterisiert das Dokumentationsarchiv als „Juwel, das pflegliche Behandlung erfordert“. Und Henry Friedlander meint, solange das DÖW existiert, kann er sicher sein, „dass das Land nicht in die Vergangenheit zurückfällt“. Ich kann mich all diesen Worten nur anschließen und bedanke mich für die Einladung, anlässlich der Jahreshauptversammlung 2010 den Festvortrag zu halten.

Erlauben Sie mir eingangs einige aktuelle Zahlen aus der Studie „Die ÖsterreicherInnen. Wertewandel 1990–2008“ zu zitieren:

- 88 % der ÖsterreicherInnen meinen, dass Demokratie zwar die beste aller Regierungsformen ist,
- trotzdem können 21 % sich sehr oder ziemlich gut vorstellen, einen starken Führer zu haben, der sich nicht um ein Parlament und Wahlen kümmern muss:

Der Verfassungsschutzbericht 2009 zeigt,

- dass die Zahl der Anzeigen im rechtsextremen Milieu zwischen 2007 und 2008 um 11 % gestiegen ist
- und dass sich die Zahl der Tathandlungen mit rechtsextremem, rassistischem, antisemitischem oder islamophobem Hintergrund um 22 % erhöht hat:

Lassen Sie mich noch an konkrete Beispiele erinnern: die tätlichen Übergriffe auf Holocaust-Überlebende in Ebensee 2009; die Kandidaten einer Welser Bürgerliste, die sich in der KZ-Gedenkstätte mit Hitlergruß und neonazistischen T-Shirts zeigen und die – wie der Verfassungsgerichtshof erst vergangene Woche bestätigte – zu Recht von der Gemeinderatswahl 2009 ausgeschlossen wurden. Und – besonders bedrückend – die nochmalige Schändung der Gedenkstätte Mauthausen in der Nacht auf vergangenen Freitag.

Ich bin heute Abend nicht hier, um schwarzzumalen oder um Österreich schlechtzureden. Denn trotz aller bedenklichen Vorkommnisse – und da werden sie mir zustimmen – ist die österreichische Demokratie gefestigt. Zudem ist Österreich in einen Staatenverbund eingegliedert, der das größte Friedensprojekt des 20. Jahrhunderts darstellt. Die zentrale Antwort Europas auf die Erfahrung des Zivilisationsbruches Nationalsozialismus ist heute mehr denn je gültig: die Menschenrechte. Ihre Achtung und Wahrung steht im Zentrum der europäischen Bemühungen.

Lassen wir uns aber nicht täuschen. Antidemokratische und rechtsextremistische Kräfte existieren. Und: diese Kräfte erringen bei Wahlen Zustimmung in bedenklichem Ausmaß. Vaclav Havel hat dieses Paradoxon der Demokratie so formuliert:

„Der Nachteil der Demokratie besteht darin, dass sie denjenigen, die es ehrlich mit ihr meinen, die Hände bindet. Aber denen, die es nicht ehrlich meinen, ermöglicht sie fast alles.“

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit und darf zu keiner solchen werden. Im Gegenteil: Wir müssen Demokratie jeden Tag aufs Neue erringen und erkämpfen. Um noch deutlicher zu werden: Der Rechtsradikalismus darf nicht noch weiter in die Mitte unserer Gesellschaft vordringen. Uns allen muss klar sein, dass dieses Gedankengut nicht nur eine von vielen Ideologien ist. Dieses Gedankengut birgt demokratiegefährdende Potentiale in sich. Was meine ich damit, wenn ich vom Eindringen in die Mitte der Gesellschaft spreche? Es bedeutet zunächst einmal nicht, dass ein großer Teil der Österreicherinnen und Österreicher rechtsextrem oder neonazistisch agiert oder solches Engagement in Betracht zieht. Es bedeutet aber, dass immer mehr Menschen Sympathien für dieses Gedankengut hegen oder es zumindest, und das ist ebenso bedenklich, stillschweigend dulden.

Nehmen wir zum Beispiel nur Übereinstimmungen bei der Suche nach gesellschaftlichen Feindbildern. Immerhin meinen 55 % der Österreicherinnen

und Österreicher, dass das Credo „Je weniger Ausländer, umso besser“ auf den Großteil der Bevölkerung zutreffen würde. (Quelle: IMAS, Mai 2009) Diese Sympathie und dieses Dulden aber sind entscheidend, denn nur so kann diese rechtsradikale Struktur überhaupt wachsen.

Der deutsche Journalist Toralf Staud leitet daraus eine Handlungsaufforderung für alle ab, indem er schreibt, dass die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus „in Städten und Dörfern, auf Schulhöfen und an Buswartehäuschen“ stattfinden muss. Denn: „Wenn sich dort niemand für Demokratie und Menschenrechte einsetzt, haben die Rechtsextremisten schon gewonnen.“

Blicken wir in die eigene Geschichte, so wird deutlich, wozu Dulden, Wegsehen und Mitlaufen schon einmal geführt haben. Deutlich wird aber auch, wie schnell solche Entwicklungen Platz greifen können.

Diese Analyse ist für mich so relevant, weil sie zeigt, dass demokratische und politische Bildung wichtiger denn je sind. Gerade für junge Menschen, aber nicht nur für junge Menschen.

Demokratische und politische Bildung erschöpfen sich aber nicht in Institutionenkunde. Dazu ist die Reflexion gesellschaftlicher und demokratischer Prozesse notwendig. Die Diskussion über zivilgesellschaftliches Engagement und Courage im Alltag. Vieles davon ist in der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte lern- und erfahrbar. Der kategorische Imperativ gerade für politisches Handeln muss daher lauten: Nur, wer die Vergangenheit kennt, ist fähig die Gegenwart zu begreifen und die Zukunft zu gestalten.

Wenn wir über demokratische, antifaschistische politische Bildung sprechen, muss es zuallererst um die Kenntnis historischer Fakten gehen. Dieses Wissen muss dann in Bezug zur eigenen Gegenwart gesetzt werden.

Die Reflexion wird dabei durch zwei Faktoren erschwert: Einerseits durch die unterschiedlichen Ebenen der Erinnerungsarbeit, also familiäre Erzählungen sowie Wissensvermittlung in Schulen und Projekten. Zum Beispiel muss das zu Hause vom Großvater Erzählte nicht zwangsläufig mit den in der Schule vermittelten historischen Fakten übereinstimmen. Andererseits müssen wir uns in der Auseinandersetzung mit einem Grundproblem der Erinnerung an den Nationalsozialismus befassen: der Erinnerung als Täterinnen und Täter.

Ein weiterer Aspekt, der mir in diesem Zusammenhang wichtig erscheint, ist das Schaffen persönlicher Anknüpfungspunkte. Lassen Sie mich dies an meinem eigenen Beispiel verdeutlichen: Im Rahmen meines Soziologiestudiums habe ich eine Abschlussarbeit zum Thema „Kinder und Jugendliche in NS-Konzentrationslagern“ verfasst. Damals war ich selbst junge Mutter

meiner beiden Kinder. Die Reflexion des Gelesenen unter Bezugnahme auf meine eigene Lebenssituation hat mich nie wieder losgelassen. Daraus entstand eine persönliche Motivation, die ich bis heute in mir trage.

Diese Motivation, dieser Leitgedanke ist, die damaligen Ereignisse und vor allem die Opfer niemals zu vergessen. Und dafür zu sorgen, dass so etwas niemals wieder geschehen kann. Dieses „Niemals wieder!“ greift aber zu kurz, ich füge dem das „Wehret den Anfängen!“ hinzu. Ich denke, dass viele der Anwesenden eine ähnliche Motivation erfüllt.

Es reicht aber in der politischen Bildung nicht aus, aus der Vergangenheit die richtigen Schlüsse zu ziehen. Wir müssen auch die Verantwortung, die sich daraus ableitet, wahrnehmen. Sei es im Bereich der Restitution oder bei Entschädigungs- und Sozialleistungen. Insbesondere trifft die Verantwortungsübernahme auf Politikerinnen und Politiker zu.

Ich habe im vergangenen Jahr am Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus am 5. Mai betont und ich werde es auch dieses Jahr wiederholen: Wo kein klarer Trennstrich zu Rechtsextremismus und Neonazismus gezogen wird, da herrscht Aufklärungsbedarf. Und dieser Aufklärungsbedarf ist weit vor der juristischen Grenze des Verbotsgesetzes gegeben.

Nur, weil jemand Formulierungen wählt, die strafrechtlich nicht relevant sind, heißt das nicht, dass das dahinterstehende Gedankengut nicht zutiefst antidemokratisch sein kann. Es heißt bloß, dass er oder sie die richtigen Kürzel zu bedienen weiß. Gerade wieder erleben wir das in der Diskussion rund um den Bundespräsidentenwahlkampf. Natürlich würde ich mir wünschen, dass es wirklich eine „Feuermauer“, eine ganz klare Grenze, zur Zeit des Nationalsozialismus für alle und bei allen geben würde. Das ist aber nicht der Fall und das ist inakzeptabel.

Betrachten wir aber die Debatte in den letzten Tagen, so stimmt mich eines schon positiv: Es gab sofort und rasch von vielen Seiten sehr eindeutige Abgrenzungen zu diesen Relativierungsversuchen. Rechte „Codes“, Hintergründe und so genannte „Rechtsverbinder“ wurden in unterschiedlichen Medien thematisiert. Damit wurde deutlich gemacht, was wirklich hinter Aussagen zu „angeblicher Meinungsfreiheit“ oder dem „Geschichtsunterricht der 60er Jahre“ steht. Kurz: die Diskussion gewinnt an Tiefe, was ich sehr begrüße. Denn auf die wiederholten Angriffe gegen das Verbotsgesetz muss unsere Antwort lauten: Neonazismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Denken wir nur an einschlägige Homepages. Neben offen antisemitischer und neonazistischer Hetze werden dort auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DokumentationsarchivS verleumdet, bedroht und diffamiert. Nicht

zuletzt wird dort auch dazu aufgefordert, mir und allen Frauen im Parlament „eine ordentliche Tracht Prügel“ zu verpassen.

Die konsequente Überwachung der rechtsextremen Szene sowie die gezielte Verfolgung von Straftaten in diesem Bereich sind daher unumgänglich. Hier gibt es noch großen Handlungsbedarf. Nehmen wir zum Beispiel die Schändung der Gedenkstätte Mauthausen vergangenen Freitag. Musste wirklich ein zweites Mal ein über 20 Meter langer antisemitischer, rassistischer Schriftzug auf der Außenmauer – für alle sichtbar – prangen? Musste diese Verhöhnung der Opfer wirklich ein zweites Mal geschehen? Konnte denn dagegen wirklich nichts getan werden? Ich hoffe sehr, dass die naheliegende Antwort – die Installation einer Videoüberwachung – nun endlich gegeben wird. Denn was für jeden Bahnhof Österreichs Realität ist, war bisher in einer Gedenkstätte nicht möglich.

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes lebt eine aktive Auseinandersetzung mit der österreichischen Geschichte. Auf der einen Seite steht die exzellente wissenschaftliche Forschung, die weit über die Grenzen hinaus bekannt ist.

Ich verweise hier auf die namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer, die die Opfer dem Vergessen entrissen hat, auf die umfassenden Schriften zum Widerstand, die couragierte und mutige Taten dokumentieren, oder auf die Pionierarbeiten z. B. im Bereich NS-Euthanasie und zur NS-Justiz.

Sie alle geben ihr Wissen aber auch in unzähligen Vorträgen, Diskussionen und Workshops an junge Menschen weiter. Besonders wichtig erscheint mir in diesem Zusammenhang die herausragende Arbeit im Themenfeld Rechtsextremismus. Zudem ist Ihre Expertise in vielen wichtigen Projekten und Ausstellungen gefragt und geschätzt. Damit leisten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs einen unschätzbar wichtigen Beitrag zu demokratischer und politischer Bildung in diesem Land.

Auf der anderen Seite ist das Dokumentationsarchiv eine Art „mahnende Stimme“. Eine Institution, die seit 1963 sehr kritisch Österreich – was die eigene Geschichte betrifft – den Spiegel vorhält. Keine andere Institution hat – was ihre Entstehungsgeschichte betrifft – mehr Legitimation dies zu tun. Weil sie von den Opfern gegründet wurde, die – lange bevor das offizielle Österreich sich mühsam dazu durchgerungen hatte – ein unverfälschtes, ehrliches Geschichtsbild forderten.

Das Dokumentationsarchiv hat damit eingefordert, worauf der erste deutsche Bundespräsident schon 1952 in Bergen-Belsen hingewiesen hatte:

„[...] wir Deutschen wollen, sollen und müssen, will mir scheinen, tapfer zu sein lernen gegenüber der Wahrheit, zumal auf einem Boden, der von den Exzessen menschlicher Feigheit gedüngt und verwüstet wurde. [...] Wer hier als Deutscher spricht, muss sich die innere Freiheit zutrauen, die volle Grausamkeit der Verbrechen, die hier von Deutschen begangen wurden, zu erkennen.“

Wo Theodor Heuss Deutsche sagt, müssen wir Österreicherinnen und Österreicher sagen.

Und eines dürfen wir ebenso nicht vergessen: Keine andere Institution Österreichs wurde und wird dafür und für seine Arbeit öffentlich mehr kritisiert.

Es gibt keinen Zweifel daran, dass selbst die viel zu spät und oft zaghaft gesetzten Initiativen in Österreich undenkbar gewesen wären ohne die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DÖW, ohne deren wissenschaftliche Forschung, die Zusammenstellung eines umfassenden Archivs und das persönliche, oft ehrenamtliche Engagement.

Ich darf noch einmal auf das vorher zur politischen Bildung Gesagte zurückkommen. Der deutsche Soziologe Ludger Klein schreibt dazu sehr treffend:

„Demokratische Werte fallen nicht vom Himmel. Demokratische Werte, Einstellungen und Handlungsmuster benötigen vielmehr den Horizont praktischer Erfahrungen und daran anknüpfende Lernprozesse.“

Das Anstoßen dieser Lernprozesse kann in vielfältiger Weise erfolgen: in einer Schule, die ein Mahnmal für vertriebene und ermordete Schülerinnen und Schüler initiiert; eine Jugendgruppe, die die DÖW-Ausstellung besucht; oder durch das Lesen antifaschistischer Literatur.

Heute Abend wird im Rahmen der Jahreshauptversammlung eine Frau ausgezeichnet, die zu Recht als wichtigste Kinder- und Jugendbuchautorin Österreichs bezeichnet wird: Christine Nöstlinger. Antifaschismus ist eines ihrer zentralen Leitmotive, das sich durch viele ihrer Bücher zieht. Insofern verstehe ich ihr Werk als Anstoß zum Lernprozess, so wie eben im Zitat von Ludger Klein skizziert.

Christine Nöstlinger meint über ihr Schaffen selbst zwar, dass die Lektüre ihrer Bücher Kinder, die ja immerhin die machtlosesten in ihren Familien sind, nicht zum Aufbegehren veranlassen könnte. Ihre Bücher schaffen es aber, Kinder zum kritischen Denken und Hinterfragen anzuregen. Sie zeigen Kindern, dass sie mit all ihren Fragen, Wünschen und Erlebnissen nicht allein sind. Die Bücher von Frau Nöstlinger sind tröstlich, unterhaltsam und vor allem eines: weise. Und das in sehr einfachen Worten.

Es freut mich daher besonders, dass heute Abend auch der Verkauf-Verlon Preis an Sie, Frau Nöstlinger, überreicht werden wird. Dieser Preis ergeht für antifaschistische Publizistik und zeichnet Texte aus, die zum Denken, zum Kritisieren und zum Lernen anregen.

In Christine Nöstlingers Büchern begegnen wir Figuren, die eines gemeinsam haben – sie sind auf die eine oder andere Weise Außenseiter und sie hinterfragen; nicht nur sich oder ihre Freunde, auch die Erwachsenen und ihre Welt. Da gibt es die „feuerrote Friederike“, die aufgrund ihrer roten Haare, die sich als Zauberhaare herausstellen, gehänselt wird. Oder Nasti, die sich allein zu Hause fürchtet und umgehend ein Schutzgespenst zur Seite gestellt bekommt. Oder die Christel in „Maikäfer, flieg“, die sich mit dem russischen Soldaten Cohn anfreundet, obwohl ihn niemand sonst mag. Es gibt die couragierten Charaktere, wie den Briefträger, der Friederike jeden Tag von der Schule abholt und sie damit vor den anderen Kindern beschützt. Oder eben das Gespenst Rosa Riedl, die den Krieg über damit beschäftigt ist, Gauleiter zu ärgern, HJ-Buben zu zwicken und die NS-Frauenschaft durcheinanderzubringen. Und über all dem noch darauf schaut, dass Gerechtigkeit herrscht im Häuserblock. Damit meint sie Lebensmittel umzuverteilen, von denen, die mehr haben, hin zu jenen, die nichts haben. Meistens also von Nazis zu Nicht-Nazis.

Genau das sind die Werte, die Christine Nöstlinger in ihren Werken vehement vertritt: Gerechtigkeit, Courage und Solidarität. Es geht darum, für andere einzustehen und sie zu verteidigen. Also um wahre Freundschaft – wie eben zwischen Christel und Cohn. Und es geht darum, nicht feige zu sein.

Die Zeit des Nationalsozialismus hat Christine Nöstlinger als 1937 Geborene als Kind miterlebt. Diese Erfahrungen hat sie besonders in „Zwei Wochen im Mai“ und in „Maikäfer, flieg!“ verarbeitet. Der Kampf gegen Alltagsfaschismus findet sich aber in vielen anderen Büchern, wie den bereits zitierten „Rosa Riedl Schutzgespenst“ und „Die feuerrote Friederike“ oder in „Wir pfeifen auf den Gurkenkönig“.

Dass es sich lohnt für die eigenen Ideale zu kämpfen, das zieht sich auch durch viele ihrer Werke – beispielhaft sei hier noch „Nagle einen Pudding an die Wand“ angeführt.

Wenn ich zurückkomme auf den formulierten Leitsatz, die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit betreffend, so findet sich dieser in ähnlicher Form in der Vorbemerkung zu „Zwei Wochen im Mai“:

„Die Geschichte, die ich erzähle, ist mehr als dreißig Jahre alt. Zwölf war ich damals und der große Krieg war seit drei Jahren zu Ende. Damals war alles anders. Aber damals hat alles angefangen, was es heute noch gibt.“

Christine Nöstlingers Verdienst ist es, dieses „Damals“ nachfolgenden Generationen begreifbar zu machen und aktive Auseinandersetzung angeregt zu haben. Sie hat Kindern und Jugendlichen Werte wie Courage, Selbstbewusstsein, Solidarität und Gerechtigkeit nahegebracht. Werte, die antifaschistische Publizistik auszeichnen.

Ich gratuliere Ihnen, Frau Nöstlinger, zu dieser heutigen Auszeichnung und ich bedanke mich ausdrücklich für Ihr jahrzehntelanges, konsequentes Engagement. Bevor nun der Verkauf-Verlon-Preis an Christine Nöstlinger überreicht wird, lassen Sie mich zum Ende meiner Ausführungen kommen.

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes ist und bleibt für mich eine zentrale Institution zur Aufarbeitung der NS-Zeit in Österreich. Das Dokumentationsarchiv mahnt, es kritisiert und stößt damit breite Diskussionen an. Zu Recht fordert es einen klaren Umgang mit der österreichischen Vergangenheit und eine differenzierte Sichtweise der Verantwortungsübernahme ein. Die ausreichende Finanzierung des Dokumentationsarchivs ist derzeit nicht gesichert. Ich halte das für inakzeptabel. Ich fordere daher eindringlich alle finanzierenden Stellen auf, das Dokumentationsarchiv finanziell adäquat zu unterstützen.

Die heutige Rede bitte ich Sie daher als Plädoyer für das Dokumentationsarchiv und als Ausdruck meiner Wertschätzung aufzufassen. Ich darf Ihnen versichern, dass Sie hier jederzeit mit meiner Unterstützung rechnen können.

Denn – und davon bin ich fest überzeugt – wir brauchen das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Heute, morgen und für alle Zukunft.

---

Stephan Roth

**„MEIN AUGENMERK WAR IMMER  
DARAUF GERICHTET, MICH NICHT  
ERWISCHEN ZU LASSEN, DENN NUR,  
WENN ICH AM LEBEN BLIEBE, KONNTE  
ICH GEGEN HITLER KÄMPFEN [...]“<sup>1</sup>**

**Widerstand und Verfolgung der Familie Wukitsevits  
aus Maria Lanzendorf von 1938–1945<sup>2</sup>**

## Einleitung und Quellendarstellung

Die kommunistisch motivierte Widerstandstätigkeit von Gottfried und Werner Wukitsevits aus Maria Lanzendorf bei Wien gegen das NS-Regime und das daraus resultierende Schicksal der gesamten Familie Wukitsevits sind lediglich einer sehr kleinen zeit- bzw. regionalgeschichtlich interessierten Öffentlichkeit bekannt. Die den weiteren Lebenslauf der Beteiligten nachhaltig beeinflussenden Ereignisse vom 24. September 1938 fanden erstmals in der von Heinz Arnberger verfassten Dissertation „Die politische Situation im Raum Schwechat von 1930 bis 1945“<sup>3</sup> Erwähnung – jedoch ohne Na-

---

<sup>1</sup> Opferfürsorge Niederösterreich, Akt Werner Wukitsevits, OF 186 (= OF 186), Werner Wukitsevits an das Bundesministerium für soziale Verwaltung betreffend M.Ab. 12 W 285/46, Einspruch gegen Bescheid v. 29. 11. 1946.

<sup>2</sup> Der Verfasser widmet diese Arbeit seiner Frau, Mag.<sup>a</sup> Susanne Roth, und dankt ihr für die ihm entgegengebrachte Geduld und Unterstützung bei der Entstehung des Textes trotz der Belastung rund um die Geburt unseres Sohnes. Ohne ihre Hilfe bei den Transkriptionsarbeiten, ihre kritische Beurteilung von Quellen und Text und ohne die zahl- und hilfreichen Gespräche während der Arbeit wäre die vorliegende Arbeit in dieser Form nicht möglich gewesen. Desgleichen danke ich der wissenschaftlichen Leiterin des DÖW, Hon.-Prof.<sup>in</sup> Univ.-Doz.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Brigitte Bailer und meinen KollegInnen Dr. Winfried R. Garscha, Hon.-Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer, Mag. Siegfried Sanwald, Dr.<sup>in</sup> Ursula Schwarz und Dr. Gerhard Ungar für Kritik und wertvolle Hinweise sowie Christine Schindler für das Endlektorat.

<sup>3</sup> Heinz Arnberger, Die politische Situation im Raum Schwechat von 1930 bis 1945, Diss., Univ. Wien 1976, S. 194 f.

mensnennung der Beteiligten. In der vom DÖW herausgegebenen Quellenedition „Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich 1934–1945“ wurden die Begebenheiten anhand der teilweisen Veröffentlichung eines Urteils des Oberlandesgerichts Wien vom 23. November 1939<sup>4</sup> gegen einen Mitstreiter von Gottfried Wukitsewits ausführlicher geschildert. Darüber hinausgehende Quellen sind zwar vorhanden und wurden teilweise im Rahmen verschiedenster wissenschaftlicher Projekte<sup>5</sup> erfasst, jedoch nicht ad personam ausgewertet. So sind aus der Zeit des Nationalsozialismus beginnend mit dem Bericht des Gendarmeriepostens Maria Lanzendorf<sup>6</sup> über Einträge in den Tagesrapporten<sup>7</sup> und der Erkennungsdienstlichen Kartei<sup>8</sup> der Gestapo-Leitstelle Wien bis hin zu den Gerichtsakten des Oberlandesgerichts<sup>9</sup> sowie des Sondergerichts<sup>10</sup> Wien sämtliche relevanten Akten erhalten. Ergänzend dazu liegen aus der Zeit nach 1945 Akten des Volksgerichts Wien<sup>11</sup>, der Opferfür-

---

<sup>4</sup> Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), *Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich 1934–1945. Eine Dokumentation*, 3 Bde., Wien 1987, Bd. 2, S. 109 ff.

<sup>5</sup> Siehe u. a. das 2006 abgeschlossene, von der Philipps-Universität Marburg in Kooperation mit dem DÖW durchgeführte Projekt „Hochverrat, Landesverrat, Wehrkraftzersetzung. Politische NS-Strafjustiz in Österreich und Deutschland“ oder die inhaltliche Auswertung der Akten von Verfahren vor dem Volksgericht Wien (1945–1955) und der Wiener Strafakten wegen NS-Verbrechen (1956–1975) durch die am DÖW ansässige „Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz“.

<sup>6</sup> Kommunistische Zelle in Ma. Lanzendorf, Aufdeckung, 26. Sept. 1938. Gendarmeriepostenkommando Maria Lanzendorf, E.Nr. 2131. Niederösterreichisches Landesarchiv, BH Bruck/Leitha, 1938, XI/153, Karton 474 (= Gendarmeriepostenkommando Maria Lanzendorf).

<sup>7</sup> Tagesrapport Nr. 22 v. 26. 9. 1938 der Gestapo-Leitstelle Wien, Bundesarchiv Berlin, R-58 Nr. 1080; Tagesrapport Nr. 12 v. 26.–28. 10. 1940 der Gestapo-Leitstelle Wien, DÖW, Akt 1863 u. 5731; Tagesrapport Nr. 3 v. 7.–8. 1. 1943 der Gestapo-Leitstelle Wien, DÖW, Akt 5733a.

<sup>8</sup> Erkennungsdienstliche Aufnahme der Gestapo-Leitstelle Wien von Werner Wukitsewits v. 7. 12. 1939. Wiener Stadt- und Landesarchiv, G 7489-1 u. G 7489-2.

<sup>9</sup> OLG Wien Verfahren OJs 96/39 gegen Leopold Dirr (= Verfahren Dirr).

<sup>10</sup> Wiener Stadt- und Landesarchiv, Bestand Sondergericht Wien, Akt Nr. 5251, Verfahren gegen Werner Wukitsewits (= Verfahren Wukitsewits).

<sup>11</sup> Volksgerichtsverfahren gegen Karl Eimann LG Wien Vg Vr 1400/47 (Staatsanwaltschaftliches Tagebuch St 33308/46) (= Verfahren Eimann); Volksgerichtsverfahren gegen Friedrich Dunkl LG Wien Vg 1 Vr 6091/46 (Staatsanwaltschaftliches Tagebuch St 33308/46) (= Verfahren Dunkl) – beide: Wiener Stadt- und Landesarchiv, Bestand Volksgericht Wien. Für die gute Beratung im Wiener Stadt- und Landesarchiv dankt der Verfasser Dr.<sup>in</sup> Susanne Pils.

sorge Niederösterreich<sup>12</sup> sowie die im DÖW befindlichen Mitgliederakten des KZ-Verbandes<sup>13</sup> und Erinnerungsberichte<sup>14</sup> der Betroffenen vor. Zudem existieren Briefe von<sup>15</sup> und über<sup>16</sup> die Familie Wukitsevits.

Abgesehen von der quelleneditorischen Reihe „Widerstand und Verfolgung in den österreichischen Bundesländern 1934–1945“, die entsprechend ihrer Konzeption bestrebt ist, eine möglichst umfassende Dokumentation der Vielfalt und des Ausmaßes des oft bagatellisierten österreichischen Widerstandes, aber auch die Dimension der Verfolgung aufzuzeigen, konzentrieren sich öffentliche Diskussionen und Publikationen oftmals auf Widerstandshandlungen in größeren Kommunen bzw. von größeren Gruppen. Die Familie Wukitsevits konnte zwar auf ein breites Netzwerk von FreundInnen und UnterstützerInnen sowie die Anbindung an die illegale KPÖ in Wien und Umgebung zurückgreifen, war aber – soweit derzeit beurteilbar – ausschließlich auf lokaler Ebene tätig. Sie leisteten Überzeugungsarbeit im engsten Umfeld – in der Gemeinde oder am Arbeitsplatz. Es war Widerstand in einer Umgebung, in der sich alle kannten und natürlich auch über die jeweiligen politischen Ansichten und Tätigkeiten Bescheid wussten. Das Schicksal der Familie Wukitsevits ist einerseits ein gutes Beispiel für den Mut zum Wider-

---

<sup>12</sup> Opferfürsorge Niederösterreich, Akt Gottfried Wukitsevits, OF 40 (= OF 40); OF 186. Für die Unterstützung bei der Recherche zu den Opferfürsorgeakten dankt der Verfasser Martin Esberg vom Amt der NÖ Landesregierung.

<sup>13</sup> Materialien zu Ing. Werner Wukitsevits, geb. 16. 5. 1920 in Trumau, KZ-Verband, DÖW, Akt 20100/13768.

<sup>14</sup> Materialien über Gottfried Wukitsevits. DÖW, Akt 5201 Diese 17-seitige Darstellung der Flucht und U-Boot-Zeit des Gottfried Wukitsevits entstammt ursprünglich seinem Opferfürsorgeakt, er hatte diese im Rahmen einer Berufung gegen einen ablehnenden Bescheid im August 1965 erstellt. Siehe dazu: OF 40, Gottfried Wukitsevits an das BM für soziale Verwaltung, Berufung v. 14. 8. 1965 gegen Bescheid der niederösterreichischen Landesregierung v. 2. 8. 1965; Aufzeichnungen von Werner Wukitsevits aus Maria Lanzendorf über seine letzten Tage im KZ Dachau, die Evakuierung des KZs am 26. 4. 1945, den Häftlingsmarsch Richtung Starnberg/D, die Flucht am 1. 5. 1945, die Zeit im Durchgangslager Bad Tölz/D von 9.–16. 5. 1945 sowie seine Tätigkeit als erster Bürgermeister von Maria Lanzendorf. DÖW, Akt 5211.

<sup>15</sup> Diese Briefe finden sich im Sondergerichtsverfahren gegen Leopold Dirr und sind von Gottfried und Werner Wukitsevits verfasst.

<sup>16</sup> Die Korrespondenz des ehemaligen Wiener Bürgermeisters Richard Schmitz (1885–1954) mit seinen Familienangehörigen über Werner Wukitsevits. Privatarchiv der Familie Schmitz. Für die Erklärung der familiären Zusammenhänge, Zurverfügungstellung der Zitate von Richard Schmitz und seinen Verwandten sowie für weitere wertvolle Hinweise dankt der Verfasser Univ.-Doz. Dr. Georg Schmitz aufs Allerherzlichste.

stand gegen ein übermächtiges Regime, andererseits aber auch für Denunziantentum, Obrigkeitshörigkeit und den Willen, den politisch anders Denkenden – auch wenn es der seit Jahren bekannte Nachbar war – existenziell zu zerstören. Zudem zeigen die betreffenden Volksgerichts- und Opferfürsorge-Akten sehr gut auf, wo die eigentliche Solidarität der Gesellschaft in der Nachkriegszeit lag.



**Die Wallfahrtskirche von Maria Lanzendorf.  
Aufnahme aus dem Jahre 1934**

„ ... meine Flucht aus den Händen S.A., Gendarmerie,  
und meine U-Boot-Zeit“<sup>17</sup>

### Die Verfolgung und Flucht des Gottfried Wukitsevits

Gottfried Wukitsevits wurde am 13. August 1895 in Trumau im Bezirk Mödling geboren und war seit 1932 in Maria Lanzendorf gemeldet. Während der Ersten Republik übte er den Beruf eines Buchhalters aus.<sup>18</sup> Ab 1932 war er

---

<sup>17</sup> DÖW, Akt 5201.

<sup>18</sup> Verfahren Dirr, Anklageschrift in der Strafsache gegen Leopold Dirr v. 9. 10. 1939, S. 3.

bei einem jüdischen Kaufmann im zweiten Wiener Gemeindebezirk als Vertreter beschäftigt, wobei dieses Arbeitsverhältnis im April 1938 wegen Auflösung des Unternehmens beendet werden musste. Daneben betrieb er für einige Zeit einen Kohlenhandel, der jedoch nicht sehr erfolgreich war.<sup>19</sup> In Folge und da er in den erwähnten Bereichen keine Stellung mehr finden konnte, sah er sich gezwungen, ab April 1938 als so genannter Erdarbeiter, später als Hilfsgeometer beim Bau des Flugplatzes im nahe gelegenen Zwölfaxing zu arbeiten.<sup>20</sup> Gottfried Wukitsevits war sowohl in seinem Wohnort als auch in der Umgebung als Kommunist bekannt und „stand als solcher auch in behördlicher Evidenz“<sup>21</sup>. Nach 1945 gab er selbst an, ab 1919 Mitglied der KPÖ gewesen zu sein, ab 1933 hatte er die Ortsleitung der KPÖ in Maria Lanzendorf inne und war zudem Mitglied der Bezirksleitung. Ab dem Verbot der KPÖ 1933 setzte er seine Arbeit illegal fort, verbreitete Zeitungen und sammelte für inhaftierte Genossen. Diese Tätigkeit beendete er auch nach dem März 1938 nicht.<sup>22</sup> Er war den Nationalsozialisten als Gegenredner bei ihren Versammlungen bekannt<sup>23</sup> und galt sicher als einer ihrer größten Feinde in der Gemeinde.

Die am 24. September 1938 erfolgte Denunziation dürfte daher für ihn wenig überraschend gewesen sein, zumal in Maria Lanzendorf und Umgebung schon im Frühjahr 1938 Repressalien gegenüber ehemaligen Heimwehrmitgliedern<sup>24</sup> und anderen politischen Gegnern an der Tagesordnung waren: „Es wurde in der Nacht an die Tür geklopft, dem Heraustretenden eine Decke über den Kopf geworfen und er dann geschlagen.“<sup>25</sup> Erkennbar

---

<sup>19</sup> Verfahren Dunkl, Zeugenvernehmung Gottfried Wukitsevits v. 4. 12. 1946.

<sup>20</sup> Seine Versicherungszeiten in Zwölfaxing differieren geringfügig zu den eigenen Angaben: Das Beschäftigungsverhältnis begann am 25. 5. 1938 und endete am 24. 9. 1938. Vgl. OF 40, Niederschrift mit Gottfried Wukitsevits beim Fürsorgeamt der Stadt Wiener Neustadt am 17. 3. 1952, sowie Bestätigung über die Versicherungs- bzw. Krankenstandszeiten des Gottfried Wukitsevits v. 3. 7. 1952. Darüber hinaus Verfahren Dirr, Anklageschrift in der Strafsache gegen Leopold Dirr v. 9. 10. 1939, S. 3.

<sup>21</sup> Verfahren Dirr, Urteil in der Strafsache gegen Leopold Dirr v. 23. 11. 1939.

<sup>22</sup> OF 40, Niederschrift mit Gottfried Wukitsevits beim Fürsorgeamt der Stadt Wiener Neustadt am 17. 3. 1952.

<sup>23</sup> Verfahren Dunkl, Zeugenvernehmung Gottfried Wukitsevits v. 4. 12. 1946.

<sup>24</sup> Gerichtlich nachweisbar ist eine Racheaktion vom 24. 4. 1938 in Himberg und eine weitere Aktion in Leopoldsdorf. Vgl. Verfahren Eimann, Abschrift Polizeidienststelle Maria Lanzendorf v. 30. 6. 1945 betrifft Karl Eimann, unterzeichnet von Ing. Werner Wukitsevits und Josef Zajdlik (für die Polizei).

<sup>25</sup> Verfahren Dunkl, Zeugenvernehmung Gottfried Wukitsevits v. 4. 12. 1946.

waren die Nationalsozialisten, die diese Einschüchterungsversuche unternahmen, dann nur an ihren Stimmen. Wukitsevits selbst verfügte über detaillierte Kenntnisse der illegalen NSDAP-Mitglieder und ihrer Spender.<sup>26</sup> Er schreibt in der von ihm verfassten Schilderung seiner Festnahme und Flucht:

„Die Beschimpfungen [bei der Verhaftung] gegen mich, wie ‚Du Hund, Du Verbrecher, Du Gauner, Du Verräter‘ und Drohungen mit dem Umbringen waren mannigfaltig und ich wusste, was mich erwarten würde. Nur der Tod, denn x-Male vorher war ich von der SA, schon zur Zeit als Hitler noch gar nicht Österreich besetzt hatte, mit dem Aufhängen auf dem nächsten Baum bedroht worden, wenn die Nazis an die Macht kämen.“<sup>27</sup>

**Bauleitung der Luftwaffe Zwölfaxing : Ausweis Nr. 1177**  
 Der Inhaber ist berechtigt das Reichs-Fiskalische Grundstück in Zwölfaxing zu betreten und zwar **Planie**

**Wukitsevits Gottfried Maria Lanzendorf, Hauptstr. 24**  
 Zuname Vorname Wohnort Straße Nr.

**H.A. Bauleitung**  
 Stand Ort

Eigenhändige Unterschrift

**Gültig in der Zeit**

bis	.....

Druckstempel: **Bauleitung der Luftwaffe Zwölfaxing**

Druckstempel: **Druckstempel**

Druckstempel: **Bauführer Bauleiter**  
 Ausgestellt in Zwölfaxing am **16. August 1938.**



**Arbeitsausweis von Gottfried Wukitsevits für den 1938 in Bau befindlichen Flugplatz in Zwölfaxing**

Quelle: OLG Wien, Verfahren OJs 96/39 gegen Leopold Dirr

<sup>26</sup> Ebenda.

<sup>27</sup> DÖW, Akt 5201, S. 1. Fehler in den Zitaten werden gekennzeichnet, wenn sie grob sinnstörend sind.

Am frühen Abend des 24. September 1938 begaben sich Gottfried Wukitsevits und Leopold Dirr in dessen Wohnung, um eine illegale kommunistische Flugschrift herzustellen. Dirr, der als Wirkergehilfe in der etwas außerhalb von Maria Lanzendorf auf der Achauerstraße befindlichen Trikotagenfabrik Nägele tätig war, hatte dort im so genannten Arbeiterhaus seine Wohnung. Kurz nachdem die beiden mit ihrer Tätigkeit begonnen hatten, wurden sie vom vorbeigehenden Fabriksgärtner und NSV-Blockwart Fritz Dunkl<sup>28</sup>, der eine „benachbarte Dienstwohnung“<sup>29</sup> bewohnte, beim Schreiben eines Manuskripts durch das Fenster beobachtet. Dunkl wollte angeblich Nachschau halten, da der Strom in seiner Dienstwohnung stark zurückging<sup>30</sup>, auf dem Weg<sup>31</sup> bemerkte er Licht in der Wohnung des Dirr.<sup>32</sup> Dunkl, dem Wukitsevits als Kommunist bekannt war, sah, wie dieser eine Matrize gegen das Licht hielt und wie Dirr sich anschickte, das Fenster mit einem Vorhang zu verhängen. Daraufhin sah sich Dunkel veranlasst, sofort dem SA-Führer des Ortes Dr. Rosenberg<sup>33</sup> Meldung zu erstatten und gemeinsam mit diesem das Gesehene bei der Gendarmerie zur Anzeige zu bringen.<sup>34</sup> In der Folge begab sich ein Kommando bestehend aus acht SA-Männern unter der Führung von Dr. Rosenberg und den beiden Gendarmen Haidvogel und Pogatsch zum

---

<sup>28</sup> Friedrich (Fritz) Dunkl, geboren am 28. 2. 1901, war ab 1. 1. 1925 Fabriksgärtner der Trikotagenfabrik Nägele und lebte auf dem Fabriksgelände in Maria Lanzendorf in einer Dienstwohnung. Er war bereits vor 1938 Mitglied der illegalen NSDAP und wurde nach dem „Anschluss“ als „Altparteigenosse“ anerkannt. Er übte keine Funktion innerhalb der Partei aus, sondern war Blockwart der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) sowie Mitglied des RLB (Reichsluftschutzbunds) und der DAF (Deutschen Arbeitsfront). Am 20. 3. 1941 wurde er zur Wehrmacht eingezogen, von wo er am 16. 2. 1946 aus französischer Kriegsgefangenschaft entlassen wurde. Friedrich Dunkl wird im Verfahren und in den weiteren Quellen sowohl als Friedrich als auch als Fritz Dunkl geführt. Der Einheitlichkeit dieses Textes wegen wird hier immer der etwas häufiger vorkommende Name Fritz Dunkl verwendet.

<sup>29</sup> Verfahren Dunkl, Zeugenvernehmung Leopold Dirr v. 31. 10. 1946.

<sup>30</sup> Die Trikotagenfabrik Nägele verfügte über ein eigenes wasserbetriebenes Elektrizitätskraftwerk. Siehe dazu auch: Verfahren Dunkl, Vernehmungsprotokoll Friedrich Dunkl v. 20. 9. 1946.

<sup>31</sup> Der hier beschriebene Hergang ist in einer Skizze im Volksgerichtsverfahren gegen Fritz Dunkl (Vg 2d Vr 6091/46) dargestellt.

<sup>32</sup> Verfahren Dunkl, Niederschrift mit Fritz Dunkl v. 23. 4. 1946.

<sup>33</sup> Dr. Zölestin Rosenberg, geboren 1910, war leitender kaufmännischer Angestellter in der Trikotagenfabrik Nägele und SA-Führer von Maria Lanzendorf, er ist im Zweiten Weltkrieg gefallen.

<sup>34</sup> Verfahren Dunkl, Anklageschrift gegen Friedrich Dunkl v. 27. 1. 1947.

Arbeiterhaus und verhaftete die beiden Männer. In der Wohnung wurden eine kommunistische Streitschrift mit dem Titel „Die Einheitsfront. Organ gegen die Hitlerfaschisten, gegen Lüge, Krieg und Not, für den Frieden, gegen Rüstung, gegen Ausbeutung“ sowie Matrizen, eine Schreibmaschine<sup>35</sup> und ein Vervielfältigungsapparat der Firma Hildebrand gefunden<sup>36</sup>.

Die illegale Zeitung „Einheitsfront“ wurde von der kommunistischen Ortsorganisation bereits während des „Ständestaats“ verbreitet. Dirr und Wukitsevits hatten einander Anfang 1938 kennen gelernt, die verbindende politische Einstellung war es, die sie dazu brachte, kleine Sammelaktionen durchzuführen, die sie auflisteten (diese Listen wurden bei der Wohnungsdurchsuchung gefunden) und aus deren Erlös sie den Vervielfältigungsapparat kauften. An diesem Septemberabend sollten das erste Mal Abzüge hergestellt werden, was schließlich beim Versuch blieb.<sup>37</sup> Wukitsevits wurde von einem Gendarmen sowie sieben SA-Männern auf dem etwas mehr als einen Kilometer langen Weg zum Gendarmerieposten eskortiert. Zwei Männer begleiteten Dirr, der nach Angabe von Wukitsevits ein „Fussinvalide“ war:<sup>38</sup>

„Zwei SA Männer gingen hinter mir, je zwei an den beiden Seiten von mir, der Gendarm und Dr. Rosenberg vor mir. Ich wurde auf diesem Weg mehrere Male von den Schergen gewarnt, nicht zu flüchten, da man mich niederschließen würde. Es war eine stockfinstere Nacht. Die SA Männer leuchteten mit Taschenlampen. [...] unmittelbar vor dem Postenkommando [gelang es mir], mich gewaltsam von meiner Eskorte zu befreien und zu flüchten. Ich rannte um mein Leben, während 6 SA Männer mir nachsetzten, schrien und auf mich mit ihren Pistolen unzählige Schüsse abfeuerten. Es wurde erzählt, dass mehrere Dut-

---

<sup>35</sup> Diese Schreibmaschine hatte Emil Wukitsevits für seinen Vater von einem Arbeitskollegen über das Wochenende geborgt. Emil Wukitsevits hat wiederholt angegeben, nicht gewusst zu haben, wofür sein Vater diese Schreibmaschine brauchte. Die Schreibmaschine des Arbeitskollegen hatte dieser von seiner Schwester, einer BDM-Gruppenführerin, die ihrerseits wiederum diese Schreibmaschine von einer NS-Parteistelle geborgt hatte. Verfahren Dirr, Aussage Karl Bayer (= Arbeitskollege) vor der Gestapo Wien am 5. 1. 1939.

<sup>36</sup> Die Originalrechnungen (Barverkauf) der Firma Hildebrand Büromaschinen, 1010 Wien, wurden bei Gottfried Wukitsevits gefunden. Verfahren Dirr, Vermerk der Gestapo, 4. 10. 1938.

<sup>37</sup> OF 40, Niederschrift mit Gottfried Wukitsevits beim Fürsorgeamt der Stadt Wiener Neustadt am 17. 3. 1952, bzw. Niederschrift mit Leopold Dirr durch das Bezirkspolizeikommissariat Schwechat v. 14. 6. 1952.

<sup>38</sup> DÖW, Akt 5201. S. 1 f.

zend Schüsse gefallen seien, ich hörte nur fünf. Die Kugeln piffen neben meinen Ohren links und rechts vorbei, ich rannte im Zick-Zack. Nach ca. 700 bis 800 Metern schärfsten Laufes, wobei ich in eine Sackgasse kam, an deren Ende eine hohe Mauer war, war ich total exhaustet [sic!], atemlos und stand vor dem Zusammenbruch. Die SA Männer waren mindestens 100 Schritte hinter mir, ich musste die neuerliche Festnahme befürchten; sprang auf die Mauer, stolperte über den dahinter liegenden großen Baumateriallagerplatz der Firma ‚Universale Bau A.G.‘ wobei ich mich an den Füßen verletzte, die Kleider waren zerrissen worden, aber ich kam über den Platz hinweg und stieg an der anderen Seite über einen hohen Draht-Zaun mit Spitzen, rannte durch einen Kartoffelacker, überquerte die Schneeplanen, die zu beiden Seiten der Eisenbahn Wien-Aspang errichtet waren, kam durch ein hohes Kukuruz-Feld, wo ich einigermaßen Deckung hatte, da die Scheinwerfer der Hitlerwehrmacht vom nahen Laaerberg, die durch Leuchtraketen von der SA aufmerksam gemacht worden waren, das ganze Gebiet durchsuchten. [...] Ich flüchtete im Graben des [Wiener Neustädter] Kanals von Maria Lanzendorf aus weg gegen Achau zu, da ich wusste, dass mich die verfolgenden SS und SA Männer gegen Wien zu suchen würden. [...] Zirka eine Stunde flüchtete ich im Graben [...], stieg dann an Land und flüchtete auf einem Riesen-Umweg gegen Leopoldsdorf zu, weil ich hoffte, daselbst bei Freunden Unterschlupf zu erhalten.“<sup>39</sup>

Schlussendlich verbrachte Wukitsevits die Nacht nach seiner spektakulären Flucht bei der befreundeten Familie Primas im benachbarten Leopoldsdorf.

In der Zwischenzeit begann die Gendarmerie mit den Ermittlungen gegen Leopold Dirr und andere Verdächtige. So wurde die Wohnung von Wukitsevits in der Hauptstraße 24 in Maria Lanzendorf durchsucht und überwacht. Emil Wukitsevits<sup>40</sup>, einer der drei Söhne, und sein Cousin Erwin Kouba<sup>41</sup>, der seit Anfang September 1938 bei seinem Onkel lebte, da er beim

---

<sup>39</sup> Ebenda.

<sup>40</sup> Emil Wukitsevits, geboren am 17. 2. 1922, war Kameramannlehrling von Beruf und engagierte sich bis zu seiner Einberufung zur Wehrmacht bei einer von ihm mitgegründeten KJV-Gruppe in Maria Lanzendorf. Er fiel am 16. 5. 1942 an der Ostfront.

<sup>41</sup> Erwin Kouba, geboren am 23. 1. 1922, Tischlerlehrling von Beruf.

Tischler Josef Spätlich in Zwölfaxing eine Lehre angefangen hatte, wurden verhaftet und auf die Gendarmerie gebracht. Wukitsevits' Gattin Franziska<sup>42</sup> befand sich zu diesem Zeitpunkt im Wilhelminenspital in Pflege, weshalb von der Gestapo-Leitstelle Wien eine Überwachung angeordnet wurde. Der älteste Sohn Werner Wukitsevits war über Nacht bei seiner Tante Marianne Kouba in Trumau zu Besuch. Auch er wurde über Veranlassung des Gendarmeriepostens verhaftet und am 25. September nach Maria Lanzendorf überstellt. Aus dem Gendarmerieprotokoll ist ersichtlich, dass die Beamten von einer Mitwisserschaft der beiden Söhne ausgingen.<sup>43</sup> An der Einvernahme der Festgenommenen nahmen nicht nur Gendarmeriebeamte teil, sondern auch NS-Funktionäre, wie etwa der schon bei der Verhaftung im Arbeiterhaus anwesend gewesene, zeitweilig als Ortsgruppenleiter tätige Karl Eimann<sup>44</sup>, der Emil Wukitsevits in den Räumen der Gendarmerie schwer misshandelte. Leopold Dirr, der nach der Überstellung der Festgenommenen ins Bezirksgericht Schwechat Emil Wukitsevits sah, konnte im Gesicht noch die Spuren der Schläge sehen<sup>45</sup>.

Noch am selben Tag wurden die vier Festgenommenen der Gestapo Wien übergeben und am 29. September beantragte der Staatsanwalt Haftbefehl aufgrund des Verdachts auf Vorbereitung zum Hochverrat im Sinne der § 83 Abs 2, Abs 3 Z 1 und Abs 3 Z 3 Reichsstrafgesetzbuch.<sup>46</sup> Die „Begrün-

---

<sup>42</sup> Franziska Wukitsevits, geboren am 27. 2. 1896, gestorben am 10. 2. 1967.

<sup>43</sup> Gendarmeriepostenkommando Maria Lanzendorf, S. 2 f.

<sup>44</sup> Karl Eimann, geboren am 12. 3. 1903, gestorben am 9. 12. 1979, gelernter Feinmechaniker, zeitweilig Schreiber bzw. Rechnungsführer der Wiener AG Ziegelfabrik in Leopoldsdorf sowie Trafikant und später Cafetier in Maria Lanzendorf, war schon vor 1938 Mitglied der NSDAP. Zum Zeitpunkt der Anzeige im September 1938 war jedoch Anton Ellenrieder bereits Ortsgruppenleiter. Beide waren Schulkameraden des Denunzianten Fritz Dunkl.

<sup>45</sup> Verfahren Eimann, Niederschrift Leopold Dirr v. 18. 3. 1946.

<sup>46</sup> Gesetz zur Änderung des Strafrechts und des Strafverfahrens v. 24. 4. 1934; Österreich: Einführungsverordnung v. 20. 6. 1938, RGBl. I [1938], sowie Durchführungsverordnung v. 20. 6. 1938, RGBl. I [1938]. Konkret lautete die Anklage auf ein hochverräterisches Unternehmen, zu dem aufgefordert oder angereizt wurde, Abs 3 Z 1 sah vor, dass auf Todesstrafe oder lebenslanges Zuchthaus oder auf Zuchthaus nicht unter zwei Jahren zu erkennen ist, wenn die Tat darauf gerichtet war, zur Vorbereitung des Hochverrates einen organisatorischen Zusammenhalt herzustellen oder aufrechtzuerhalten, Abs 3 stellt auf die Beeinflussung der Massen durch Herstellung und Verbreitung von Schriften ab. Vgl. dazu auch: Michael Lojowsky, Hochverrat, in: Wolfgang Form / Wolfgang Neugebauer / Theo Schiller (Hrsg.), NS-Justiz und politische Verfolgung in Österreich 1938–1945, München 2006, S. 40–44.

dungen“ für die Verhaftung der drei an der eigentlichen Tat unbeteiligten jungen Männer lauteten wie folgt:

„Erwin Kouba, der 14 Tage in der Wohnung des Gottfried Wukitsevits unangemeldet nächtigte, war offenbar in die kommunistische Tätigkeit [...] eingeweiht und an dieser beteiligt. Emil Wukitsevits hat die Schreibmaschine, auf welcher die kommunistischen Flugschriften geschrieben wurden, aus Wien gebracht, [...]. Werner Wukitsevits war offenbar gleichfalls in die kommunistische Tätigkeit seines Vaters Gottfried Wukitsevits eingeweiht und bei dieser in einer noch festzustellenden Form beteiligt.“<sup>47</sup>

Die Frau von Fritz Dunkl bestätigte die Angaben ihres Gatten – mit einem Schlag war die ortsbekannte kommunistische Familie diskreditiert und den Behörden ausgeliefert. Die Geschehnisse wurden unter explizitem Hinweis auf die wichtige Beobachtung des Fritz Dunkl, die zur Aushebung der „kommunistischen Zelle“ führte, vom Pressebeauftragten der Ortsgruppe Maria Lanzendorf an das Kreispresseamt weitergeleitet.<sup>48</sup> Die von den Polizeibehörden in den folgenden Tagen angestellten Nachforschungen gegen die beiden Söhne und den Neffen von Gottfried Wukitsevits blieben jedoch erfolglos, was zur Entlassung der drei jungen Männer aus der Untersuchungshaft am 10. Oktober 1938 führte.<sup>49</sup>

In der Folge brachte Werner Wukitsevits sogar eine Beschwerde gegen die an der Verhaftung beteiligten Maria Lanzendorfer NS-Funktionäre Eimann, Klein, Rosenberg und Ellenrieder ein, die er an Gauleiter Bürckel sandte. Nicht ohne Folgen, wie er dem in Untersuchungshaft einsitzenden Leopold Dirr am 14. Dezember 1938 in einem Schreiben, das allerdings von der Staatsanwaltschaft zurückgehalten wurde, zu berichten versuchte:

„Meine [...] Beschwerde [...] ist ‚zwecks Erhebungen‘ an das zuständige Amt von Maria Lanzendorf gesendet worden. Und nun das Lustige: Dass diese Herren gegen sich selbst den höheren Behörden keinerlei Vorfälle bestätigen ist klar. Nun beraten sie schon über

---

<sup>47</sup> Verfahren Dirr, Haftbefehl, Staatsanwaltschaft Wien II, ER 26/38, 29. 9. 1938.

<sup>48</sup> Verfahren Dunkl, Pressedienst der Ortsgruppe Maria Lanzendorf an das Kreispresseamt der NSDAP, Kreis IV v. 25. ?? 1938 (anzunehmen ist der 25. 9. 1938).

<sup>49</sup> Verfahren Dirr, Schlussbericht v. 19. 10. 1938.

14 Tage, wie sie gegen diese Beschwerde vorgehen können. Angst habe ich keine. Und ein gerichtliches Nachspiel, in dem ich mich gegen die gemeinen Gerüchte und Verleumdungen rehabilitieren werde können, ist unvermeidlich. Ich kann Ihnen sagen: man mutete mir soviel Mut nicht zu. Und meine Sicherheit und Ausdauer, mein furchtbares Beharren auf Bereinigung von Gemeinheiten und Bestrafung der Schuldigen macht sie schwanken und unsicher [...].“<sup>50</sup>

Anlässlich des Weihnachtsfestes 1938 schrieben sowohl Emil als auch Werner Wukitsevits abermals an den noch immer einsitzenden Leopold Dirr. Werner ging wiederum auf die laufende Beschwerde ein:

„Mein sicheres Auftreten und meine Furchtlosigkeit, meine makellose Vergangenheit machen mich gegen jeden Angriff der Maria Lanzendorfer immun und diese selbst äußerst unsicher. Nachdem sie mehrere Wochen erfolglos beratschlagten, wie sie sich aus der Situation ziehen könnten und die Erhebungen für sie günstig an die Kreisleitung von Wien schicken könnten, wurde von Wien aus die Sache energisch angepackt. Montag waren [...] Emil und ich auf die Kreisleitung der NSV Wien vorgeladen. Angelegenheit: Beschwerde und beigefügtes Gesuch [...]. Ich ging als vollkommener Sieger hervor. Erfolg in moralischer und praktischer Hinsicht überraschend: Die Maria Lanzendorfer haben Federn. (Sie bekamen, weil sie sich so viel Zeit ließen eine Rüge durchs Telefon, wobei ich anwesend war.)“<sup>51</sup>

Auch dieses Schreiben wurde von der Staatsanwaltschaft nicht an Dirr weitergeleitet.

Der Sohn der Familie Primas, wo Gottfried Wukitsevits versteckt war, holte bereits am Sonntag, dem 25. September, erste Informationen in Maria Lanzendorf ein.<sup>52</sup> Danach geben die Quellen sehr wenig Aufschluss darüber, ob und in welcher Form Gottfried Wukitsevits über das Schicksal seiner Familie am Laufenden gehalten wurde. Es ist anzunehmen, dass er

---

<sup>50</sup> Verfahren Dirr, Postkarte von Werner Wukitsevits an Leopold Dirr v. 14. 12. 1938.

<sup>51</sup> Verfahren Dirr, Brief von Werner Wukitsevits an Leopold Dirr v. 27. 12. 1938.

<sup>52</sup> DÖW, Akt 5201, S. 2. Der dritte Sohn Günther Wukitsevits, der sich in Schwerin aufhielt, wurde dort von der Polizei vernommen.

durch Freunde und Bekannte immer wieder informiert wurde, hielt er sich doch in den kommenden Monaten zum Teil in den Nachbarorten von Maria Lanzendorf versteckt. In einer Zeugenvernehmung aus dem Jahr 1946 gibt er an, von seinem Sohn Emil erfahren zu haben, dass dieser nach seiner Verhaftung auf dem Gendarmeriekommando Maria Lanzendorf schwer misshandelt wurde.<sup>53</sup> Offenbar gab es ein Treffen zwischen Gottfried und Emil Wukitsevits während der U-Boot-Zeit des Vaters in Wien.<sup>54</sup> Zudem meldete sich Gottfried Wukitsevits immer wieder mit Briefen bei seiner Frau und anderen Angehörigen. Diese Quellen sind insofern kritisch zu betrachten, als sie – aufgrund der anzunehmenden Überwachung – auch den Polizeibehörden bzw. der Gestapo nicht verborgen blieben. Gottfried Wukitsevits dürfte sich dieses Faktums bewusst gewesen sein, da er in den Briefen immer wieder betonte, dass er allein schuldig sei. Zudem bestätigte auch sein Sohn Werner 1946, dass sein Vater diese postalisch aufgegebenen Briefe für die Gestapo schrieb, um die anderen zu entlasten.<sup>55</sup> Es sind nur jene Briefe überliefert, die abgefangen wurden, ob darüber hinaus Schreiben existieren, war im Rahmen der Recherchen nicht feststellbar. Der erste dieser erhaltenen Briefe ist auf den 28. September 1938 datiert und wurde von ihm an seine Vermieterin in Maria Lanzendorf mit der Bitte um Weitergabe an seine Frau geschickt. Diese übergab den Brief der Gendarmerie. Er schreibt darin:

„Es ist nicht ausgeschlossen, dass ich schon heute Nacht die jugoslawische Grenze überschreite. [...] Ich hoffe Euch alle bei Gesundheit. Im Falle Emil oder Werner wirklich sitzen sollen, dann werde ich sie schriftlich informieren, die beiden sind absolut unschuldig. [...] Diesen Brief habe ich in Müzzuschlag einem Schaffner mitgegeben, hoffentlich gibt er ihn auf, damit du ihn schnellstens kriegst. [...] Als ich am Sonntag und Montag in Wien war, wollte ich zu Ida, zu Poldi<sup>56</sup> [...], überall stand ein Posten um mich abzufangen. Auf den Leim bin ich nicht gegangen. [...]“<sup>57</sup>

---

<sup>53</sup> Verfahren Dunkl, Zeugenvernehmung Gottfried Wukitsevits v. 4. 12. 1946.

<sup>54</sup> Verfahren Eimann, Hv 445/47, Hauptverhandlung v. 19. 5. 1947, S. 5.

<sup>55</sup> OF 186, Werner Wukitsevits an das Bundesministerium für soziale Verwaltung betreffend M.Abt. 12 W 285/46, Einspruch gegen Bescheid vom 29. 11. 1946.

<sup>56</sup> Ida Mechtler und Leopoldine Wukitsevits waren Schwestern von Gottfried Wukitsevits, beide lebten in Wien. Verfahren Dirr, Vermerk Gestapo, 4. 10. 1938.

<sup>57</sup> Verfahren Dirr, Brief Gottfried Wukitsevits an Franziska Wukitsevits v. 28. 9. 1938.

Im Laufe der ersten Tage und Wochen seiner Flucht versuchte Wukitsevits vor allem bei befreundeten Familien und Verwandten Unterschlupf zu finden, meist nur für ein oder zwei Nächte. Oftmals hatte er allerdings den Eindruck, dass vor den Häusern dieser Menschen Gestapo-Beamte zur Observation stünden. Diese Wahrnehmungen können anhand der Ermittlungsakten gegen Leopold Dirr bestätigt werden.<sup>58</sup> Einige Male übernachtete er im Freien bzw. auch bei Fremden. Schon vier Tage nach seiner Flucht – in der Nacht vom 28. auf den 29. September – trug er sich das erste Mal mit Selbstmordgedanken. Nachdem er vergeblich ein Nachtquartier gesucht hatte, betrat er das Haus Heinzelmanngasse 15 im 20. Wiener Gemeindebezirk, um sich aus einem der oberen Stockwerke zu stürzen. Im 2. Stock aber sah er das Türschild des jüdischen Händlers Nathan Feuerzeug.<sup>59</sup> Er klopfte an die Tür des für ihn völlig fremden Menschen, weil er sich von dem vermutlich ebenso Ausgegrenzten und Verfolgten Hilfe erhoffte. Die Familie Feuerzeug unterstützte ihn trotz des Risikos tatsächlich und er schöpfte neuen Mut.<sup>60</sup>

Nathan Feuerzeug wurde einige Wochen später im Zuge des Novemberpogroms verhaftet und in der Schule in der Karajangasse im 20. Bezirk mit hunderten anderen festgehalten. An diesem Tag kam auch Gottfried Wukitsevits an der Heinzelmanngasse vorbei und fand Frau Feuerzeug mit ihrem Sohn auf der Straße, wo sie beobachten mussten, wie der Mob die Wohnung plünderte und Hausrat auf die Straßen warf.<sup>61</sup> Wukitsevits beteiligte sich daraufhin an einer Hilfsaktion für die in der Karajangasse eingesperrten jüdischen Männer:

„Am Wallensteinplatz im zwanzigsten Bezirk sah ich Dutzende Judenfrauen im Nachtgewande, Negligees, mit Kindern weinend,

---

<sup>58</sup> Verfahren Dirr, Bericht der Gestapo v. 4. 10. 1938.

<sup>59</sup> Die Angabe kann durch einen Eintrag in Lehmanns Adressverzeichnis 1938, Bd. 1, S. 257 bzw. Bd. 2, S. 1233, bestätigt werden.

<sup>60</sup> DÖW, Akt 5201, S. 4.

<sup>61</sup> Nathan Feuerzeug, geboren am 6. 8. 1895, verstarb am 5. 5. 1939 im AKH und wurde am 7. 5. 1939 auf dem Zentralfriedhof, Tor 4, Gruppe 22, Reihe 42b, Grab 11 begraben. Es gibt keine Hinweise auf die Todesursache. Seine Gattin Irma Feuerzeug, geboren am 15. 2. 1895, und der gemeinsame Sohn Kurt Feuerzeug, geboren am 27. 12. 1923, hatten ihre letzte bekannte Wohnadresse in Wien 2, Große Sperlgasse 6/6, von wo sie am 12. 5. 1942 nach Izbica deportiert wurden; Kurt wurde bei einem Zwischenstopp in Trawniki mit anderen, arbeitsfähigen Männern aus dem Transport genommen und ins KZ Majdanek verbracht. Beide kamen ums Leben.

händeringend. Desgleichen in den umliegenden Gassen. Aus den Stockwerkwohnungen flogen Möbelstücke, Bettwäsche, Kleider, Decken [...]. Die festgenommenen Männer wurden in die Karajanschule in der Wasnergasse gebracht und dort von SS und SA Männern festgehalten. [...] Wir, die Widerstandskämpfer, organisierten bei dem Kaufmann Langer<sup>62</sup> eine Aktion, zur Hilfe für die armen Inhaftierten. Wir sammelten bei Bekannten, bei noch nicht verhafteten Juden-Kaufleuten und bei Menschen mit einem hilfreichen Herz diverse Sachen. Bei Langer wurden Pakete hergerichtet, [...] Dann organisierten wir Kinder, die diese Pakete beim Tor der Karajanschule für die Juden abgaben um diesen Ärmsten wenigstens ein bisschen zu helfen. Ein Erwachsener konnte nicht zur Schule gehen, weil man die Verhaftung zu befürchten hatte.“<sup>63</sup>

Nicht nur, dass Wukitsevits bei seiner Flucht oft meinte, vor den Häusern von Freunden und Verbindungsmännern zum kommunistischen Widerstand bereits die Gestapo vorzufinden, so war einmal einer dieser Freunde bereits verhaftet. In Vöslau versuchte Wukitsevits bei seinem Freund Franz Wippel<sup>64</sup> Unterschlupf zu finden:

„Dessen Gattin aber habe ich schon im Stadtpark durch den ich ging auf einer Bank weinend sitzen gesehen. Ihr Gatte war eben wegen meiner Sache, als alter Freund, bereits verhaftet worden. Ich durfte daher nicht in die Wohnung dieses Freundes, der ja auch später im Konzentrationslager sein Leben verloren hat.“<sup>65</sup>

Ein anderes Mal brachte er sich in außerordentliche Gefahr, indem er seiner Schwester Leopoldine Wukitsevits einen Brief überbringen ließ. Die ermittelnde Gestapo vermerkte dazu:

---

<sup>62</sup> Der Kaufmann Franz Langer war einer der Verbindungsmänner zur illegalen KP und organisierte Unterstützungsleistungen für Gottfried Wukitsevits. Siehe dazu weiter unten. DÖW, Akt 5201, S. 5.

<sup>63</sup> DÖW, Akt 5201, S. 6.

<sup>64</sup> Franz Wippel, geboren am 17. 2. 1890 in Bad Vöslau, letzte bekannte Wohnadresse: Bad Vöslau. Bisher ist bekannt, dass er am 14. 11. 1944 im KZ Dachau mit der Häftlingsnummer 126429 als Schutzhäftling registriert wurde und am 16. 12. 1944 ebendort verstorben ist. Informationen über sein Schicksal vor der Internierung in Dachau konnten nicht in Erfahrung gebracht werden.

<sup>65</sup> DÖW, Akt 5201, S. 4.

„Am Samstag, den 1. Oktober 1938 erschien um halb sechs Uhr Nachmittag bei Leopoldine W. ein ca. 20jähriges, hübsches Mädchen [...] und wies einen Brief des geflüchteten W. vor, in welchem er um Unterstützung ersuchte und anführte, er sei bei einer Frau Rezek in Wien wohnhaft. Er sei von seinem Wohnort deshalb geflüchtet, weil er gehört habe, dass alle Personen, die früher der KP angehört haben, verhaftet werden. Das Mädchen erklärte, sie sei die Braut eines Sohnes der Frau Rezek und bat am Schluss um Geheimhaltung. Die Erhebungen nach der im Brief genannten Frau Rezek und nach dem Mädchen welches sich als Alexandra Sörden vorstellte, verliefen negativ und wird angenommen, dass diese Namen als Deckname verwendet wurden.“<sup>66</sup>

Wie nahe diese Angaben der Realität kamen, wird erst in der Zusammenschau der zur Verfügung stehenden Quellen ersichtlich, denn Wukitsevits versteckte sich tatsächlich zwischen 30. September und 20. Oktober 1938<sup>67</sup> größtenteils bei seinen ehemaligen SchulkameradInnen namens Rezek in Wiener Neustadt. Er hatte das Paar zu diesem Zeitpunkt rund 25 Jahre nicht mehr gesehen, weshalb er sich in Sicherheit glaubte.<sup>68</sup>

Aus Wiener Neustadt schrieb Wukitsevits auch an den an der Verhaftung beteiligt gewesenem Gendarmerieinspektor Haidvogel aus Maria Lanzendorf. Darin heißt es:

„Sie haben sich alle den denkbar schlechtesten Dienst erwiesen, indem sie mit Waffengewalt und Denunzierung (durch Herrn Dunkl) mich und Herrn Dirr verhafteten, ferner, indem sie unschuldige Knaben verhafteten und es zuließen, dass man dieselben in den Kerker abtransportierte, wobei man sie, wie ich vermute, bestimmt auch geschlagen hat. [...] An dem Tage, an dem Sie diesen Brief erhalten werden<sup>69</sup>, werden Sie nun wie ich glaube, schon viel gescheiter sein

---

<sup>66</sup> Verfahren Dirr, Vermerk der Gestapo Wien v. 4. 10. 1938.

<sup>67</sup> Abgesehen von einem Versuch am 4. und 5. Oktober 1938, mit der illegalen KP in Wien Kontakt aufzunehmen. DÖW, Akt 5201, S. 4 f.

<sup>68</sup> Er spricht in seinen Aufzeichnungen nur von der Familie Rezek, ob diese einen Sohn hatte bzw. der eine Verlobte, kann nicht abschließend festgestellt werden. DÖW, Akt 5201, S. 4 f.

<sup>69</sup> Es war vorgesehen, dass der auf den 5. Oktober datierte Brief vier Monate später durch einen Freund dem Gendarmeriebeamten Haidvogel ausgehändigt werden sollte.

als heute, denn bis dahin werden den Österreichern, Bauern, Beamten, Arbeitern schon die Augen über Hitler aufgegangen sein. Da werden alle schon wissen und ich glaube auch Sie, dass der Hitlerfaschismus nichts Gutes sondern nur Schlechtes im Sinn hat. Wohl – Gutes für die Kapitalisten – dafür tausendfach Schlechtes für die Massen. [...] Was wird dann kommen? Geht Ihnen ein Licht auf? Dann kommen wir. Und sie können versichert sein, wir werden nicht ungerecht sein und die Menschen zur Verantwortung ziehen, die immer die Träger des Staates waren, wir werden nicht die Arbeiter ausbeuten und drangsaliieren lassen [...] wir werden, und dann wird für alle Zeit Ruhe sein, alle die Schuldigen und ihre Helfer der gerechten Strafe überantworten. [...] Einen Rat geb ich Ihnen: Beschützen Sie meine Söhne, die ehrliche und brave Burschen sind und mit Politik nichts zu tun haben, vor den Zugriffen und Ungerechtigkeiten [...]. Ich werde, wenn unsere Zeit kommt, wissen, wie ich Ihnen meinen Dank abstaten werde.“<sup>70</sup>

Und um Haidvogel einzuschüchtern, schreibt Wukitsevits weiter:

„Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass jede Verfolgung meiner Person zwecklos ist. Man wird mich nie erwischen. Ich stehe unter einem solchen Schutz, wie niemand ahnen kann und genau so wird auch meine Rolle sein, wenn ich dereinst als Herr über die zur Verantwortung zu Ziehenden, aber als Genosse der Ausgebeuteten, zurückkehren werde.“<sup>71</sup>

Die Realität stimmte mit dem gezeichneten Bild allerdings kaum überein. Erst am 20. Oktober 1938 gelang es Wukitsevits, direkt Kontakt mit einem Verbindungsmann der illegalen KPÖ aufzunehmen. Fortan wurden ihm Nachtquartiere zugewiesen und er erhielt monetäre Unterstützung sowie Verpflegung. Als zentrale Anlaufstelle und Verbindungsmann zur örtlichen Leitung der Kommunistischen Partei<sup>72</sup> fungierte der Kaufmann Franz

---

<sup>70</sup> Verfahren Dirr, Brief Gottfried Wukitsevits an Inspektor Haidvogel v. 5. 10. 1938.

<sup>71</sup> Ebenda.

<sup>72</sup> OF 40, Niederschrift mit Gottfried Wukitsevits beim Fürsorgeamt der Stadt Wiener Neustadt am 17. 3. 1952.

Langer<sup>73</sup>, Wasnergasse 31, im 20. Wiener Gemeindebezirk. Langer war es auch, der ihm die Pläne für den ersten Fluchtversuch mitteilte: Wukitsevits sollte im November 1938 in die Schweiz entkommen. Er gelangte zwar mit Glück bis Frastanz an der schweizerischen Grenze und traf dort auch seinen Verbindungsmann, dieser konnte ihm jedoch nicht weiterhelfen, da ein Grenzübertritt so kurz nach dem Novemberpogrom zu gefährlich erschien und die Grenze noch hermetischer als sonst abgesperrt war. Unverrichteter Dinge kehrte Wukitsevits am 14. November nach Wien zurück.<sup>74</sup>

Im Laufe dieser ersten Wochen begann Wukitsevits sein Äußeres zu verändern, um nicht erkannt zu werden. Er ließ sich einen Schnurrbart wachsen, färbte Haare und Augenbrauen dunkel und klemmte sich Papierkugeln zwischen Wangen und Kiefer, zudem hinkte er auf einem Fuß. Aus seiner Beschreibung ist ersichtlich, in welchem permanenten Angstzustand er sich befinden haben musste, so erwähnte er die Begegnung mit dem Oberlehrer Wilfert aus Zwölfaxing, einem Nachbarort von Maria Lanzendorf, wo er bis zu seiner Flucht gearbeitet hatte, in der Straßenbahn Richtung Schwechat:

„Er beobachtet mich eingehend, ich kam ihm bekannt vor. Beim Aussteigen aus der Bahn rannte ich in eine Seitengasse und weiter davon. Wilfert gab an, dass er mich erkannt hätte. Doch konnte man trotz Suchens mich nicht mehr finden.“<sup>75</sup>

Wukitsevits wurde kurz nach seiner Flucht im Deutschen Fahndungsbuch beschrieben und eingetragen. Damit war er allen relevanten Behörden bekannt. Zudem wurden die Grenzpolizeikommissariate Wien, Mistelbach und Gmünd bereits am 25. September fernmündlich um Nachforschung gebeten.<sup>76</sup> Es vergingen Wochen, in denen sich Wukitsevits bei befreundeten Familien teils in Rannersdorf bei Schwechat, teils in Stadlau (Wien) sowie

---

<sup>73</sup> Der Lebensmittelhändler Franz Ludwig Langer, geboren am 9. 12. 1897, zahlte Beiträge für die Rote Hilfe, beteiligte sich im März 1940 an einem Schulungsabend der KPÖ und nahm zwei Abziehapparate für die Herstellung von Flugschriften der KPÖ in Verwahrung. Er wurde am 1. 2. 1941 festgenommen und am 13. 11. 1942 vom Volksgerichtshof wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zum Tode verurteilt. Franz Ludwig Langer wurde am 29. 4. 1943 im Landesgericht Wien hingerichtet. DÖW, Akt 19793/59.

<sup>74</sup> DÖW, Akt 5201, S. 6 f.

<sup>75</sup> DÖW, Akt 5201, S. 7.

<sup>76</sup> Verfahren Dirr, Gestapo Wien, Vermerk v. 25. 9. 1938.

bei Langer im 20. Bezirk versteckt hielt, bis sich Ende Jänner 1939 die Möglichkeit ergab, ins noch sicher erscheinende Ausland zu flüchten.

„Beim Kohlenhändler Stiller in Stadlau traf ich dann [im Dezember 1938] einen Mann, ebenfalls einen Widerständler, dessen Heimatort die Stadt Znaim war. [...] Er arbeitete in einer Fabrik in Wien. Dieser Mann, namens Novak, der die Nazis besonders hasste, versprach mir, mich über die Grenze in die CSR zu schleusen.“<sup>77</sup>

Zu Weihnachten 1938<sup>78</sup> wandte sich Wukitsevitš „aus der Ferne“ nochmals an seine Frau, mehr und mehr erschloss sich ihm das Ausmaß seiner Gefährdung:

„Genau gesagt rechnete ich mit dem Erwischen, doch glaubte ich damals noch nicht an die Härten des Systems. Erst nach der Flucht kam mir zu Bewusstsein, dass ich keine Gerechtigkeit finden würde, weil sich Gewalt mit Gerechtigkeit nicht verträgt.“<sup>79</sup>

Er gab an, sich in der Tschechoslowakei aufzuhalten, „gegenwärtig befinde ich mich in einem Dorfe südlich von Brünn“<sup>80</sup>. Er betonte nochmals, dass seine Söhne und sein Neffe absolut unschuldig seien:

„Ich habe nichts getan, dass mir eine derartige Verfolgung bringen kann. Es war nur ein Versuch, von mir ganz allein, mich zu wehren. Niemand hat mitgewirkt. Man soll unschuldig Verhaftete freilassen. Ich habe mit niemandem Verbindung gehabt. Nur Dirr und ich haben einen Versuch gewagt.“<sup>81</sup>

Der letzte Satz erwies sich als verhängnisvoll: So sehr der erfahrene Funktionär darauf achtete, niemanden zu belasten, und so sehr Dirr selbst in

---

<sup>77</sup> DÖW, Akt 5201, S. 8.

<sup>78</sup> Tatsächlich wurde der Brief am 13. Jänner 1939 von der Gestapo abgefangen. Der Poststempel datierte auf „12. Jänner 1939, Myslice“, als Absender war „Gottfried Wukitsevitš, Swabence, CSR“ vermerkt. Verfahren Dirr, Bericht der Gestapo Wien v. 23. 1. 1939.

<sup>79</sup> Verfahren Dirr, Brief von Gottfried Wukitsevitš an Franziska Wukitsevitš, Weihnachten 1938

<sup>80</sup> Ebenda.

<sup>81</sup> Ebenda.

der Haft seine Rolle herunterspielte, konnte die Gestapo diese Zeilen nun in einem Bericht wie folgt deuten:

„Am 13. Jänner 1939 wurde ein Brief, welcher von Wukitsevits an seine Frau gerichtet worden ist, hier im Zuge der durchgeführten Beobachtung erfasst. [...] In diesem Brief gibt Wukitsevits an, dass er mit niemandem in Verbindung gestanden sei und dass nur er und Dirr den ‚Versuch unternommen hätten‘. Gemeint ist damit anscheinend die Herstellung der kommunistischen Schriften in der Wohnung des Dirr.“<sup>82</sup>

Die Staatsanwaltschaft übernahm diese Sichtweise, die sich in der Anklageschrift vom 9. Oktober 1939 folgendermaßen niederschlug:

„Als einwandfrei überwiesen ist aber Dirr durch einen Brief anzusehen, den der geflüchtete Wukitsevits zu Weihnachten 1938 aus dem Ausland an seine Ehefrau Franziska Wukitsevits gerichtet hat und der von der Behörde aufgefangen und beschlagnahmt wurde. [...] Aus dieser Erklärung geht die Mittäterschaft des Angeschuldigten deutlich hervor.“<sup>83</sup>

Die tatsächliche Flucht in die Tschechoslowakei erfolgte allerdings erst am 29. Jänner 1939. Wukitsevits und Novak fuhren vom Floridsdorfer Spitz nach Znaim<sup>84</sup>, wo sie in der Wohnung der Eltern von Novak mit mehreren KP-Mitgliedern zusammentrafen. In der Nacht von 29. auf 30. Jänner erfolgte der Grenzübertritt:

„Es war Faschingszeit und in Znaim waren Bälle, sowie in dem Nachbarorte Prentitz. Da Znaimer Freunde bzw. Freundinnen in Prentitz hatten und umgekehrt, war der Grenzverkehr ein ziemlich starker, da die Besucher sowohl von der CSR als auch solche in die CSR gingen,

---

<sup>82</sup> Verfahren Dirr, Bericht der Gestapo Wien v. 23. 1. 1939.

<sup>83</sup> Verfahren Dirr, Anklageschrift v. 9. 10. 1939, S. 7 f.; OF 40, Bericht Bezirkspolizeikommisariat Schwechat v. 14. 6. 1952. Der Bericht geht sogar davon aus, dass Dirr zum größten Teil nur wegen dieses Briefes verurteilt wurde.

<sup>84</sup> Znaim wurde 1919 im Vertrag von St. Germain der Tschechoslowakei zugesprochen. Am 1. 10. 1938 wurde Znaim als Folge des Münchner Abkommens Teil des deutschen Reichsgaues Niederdonau.

um die Bälle zu besuchen. Prentitz liegt von Znaim nur ca. einen halben Kilometer entfernt. Die Gestapo war bei diesem Grenzverkehrsübergang zusammengezogen. Das war zu unserem Nutzen. Um zwei Uhr nachts verließen wir das Haus Sterngasse 27 [Elternhaus von Novak], [...]; außerhalb Znaims gingen wir an die drei bis vier Kilometer entlang der Grenze, kamen in absolut abgelegenes, sumpfiges Gelände und überquerten die Grenze. Sechs Mann, schwer bewaffnet mit Maschinenpistolen, begleiteten mich. Wäre es zu einem Gefecht zwischen Gestapo und uns gekommen, hätte es gekracht. Es geschah aber nichts. Vier Mann blieben nachdem ich mit Novak die Grenze überquert hatte, zurück. Zwei Mann begleiteten mich bis nach Prentitz, wo wir um ca. fünf Uhr früh ankamen. Da der Omnibus nach Brünn um diese Zeit abzufahren pflegte, zog ich die Stiefel, die über-voll Kot waren aus und übergab sie Novak. Ich musste Novak eine Bestätigung mit Losungsworten übergeben, dass ich gut in der CSR angekommen sei. Dann bestieg ich den Omnibus. Meine Begleiter warteten, bis der Omnibus abfuhr.<sup>85</sup>

Nach seiner Ankunft in Brünn nahm Wukitsevits Kontakt mit einer Gruppe aus Österreich stammender Kommunisten auf, die unter der Leitung von Dr. Elek Lustmann<sup>86</sup> stand, und wurde darüber hinaus auch an die *Liga für Menschenrechte* – Leiter war ein Dr. Schütz – verwiesen. Beide Organisationen unterstützten ihn gemeinsam mit der örtlichen Israelitischen Kultusgemeinde, indem sie ihm eine Unterkunft sowie Verpflegungsgeld zukommen ließen. Er bezog illegal Quartier bei einer 70-jährigen Frau und kam durch Zufall an den Meldezettel seines kurz zuvor verhafteten jüdischen Vormieters namens Alfred Kral – dieser Meldezettel diente ihm in der kommenden Zeit als neuer Identitätsnachweis.<sup>87</sup> Neben der Befürsorgung durch die erwähnten Organisationen erhielt er hin und wieder finanzielle Unterstützung von Privatpersonen, wie etwa von einem ihm bekannten Genossen namens Dollinger aus Schwechat, von dem er bei einer zufälligen Begegnung in Brünn zwei Pfund Sterling erhielt. Die Zeit in Brünn, wo sich Wukitsevits nur zu den

---

<sup>85</sup> DÖW 5201, S. 8.

<sup>86</sup> Elek Lustmann, d. i. Elias Lustmann (1911–1966), war kommunistischer Parteifunktionär und Publizist, von 1939–1946 im Exil in Großbritannien, wo er Mitglied des Austrian Centre war. Er kehrte 1946 nach Österreich zurück.

<sup>87</sup> DÖW, Akt 5201, S. 9.

Essenszeiten außerhalb seines Quartiers aufhielt, verbrachte er zumeist mit Lesen und Schreiben.<sup>88</sup> Während dieser Zeit schickte er ein Paket an seine Frau, enthalten waren lediglich Schokoladebonbons, die von den Behörden an Franziska Wukitsevits weitergeleitet wurde. Vermutlich war dies das erste Lebenszeichen, das sie und ihre Söhne vom Ehemann und Vater erhalten hatten, da alle anderen Briefe abgefangen bzw. der Gendarmerie übergeben wurden.<sup>89</sup>

Die mit dem Münchner Abkommen begonnene Zerschlagung der Tschechoslowakei fand mit dem Vorrücken der Wehrmacht am 14. März 1939 in die von Hitler als Rest-Tschechei bezeichneten Gebiete ihre Fortführung. Zeitgleich wurde auf Druck Hitlers die als Satellitenstaat des Deutschen Reiches fungierende Slowakische Republik gegründet. Mit der Proklamation des Protektorats Böhmen und Mähren tags darauf am 15. März 1939 verschwand die Tschechoslowakei endgültig von der Landkarte und die Situation für die im Lande befindlichen Flüchtlinge änderte sich grundlegend. Den Tag des deutschen Einmarsches erlebte Wukitsevits in Brünn folgendermaßen:

„Demonstrationen, schreiende Menschen gegen die Regierung und für den Einmarsch Hitlers bewegten sich in Brünn. Ich hatte Glück und konnte mich in die Stadt begeben. Mit zwei Freunden, einem Österreicher namens Witeczek und Bauer traf ich mich am Wilsonbahnhof, um den Rettungsweg nach Prag anzutreten. [...] Am Morgen des 15. März in Prag angekommen, mussten wir mit ansehen wie Hitler-Truppen mit Panzern und Geschützen in Prag einfuhren und die Stadt besetzten.“<sup>90</sup>

Nach einer Nacht im Freien, bei Schneefall und Minusgraden, suchten alle drei getrennt voneinander Hilfe – Witeczek erhielt Geld von Verwandten, Wukitsevits von der Schwester eines ehemaligen jüdischen Arbeitsgebers<sup>91</sup>

---

<sup>88</sup> Wukitsevits schrieb aus Brünn unter anderem auch an seine Frau. Der Brief wurde von den Behörden abgefangen und fand Eingang in die Verfahrensunterlagen gegen Leopold Dirr. Vgl. Verfahren Dirr, Anklageschrift vom 9. 10. 1939, S. 7 f.

<sup>89</sup> Verfahren Dirr, Bericht der Gestapo v. 24. 3. 1939.

<sup>90</sup> DÖW, Akt 5201, S. 9 f.

<sup>91</sup> Es handelte sich hierbei um den Wiener Strickwarenfabrikanten Popper und Berger in der Vorlaufstraße im 1. Bezirk. Wukitsevits traf die Schwester des Eigentümers Emilie Popper, sie verwies ihn an ihren Bruder Karl Popper. Teilen der Familie ist laut Wukitsevits die

seiner Frau, die er zufällig in einem Selbstbedienungslokal traf. Das Geld reichte für eine Weiterfahrt nach Mährisch-Ostrau, wo die drei bei einem Onkel von Bauer Unterkunft erhielten. Ende März fanden sie schließlich einen Führer namens Wiesner, der ihnen versprach, sie sicher über die polnische Grenze zu bringen. Mit ihm brachen sie am 26. März 1939 Richtung Grenze auf. Ihr Geld übergaben Wukitsevits und Bauer an Witeczek, da dieser als Einziger tschechisch sprechen konnte. Zu diesem Zeitpunkt bestand der Besitz von Gottfried Wukitsevits aus vier Unterhosen, vier Hemden und zwei Paar Socken, 15 Stück Zigaretten, 15 tschechischen Kronen, Schuhputzpaste, Schuhbürste, Zahnbürste und Zahnpasta, einigen Taschentüchern, einem Geldbörstel und einer leeren Brieftasche sowie dem Meldezettel des jüdischen Alfred Kral. Der Schlepper brachte sie ins Gebiet eines Bergwerkes, das im Grenzgebiet zwischen Polen und der Tschechoslowakei lag. Die polnische Grenze war bereits in Sichtweite, als sie von sechs deutschen SS-Männern verhaftet wurden. Wukitsevits dazu:

„Ich vermute, dass Wiesner eine Nazikonfident gewesen ist und die Überläufer nicht nach Polen, sondern immer in die Hände der Nazis gespielt hat.“<sup>92</sup>

Die in der Grenzstation folgende Vernehmung ergab keine belastenden Tatbestände gegen Wukitsevits, auch die bei ihm gefundenen Gegenstände waren nicht außergewöhnlich – abgesehen vom jüdischen Meldezettel. Bei Witeczek und Bauer wurden hingegen ein hoher Geldbetrag bzw. eine Pistole gefunden, woraufhin die beiden verhaftet und nach Mährisch-Ostrau verbracht wurden, Wukitsevits wurde freigelassen:

„Der Offizier rief mich vor: ‚Sie sind Jude, haben kein Geld und Vermögen. Wir lassen Sie laufen. Ein Soldat wird sie auf den Weg in den Wald bringen. Wohlgemerkt schauen Sie, dass Sie sicher nach Polen kommen, denn wenn Sie von den Polen erwischt werden, dann werden Sie von diesen zurück zu uns geschickt, weil die Polen keine geflüchtete Juden aufnehmen, [...] Also Vorsicht: Lassen Sie sich nicht

---

Flucht nach England gelungen, Karl Popper und seine Schwester dürften den Krieg nicht überlebt haben. Die Nichte der beiden – Hertha Popper – traf Wukitsevits tatsächlich 1940 in England wieder. DÖW, Akt 5201, S. 10.

<sup>92</sup> DÖW, Akt 5201, S. 11.

erwischen, denn wenn Sie noch einmal zu uns kommen sollten, dann werden Sie nach Dachau geschickt.“<sup>93</sup>

Wukitsevits versuchte nun, alleine die Grenze zu passieren, was ihm allerdings misslang und dazu führte, dass er sich nur knapp eineinhalb Stunden später wieder in der Grenzstation befand – diesmal gemeinsam mit einem jüdischen Flüchtling aus Berlin namens Kohn, der eine prall gefüllte Aktentasche mit einer außerordentlichen Menge von Devisen bei sich trug. Kohn wurde verhaftet und Wukitsevits ließ man wieder laufen:

„Es war ihnen unangenehm, dass ich mit angesehen hatte, wie sie das Geld aus der Tasche genommen hatten. Es mussten große Summen gewesen sein.“<sup>94</sup>

Der Offizier rief nur noch „Hinaus mit Ihnen!“ und Wukitsevits lief wieder der polnischen Grenze entgegen. Endlich gelang ihm mit Hilfe mehrerer Kinder, die den polnischen Grenzpolizisten ablenkten, der Grenzübertritt. Im Gegenzug half er den Kindern ihre Schmugglerware – tschechische Zigaretten – zu tragen und gelangte auf diese Weise aus dem Grenzgebiet nach Karwine<sup>95</sup>, wo ihm ein jüdischer Händler namens Löwy weiterhalf. Löwy war es auch, der noch in derselben Nacht den Kontakt zur Israelitischen Kultusgemeinde in Teschen herstellte, die mit Hilfe des Netzwerks der jüdischen Gemeinden den Weitertransport über Bielitz nach Kattowitz organisierte, wo Wukitsevits wiederum von der Liga für Menschenrechte vor allem durch die Anforderung eines englischen Visums Unterstützung erhielt. Als zentrale Hilfsstellen fungierten einmal mehr jüdische Stellen, jüdische Einzelpersonen sowie die Flüchtlingsorganisationen:

---

<sup>93</sup> Ebenda, S. 12.

<sup>94</sup> Ebenda, S. 13.

<sup>95</sup> Es dürfte sich hierbei um die Stadt Petrovice u Karvine handeln, die nach dem Zusammenbruch der k.u.k. Monarchie zunächst Polen zugesprochen wurde, jedoch im Polnisch-Tschechoslowakischen Grenzkrieg von der Tschechoslowakei besetzt und mit dem Grenzvertrag vom 28. 7. 1920 der Tschechoslowakei zugesprochen wurde. Im Rahmen des Münchner Abkommens wurde der Ort am 1. 10. 1938 wieder polnisch und nach der Besetzung Polens durch die Wehrmacht kam er zum Deutschen Reich und wurde Teil des Landkreises Teschen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde der Ort wieder der Tschechoslowakei zugesprochen.

„Ich betone hier, man kann nur den Hut abnehmen vor den Juden in Polen und den anderen Hilfsorganisationen. Denn diese leisteten mehr als in ihren Kräften stand. Alle Achtung vor diesen Menschen, die selbstlos und ja auch in Gefahr, eines Tages von den Hitler-Banditen gerichtet zu werden, alles taten, um den Flüchtlingen zu helfen.“<sup>96</sup>

Nach einem kurzen Aufenthalt in Krakau, wo er wieder auf Witeczek und Bauer traf, denen die Flucht bei der Überstellung nach Mährisch-Ostrau gelungen war, erhielt er am 13. April 1939 die Nachricht, dass in Kattowitz sein Visum eingelangt sei. Wukitsevits verließ am Abend des 14. April Kattowitz mit einem Flüchtlingstransport des „Salda-Komitees“<sup>97</sup> und gelangte über Schweden am 17. April 1939 nach England und damit in Sicherheit. Dort wurde seine Verpflegung und Unterbringung durch das englisch-tschechische Flüchtlingskomitee „Czech Trust Fund“<sup>98</sup> übernommen. Obwohl Wukitsevits das Komitee erst in England erwähnte, ist davon auszugehen, dass diese bekannte und verzweigte Flüchtlingsorganisation schon davor einen wichtigen Beitrag zu seiner Flucht leistete. Zudem weist sich Wukitsevits in England als Mitglied der „Gruppe Winterberg“<sup>99</sup> aus. Die folgenden Mo-

---

<sup>96</sup> DÖW, Akt 5201, S. 15.

<sup>97</sup> Das „Salda-Komitee“ war ein 1933 gegründetes „bürgerlich-parteiloses“ Hilfskomitee für EmigrantInnen, benannt nach seinem Mitbegründer, dem tschechischen Literaturkritiker Frantisek X. Salda (1867–1937). Nicht wenige der Komitee-MitarbeiterInnen waren KommunistInnen. Siehe dazu: Peter Heumos, Die Emigration aus der Tschechoslowakei nach Westeuropa und dem Nahen Osten 1938–1945, München 1989, S. 28–53.

<sup>98</sup> Auch „Czech Refugee Trust Fund“, wurde am 21. 7. 1939 ins Leben gerufen und war die Nachfolgeorganisation des „British Committee for Refugees from Czechoslovakia“. Der Aufgabenbereich umfasste die finanzielle Unterstützung und soziale Fürsorge von Flüchtlingen mit tschechoslowakischer Staatsbürgerschaft, erstreckte sich aber auch auf jene reichsdeutschen und österreichischen EmigrantInnen, die bis 1938 Asyl in der Tschechoslowakischen Republik gefunden hatten, aber aufgrund des Münchner Abkommens und der Errichtung des Protektorates zur weiteren Flucht gezwungen waren. Siehe dazu: Heumos, Die Emigration aus der Tschechoslowakei, S. 209–229.

<sup>99</sup> Hans Winterberg (1906–1965) entstammte einer jüdischen Familie aus Wien. Nach einer Lehre als Textilkaufmann wurde er kaufmännischer Angestellter. Ab 1934 als Kommunist engagiert erhielt er im selben Jahr vier Monate Polizeihaft und wurde anschließend von 27. 2. 1935 – 29. 5. 1935 im Anhaltelager Wöllersdorf interniert. Als Begründung für seine Einweisung nach Wöllersdorf wurde angegeben: „Hans Winterberg war Mitglied der SDAP, wandte sich jedoch später der kommunistischen Bewegung zu. Auch nach dem Verbote der Betätigung für die Kommunistische Partei setzte er die Tätigkeit für diese Partei fort, indem

nate und Jahre verbrachte er vorwiegend in Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen, da seine Lunge infolge der Flucht stark angegriffen war. Zwischen 16. Mai 1940 und 17. Februar 1941 war er in einem Internierungslager auf der Isle of Man untergebracht, erst im August 1944 erhielt er aufgrund seiner Krankheit eine Arbeitsbewilligung. Am 20. September 1946 kehrte er nach Österreich zurück.

Leopold Dirr wurde am 23. November 1939 vom OLG Wien als Gehilfe des abwesenden Gottfried Wukitsevitš zur Vorbereitung zum Hochverrat zu einer Strafe von einem Jahr und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Der Staatsanwalt hatte ein Strafausmaß von zwei Jahren und sechs Monaten gefordert. Erschwerend wurden die Angriffe gegen die Regierung sowie die Aufforderung zum Zusammenschluss zur Bekämpfung des Staates und des Regimes, die in der Flugschrift enthalten waren, angerechnet. Mildernd wurden das Geständnis, die erstmalige Tatbegehung sowie die Nicht-Durchführung der Tat gewertet. Die Zeit der Untersuchungshaft – ein Jahr, ein Monat und 29 Tage – wurden angerechnet, die Kosten des Verfahrens hatte der Angeklagte zu tragen.<sup>100</sup> Dazu gab Dirr 1946 Folgendes zu Protokoll: „Nur durch mein kluges Verhalten ist es mir damals möglich gewesen, aus den Schergen Händen wieder freizukommen.“<sup>101</sup> Tatsächlich aber ist das Urteil aus der Zeit heraus zu verstehen, was durch folgenden Vergleich augenscheinlich wird: Bei Leopold Dirr finden sich ein klarer Tatbestand und eindeutige Beweise für eine Mittäterschaft. Franz Langer zahlte Beiträge für die Rote Hilfe, beteiligte sich an einem Schulungsabend der KPÖ und nahm zwei Abziehapparate für die Herstellung von Flugschriften in Verwahrung. Seine Anklage lautete ebenso auf Vorbereitung zum Hochverrat. Dirr erhält 1939

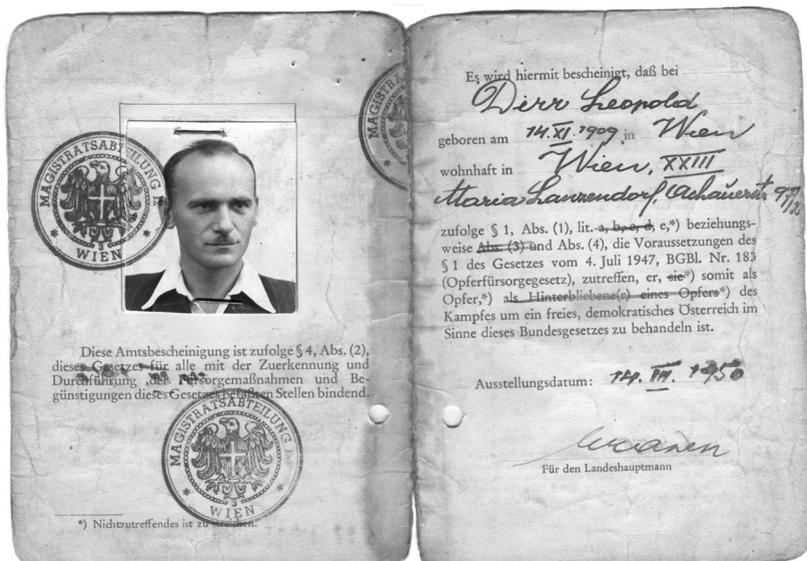
---

er sich mit der Weiterleitung kommunistischer Korrespondenzen und Nachrichten befasste. Er wurde deshalb im Oktober 1934 vom Bezirkspolizeikommissariate Mariahilf mit vier Monaten Arrest bestraft.“ Im März 1938 floh Winterberg in die Tschechoslowakei, im März 1939 weiter nach Großbritannien. Er organisierte und leitete innerhalb des „Czech Refugee Trust Fund“ die „Group Winterberg of the Czech Refugee Trust Fund“ (kurz: „Gruppe Winterberg“). Zudem leitete er gemeinsam mit Dr. Elek Lustmann die „Group of Austrian Communists in Great Britain“. Ab August 1946 wieder in Österreich (Graz). Siehe dazu: [http://agso.uni-graz.at/bestand/19\\_agsoe/19bio.htm](http://agso.uni-graz.at/bestand/19_agsoe/19bio.htm). Für sämtliche Hinweise zu Wöllersdorf ist Mag.<sup>a</sup> Pia Schönlberger zu danken, die derzeit an einer umfassenden Darstellung zum Anhaltelager im Rahmen ihrer Dissertation forscht.

<sup>100</sup> Verfahren Dirr, Hauptverhandlungsprotokoll v. 23. 11. 1939 sowie Urteil v. 23. 11. 1939.

<sup>101</sup> Verfahren Dunkl, Niederschrift Polizeidirektion Wien aufgenommen mit Leopold Dirr am 18. 3. 1946.

1 ½ Jahre Zuchthaus, Langer wird 1943 hingerichtet.<sup>102</sup> Sein Urteil ist im Lichte einer durch den Kriegsforgang radikalisierten Justiz zu sehen.<sup>103</sup>



Amtsbescheinigung von Leopold Dirr

Quelle: DÖW

„Bitte, unterhalten Sie sich mit mir über Politik!“<sup>104</sup>

## Die Verfolgung, Emigration, Rückkehr und Aburteilung des Werner Wukitsevits

Werner Wukitsevits wurde am 16. Mai 1920 in Trumau im Bezirk Mödling geboren, besuchte die Volks- und Hauptschule in Maria Lanzendorf und kam hernach in die Ingenieurschule Mödling<sup>105</sup>, die er kurz nach seinem 19. Ge-

<sup>102</sup> DÖW, Akt 19793/59.

<sup>103</sup> Siehe dazu: Lojowsky, Hochverrat, S. 29–240.

<sup>104</sup> Verfahren Wukitsevits, Abschrift v. 10. 10. 1940.

<sup>105</sup> Die Ingenieurschule ist die heutige HTL Mödling.

burtstag am 20. Mai 1939 abschloss.<sup>106</sup> Er war ab 1938 Mitglied der illegalen Kommunistischen Partei<sup>107</sup> und von frühester Kindheit an kommunistisch sozialisiert. Sein Vater war schon in den 20er Jahren ein ortsbekannter Kommunist, der immer wieder vehement gegen nationalsozialistisches Gedankengut auftrat. Auch die Kinder waren durch die Bedrohungen und Beschimpfungen des Vaters betroffen.<sup>108</sup> Ernst Schmitz<sup>109</sup> beschreibt Werner Wukitsevits in einem Brief an seinen Vater, den ehemaligen christlichsozialen Minister und Wiener Bürgermeister Richard Schmitz<sup>110</sup>, folgendermaßen:

„Ich habe ja Werner nur wenig kennenlernen können, aber ich habe einen sehr guten Eindruck von ihm. Er war wohl von zu Hause aus etwas mit Scheuklappen erzogen worden und fehlt ihm vielleicht der offene Blick für das Geschehen ringsum. Es ist eine Natur mit sozusagen subjektiver Objektivität, aber ich glaube nicht, dass er sich irgendwie verknöchert.“<sup>111</sup>

Zu Beginn seines letzten Schuljahres war er – wie im vorhergehenden Kapitel geschildert – im Zuge der Ermittlungen gegen seinen Vater von 25. September bis 10. Oktober 1938 in Untersuchungshaft.<sup>112</sup> Nach seiner Entlassung führte er in Verkennung der Gefahr, die ihm daraus erwuchs,

---

<sup>106</sup> Verfahren Wukitsevits, Gestapo Wien, 1. Vorführungsnote v. 22. 10. 1940.

<sup>107</sup> OF 186, Landesleitung der Kommunistischen Partei Niederösterreich, Bestätigung betreffend Parteimitgliedschaft von Werner Wukitsevits v. 2. 12. 1946.

<sup>108</sup> OF 186, Werner Wukitsevits an das Bundesministerium für soziale Verwaltung betreffend M.Abt. 12 W 285/46, Einspruch gegen Bescheid v. 29. 11. 1946.

<sup>109</sup> Ernst Schmitz (1918–2002) war mit der Cousine von Werner Wukitsevits Hertha Schmitz, geborene Wukicsevics (es handelt sich hierbei um eine ältere Schreibweise des Namens) seit 9. 3. 1941 verheiratet.

<sup>110</sup> Richard Schmitz (1885–1954) war Politiker der Christlichsozialen Partei bzw. der Vaterländischen Front. Er war 1922–1924 Sozialminister (dieses Amt bekleidete er nochmals 1930 und 1933 für einige Monate) und von 1926–1929 Unterrichtsminister. In dieser Zeit beendete er den Schulstreit mit den Sozialdemokraten und ließ die Hauptschule, die Arbeitermittelschule und Aufbauschule gesetzlich einführen. Darüber hinaus war er 1930 für einige Monate Vizekanzler und schließlich in den Jahren 1934–1938, nach der Verhaftung seines sozialdemokratischen Vorgängers, der letzte Bürgermeister Wiens vor dem „Anschluss“ 1938. Während der NS-Zeit war Schmitz in den Konzentrationslagern Dachau und Flossenbürg interniert, nach Ende des Krieges war er Generaldirektor des Herold-Verlages.

<sup>111</sup> Privatarchiv Familie Schmitz, Brief von Ernst Schmitz an Richard Schmitz, 20. 9. 1944.

<sup>112</sup> Verfahren Dirr, Schlussbericht v. 19. 10. 1938.

Beschwerde gegen Maria Lanzendorfer NS-Funktionäre. Anscheinend hatte Wukitsevits jedoch in der Person des Kreiswohlfahrtsleiters SA-Sturmführer Kostrofsky aus Wien 10, Wielandgasse 2/98, einen Fürsprecher, der sich für ihn sowohl auf Schul- als auch Parteiebene einsetzte. Mit seiner Unterstützung erhielt er auch eine Stelle als Konstrukteur in der Simmeringer Waggonfabrik, die er unmittelbar nach seinem Schulabschluss antrat<sup>113</sup>. Dazu bemerkt er:

„Ich war froh, endlich mit der Existenzgründung der Familie beginnen zu können. Der Gehalt war zwar gering. Schwierigkeiten betreffs Ausübung d. Berufes waren auch da. Aber: wo ein Wille da ein Weg.“<sup>114</sup>



**Fotografie aus der Erkennungsdienstlichen Kartei  
der Gestapo-Leitstelle Wien von Werner Wukitsevits vom 7. 12. 1939**

Foto: Wiener Stadt- und Landesarchiv

Seine Anstellung bei der Simmeringer Waggonfabrik währte jedoch nicht lange, ohne behördliche Aufmerksamkeit zu erregen. Am 8. September 1939 wurde Werner Wukitsevits wie schon im Jahr zuvor wegen „Verdacht der kommunistischen Betätigung“ von der Gestapo in Haft genommen, was in der Folge dazu führte, dass er seinen Posten verlor.<sup>115</sup> Auch dieses Mal ge-

---

<sup>113</sup> Verfahren Wukitsevits, Abschrift v. 10. 10. 1940.

<sup>114</sup> Ebenda.

<sup>115</sup> DÖW und Wiener Stadt- und Landesarchiv, Erkennungsdienstliche Kartei der Gestapo-Leitstelle Wien, Beamtshandlung von Werner Wukitsevits, 7. 12. 1939.

lang es nicht, einen strafbaren Tatbestand im Sinne des Haftgrundes nachzuweisen, weshalb er am 23. Dezember 1939 entlassen wurde.<sup>116</sup>

Während der Haft hatte er Kontakt mit dem jugoslawischen Staatsbürger Alexander Reiter, geboren am 5. Mai 1913 in Kovin, der bei einer Vorführung angab, von Werner Wukitsevits zwei Adressen erhalten zu haben, an denen sich angeblich kommunistische Anlaufstellen befinden sollten. Bei einer der beiden Adressen handelte es sich um jene von Franz Langer, der schon seinen Vater während dessen U-Boot-Zeit unterstützt hatte. Die daraufhin angeordnete Überwachung Langers zeitigte vorerst keinen Erfolg.<sup>117</sup> Wie Wukitsevits an die Adressen kam und ob er durch das Gespräch mit seinem Mithäftling Reiter die Gestapo ungewollt auf die Spur von Franz Langer brachte, lässt sich aufgrund der Quellenlage nicht abschließend feststellen.

Nach seiner Haftentlassung am 23. Dezember 1939 verbrachte Wukitsevits Weihnachten und die darauf folgenden Feiertage bei seiner Familie in Maria Lanzendorf, wo er Josef Ruttner traf, den er im Sommer 1939 kennen gelernt hatte. Ruttner war zu dieser Zeit aus dem Ausland nach Maria Lanzendorf gezogen, da zwei seiner Schwestern hier wohnten. Er war etwa 40 Jahre alt, galt als Abenteurer und soll eigenen Angaben zufolge bereits in Nord- bzw. Südamerika, Indien sowie verschiedenen Staaten Europas gewesen sein und auch mehrere Fremdsprachen beherrscht haben.<sup>118</sup> Ruttner war es, der Wukitsevits vorschlug zu emigrieren, was dieser ablehnte. Vielmehr reiste er über Neujahr nach Kapfenberg in die Steiermark zu einem Freund und sprach bei den Böhlerwerken wegen einer Arbeitsstelle vor. Von einer Anstellung wurde allerdings aufgrund der eben verbüßten Gestapo-Haft Abstand genommen und Wukitsevits kehrte am 3. Jänner 1940 enttäuscht und unverrichteter Dinge nach Maria Lanzendorf zurück.<sup>119</sup> In dieser Gemütsverfassung kam er auf Ruttners Vorschlag zurück und erklärte sich bereit, mit diesem in der Nacht von 4. auf 5. Jänner 1940 bei Wallern illegal über die Grenze nach Ungarn zu reisen. Johann Griemann aus Wallern sollte die Gruppe sicher über die Grenze führen. Während Wukitsevits in Kapfenberg weilte, vereinbarte Griemann bei einem kurzen Besuch in Maria Lanzendorf mit Ruttner die Details des illegalen Grenzübertritts. Griemann, ein etwa 25-jähriger Kommunist, erzählte Wukitsevits, in Dachau interniert und vor

---

<sup>116</sup> Verfahren Wukitsevits, Gestapo Wien, Festnahmemeldung v. 23. 10. 1940.

<sup>117</sup> Ebenda.

<sup>118</sup> Verfahren Wukitsevits, II A 1. Weiterverhandelt am 2. 11. 1940, S. 1.

<sup>119</sup> Verfahren Wukitsevits, Abschrift v. 10. 10. 1940.

dem „Anschluss“ wegen kommunistischer Betätigung im „Altreich“ zu einer fast zweijährigen Haftstrafe verurteilt gewesen zu sein.<sup>120</sup>

1946 stellte Werner Wukitsevits den Grund seines Weggangs sehr viel politischer dar. Er verwies darauf, dass er nach seiner ersten Verhaftung 1938 seine illegale Tätigkeit wiederaufgenommen hatte, allerdings sehr viel vorsichtiger. Nach seiner erneuten Verhaftung und Freilassung 1939 musste er feststellen, „dass bereits große Löcher in unsere Widerstandsgruppen, deren Mitarbeiter ich war, durch die Gestapo eingerissen worden waren und [ich] zu rechnen hatte, dass meine Freiheit nur eine Galgenfrist bedeuten würde“.<sup>121</sup> Daher beschloss er „mit zwei anderen politischen Kameraden, dem Ing. Josef Ruttner, der später seinem auf der Flucht zugezogenen Lungentuberkuloseleiden erlag und dem Johann Griemann, der sich heute im Lager Waldheim-Haifa in Palästina befindet, zu flüchten.“<sup>122</sup>

Seinen Aussagen nach Kriegsende folgend wollten sich alle drei in einem anderen Staat einer Legion anschließen, um gegen Hitlerdeutschland zu kämpfen. Mehrfach seien diesbezügliche Versuche über Gesandtschaften Russlands und Englands unternommen worden, die aber ergebnislos blieben.<sup>123</sup>

Unmittelbar nach dem Grenzübertritt begaben sie sich nach Budapest, wo sie sich von 5. bis 14. Jänner 1940 aufhielten. Wukitsevits gab später der Gestapo in Wien diesbezüglich Folgendes zu Protokoll:

„Während der Fahrt lernten wir zwei Juden kennen, die uns in das Budapester Kaffee ‚Adria‘ einem jüdischen Emigrantencafe wiesen. [...] Für unsere Verköstigung während unseres Budapester Aufenthalts sorgten die jüdischen Gäste des Cafes. Über Intervention des Ruttner überwies uns (Ruttner, Griemann und mir) die israelitische Kultusgemeinde in Budapest das Fahrgeld bis nach Seget<sup>124</sup>. Wir haben uns in

---

<sup>120</sup> Verfahren Wukitsevits, II A 1. Weiterverhandelt am 2. 11. 1940, S. 2. In der Häftlingsdatenbank der KZ-Gedenkstätte Dachau findet sich jedoch kein Eintrag mit dem Namen Griemann.

<sup>121</sup> OF 186, Werner Wukitsevits an das Bundesministerium für soziale Verwaltung betreffend M.Ab. 12 W 285/46, Einspruch gegen Bescheid v. 29. 11. 1946.

<sup>122</sup> Ebenda.

<sup>123</sup> Ebenda.

<sup>124</sup> Gemeint ist Szeged an der ungarischen Südgrenze nahe dem Dreiländereck mit dem damaligen Jugoslawien und Rumänien.

Budapest als verfolgte Schuschnigganhänger ausgegeben. Ruttner gab sich als Halbjude aus.<sup>125</sup>

Am 15. Jänner 1940 überschritten die drei bei Szeged illegal die ungarische Grenze nach Jugoslawien und wollten tags darauf mit der Bahn weiter nach Novi Sad fahren. Bei diesem Versuch wurden sie jedoch im Zuge einer Kontrolle festgenommen und in Subotica, einer Stadt an der Grenze zu Ungarn, inhaftiert. Am 4. März 1940 gelang es Ruttner, aus der Haft zu flüchten<sup>126</sup>, Wukitsevits und Griemann wurden einige Tage später, am 9. März 1940, auf freien Fuß gesetzt, mussten jedoch das Land verlassen und entschieden sich, nach Rumänien überstellt zu werden. Die Behandlung während der knapp dreimonatigen Haft beschrieb Wukitsevits durchaus positiv:

„Während der Haft in Subotica genossen wir ziemlich grosse Freiheit, da sich dort ein Richter namens Wukitsevits, der vermutete mit mir verwandt zu sein, sich für uns einsetzte.“<sup>127</sup>

Mit Hilfe eines rumänischen Schmugglers und der jugoslawischen Polizei, die sie zur Grenze brachten, passierten Wukitsevits und Griemann unter Umgehung einer rumänischen Kontrolle am 11. März 1940 bei Kikinda die Grenze und verbrachten die darauffolgende Nacht bereits auf rumänischer Seite in Comloșu Mare. Von dort gelangten sie über Temeschwar und Lugoș nach Deva, das sie am 15. März 1940 erreichten. Da beide kein Geld mehr hatten, legten sie die etwa 230 Kilometer lange Strecke ab Temeschwar zu Fuß zurück. In Deva wurden sie am Abend ihres Ankunftstages festgenommen und blieben dort bis 21. März 1940 in Haft, um hernach zurück nach Temeschwar gebracht und in der Folge wegen unerlaubten Grenzübertritts mit drei weiteren Flüchtlingen am 15. April 1940 wieder nach Kikinda in Jugoslawien rücküberstellt zu werden.<sup>128</sup>

Kurz darauf trafen sie in einem Gasthaus wieder auf jugoslawische Polizei; bei der darauf folgenden Flucht vor den Beamten verloren sich Wukitsevits

---

<sup>125</sup> Verfahren Wukitsevits, II A 1. Weiterverhandelt am 2. 11. 1940, S. 2 f.

<sup>126</sup> Josef Ruttner kehrte zurück nach Österreich und wurde wegen illegalen Grenzübertritts angeklagt und inhaftiert. Er starb nach Kriegsende an Tuberkulose, an der er während Emigration und Haft erkrankt war. Vgl. Verfahren Wukitsevits, Anklageschrift v. 18. 8. 1941 sowie OF 186, Bestätigung v. Johann Griemann v. 1. 11. 1952.

<sup>127</sup> Verfahren Wukitsevits, II A 1. Weiterverhandelt am 2. 11. 1940, S. 3.

<sup>128</sup> Ebenda, S. 3 f.

und Griemann<sup>129</sup> aus den Augen. In seiner Hilflosigkeit und Verzweiflung wandte sich Wukitsevits an die Polizei und fragte nach Griemann. Die Polizei konnte ihm diesbezüglich nicht helfen, nahm ihn jedoch in Haft.

Ob sich die Trennung des Trios tatsächlich so zugetragen hat, lässt sich heute nicht mehr feststellen. Einer Bestätigung Griemanns vom 1. November 1952 zufolge wurden Wukitsevits, Ruttner und Griemann erst am 9. September 1940 in der Türkei voneinander getrennt und legten den Weg dorthin gemeinsam zurück.<sup>130</sup> An der Faktizität des weiteren bereits erwähnten Schicksals von Ruttner und Griemann änderte das nichts.

Laut Gestapo-Protokoll traf Wukitsevits im Gefängnis wieder auf jene drei Flüchtlinge, mit denen er Tage zuvor von Rumänien nach Jugoslawien abgeschoben wurde. Diese drei wurden in den kommenden Monaten seine neuen Gefährten und Bezugspersonen. Es handelte sich dabei um den 37-jährigen Hans Tiarks aus Hildesheim, der angeblich aufgrund seiner Anhängerschaft zu Gregor Strasser<sup>131</sup> geflüchtet war, sowie den 23-jährigen Karl Röschinger aus Nürnberg, der angeblich wegen der kommunistischen Haltung seines Vaters verfolgt wurde. Der Dritte war der Tunesier Ali ben Hamet-Bauset, der eigenen Angaben zufolge von der Gestapo Wien nach Ungarn abgeschoben worden sein soll.<sup>132</sup> Der Wahrheitsgehalt dieser Angaben kann aufgrund fehlender vergleichender Quellen nicht nachvollzogen werden. Die zusammengewürfelte Gruppe wurde am 23. April 1940 von Kikinda nach Novi Sad überstellt und am 6. Mai 1940 in den etwa 640 Kilometer südlich von Novi Sad gelegenen Ort Gevgelija an der Grenze zu Griechenland verlegt. Dort wurden die Männer am 11. Mai 1940 von einem jugoslawischen Grenzbeamten in den Lastwaggon einer Wiener Weinfirma verfrachtet und gelangten auf diese Weise am Tag darauf nach Saloniki in

---

<sup>129</sup> Johann Griemann gelang es, ins damalige Palästina zu flüchten, wo er in einem britischen Internierungslager den Krieg überdauerte. Nach dem Krieg kehrte er nach Österreich zurück. Vgl. OF 186, Bestätigung v. Johann Griemann v. 1. 11. 1952.

<sup>130</sup> Ebenda.

<sup>131</sup> Gregor Strasser (1892–1934) war ein am linken Rand der NSDAP stehender Konkurrent von Adolf Hitler aus der Frühzeit der Partei. Er nahm 1923 am Hitlerputsch teil, war 1927 Reichsorganisationsleiter der NSDAP und forderte die Vergesellschaftung der Banken und der Schwerindustrie. Er wurde im Dezember 1932 von Reichskanzler Schleicher als Vizekanzler umworben, um die NSDAP zu spalten, was in der Folge jedoch zum endgültigen Zerwürfnis von Strasser und Hitler führte. Strasser wurde im Zuge der Ausschaltung der SA (so genannter „Röhm-Putsch“) 1934 ermordet. Siehe dazu: Ernst Klee, *Das Personenlexikon zum Dritten Reich*, Frankfurt 2003, S. 606.

<sup>132</sup> Verfahren Wukitsevits, II A 1. Weiterverhandelt am 2.11.1940, S. 4.

Griechenland. Nachdem sie noch einen Tag und eine Nacht in dem inzwischen plombierten Waggon verbracht hatten, versuchten sie durch dessen Decke zu entkommen, was ihnen jedoch misslang. Am 14. Mai 1940 wurden sie etwa 80 Kilometer südöstlich von Lamia von der griechischen Polizei verhaftet.<sup>133</sup> In Athen wurden ihnen sämtliche Dokumente abgenommen und die Verhafteten wurden mit dem Verdacht konfrontiert, Mitglieder der *Fünften Kolonne*<sup>134</sup> zu sein, da sie in einem Lastwaggon aus Wien entdeckt worden waren. Auch die griechischen Behörden waren nicht gewillt, die vier Männer im Land zu behalten, und verlegten sie am 19. Juni 1940 nach Kilkis, wo sie zur nahe gelegenen jugoslawischen Grenze gebracht wurden. Da sie aber nicht direkt der jugoslawischen Polizei übergeben wurden, kehrten sie sofort um und versuchten in zwei Gruppen aufgeteilt (Röschinger mit Bauset sowie Tiarks mit Wukitsevits) über griechisches Gebiet nach Bulgarien zu gelangen. Röschinger und Bauset wurden jedoch von der griechischen Polizei aufgegriffen und verrieten die beiden anderen, die kurze Zeit später ebenfalls festgenommen wurden. Nach Misshandlungen durch die Polizei wurden sie einige Tage später erfolgreich nach Jugoslawien abgeschoben, von wo aus sie nun versuchten, wieder in Gruppen nach Bulgarien zu gelangen. Auch diese Versuche scheiterten, woraufhin die Männer einander im Gefängnis der südjugoslawischen Stadt Strumica wieder trafen. Zur dortigen Haft gab Wukitsevits zu Protokoll: „In Strumica konnten wir uns ziemlich frei bewegen und waren auch in der Lage das Polizeigefängnis zu verlassen.“<sup>135</sup>

Am 14. Juli 1940 wurden sie von der Polizei an die bulgarische Grenze gebracht und gelangten auf diese Weise illegal nach Petritsch, einer bulgarischen Stadt im Dreiländereck zwischen Jugoslawien, Griechenland und Bulgarien, wo sie wiederum von der bulgarischen Polizei verhaftet wurden. Wukitsevits gab später zu Protokoll:

„Ich hab bereits vorher versucht mich von Tiarks zu trennen doch zwang er mich unter Tätlichkeiten mit ihm zu gehen. Noch knapp vor Petritsch wurden wir verhaftet und nach Sofia gebracht wo wir am 17. 7. 1940 anlangten. In Sofia wurden wir verhört und gaben wie bisher an, als Katholiken aus dem Reich geflüchtet zu sein. Obwohl

---

<sup>133</sup> Ebenda, S. 4 f.

<sup>134</sup> Als *Fünfte Kolonne* werden seit 1936 heimliche, subversiv tätige Gruppierungen bezeichnet, deren Ziel der Umsturz einer bestehenden Ordnung im Interesse einer fremden aggressiven Macht ist.

<sup>135</sup> Verfahren Wukitsevits, II A 1. Weiterverhandelt am 2. 11. 1940, S. 6.

mir durch den Sofiaer Polizeidirektor anheim gestellt worden war, mich bei der Deutschen Gesandtschaft zu melden entschied ich mich schliesslich über Beeinflussung durch Tiarks für die Ueberstellung nach der Türkei.“<sup>136</sup>

Ganz überzeugt dürfte Wukitsevits allerdings nicht gewesen sein, da er bei der Überstellung in die Türkei am 19. Juli 1940 das bulgarische Militärkommando erfolgreich darum bat, um einige Stunden später als seine Begleiter Tiarks und Röschinger – Bauset wurde nicht mehr erwähnt – über die Grenze gelassen zu werden, da er sich von den beiden endgültig trennen wollte. Dazu hielt er Folgendes fest:

„Auch bat ich um meine Zurückschickung nach Sofia, damit ich in der deutschen Gesandtschaft um meine Rücküberstellung nach Deutschland bitten konnte.“<sup>137</sup>

Diese Bitte wurde jedoch abgelehnt und Wukitsevits in die Türkei abgeschoben. Er wurde von türkischen Grenzposten aufgegriffen, misshandelt und wieder nach Bulgarien überstellt. In den folgenden Wochen wiederholte sich dieser Vorgang mehrmals, Wukitsevits wurde regelmäßig von den Grenzbeamten des jeweiligen Landes geschlagen und litt zudem an Malaria. Während einer der vielen kurzen Haftaufenthalte erfuhr er in der türkischen Grenzstadt Edirne, dass seine ehemaligen Gefährten Tiarks und Röschinger versucht hatten sich zu vergiften, jedoch rechtzeitig entdeckt wurden. Später erfuhr er, dass die beiden bei einer Überstellung nach Bulgarien ums Leben gekommen sind.<sup>138</sup> Wukitsevits versuchte auch über griechisches Gebiet nach Bulgarien zu gelangen, was ihm auch gelang, indem er zweimal den Grenzfluss Mariza durchschwamm.<sup>139</sup> Auf diese Weise gelangte er in die bulgarische Grenzstadt Svilengrad, von wo er sich am 31. August 1940 an die deutsche Gesandtschaft in Sofia wandte, die ihm in der Folge das notwendige Fahrgeld zukommen ließ. In Sofia angekommen beantragte er die Rückführung nach Wien, erhielt einen Reisepass, wohnte in der deutschen Schule und wartete auf seinen Rücktransport.

---

<sup>136</sup> Ebenda.

<sup>137</sup> Ebenda, S. 7.

<sup>138</sup> Ebenda.

<sup>139</sup> Verfahren Wukitsevits, Abschrift v. 10. 10. 1940.

In der Zeit vor seiner Rückkehr konnte er sich vollkommen frei in Sofia bewegen, es dürften dies die ersten Wochen seit acht Monaten gewesen sein, in denen er nicht ständig auf der Hut vor der Polizei – welches Staates auch immer – sein musste. Noch in Sofia verfasste er einen an die Gestapo in Wien gerichteten Bericht<sup>140</sup>, der darauf abzielte, sein Verhalten als großen Fehler und Dummheit darzustellen, und der seine vorangegangenen Konflikte mit Polizei- und Parteibehörden lediglich als Missverständnisse im Zusammenhang mit der Flucht seines Vaters zu erklären versuchte. Der darin angeschlagene Ton ist offensichtlich bemüht, bei der Gestapo Gefallen zu erwecken, wie folgendes Beispiel belegt:

„Endesgefertigter bittet hiermit als Deutscher Emigrant, welcher auf dem Balkan Deutschland erst richtig kennengelernt hat und seine Dummheit einsieht, höflichst um straffreien Aufenthalt in seiner deutschen Heimat, um daselbst als einzelnes Glied des deutschen Volkes am Kampf um dessen nationale Freiheit mithelfen zu können.“<sup>141</sup>

Wukitsevits führte am Ende des Berichts an, ein Gesuch „an den Führer gerichtet“<sup>142</sup> zu haben, in dem er um Straffreiheit bat, und machte darüber hinaus der Gestapo folgendes Angebot:

„Ich will mich für die straffreie Aufnahme in Deutschland dadurch würdig erweisen, indem ich meine Emigration mit allen Erfahrungen als Roman zusammenfasse, mit nationaler Tendenz, und veröffentliche.“<sup>143</sup>

Die aus diesem „Angebot“ ersichtliche Angst vor den nach seiner Rückkehr zu erwartenden rechtlichen Konsequenzen fand auch in der den Bericht beendenden Grußformel „Deutschland über alles! Heil Hitler!“<sup>144</sup> ihren Aus-

---

<sup>140</sup> Ebenda. Der Abschrift liegt ein Vermerk bei, der festhält, dass Wukitsevits den Bericht in Sofia verfasst haben soll und diesen an die Gestapo-Leitstelle Wien schicken wollte. Der Bericht wurde unmittelbar nach seiner Ankunft im Rückkehrerheim in Wien bei einer Personendurchsuchung gefunden und sichergestellt.

<sup>141</sup> Ebenda.

<sup>142</sup> Ebenda. Ob ein derartiges Gesuch tatsächlich von Wukitsevits verfasst und abgeschickt wurde, ließ sich im Rahmen der Recherchen nicht eruieren.

<sup>143</sup> Ebenda.

<sup>144</sup> Ebenda.

druck. Dass diese Angst berechtigt war, verdeutlicht ein Schreiben der Deutschen Gesandtschaft in Sofia vom 15. Oktober 1940, worin die Gestapo-Leitstelle Wien durch das Rückwandereramt Wien über den in den darauf folgenden Tagen zu erwartenden Rücktransport von Wukitsevits in Kenntnis gesetzt und um eine Überstellung an die Leitstelle ersucht wurde.<sup>145</sup> Der Transport verließ am 20. Oktober 1940 Sofia und erreichte zwei Tage später Wien, wo Wukitsevits direkt im Rückwandererlager von der Gestapo wegen des „Verdachts der kommunistischen Betätigung“ in Schutzhaft genommen wurde. Im entsprechenden Tagesrapport der Gestapo-Leitstelle Wien wurde auf die vorhergehenden, ergebnislos gebliebenen Verhaftungen Bezug genommen und abschließend festgestellt:

„Mittlerweile sind neue Verdachtsgründe für eine kommunistische Betätigung des Genannten im Jahre 1939 bekannt geworden. Er wird deshalb nach Abschluss der bezüglichen Ermittlungen dem Gericht übergeben.“<sup>146</sup>

Es folgten acht Monate Schutzhaft<sup>147</sup> für Wukitsevits. In einer Reihe von Vernehmungen musste Wukitsevits den Hergang seiner Emigration beschreiben. Er wies immer wieder darauf hin, nicht aus politischen Gründen das „Reichsgebiet“ verlassen zu haben.<sup>148</sup> Er gab zu, in der zweiten Jännerhälfte 1941 versucht zu haben, beim Wäschewechsel seiner Mutter zwei von ihm geschriebene Kassiber zukommen zu lassen.<sup>149</sup> Darin wollte er seiner Familie mitteilen, weshalb er festgenommen wurde und wie seine Aussichten stünden: „Aussichten: Landger. Lager od. frei“<sup>150</sup>. Darüber hinaus gab er zu, seinen Bruder gebeten zu haben, ihm mittels einer Geheimschrift auf Wasserbasis mitzuteilen, „was es draussen neues gibt“.<sup>151</sup> Die Gestapo urteilte nach achtmonatiger Ermittlung in ihrem Schlussbericht vom 18. Juni 1941:

---

<sup>145</sup> Verfahren Wukitsevits, Abschrift v. 15. 10. 1940

<sup>146</sup> Tagesrapport Nr. 12 v. 26.–28. 10. 1940 der Gestapo-Leitstelle Wien, DÖW, Akt 1863 u. 5731, S. 1.

<sup>147</sup> Vgl. Verfahren Wukitsevits, Schutzhaftbefehl v. 25. 11. 1940.

<sup>148</sup> Vgl. Verfahren Wukitsevits, Gestapo Wien, I. Vorführungsnote v. 22. 10. 1940 sowie II A 1. Weiterverhandelt am 2. 11. 1940.

<sup>149</sup> Verfahren Wukitsevits, B. Nr. 104/40 - II A 1. Weiterverhandelt am 17. 6. 1941, S. 1.

<sup>150</sup> Ebenda. Wukitsevits skizzierte damit die Möglichkeiten vor das Landgericht zu kommen, in ein KZ oder frei zu gehen.

<sup>151</sup> Ebenda.

„Werner Wukitsevits ist bisher in politischer und krimineller Hinsicht unbescholten.“<sup>152</sup>

Die Ermittlungsergebnisse wurden am 18. Juni 1941 an den beim Landgericht Wien tätigen Staatsanwalt übermittelt, worin der zuständige Polizeijurist Dr. Trnka Anzeige gegen Wukitsevits wegen „unerlaubten Grenzübertritts“ erhob und gleichzeitig einen Antrag auf Rücküberstellung an die Gestapo nach Abschluss des Strafverfahrens bzw. einer etwaigen Strafverbüßung stellte.<sup>153</sup>

Die Schutzhaft Wukitsevits' dauerte bis 18. Juni 1941, danach befand er sich in Polizeihaft und ab 8. August 1941 in Untersuchungshaft. Der Oberstaatsanwalt erhob als Leiter der Anklagebehörde beim Landgericht Wien als Sondergericht am 18. August 1941 Anklage gegen Wukitsevits, Verbrechen und Vergehen nach § 5 Abs 1 Z 3 und Abs 2 der Kriegssonderstrafrechtsverordnung sowie nach § 1 Z 1 und Z 11 der Verordnung über die Bestrafung von Zuwiderhandlungen gegen die Passvorschriften begangen zu haben. Konkret wurde ihm Folgendes zu Last gelegt:

„Im Januar 1940

- 1.) in einem minder schweren Fall es unternommen zu haben, sich durch Flucht ins Ausland der Erfüllung des Wehrdienstes zu entziehen.
- 2.) Die Reichsgrenze überschritten zu haben, ohne im Besitz eines Passes oder Grenzausweises zu sein.“<sup>154</sup>

Wukitsevits gestand zwar das Passvergehen ein, bestritt aber die Absicht, sich der Wehrpflicht zu entziehen.<sup>155</sup> Bei der Hauptverhandlung am 15. Oktober 1941 wiederholte er seinen Standpunkt und begründete die illegale Ausreise mit der Befürchtung – nachdem er bei den Böhlerwerken aufgrund seiner vorhergehenden Gestapohaft abgelehnt worden war –, in Deutschland überhaupt keine Anstellung mehr zu finden. Bezüglich seiner Wehrdienstpflicht stellte er fest, dass er im August 1939 bei der Assentierung war und für tauglich befunden wurde. Er erhielt jedoch keinen Wehrpass, sondern nur

---

<sup>152</sup> Verfahren Wukitsevits, B. Nr. 104/40 - II A 1, Schlussbericht v. 18. 6. 1941. S. 2.

<sup>153</sup> Verfahren Wukitsevits, B. Nr. 103/40 - II A 1, Brief an den Staatsanwalt v. 18. 6. 1941.

<sup>154</sup> Verfahren Wukitsevits, Anklageschrift v. 18. 6. 1941.

<sup>155</sup> Ebenda.

einen Musterungsausweis, worin festgehalten wurde, dass die Entscheidung über sein Wehrdienstverhältnis ausgesetzt wurde. Wukitsevits ging davon aus, wehrunwürdig zu sein, da er im Zuge der Assentierung von einem Offizier zur politischen Einstellung seines Vaters befragt wurde und er wahrheitsgemäß antwortete. Darüber hinaus gab er an, dass lediglich die Inhaber eines Wehrpasses bei der Musterung dazu angehalten wurden, jegliche Aufenthaltsänderung zu melden, weshalb er sich mit seinem Musterungsausweis nicht angesprochen fühlte. Der Staatsanwalt zeigte sich von den Aussagen unbeeindruckt und beantragte:

„[...] den Schuldspruch des Angeklagten im Sinne der schriftlichen Anklage und Verhängung einer Zuchthausstrafe in der Dauer von 3 Jahren.“<sup>156</sup>

Zur Abklärung der wehrdiensttechnischen Fragen beschloss das Gericht die Aussetzung des Verfahrens.<sup>157</sup> Die Wiederaufnahme erfolgte am 24. November 1941 und Wukitsevits verwies zu Beginn der Verhandlung darauf, dass er ein Jahr zuvor am 25. November 1940 wegen des Verdachts „illegaler kommunistischer Tätigkeit“ in Schutzhaft genommen wurde, die Anklage ihm jedoch etwas Anderes zur Last lege. Der Staatsanwalt verlas und begründete daraufhin nochmals die Anklageformel.<sup>158</sup> Im Zuge der weiteren Verhandlung wurde ein Verwaltungssekretär des Wehrbezirkskommandos Wien als Zeuge gehört, der die wehrdiensttechnischen Fragen im Sinne der Anklage beantwortete. Nach kurzer Beratung kam das Gericht zum Schluss, dass Werner Wukitsevits im Sinne der Anklage schuldig zu sprechen sei, und verurteilte ihn zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren unter Anrechnung der Untersuchungshaft.<sup>159</sup>

Das Urteil kann als verhältnismäßig milde angesehen werden, vor allem im Lichte eines wenige Tage nach dem Urteil erfolgten Schriftverkehrs zwischen Gestapo und Sondergericht, worin der zuständige Polizei-Jurist Dr. Trnka das Vorgehen seiner Dienststelle wie folgt begründete:

„Obwohl im Zuge der weiteren Ermittlungen festgestellt worden war, daß Wukitsevits auch im Ausland mit kommunistisch eingestellten

---

<sup>156</sup> Verfahren Wukitsevits, Hauptverhandlungsprotokoll v. 15. 10. 1941.

<sup>157</sup> Ebenda.

<sup>158</sup> Verfahren Wukitsevits, Hauptverhandlungsprotokoll v. 24. 11. 1941, S. 2.

<sup>159</sup> Ebenda, S. 6 f.

Personen zusammengekommen ist, war ein Nachweis, daß er sich für die KPÖ betätigt hat, nicht zu erbringen.

Aus diesem Grunde wurde auch von einer Anzeigeerstattung wegen des Verdachts der Vorbereitung zum Hochverrat Abstand genommen.<sup>160</sup>

Eine derartige Anzeige mit entsprechendem Gerichtsverfahren hätte unweigerlich eine höhere Strafe bis hin zum Todesurteil zur Folge haben können.

Wukitsevits verblieb bis 23. Jänner 1942 in der Untersuchungshaftanstalt im Landesgericht in Wien und wurde hernach in das Zuchthaus Stein verlegt.<sup>161</sup> Bereits am 17. April 1942 ließ der Vorstand des Zuchthauses Stein den zuständigen Oberstaatsanwalt beim Landgericht als Sondergericht Wien auf dessen Anfrage hin wissen, dass Werner Wukitsevits „sich hier in jeder Beziehung tadellos verhalten hat und nach menschlichem Ermessen nicht zu erwarten ist, daß er im Kriege rückfällig wird“.<sup>162</sup>

Aus diesem Grund befürwortete der Vorstand die Einrechnung der Kriegshaft, was bedeutete, dass die Strafverbüßung von zwei Jahren bereits während des Krieges und nicht erst danach begann. Am 25. Juni 1942 wurde Wukitsevits vom Zuchthaus Stein in das Gefangenenlager Rodgau-Dieburg in Hessen zur weiteren Strafverbüßung verlegt.<sup>163</sup> Derartige Gefangenenlager dienten ausdrücklich zur „Arbeitskraftverwertung“ von Strafgefangenen, also deren zwangsweiser Einsetzung in Betrieben. Auch in Rodgau fiel Wukitsevits positiv auf, was den Vorstand des Gefangenenlagers dazu veranlasste, im Juni 1943 die „Wiederherstellung der Wehrwürdigkeit“ an den Oberstaatsanwalt in Wien zu befürworten:

„Wukitsevits befeissigt sich einer recht ordentlichen Führung. Er ist ein stiller und bescheidener Mensch, der Einsicht und Reue zu erkennen gibt und von der Strafe offenbar stark beeindruckt ist. Fleiß und Arbeitsleistungen befriedigen sehr. Es darf damit gerechnet werden, dass er sich künftig straffrei halten wird.“<sup>164</sup>

---

<sup>160</sup> Verfahren Wukitsevits, Gestapo Wien, II A1 – 103/40 v. 28. 11. 1941.

<sup>161</sup> Verfahren Wukitsevits, Abgangsmeldung Untersuchungshaftanstalt Wien v. 23. 1. 1942.

<sup>162</sup> Verfahren Wukitsevits, Einrechnung der Kriegshaft v. 17. 4. 1942.

<sup>163</sup> Verfahren Wukitsevits, Abgangsmeldung Zuchthaus Stein v. 25. 6. 1942.

<sup>164</sup> Verfahren Wukitsevits, Gnadenheft, Gefangenenlager Rodgau Dieburg v. 12. 6. 1943.

Ende Juni wurde der Oberstaatsanwalt in Wien darüber in Kenntnis gesetzt, dass Wukitsevits bereits im März 1943 untersucht und als „Kv“ – kriegsverwendungsfähig – befunden wurde.<sup>165</sup> Die Gestapo Wien teilte dem Oberstaatsanwalt mit,

„dass im Verlaufe der weiteren Ermittlungen hier bekanntgeworden ist, dass der Bruder des Werner W., Emil Wukitsevitz [sic!], bis zu seiner Einziehung zur Wehrmacht im Jahre 1941 als Funktionär des kommunistischen Jugendverbandes massgeblich tätig war. Da Emil W. am 16. 5. 1942 an der Ostfront gefallen ist, konnte gegen ihn von hieraus nichts mehr veranlasst werden. Im Hinblick darauf, dass auch die Familie des Wukitsevitz [sic!] als kommunistisch eingestellt bekannt ist, habe ich grundsätzlich Bedenken, Wukitsevitz [sic!] nach Strafverbüßung aus der Haft zu entlassen.

Ich halte deshalb auch den am 18. 6. 1941 gefertigten Rücküberstellungsantrag aufrecht.“<sup>166</sup>

Der zuständige Oberstaatsanwalt Dr. Feichtinger hielt dazu im Gnadenheft des Gerichtsaktes am 17. November 1943 in deutlichen Worten fest:

„Ich halte es mit den Grundzügen einer geordneten Rechtspflege nicht für vereinbar, den Beschuldigten wegen des blossen Verdachtes kommunistischer Betätigung auf unabsehbare Zeit in Haft zu behalten. Sein Verbrechen dürfte durch die bisherige Anhaltung hinreichend gesühnt sein. Nach seiner Führung in der Strafanstalt und bei seinem Alter von 23 Jahren ist zu erwarten, dass er ein brauchbarer Soldat werden wird.“<sup>167</sup>

Der Generalstaatsanwalt konnte mit der Gestapo kein Einvernehmen herstellen und Wukitsevits verblieb bis zu seinem Strafende am 17. Februar 1944 in Rodgau und wurde danach der Gestapo-Leitstelle Wien überstellt.<sup>168</sup>

---

<sup>165</sup> Ebenda, 27. 6. 1943.

<sup>166</sup> Verfahren Wukitsevits, Gnadenheft, Gestapo, B. Nr. 103/40-IV A 1 v. 17. 7. 1943.

<sup>167</sup> Verfahren Wukitsevits, Gnadenheft, VII. Antrag der Gnadenbehörde mit Begründung v. 17. 11. 1943

<sup>168</sup> Verfahren Wukitsevits, Abgangsmeldung Lagerleitung Rodgau-Dieburg v. 17. 2. 1944.

Wukitsevits schrieb nach Kriegsende, „dass die zwei Jahre Zuchthaus bloß dem Namen nach von der Justiz wegen ‚Entziehung vom Wehrdienst‘ verhängt worden waren, für die Gestapo jedoch nicht als ausreichend betrachtet wurden, zumal für eine politische Haft, weshalb man mich als Staatsfeind weiterhin in Haft behielt. Meine standhafte Verteidigung und mein immerwährendes Leugnen gab der Gestapo daher niemals die Handhabe mich so zu treffen, dass sie mir den Strick drehen konnten oder mich zu verurteilen. Mein Augenmerk war immer darauf gerichtet mich nicht erwischen zu lassen, denn nur, wenn ich am Leben bliebe, konnte ich gegen Hitler kämpfen [...]“<sup>169</sup>

Über die Zeit der abermaligen Inhaftierung bei der Gestapo ist verhältnismäßig wenig bekannt. Wukitsevits gab nach dem Krieg 1947 in einem Brief an den KZ-Verband, wo er über einige seiner Peiniger Auskunft gab, Folgendes an:

„Handl, (Josef) so hiess mein zweiter Referent [der verhörende Gestapo-Beamte]. Er steht auf einer der österreichischen Kriegsverbrecherlisten bereits vermerkt. Ich weiss nicht, ob er sich schon in Haft befindet. Handl war Mitglied des SD (Uniform). Er schlug mich zwar nie, setzte mich aber durch andere Methoden unter Druck. Ohne Verhör setzte er mich monatelang in eine Einzelzelle, um mich, wie er selbst sagte, mürbe zu machen und aus mir ein Geständnis zu erzwingen. Später war er es vermutlich, der mich ins KZ schickte. Oder einer seiner Freunde, die er kennen muss. Er hat mich zum Mindesten ins KZ rekommandiert bei seinen Freunden.“<sup>170</sup>

Werner Wukitsevits wurde jedenfalls am 10. Juni 1944 im Zugangsbuch des KZ Dachau mit der Häftlingsnummer 70073 als Schutzhäftling erfasst, wo er in der Person von Richard Schmitz wenigstens eine hilfreiche Bekanntschaft fand.<sup>171</sup> Wie oben erwähnt war Wukitsevits' Cousine Hertha mit dem Sohn des ehemaligen christlichsozialen Wiener Bürgermeisters verheiratet. Dieser war bereits mit dem so genannten Prominententransport am 2. April

---

<sup>169</sup> OF 186, Werner Wukitsevits an das Bundesministerium für soziale Verwaltung betreffend M.Abt. 12 W 285/46, Einspruch gegen Bescheid v. 29. 11. 1946.

<sup>170</sup> DÖW, Akt 20100/13768, Brief an den KZ-Verband v. 27. 2. 1947.

<sup>171</sup> Vgl. Datenbank des DÖW-Projektes „Namentliche Erfassung der Opfer politischer Verfolgung in Österreich 1938–1945“.

1938 in Dachau eingetroffen und die meiste Zeit auch dort interniert<sup>172</sup>. Schmitz schrieb am 13. Juni 1944 in einem verklausulierten Brief an seinen Bruder Hans Folgendes über die Ankunft von Werner Wukitsevits im Lager:

„Hertha wird es sicher interessieren, daß, wie es mir scheint, Werner gut in seinem neuen Abschnitt eingetroffen ist; dort fand er Elmar<sup>173</sup>, der ihm an die Hand geht; für Neulinge ist es immer gut, erfahrene Freunde an der Front zu haben. Daher dürfen wir wohl beruhigt sein, soviel Sorge es immer Angehörigen bereitet, jemand draußen zu haben.“

Wukitsevits wurde, wahrscheinlich wegen seiner technischen Ausbildung, dem Arbeitskommando WTL-Rufer zugeteilt. Diese Abkürzung stand für die Wehrtechnische Lehranstalt der SS in Dachau. Wukitsevits und seine Kameraden litten unter dem harten Regiment des Arbeitskommando-Leiters SS-Obersturmführer Dipl.-Ing. Kurt Wachter, der den bei ihm eingesetzten Häftlingen Höchstleistungen mit Fußtritten und unter Androhung von Lebensmittelentzug abverlangte.<sup>174</sup> Dennoch überstand Wukitsevits die KZ-Haft verhältnismäßig gut – auch mit der Hilfe von Schmitz, den Wukitsevits „Onkel Richard“<sup>175</sup> nannte. Immer wieder wurde er von Schmitz in dessen Briefen an seine Familienangehörigen erwähnt und charakterisiert:

„Werner geht es entsprechend gut. So weit möglich Sorge ich mich um ihn, wengleich wir nur frühmorgens und spätabends ein paar Minuten plaudern können<sup>176</sup>: er ist ein dienstbereiter und gutmütiger Kamerad, der natürlich trotz seiner vielfältigen Erfahrungen noch der Reife bedarf; insbesondere in der für jeden Christen wichtigsten Be-

---

<sup>172</sup> Schmitz wurde am 2. 4. 1938 im Zugangsbuch des KZ-Dachau als Schutzhäftling mit der Nummer 13781 verzeichnet. Am 27. 9. 1939 wurde er als so genannter Ehrenhäftling nach Flossenbürg überstellt, seine Rücküberstellung nach Dachau erfolgte am 2. 3. 1940, wieder als Schutzhäftling, allerdings mit der Häftlingsnummer 928. In der Zeit vom 24. 6. – 9. 7. 1943 wurde er vermutlich für Verhörzwecke „nach unbekannt“ überstellt.

<sup>173</sup> Privatarchiv der Familie Schmitz, Brief von Richard Schmitz v. 13. 6. 1944 an seinen Bruder Hans Schmitz. Elmar war der Couleurname von Richard Schmitz sowohl bei der MKV-Verbindung Herulia als auch bei der ÖCV-Verbindung Norica.

<sup>174</sup> DÖW, Akt 20100/13768, Brief an den KZ-Verband v. 27. 2. 1947.

<sup>175</sup> Vgl. DÖW, Akt 5211, S. 3.

<sup>176</sup> Richard Schmitz war dem Arbeitskommando Übersetzungsbüro des Heilkräutergartens („Plantage“) zugeteilt.

ziehung merkt man Spuren ungünstiger Einflüsse, doch hoffe ich, wird sich auch das abschleifen.“<sup>177</sup>

Diese Vertrautheit bewirkte offensichtlich auch eine gemeinsame Sorge der beiden Inhaftierten um die allein dastehende Mutter Franziska Wukitsevits in Maria Lanzendorf. Schmitz schrieb am 27. Februar 1945 an seinen Sohn Ernst:

„Werners Mutter ist so einsam, könnte man sich nicht mehr um sie kümmern? 2 Buben gefallen bzw. vermisst, 1 gefangen.“<sup>178</sup>

Neben dem im KZ Dachau internierten Sohn Werner und dem am 16. Mai 1942 an der Ostfront gefallenen Sohn Emil war in der Zwischenzeit auch der jüngste 1923 geborene Sohn Günther zur Wehrmacht eingezogen worden und nach einiger Zeit als vermisst gemeldet, ihr Mann war geflohen. Ab Frühjahr 1939 wurde Franziska Wukitsevits im Rahmen der so genannten „Roten Hilfe“ durch Spendenzahlungen unterstützt. Hierbei waren es vor allem KP-Genossen von den beiden zusammengeschlossenen Ortsgruppen aus Leopoldsdorf und Vösendorf, die Hilfe leisteten. Unter diesen befanden sich die später vom Volksgerichtshof zum Tod bzw. zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilten Josef Hampl<sup>179</sup>, Josef Januska<sup>180</sup> und Helene Endlicher<sup>181</sup>.

Am 3. Mai 1945 begann Werner Wukitsevits einen Brief an seine Mutter mit folgenden Worten:

---

<sup>177</sup> Privatarchiv der Familie Schmitz, Brief von Richard Schmitz v. 20. 7. 1944 an seinen Bruder Hans Schmitz.

<sup>178</sup> Privatarchiv der Familie Schmitz, Brief von Richard Schmitz v. 27. 2. 1945 an seinen Sohn Ernst Schmitz.

<sup>179</sup> Josef Hampl (1908–1944) war Hilfsarbeiter und Funktionär der KPÖ. Er wurde am 4. 8. 1942 von der Gestapo Wien erkennungsdienstlich erfasst und am 29. 9. 1943 vom Volksgerichtshof wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zum Tode verurteilt. Am 13. 3. 1944 wurde Josef Hampl im Landesgericht Wien hingerichtet.

<sup>180</sup> Josef Januska (geboren 1908) war Hilfsarbeiter und förderte „kommunistische Bestrebungen durch Spendenzahlung“. Er wurde am 20. 10. 1942 festgenommen und am 29. 9. 1943 vom Volksgerichtshof wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt und am 2. 11. 1943 in die Strafanstalt Straubing (Deutschland) eingeliefert.

<sup>181</sup> Helene Endlicher (geboren 1917) war Büroangestellte und Funktionärin der KPÖ. Sie wurde am 16. 4. 1943 vom Volksgerichtshof wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt. Bei Kriegsende wurde sie aus dem Zuchthaus Waldheim in Sachsen befreit.

„Frei! Endlich frei!

Lange genug haben wir auf diese erlösenden Worte gewartet. Und ich hoffe, Mama, daß Du, so wie ich, so gesund und wohlauf, so heil und so froh wie ich die Gefangenschaft, den letzten Sturm über Wien überlebt hast.“<sup>182</sup>

Diesen Zeilen sind die letzten zehn Tage des KZ Dachau vorausgegangen, in denen Wukitsevits den Abtransport der so genannten Ehrenhäftlinge – unter ihnen auch sein „Onkel Richard“ – miterlebte. In diesem Zusammenhang wurde er Augenzeuge, wie am 24. April 1945 der ehemalige französische Premierminister Léon Blum und der ehemalige österreichische Bundeskanzler Kurt Schuschnigg aus ihrer Unterkunft weggebracht wurden. Dazu vermerkte er in seinen Aufzeichnungen:

„Es war wie eine kleine Demonstration von seiten der zahlreichen österreichischen Häftlinge, daß sie, wenn auch schüchtern, Schuschnigg grüßten. Und Schuschnigg zog seinen Hut und grüßte seine Leute.“<sup>183</sup>

Er selbst musste am 26. April 1945 auf einen Evakuierungsmarsch mit knapp 6900 Mithäftlingen, der für viele noch zum Todesmarsch wurde. Der Weg führte von Dachau Richtung Süden über Pasing, Wolfratshausen, Bad Tölz zum Tegernsee, wo die Häftlinge schließlich von Einheiten der US-Armee befreit wurden. Wukitsevits hatte sich mit Kameraden bereits in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai 1945 von der Marschkolonne entfernt und fand bei Bauern Unterkunft, wo er sich in den folgenden Tagen erholen konnte. Am 9. Mai 1945 erreichte er Bad Tölz, von wo er am 16. Mai 1945 nach Kufstein gelangte, um schließlich am 3. Juni 1945 mit anderen Kameraden aus Dachau in Wien am Ostbahnhof anzukommen.<sup>184</sup>

Am 5. Juni 1945 kam er schließlich nach mehr als fünf Jahren wieder nach Maria Lanzendorf, wo er seine Mutter wiedersah. Im Rahmen einer von der örtlichen KPÖ einberufenen Gemeinderatssitzung am 12. Juni 1945 wurde die bisherige Gemeindevertretung gestürzt und Werner Wukitsevits zum provisorischen Bürgermeister gewählt.<sup>185</sup> Er verblieb in diesem Amt zumindest

---

<sup>182</sup> DÖW, Akt 5211, S. 1.

<sup>183</sup> DÖW, Akt 5211, S. 6a.

<sup>184</sup> DÖW, Akt 5211. Wukitsevits beschreibt darin sehr detailliert die letzten Tage im Lager, seine Befreiung sowie die Rückkehr nach Maria Lanzendorf.

<sup>185</sup> DÖW, Akt 5211, S. 24.

mehrere Wochen und leitete, mit der Autorität des Amtes ausgestattet, erste Erhebungen gegen ehemalige Nationalsozialisten ein, unter anderem gegen Karl Eimann, der seinen Bruder Emil nach dessen Verhaftung geschlagen hatte, und gegen Fritz Dunkl, den Denunzianten seines Vaters.

*„Wäre Herr Dunkl ein Jahr später nach Hause gekommen, hätte man ihn sicher unbehelligt gelassen.“<sup>186</sup>*

## Das Verfahren vor dem Volksgericht Wien gegen Fritz Dunkl

Gerechtigkeit – danach strebte die Familie Wukitsevits nach der Befreiung. Werner Wukitsevits führte im Juni 1945 als provisorischer Bürgermeister von Maria Lanzendorf Befragungen durch, die er auch protokollierte. Unter anderem waren es diese Angaben, die zu zwei Verfahren vor dem Volksgericht Wien führten: gegen Fritz<sup>187</sup> Dunkl und Karl Eimann<sup>188</sup>.

Beide Verfahren fielen in eine frühe Periode der Anklageerhebungen vor österreichischen Volksgerichten.<sup>189</sup> Hellmut Butterweck schreibt, dass Österreich nie vorher und nie nachher so antinazistisch<sup>190</sup> eingestellt war, wie in der ersten Zeit nach der Befreiung, schon wenig später wurde „alles nicht mehr so heiß gegessen“<sup>191</sup>:

---

<sup>186</sup> Verfahren Dunkl, Bundesministerium für Justiz an das Landesgericht für Strafsachen Wien betreffend Befürwortungsschreiben für Friedrich Dunkl v. 21. 6. 1948; Schreiben der ÖVP Maria Lanzendorf

<sup>187</sup> Im Verfahren und in den weiteren Quellen auch: Friedrich Dunkl.

<sup>188</sup> Vg 2d Vr 6091/46 zu Friedrich Dunkl sowie VG 2d VR 1400/47 zu Karl Eimann.

<sup>189</sup> Strafsache gegen Friedrich Dunkl, Anklageschrift v. 27. 1. 1947 bzw. Urteil v. 10. 3. 1948, sowie Strafsache gegen Karl Eimann, Anklageschrift v. 23. 1. 1947 bzw. Urteil v. 19. 5. 1947. Vergleiche dazu die entsprechenden Ausführungen von Hellmut Butterweck zu den österreichischen Volksgerichtsprozessen im Spiegel der Zeitungsberichte. Hellmut Butterweck, Verurteilt und begnadigt. Österreich und seine NS-Straftäter, Wien 2003, insbes. S. 323 ff. Zu Volksgerichtsakten als Geschichtsquelle bzw. allgemein zur Ahndung von NS-Verbrechen in Österreich zwischen 1945 und 1955 siehe ausführlich: Claudia Kuretsidis-Haider, Das Volk sitzt zu Gericht. Österreichische Justiz und NS-Verbrechen am Beispiel der Engerau-Prozesse 1945–1954, Innsbruck 2006, S. 19–64.

<sup>190</sup> Butterweck, Verurteilt und begnadigt, S. 17 ff.

<sup>191</sup> Ebenda, S. 40.

„Österreichs Selbstdarstellung Anfang 1946 war die eines Landes im Stande der politischen Unschuld. Befreit von einer Unterdrückung, der es sich entschieden widersetzt hatte, und fest entschlossen, mit der vollen Schärfe der Gesetze gegen die wirklich Schuldigen vorzugehen. [...] Die Lebenslüge vom Frühjahr 1945 – ein einzig gegen Hitler stehendes Volk mit ganz wenigen braunen Schafen – wird nun umformuliert: Österreich hatte zwar viele braune Schafe, aber sie gaben in der Herde niemals den Ton an.“<sup>192</sup>

Karl Eimann steht als Beispiel für einen dieser vielen „kleinen Nationalsozialisten“, den Butterweck als „Aufmarsch der kleinen Würdenträger“ beschreibt.<sup>193</sup>

Fritz Dunkl wurde nach Anzeigen von Franziska Wukitsevit's vom 6. März 1946<sup>194</sup> sowie von Werner Wukitsevit's vom 13. Juni 1946<sup>195</sup> am 27. Jänner 1947 von der Staatsanwaltschaft Wien des Verbrechens des Hochverrats im Sinne des § 58 Strafgesetzbuch in der Fassung der §§ 10 und 11 Verbotsgesetz<sup>196</sup>, des Verbrechens der Denunziation nach § 7 Abs 2 lit b

---

<sup>192</sup> Ebenda, S. 49.

<sup>193</sup> Ebenda, S. 39 ff.

<sup>194</sup> Verfahren Dunkl, Anzeige der Sicherheitswache Schwechat, Wachzimmer Maria Lanzendorf gegen Fritz Dunkl über Aufforderung von Franziska Wukitsevit's v. 6. 3. 1946. Die Anzeige wird auch erwähnt in: Verfahren Dunkl; Niederschrift Wachzimmer Maria Lanzendorf aufgenommen mit Ing. Werner Wukitsevit's v. 28. 5. 1946.

<sup>195</sup> Verfahren Dunkl, Anzeige gegen belastete Nazis von Werner Wukitsevit's an die Staatsanwaltschaft Wien v. 13. 6. 1946 sowie Zusammenfassender Bericht der Polizeidirektion Wien betreffend Anzeigen gegen Nazis v. Werner Wukitsevit's v. 13. 9. 1946.

<sup>196</sup> Hochverrat im Sinne des § 58 StGB idF der §§ 10 und 11 VG hat begangen, wer in der Zeit zwischen 1. 7. 1933 und 13. 3. 1938 nach Vollendung des 18. Lebensjahres Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen war (Anerkennung als „Illegaler“ oder „Altparteigenosse“). Als Strafrahmen sieht § 10 VG eine 5- bis 10-jährige Freiheitsstrafe vor. § 11 sieht vor, dass, falls die in § 10 genannten Personen in Verbindung mit ihrer Betätigung für die NSDAP oder einer ihrer Gliederungen Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung begangen haben, die Freiheitsstrafe auf 10–20 Jahre zu erhöhen ist (wenn die Tat nicht durch andere Bestimmungen noch strenger bestraft wird). Ein Abdruck des § 58 Strafgesetzbuch in der damals geltenden Fassung findet sich auf: [www.nachkriegsjustiz.at/service/gesetze/index.php](http://www.nachkriegsjustiz.at/service/gesetze/index.php) (Abfragedatum: 11. 11. 2010). Ein Abdruck des gesamten Verbotsgesetzes in der Fassung vom 8. 5. 1945 auf: [www.internet4jurists.at/gesetze/bg\\_verbotsg.htm](http://www.internet4jurists.at/gesetze/bg_verbotsg.htm) (Abfragedatum: 11. 11. 2010). Das Verbotsgesetz idGF ist abrufbar auf: [www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000207](http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000207) (Abfragedatum: 11. 11. 2010).

Kriegsverbrechergesetz<sup>197</sup> und des Verbrechens des Betrugers in der Fassung des § 8 Verbotsgesetz<sup>198</sup> angeklagt. Die Vorhaltungen gegen ihn bestanden damit aus drei Tatbeständen: seiner Illegalität, der Denunziation von Gottfried Wukitsewits und Leopold Dirr sowie eines Verstoßes gegen die Registrierungspflicht.

**Der Denunziant  
Fritz Dunkl**

Foto: Wiener  
Stadt- und  
Landesarchiv



---

<sup>197</sup> Prinzipiell sah § 7 KVG die Bestrafung von Personen vor, die andere in der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft durch Denunziation bewusst geschädigt hatten. Der Strafrahmen erhöhte sich in Abs 2 lit b auf 5–10 Jahre, wenn durch diese Denunziation das berufliche Fortkommen oder die wirtschaftliche Existenz des Angegebenen ernstlich gefährdet wurde. Die einzelnen Bestimmungen des Kriegsverbrechergesetzes in der Fassung vom 26. 6. 1945 sind auf: [www.nachkriegsjustiz.at/service/gesetze/index.php](http://www.nachkriegsjustiz.at/service/gesetze/index.php) abrufbar (Abfragedatum: 11. 11. 2010).

<sup>198</sup> Prinzipiell hatte sich jedes Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen nach der Befreiung zu registrieren (Artikel II Registrierung der Nationalsozialisten, §§ 4–9 VG). § 8 VG sah vor, dass, wer diese Anmeldung unterließ oder über wesentliche Umstände

Ab März 1946 begannen die Erhebungen, die im Wesentlichen die ersten beiden Vorwürfe untermauern konnten. Die illegale Mitgliedschaft in der NSDAP bzw. die Betätigung für die nationalsozialistische Bewegung vor dem „Anschluss“ 1938 waren bereits durch die Mitgliedsnummer von Fritz Dunkl aus dem privilegierten Nummernblock (6.232.077) ersichtlich. Im Fragebogen für „Alte Kämpfer“ hatte er überdies angegeben, Hakenkreuze gestreut und Werbearbeit geleistet zu haben. Zeugen<sup>199</sup> schilderten ihn als bekannten „Illegalen“, „der kurz nach der Okkupation bereits das Parteiabzeichen trug“<sup>200</sup>. Dies bestätigt auch Franziska Wukitsevits:

„Ich kenne die beiden [Dunkl und Eimann] Beschuldigten [...] und kann bezüglich ihres politischen Verhaltens angeben, dass sie tatsächlich Ortsbekannte Illegalen waren, die bei sämtlichen illegalen Aktionen der Partei beteiligt waren.“<sup>201</sup>

Dunkl selbst gab schon in seiner ersten Einvernahme am 23. April 1946 die Funktion als NSV-Blockwart sowie die Antragstellung zur Aufnahme in die NSDAP im Mai 1938 zu<sup>202</sup>, leugnete aber die Illegalität, ohne dafür Gegenbeweise erbringen zu können:

„Wahrscheinlich hat dies [die niedrige Mitgliedsnummer] der damalige Ortsgruppenleiter Eimann, der mein Schulkamerad war, bewirkt. Ich hatte nur bei der NSV eine Funktion und zwar war ich Blockleiter. Bei der Partei selbst hatte ich keine Funktion und habe bei ihr auch nicht mitgearbeitet.“<sup>203</sup>

Selbst in der Hauptverhandlung bekannte er sich im Sinne der Anklage nicht schuldig und leugnete weiterhin jede Illegalität:

---

unvollständige oder unrichtige Angaben machte, sich des Registrierungsbetruges schuldig machte und mit einer Freiheitsstrafe von 1–5 Jahren zu belegen war.

<sup>199</sup> Verfahren Dunkl, Erhebungsbericht der Polizeidirektion Wien v. 3. 6. 1946.

<sup>200</sup> Auch seine Frau und sein Sohn waren Parteimitglieder und trugen das Parteiabzeichen. (Verfahren Dunkl, Erhebungsbericht der Polizeidirektion Wien v. 3. 6. 1946); Verfahren Dunkl, Anklageschrift v. 27. 1. 1947; siehe auch: Verfahren Dunkl, Zeugenvernehmung Leopold Dirr v. 31. 10. 1946.

<sup>201</sup> Verfahren Dunkl, Zeugenvernehmung Franziska Wukitsevits v. 31. 10. 1946.

<sup>202</sup> Verfahren Dunkl, Niederschrift der Polizeidirektion Wien mit Friedrich Dunkl v. 23. 4. 1946.

<sup>203</sup> Verfahren Dunkl, Vernehmungsprotokoll Friedrich Dunkl v. 20. 9. 1946.

„Ich war nie illegal, sondern erhielt im Mai 1938 lediglich einen Bogen um ihn auszufüllen. Der damalige Ortsgruppenleiter Eimann war mein Schulkamerad gewesen. Diesem klagte ich mein Leid, dass der Fragebogen zahlreiche Fragen enthalte, die ich nicht beantworten könnte, da sie bei mir nicht zutreffen. Ich hätte mich in der Verbotszeit nie für die Partei betätigt und ihr nicht angehört. Darauf erwiderte er [Eimann], ich solle nur ohne Bedenken Angaben machen, schließlich käme es ja auf die Ortsgruppe an, welche Angaben sie mache und ob ich aufgenommen würde oder nicht.“<sup>204</sup>

Karl Eimann sagt als Zeuge naturgemäß für Dunkl aus: Dieser habe sich wirklich nicht illegal betätigt und sei nicht als Nationalsozialist bekannt gewesen. An den Vorgang der Erfassung könne er selbst sich nicht mehr erinnern, überdies habe er – der im März 1938 Ortsgruppenleiter wurde – damit auch gar nichts zu tun gehabt.<sup>205</sup>

Die Denunziation war aufgrund des Sondergerichtsverfahrens gegen Leopold Dirr eindeutig belegbar. Dunkl gab 1938 und 1939 explizit zu Protokoll, dass er sich zu Dr. Rosenberg begeben, ihm von seiner Beobachtung erzählt und beide gemeinsam Anzeige erstattet hatten.<sup>206</sup> Auch eine klare

---

<sup>204</sup> Verfahren Dunkl, Hauptverhandlungsprotokoll v. 10. 2. 1948; S. 2 f.

<sup>205</sup> Ebenda, S. 6 f.

<sup>206</sup> Der Vollständigkeit halber sei hier die Chronologie der Aussagen skizziert: In der ersten Niederschrift des Gendarmeriepostenkommandos Maria Lanzendorf zur Aufdeckung einer kommunistischen Zelle v. 25. 9. 1938 wird festgehalten: „Am 24. 9. 1938 nach 21 Uhr erhielt der hiesige Posten eine vertrauliche Mitteilung (Dr. Zölestin Rosenberg SA-Führer in Maria Lanzendorf), dass in der Wohnung des Leopold Dirr [...] der vom hiesigen Posten in Evidenz geführte Kommunist Gottfried Wukitsevits [...] eingetroffen ist und dass dortselbst anscheinend schriftliche Arbeiten verrichtet werden.“ Dunkl wird hier nicht erwähnt. (Niederschrift Gendarmeriepostenkommando Maria Lanzendorf an Gestapo-Leitstelle Wien, 25. 9. 1938, in OJs 96/39) Dunkl selbst hat aber am 4. 10. 1938 als Zeuge gegenüber der Gestapo explizit zu Protokoll gegeben: „Dr. Rosenberg und ich gingen dann in das Parteihaus und von dort zur Gendarmerie, wo wir die Anzeige erstatteten.“ (Gestapo-Leitstelle Wien, 4. 10. 1938; OJs 96/39) Dunkl bekräftigte diese Aussage bei einer weiteren Vernehmung durch die Gestapo am 4. 1. 1939: „Ich verständigte daher nach dieser Beobachtung sofort Dr. Rosenberg [...] und nachher verständigten wir gemeinsam den Gendarmerieposten.“ (Gestapo-Leitstelle Wien, Niederschrift v. 4. 1. 1939; OJs 96/39) Die Gestapo sieht in ihm überhaupt die treibende Kraft und schreibt im Schlussbericht der Erhebungen v. 19. 10. 1938: „Da er [Fritz Dunkl] nun auf Grund dieser Beobachtung eine illegale Tätigkeit des Wukitsevits vermutete, begab er sich gemeinsam mit Betriebsleiter der Firma Nägeli [sic!] zum Gendarmerieposten Maria Lanzendorf und erstattete dort die Anzeige.“

politische Motivation ließ sich aus den Akten des Sondergerichtes ableiten, da Dunkl angab, „dass ihm Wukitsevits als Kommunist bekannt war und dass er [...] sofort Verdacht schöpfte, dass er eine unerlaubte politische Handlung vornehme“<sup>207</sup>.

Im Verfahren vor dem Volksgericht versuchte Dunkl sich zu rechtfertigen und gab an, dass er Rosenberg zwar Bescheid gegeben hätte, danach aber wieder in seine Wohnung zurückgekehrt sei – also keine Anzeige erstattet hätte.<sup>208</sup> Erst Rosenberg hätte ihn zur Verhaftung wieder aus der Wohnung geholt und habe ihn gebeten, einen Koffer zur Gendarmerie zu tragen.<sup>209</sup> Auch den politischen Charakter der Tat leugnet er nun: „[...] er habe zwar geglaubt, dass irgendwelche Papiere gefälscht werden, aber nicht daran gedacht, dass es sich um eine politische Angelegenheit handle.“<sup>210</sup>

Auf Vorhalt seiner Zeugenaussagen aus dem Sondergerichtsverfahren konterte er damit, das Protokoll damals nicht durchgelesen zu haben und nichts über die politische Einstellung des ihm unbekanntes Wukitsevits gewusst zu haben.<sup>211</sup> Die Staatsanwaltschaft ließ sich von dieser Verteidigungsstrategie nicht überzeugen und schloss in der Anklageschrift aufgrund der Faktenlage klar auf ein politisches Motiv des Beschuldigten.<sup>212</sup>

Unerwartete Unterstützung für Dunkl kam von Leopold Dirr, der ab der ersten Zeugenaussage Dunkl bis zu einem gewissen Grad in Schutz nahm. So gab er bereits im März 1946 an, dass sich Dunkl „bei Gericht als Zeuge sehr anständig benommen hat und in keiner Weise mich noch mehr hineinlegen wollte. Auch wäre noch interessant festzustellen, dass Fritz Dunkl nach circa ein bis eineinhalb Jahren nach meiner Haftentlassung auf Urlaub vom Militär zurückkam und sich ganz abfällig gegen die NSDAP geäußert hat.“<sup>213</sup>

---

(Gestapo-Leitstelle Wien, Schlussbericht, 19. 10. 1938; OJs 96/39) Die Staatsanwaltschaft erwähnte in ihrer Anklageschrift ausschließlich Dunkl als Anzeigenden. (Anklageschrift v. 1. 12. 1938; OJs 96/39) Die Hauptverhandlung verzichtete auf die erneute Anhörung des Zeugen Dunkl und verwies auf die entsprechenden Protokolle (Hauptverhandlungsprotokoll v. 23. 11. 1939; OJs 96/39).

<sup>207</sup> Verfahren Dunkl, Anklageschrift v. 27. 1. 1947.

<sup>208</sup> Ebenda.

<sup>209</sup> Verfahren Dunkl, Vernehmungsprotokoll Friedrich Dunkl v. 20. 9. 1946.

<sup>210</sup> Verfahren Dunkl, Anklageschrift v. 27. 1. 1947.

<sup>211</sup> Verfahren Dunkl, Hauptverhandlungsprotokoll v. 10. 2. 1948, S. 7.

<sup>212</sup> Verfahren Dunkl, Anklageschrift v. 27. 1. 1947.

<sup>213</sup> Verfahren Dunkl, Niederschrift Polizeidirektion Wien aufgenommen mit Leopold Dirr v. 18. 3. 1946.

In seiner Zeugenvernehmung im Oktober 1946 ergänzte Dirr, dass er den Eindruck hatte, dass Dunkl die ganze Angelegenheit schon bei der Hauptverhandlung 1939 bereute.<sup>214</sup> Auch Dunkl selbst gab an, dass er nicht von „irgendwelcher Gehässigkeit“ geleitet wurde, da er vor dem Sondergericht verschwiegen, „dass auch die Frau Dirr im Zimmer war und durch das Papier geschaut hat, obwohl ich darum gefragt worden bin“.<sup>215</sup>

In der Hauptverhandlung schlug sich Dirr noch deutlicher auf die Seite von Dunkl und war sich nicht mehr sicher, ob dieser überhaupt Anzeige erstattet habe:

„Bei der Verhandlung gegen mich wurde [sic!] Dunkl und Rosenberg als Zeuge vernommen. Dunkl sagte günstig für mich aus und nur den Tatsachen entsprechend. Dr. Rosenberg erklärte, Dunkl habe ihm von den Vorkommnissen in meiner Wohnung Mitteilung gemacht, worauf er die Gendarmerie verständigt und Anzeige erstattet habe.“<sup>216</sup>

Zudem stellt er fest: „Schwerer belastet hat mich aber, soviel ich weiß, ein aufgefangenes Schreiben des Wukitsevits an seine Frau [...]“.<sup>217</sup>

Zum Registrierungsbruch lautete der Vorwurf dahingehend, dass sich Dunkl nur als Parteianwärter ab dem 1. Mai 1938, nicht aber als „Illegaler“ deklariert hatte.

Das Urteil beinhaltete Schuldsprüche betreffend der Illegalität sowie der Denunziation und einen Freispruch vom Vorwurf des Registrierungsbruches, da der Angeklagte prinzipiell das korrekte Datum seines Parteieintritts angegeben hatte, wenn auch in der falschen Spalte.<sup>218</sup> Die Illegalität war aufgrund des Aufnahmedatums sowie der bevorzugten Mitgliedsnummer eindeutig belegt, den Beweis, dass es sich dabei um einen bloßen Akt der Gefälligkeit durch seinen alten Schulkameraden handelte, konnte der Angeklagte nicht

---

<sup>214</sup> Verfahren Dunkl, Zeugenvernehmung Leopold Dirr v. 31. 10. 1946.

<sup>215</sup> Verfahren Dunkl, Vernehmungsprotokoll Friedrich Dunkl v. 20. 9. 1946.

<sup>216</sup> Verfahren Dunkl, Hauptverhandlungsprotokoll v. 10. 2. 1948, S. 4 f.

<sup>217</sup> Gottfried Wukitsevits, der anlässlich der Hauptverhandlung ebenso als Zeuge zugegen ist, äußerte sich laut Protokoll nicht zu diesem Vorwurf. Verfahren Dunkl, Hauptverhandlungsprotokoll v. 10. 2. 1948, S. 5.

<sup>218</sup> Verfahren Dunkl, Beratungsprotokoll v. 10. 2. 1948.

erbringen. Die Denunziation wurde aufgrund des Sondergerichtsaktes und der damaligen Angaben Dunkls als bewiesen angenommen. Erschwerend wurde das Zusammentreffen zweier Tatbestände gewertet, mildernd die Unbescholtenheit, das Geständnis sowie der gute Leumund und die Sorgspflicht. Fritz Dunkl wurde zu eineinhalb Jahren schweren Kerkers verurteilt, verschärft durch ein hartes Lager vierteljährlich sowie zum Verfall des Vermögens und zum Ersatz der Kosten des Strafverfahrens und des Strafvollzuges.<sup>219</sup> Schon sechs Tage später legte Dunkls Anwalt ein Gnadengesuch vor, indem die bekannten Verteidigungsstrategien wiederholt wurden. Als mildernd wurden das Tatsachengeständnis, der gute Leumund, keine Vorstrafen sowie die Sorgpflicht angeführt – diese Fakten waren allerdings schon im Urteil des Volksgerichtes berücksichtigt. Im Gnadengesuch wurde um Nachsicht der die Untersuchungshaft von vier Monaten übersteigenden Strafe gebeten.<sup>220</sup> Nachdem diesem Gesuch nicht entsprochen wurde, folgten weitere Briefe der Ortsorganisationen von SPÖ und ÖVP sowie des Sportklubs und des Pfarrers zugunsten von Dunkl. Die ÖVP schrieb:

„Auf Grund einer von Herrn Dunkl über einen Bewohner Maria Lanzendorfs im Jahre 1939 gemachten Äußerung wurde dieser seinerzeit von der Gestapo verfolgt. Dieses Ereignis gab die Veranlassung, dass Herr Dunkl nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft am 16. 2. 1946 – zu einer Zeit also, da die Hitlerherrschaft noch nicht allzulange überwunden war und man sich fast ausschließlich nach dem Grundsatz ‚Aug um Aug, Zahn und Zahn‘ leiten ließ – verhaftet wurde. Wäre Herr Dunkl ein Jahr später nach Hause gekommen, hätte man ihn sicher unbehelligt gelassen. Herr Dunkl war nie Fanatiker der NSDAP. Er hat sich auch nie aus seiner Zugehörigkeit zur NSDAP Vorteile verschafft und, ausgenommen den einen Fall, auch niemandem geschadet. Herr Dunkl erfreut sich beim überwiegenden Teil der erbeingsessenen Bevölkerung allgemeiner Beliebtheit.“<sup>221</sup>

---

<sup>219</sup> Verfahren Dunkl, Urteil des Volksgerichtes Wien v. 10. 2. 1948.

<sup>220</sup> Verfahren Dunkl, RA Dr. Maximilian Heinelt an das Landesgericht für Strafsachen, Volksgerichtshof [sic!] betreffend Friedrich Dunkl v. 16. 2. 1948.

<sup>221</sup> Verfahren Dunkl, Bundesministerium für Justiz an das Landesgericht für Strafsachen Wien betreffend Befürwortungsschreiben für Friedrich Dunkl v. 21. 6. 1948; Schreiben der ÖVP Maria Lanzendorf.

Nicht nur inhalts-, sondern formulierungsident schrieb die SPÖ, dass Dunkl zu einer Zeit aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrte, „da die hochgehenden Wellen nach dem qualvollen Druck der Hitlerherrschaft noch nicht verebht waren. [...] Nur diesem Umstand ist es zuzuschreiben, dass er wegen einer im Jahre 1938 gemachten, unbedachten Äußerung, die seinerzeit die Verfolgung eines Einwohners durch die Gestapo zur Folge hatte, in Untersuchungshaft gezogen wurde. [...] Er erfreut sich nach wie vor allgemeiner Beliebtheit und Wertschätzung und war weder ein Fanatiker der NSDAP noch hatte er sich aus der Zugehörigkeit zu dieser den geringsten Vorteil verschafft. [...] Nicht zuletzt beweist dies die Tatsache, dass der durch sein Unbedacht Geschädigte spontan für seinen Freispruch<sup>222</sup> plädierte.“<sup>223</sup>

Der Sportklub Maria Lanzendorf gab an, dass sich Fritz Dunkl dort niemals politisch betätigt habe und nach dem „Anschluss“ sogar seine Funktion niederlegte,<sup>224</sup> und der örtliche Pfarrer schrieb, dass Herr Dunkl doch schon 1942 seine politische Einstellung geändert hatte, „aber nur schwer von der verdammten Naziangelegenheit loskam“<sup>225</sup>.

Fritz Dunkl wurde nach einem Jahr Haft aus dem Arbeitshaus Göllersdorf bedingt entlassen,<sup>226</sup> im Rahmen der NS-Amnestie 1957 wurde das Urteil getilgt.<sup>227</sup>

---

<sup>222</sup> Diese „Tatsache“ wird durch das Hauptverhandlungsprotokoll sowie die Zeugenaussagen von Leopold Dirr allerdings nicht bestätigt.

<sup>223</sup> Verfahren Dunkl, Bundesministerium für Justiz an das Landesgericht für Strafsachen Wien betreffend Befürwortungsschreiben für Friedrich Dunkl v. 21. 6. 1948; Schreiben der SPÖ Maria Lanzendorf.

<sup>224</sup> Verfahren Dunkl, Bundesministerium für Justiz an das Landesgericht für Strafsachen Wien betreffend Befürwortungsschreiben für Friedrich Dunkl v. 21. 6. 1948; Schreiben des Sportklubs Maria Lanzendorf.

<sup>225</sup> Verfahren Dunkl, Bundesministerium für Justiz an das Landesgericht für Strafsachen Wien betreffend Befürwortungsschreiben für Friedrich Dunkl v. 21. 6. 1948; Schreiben des Pfarrers Pater Balduin Keller.

<sup>226</sup> Verfahren Dunkl, Bedingte Entlassung Arbeitshaus Göllersdorf Stb.Nr. 581 v. 20. 10. 1948.

<sup>227</sup> Verfahren Dunkl, Stempelvermerk v. 14. 5. 1957; Urteil des Volksgerichtes Wien v. 10. 2. 1948. Ein vollständiger Abdruck der NS-Amnestie 1957 findet sich auf: [www.entnazifizierung.at/literatur/downloads/gesetzesquellen/NS-Amnestie1957.pdf](http://www.entnazifizierung.at/literatur/downloads/gesetzesquellen/NS-Amnestie1957.pdf) (Abrufdatum: 17. 11. 2010).

„Karl Eimann ist mir als der brutalste  
Nationalsozialist von Maria Lanzendorf bekannt.“<sup>228</sup>

## Das Verfahren gegen Karl Eimann vor dem Volksgericht Wien

Wichtigste Grundlage für das Verfahren gegen Karl Eimann waren die Ermittlungen von Werner Wukitsevits in seiner Zeit als provisorischer Bürgermeister unmittelbar nach Kriegsende. Am 12. Juni 1945 beantragte Werner Wukitsevits in seiner Amtsfunktion die Verhaftung des Karl Eimann im Wachzimmer Maria Lanzendorf.<sup>229</sup> Am 22. Juni 1945<sup>230</sup> folgte die Einvernahme Karl Eimanns zu seiner Zeit als Nationalsozialist.

Dabei gab Eimann an, am 5. November 1931 der NSDAP beigetreten zu sein und ab 1932 die Funktion des Ortsgruppenleiters in Maria Lanzendorf eingenommen zu haben. Er bekleidete dieses Amt bis 1934<sup>231</sup> sowie wieder ab März 1938<sup>232</sup> bis zum Herbst 1938. Ab diesem Zeitpunkt hatte er keine Parteifunktion mehr und sei auch „nie mehr in die Ortsgruppe gegangen“. Mit Juli 1940 habe er überdies jede Beitragsleistung eingestellt, da er sich „innerlich dem Nationalsozialismus bereits abgewendet“<sup>233</sup> habe.

<sup>228</sup> Verfahren Eimann, Polizeidirektion Wien, Schwechat; Niederschrift mit Leopold Dirr v. 19. 6. 1945.

<sup>229</sup> Verfahren Eimann, Provisorischer Bürgermeister Werner Wukitsevits an das Wachzimmer Maria Lanzendorf betreffend Verhaftung des Karl Eimann v. 12. 6. 1945.

<sup>230</sup> Verfahren Eimann, Protokoll über die Einvernahme mit dem ehemaligen, derzeit in Haft befindlichen Nationalsozialisten Karl Eimann v. 22. 6. 1945 durch den provisorischen Bürgermeister Werner Wukitsevits. Weitere Angaben in dieser Einvernahme betrafen die Tätigkeit Eimanns als Hilfspolizist in Wien in den letzten Monaten vor der Befreiung.

<sup>231</sup> In einer späteren Einvernahme gab Eimann sogar an, 1934–1938 der Vaterländischen Front angehört und für diese Mitgliedsbeiträge bezahlt zu haben. Verfahren Eimann, Polizeidirektion Wien-Schwechat, Aussage von Karl Eimann v. 26. 7. 1946.

<sup>232</sup> Wukitsevits wertete es als wichtiges Indiz für den Fanatismus des Karl Eimann, dass dieser erster Ortsgruppenleiter wurde, obwohl zahlreiche andere Nationalsozialisten dafür in Frage gekommen wären. (Verfahren Eimann, Abschrift Polizeidienststelle Maria Lanzendorf v. 30. 6. 1945 betrifft Karl Eimann, unterzeichnet von Ing. Werner Wukitsevits und Josef Zajdlik [für die Polizei]). Eimann selbst gab an, von der Kreisleitung aufgefordert worden zu sein, als Ortsgruppenleiter tätig zu werden, angeblich auf Vorschlag des damaligen Bürgermeisters und späteren Ortsgruppenleiters Ellenrieder. Dieser übernahm die Funktion im Winter 1938, da Eimann „als zu schwach abberufen“ wurde. (Verfahren Eimann, Zeugenvernehmung Karl Eimann v. 4. 9. 1946) Viel eher dürfte der Wahrheit entsprechen, dass die verschiedenen Ausschreitungen (siehe unten) während seiner Zeit als Ortsgruppenleiter zur Absetzung führten. (Verfahren Dunkl, Zeugenvernehmung Josef Schamuth v. 4. 12. 1946).

<sup>233</sup> Verfahren Eimann, Zeugenvernehmung Karl Eimann v. 4. 9. 1946.

Sämtliche Tätigkeiten während des Verbotes der NSDAP wurden von ihm gelehnet. Dem gegenüber behauptete Werner Wukitsevits, dass Eimann sehr wohl Streuaktionen mit Flugblättern und Hakenkreuzen durchgeführt und Papierböllern geschossen hätte.<sup>234</sup> Eimann wehrte sich gegen diese Anschuldigung, er sei nie beim Hakenkreuzstreuen und -stanzen „erwischt [sic!] worden“. Zugeben musste er aber die fünfwöchige Haftzeit als „Geisel“ in Wöllersdorf<sup>235</sup>, allerdings sei er dort nur gewesen, „weil man die wirklich tätigen Nationalsozialisten nicht erwischte“<sup>236</sup>. Diese Verteidigungsstrategie, in Wöllersdorf ohne eigenes Verschulden nur „Geisel“ gewesen zu sein, behielt Eimann im gesamten Verfahren bei.<sup>237</sup> In der Einvernahme mit Wukitsevits gab er auch zu, den Ehrenwinkel der Partei<sup>238</sup> erhalten zu haben.<sup>239</sup> Später ergänzte er, im Jahre 1939 oder 1940 mit der Ostmark-Medaille<sup>240</sup> ausgezeichnet worden zu sein und als „Alter Kämpfer“ nach dem „Anschluss“ eine Entschädigungsleistung von 300 RM erhalten zu ha-

---

<sup>234</sup> Verfahren Eimann, Abschrift Polizeidienststelle Maria Lanzendorf v. 30. 6. 1945 betrifft Karl Eimann, unterzeichnet von Ing. Werner Wukitsevits und Josef Zajdlík (für die Polizei).

<sup>235</sup> Der Zeuge Josef Schamuth gab in einer Vernehmung an, dass Karl Eimann nicht nur einmal, sondern zweimal in Wöllersdorf inhaftiert war. Dazu haben sich keine weiteren Belege gefunden. Verfahren Eimann, Niederschrift mit Josef Schamuth v. 6. 7. 1946. In einem Erhebungsbericht wird als Zeitraum der Inhaftierung von zwei Zeugen das Jahr 1937 angegeben. Verfahren Eimann, Erhebungsbericht der Polizeidirektion Wien-Schwechat v. 11. 7. 1946. Eimann selbst gab an, im Jahr 1935 in Wöllersdorf inhaftiert gewesen zu sein. Verfahren Eimann, Polizeidirektion Wien/Schwechat, Aussage von Karl Eimann vom 26. 7. 1946.

<sup>236</sup> Verfahren Eimann, Protokoll über die Einvernahme mit dem ehemaligen, derzeit in Haft befindlichen Nationalsozialisten Karl Eimann v. 22. 6. 1945 durch den provisorischen Bürgermeister Werner Wukitsevits.

<sup>237</sup> Verfahren Eimann, Zeugenvernehmung Karl Eimann v. 4. 9. 1946.

<sup>238</sup> Der Ehrenwinkel der Partei war eine 1934 von Hitler eingeführte Auszeichnung für die so genannten „Alten Kämpfer“.

<sup>239</sup> Verfahren Eimann, Protokoll über die Einvernahme mit dem ehemaligen, derzeit in Haft befindlichen Nationalsozialisten Karl Eimann v. 22. 6. 1945 durch den provisorischen Bürgermeister Werner Wukitsevits

<sup>240</sup> Es handelt sich hierbei um die am 1. 5. 1938 per Verordnung gestiftete „Medaille zur Erinnerung an den 13. März 1938“, die umgangssprachlich auch Ostmark-Medaille genannt wurde. Sie wurde an Personen verliehen, die sich um den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich besondere Verdienste erworben hatten. Dazu gehörten auch Österreicher, die entweder an dem Ereignis direkt mitgewirkt haben oder Mitglied der österreichischen NSDAP waren.

ben.<sup>241</sup> Außerdem war er auch als Hilfspolizist in Wien eingesetzt.<sup>242</sup> Mit der Einrückung zur Hilfspolizei am 15. Juli 1940 habe er jede Beitragsleistung eingestellt.

Mehrere Tatbestände wurden Eimann zur Last gelegt: seine Teilnahme an einer Racheaktion an Heimwehrmitgliedern in Himberg im April 1938<sup>243</sup> sowie einer ähnlichen Aktion im selben Zeitraum in Leopoldsdorf<sup>244</sup>, die Verhaftung bzw. Misshandlung des Gottfried und Emil Wukitsevits sowie die Misshandlung von fünf jungen Männern in der Ziegelfabrik Wiener AG in Leopoldsdorf. Letztere wurde durch Franz Kilian am 17. Juni 1945 der KPÖ Maria Lanzendorf zur Kenntnis gebracht: Im Zuge eines Streiks für höhere Löhne hätte Eimann, der zum Tatzeitpunkt als Schreiber in der Kanzlei der Firma Wiener AG in Leopoldsdorf beschäftigt war, die fünf Männer vorgeladen, gehorft und sodann der Gestapo übergeben. Zwei von ihnen blieben mehrere Wochen in Haft.<sup>245</sup>

Eimann bestritt im Juni 1945, Personen geschlagen zu haben oder aktiv an den Taten beteiligt gewesen zu sein:

„Gegen den Vorwurf bei der Schlägerei am 24. 4. 1938 in Himberg aktiv beteiligt gewesen zu sein, erkläre ich keinen einzigen Schlag

---

<sup>241</sup> Verfahren Eimann, Polizeidirektion Wien-Schwechat, Aussage von Karl Eimann v. 26. 7. 1946.

<sup>242</sup> Im Protokoll von Werner Wukitsevits vom 22. 6. 1945 datiert Eimann diesen Dienst folgendermaßen: „In den letzten Monaten vor dem Einmarsch der Roten Armee war ich – man konnte ja nichts dagegen machen – der Hilfspolizei zugeteilt.“ (Verfahren Eimann, Protokoll über die Einvernahme mit dem ehemaligen, derzeit in Haft befindlichen Nationalsozialisten Karl Eimann vom 22. 6. 1945 durch den provisorischen Bürgermeister Werner Wukitsevits) In seiner Zeugenvernehmung vom 4. 9. 1946 gibt er dagegen an, ab 15. 7. 1940 Hilfspolizist gewesen zu sein. (Verfahren Eimann, Zeugenvernehmung Karl Eimann v. 4. 9. 1946) Welche Datierung stimmt, lässt sich aus den vorhandenen Quellen nicht abschließend feststellen.

<sup>243</sup> Folgende Racheaktionen gegen bekannte Regimegegner wurden durchgeführt: 21. 4. 1938 in Leopoldsdorf gegen Josef Schamuth (Mitglied der Vaterländischen Front), 24. 4. 1938 in Himberg gegen mehrere ehemalige Heimwehrmitglieder und Mitglieder der Vaterländischen Front (unter anderem Rudolf Wolfram). Auch in Maria Lanzendorf fanden solche Aktionen statt. Ob und welche weiteren Personen misshandelt wurden, lässt sich aus den vorhandenen Quellen nicht endgültig klären.

<sup>244</sup> Diese wurde erst im Zuge der Erhebungen der Staatsanwaltschaft Thema, Wukitsevits bezog sich in der Einvernahme bzw. in seiner Anzeige nicht darauf.

<sup>245</sup> Verfahren Eimann, Niederschrift für die KPÖ Maria Lanzendorf v. 17. 6. 1945.

geführt zuhaben [...]. Ich habe niemanden geschlagen und getreten, auch nicht Herrn Wolfram. [...]

Zu dem Vorwurf des Herrn Franz Kilian [...] erkläre ich, dass [...] ich mit dieser Angelegenheit nicht das Geringste zu tun hatte. Allerdings die Buben haben sich ja allerhand geleistet und wegen der paar Tachteln [...]

Die Anschuldigung, dass ich [...] den damals 16jährigen Emil Wukitsevits [...] in seiner Wohnung und auch bei der Polizei geohrfeigt hätte, stimmt nicht. Als Emil Wukitsevits durch mich am frühen Morgen des 25. 9. 1938 in das Bezirksgericht Schwechat abgeliefert wurde, hob ich einmal, weil er offensichtlich flüchten wollte, bloß um ihn einzuschüchtern die Hand zum Schläge, ohne ihn jedoch wirklich zu schlagen.<sup>246</sup>

Obwohl bereits im Juni 1945 mehrere schwere Verdachtsmomente gegen Karl Eimann bekannt waren, wurden die Erhebungen des Volksgerichtes erst im Frühsommer und Herbst 1946 durchgeführt. Werner Wukitsevits zeigte Karl Eimann am 15. Juni 1946 an,<sup>247</sup> ab dem 25. Juli 1946 war Eimann in Untersuchungshaft.<sup>248</sup>

Im Ermittlungsverfahren wurde deutlich, dass Karl Eimann ein begeisterter Nationalsozialist war, der wenig zimperlich agierte. Erhebungen am Wohnort in Maria Lanzendorf ergaben, dass er eines der ersten Mitglieder der NSDAP im Ort war und sich „nach dem Umbruch [...] sehr aggressiv und gehässig gegen politisch Andersdenkende“<sup>249</sup> betätigte. Ein weiterer Zeuge gab an, dass er „ständig mit der Uniform eines politischen Leiters sowie dem Parteiabzeichen“<sup>250</sup> auftrat und der gehässigste und gemeinste Nationalsozialist des gesamten Ortes gewesen sei. Rudolf Wolfram bestätigte, dass Eimann „als sehr fanatischer und gehässiger Nationalsozialist bekannt“<sup>251</sup> war.

---

<sup>246</sup> Verfahren Eimann, Protokoll über die Einvernahme mit dem ehemaligen, derzeit in Haft befindlichen Nationalsozialisten Karl Eimann v. 22. 6. 1945 durch den provisorischen Bürgermeister Werner Wukitsevits.

<sup>247</sup> Verfahren Eimann, Polizeidirektion Wien, Schwechat; Niederschrift mit Werner Wukitsevits v. 15. 6. 1946.

<sup>248</sup> Verfahren Eimann, Polizeidirektion Wien an die Staatsanwaltschaft Wien v. 9. 8. 1946.

<sup>249</sup> Verfahren Eimann, Erhebungsbericht der Polizeidirektion Wien/Schwechat v. 11. 7. 1946.

<sup>250</sup> Ebenda.

<sup>251</sup> Verfahren Eimann, Niederschrift mit Rudolf Wolfram v. 28. 6. 1946.

Keinen Zweifel gab es auch daran, dass Karl Eimann Emil Wukitsevits geschlagen hatte<sup>252</sup>. Zeuge dafür war unter anderem Leopold Dirr, der sagte:

„Wir wurden geteilt in Zellen untergebracht, aber durch die offenen Fenster konnten wir doch zusammen sprechen. Da fragte ich Emil Wukitsevits, was denn los gewesen ist und was diese dumpfen Schläge zu bedeuten hatten auf der Polizeistube in Maria Lanzendorf, da erklärte er mir ‚der Eimann hat mich mit Ohrfeigen traktiert und wollte von mir ein Geständnis erpressen‘. [...] wie uns der Gefängniswärter übernahm in Schwechat sah ich Emil Wukitsevits’ Gesicht: es war hochrot und geschwollen.“<sup>253</sup>

Eimann selbst sagte dazu aus:

„Beim Verhör [...] war ich zugegen und da Emil Wukitsevits zu mir sehr frech war, habe ich auf ihn einmal hingeschlagen. Ich glaube auch der Inspektor hat ihn geschlagen.“<sup>254</sup>

Nicht ausreichend begründen ließ sich allerdings der Vorwurf des Franz Kilian gegen Karl Eimann – im Zuge der Ermittlungen musste Kilian seine Aussage mehr und mehr abschwächen. So wurde aus der vermeintlichen Tatsachenschilderung bei der ersten Zeugenvernehmung folgende Aussage:

„Ein gewisser Herr Eimann, der bei der Direktion als Schreiber beschäftigt war [...] nahm gegen diese Jugendlichen Stellung und war über die Forderungen der Jugendlichen empört und machte den Vorschlag, dass beide gehorfeigt gehören, ob sie tatsächlich geschlagen wurden, kann ich nicht angeben. Doch zirka nach ein oder zwei Stun-

---

<sup>252</sup> Verfahren Eimann, Abschrift Polizeidienststelle Maria Lanzendorf v. 30. 6. 1945 betrifft Karl Eimann, unterzeichnet von Ing. Werner Wukitsevits und Josef Zajdlík (für die Polizei).

<sup>253</sup> Verfahren Eimann, Polizeidirektion Wien, Schwechat; Niederschrift mit Leopold Dirr v. 19. 6. 1945. Dirr bestätigte diese Angabe auch in der Zeugenvernehmung v. 31. 10. 1946; Verfahren Eimann, Zeugenvernehmung des Leopold Dirr v. 31. 10. 1946. Auch Franziska Wukitsevits und Gottfried Wukitsevits gaben an, dass Eimann ihren Sohn schwer misshandelt habe; Verfahren Eimann, Zeugenvernehmung Franziska Wukitsevits v. 31. 10. 1946. Sowie Verfahren Eimann, Zeugenvernehmung Gottfried Wukitsevits v. 4. 12. 1946.

<sup>254</sup> Verfahren Eimann, Zeugenvernehmung Karl Eimann v. 4. 9. 1946.

den wurden beide Jugendlichen von der Polizei mittels eines Wagens abgeholt, das [sic!] Eimann veranlasste und tatsächlich acht Tage in Haft behalten.“<sup>255</sup>

In seiner Zeugenaussage am 4. Dezember 1946 musste er weiter zugeben, dass nicht er selbst gehört habe, dass Eimann den Jugendlichen Ohrfeigen androhte, sondern dies nur von anderen wusste.<sup>256</sup> Eimann dagegen legte diesbezüglich ein Geständnis ab, obgleich er betonte, dass der Streit keine politische Angelegenheit war:

„Die Jungen haben mitten in der Arbeit die Arbeit liegen lassen und kamen in die Kanzlei und forderten Lohnaufbesserung und machten einen ziemlichen Wirbel. [...] Ich war Rechnungsführer im Betrieb und habe damals in der Aufregung den Buben Kopfstücke gegeben. Angezeigt habe ich sie aber nicht. Die Anzeige erfolgte durch den Betriebsobmann [...].“<sup>257</sup>

Wahrscheinlich war es die immer dünner werdende Faktenlage, die die Staatsanwaltschaft veranlasste, diese Vorwürfe nicht in ihre Anklageschrift mit einzubeziehen.<sup>258</sup>

Zu den Aktionen gegen Regimegegner in Leopoldsdorf und Himberg ergaben die Zeugenaussagen zweifelsfrei die Mitschuld Eimanns. Diese Aktionen wurden speziell in Himberg äußerst brutal durchgeführt, nicht nur Fäuste und Fußtritte wurden eingesetzt, die Personen wurden teilweise entkleidet und mit Ochsenziemern und Stahlruten geprügelt.<sup>259</sup>

Rudolf Wolfram<sup>260</sup> aus Himberg, der der Heimwehr angehört hatte und als Regimegegner bekannt war, gab zu Protokoll, dass er nach einer Ein-

---

<sup>255</sup> Verfahren Eimann, Niederschrift der Polizeidirektion Wien-Schwechat am 24. 6. 1946 mit Franz Kilian.

<sup>256</sup> Verfahren Dunkl, Zeugenvernehmung Franz Kilian v. 4. 1. 1946.

<sup>257</sup> Verfahren Eimann, Zeugenvernehmung Karl Eimann v. 4. 9. 1946.

<sup>258</sup> Verfahren Eimann, Anklageschrift v. 23. 1. 1947.

<sup>259</sup> Verfahren Schilger, Anklageschrift v. 27. 12. 1954, S. 6.

<sup>260</sup> Die Misshandlungen in Himberg gegen Rudolf Wolfram und andere wurden in einem gesonderten Volksgerichtsverfahren, welches bereits 1948 begonnen wurde, angeklagt und verurteilt. Eine erste Anklage vom 18. 12. 1950 richtete sich ausschließlich gegen Leopold Schilger, wobei der Tatverdächtige leugnete. Eine weitere, ergänzte Anklage vom

vernahme im Gemeindearrest gemeinsam mit anderen zu einem Wagendepot der Gemeinde Himberg geführt wurde.<sup>261</sup> Dort fand die gezielte Prügelaktion statt:

„Ich wurde dann im entkleideten Zustand auf den Boden geworfen und mit Ochsenziemern und Fußtritten misshandelt. Ich wurde dann aufgefordert das Wagendepot zu verlassen, doch als ich das Tor öffnen wollte, stellte sich der mir als Nationalsozialist bekannte Karl Eimann entgegen und schlug mich mehrmals mit der Faust ins Gesicht und auf den Kopf. Ich drängte ihn jedoch weg. Ich wurde dann von ihm zu Boden geworfen und wieder durch Schläge misshandelt. Eimann trat mit den Stiefeln auf meine Finger. [...] Als Folgen der Misshandlung trug ich ungefähr 36 Wunden davon und hatte sämtliche vorderen Zähne verloren.“<sup>262</sup>

---

27. 12. 1954 umfasste die Personen Schilger, Johann Gutscher, Friedrich Redl und Johann Windisch. Sie alle hätten sich an der Aktion gegen Rudolf Wolfram und weiteren beteiligt und dadurch das Verbrechen der Verletzung der Menschlichkeit und Menschenwürde getätigt bzw. Mithilfe geleistet und damit Mitschuld auf sich geladen. Alle Beschuldigten leugneten diese Tatbestände. Die Hauptverhandlung, die erst am 10. 5. 1955 durchgeführt wurde, ergab dann ein höchst merkwürdiges Bild: Nur Schilger wurde verurteilt – zu vier Wochen schwerem Kerker. Alle anderen Angeklagten wurden freigesprochen. In der Urteilsbegründung wird festgehalten, dass alle Zeugen zwar die ihnen damals zugefügten Misshandlungen erneut bestätigten, dass sie „jedoch nunmehr plötzlich in den vier Angeklagten keinen erkennen wollten, welcher sich an den Misshandlungen beteiligte“ (Urteil, S. 7). Das Gericht nahm dennoch an, dass den ursprünglichen Angaben der Zeugen und damit der Belastung der Angeklagten eine erhöhte Glaubwürdigkeit gegenüber den Aussagen in der Hauptverhandlung eingeräumt werden musste. Denn es „konnte sich bei dieser Sachlage des Eindrucks nicht erwehren, dass diese Zeugen mit Rücksicht auf den inzwischen vorliegenden langen Zeitablauf die Angeklagten jetzt nicht mehr belasten wollen. Gerade dieser Umstand aber, nämlich, der bei den Zeugen zweifellos vorliegende Wunsch über das Vergangene einen Schlussstrich zu machen, lässt den eindeutigen Schluss zu, dass ihre seinerzeitigen Angaben den Tatsachen entsprachen.“ (Urteil, S. 8) Trotzdem war ein Schuldspruch nur gegen Schilger möglich, in den anderen Fällen standen Verjährungsfristen, zu spät erhobene Anklagen bzw. die Spruchpraxis einer Verurteilung entgegen. Verfahren Schilger; insbesondere Anklageschrift v. 18. 12. 1950, Anklageschrift v. 27. 12. 1954, Urteil in Folge der Hauptverhandlung am 10. 5. 1955; Vg 8b Vr 1402/48 (= Verfahren Schilger).

<sup>261</sup> Verfahren Eimann, Niederschrift mit Rudolf Wolfram v. 28. 6. 1946.

<sup>262</sup> Ebenda. Siehe dazu auch die gleichlautenden Angaben Wolframs in der Hauptverhandlung vom 19. 5. 1947 im Verfahren Eimann, Hauptverhandlung v. 19. 5. 1947, S. 3, sowie seine Aussagen im Rahmen der Zeugenvernehmung im Verfahren Dunkl, Zeugenvernehmung Rudolf Wolfram v. 4. 12. 1946.

Neben dieser Aktion in Himberg gab es kurz zuvor eine ähnliche Tat im Nachbarort Leopoldsdorf. Dazu der Zeuge Josef Schamuth:

„Am 21. April 1938 wurde ich in meiner Wohnung von zwei SA Männern aufgefordert in die Gemeindeganzlei in Leopoldsdorf zu kommen [...] Ich wurde dann in ein Nebenzimmer gerufen, wo ich sofort beim Eingang mit einem Gummiknüttl einen Schlag über den Kopf erhielt. Mehrere SA-Leute beteiligten sich bei der Schlägerei, darunter der Ortsgruppenleiter Eimann selbst und ich wurde derart zuge richtet, dass ich an mehreren Stellen des Kopfes blutete. [...] In diesem Zustand [...] wurde ich von Eimann selbst in das Bezirksgericht Schwechat eingeliefert [...]. Insgesamt war ich dreieinhalb Monate bis zu meiner Freilassung inhaftiert.“<sup>263</sup>

Eimann spielte im Laufe der Erhebungen und des Verfahrens seine Rolle natürlich weiter bewusst herunter und blieb bei seiner Aussage vom Juni 1945, dass er niemanden angerührt habe. Vielmehr habe er nur andere mit dem Parteiauto<sup>264</sup> nach Himberg und Leopoldsdorf gefahren, sei also nur zugegen gewesen, als andere Leute geschlagen wurden.

„Über Aufforderung habe ich die Legionäre<sup>265</sup> [...] nach Himberg gebracht. [...] Die Angeführten [...] gingen in das Gemeindeheim“<sup>266</sup>,

---

Die Bevölkerung wehrte sich insofern gegen diese Ausschreitungen, als eine „Delegation von Himberger Frauen“ sich zu Gauleiter Bürckel begab, um dagegen zu protestieren. Leopold Dirr gab sogar an, dass diese Proteste erfolgreich waren und tatsächlich jemand in dieser Angelegenheit interveniert hätte. Verfahren Eimann, Polizeidirektion Wien, Schwechat; Niederschrift mit Leopold Dirr v. 19. 6. 1945.

<sup>263</sup> Verfahren Eimann, Niederschrift mit Josef Schamuth v. 6. 7. 1946.

<sup>264</sup> Das als „Parteiauto“ bezeichnete Fahrzeug wurde von Eimann selbst beschlagnahmt und gehörte zuvor dem verhafteten Landesführerstellvertreter der Heimwehr Eduard Seger (Beruf: Baumeister). Der Zeuge Schamuth gab an, dass Eimann das beschlagnahmte Auto bis zu seiner Absetzung als Ortsgruppenleiter verwendete und es anschließend um mehrere hundert Reichsmark verkaufte. Verfahren Eimann, Erhebungsbericht der Polizeidirektion Wien-Schwechat v. 11. 7. 1946, sowie Zeugenvernehmung Josef Schamuth v. 4. 12. 1946.

<sup>265</sup> Gemeint sind Mitglieder der Österreichischen Legion in Bayern, die nach dem 12. 3. 1938 wieder nach Österreich – und auch nach Maria Lanzendorf – zurückkehrten. Zur Österreichischen Legion siehe beispielsweise: Hans Schafranek, Söldner für den Anschluss. Die österreichische Legion 1933–1938, Wien 2010.

<sup>266</sup> Die betreffenden Personen wurden zuerst aufgefordert zu einer Einvernahme auf das Gemeindeamt zu kommen und wurden in Folge im Gemeindearrest festgesetzt. Anschließend

während ich im Hofe auf und ab ging. Ich habe gehört, dass in dem Lagerraum eine Schlägerei war. Auf einmal flog bei der Tür ein Mann heraus. Das war Wolfram. Ich habe ihn aber beim Herausfliegen weder getreten noch geschlagen. Ob er im Hofe noch weiter geschlagen wurde, konnte ich nicht sehen, da ein Haufen Leute herumstanden und ein großer Wirbel war. Ich bin auf die Straße hinaus und habe dort versucht auf den SA Führer Semotan dahin einzuwirken, dass er die Sache einstelle, jedoch ohne Erfolg. Nach der Schlägerei habe ich die Legionäre wieder nach Hause gebracht. [...]“<sup>267</sup>

Zu Leopoldsdorf gab er an:

„Dort fuhren wir zum Gemeindeamt. Dort wurden die [...] zusammengeholt. Heimwehrleute von den Legionären geschlagen und auch Schamuth Josef. Ich habe mich aber weder bei seiner Misshandlung noch bei der der anderen beteiligt. Im Gegenteil ich habe damals verhindert, dass noch mehr geschehen ist.“<sup>268</sup>

Die Staatsanwaltschaft sah dies anders und klagte Karl Eimann am 23. Jänner 1947 an. Die Anklageschrift enthielt den Vorwurf der Illegalität – das Verbrechen des Hochverrates im Sinne des § 58 StGB in der Fassung der §§ 10 und 11 Verbotsgesetz<sup>269</sup> – sowie die Anklage aufgrund der schweren Misshandlung in drei Fällen (Emil Wukitsevits, Rudolf Wolfram und Josef Schamuth) – strafbar nach § 3 Kriegsverbrechergesetz<sup>270</sup>.

---

wurden sie zu einem Wagendepot des Gemeindeamtes Himberg geführt. Die Misshandlungen erfolgten schon im Gemeindearrest, erreichten ihren Höhepunkt allerdings in der gezielten Prügelaktion im Wagendepot. Verfahren Eimann, Niederschrift mit Rudolf Wolfram v. 28. 6. 1946.

<sup>267</sup> Verfahren Eimann, Zeugenvernehmung Karl Eimann v. 4. 9. 1946.

<sup>268</sup> Ebenda.

<sup>269</sup> Siehe dazu entsprechende Fußnote im Verfahren gegen Fritz Dunkl.

<sup>270</sup> § 3 Kriegsverbrechergesetz sieht vor, dass Personen, die aus politischer Gehässigkeit oder unter Ausnützung dienstlicher oder sonstiger Gewalt Menschen in einen qualvollen Zustand versetzt oder empfindlich misshandelt hatten, mit schwerem Kerker von 5–10 Jahren sowie, wenn die Tat einen wichtigen Nachteil des Betroffenen an seiner Gesundheit zufolge hatte, mit schwerem Kerker in Höhe von 10–20 Jahren zu bestrafen sind. Die Todesstrafe wurde dann verhängt, wenn die Menschenwürde und die Gesetze der Menschlichkeit dabei gröblich verletzt wurden oder der Betroffene getötet wurde. Insbesondere betraf dieses Verbrechen Personen, die in Konzentrationslagern, bei Gestapo und Sicherheitsdienst (SD)

Die Staatsanwaltschaft sah die Illegalität als erwiesen an, durch die Anhaltshaft in Wöllersdorf, die Anerkennung als „Alter Kämpfer“ mit Verleihung des Ehrenwinkels und der entsprechenden Mitgliedsnummer, die Wiedergutmachungssumme sowie die Tätigkeit als Ortsgruppenleiter unmittelbar nach dem „Anschluss“ 1938. Auch die Racheaktionen wurden ins Treffen geführt, Eimann habe die Chauffeursdienste übernommen, sei bei den Misshandlungen zugegen gewesen und habe zu diesen beifällig gelacht. Es wurde aufgrund der Zeugenaussagen als erwiesen angenommen, dass Eimann in allen drei Fällen persönlich gegen die Betroffenen tötlich geworden sei.<sup>271</sup> Die Vorwürfe des Franz Kilian wurden in der Anklageschrift nicht aufgegriffen.

In der Hauptverhandlung am 19. Mai 1947 wurden die bereits bekannten Punkte wiederholt. Einzig zur Anklage nach § 3 änderte Eimann seine Strategie und gab nun doch stärker als bisher seine Involvierung zu:

„Es ist richtig, dass ich in Himberg und Leopoldsdorf an Aktionen gegen Heimwehrlaute teilgenommen habe. Ich gebe auch zu, auf die Leute damals zugeschlagen zu haben. Zugeben muss ich auch, dass ich dem Emil Wukitsewits einige Ohrfeigen versetzte, weil er mit mir frech war.“<sup>272</sup>

Er widersprach allerdings dem Vorhalt, dass er Wolfram mit den Stiefeln getreten hätte, da er gar keine besaß, möglich sei aber, „dass ich ihm einige Ohrfeigen versetzte“<sup>273</sup>.

Die Misshandlung der fünf jungen Männer, die eine Lohnerhöhung in der Firma Wiener AG forderten, wurde per Nachtragsanzeige eingebracht, der Staatsanwalt behielt sich die Verfolgung dieses Faktums vor.<sup>274</sup>

Karl Eimann wurde der Illegalität nach §§ 10 und 11 Verbotsgesetz sowie des Verbrechens nach § 3 Kriegsverbrechergesetz in den Fällen Wukitsewits, Schamuth und Wolfram schuldig gesprochen. Das Urteil lautete auf drei Jahre schweren Kerkers verschärft durch ein hartes Lager vierteljährlich sowie Verfall des gesamten Vermögens und Ersatz der Kosten des Strafverfahrens. Das Gericht nahm aufgrund des Geständnisses sowie der Zeugenaussagen

---

sowie beim Volksgerichtshof tätig gewesen waren. Siehe [www.nachkriegsjustiz.at/service/gesetze/index.php](http://www.nachkriegsjustiz.at/service/gesetze/index.php).

<sup>271</sup> Verfahren Eimann, Anklageschrift v. 23. 1. 1947.

<sup>272</sup> Verfahren Eimann, Hauptverhandlung v. 19. 5. 1947, S. 3; Hv 445/47.

<sup>273</sup> Ebenda.

<sup>274</sup> Ebenda, S. 5.

die Anklage der Staatsanwaltschaft als erwiesen an, erschwerend wurde die Mehrheit der Verbrechen gewertet, mildernd das Geständnis, die Unbescholtenheit sowie die Sorgepflicht für die Familie.<sup>275</sup> Auch dieses Urteil wurde im Rahmen der NS-Amnestie 1957 getilgt.<sup>276</sup>

*„Also: nur weil ich flüchtete, nicht weil ich verfolgt wurde, kam ich zu Schaden – laut Amt der niederösterreichischen Landesregierung.“<sup>277</sup>*

Die „Wiedergutmachungsleistungen“<sup>278</sup> der Republik Österreich gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus – Opferfürsorgeleistungen für Gottfried Wukitsevits

Gottfried Wukitsevits kehrte am 22. September 1946 nach Österreich zurück. Dort traf er nur seine Frau und seinen ältesten Sohn Werner wieder, die beiden jüngeren Söhne Günther und Emil waren auf den Kriegsschauplätzen des Zweiten Weltkriegs gestorben.<sup>279</sup> Das „Birmingham Council for Refugees“ schrieb in einer Repatriierungsempfehlung an das Innenministerium am 28. Mai 1946, dass Gottfried Wukitsevits ein „aufrichtiger, ehrenhafter“ Mann sei, „der in unserer Industrie während des Krieges arbeitete und ist seine Lebensweise in jeder Hinsicht beispielgebend gewesen“<sup>280</sup>. Und abschlie-

---

<sup>275</sup> Verfahren Eimann, Urteil v. 19. 5. 1947.

<sup>276</sup> Verfahren Eimann, Stempelvermerk am Urteil v. 19. 5. 1947.

<sup>277</sup> OF 40, Einspruch gegen Bescheid Z.L.A.VII/1-40/5-OF v. 31. 8. 1954, 7. 9. 1954.

<sup>278</sup> Ausdrücklich wird zu diesem Begriff auf die umfassende Kritik von Brigitte Bailer verwiesen: Bailer, Brigitte: Wiedergutmachung kein Thema. Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus, Wien 1993, S. 12 f.

<sup>279</sup> Werner Wukitsevits gab 1946 an, dass sein jüngster Bruder Günther von der SS erschlagen worden sei und sein mittlerer Bruder Emil in der Etappe des russischen Kriegsschauplatzes sein Leben verlor. (OF 186, Werner Wukitsevits an das Bundesministerium für soziale Verwaltung betreffend M.Ab. 12 W 285/46, Einspruch gegen Bescheid v. 29. 11. 1946) Sein Vater führte in einem Schreiben aus dem Jahr 1949 aus, dass einer der Söhne hingerichtet wurde und der zweite in Polen in einer Strafkompagnie der Wehrmacht sein Leben verlor. (OF 186, Gottfried Wukitsevits an Magistrat der Stadt Wien v. 12. 2. 1949) Inwieweit diese Angaben zutreffen, kann aus den vorliegenden Dokumenten nicht geklärt werden.

<sup>280</sup> OF 40; Birmingham Council for Refugees an Home Office, Vienna v. 28. 5. 1946 (beglaubigte Übersetzung).

ënd: „Ich kann den Obgenannten als einen absolut brauchbaren Menschen für seine Heimkehr nach Österreich nur bestens empfehlen.“<sup>281</sup> Gute Voraussetzungen also für die gelungene Rückkehr eines aktiven Kämpfers gegen den Nationalsozialismus?

Am 29. Dezember 1952 bat die Opferfürsorgeabteilung des Magistrates Wiener Neustadt<sup>282</sup> das Amt der niederösterreichischen Landesregierung für Opferfürsorge erstmals um Entscheidung über das Ansuchen von Gottfried Wukitsevits betreffend Ausstellung eines Opferausweises.<sup>283</sup> Wukitsevits begründete sein bereits über ein Jahr vorher eingereichtes Ersuchen vom 22. Oktober 1951 wie folgt:

„Meine antifaschistische Tätigkeit, mein aktiver Kampf um ein freies, souveränes Österreich brachte mir folgenden Schaden:

1.) Gesundheitlicher Schaden: Die abenteuerliche Flucht endete in weiterer Folge mit Rippenfellentzündung [...], die ich nach langem Leiden und dauernder körperlicher Schädigung gerade noch glücklich überstand. [...]

2.) Gefährvolles Leben wegen des Kampfes um ein freies Österreich: über sechs Monate ‚U-Boot‘ [...]

3.) Wirtschaftlicher Schaden: die Familie geriet dadurch in größte Not. Es fehlte der Ernährer der Gattin und der drei minderjährigen

---

<sup>281</sup> Ebenda.

<sup>282</sup> Gottfried Wukitsevits übersiedelte 1950 gemeinsam mit seiner Frau von Maria Lanzendorf nach Wiener Neustadt, wo er bis zum Ende seines Lebens wohnte.

<sup>283</sup> Im Opferfürsorgegesetz war die Möglichkeit der Vergabe einer Amtsbescheinigung bzw. eines Opferausweises vorgesehen. Beide Bescheinigungen wurden vom Landeshauptmann ausgestellt. Eine Amtsbescheinigung war insofern wirksamer, als sie öffentliche Ämter und Stellen verpflichtete, den Inhaber resp. die Inhaberin bevorzugt vorzulassen und seine resp. ihre Ansuchen begünstigt und beschleunigt zu behandeln (§ 4 Abs 2 OFG idGF). Ein Opferausweis empfahl lediglich den öffentlichen Ämtern und Stellen, den Inhaber resp. die Inhaberin weitgehend bevorzugt zu behandeln (§ 4 Abs 4 OFG idGF). Die Unterschiede setzten sich in den weiteren Bestimmungen des Gesetzes fort, beispielsweise in den Regelungen zur Rente. InhaberInnen einer Amtsbescheinigung waren eindeutig bevorzugt. Der Kreis der Opferausweis-Berechtigten umfasste beispielsweise Personen, die einen Einkommensverlust von mindestens 75 % (später 50 %) für mindestens dreieinhalb Jahre hinnehmen mussten, später auch solche, die mindestens sechs Monate im Verborgenen leben mussten (§ 4 Abs 3 OFG idGF). Opferfürsorgegesetz idGF siehe: [www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008113](http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008113) (Abfragedatum: 29. 11. 2010); Bailer, Wiedergutmachung kein Thema, insbes. S. 23 ff.

Kinder (von welchen zwei nicht mehr aus dem Krieg kamen [...]) Diesem Umstand hat die Familie [...] den vollen wirtschaftlichen Ruin, den Verlust selbst des Nötigsten für die dringendsten Anschaffungen erforderlichen Einkommens [...] zu verdanken [...].“<sup>284</sup>

Sein Ansuchen war nicht nur umfassend durch das Verfahren gegen Leopold Dirr dokumentiert, ergänzend wurden unter anderem die Schilderung seiner Flucht, eine Bestätigung der politischen Parteien Maria Lanzendorfs, eine Schilderung der Zeugin Hermine Langer bzw. entsprechende Dokumente zu seinem Verbleib in Großbritannien dem Akt beigegeben. Ein weiteres Ansuchen datiert ebenfalls aus dem Jahr 1952: Gottfried Wukitsevits bittet darin um Haftentschädigung für den Zeitraum 16. Mai 1940 bis 17. Februar 1941, in dem er in einem britischen Lager auf der Isle of Man angehalten wurde.<sup>285</sup>

Lange Zeit folgte keine Entscheidung, sodass Wukitsevits sich mit einer weiteren Einreichung für einen Opferausweis ein knappes halbes Jahr später – am 23. Juni 1953 – wieder an die Behörden wandte und darin außerdem Schadenswiedergutmachung aufgrund der finanziellen und gesundheitlichen erlittenen Schädigungen beantragte.<sup>286</sup> In seinem Schreiben führte er aus, dass er während seiner Flucht gezwungen war, bei schlechtem Wetter im Freien zu übernachten, und sich dabei eine Lungen- sowie Rippenfellentzündung zugezogen hat, die monatelang unbehandelt blieben. Erst 1941 wurde er in Großbritannien operiert und blieb infolge der Schwere der Erkrankung bis September 1944 arbeitsunfähig. Auch nach seiner Rückkehr nach Österreich befand sich Wukitsevits wiederholt in stationärer Behandlung.<sup>287</sup> Trotz der die Angaben bestätigenden ärztlichen Atteste vermochte der Landessanitätsinspektor des Landes Niederösterreich in seinem abschließenden Bericht keinerlei Zusammenhang mit den Fluchtmonaten im Herbst und Winter 1938/1939 erkennen:

---

<sup>284</sup> OF 40, Ansuchen Gottfried Wukitsevits betreffend Opferausweis nach dem OFG v. 22. 10. 1951.

<sup>285</sup> OF 40, Antrag gemäß 7. OFG Novelle, Gottfried Wukitsevits an die Bezirkshauptmannschaft Wiener Neustadt v. 11. 11. 1952.

<sup>286</sup> OF 40, Ergänzungsansuchen Gottfried Wukitsevits betreffend Schadenswiedergutmachung an das Bundesministerium für soziale Verwaltung, Abteilung Kriegsofopferfürsorge v. 23. 6. 1953.

<sup>287</sup> Ebenda.

„Nach h.a. Ansicht erscheint ein Zusammenhang zwischen der Flucht und der derzeitigen Erkrankung nicht gegeben, da es unmöglich ist, dass ein Mensch circa drei Jahre lang mit einer Rippenfellentzündung unbehandelt existiert. Er wurde im Jahr 1941 wegen dieser Rippenfellentzündung operiert, doch fehlen für die Zeit von der Flucht im Jahre 1938 bis zur Operation im Jahre 1941 Brückensymptome. Gemäß den Richtsätzen besteht derzeit eine Erwerbsfähigkeitsminderung von 40 %, doch ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass diese Erwerbsfähigkeitsminderung mit der Flucht im Jahre 1938 in keinem ursächlichen Zusammenhang steht.“<sup>288</sup>

Wenige Tage später – am 31. August 1954 – stand auch die Ablehnung des Gesuches um einen Opferausweis fest:

„Aus den vorgelegten Unterlagen und den Angaben des Anspruchswerbers geht eindeutig hervor, dass er wegen seiner kommunistischen Betätigung am 24. 9. 1938 zwar festgenommen, nicht aber in Haft gesetzt wurde, weil er sich während des Abtransportes zum Gendarmeriepostenkommando losriss und in der Dunkelheit entkam. Um einer gerichtlichen Verfolgung zu entgehen, gab er seine Beschäftigung auf und flüchtete in das Ausland, wo er angeblich erst im Jahre 1944 eine ständige Arbeit erhalten hätte. Abgesehen davon, dass Antragsteller keinerlei Nachweise darüber erbringen konnte, aus welchen Mitteln er bis zu diesem Zeitpunkte seinen Lebensunterhalt bestritten hatte, ist darauf zu verweisen, dass eine allfällige Einkommensminderung auf seine Flucht, nicht aber auf Maßnahmen einer Gerichts- oder Verwaltungsbehörde zurückzuführen war. [...] Auch die geltend gemachte schwere gesundheitliche Schädigung, der, um die Voraussetzungen des § 1 Abs 2 lit c OFG zu erfüllen, eine Minderung der Erwerbsfähigkeit um 75 % zu Grunde liegen müsste, ist nach dem a.ä. Gutachten der Sanitätsabteilung des Amtes der n.ö. Landesregierung vom 24. 8. 1954 nicht gegeben.“<sup>289</sup>

---

<sup>288</sup> OF 40, Sanitätsabteilung des Amtes der niederösterreichischen Landesregierung an das Landesamt VIII/I v. 24. 8. 1954 betreffend Gottfried Wukitsevits.

<sup>289</sup> OF 40, Bescheid betreffend Ansuchen um Ausstellung eines Opferausweises für Gottfried Wukitsevits v. 31. 8. 1954.

Gottfried Wukitsevits erhob Einspruch gegen diesen Bescheid, zumal darin unverhohlen zum Ausdruck gebracht wurde, dass er an seiner Lage durch die Flucht nicht unerheblichen Anteil hatte. Wukitsevits argumentierte, dass wohl kaum von „Haft“ gesprochen werden konnte, da die gelungene Flucht ja nichts weniger als die „Errettung vor dem Schafott“ bedeutet habe. Zudem habe er keinesfalls seine Beschäftigung aufgegeben, vielmehr hatte er dazu keine Möglichkeit mehr.

„Unter schwersten Entbehrungen führte ich anschließend durch mehrere Monate das gefährvolle Leben eines sogenannten ‚U-Bootes‘, bis mir dann – immer unter größten Gefahren – die gefährvolle Flucht ins Ausland gelang. [...] erst 1944 in der Emigration zu ordentlicher Arbeit und hiemit ordentlichem Einkommen kam. Die Tatsache, dass ich bis zu diesem Zeitpunkt nicht verhungert bin, als Gegenargument [...] zu verwenden, muss ich mit Empörung zurückweisen. Es hat eben damals sowohl in Österreich, als auch in der übrigen Welt auch schon Antinazi gegeben. Menschen, die – wenn auch mit bescheidenen Mitteln, aber von Herzen und unter Lebensgefahr – anderen Antifaschisten geholfen haben. [...] Also: nur weil ich flüchtete, nicht weil ich verfolgt wurde, kam ich zu Schaden – laut Amt der niederösterreichischen Landesregierung.“<sup>290</sup>

Wukitsevits wandte sich in seinem Einspruch direkt an das Sozialministerium und nicht an die bescheiderlassende Behörde, ein, wie sich herausstellen sollte, folgenschweres Missgeschick. Denn die Berufung wurde als verspätet eingelangt zurückgewiesen. Allerdings änderte das Sozialministerium den Bescheid schlussendlich doch dahingehend ab, dass eine Anspruchsberechtigung von Gottfried Wukitsevits gemäß § 1 Abs 2 lit d OFG<sup>291</sup> anerkannt wurde. Aufgrund der vorliegenden Dokumente sah es das Ministerium sehr wohl als erwiesen an, dass „Wukitsevits infolge seiner aus politischen Gründen erfolgten Verhaftung den Arbeitsplatz verloren und in weiterer Folge einen mindestens dreieinhalb Jahre dauernden Einkommensverlust

---

<sup>290</sup> OF 40, Einspruch gegen Bescheid Z L.A.VII/1-40/5-OF v. 31. 8. 1954, 7. 9. 1954.

<sup>291</sup> Anerkannt wurde also eine erhebliche Schädigung des Gottfried Wukitsevits durch „den Verlust oder die Minderung des Einkommens um mindestens die Hälfte gegenüber dem Zeitpunkte vor der gesetzten Maßnahme, wenn diese in ihrer Auswirkung mindestens dreieinhalb Jahre gedauert hat“. § 1 Abs 2 lit d OFG idF BGBl Nr. 77/1957.

erlitten hat“<sup>292</sup>. Erst am 8. April 1957 lag damit die Anerkennung über einen Opferausschuss vor – knapp fünfeinhalb Jahre nach dem Ansuchen von Gottfried Wukitsevs am 22. Oktober 1951. Allerdings ergab sich nun ein weiteres zeitverzögerndes Problem: Gottfried Wukitsevs wurde 1953 wegen Veruntreuung nach § 183 Strafgesetzbuch<sup>293</sup> verurteilt – dies wurde aus einem Strafregisterauszug vom November 1957 ersichtlich.<sup>294</sup> Die kommenden Monate vergingen mit der wiederholten Bitte der Opferfürsorgebehörden um Überstellung des Aktes zur Einsichtnahme – diese wurde aber erst im Frühjahr 1958 möglich, wobei das Ansuchen gemeinsam mit dem Gerichtsakt zur neuerlichen Entscheidung dem Bundesministerium für soziale Verwaltung am 11. Juli 1958 vorgelegt wurde.<sup>295</sup> Am 19. März 1960 übermittelte das Bundesministerium die Akten wieder an das Amt der niederösterreichischen Landesregierung und hielt fest, dass eine Wiederaufnahme des Verfahrens nicht möglich sei, „da der Genannte bereits am 2. Feber 1954 wegen Verbrechens der Veruntreuung verurteilt worden war und der do. Bescheid vom 31. August 1954 [...] am 18. September 1954 in Rechtskraft erwachsen ist. Da im Zeitpunkt der Erlassung des ho. Bescheides vom 8. April 1957 [...] seit Einholung des letzten Auszuges aus dem Strafregister ein Zeitraum von sechs Jahren verstrichen war und bei Einholung einer Auskunft aus dem Strafregisteramt die Tatsache der Verurteilung des Berufungswerbers nicht verdeckt geblieben wäre [...]“<sup>296</sup>

Wäre im Zeitpunkt der Bearbeitung also Kenntnis von dieser Verurteilung erwachsen, wäre eine Anspruchsberechtigung für verwirkt zu erklären gewe-

---

<sup>292</sup> OF 40, Bescheid des Bundesministeriums für soziale Verwaltung Zl. IV-157.170-21/54 v. 8. 4. 1957.

<sup>293</sup> § 181 des österreichischen Strafgesetzes (gültig bis 31. 12. 1974) normierte, dass eine Veruntreuung als ein Verbrechen zu behandeln sei, „wenn jemand ein, vermöge seines öffentlichen (Staats- oder Gemeinde-)Amtes oder besonderen obrigkeitlichen Gemeindeauftrages ihm anvertrautes Gut im Betrag von mehr als 50 S vorenthält oder sich zueignet“ (§ 181 StG). § 183 bezog sich auf andere Fälle (ausgenommen der Bereich öffentliche Güter), danach machte man sich schuldig, wenn man ein anvertrautes Gut in einem Betrage von mehr als 500 S vorenthielt oder sich zueignete (§ 183 StG). Siehe: [www.nachkriegsjustiz.at/service/gesetze/gs\\_ausgewaehlte\\_paragraphen.php](http://www.nachkriegsjustiz.at/service/gesetze/gs_ausgewaehlte_paragraphen.php) (Abfragedatum: 6. 2. 2010).

<sup>294</sup> OF 40, Vorstrafenanfrage v. 20. 11. 1957 betreffend Gottfried Wukitsevs.

<sup>295</sup> OF 40, Landesamt Niederösterreich an das Bundesministerium für soziale Verwaltung betreffend Gottfried Wukitsevs v. 11. 7. 1958.

<sup>296</sup> OF 40, Bundesministerium für soziale Verwaltung an das Amt der niederösterreichischen Landesregierung v. 19. 3. 1960.

sen. So aber kam § 15 Opferfürsorgegesetz<sup>297</sup> nicht zum Tragen. Im März 1960 beantragte das Amt der niederösterreichischen Landesregierung zum zweiten Mal einen Strafregisterauszug<sup>298</sup> und schrieb am 19. April 1960 nochmals an das Bundesministerium für soziale Verwaltung:

„Da im Zeitpunkt der Erlassung des da. Berufungsbescheides [...] am 8. 4. 1957 der Ausschließungsgrund der ungetilgten Vorstrafe wegen § 183 StGB bereits vorlag, ist die Möglichkeit der Aberkennung gem. § 15 Abs 5 OFG<sup>299</sup> gegeben. Es wird daher um Eröffnung gebeten, ob das do. Bundesministerium von seinem diesbezüglichen Ermessen Gebrauch macht.“<sup>300</sup>

Am 1. Juni 1962 übermittelte das Bundesministerium die Akten wieder an das Amt der niederösterreichischen Landesregierung zurück und hielt fest, „dass (nach Anhören der Opferfürsorgekommission) nicht beabsichtigt ist, eine Verfügung nach § 15 Abs 5 OFG zu treffen“<sup>301</sup>. Am 9. August 1962 fertigte das Amt der niederösterreichischen Landesregierung den Opferauf-

---

<sup>297</sup> § 15 (2) Opferfürsorgegesetz idF 183/1947 sah vor, dass keine Amtsbescheinigung oder Opferaufweis ausgestellt wurden, wenn die antragstellende Person strafgesetzlich verurteilt wurde und die Straffolgen im Zeitpunkt der Anspruchsberechtigung noch nicht getilgt waren und „nach deren Natur eine missbräuchliche Ausnützung der erlangten Begünstigung zu erwarten steht“. Bereits ausgestellte Amtsbescheinigungen und Opferaufweise wurden bei Eintreten dieser Umstände für ungültig erklärt und eingezogen (§ 15 Abs 3 OFG idF 183/1947). Opferfürsorgegesetz idF 183/1947 abrufbar auf: [www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1947\\_183\\_0/1947\\_183\\_0.pdf](http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1947_183_0/1947_183_0.pdf) (Abfragedatum: 7. 12. 2010).

<sup>298</sup> OF 40, Strafregisterauszug betreffend Gottfried Wukitsevits v. 31. 3. 1961.

<sup>299</sup> § 15 Abs 5 OFG wurde erst im Rahmen der Novellen in das Opferfürsorgegesetz eingefügt und beinhaltete, dass eine zuerkannte Anspruchsberechtigung vom Bundesministerium für soziale Verwaltung nach Anhören der Opferfürsorgekommission aberkannt werden konnte, wenn aufgrund dieser amtlichen Überprüfung festgestellt wurde, dass Gründe nach Abs 2 vorlagen, die allerdings zum Zeitpunkt der Zuerkennung verschwiegen wurden oder nicht bekannt waren. Die Opferfürsorgekommission war ein Beratungsorgan des Sozialministers in Fragen der Opferfürsorge, bestand aus acht Mitgliedern und wurde von der Bundesregierung ernannt. Siehe dazu: § 15 Abs 5 sowie § 17 OFG idF BGBl. Nr. 77/1957 abrufbar auf: [www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1957\\_77\\_0/1957\\_77\\_0.pdf](http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1957_77_0/1957_77_0.pdf) (Abfragedatum: 6. 12. 2010).

<sup>300</sup> OF 40, Amt der niederösterreichischen Landesregierung an das Bundesministerium für soziale Verwaltung v. 19. 4. 1960.

<sup>301</sup> OF 40, Bundesministerium für soziale Verwaltung an das Amt der niederösterreichischen Landesregierung v. 1. 6. 1962.

weisantrag ab und verfügte die Ausstellung desselben. Erst am 31. August 1962 konnte Gottfried Wukitsevits den Erhalt des am 22. Oktober 1951 beantragten Opferausweises bestätigen.<sup>302</sup>

Seinem Antrag auf Entschädigung für die erlittene Einkommensminderung wurde am 11. Februar 1964 rechtskräftig nachgegeben, darin sah es das Amt der niederösterreichischen Landesregierung mittlerweile als erwiesen an, dass „das Einkommen des Antragstellers als Arbeiter am Flugfeld Zwölfaxing infolge seiner aus politischen Gründen am 24. 9. 1938 erfolgten Verhaftung und seiner anschließenden Flucht auf die Dauer von mindestens dreieinhalb Jahren und um mindestens die Hälfte gegenüber dem Zeitpunkt vor der Verfolgung gemindert war“<sup>303</sup>.

Gottfried Wukitsevits wurde daher eine Entschädigung gemäß Opferfürsorgegesetz von 10.000,- Schilling<sup>304</sup> zugesprochen. Über die Anträge von Wukitsevits auf Haftentschädigung für seinen Aufenthalt im Internierungslager auf der Isle of Man sowie Entschädigung für Leben im Verborgenen unter menschenunwürdigen Bedingungen während seiner Flucht<sup>305</sup> behielt sich das Amt eine gesonderte Entscheidung vor, da nach Ansicht der Behörden noch nicht alle Beweise für die geltend gemachten Ansprüche beigebracht waren.<sup>306</sup> Gottfried Wukitsevits musste sich im Frühjahr 1964 mehrfach in stationäre Spitalsbehandlung begeben und konnte die erforderlichen Unterlagen erst im Sommer zur Verfügung stellen. Nach weiteren Erhebungen und Prüfung der Zeugenaussagen gelangten diese am 16. De-

---

<sup>302</sup> OF 40, Empfangsbestätigung des Opferausweises v. 31. 8. 1962.

<sup>303</sup> OF 40, Bescheid des Amtes der niederösterreichischen Landesregierung GZ L.A. VIII/1-40/19-OF v. 21. 1. 1964.

<sup>304</sup> Zum Vergleich: Die durchschnittliche Invaliditätspension eines Arbeiters belief sich mit Stichtag 31. 12. 1961 auf S 870,-, die durchschnittliche Alterspension eines Arbeiters auf S 1.090,-, die eines Angestellten auf S 1.500,-. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Hrsg.), Wirtschaftsstatistisches Handbuch 1961, Wien 1962, S. 87; zit. n.: Bailer, Wiedergutmachung kein Thema, S. 129.

<sup>305</sup> Entschädigungsmaßnahmen für erlittene Freiheitsbeschränkungen und Berufsschäden sind in § 14 OFG geregelt. Als Entschädigung für erlittene Freiheitsbeschränkung wurde ein Betrag von 350 Schilling pro Monat festgesetzt (§ 14 Abs 3 idF BGBl Nr. 1010/1961). Siehe dazu die geltende Fassung: [www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008113](http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008113) (Abfragedatum: 6. 12. 2010) sowie die entsprechende Novelle BGBl Nr. 101/1961: [www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1961\\_101\\_0/1961\\_101\\_0.pdf](http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1961_101_0/1961_101_0.pdf) (Abfragedatum: 6. 12. 2010).

<sup>306</sup> OF 40, Bescheid des Amtes der niederösterreichischen Landesregierung GZ L.A. VIII/1-40/19-OF v. 21. 1. 1964.

zember 1964 vom Magistratischen Bezirksamt Wiener Neustadt an das Amt der niederösterreichischen Landesregierung. Insgesamt sind 19 Beilagen wie Zeugenaussagen und Eidesstattliche Erklärungen angeführt, die die Geschehnisse umfangreich belegen.<sup>307</sup> Am 30. Dezember 1964 fertigte das Amt der niederösterreichischen Landesregierung den Akt ab – die Entscheidung ist wiederum eindeutig:

„Das Ermittlungsverfahren hat ergeben, dass der Antragsteller am 24. 9. 1938 aus politischen Gründen verhaftet wurde, gleich nach dieser Verhaftung entkam und anschließend bei verschiedenen Freunden in Wr. Neustadt, Wien und Rannersdorf bis zu seiner Flucht in die CSR im Jänner 1939 im Verborgenen gelebt hat. Der Antragsteller hat jedoch weder behauptet, noch nachgewiesen, dass er sich unter menschenunwürdigen Bedingungen im Verborgenen<sup>308</sup> aufhielt. Auch die für das Leben im Verborgenen einvernommenen Zeugen haben keine Angaben über menschenunwürdige Bedingungen gemacht. Der Antragsteller ist daher einzuladen eine genaue Darstellung zu geben, wie sich sein Leben im Verborgenen abgespielt hat.“<sup>309</sup>

Während dieser Zeit gewährte das Bundesministerium Gottfried Wukitsevits zumindest eine einmalige Aushilfe in Form eines Krankenzuschusses laut § 17 OFG in Höhe von 1.000,– Schilling.<sup>310</sup> Gottfried Wukitsevits zeigte sich nach all den Schikanen mehr als kooperationsbereit und kündigte an, weitere Dokumente aus Großbritannien anzufordern, um seine Internierung besser belegen zu können, und schrieb überdies eine Kurzfassung seines Lebens als U-Boot.<sup>311</sup> Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten bestätigte ihm auf Anfrage die genauen Daten sei-

---

<sup>307</sup> OF 40, Magistrat-Bezirksfürsorgeverband Wiener Neustadt an das Amt der niederösterreichischen Landesregierung betreffend Gottfried Wukitsevits v. 16. 12. 1964.

<sup>308</sup> Zu einer Kritik dieser Gesetzespassage und zur Vorgehensweise der Behörden siehe Bailer, Wiedergutmachung kein Thema, S. 93–96.

<sup>309</sup> OF 40, Amt der niederösterreichischen Landesregierung L.A.VIII/1-40/30-OF an den Magistrat Wiener Neustadt betreffend Gottfried Wukitsevits v. 21. 12. 1964.

<sup>310</sup> OF 40, Bundesministerium für soziale Verwaltung an Gottfried Wukitsevits v. 15. 1. 1965.

<sup>311</sup> OF 40, Kurze Zusammenfassung meines Lebens als U-Boot und als Emigrant in England v. 23. 3. 1965; sowie OF 40, Magistrat Bezirksfürsorgeverband Wiener Neustadt an das Amt der niederösterreichischen Landesregierung v. 22. 4. 1965.

ner Internierung zwischen 16. Mai 1940 und 18. Februar 1941.<sup>312</sup> Dieser offiziellen Bestätigung war es zu verdanken, dass Gottfried Wukitsevs zumindest Entschädigung für Freiheitsberaubung in Höhe von 3.500,- Schilling für den genannten Zeitraum erhielt, weitere Leistungen für die Zeit im Verborgenen gab es vorläufig allerdings nicht.<sup>313</sup> Wukitsevs legte daher am 14. August 1965 gegen den Bescheid Berufung ein.

„Sollte in meinen Angaben nicht klar hervorgehen, wie meine U-Boot-Zeit verlaufen ist, so bitte ich zu berücksichtigen, dass nun, nach einem Zeitraume von mehr als 26 Jahren (von 1938–1964) verflossen sind, diverse Zeugen, die meine schwierigen Fluchtverhältnisse bestätigen könnten, nicht mehr am Leben sind. [...] Ich lege zum Behufe der Benützung hier eine einigermaßen niedergeschriebene Darstellung bei.“<sup>314</sup>

Das Bundesministerium wies die Berufung zurück, denn: „Hinsichtlich des Antrages auf Gewährung einer Entschädigung für das Leben im Verborgenen unter menschenunwürdigen Bedingungen hat der Landeshauptmann von Niederösterreich noch nicht entschieden.“<sup>315</sup> Wenig später folgte der eigentliche Bescheid des Amtes der niederösterreichischen Landesregierung: Der Antrag auf Entschädigung für die Zeit im Verborgenen zwischen 24. September 1938 und 17. April 1939<sup>316</sup> wurde bewilligt und Gottfried Wukitsevs wurden 2.800,- Schilling zugesprochen.<sup>317</sup> Wiederholt wur-

---

<sup>312</sup> OF 40, Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Gottfried Wukitsevs v. 21. 6. 1965.

<sup>313</sup> OF 40, Bescheid des Amtes der niederösterreichischen Landesregierung betreffend Gottfried Wukitsevs Entschädigung gem. § 14 OFG vom 2.8.1965, rechtskräftig am 2. 12. 1965.

<sup>314</sup> In der Beilage zur Berufung findet sich die 17 Seiten umfassende detaillierte Niederschrift zur Flucht von Gottfried Wukitsevs, die im ersten Kapitel mehrfach zitiert wird. OF 40, Gottfried Wukitsevs an das Bundesministerium für soziale Verwaltung, Berufung v. 14. 8. 1965 gegen Bescheid der niederösterreichischen Landesregierung v. 2. 8. 1965.

<sup>315</sup> OF 40, Bescheid des Bundesministeriums für soziale Verwaltung ZI IV-91.827-22/65 v. 2. 12. 1965.

<sup>316</sup> Damit wurde der gesamte von Gottfried Wukitsevs angegebene Zeitraum berücksichtigt: von der Verhaftung in den Abendstunden des 24. 9. 1938 bis zur Überfahrt nach Großbritannien am 17. 4. 1939.

<sup>317</sup> OF 40, Bescheid des Amtes der niederösterreichischen Landesregierung GZ VIII/1-40/44-OF betreffend Gottfried Wukitsevs v. 20. 1. 1966.

den der Familie aufgrund der äußerst prekären finanziellen Situation auch einmalige Aushilfen in Höhe von jeweils 1.000,- Schilling, der Höhe einer durchschnittlichen Arbeiterpension, vom Bundesministerium gewährt.<sup>318</sup> Nur wenig später starb Gottfried Wukitsevits am 29. September 1966. Seine Witwe Franziska bemühte sich um die Zuerkennung des so genannten Sterbegeldes.<sup>319</sup> Das Amt der niederösterreichischen Landesregierung musste auch dieses Ansinnen ablehnen<sup>320</sup>: Gottfried Wukitsevits hatte als Inhaber des Opferausweises darauf keinen Anspruch, nur Inhaber von Amtsbescheinigungen konnten Sterbegeld beantragen. Noch einmal sprang das Bundesministerium ein und gewährte Franziska Wukitsevits am 3. Februar 1967 eine einmalige Aushilfe in Höhe von 1.000,- Schilling.<sup>321</sup> Eine Woche später am 10. Februar 1967 starb auch sie.<sup>322</sup>

*„Ich bin mir dessen bewusst, dass ich ‚ohnehin‘ ein ‚teurer‘ Patient und Rentenbezieher nach dem OF [sic!] bin. Ich bin aber der letzte, der daran etwa gar Vergnügen findet – im Gegenteil: der erste, der lieber heute als morgen alle Behörden und sich selbst von diesem Übel befreien wollte.“<sup>323</sup>*

### Erkämpfte Opferfürsorgeleistungen für Werner Wukitsevits

Werner Wukitsevits stellte bereits am 25. Februar 1946 einen Opferfürsorgeantrag und ersuchte darin um Zuerkennung einer Amtsbescheinigung gemäß § 3 und § 4 Opferfürsorgegesetz 1945.<sup>324</sup> Sein Ansuchen wurde am 15. No-

---

<sup>318</sup> OF 40, Bundesministerium für soziale Verwaltung an Gottfried Wukitsevits am 4. 5. 1966 u. am 8. 7. 1966.

<sup>319</sup> OF 40, Franziska Wukitsevits an das Bundesministerium für soziale Verwaltung betreffend Zuerkennung von Sterbegeld am 7. 11. 1966.

<sup>320</sup> OF 40, Bescheid des Amtes der niederösterreichischen Landesregierung betreffend Sterbegeld für Gottfried Wukitsevits v. 21. 11. 1966.

<sup>321</sup> OF 40, Bundesministerium für soziale Verwaltung an Franziska Wukitsevits v. 3. 2. 1967.

<sup>322</sup> Der Verfasser dankt Univ.-Doz. Dr. Georg Schmitz für die biographischen Angaben zu Franziska Wukitsevits.

<sup>323</sup> OF 186, Werner Wukitsevits an das Bundesministerium für soziale Verwaltung v. 23. 2. 1954.

<sup>324</sup> Das erste – 1945 beschlossene – Opferfürsorgegesetz (Fürsorge für die Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich. Opfer-Fürsorgegesetz BGBl Nr. 90/1945

vember 1946 vom Magistrat der Stadt Wien<sup>325</sup> ablehnend beschieden, da die im Ermittlungsverfahren festgestellten Handlungen „nicht als ein aktiver Einsatz für ein freies, demokratisches Österreich im Sinne des § 1 Abs 1 OFG gewertet werden können“.<sup>326</sup> Werner Wukitsevit's Linne gegen diesen Bescheid einen detaillierten Einspruch ein, indem er sich explizit auf lit e des § 1 Abs 1 OFG 1945 bezog. Darin heißt es, dass jene Personen als Opfer anzusehen sind, die „nachweisbar aus politischen Gründen mindestens 1 Jahr, in Ausnahmefällen mindestens 6 Monate in Haft waren. Die Ausnahmebestimmung gilt für solche Fälle, in denen die Haft mit besonders schweren körperlichen oder seelischen Leiden verbunden war“.<sup>327</sup> Werner Wukitsevit's fiel eindeutig unter diese zeitlichen Regelungen. In seinem Einspruch macht er deutlich, dass die politische Sozialisation, die er und seine Brüder erfahren hatten, auch ihn zu einem Widerstandskämpfer machte. Diese Sozialisation und die Erfahrungen seines Vaters waren es auch, die ihn besonders vorsichtig agieren ließen. So war er insbesondere stolz darauf, dass ihm weder 1938

---

v. 27. 7. 1945) findet sich auf: [www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1945\\_90\\_0/1945\\_90\\_0.pdf](http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1945_90_0/1945_90_0.pdf) (Abfragedatum: 9. 12. 2010). Das erste Opferfürsorgegesetz fokussierte auf die WiderstandskämpferInnen und normiert folgenden Personenkreis: „Als Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich sind Personen anzusehen, die um ein unabhängiges, demokratisches und seiner geschichtlichen Aufgabe bewußtes Österreich, insbesondere gegen Ideen und Ziele des Nationalsozialismus mit der Waffe in der Hand gekämpft oder sich rückhaltlos in Wort oder Tat eingesetzt haben und hierfür a) im Kampfe gefallen; b) hingerichtet wurden; c) an den Folgen einer im Kampfe erlittenen Verwundung oder erworbenen Krankheit oder an den Folgen einer Haft oder erlittenen Misshandlung verstorben sind; d) an einer schweren Gesundheitsschädigung infolge einer der unter lit c. angeführten Ursachen leiden oder e) nachweisbar aus politischen Gründen mindestens 1 Jahr, in Ausnahmefällen mindestens 6 Monate in Haft waren. Die Ausnahmebestimmung gilt für solche Fälle, in denen die Haft mit besonders schweren körperlichen oder seelischen Leiden verbunden war.“ (§ 1 OFG 1945 idF BGBl Nr. 90/1945) Eine Amtsbescheinigung war für die in § 1 normierten Opfergruppen auszustellen. (§ 4 OFG 1945 idF BGBl Nr. 90/1945) Opferausweise gab es in dieser ersten Form des Gesetzes noch nicht.

<sup>325</sup> Zum Zeitpunkt der Antragstellung und Bescheidausstellung war Werner Wukitsevit's in Wien wohnhaft, daher nach Wien zuständig. Erst 1950 – nach seiner Übersiedelung zu seinen Eltern nach Wiener Neustadt, Gröhrmühlgasse 53 – wurde der Opferfürsorgeakt zuständigkeitshalber dem Amt der niederösterreichischen Landesregierung abgetreten. OF 186, Magistrat der Stadt Wien an das Amt der niederösterreichischen Landesregierung betreffend M.Abt. 12 W 285/46 und W 182/47 v. 20. 7. 1950.

<sup>326</sup> OF 186, Bescheid des Wiener Magistrates M.Abt. 12 W 285/46 v. 15. 11. 1946.

<sup>327</sup> § 1 Abs 1 lit e Opfer-Fürsorgegesetz BGBl Nr. 90/1945: [www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1945\\_90\\_0/1945\\_90\\_0.pfd](http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1945_90_0/1945_90_0.pfd) (Abfragedatum: 9. 12. 2010).

noch 1939 und auch nicht nach seiner Rückkehr aus dem Ausland 1940 eine politische Tat zur Last gelegt werden konnte.<sup>328</sup> Die Kommunistische Partei bestätigte, dass er sowohl als Organisator von Widerstandszellen als auch als Verbindungsmann zu Widerstandsgruppen im Bezirk und nach Wien unter Lebensgefahr tätig war.<sup>329</sup> Auch andere Zeugen und Belege für seine politische Tätigkeit wurden von Wukitsevits angeführt, wie etwa der ehemalige Bürgermeister der Stadt Wien Richard Schmitz, „mit dem ich eine Zeitlang sogar das vornehme Bettstellenlager im KZ Dachau zu teilen das Vergnügen hatte“.<sup>330</sup> Die SPÖ bestätigte, dass Werner Wukitsevits „sowohl vor dem Kriege als in der Zeit der Hitlerbesetzung Österreichs bis zur Verhaftung“<sup>331</sup> allgemein als Antifaschist bekannt war. Daher habe er immer unter besonderer Beobachtung der „damaligen Nazi-Machthaber“ gestanden.<sup>332</sup> Sein Einspruch endete mit einem eindringlichen Appell an die Behörden, Menschlichkeit und Gerechtigkeit walten zu lassen:

„Wenn dem Ministerium [...] aber auch diese Beweise nicht genügen sollten, dann kann ich überhaupt nicht verstehen, wozu ein Gesetz erlassen wird [...] Machen Sie nicht, dass ich als Dulder, Kämpfer um ein freies, demokratisches Österreich auch noch mein Vertrauen zu diesem neuen entstehenden demokratischen Österreich verlieren soll [...].

Ich befinde mich heute als Patient, mit beiderseitiger, offener Tuberkulose [...] im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz, hatte erst vorige Woche eine Lungenoperation und werde diese Krankheit nie mehr

---

<sup>328</sup> OF 186, Werner Wukitsevits an das Bundesministerium für soziale Verwaltung betreffend M.Ab. 12 W 285/46, Einspruch gegen Bescheid v. 29. 11. 1946.

<sup>329</sup> OF 186, KPÖ Maria Lanzendorf, Bescheinigung betreffend Werner Wukitsevits v. 1. 12. 1946.

<sup>330</sup> OF 186, Werner Wukitsevits an das Bundesministerium für soziale Verwaltung betreffend M.Ab. 12 W 285/46, Einspruch gegen Bescheid v. 29. 11. 1946. Auch Richard Schmitz bestätigte dies und schrieb in einem verklausulierten Brief an seinen jüngeren Bruder Hans Schmitz am 25. 7. 1944: „Ich hörte, dass Elmar [d.i. Richard Schmitz] jetzt mit Werner zusammenhaust. Das hat mich sehr beruhigt, da er damit tatkräftige junge Hilfe zur Seite hat, während der Junge aus der gereiften Erfahrung des älteren Kameraden schöpfen kann.“ Privatarchiv der Familie Schmitz.

<sup>331</sup> OF 186, SPÖ Maria Lanzendorf, Bescheinigung betreffend Werner Wukitsevits v. 1. 12. 1946.

<sup>332</sup> Ebenda.

wieder los, ja im Gegenteil bald nicht mehr leben. [...] Vielleicht ist es gut so für mich.“<sup>333</sup>

Das Bundesministerium für soziale Verwaltung entschied am 15. April 1947 der Berufung stattzugeben. In der Begründung wurde explizit auf die so genannte „Rentenkommission“<sup>334</sup> Bezug genommen, die beim Bundesministerium für die Vergabe von Renten eingerichtet war: „Die Rentenkommission [...] hat [...] entschieden, dass der [...] Berufung Folge gegeben wird, da [...] aus den [...] Bestätigungen von politischen Parteien und aus dem vorliegenden Urteile des Sondergerichtes [...] hervorgeht, [...] [dass] er bereits seit 1938 im Verdachte kommunistischer Betätigung stand, sich rückhaltslos in Wort und Tat gegen die Ideen und Ziele des Nationalsozialismus und für ein unabhängiges, demokratisches Österreich eingesetzt hat und hierdurch zu Schaden gekommen ist.“<sup>335</sup> Das Wiener Magistrat stellte für Werner Wukitsevits die Amtsbescheinigung nach § 1 Abs (1) lit d und e<sup>336</sup> aus.

Zudem reichte Wukitsevits ein entsprechendes Gesuch um Zuerkennung einer Opferrente nach Opferfürsorgegesetz ein, das auch bewilligt wurde.<sup>337</sup> Damit bezog er rückwirkend ab 1. Oktober 1946 auch eine Opferrente nach Opfer-Fürsorgegesetz 1945, die im Jänner 1948 nach Erhöhungen 316 Schilling pro Monat betrug<sup>338</sup>.

---

<sup>333</sup> OF 186, Werner Wukitsevits an das Bundesministerium für soziale Verwaltung betreffend M.Abt. 12 W 285/46, Einspruch gegen Bescheid v. 29. 11. 1946.

<sup>334</sup> § 10 Opfer-Fürsorgegesetz 1945 idF BGBl Nr. 90/1945 normierte die Zuerkennung von Renten zur Sicherung des Lebensunterhaltes. In § 10 Abs 2 wurde die so genannte Rentenkommission festgesetzt, die über die Zuerkennung entschied. Diese war beim Staatsamt (= Bundesministerium) für soziale Verwaltung gebildet und bestand aus Vertretern der Staatsämter für soziale Verwaltung und Finanzen sowie aus Vertretern der Opferorganisationen. [www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1945\\_90\\_0/1945\\_90\\_0.pdf](http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1945_90_0/1945_90_0.pdf) (Abfragedatum: 10. 12. 2010).

<sup>335</sup> Es ist davon auszugehen, dass die Vertreter der Opferorganisationen, die in der Rentenkommission entscheiden konnten, den Sachverhalt anders beurteilten, als die erstinstanzliche Entscheidungsbehörde. OF 186, Bundesministerium für soziale Verwaltung an das Amt der Wiener Landesregierung v. 15. 4. 1947.

<sup>336</sup> Damit wurde bestätigt, dass sich Werner Wukitsevits im Kampf für ein freies, demokratisches Österreich sowohl eine schwere Gesundheitsschädigung zugezogen hatte (lit d) als auch aus nachweisbar politischen Gründen mindestens ein Jahr in Haft (lit e) war.

<sup>337</sup> OF 186, Bundesministerium für soziale Verwaltung an Werner Wukitsevits betreffend Zuerkennung von Opferrente v. 6. 8. 1947.

<sup>338</sup> OF 186, Werner Wukitsevits an das Bundesministerium für soziale Verwaltung am 20. 1. 1948.

Der sehr umfassende Opferfürsorgeakt enthält zwischen 1948 und 1955 eine Vielzahl von Gesuchen von Werner Wukitsevits um Erhöhung bzw. Abänderung der von ihm bezogenen Rentenleistungen. Die Behörden zeigten sich dabei anfangs weniger kooperativ, erst ab den 50er Jahren, als sich der gesundheitliche Zustand von Wukitsevits mehr und mehr verschlechterte, agierten sie rascher. Anhand von zwei Beispielen, einem Abänderungsantrag betreffend Unterhaltsrente sowie der Zuerkennung von Haftentschädigung, soll diese umfangreiche Korrespondenz exemplarisch dargestellt werden.

Im Jänner 1948 bat Wukitsevits das Bundesministerium für soziale Verwaltung um eine Erhöhung der Opferrente.<sup>339</sup> Am 5. Februar richtete er ein ähnliches Schreiben an das zuständige Magistratische Bezirksamt für den 9. Bezirk<sup>340</sup> und ersuchte darin konkret um Zuerkennung der Opferrente, der Unterhaltsrente (für Gattin und Kind) sowie um Zuerkennung eines Pflegebeitrages aufgrund seiner Gesundheitsschädigung.<sup>341</sup> Die Erhebungen des Fürsorgeamtes waren umfassend und offenbarten die ärmlichen Zustände, in denen die Familie in der Wohnung (Zimmer, Küche, Kabinett) lebte. Werner Wukitsevits war oftmals in stationärer Spitalsbehandlung, Unterstützungsleistungen von anderen Familienangehörigen gab es keine.<sup>342</sup> Trotz des katastrophalen Zustandes war sich der erhebende Fürsorgerat „nicht 100prozentig“ über die Hilfsbedürftigkeit sicher.<sup>343</sup> Faktum ist allerdings, dass Werner Wukitsevits neben der Opferrente aufgrund der Amtsbescheinigung eine Unterhaltsrente zu gewähren war.<sup>344</sup> Das Magistratische Bezirksamt

---

<sup>339</sup> OF 186, Werner Wukitsevits an das Bundesministerium für soziale Verwaltung am 20. 1. 1948. OF 186, Werner Wukitsevits an das Bundesministerium für soziale Verwaltung betreffend Erklärung Nachtrag; undatiert.

<sup>340</sup> Zu diesem Zeitpunkt war Werner Wukitsevits mit seiner Ehefrau (geb. 1919) und deren Sohn (geb. 1937) aus erster Ehe in der Hahngasse 33/4, 1090 Wien wohnhaft. Die Ehe wurde am 7. 3. 1950 geschieden.

<sup>341</sup> OF 186, Werner Wukitsevits an das Magistratische Bezirksamt für den 8. und 9. Bezirk v. 5. 2. 1948.

<sup>342</sup> OF 186, ausgenommen die Schwiegermutter, die für Erziehungs- und Aufenthaltskosten des Sohnes der Gattin aus erster Ehe aufkam, der bei den Schulbrüdern in Stammersdorf unterrichtet wurde. Niederschrift des Fürsorgeamtes des 9. Bezirkes mit Werner Wukitsevits am 19. 3. 1948.

<sup>343</sup> OF 186, Fürsorgerat an das Fürsorgeamt des 9. Bezirkes v. 1. 4. 1948.

<sup>344</sup> OF 186, Niederschrift des Fürsorgeamtes des 9. Bezirkes mit Werner Wukitsevits am 19. 3. 1948; sowie OF 186, Niederschrift des Fürsorgeamtes des 9. Bezirkes mit Werner Wukitsevits am 9. 4. 1948. Im Rahmen der Erhebungen wurde sogar eine Lohnbestätigung

legte der Rentenkommission am 20. September 1948 den Akt vor und schlug darin eine Auszahlungssumme von insgesamt 474,20 Schilling vor – Unterhaltsrente wurde nur für die Gattin, nicht aber für das Kind berechnet, darüber hinaus wurde eine zumutbare Unterhaltsleistung durch Werner Wukitsevits' Vater in Höhe von 20 Schilling abgezogen.<sup>345</sup> Werner Wukitsevits wurde zudem nur eine um 75 % geminderte Erwerbsfähigkeit und damit Versehrtenstufe III zugesprochen.<sup>346</sup> Die Rentenkommission entschied gleichlautend und der Bescheid erging am 29. September 1948.<sup>347</sup> Wukitsevits legte dagegen Einspruch ein, da er aufgrund der Schwere seiner Erkrankung auf vollkommene Erwerbsunfähigkeit plädierte.<sup>348</sup> Die KZ-Gemeinschaft Dachau setzte sich für Wukitsevits ein und bat dem Einspruch zumindest insofern stattzugeben, als eine neuerliche Untersuchung zugelassen werden solle, die die vollständige Erwerbsunfähigkeit belegen könnte.<sup>349</sup> Das Bundesministerium gab dem Einspruch schlussendlich insoweit statt, dass sie eine vollkommene Erwerbsunfähigkeit für den Zeitraum eines dauernden Spitalsaufenthaltes vom 3. März bis zum 15. September 1948<sup>350</sup> anerkannte.<sup>351</sup> Auch dagegen legte Wukitsevits Einspruch ein und listete seine zahlreichen stationären Spitalsaufenthalte auf, um abschließend festzuhalten:

---

von Gottfried Wukitsevits eingeholt, der zum damaligen Zeitpunkt als Statistiker bei einem Vertriebsbüro für Baumaterialien beschäftigt war. Diese ergab, dass er seinen Sohn ab 1. 3. 1948 mit einem Betrag von 20 Schilling pro Monat unterstützen könnte. OF 186, Lohnbestätigung betreffend Gottfried Wukitsevits v. 23. 4. 1948.

<sup>345</sup> Diese wurde theoretisch vom Gehalt des Vaters Gottfried Wukitsevits berechnet.

<sup>346</sup> OF 186, Magistrat der Stadt Wien, Vorlage an die Rentenkommission betreffend Werner Wukitsevits v. 20. 9. 1948.

<sup>347</sup> OF 186, Bescheid M.Abtl. 18 W 182/47 betreffend Werner Wukitsevits v. 29. 9. 1948.

<sup>348</sup> OF 186, Werner Wukitsevits an das Bundesministerium für soziale Verwaltung betreffend Rente nach OF-Einspruch v. 9. 10. 1948.

<sup>349</sup> OF 186, KZ Gemeinschaft Dachau an das Bundesministerium für soziale Verwaltung v. 20. 10. 1948.

<sup>350</sup> Dem lag ein Gutachten zugrunde, das bestätigte, dass Wukitsevits während der Spitalsaufenthalte wirklich arbeitsunfähig war. Bescheinigt wurde ihm zwar ein „schweres, einer Besserung kaum fähiges Lungenleiden als Haftfolge“, allerdings lasse dieser Zustand, „soferne nicht die Bedingungen des dauernden Krankenlagers oder der besonderen Pflegebedürftigkeit gegeben sind, lediglich die Einstufung in Versehrtenstufe III für dauernd zu“. OF 186, Leiter des Referates IV der M.Abtl. 15–Gesundheitsamt an M.Abtl. 12–Opferfürsorge am 7. 12. 1948.

<sup>351</sup> OF 186, Bundesministerium für soziale Verwaltung an Werner Wukitsevits v. 13. 1. 1949.

„Ich bitte nun endlich diesem meinem aufreibenden Kampf um jeden Groschen – ich würde gerne darauf verzichten – ein Ende zu bereiten [...]“<sup>352</sup>

Wiederum wurde eine Lohnfeststellung des Vaters – also von Gottfried Wukitsevits – vom Magistrat beantragt, auf die derselbe zu Recht mehr als verärgert reagierte:

„Es würde mich nun sehr interessieren, was Sie eigentlich von mir wollen. [...] meinen dritten Sohn hielten die Nazis durch fünf Jahre in Kerker und im Dachauer-Konzentrationslager. [...] soll ich vielleicht auch ihn, den 30jährigen, erhalten. Ich verpflege ihn ohnedies und beschaffte sogar das Streptomycin, zahllose Calcium-Gluconate Injektionen und tausende Vitamin-Kapseln aus England, wo ich in Emigration war. [...] Soll ich vielleicht Ihnen allen dort eine Rente auszahlen? Warum, packen Sie nicht die Schuldigen, die Ober-Nazigauner, die dieses ungeheure Elend über uns alle gebracht haben? Warum? Aber wir wissen es. Die Nazis erhalten alle ihre Sachen zurück, ihre Posten und Güter. Vielleicht könnten sie eine Stimme abgeben für ... anlässlich der Wahl. Ich finde es wirklich paradox, dass man die Antifaschisten und Kämpfer gegen den Faschismus eine derartige Behandlung zuteil werden lässt, während man die schuldigen Nazis heute ganz offen schützt und sogar fördert. [...] Was ich tue für meinen Sohn ist viel mehr als Sie tun, denn sonst wäre er schon krepirt. Wollen Sie bitte dies zur Kenntnis nehmen.“<sup>353</sup>

Die Reaktion darauf: Werner Wukitsevits wurde mitgeteilt, dass sein Einspruch keiner Enderledigung zugeführt werden könne, solange die Lohnbestätigung seines Vaters nicht vorliegen würde.<sup>354</sup> Werner Wukitsevits verzweifelte mehr und mehr, so schrieb er am 7. April 1949 an den Magistrat mit der Bitte um raschere Behandlung:

„Dringendst muss ich gleichzeitig bitten, endlich meine Rentenangelegenheiten zu erledigen. Mehrere Gesuche und Eingaben habe ich

---

<sup>352</sup> OF 186, Werner Wukitsevits an das Bundesministerium für soziale Verwaltung v. 1. 2. 1949.

<sup>353</sup> OF 186, Gottfried Wukitsevits an Magistrat der Stadt Wien v. 12. 2. 1949.

<sup>354</sup> OF 186, Magistrat der Stadt Wien an Werner Wukitsevits v. 21. 3. 1949.

nun schon eingereicht. [...] zudem stehe ich jederzeit mit Spitalsbefunden und zur amtsärztlichen Untersuchung zur Verfügung. [...] Immer wieder dauert es Monate (8, 10, 12 und mehr). Gegen diese Verschleppung und ungerechtfertigten Abweisungen [...] muss ich protestieren.“<sup>355</sup>

Nunmehr griff er auch auf politische Intervention zurück und bat seinen KZ-Kameraden, den damaligen Stadtrat Viktor Matejka<sup>356</sup>, um Unterstützung. Dieser wandte sich in einem Schreiben am 12. Mai 1949 an die zuständige Magistratsabteilung und bestätigte einmal mehr die dauernde Arbeitsunfähigkeit von Wukitsevits.<sup>357</sup> Auch der Leiter der Amtsärztlichen Untersuchungsstelle kam wenig später zum Schluss, dass zumindest vorläufig für die Dauer von zwei Jahren die Versehrtenstufe IV bewilligt werden könnte.<sup>358</sup> Am 22. September 1949 wurde der Rentenkommission eine Änderung vorgelegt, worin Wukitsevits endlich Versehrtenstufe IV erhielt. Im Gegenzug wurde allerdings die Unterhaltsrente gekürzt, da seine Gattin ab Herbst 1948 einer dauernden Beschäftigung nachgegangen war.<sup>359</sup> Diese Entscheidung akzeptierte Wukitsevits, allerdings pochte er gegenüber der Behörde nach wie vor auf sein Recht, über die Gründe für die lange Verfahrensdauer, die teilweise erfolgte Anerkennung bzw. Behandlung und Nicht-Behandlung von Teilen seiner Ersuchen aufgeklärt zu werden.<sup>360</sup> Als Antwort erhielt er einen auf den 23. Dezember 1949 datierten Brief des Sozialministeriums: Aufgrund des mit 1. Jänner 1950 in Kraft tretenden Kriegsopferversorgungsgesetzes<sup>361</sup> seien auch die Renten nach Opferfürsorgege-

---

<sup>355</sup> OF 186, Werner Wukitsevits an Magistrat der Stadt Wien v. 7. 4. 1949.

<sup>356</sup> Viktor Matejka (1901–1993) war von 1934–1936 Obmann der Volkshochschule Ottakring, 1934–1938 Bildungsreferent der Arbeiterkammer. Er wurde am 1. 4. 1938 mit dem so genannten Prominententransport in das KZ Dachau deportiert und dort bei Kriegsende befreit. Von 1945–1949 war er KPÖ-Stadtrat für Kultur und Volksbildung in Wien.

<sup>357</sup> OF 186, Viktor Matejka an Magistratsabteilung 12, Opferfürsorge, v. 12. 5. 1949.

<sup>358</sup> OF 186, Leiter der Amtsärztlichen Untersuchungsstelle an Magistratsabteilung 15, Gesundheitsamt v. 4. 6. 1949.

<sup>359</sup> OF 186, Vorlage an die Rentenkommission/Änderung v. 22. 9. 1949. Der entsprechende Abänderungsbescheid erging am 5. 10. 1949. OF 186, Abänderungsbescheid M.Abt. 12 W 182/47 betreffend Werner Wukitsevits v. 5. 10. 1949.

<sup>360</sup> OF 186, Werner Wukitsevits an das Amt der Wiener Landesregierung v. 14. 11. 1949.

<sup>361</sup> Das Kriegsopferversorgungsgesetz idF BGBl Nr. 197/1949. Siehe: [www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1949\\_197\\_0/1949\\_197\\_0.pdf](http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1949_197_0/1949_197_0.pdf) (Abfragedatum: 10. 12. 2010).

setz neu zu bemessen, da für beide Gruppen dieselben Grundsätze gelten sollten. Erneut waren Formulare auszufüllen und Anträge zu stellen. Im März 1950 folgte die Scheidung von seiner Frau.<sup>362</sup> Im April 1950 erhielt er schließlich den weiteren Abänderungsbescheid seiner Rentenbemessung, die ab 1. März 1950 in Höhe von 931 Schilling an ihn überwiesen wurde.<sup>363</sup>

Ab Frühjahr 1950 wohnte Werner Wukitsevits nach mehrmaligen Übersiedelungen wieder bei seinen Eltern in Maria Lanzendorf bzw. ab Sommer 1950 gemeinsam mit ihnen in Wiener Neustadt. Er versuchte in dieser Zeit ein Gewerbe als Großhändler von Baustoffen gemeinsam mit einem Geschäftspartner zu gründen.<sup>364</sup> Die Geschäftsidee wurde aufgrund der Erkrankung von Wukitsevits und eines Unfalls seines Partners nicht weiterentwickelt, der Betrieb konnte letztlich nie aufgenommen werden.<sup>365</sup>

Während die Korrespondenz betreffend Neuberechnung und Änderung der Opferrente weiterging<sup>366</sup>, beantragte er im Mai 1951 erstmals eine einmalige Aushilfe für sich und seine Familie. Das Schreiben offenbart die trostlose Lage:

---

<sup>362</sup> OF 186, Werner Wukitsevits an das Amt der Landesregierung Wien, Abteilung Opferfürsorge v. 10. 3. 1950.

<sup>363</sup> OF 186, Abänderungsbescheid M.Ab. 12 W 182/47 v. 25. 4. 1950.

<sup>364</sup> OF 186, Werner Wukitsevits an das Amt der Wiener Landesregierung vom 9. 7. 1950

<sup>365</sup> OF 186, Fragebogen des Fürsorgeamtes Wiener Neustadt betreffend Werner Wukitsevits v. 30. 9. 1950; OF 186, Amt der niederösterreichischen Landesregierung an die Polizeidirektion Wien I v. 12. 10. 1950; OF 186, Erhebung der Polizeidirektion Wien betreffend Werner Wukitsevits v. 25. 12. 1950; sowie: OF 186, Fürsorgeamt des Magistrates Wiener Neustadt an das Amt der niederösterreichischen Landesregierung v. 27. 1. 1951.

<sup>366</sup> Die Unterhaltsrente wurde ihm bis zur Scheidung von seiner ersten Frau im März 1950 nur teilweise zugestanden, da seine Frau über ein Einkommen verfügte. Dies änderte sich nach der Scheidung und er hatte Anspruch auf die volle Höhe der Unterhaltsrente. Diesen Anspruch wollte er gegenüber der Behörde durchsetzen. OF 186, Amt der niederösterreichischen Landesregierung an den Magistrat Wiener Neustadt mit der Bitte um Erhebungen betreffend Werner Wukitsevits v. 27. 2. 1951; OF 186, Werner Wukitsevits an das Bundesministerium für soziale Verwaltung v. 22. 2. 1951; OF 186, Fürsorgeamt des Magistrates Wiener Neustadt an das Amt der nö. Landesregierung v. 27. 4. 1951.

Werner Wukitsevits beantragte auch eine Pflegezulage aufgrund seiner körperlichen Verfassung, diese wurde endgültig erst am 25. 4. 1952 anerkannt. OF 186, Amt der nö. Landesregierung, Bescheid L.A. VII/1-495/18-1952 v. 25. 4. 1952.

Weitere Korrekturen und Abänderungen wurden aufgrund falscher Berechnungen notwendig, zudem stellte Wukitsevits im Juni 1952 auch einen Antrag auf Wohnungsbeihilfe.

„Es ist mir auch schon seit geraumer Zeit nicht möglich, neben den notwendigsten Ausgaben für das tägliche Leben an dringend notwendige Anschaffungen (Kleider, Wäsche, Wohnung etc.) zu denken und bitte ich deshalb um [...] eine angemessene, tragbare außertourliche Geldzuwendung.“<sup>367</sup>

Die Lage wurde prekärer, als Wukitsevits am 29. Dezember 1951 das zweite Mal heiratete.<sup>368</sup> Seine Frau brachte wiederum einen Sohn aus einer früheren Beziehung mit in die Ehe. Alle wohnten nun gemeinsam bei den Eltern in Wiener Neustadt. Ein Hausbesuch vom 1. Oktober 1953 verdeutlichte die schwierige Situation der Familie:

„Wukitsevits liegt fast den ganzen Tag im Bett und benötigt immer jemanden der ihm jederzeit Hilfe leisten kann, da er auch des öfteren den Sauerstoffapparat benötigt [...]. Seine Gattin und seine Mutter lösen sich in seiner Betreuung ab. Die Wohnung, welche an der Nordseite teilweise über die halbe Zimmerhöhe feucht ist (das Haus ist nicht unterkellert) besteht aus einem Vorzimmer, dass man besser Gang nennen kann, einer Küche mit Steinboden, zwei Zimmern mit je 5x5 m Größe und einem Kabinett ca. 3x5 m groß. Die Wohnung wird von vier erwachsenen Personen und einem elfjährigem Kind bewohnt. [...] Für sämtliche Personen dient das Kabinett als Aufenthaltsraum für den ganzen Tag und in dem auch das Lager des Kranken steht. Es ist dies der einzige Raum der etwas sonnig und nicht feucht ist. [...] Wukitsevits besitzt an Möbeln nur ein Wandklappbett für zwei Personen, einen alten Diwan, der ihm als Liegestatt bei Tag

---

OF 186, Werner Wukitsevits an das Amt der nö. Landesregierung betreffend L.A. VII/1-495/22-1952 v. 15. 7. 1952.

Wenig später beantragte Wukitsevits auch die Erhöhung der Unterhaltsrente sowie der Frauenzulage gemäß KOVG. OF 186, Magistrat Wiener Neustadt an das Amt der nö. Landesregierung v. 19. 8. 1952.

Die Behörde half rasch und am 21. 10. 1952 wurde Wukitsevits per Bescheid darüber informiert, dass er Frauen- und Wohnungszulage erhalten werde sowie die Unterhaltsrente entsprechend erhöht werde. OF 186, Bescheid L.A.VIII/1-1395/28-1952 v. 21. 10. 1952.

<sup>367</sup> OF 186, Werner Wukitsevits an das Amt der nö. Landesregierung, Abtl. Opferfürsorge betreffend einmalige Aushilfe v. 31. 5. 1951.

<sup>368</sup> OF 186, Heiratsurkunde v. 29. 12. 1951.

dient, zwei ungleiche alte Kleiderkasten, einen Schreibtisch und zwei Sesseln.“<sup>369</sup>

Das Geld reichte nicht und es folgte eine weitere Bitte um einmalige Aushilfe am 11. September 1952. Seine Frau hatte im Dezember 1951 ihre Arbeit verloren und bezog bis August Arbeitslosenunterstützung, der Notstandshilfebezug wurde ihr aufgrund der Höhe der Opferrente ihres Gatten gestrichen.

„Zu diesem Minus an Einkommen [...] kam nun der Schulbeginn. Mein Stiefsohn [...] hatte gestern den ersten Schultag in der Realschule (1. Klasse). Heute mussten wir die erste Rate der unbedingt erforderlichen Lehrbehelfe kaufen [...]: S 81,--; [...] Die kalte Jahreszeit steht vor der Tür. Ich habe seit 1945 immer noch dieselben zwei Paar, x-mal neubesohlenen Schuhe [...] Und der Kleine braucht unbedingt einen Mantel, da er schon seit drei Jahren den gleichen trug, der nun schon schlecht und zu klein geworden ist. Ich will mich ja nicht beklagen, aber bei größter Sparsamkeit entstehen auch mit meiner Rente immer wieder schier riesige, nicht mehr verstopfbare Löcher.“<sup>370</sup>

Zweites Beispiel sollen die Bemühungen Werner Wukitsevits um eine Haftentschädigung gemäß der siebten Opferfürsorgegesetznovelle sein. Den entsprechenden Antrag brachte Wukitsevits am 15. Jänner 1953 ein.<sup>371</sup> Er ersuchte um monetäre Abgeltung der Gestapohaftzeiten zwischen 25. September und 10. Oktober 1938 sowie 8. September und 23. Dezember 1939 sowie der Haftzeit vom 22. Oktober 1940 bis Kriegsende in Wien, Stein, Dieburg und Dachau. Auch seine Zeiten im Ausland gab Wukitsevits detailliert an, da er ja auch dort den überwiegenden Teil der Zeit in Haft verbracht hatte.<sup>372</sup> Per Bescheid<sup>373</sup> wurde Wukitsevits am 4. Februar 1953 eine Haftentschädigung in Höhe von 25.440,80 Schilling für 59 Monate in Haft à 431,20 Schilling zuerkannt. Anerkannt wurde nur die Gestapo-Haftzeit

---

<sup>369</sup> OF 186, Hausbesuch am 1. 10. 1953 bei Werner Wukitsevits.

<sup>370</sup> OF 186, Werner Wukitsevits an das Amt der nö. Landesregierung betreffend einmalige Aushilfe v. 11. 9. 1952.

<sup>371</sup> OF 186, Antrag gem. 7. OFG-Novelle v. 17. 10. 1952 betreffend Werner Wukitsevits.

<sup>372</sup> OF 186, Bestätigung Johann Griemann v. 1. 11. 1952.

<sup>373</sup> OF 186, Amt der nö. Landesregierung, Bescheid L.A.VII/1-186/3233-OF v. 3. 2. 1953.

bzw. die Haftzeit ab Oktober 1940, die Haftzeiten im Ausland wurden laut Bescheid nicht zweifelsfrei nachgewiesen. Der Betrag sollte erstmals nach Bescheiderlassung, später jeweils am 1. September zu einem Viertel ausbezahlt werden. Allerdings musste Wukitsevits auch hier urgieren und am 15. Mai 1953 betreffend die erste Tranche nachfragen.<sup>374</sup> Diese wurde ihm anschließend ausbezahlt, allerdings bat er schon im Juli 1953 um Auszahlung des gesamten Restbetrages zur Anschaffung von Hausrat. Da dies einen Ausnahmefall darstellte und besonderer Genehmigung bedurfte, begründete Wukitsevits sein Anliegen ausführlich und legte sogar entsprechende Kostenvoranschläge von Firmen für die dringend benötigten Güter vor – dabei handelte es sich um Küchenmöbel, Wohn- und Schlafzimmereinrichtung, Geschirr, Besen und einen Staubsauger. Die erste Rate war bereits zur Gänze aufgebraucht, um Kleidung, einen Kasten bzw. einen Sauerstoffapparat für Wukitsevits zu kaufen.<sup>375</sup> Zu diesem Zeitpunkt bemühte sich Wukitsevits um eine Wohnung für sich, seine Gattin und den 11-jährigen Sohn.<sup>376</sup> Am 31. Oktober 1953 wurde entschieden, weitere zwei Raten vorzeitig auszuzahlen und die letzte am 1. September 1955 zur Anweisung zu bringen.<sup>377</sup> Im Juli 1954 bat Wukitsevits um vorfristige Auszahlung auch der letzten Rate, da er endlich ein eigenes Heim beziehen wollte.<sup>378</sup> Wenig später legte er gesondert Angebote für die dringlich gebrauchten Einrichtungsgegenstände vor. Darunter zu finden: Geschirr, Kochutensilien und Elektrowaren.<sup>379</sup> Wenig später entschied das Amt der nö. Landesregierung, dieser Bitte nachzukommen.<sup>380</sup>

Eine Besonderheit des Opferfürsorgeaktes sei noch kurz erwähnt: Anfang 1953 wurde Werner Wukitsevits beim Bundesministerium für soziale Verwaltung von Hermann Reithofer<sup>381</sup> denunziert. Reithofer gab an, dass

---

<sup>374</sup> OF 186, Werner Wukitsevits an das Amt der nö. Landesregierung v. 15. 5. 1953.

<sup>375</sup> OF 186, Werner Wukitsevits an das Amt der nö. Landesregierung v. 22. 7. 1953.

<sup>376</sup> OF 186, Magistrat Wiener Neustadt/Wohnungsamt an Magistrat Wiener Neustadt/Fürsorgeamt v. 6. 8. 1953.

<sup>377</sup> OF 186, Amt der nö. Landesregierung an Werner Wukitsevits betreffend einmalige Auszahlung der Haftentschädigung v. 31. 10. 1953.

<sup>378</sup> OF 186, Werner Wukitsevits an das Amt der nö. Landesregierung v. 3. 7. 1954.

<sup>379</sup> OF 186, Werner Wukitsevits an das Amt der nö. Landesregierung v. 27. 7. 1954.

<sup>380</sup> OF 186, Amt der nö. Landesregierung an Werner Wukitsevits betreffend einmalige Auszahlung der Haftentschädigung v. 15. 9. 1954.

<sup>381</sup> Der Name taucht abgesehen von dieser Erwähnung in keiner der untersuchten Quellen auf.

Wukitsevit's Angaben nicht den Tatsachen entsprechen würden und er mittels Urkundenfälschung, falscher Zeugenaussagen und anderer gerichtlich strafbarer Handlungen Zahlungen nach dem Opferfürsorgegesetz erschlichen hätte.<sup>382</sup> Die folgenden Recherchen ergaben die Unschuld von Wukitsevit und bestätigten einmal mehr die angegebenen Haftzeiten.<sup>383</sup>

Am 15. Mai 1953 beantragte Wukitsevit wieder eine Erhöhung der Pflegezulage.<sup>384</sup> Eineinhalb Jahre später war noch immer keine Entscheidung getroffen, Wukitsevit wurde aber trotz Vorliegens mehrerer ärztlicher Atteste zu einer ärztlichen Untersuchung nach Wien vorgeladen, zu diesem Zeitpunkt für ihn bereits eine unmögliche Strapaze, da er dauernd bettlägerig war und ohne Sauerstoff nicht mehr auskommen konnte.<sup>385</sup> Von der Vorladung wurde daher Abstand genommen und Wukitsevit erhielt per Bescheid vom 19. November 1954 eine Erhöhung der Pflegezulage von 480 Schilling auf 600 Schilling bewilligt.<sup>386</sup>

Diese Erhöhung war die letzte, die Wukitsevit beantragte und die er bewilligt bekam. Auch die Wohnsituation änderte sich nicht mehr und die Familie konnte keine neue Wohnung – trotz Ansehens – mehr beziehen. Werner Wukitsevit starb 35-jährig am 23. September 1955 im Krankenhaus Wiener Neustadt. Seine Witwe beantragte die Zuerkennung des Sterbegeldes<sup>387</sup> am 30. September 1955.<sup>388</sup>

---

<sup>382</sup> OF 186. Leider sind die genauen Anschuldigungen im Detail nicht im Akt enthalten, einzig die Bitte des Bundesministeriums an das Amt der nö. Landesregierung um genaue Recherche ist überliefert. Bundesministerium für soziale Verwaltung an das Amt der nö. Landesregierung v. 7. 3. 1953.

<sup>383</sup> OF 186, Bayrisches Landesentschädigungsamt an das Amt der nö. Landesregierung vom 16. 4. 1953 betreffend Bestätigung der Zeit in Dachau; OF 186, Direktion der Männerstrafanstalt Stein an das Amt der nö. Landesregierung betreffend Haftzeitbestätigung für Werner Wukitsevit v. 2. 4. 1953; OF 186, Polizeidirektion Wien, Bericht betreffend Werner Wukitsevit v. 22. 4. 1953; sowie OF 186, Allied High Commission for Germany an das Amt der nö. Landesregierung betreffend Inhaftierungsbescheinigung Werner Wukitsevit v. 26. 6. 1953.

<sup>384</sup> OF 186, Werner Wukitsevit an das Amt der nö. Landesregierung v. 15. 5. 1953.

<sup>385</sup> OF 186, Werner Wukitsevit an das Amt der nö. Landesregierung/Sanitätsdienst v. 30. 10. 1954.

<sup>386</sup> OF 186, Bescheid L.A. VII/1-186/39-OF v. 19. 11. 1954.

<sup>387</sup> Beispielsweise haben Nachkommen nach Inhaber/innen einer Amtsbescheinigung Anspruch auf Sterbegeld. § 12a OFG idGF.

<sup>388</sup> OF 186, Anna Wukitsevit an das Amt der nö. Landesregierung v. 30. 9. 1955.

## Fazit

Das Schicksal der Familie Wukitsevits ist sowohl für die Zeit vor als auch nach 1945 ein beeindruckendes Zeugnis, wie unerbittlich staatliche Behörden mit Menschen umgingen, die sich nicht den gängigen gesellschaftlichen Schemata unterwarfen. Es ist aus historiografischer Sicht als Glücksfall zu bezeichnen, dass in diesem Fall eine derartige Fülle von Quellen – sowohl für die NS- als auch für die Nachkriegszeit – erhalten geblieben sind und auf diese Weise eine detaillierte Rekonstruktion des Familienschicksals möglich ist. Für die Briefe und Zeugenvernehmungen aus der NS-Zeit muss auf eine besonders kritische Quellenbeurteilung hingewiesen werden, zumal die Betroffenen darauf bedacht waren, durch ihre Äußerungen niemanden in Gefahr zu bringen. Wie leicht dies geschehen konnte, zeigt die Überinterpretation einer Briefpassage von Gottfried Wukitsevits an seine Frau durch die Gestapo, die erfolgreich zum Hauptbelastungsargument im Verfahren gegen Leopold Dirr wurde.

Die lokalen NS-Funktionäre kannten die kommunistische Haltung der Familie und die damit einhergehende Opposition zum Nationalsozialismus. So war Gottfried Wukitsevits schon vor dem Verbot der NSDAP 1933 als höchst erfolgreicher Gegenredner bei öffentlichen NS-Versammlungen bekannt. Die Familie war deshalb schon vor 1938 nationalsozialistischen Angriffen ausgesetzt, worunter besonders die drei Söhne zu leiden hatten. Bezeichnend für den Zeitabschnitt nach dem „Anschluss“ ist der offensichtlich vom Gefühl einer unumschränkten Allmacht getragene Wille der „kleinen“ nationalsozialistischen Funktionäre von Maria Lanzendorf, es politisch Andersdenkenden „zu zeigen“, ohne sich darum zu kümmern, welche Konsequenzen der nationalsozialistische Staat für „die Anderen“ bereithielt. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass auch Vater und Sohn Wukitsevits das NS-System in seiner tödlichen Konsequenz anfänglich offensichtlich unterschätzten. Anders sind die schlichtweg als Leichtsinns zu bezeichnenden Briefe Gottfrieds während seiner U-Boot-Zeit bzw. die Beschwerde Werners an Gauleiter Bürckel nicht zu interpretieren. Als „Glück“ sind der frühe Zeitpunkt der Tatbegehungen und die damit in Zusammenhang stehenden verhältnismäßig „milden“ Urteile zu betrachten. Die später festgenommenen Helfer wie Franz Langer oder Josef Hampl fielen der mit Fortgang des Krieges radikalisierten NS-Justiz zum Opfer und wurden für vergleichbare Delikte zum Tod verurteilt und hingerichtet. Anhand des Sondergerichtsverfahrens gegen Werner Wukitsevits wird auch der Konflikt zwischen der Gestapo auf der einen und der Justiz auf der anderen Seite offenbar.

Während die Justiz als Vertreterin des Normenstaates nach Verurteilung und Haftverbüßung eine „Läuterung“ des Verurteilten als gegeben ansah und dessen Eingliederung in die Wehrmacht forcierte, sah die Gestapo als politische Polizei und Vertreterin des Maßnahmenstaates Werner Wukitsevits weiterhin als Staatsfeind an, der der Gesellschaft entzogen wurde, indem er im KZ interniert und gegebenenfalls auf diese Weise beseitigt werden sollte.

Zusammenfassend sei für diesen Zeitabschnitt festgehalten, dass sowohl Vater als auch Sohn die NS-Herrschaft mit sehr viel Glück überlebten, wenn im Vergleich dazu das Schicksal der beiden jüngeren Söhne bzw. Brüder betrachtet wird, die an der Front unter nicht geklärt politischer Beobachtung und in einem Fall unter den erschwerenden Bedingungen eines Strafbataillons ihr Leben verloren.

Für die Zeit nach der Befreiung 1945 kann anhand der vorliegenden Volksgerichts- bzw. Opferfürsorgeakten die Haltung von Politik und Gesellschaft im Nachkriegs-Österreich exemplarisch nachgezeichnet werden. War Österreich nach Kriegsende kurzfristig von einer antifaschistischen Haltung ergriffen, die eine harte Bestrafung von NS-Tätern und -Parteigängern im Sinne hatte, so änderte sich dies spätestens 1946, als offensichtlich wurde, dass besagte Gruppe schlichtweg zu groß war. Die verwendeten Volksgerichtsverfahren führen vor Augen, wer auf die Sympathien der Gesellschaft – in diesem Fall der Parteien, Vereine sowie des Pfarrers von Maria Lanzendorf – zählen konnte. So setzten sich für die Begnadigung des Denunzianten Fritz Dunkl alle erwähnten Institutionen ein und schrieben umfangreiche Briefe an das Gericht, worin Dunkl als wertvolles Mitglied der Gesellschaft geschildert wurde, während seine Opfer nicht einmal namentlich erwähnt und in einem Fall sogar falsch interpretiert wurden.

In noch viel stärkerem Ausmaß verdeutlichen die Opferfürsorgeverfahren von Vater und Sohn, dass die Nachkriegsgesellschaft keine Solidarität mit einer Familie wie den Wukitsevits an den Tag legte. Für die Behörden waren sie wohl einfach „Querulanten“, die über Jahre hindurch immer wieder Gesuche stellten. Dabei pochten sie nur auf ihr Recht, das ihnen oft genug erst mit monate-, wenn nicht jahrelanger Verzögerung zugestanden wurde. Von Seiten der Maria Lanzendorfer Parteien wurden lediglich dürre Zweizeiler zur Unterstützung ausgestellt, aus denen hervorgeht, dass die jeweils genannte Person als Antifaschist bekannt sei. Die Vermutung, dass durch in die Länge gezogene Verfahren die Antragsteller müde gemacht werden sollten, ist nicht von der Hand zu weisen. Anders ist es nicht zu erklären, wozu beispielsweise sämtliche Meldedaten bis in die 1920er Jahre erbracht werden

mussten oder warum trotz ärztlicher Befunde, in denen beispielsweise von beidseitiger offener Tuberkulose, Atemnot, Leberabszessen und höchstgradiger Minderung der Erwerbsfähigkeit die Rede ist, also Diagnosen, die selbst für Laien ein wenig positives Gesundheitsbild zeichnen, die Auszahlung von Entschädigungsleistungen über Jahre verschleppt wurde. Es wäre zwar vermessen zu behaupten, dass der Grund dafür die kommunistische Parteizugehörigkeit von Vater und Sohn Wukitsevits war – andererseits lassen sich nur sehr schwer andere glaubhafte Begründungen für die Vorgehensweise des Amtes der niederösterreichischen Landesregierung besonders im Fall von Gottfried Wukitsevits finden.

Faktum ist, dass sowohl Gottfried als auch Werner Wukitsevits in ein Österreich zurückkehrten, in dem sie nie wieder Fuß fassen konnten. Im Gegenteil – beide erwarteten große Armut, Krankheit, Trauer und beengte Verhältnisse. Nur nach immensen Mühen erhielten sie von staatlicher Seite die ihnen zustehenden Leistungen.

Abschließend kann nur festgestellt werden, dass im Nachkriegsösterreich offensichtlich kein Platz für widerständige Geister vorhanden war und die gesamte Familie für ihre politische Betätigung schlussendlich doch mit dem Leben bezahlen musste.

---

TIMON JAKLI / HEIDE GSELL

## „ENTWEDER ALLES ODER GAR NICHTS!“

### Biographische Texte von ZeugInnen Jehovas am Beispiel des Wehrdienstverweigerers Richard Heide

#### Einleitung

Die Biographie des Wehrdienstverweigerers aus christlicher Überzeugung Richard Heide ist von dem inneren Kampf gekennzeichnet, auf der einen Seite seine christliche Überzeugung zu wahren und auf der anderen Seite sein Leben und seine Familie nicht zu verlieren und dem Druck des NS-Terrors nachzugeben. Im Urteil des Militärgerichts wird dieser innere Kampf lapidar zusammengefasst: „[...] er wäre zu jedem Dienst bereit; er wäre sich vollständig darüber im klaren [sic!], dass er entweder alles oder gar nichts tun müsste.“<sup>1</sup>

Im Fokus der vorliegenden Untersuchung steht der biographische und autobiographische Zugang zu der Opfergruppe der Zeugen Jehovas.<sup>2</sup> Wie Peter Gstettner formuliert, ist gerade dieser Zugang zur NS-Zeit von großer Wichtigkeit: „Jede historische Aussage über die Nazizeit erzielt nur dann eine nachhaltige Wirkung, wenn sie auf das Erzählen von persönlichen Schicksalen aufgebaut ist. Dies ist deshalb so wichtig, weil es die einzige Form ist, die den Respekt vor dem einzelnen Menschen ausdrückt. In der Vergangenheit waren es der Mangel an Identifikation mit dem individuellen Schicksal und die Verweigerung von Mitgefühl mit den Opfern, die für das weit verbreitete Desinteresse an den Untaten der Nazis und für das gleichgültige Zuschauen oder Wegschauen mitverantwortlich waren. Erinnern und Gedenken werden

---

<sup>1</sup> Vgl. MHA Prag, Sig.: U-G, 00909/42: Feldurteil v. 4. 6. 1942 StPL. (RKA)I 27/42, S. 2.

<sup>2</sup> Für einen allgemeinen Überblick über die Verfolgung der Zeugen Jehovas vgl. Heide Gsell, Jehovas Zeugen unter dem NS-Regime. Würdigung und Rehabilitierung einer Opfergruppe, in: Jahrbuch des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands 2007. Schwerpunkt: Namentliche Erfassung von NS-Opfern, hrsg. v. DÖW, Wien 2007, S. 134–160. Für einen vollständigen, kommentierten Literaturüberblick vgl. [www.jakli.at/biblio.htm](http://www.jakli.at/biblio.htm) (27. 11. 2010).

nur dann konkret und nachhaltig sein, wenn die Opfer wieder ihr menschliches Antlitz und ihre Würde zurück erhalten.“<sup>3</sup>



**Richard Heide  
als junger Mann**

Foto: Gerhard Heide

Zu diesem Zweck wird zuerst ein einführender Überblick über Biographien und Autobiographien von österreichischen ZeugInnen Jehovas, die Opfer des NS-Regimes wurden, gegeben. Danach wird exemplarisch auf die Biographie des Wehrdienstverweigerers Richard Heide eingegangen. Heide stellt in mancherlei Hinsicht eine Besonderheit dar: Er war einer der ersten Zeugen Jehovas in Österreich überhaupt, stammte aus einer gutbürgerlichen Familie und erhielt eine solide Schulbildung. Auch sein Sohn wurde Opfer des NS-Regimes. Im Anschluss an die Rekonstruktion der Biographie Richard Heides wird eine autobiographische Schrift von ihm analysiert und der Frage nach der Konstruktion seiner Lebenserzählung nachgegangen.

---

<sup>3</sup> Wilhelm Baum et al. (Hrsg.), Das Buch der Namen. Die Opfer des Nationalsozialismus in Kärnten, Klagenfurt 2010.

## Biographien und Autobiographien von ZeugInnen Jehovas aus Österreich

### Literaturüberblick

Biographische Zugänge sind in der Forschung und in populärwissenschaftlichen Publikationen über die Verfolgung der Zeugen Jehovas sehr verbreitet. Problematisch dabei ist, dass die Biographien oft nicht in einen größeren Kontext gestellt bzw. analysiert werden. Meist wird auch keine Unterscheidung hinsichtlich des Quellenwertes von Autobiographien, Biographien durch andere Mitverfolgte oder Angehörige und Dokumenten oder Akten vorgenommen und die Quellen selbst werden nicht oder nur ungenügend quellenkritisch behandelt.<sup>4</sup> Dieser Zugang, der Biographien „für sich selbst sprechen“ lassen will, hat sich teilweise auch stark in Hochschulschriften verbreitet.<sup>5</sup>

Seit Ende der 1990er Jahre ist das öffentliche Interesse an Lebensgeschichten von verfolgten ZeugInnen Jehovas, die bis dahin eher als vergessene Opfergruppe gegolten hatten, gestiegen. Im Folgenden wird auf einige Beispiele näher eingegangen. Eine möglichst vollständige biographische Bibliographie über die verfolgten ZeugInnen Jehovas aus Österreich wird von Timon Jakli unter [www.jakli.at](http://www.jakli.at) geführt und laufend aktualisiert.

1997 erschien von Vinzenz Jobst die Dokumentation über Anton Uran<sup>6</sup>, einen 23-jährigen Zeugen Jehovas aus Kärnten, der vom Reichskriegsgericht wegen Wehrdienstverweigerung zum Tode verurteilt und am 23. Februar 1943 in Brandenburg enthauptet wurde. Mit diesem Bericht wurde erstmalig die Lebensgeschichte eines Zeugen Jehovas an die Öffentlichkeit gebracht und die Debatte über die Rehabilitierung von Wehrdienstverweigerern und

---

<sup>4</sup> Beispiele dafür sind Alfred Ludwig Hillinger, *Kraft, die über das Normale hinausgeht. Zeugnisse unerschütterlichen Glaubens*, Oberwang 1999, und Lieselotte Wölbisch, *In tiefer Nacht beginnt der Morgen. Franz Wohlfahrt überlebt den NS-Terror. Klagenfurt–Ljubljana–Wien 2000*.

<sup>5</sup> Beispielsweise bei Carine Beaurain, *Die Familie Letonja. Feuerprobe für Zeugen Jehovas unter dem NS-Regime*, unveröffentl. Dipl., Univ. Wien 2000, oder im biographischen Teil von Gerti Malle, *Kärntens vergessene Opfer der NS-Zeit. Widerstand und Verfolgung der Zeugen Jehovas*, unveröffentl. Dipl., Univ. Klagenfurt 2001.

<sup>6</sup> Vinzenz Jobst, *Anton Uran. Verfolgt – vergessen – hingerichtet*, Klagenfurt 1997.

Deserteuren angefacht.<sup>7</sup> Durch die Präsentation des Buches im Parlament durch den damaligen Nationalratspräsidenten Dr. Heinz Fischer erfuhr das Buch eine besondere Auszeichnung.

Die Lebensgeschichte des Oberösterreichers Leopold Engleitner<sup>8</sup> ist wohl die bekannteste aller österreichischen ZeugInnen Jehovas geworden. Engleitner, geboren 1905, hatte bereits in den 1930er Jahren aufgrund seiner religiösen Betätigung als Zeuge Jehovas Schwierigkeiten mit der Obrigkeit. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurde er schließlich im April 1939 verhaftet und bis 1943 in Konzentrationslagern festgehalten. Kurz vor Kriegsende konnte er sich einer Einberufung zum Militärdienst durch Flucht entziehen. Bernhard Rammerstorfer veröffentlichte eine umfassende Biographie, die bereits in 3. Auflage erschien, und verfilmte Engleitners Leben. Leopold Engleitner selbst scheut trotz seines hohen Alters keine Strapazen und gibt unzählige Interviews und stellt sich für Filmprojekte zur Verfügung. Dank der Übersetzung in mehrere Sprachen (Englisch, Französisch, Russisch) und zahlreichen Buchpräsentationen ist Leopold Engleitner mittlerweile auch im Ausland einer der bekanntesten noch lebenden österreichischen Zeitzeugen<sup>9</sup>, der vielfach geehrt und ausgezeichnet wurde. Im Jahr 2009 reiste der 104-jährige Leopold Engleitner zwecks Vortragstour bereits das dritte Mal in die USA.

Für das Projekt *biographiA. Datenbank und Lexikon österreichischer Frauen*<sup>10</sup> des Instituts für Wissenschaft und Kunst (IWK) wurden im Jahr 2009 15 Biographien österreichischer Zeuginnen Jehovas, die während des Nationalsozialismus verfolgt wurden oder im Widerstand waren, verfasst.<sup>11</sup>

---

<sup>7</sup> Am 3. Juni 1997 wurde Anton Uran rehabilitiert und war somit der erste Österreicher, der nach einem österreichischen Gesetz rehabilitiert wurde. Vgl. Gsell, *Jehovas Zeugen unter dem NS-Regime*, S. 153 f.

<sup>8</sup> Bernhard Rammerstorfer, *Leopold Engleitner. Nein statt Ja und Amen*, Puchenua 1999. In weiterer Folge erschienen: Ders., *Leopold Engleitner: 100 Jahre ungebrochener Wille – Nein statt Ja und Amen*, 2005; ders., *Ungebrochener Wille. Der außergewöhnliche Mut eines einfachen Mannes*, 2008; ders., *DVD-educative: Filmdokumentation (61 min), Kurzfassung (21 min), Eventfilme und Begleitmaterial für den Unterricht*, 2010.

<sup>9</sup> Vgl. Gsell, *Jehovas Zeugen unter dem NS-Regime*, S. 143. Weitere Informationen über Buch, Video und alle Veranstaltungen mit Leopold Engleitner enthält die Homepage [www.rammerstorfer.cc](http://www.rammerstorfer.cc) (27. 11. 2010).

<sup>10</sup> Vgl. [www.biografia.at](http://www.biografia.at) (27. 11. 2010). Die Verfasserin dieser Biographien ist Heide Gsell.

<sup>11</sup> Dabei handelt es sich um: Andrea Haas, Franziska Blaschek, Marie Haslauer, Pauline Höllersberger, Johanna Hron, Maria Jancic, Hermine Kauer, Ferdinanda Kraupa, Maria Moser, Franziska Roidmaier, Agnes Streyczek, Anna Strobl, Anna Wegscheider, Ida Wohlfahrt, Anna Zeiner.

Diese Biographien sind zum Teil auf der Homepage des Instituts abrufbar oder können beim IWK angefordert werden.

Der Nationalfonds der Republik Österreich veröffentlichte im Jahr 2010 anlässlich seines 15-jährigen Bestandsjubiläums einen Band betitelt mit *Erinnerungen. Lebensgeschichten von Opfern des Nationalsozialismus*.<sup>12</sup> Etwa 60 Personen aus der Opfergruppe der Zeugen Jehovas haben im Zuge ihrer Antragstellung zum Erhalt einer symbolischen Wiedergutmachungszahlung ihre Lebensgeschichte dokumentiert. Die Biographien von drei ausgewählten Personen finden sich in dem graphisch sehr schön gestalteten Jubiläumsband:

Maria Springer aus Tirol wurde als eine so genannte „Gerechte“ bezeichnet und auch entschädigt, da sie sich bereits als 17-Jährige für verfolgte und inhaftierte Familienmitglieder und Glaubensbrüder mutig einsetzte, dafür aber auch ihren Beruf aufgab und unter großem Druck stand.<sup>13</sup>

Hermine Liska<sup>14</sup> wuchs als jüngstes von fünf Kindern auf einem Bauernhof in Kärnten auf. Die Familie bekannte sich zu den Zeugen Jehovas und wurde bald nach dem „Anschluss“ Österreichs stark bedrängt. Die 11-jährige Hermine verweigerte den Hitlergruß in der Schule und wurde deswegen 1941 per Gerichtsbescheid ihren Eltern weggenommen und sollte in Erziehungsheimen „umerzogen“ werden. Sie blieb trotz Trennung und Schikanen ihrer Überzeugung treu. Hermine Liska ist seit 2002 anerkannte Zeitzeugin des Unterrichtsministeriums und erzählt SchülerInnen unermüdlich ihre Geschichte und ermuntert zu Zivilcourage.<sup>15</sup>

Anna Maierhofer aus Wien wurde ebenfalls wegen Verweigerung des Hitlergrußes als 13-jähriges Mädchen von der Schule verwiesen und kam in die Erziehungsanstalt „Am Spiegelgrund“.

*Das Buch der Namen. Die Opfer des Nationalsozialismus in Kärnten*<sup>16</sup> erschien ebenfalls 2010 und beinhaltet neben einer „provisorischen Opferliste“ auch einen Biographie-Teil von Personen, die unter dem NS-Regime

---

<sup>12</sup> Nationalfonds der Republik Österreich, *Erinnerungen. Lebensgeschichten von Opfern des Nationalsozialismus*, Wien 2010.

<sup>13</sup> Ebenda, S. 198 ff.

<sup>14</sup> Ebenda, S. 201 ff., vgl. auch <http://wschranz1.bplaced.net/ueberlebende/index.html> (27. 11. 2010).

<sup>15</sup> 2009 wurde in Zusammenarbeit des Vereins Lila Winkel mit dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst (BMUKK) die DVD *Hermine Liska – Erziehungsproblem eines Diktators* herausgegeben, vgl. <http://medienkatalog.bmukk.gv.at/results.aspx>, und Gsell, *Jehovas Zeugen unter dem NS-Regime*, S. 152.

<sup>16</sup> Baum et al., *Das Buch der Namen*, S. 293–299.

ums Leben kamen. In diesen Teil wurden auch 12 Biographien von Kärntner Zeugen Jehovas aufgenommen.<sup>17</sup> Wie der Mitautor Vinzenz Jobst hervorstreicht, widersetzte sich keine andere Opfergruppe so geschlossen dem NS-Regime wie die Zeugen Jehovas, vor allem auch wegen der strikten Weigerung Wehrdienst zu leisten.

### **Autobiographische Schriften von ZeugInnen Jehovas**

Innerhalb der Religionsgemeinschaft hat das biographische bzw. autobiographische Schreiben einen hohen Stellenwert. In den Zeitschriften *Der Wachturm* und *Erwachtet* erschienen von 1945–1985 insgesamt 557 biographische resp. autobiographische Lebensberichte, von 1986–2009 weitere 461. Allen gemeinsam sind ein erbaulicher Charakter und die Zentrierung auf eine Glaubensbiographie, die meist vom Standpunkt des oder der im Glauben alt gewordenen Gläubigen erzählt wird.

Im Geschichtsarchiv der Zeugen Jehovas Österreich – am 1. Jänner 2011 wurde dieses Archiv vom Verein Lila Winkel ([www.lilawinkel.at](http://www.lilawinkel.at)) übernommen – befindet sich eine größere Anzahl autobiographischer Schriften von unter dem NS-Regime verfolgten ZeugInnen Jehovas.

Das Interesse an Biographien von verfolgten ZeugInnen Jehovas erwuchs innerhalb der Glaubensgemeinschaft mit den Vorbereitungen für einen großen Bericht über die Geschichte der Zeugen Jehovas in Deutschland im *Jahrbuch 1974*. Hier wurde bereits 1970 an potentielle BeiträgerInnen ein Brief mit Anleitungen zum Verfassen übermittelt.<sup>18</sup> Aus dieser Sammlung liegt heute eine Vielzahl von autobiographischen Schriften vor, die später auch Eingang in den Beitrag über Österreich im *Jahrbuch 1989* fanden. Eine weitere Zahl an biographischen und autobiographischen Schriften wurde dann Anfang der 1990er Jahre, im Zuge einer Öffnung der Glaubensgemeinschaft nach außen, gesammelt. Zu dieser Zeit bestand seitens der Zeugen Jehovas ein vermehrtes Interesse an der Aufarbeitung und Darstellung der eigenen Geschichte<sup>19</sup>, nicht zuletzt auch durch die Wanderausstellung *Standhaft trotz*

---

<sup>17</sup> Dabei handelt es sich um: Anton Dorner jun., Hermann Fertin, Hermann Göschler, Franz Opetnik, Anton Platzer, Franz Samonig, Johann Stichauner, Johann Stossier, Anton Uran, Franz Wohlfahrt, Gregor Wohlfahrt sen., Gregor Wohlfahrt jun.

<sup>18</sup> Vgl. Lila Winkel-Ga, EB Richard Heide v. 17. 2. 1971, S. 25.

<sup>19</sup> Vgl. Detlef Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium. Die Zeugen Jehovas im „Dritten Reich“, 4. Aufl., München 1999, S. 544 ff.

*Verfolgung*<sup>20</sup>. In weiterer Folge wurden auch einige biographische Texte von österreichischen ZeugInnen Jehovas in den Zeitschriften der Gemeinschaft veröffentlicht.<sup>21</sup>

## Fallbeispiel: Richard Heide-Mattkey

Im Folgenden wird nun die Autobiographie des vor dem Reichskriegsgericht wegen Wehrdienstverweigerung angeklagten Richard Heide-Mattkey aus Kärnten untersucht. Dazu wird zuerst anhand der vorhandenen Quellen der Lebenslauf des Verfolgten und seines Umfeldes rekonstruiert. Danach wird der zugrunde liegende autobiographische Lebensbericht aus dem Jahr 1971 analysiert.

### Biographie

#### *Die jungen Jahre*

Richard Heide wurde am 7. Oktober 1902 in Falkenau an der Eger im Sudetenland geboren. Seine Eltern Richard und Theresia (geborene Sturm) zogen mit ihren Kindern bereits vor dem ersten Weltkrieg nach Kärnten, zunächst wohnten sie in Villach. 1913 wurde sein Vater Postamtsdirektor in Klagenfurt und so zog die inzwischen 9-köpfige Familie in eine Wohnung in der Feldhofgasse 10.

Richard wuchs in einer gutbürgerlichen Familie auf. Er war der zweitälteste der sieben Kinder und hatte insgesamt fünf Schwestern (Anna, Roberta, Therese, Grete, Ludmilla) und einen Bruder (Hermann, der später zur SS

---

<sup>20</sup> Für eine Diskussion der Ausstellung und ihrer Ergebnisse in Deutschland vgl. die Beiträge in Hans Hesse (Hrsg.), „Am mutigsten waren immer wieder die Zeugen Jehovas“. Verfolgung und Widerstand der Zeugen Jehovas im Nationalsozialismus, Bremen 1998. S. 345–424. Für Österreich vgl. Die Vergessenen Opfer der NS-Zeit – Standhaft trotz Verfolgung, hrsg. v. Jehovas Zeugen, Österreich, Wien 1999.

<sup>21</sup> Leopold Engleitner (Der Wachturm 1. 5. 2005, S. 23–28), Anton Letonja (Erwachtet 8. 3. 2003, S. 16–20), Franz Wohlfahrt (Erwachtet 22. 10. 1944, S. 8–15) und Ludwig Wurm (Erwachtet 8. 1. 1995, S. 11–15). Letzterer war SS-Mann in Buchenwald und wurde im KZ missioniert. Unmittelbar nach dem Krieg schloss er sich der Gemeinschaft der Zeugen Jehovas an.

ging und bereits vor der Verhaftung Richards in Russland fiel). Richard wurde eine gute Schulbildung ermöglicht. Nach fünf Jahren Volksschule besuchte er das humanistische Gymnasium in Klagenfurt, das er aber nach sechs Jahren aus Krankheitsgründen vorzeitig verlassen musste.<sup>22</sup> 1922 trat der 20-jährige Richard in den Dienst der Post. Im Anschluss an die nachträgliche Ablegung der Reifeprüfung wurde er 1928 Postbeamter<sup>23</sup> und als Landbriefträger in verschiedenen Teilen Kärntens tätig.



**Richard Heide (2. Reihe, 1. v. l.)  
mit Eltern und Geschwistern 1924**

Foto: Jehovas Zeugen Österreich – Geschichtsarchiv

Richard Heide war sehr musikalisch und schon mit 7 Jahren begann er mit dem Geigenspiel. Er spielte auch Gitarre und sang sehr gut. Während seiner Gymnasialzeit besuchte er das Konservatorium in Klagenfurt, wo er im Orchester mitspielte. Personen, die sich an ihn erinnern, beschreiben ihn als einen begeisterten Musiker, der auch andere gerne unterhielt. Bis 1938 leitete er das kleine Salonorchester des Konservatoriums und auch den Viktringer Gesangsverein (EB, S. 12)<sup>24</sup>. Um das Jahr 1929 heiratete er Justyne

---

<sup>22</sup> Interview mit Gerhard Heide am 11. 11. 2010 (durchgeführt von Heide Gsell).

<sup>23</sup> Vgl. MHA Prag, Sig.: U-G, 00909/42: Feldurteil v. 4. 6. 1942 StPL. (RKA)I 27/42, S. 2.

<sup>24</sup> Die in der Folge im Text in Klammer angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf Lila Winkel-Ga, EB Richard Heide v. 17. 2. 1971.

Florian, die seine religiöse Überzeugung zunächst teilte. Im Jänner 1932 wird Sohn Gerhard geboren. 1936 geht die Ehe in die Brüche, wohl auch weil Richard – wie sein Sohn Gerhard vermerkte – sehr viel Zeit in die Musik investierte. Gerhard wird dem Vater zugesprochen.<sup>25</sup>

### *Kontakt mit Zeugen Jehovas*

Richard wurde katholisch getauft und wuchs in seinem sehr religiösen Haus auf. Seine Eltern waren an der Bibel interessiert und hatten bereits 1912 Kontakt zu den Adventisten. In der Wohnung der Familie Heide trafen sich regelmäßig mehrere Adventisten zu Bibeldiskussionen. Sein Vater beschäftigte sich aber auch mit Anthroposophie und Theosophie.

Das Jahr 1922 markierte einen Wendepunkt im religiösen Leben der Familie Heide. Im Februar 1922 wurde im Klagenfurter Hotel Sandwirth, in dem sich der größte verfügbare Saal befand, der erste öffentliche Vortrag der Bibelforscher, wie Jehovas Zeugen<sup>26</sup> damals noch genannt wurden, abgehalten. Nachdem dem 20-jährigen Richard Heide ein Plakat mit der Ankündigung des Vortrages „Millionen jetzt Lebender werden nie sterben!“ aufgefallen war, beschreibt er seine Reaktion dem Vater gegenüber folgendermaßen: „Vater, ich höre mir den Vortrag an, egal, was immer die Leute sagen mögen. Ich will wissen, ob das nur ein Bluff ist oder ob etwas Wahres daran ist.“ (EB, S. 1) Zusammen mit seinem Vater und seiner Schwester Therese besuchte er diesen aufsehenerregenden Vortrag, zu dem seinen Angaben zufolge etwa 2000 Personen kamen.<sup>27</sup>

Diese Veranstaltung war der Auslöser dafür, dass sich Familie Heide noch intensiver mit der Bibel beschäftigte. Bald wurden in ihrer Wohnung Zusammenkünfte abgehalten. Nicht selten drängten sich bis zu dreißig Personen im Wohnzimmer.

Am 12. Juli 1922 kam es zur ersten Taufe von Zeugen Jehovas in Kärnten. Richard Heide, seine Eltern und seine Schwester Therese und zwei weitere Männer unterzogen sich im Wörthersee der Wassertaufe. Familie Heide bil-

---

<sup>25</sup> Interview mit Gerhard Heide.

<sup>26</sup> Ab dem Jahr 1932 nannten sich die „Bibelforscher“ „Zeugen Jehovas“.

<sup>27</sup> Von 1920 bis 1925 wurde dieser Vortrag in über 30 Sprachen weltweit gehalten. 1920 erschien auch eine gleichnamige Broschüre. Vgl. Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 59.

dete somit den Grundstock der Zeugen Jehovas in Kärnten. Ihre Wohnung war nicht nur Versammlungsort, sondern auch Versandlager von Literatur der Bibelforscher, die mithilfe der Kinder verpackt und an interessierte Personen in ganz Kärnten versandt wurde, die zum Teil dann auch persönlich besucht wurden. Richard kam durch seine verschiedenen Postdienstzuteilungen ebenfalls mit vielen an religiösen Themen interessierten Personen in Kontakt. Er beteiligte sich selbst sehr aktiv am Missionierungswerk und leitete auch Jugendzusammenkünfte. Zusammen mit seinem Vater reiste Richard in den 1920er Jahren zu größeren Versammlungen der Bibelforscher, z. B. in Wien.

Richards Vater starb überraschend im Oktober 1925. Das Begräbnis erregte mit etwa 2000 BesucherInnen großes Aufsehen. Es war die erste Beredigung eines Zeugen Jehovas in Österreich, und es wurde noch lange davon gesprochen.

Ein weiteres prägendes Erlebnis in Richard Heides Leben war die Auf-führung des so genannten „Schöpfungsdramas“<sup>28</sup>, eines Lichtbildervortrages über biblische Szenen, der 1927 oder 1928 an vier aufeinanderfolgenden Tagen in Klagenfurt gezeigt wurde. Zusammen mit Freunden umrahmte er diese Aufführung musikalisch. (EB, S. 10 ff.)

### *Widerstand und Verfolgung*

Ab dem Jahr 1934 war die Tätigkeit der Zeugen Jehovas durch den „Ständestaat“ verboten. Richard schildert die Zeit des Verbotes folgendermaßen: „Unsere Zeitschriften wurden beschlagnahmt, das damalige ‚Goldene Zeitalter‘ (heute Erwachet) erhielt andere Namen, wie ‚Trost‘ und andere. Aber schließlich verboten sie auch diese, welchen Namen sie auch immer tragen würden. Wir erhielten ca. 10 Jahre keine Literatur! [...] In der Zwischenzeit arbeiteten wir unterirdisch und versammelten uns in kleinen Gruppen, gaben aber immer furchtlos Zeugnis, wo sich Gelegenheit bot.“ (EB, S. 12)

Im Sommer 1937 fuhr Richard Heide zusammen mit einer größeren Delegation zu dem für längere Zeit letzten internationalen Kongress der

---

<sup>28</sup> Durch diesen Stummfilm der Bibelforscher, der weltweit gezeigt wurde, kamen viele ÖsterreicherInnen das erste Mal mit den Bibelforschern in Kontakt. Vgl. Anita Farkas, Geschichte(n) ins Leben holen. Die Bibelforscherinnen des Frauenkonzentrationslagers St. Lambrecht, Graz 2004, (vormals phil. Diss., Univ. Klagenfurt 2003), S. 21 f.; Jahrbuch der Zeugen Jehovas 1974, S. 96.

Zeugen Jehovas in Prag. „Wir fuhren mit zwei gemieteten Omnibussen, mit ca. 50 Personen, um 4 Uhr früh von Klagenfurt weg, und waren um 21 Uhr in Prag. Dieser Kongress dauerte 3 Tage.“ (EB, S. 12 f.) Diesen Kongress bezeichnete Richard als eine „geistige Kraftstation“, die ihn für die kommende Verfolgungszeit unter den Nationalsozialisten gut vorbereitete.<sup>29</sup> Außerdem konnten sie zahlreiche Literatur nach Österreich schmuggeln.

Dieser Kongress sollte aber auch für seine private Biographie entscheidend sein, denn er lernte die aus Krumau an der Moldau stammende Maria Ortner kennen, die er nach einem 3-jährigen Briefwechsel heiratete und mit ihrer Tochter nach Österreich holte.



**ZeugInnen Jehovas aus Klagenfurt auf der Fahrt zum Kongress nach Prag, 1937, darunter auch Richard Heide (1. Reihe, 6. v. r.)**

Foto: Jehovas Zeugen Österreich – Geschichtsarchiv

Entlassung aus dem Postdienst

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten im März 1938 änderte sich nicht nur das berufliche, sondern auch private Leben Richard Heides dras-

---

<sup>29</sup> Zur Bedeutung des Kongresses für die Organisation der Bibelforscher vgl. Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 321 ff.

tisch. Bereits eine Woche nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten verlor er wegen Verweigerung des Hitlergrußes und der Ableistung des Eides auf den Führer seine Arbeit als Landbriefträger. Heide schildert dies wie folgt:

„Da ich den Hitlergruß strikte verweigerte, wurde ich im Außendienst von einem übereifrigen SA-Mann bei dem zuständigen Postamt angezeigt und auf Grund der Meldung meines Vorstandes vom Postamt Annabichl bei Klagenfurt an die Postdirektion, nach einer Woche, mit Frühlingsbeginn am 21. März 1938 vom Postdienst vorerst suspendiert. Ich musste meinen Lebenslauf verfassen und schriftlich meinen Standpunkt für die Wahrheit darlegen [...]. Das gegen mich eingeleitete Disziplinarverfahren, das bis zur Reichsdirektion von Groß-Deutschland in Berlin ging, dauerte genau ein volles Jahr.“ (EB, S. 14 f.)

Währenddessen arbeitete Richard als Buchhalter. Am 21. März 1939 wurde er nach 18 Dienstjahren vollständig aus dem Postdienst entlassen. Er erhielt weder eine Pension noch den Unterhaltsbeitrag für seinen Sohn Gerhard und auch die Dienstwohnung in Klagenfurt musste er aufgeben.<sup>30</sup>

## Solidarität

Der „Lassnighof“, ein Bauernhof der großen gastfreundlichen Familie Obweger in St. Walburgen im Görtschitztal wurde für die nächsten drei Jahre für ihn, seinen Sohn Gerhard und schließlich seine zweite Frau Maria, die er im Mai 1940 heiratete, und seine Stieftochter Mitzi zum Zuhause und Arbeitsplatz.<sup>31</sup>

Wie kam es dazu, dass Familie Obweger sich so solidarisch gegenüber Familie Heide zeigte? Bereits Anfang der 1920er Jahre kam der junge Richard im Rahmen seiner Arbeit als Briefträger mit Familie Obweger in Kontakt, die damals noch in Oberkärnten (Siflitzberg) zuhause war. Der sehr an der Bibel interessierte Johann Obweger wurde schließlich 1922 ein Zeuge

---

<sup>30</sup> Für einen sehr ähnlichen Fall in Deutschland vgl. Ebenda, S. 169.

<sup>31</sup> Vgl. KLA, AKL-ABT.14 – Opferfürsorge, SCH.19, NR.122: STPL. RKA I 27/47 Anklageverfügung v. 20. 4. 1942.

Jehovas. Obweger und seine Frau Elisabeth hatten fünf Kinder und wurden für ihre Gastfreundschaft besonders bekannt. Vor allem während der NS-Zeit beherbergten sie mehrere Glaubensbrüder, die am Hof nicht nur Arbeit fanden, sondern auch religiöse Gemeinschaft pflegten.

**Richard und  
Maria Heide bei  
der Feldarbeit  
1940**

**Von rechts:  
Maria Heide,  
unbekannt,  
Richard Heide,  
Hermine Liska**

Foto:  
Hermine Liska



Richard Heide machte sich nicht nur in der Landwirtschaft nützlich, sondern unterstützte Johann Obweger auch in bürokratischen Angelegenheiten. Heide schreibt über diese Zeit:

„Nachdem ich auch nach meiner Studienzeit ein Jahr als landwirtschaftlicher Praktikant in einem unserer Familie sehr nahe stehenden

landwirtschaftlichen Betrieb tätig war, kam mir diese Praxis gut zu-  
statten und ich konnte nun bei unserem Bruder Obweger und seiner  
Familie auf seinem Besitz mitarbeiten. [...] Ich übernahm auch die  
Arbeiten mit den Mahlkarten und den verschiedenen Formularen zum  
Ausfüllen während des 2. Weltkrieges mit der Gemeinde, sodass Bru-  
der Obweger dieser Sorge, die für einen Landwirt oft schwierig war,  
enthoben war.“ (EB, S. 15)

Hermine Liska<sup>32</sup>, die Tochter von Johann Obweger, war damals 8 Jahre  
alt und erinnert sich an die Zeit mit Familie Heide, vor allem auch an die  
gemeinsame Schulzeit mit den Kindern Gerhard und Mitzi:

„Unser Glaubensbruder Richard Heide verlor seine Anstellung bei  
der Post. So nahmen meine Eltern ihn und seine Familie auf unseren  
Hof. Beide waren eine große Glaubensstärkung. Richard Heide, den  
wir Kinder Onkel Richard nannten, war ein Musiker. Tante Mitzi sang  
sehr schön und gern. So wurde mit uns Kindern viel gesungen. Auch  
leitete Onkel Richard unsere wöchentlichen Bibelabende, an denen  
10–12 Personen teilnahmen. Es war trotz der äußeren Umstände  
schön. Auch für mich in der Schule war es sicher eine Hilfe, da wir  
zu dritt den Anfeindungen standhielten. Gerhard und Mitzi waren un-  
gefähr in meinem Alter. [...] Mein Bruder Michael starb plötzlich im  
Dezember 1939. Onkel Richard hielt eine tröstende Ansprache beim  
Grab.“<sup>33</sup>

Während dieser Zeit kam es, wie sowohl Richard Heide als auch Hermine  
Liska beschreiben, immer wieder zu Hausdurchsuchungen am Hof. Richards  
Frau hatte bereits in der Tschechoslowakei wegen ihrer religiösen Betätigung  
Hausdurchsuchungen und Schikanen über sich ergehen lassen müssen. Die  
Gestapo vermutete – zu Recht –, dass am Hof der als Bibelforscher bekann-  
ten Familie Obweger heimlich Zusammenkünfte abgehalten wurden als auch  
Literatur versteckt war. (EB, S. 16)

Hermine Liska erinnert sich: „An einem Sonntag im September [1938]  
umstellten vier Männer in SA-Uniform unser Haus. Zwei kamen herein und

---

<sup>32</sup> Vgl. zur Geschichte Hermine Liskas die DVD Hermine Liska – Erziehungsproblem eines  
Diktators, BMUKK 2009. Vgl. <http://medienkatalog.bmukk.gv.at> (28. 11. 2010).

<sup>33</sup> Lila Winkel-Ga, EB Hermine Liska, geb. Obweger, S. 2 f.

durchsuchten alles, vom Keller bis unters Dach. Sie vermuteten eine Zusammenkunft von Zeugen Jehovas.“<sup>34</sup>

### Entzug des Sorgerechts für den Sohn Gerhard

Mit Einführung des Hitlergrußes in der Schule begannen für die Kinder Gerhard, Hermine und Mitzi schwierige Zeiten. Richard Heides Sohn Gerhard erinnert sich:

„Ich ging mit meiner Stiefschwester und Hermine Obweger in St. Walburgen in die gleiche Schulklasse. Wir wurden in der Schule oft ungerecht behandelt und trotz guter Schulkenntnisse in untere Klassen zurückversetzt. Herr Obweger und mein Vater wurden schließlich wegen ihrer Kinder und deren religiösen Haltung vom Landrat St. Veit/Glan vorgeladen. Mein Vater erhielt schließlich einen Beschluss vom Gericht, dass ihm das Kind weggenommen werde.“<sup>35</sup>

Richard Heide berichtet, dass er mit den Lehrern von Gerhard zahlreiche Konflikte austrug und schließlich einen Beschluss des Bezirksgerichts Eberstein erhielt, in dem es hieß: „Es ist gefährlich, ihn (das Kind) in der Obhut seines Vaters, der Bibelforscher ist, zu belassen, da er seinem Sohn verbietet, den Hitlergruß zu leisten und die Lieder der Nation zu singen.“ (EB, S. 17)

1941<sup>36</sup> wurden Gerhard so wie auch Hermine Obweger von den Eltern weggeholt. Hermine kam in das Erziehungsheim Wayern bei Feldkirchen, etwa 50 Kilometer von zuhause entfernt, und schließlich in ein Heim nach München.<sup>37</sup> Die Stieftochter Mitzi kam zu Verwandten des leiblichen Vaters nach Wien. Gerhard musste nicht ins Heim, da sich seine Tante Anna, die Mitglied der NSDAP war, für ihn einsetzte. Er kam zuerst zu verschiedenen nationalsozialistischen Familien, deren Erziehungsmethoden jedoch keine Erfolge zeitigten. Dadurch kam es immer wieder zu Problemen in der Schule. Schließlich kam Gerhard zusammen mit seiner Schulklasse in ein Kinder-

---

<sup>34</sup> Lila Winkel-Ga, EB Hermine Liska, S. 2.

<sup>35</sup> Lila Winkel-Ga, EB Gerhard Heide, S. 1.

<sup>36</sup> Vgl. Lila Winkel-Ga, EB Hermine Liska. Dort und bei Malle (Kärntens vergessene Opfer der NS-Zeit, S. 98) wird die Wegnahme ins Jahr 1942 eingeordnet. Die Wegnahme muss jedoch vor der Verhaftung des Vaters im Jänner 1942 passiert sein.

<sup>37</sup> Vgl. Lila Winkel-Ga, EB Hermine Liska, S. 3 ff.

landverschickungslager nach Lienz in Osttirol, wo er bis Kriegsende 1945 blieb.<sup>38</sup>

### Wehrdienstverweigerung

Anfang Jänner 1942 bekam der nun 40-jährige Richard Heide seine Einberufung zum Wehrmeldeamt St. Veit, der er am 13. Jänner 1942 auch Folge leistete. Dort wurde er am 15. Jänner 1942 an die Luftnachrichten Ersatzabteilung III/17 in Wien X überwiesen. Da bereits kurz nach Kriegsbeginn die ersten Kärntner Zeugen Jehovas als Wehrdienstverweigerer hingerichtet wurden, wusste Richard, was auf ihn zukommen würde.<sup>39</sup> Dennoch meldete er sich bei seinem Vorgesetzten und verweigerte am 16. Jänner 1942 den Wehrdienst und insbesondere den Fahneneid.<sup>40</sup> Die Urteilschrift beschreibt ausführlich den Grund der Verweigerung:

„Er fand sich ordnungsgemäß beim Wehrmeldeamt in St. Veit ein, und wurde am 15. 1. 1942 zur Ln.Ersatz-Abt. III/17 Wien X überwiesen. Am 16. 1. 1942 meldete er sich beim diensthabenden Unteroffizier zum Rapport. Dem Oberleutnant Bergleiter vorgeführt erklärte er, dass er den Wehrdienst verweigere, weil sein Glauben ihm dies verbiete; er könnte weder den deutschen Gruß erweisen, noch den Fahneneid leisten, weil er Gott gegenüber einen Eid geschworen hätte, von dem ihn Menschen nicht entbinden könnten, er wäre aber bereit, jeden anderen Dienst, der nicht im Gegensatz zu den Geboten stände, zu leisten.“<sup>41</sup>

Nach einer Rückfrage beim Feldgericht des Kommandierenden Generals im Luftgau XVII wurde Heide von Groß-Enzersdorf zur Untersuchungshaft in die Standort-Arrestanstalt Wien X gebracht. Am 3. Februar 1942 ordne-

---

<sup>38</sup> Vgl. Lila Winkel-Ga, EB Gerhard Heide und EB Richard Heide.

<sup>39</sup> So wurde Gregor Wohlfahrt sen. aus Köstenberg am 7. 12. 1939 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Vgl. Marcus Herrberger (Hrsg.), *Denn es steht geschrieben: „Du sollst nicht töten!“*. Die Verfolgung religiöser Kriegsdienstverweigerer unter dem NS-Regime mit besonderer Berücksichtigung der Zeugen Jehovas (1939–1945), Wien 2005 [= Schriftenreihe Colloquium 12], S. 417.

<sup>40</sup> Vgl. MHA Prag, Sig.: U-G, 00909/42: Feldurteil v. 4. 6. 1942 StPL. (RKA)I 27/42: Heide-Mattkey, Richard, S. 2.

<sup>41</sup> Ebenda, S. 2.

te der Oberreichskriegsanwalt die Überstellung per Zug nach Berlin-Tegel an.<sup>42</sup>

Richard Heide beschreibt seine Verhaftung und Überstellung: „Ich weierte mich gleich zu Beginn, den Hitlergruß zu leisten, wurde in Zivilkleidung ins Militärgefängnis Wien 10, Hartmuthgasse 42 gebracht, und von dort nach ca. 10 oder 14 Tagen, in Begleitung von zwei Unteroffizieren nach Berlin-Tegel zum dortigen Militärgefängnis eskortiert.“ (EB, S. 17) Zusammen mit den beiden Unteroffizieren hatte er ein eigenes Zugabteil, wohingegen andere Fahrgäste dicht gedrängt auf dem Gang die Fahrt in der Nacht verbringen mussten. (EB, S. 17 f.)

### Vor dem Reichskriegsgericht

Die nächsten 5 1/2 Monate sind geprägt von Verhören, Schikanen und Miss-handlungen. Richard Heide beschreibt den Gefängnisalltag, aber auch Kontakte mit anderen Zeugen Jehovas:

„Dieses Gefängnis war sehr groß, hatte 4–5 Stockwerke, im Rechteck mit zwei gegenüberliegenden steinernen Treppenaufgängen. Der mittlere Teil war mit einem eisernen Geländer versehen, von wo man schachtartig bis hinunter ins Parterre blicken konnte. Gleich bei meiner einleitenden Meldung, bei den verschiedenen Abteilungen, Wäscheabteilung und anderen, wurde ich mit Spott und Schmähschimpfnamen begrüßt. ‚Ein neuer Bibelforscher ist da!‘ ‚Denen gehört ein Topf mit siedendem Wasser über den Kopf gegossen, damit sie nüchtern werden.‘ Nach ca. 20–25 Minuten war ich dann in einer Einzelzelle im 2. Stock untergebracht. Das von Wien mitgebrachte Brot durfte ich in meine Zelle mitnehmen, worüber ich sehr froh war, denn die dort zugeteilte Brotration war sehr knapp. Was mich aber am meisten freute, war, dass ich meine kleine Luther-Perlbibel mitnehmen durfte. [...]

Im Verlauf dieser Zeit wurde ich auch mit anderen Gefangenen in einem Kastenwagen, der nur nach hinten ein kleines Fenster hatte, zu den einzelnen Verhandlungen zum Reichskriegsgericht gefahren. Da in diesem Gefängnis mehrere hundert Strafgefangene, auch we-

---

<sup>42</sup> Vgl. ÖStA/AdR/05/DWM: Heide-Matthey [Mattkey], Richard.

gen anderer Delikte, vorhanden waren, kam ich insgesamt nur zwei oder dreimal zu den einzelnen Verhören beim Reichskriegsgericht. Einmal im Tag wurden wir auch zu einem Rundgang oder manchmal Rundlauf im Kasernenhof aufgefordert. Dort bemerkte ich auch einen mir bekannten Glaubensbruder aus der Steiermark, dessen Namen ich aber heute nicht mehr genau weiß.<sup>43</sup> Einmal schrie man denselben an, dass er seine Schuhe nicht geputzt hätte. Als er erwähnte, dass er keine Schuhpaste habe, antwortete der diensthabende Wärter: „Das geht mich gar nichts an! Schmieren Sie sie mit Bibelversen!“ Ich ließ ihm dann von meiner Schuhpaste ein Viertel, durch einen älteren, freundlicher gesinnten Wärter zukommen.“ (EB, S. 18)

Die Behandlung während der Haft dürfte dem von Natur aus sehr sensiblen Musiker und tief religiösen Mann Richard Heide sehr zugesetzt haben. Die Nationalsozialisten versuchten mit allen erdenklichen Mitteln, Kriegsdienstverweigerer von ihrem Standpunkt abzubringen, um weitere Soldaten zu rekrutieren.<sup>44</sup> Richard Heide wurde offensichtlich ebenso massiv bedrängt und sein Kampf mit seinem eigenen Gewissen ging an die Grenze der Belastbarkeit:

„Während dieser 5[-]1/2[-]monatigen Haft war ich auch verschiedenen Schikanen ausgesetzt, wurde auch misshandelt, indem der sogenannte ‚Spieß‘ mir mit seinen Fäusten auf meinen Kopf trommelte, sodass ich zeitweise bewusstlos war. Ich erlitt in dieser Zeit auch zweimal einen Nervenzusammenbruch.“ (EB, S. 18)

Die Urteilsschrift des Reichskriegsgerichts bestätigt seine Aussage und lässt deutlich erkennen, dass Richard Heide bis zur Hauptverhandlung durch diese grausame Behandlung offensichtlich erfolgreich dazu gebracht wurde, seine kriegsdienstverweigernde Haltung aufzugeben:

„Der Angeklagte bat, ihm seine bisherige Haltung nicht anrechnen zu wollen[,] und erklärte zur Frage, warum er seine schriftliche Bereitwilligkeit, Wehrdienst zu leisten, später widerrufen hätte, dass ihm

---

<sup>43</sup> Zur selben Zeit wie Richard Heide waren mehrere steirische Zeugen Jehovas in Berlin-Tegel inhaftiert, wie z. B. Wilhelm Letonja (vgl. Herrberger, *Denn es steht geschrieben*, S. 123, 323, 400) und Johann Stefanc (Vgl. Ebenda, S. 114, 423).

<sup>44</sup> Vgl. Ebenda, S. 163–167.

seine Gesinnungsänderung einen schweren und harten Kampf gekostet hätte; er hätte tagelang in seiner Zelle mit sich gerungen und schließlich, nachdem er sich zum Wehrdienst entschlossen hätte, einen Nervenzusammenbruch gehabt, an dem er wenigstens 4 Tage gelitten hätte. Am vierten Tage wäre er vom Untersuchungsführer vernommen worden und hätte offenbar infolge seiner Nervenzstörungen seine Bereitwilligkeit wieder zurückgezogen.“<sup>45</sup>

Richard wurde vom Richtersenaat (Barwinski, Arps, v. Goedel, Galle, Ranft) am 18. Juni 1942 als „ein minder schwerer Fall“ aufgrund seines „glaubhaften“ und „als Folge eines inneren Kampfes erfolgten Gesinnungswechsels“ wegen „Zersetzung der Wehrkraft“ zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.<sup>46</sup>

In der Urteilsbegründung heißt es: „Der Angeklagte, der zweifellos über dem Durchschnitt begabt ist, ist offensichtlich unter dem Einfluss seiner Umwelt der Irrlehre der ersten Bibelforscher verfallen. Erst nach schweren inneren Kämpfen, die er glaubhaft geschildert hat, ist er zu seinem Gesinnungswechsel gekommen. Wie sehr er dadurch erschüttert worden ist, bestätigt der Nervenzusammenbruch, den er danach in seiner Zelle erlitten hat. Aus allen diesen Gründen erachtet der Senat eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten für eine ausreichende und angemessene Sühne für die zeitweise Verweigerung des Wehrdienstes.“<sup>47</sup> Bestätigt wurde das Urteil am 22. 6. 1942 in Vertretung durch Generalleutnant Ferdinand von Bock v. Wülffingen und bis zur Beendigung des Krieges zur Bewährung ausgesetzt.

### Kriegsdienst, Beschäftigung in einer Maschinen- und Apparatefabrik

Richard Heide wurde laut Entlassungsschein zurück zu seiner Einheit nach Groß-Enzersdorf überstellt.<sup>48</sup> Offenbar wurde er danach in den aktiven mi-

---

<sup>45</sup> MHA Prag, Sig.: U-G, 00909/42: Feldurteil v. 4. 6. 1942 StPL. (RKA)I 27/42: Heide-Mattkey, Richard, S. 3.

<sup>46</sup> Zur Diskussion, wann ein Kriegsdienstverweigerer nicht zum Tode, sondern als „minder-schwerer Fall“ eingestuft wurde und der Todesstrafe entging, vgl. Herrberger, Denn es steht geschrieben, S. 113–116.

<sup>47</sup> MHA Prag, Sig.: U-G, 00909/42: Feldurteil v. 4. 6. 1942 StPL. (RKA)I 27/42, S. 4.

<sup>48</sup> KLA, AKL-ABT.14 – Opferfürsorge, SCH.19, NR.122, Richard Heide, Entlassungsschein vom 25. 6. 1942.

litärischen Dienst übernommen, da sein Sohn Gerhard sich erinnert, dass ihn sein Vater im Jahr 1942 in Pörtschach in Uniform gekleidet besuchte. Er war wieder den Funkern zugeteilt worden.<sup>49</sup>

Der genaue Verbleib und Werdegang Richard Heides während des Krieges konnte nicht genau geklärt werden. In jedem Fall wäre bei einer erneuten Verweigerung mit einer sofortigen Wiederanklage zu rechnen gewesen. Wieso Heide nicht direkt an die Front geschickt wurde, wie es normalerweise bei wegen Wehrkraftzersetzung Verurteilten üblich war, lässt sich nicht mit Gewissheit erklären.<sup>50</sup> Denkbar wäre es, dass er durch seine Nervenzusammenbrüche im Gefängnis nicht mehr für voll kriegsverwendungsfähig gehalten wurde und deshalb in einem kriegswichtigen Betrieb eingesetzt wurde. Laut Richard Heides eigenen Aufzeichnungen wurde er ab Juli 1942 in einer Maschinen- und Apparatefabrik in Dömitz, Oberschlesien, eingesetzt. (EB, S. 18)

Heides Frau besuchte ihn laut seinen Angaben und blieb bis Kriegsende: „Während dieser Zeit besuchte mich meine Frau und blieb bei mir im selben Ort, indem sie in einem Haushalt eine passende Beschäftigung fand. Wir kamen dann u. a. auch zum Ernteeinsatz in eine Großgärtnerei, mit sehr großen Feldern, ca. 20 Glashäusern, im Kreis Ludwigslust. Da die damaligen Verhältnisse sehr unsicher waren, ließ ich meine Frau nicht heimfahren. Auch besetzten dann die Russen dieses Gebiet.“ (EB, S. 18) Beide wohnten als Flüchtlinge in jener Großgärtnerei, wo sie auch notdürftig untergebracht waren und sich selbst versorgen mussten. Sohn Gerhard bestätigt, dass seine Stiefmutter zu seinem Vater reiste und durch ihre Unterstützung sein Vater in seiner doch erschütterten Glaubenswelt erneut seinen Weg fand und wieder zu Kräften kam.<sup>51</sup>

## Nachkriegszeit

Mitte November 1945 kehrte Richard mit seiner Frau zurück nach Klagenfurt, wo die Familie mit den Kindern wieder vereint wurde. Ab Jänner 1946

---

<sup>49</sup> Interview mit Gerhard Heide.

<sup>50</sup> Der Steirer und Zeuge Jehovas Johann Stefanc wurde am 9. 7. 1942 vom Reichkriegsgericht zu zwei Jahren Gefängnis, ausgesetzt zur Feindbewahrung verurteilt. Er wurde an die Front geschickt und fiel am 4. 10. 1944 in Finnland. Vgl. Herrberger, Denn es steht geschrieben, S. 114, Fn.113.

<sup>51</sup> Interview mit Gerhard Heide.

wurde er unter Anrechnung seiner 6-jährigen Unterbrechung bei der Post angestellt.

Gemäß der eigenen Aussage Richard Heides wurden alle während der NS-Zeit gegen seinen Sohn gerichteten Verordnungen und Beschlüsse nach 1945 aufgehoben. (EB, S. 17) Am 31. Jänner 1952 wurde ihm die Amtsbescheinigung ausgestellt, womit er als Opfer des NS-Regimes anerkannt wurde.<sup>52</sup>

Die folgenden Jahre bis zu seiner Pensionierung waren geprägt von seiner Arbeit als Postbeamter, aber auch von seiner Betätigung als aktiver Zeuge Jehovas. Wie sein Sohn Gerhard erzählte, wurde nach dem Krieg über die Verfolgungszeit innerhalb der Familie nicht viel gesprochen. Die Musik spielte aber wieder eine große Rolle in seinem Leben. Seine Religiosität, sein Humor und seine Lebensfreude halfen ihm offensichtlich, die Verfolgungszeit zu verarbeiten.<sup>53</sup>

Sein Sohn Gerhard wurde ebenfalls ein Zeuge Jehovas, der als Absolvent der Missionarschule Gilead der Zeugen Jehovas sein ganzes Leben in den Dienst der Glaubensgemeinschaft stellte. Dies hebt Richard Heide in seinem autobiographischen Bericht hervor, da es ihn offenbar mit Stolz erfüllte. (EB, S. 20) Am 18. Mai 1968 starb seine Frau. Danach zog Richard Heide zu seinen Schwestern nach Murau, wo er ebenfalls mithalf, eine Versammlung der Zeugen Jehovas aufzubauen, und wo er bis zu seinem Lebensende blieb. Schließlich heiratete er ein drittes Mal. Richard Heide verstarb am 2. Jänner 1974<sup>54</sup> in seinem 72. Lebensjahr aufgrund eines Krebsleidens.

Das Urteil des Reichskriegsgerichts wurde auf Antrag der Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas am 16. August 2005 aufgehoben.<sup>55</sup>

## **Analyse der Autobiographie**

Die Gattung der Autobiographie lässt sich mit Jürgen Lehmann als Textsorte, „durch die ihr Autor in der Vergangenheit erfahrene innere und äußere Erlebnisse sowie selbst vollzogene Handlungen in einer das Ganze zusammenfas-

---

<sup>52</sup> KLA, AKL-ABT.14 – Opferfürsorge, SCH.19, NR.122.

<sup>53</sup> Interview mit Gerhard Heide.

<sup>54</sup> KLA, AKL-ABT.14 – Opferfürsorge, SCH.19, NR.122.

<sup>55</sup> Lila Winkel-Ga Richard Heide, Beschluss des LG Wien.

senden Schreibsituation sprachlich in narrativer Form so artikuliert, daß er sich handelnd in ein bestimmtes Verhältnis zur Umwelt setzt“, definieren.<sup>56</sup>

Richard Heides autobiographischer Text entstand auf Grund eines konkreten Anlasses – nämlich des oben erwähnten Anleitungsbriefes für die Sammlung von Lebensberichten aus dem Jahr 1970. Es handelt sich um ein eigenhändig angefertigtes Typoskript mit 27 paginierten Seiten (Begleitschreiben nicht paginiert, Seite 23 übersprungen). Der Bericht ist an die Wachturmgesellschaft selbst gerichtet, die auch als impliziter Leser angenommen werden kann. Im Begleitschreiben, das wie eine Vorrede wirkt, ordnet Heide seine schriftlichen Äußerungen ein: „Wie versprochen, freue ich mich, Euch den Geschichtsbericht, der gleichzeitig meinen Lebensbericht in Verbindung mit der theokratischen [religiösen] Tätigkeit in den 49 Jahren, die nun bereits ‚Geschichte‘ geworden sind, zu übermitteln.“ (EB, S. 0) Der Anspruch, die große Entwicklung der Geschichte am exemplarischen Leben des Einzelnen abzubilden, ist ein biographischer Topos.<sup>57</sup> Die Freude, das eigene Leben als erlebte Geschichte darzustellen, wird von Heide an mehreren Stellen betont. Auch topisch ist die Versicherung, „denselben möglichst genauso wiederzugeben, wie ich ihn tatsächlich erlebt habe“. (EB, S. 0) Wobei hier auffällt, dass es sich nicht um einen allgemeinen Wahrheitsanspruch handelt („wie es war“), sondern sich Richard Heide sehr wohl der Perspektivität des eigenen Erzählens bewusst scheint. Wenn Richard Heide sein Begleitschreiben mit dem Gruß „Euer Bruder und Mitzeuge“ (EB, S. 0) schließt, kann dies nicht nur als idiomatische Verwendung innerhalb der Gemeinschaft, sondern auch im Sinne eines „Zeugnis-Ablegens“ und „Bezeugens“ gedeutet werden.

Die „Wachturmgesellschaft“ als impliziter Leser lässt sich im Text wiederholt festmachen. Wenn überkommene religiöse Praktiken innerhalb der Gemeinschaft (beispielsweise die Verwendung eines Kreuz-und-Krone-Abzeichens, EB, S. 4) kommentiert werden, zeigt sich daran die Erfüllung einer präsupponierten Norm auf Seiten des Lesers. Aber auch die Verwendung von Wendungen wie „Das ist immer eine große Freude, wenn wir so alte Brüder aus jener Zeit noch lebend antreffen, besonders wenn sie noch in derselben

---

<sup>56</sup> Jürgen Lehmann, *Bekennen – Erzählen – Berichten. Studien zur Theorie und Geschichte der Autobiographie*, Tübingen 1988, S. 36.

<sup>57</sup> Zur Formulierung dieses Topos bei Dilthey und den damit verbundenen Implikationen vgl. Bernhard Fetz, *Die vielen Leben der Biographie*, in: Ders. (Hrsg.), *Die Biographie – Zur Grundlegung ihrer Theorie*, Berlin–New York 2009, S. 25.

Weise mit der Organisation verbunden sind.“ (EB, S. 5) lassen sich als Rezipientenbezug deuten.

Heides Text wechselt oft zwischen der ersten Person Singular und der ersten Person Plural. Das „Wir“ kann dabei unterschiedliche Bedeutungen haben: 1) Kann es für die Familie Heide stehen. 2) Für die damals erlebte Gemeinschaft der Zeugen. 3) Für die Gemeinschaft – inklusive dem abstrakten Rezipienten „Wachturmgesellschaft“ und 4) als intimes „Wir“ zwischen Richard Heide und seiner zweiten Ehefrau.

Der autobiographische Bericht setzt mit dem Wort „Unsere“ ein – womit die Bedeutung der (Familien-/Religions-)Gemeinschaft für Heide bereits festgemacht wird. Überhaupt ähnelt die Schilderung der Familie sehr stark der Schilderung der Religionsgemeinschaft und verschwimmt zum Teil. Manchmal lässt sich das „Wir“ nicht genau festmachen oder es wird über Glaubensbrüder gesagt: „Sie gehörten mit zur Familie.“ (EB, S. 10) Heide erzählt nicht von seiner Geburt an, sondern beginnt mit dem „Erweckungserlebnis“. Nach einer kurzen Schilderung der religiösen Interessen seiner Familie wechselt Heide in die erste Person Singular und beschreibt seine Begeisterung beim ersten Kontakt mit den Bibelforschern, als er 20 Jahre alt war.

Immer wieder legt Heide in seinen Bericht Biographien von Personen ein, die er damals traf, wobei mit diesen Biographien oft Linien bis in die damalige Jetztzeit hinaufgezogen werden. Dabei tritt die subjektive Perspektive zurück und es werden kolportierte oder im Nachhinein recherchierte Details mit einbezogen.<sup>58</sup> Bei der Schilderung eines Besuchs von Joseph Rutherford<sup>59</sup> fügt Heide eine interessante Reflexion ein: „Ob ich die nun folgende Begebenheit [...] persönlich miterlebt habe, oder dieselbe uns durch die Zeitschriften geschildert wurde, kann ich leider nicht mit Bestimmtheit sagen.“ (EB, S. 9)

Heides Text ist entlang mehrerer Linien strukturiert: Die Familie ist eines der wichtigsten strukturgebenden Elemente. Über den Vater wird das zweite Strukturmerkmal eingeführt, nämlich der Postdienst. Der Vater und sein missionarisches Bemühen werden in Verbindung mit dem Postdienst geschildert, wobei die Ähnlichkeit der Tätigkeiten (Missionieren bzw. Post zustellen) augenfällig ist. Bis zur Entlassung im Jahr 1938 bilden der Postdienst

---

<sup>58</sup> Zum Beispiel das Ehepaar Kopatsch (S. 5 f.), Rutherford und Wetzel (S. 8 ff.). Zu diesem Verfahren der „Selbstdarstellung durch Fremdcharakterisierung“ vgl. Manfred Mittermayer, Die Autobiographie im Kontext der ‚Life Writing‘-Genres, in: Fetz (Hrsg.), Die Biographie, S. 79.

<sup>59</sup> Präsident der Wachturm-Gesellschaft von 1917 bis 1942.

und seine Chronologie das ordnende Element in Heides Text. Wenn diese Chronologie durch Abschweifungen gestört wird, neigt der Text dazu, ankerartige Neuansätze vorzunehmen. Beispielsweise wird vom Postdienst in Bleiburg 1929 und dem anschließenden 6-jährigen Dienst in Klagenfurt erzählt, wobei danach die missionarischen Erfolge bis in die Jetztzeit aufgeführt werden. Danach folgt ein Absatz und – unterstrichen – der Satz: „Am 12. 07. 1922 wurden 5 Personen, meine beiden Eltern, eine meiner Schwestern, Br. Ganster und ich im Wörthersee, in der Nähe von Sekirn, auf der Südseite getauft.“ (EB, S. 2) Ähnlich verfährt Heide auch mit der Wiederaufnahme der Textstruktur, indem er seine Versetzungen im Postdienst als Fixpunkte benutzt.

In der Schilderung der Mission bilden die Konfrontationen mit Geistlichen den wichtigsten Teil. Sie werden sehr extensiv, teils dialogisch geschildert. Dabei werden die Geistlichen meist als moralisch zweifelhafte Personen dargestellt und es entsteht eine Charakterisierung des Schreibers ex negativo.<sup>60</sup> Heide kommentiert dieses Verhalten selten, sondern schreibt „Ich dachte mir meinen Teil davon!“ (EB, S. 2, 8) Heide versichert, dass die Mission seine Beamtenätigkeit nicht behindert hat. Mehrmals betont er: „Auf jeden [sic!] Postamt, wo ich meiner über über [sic!] 40jährigen Dienstzeit meinen Dienst versah, konnte man mir nie vorwerfen, daß ich, dadurch, daß ich da und dort etwas von meiner Glaubensansicht, Menschen mit hörenden Ohren mitteilte, – meinen Postdienst vernachlässigt hätte, oder daß sich deshalb Leute beim Postamt beschwerten.“ (EB, S. 7)

Bei alldem bleibt der Text dem Schreiber seltsam äußerlich. Nur an manchen Stellen tritt die Schilderung von persönlichen Gefühlen in den Vordergrund – beispielsweise bei einer als Glaubensprüfung wahrgenommenen Situation, als Heide von seinem Verhältnis zur Musik spricht (EB, S. 12). Die eigentliche Prüfung bleibt im Text jedoch eine Leerstelle – sein Engagement in Unterhaltungsbands und das damit verbundene Zerbrechen der ersten Ehe werden nicht thematisiert.

Auf die eigentlichen Verbotszeiten der Gemeinschaft bzw. die großen Systemwechsel der 1930er Jahre geht Heide sehr indirekt ein, Geschichte findet sozusagen als Nebensache statt. Die Verfolgungszeit unter Dollfuß wird in einem Absatz im Kollektiv der ersten Person Plural erzählt. Noch radikaler ist dieses Verfahren bei der Schilderung des Anschlusses 1938: „[...] in der folgenden Zeit entstand ein 3 Jahre dauernder Briefwechsel [mit seiner spä-

---

<sup>60</sup> Alkohol (S. 2), Leben wie ein Gutsbesitzer (S. 8), Literatur erotischen Inhalts (S. 8).

teren Frau]. In deren Zwischenzeit war in Österreich der Regierungswechsel Dollfuß und Schuschnig [sic!], zur NS.Periode, wo Hitler und seine Schaaaren [sic!] am 13. März 1938 Österreich besetzten. [...] Aber auch während dieser kritischen Zeit hielten wir unseren Briefwechsel mit kurzen Unterbrechungen aufrecht.“ (EB, S. 14) Breiten Raum nimmt dagegen die kurz nach dem Anschluss erfolgte Suspendierung vom Postdienst ein, die Heide gleich im Anschluss auf fast einer ganzen Seite beschreibt.

Mit der Entlassung aus dem Postdienst wird die Ehe zum bestimmenden Strukturmerkmal der Erzählung. Wobei hier die Leerstellen in seiner Erzählung besonders radikal sind, von der ersten Ehe und der Vorgeschichte des Sohnes Gerhard erfahren die LeserInnen kaum etwas. Auch spiegelt Heide die historischen Geschehnisse im Privaten, so ließ „während dieser Zeit der Zweite Weltkrieg mit seinen Begleiterscheinungen auch unser glückliches Eheverhältnis nicht ungeschoren“. (EB, S. 16) Mit dieser Verschiebung nimmt dann die Schilderung über die Wegnahme seines Sohnes Gerhard großen Raum ein. Diese Verfolgungserfahrung wird durchwegs im Kollektiv der 1. Person Plural erzählt.

Die Erzählung der eigenen Inhaftierung und Überstellung an das Reichskriegsgericht organisiert Heide eher um logistische Details herum. So beschreibt er die Fahrt nach Berlin und das Gefängnisgebäude selbst sehr ausführlich, weniger jedoch die konkrete Behandlung. In einer Nachschrift zum Bericht fügt Heide zwei Leseerfahrungen seiner Haftzeit in Berlin ein, wobei es sich um sagenähnliche Geschichten handelt, die er sehr extensiv nacherzählt und die ihm offenbar sehr präsent geblieben sind. Die Verhandlungen selbst und das Urteil bleiben eine Leerstelle, der Text hat hier einen offenkundigen Bruch. Dieser wird, wie teilweise an anderer Stelle auch, durch eine Punkt-Strich-Linie markiert.

Völlig ausgespart bleibt die Zustimmung vor dem Reichskriegsgericht den Wehrdienst zu leisten und die darauf folgende Rücküberstellung an die Truppeneinheit. Lapidar nimmt Heide im nächsten Absatz das Geschehen wieder auf, als würde er ein Arbeitsverhältnis antreten: „In der folgenden Zeitperiode erhielt ich Beschäftigung in einer Maschinen- und Apparatefabrik.“ (EB, S. 18) Die Zeit in Dömitz geht fließend in die Befreiung über. Diese wird wieder indirekt eingebracht, indem Heide die Begegnung mit einem Zeugen Jehovas, der in Ravensbrück befreit worden und auf dem Heimweg war, beschreibt. Diese Begegnung dient als Versöhnungserlebnis mit stark religiöser Komponente.

Die Erzählung der Nachkriegszeit setzt mit der Wiedereinstellung in den Postdienst ein, so als fände der Text wieder zu seiner „normalen“ Struktur

zurück. Die Schilderung der Nachkriegszeit ist vom ehelichen „Wir“, von der Gemeinschaftserfahrung und von Missionserfahrungen geprägt. Die Retrospektive ist dabei für Heide eine sehr positive: „Welch erhebendes Gefühl und welche Freude erfüllt es mich [sic!], auf jene bescheidenen Anfänge aus dem Jahre 1922, und seiner großen Ausbreitung seither miterlebt zu haben.“ (EB, S. 22)

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Heides Text in einem dialogischen Verhältnis zu autobiographischen Texten in den Veröffentlichungen der Zeugen Jehovas steht – sowohl strukturell als auch sprachlich. Der Text pendelt, nach der Typologie Jürgen Lehmanns, zwischen bekennender Autobiographie, da die Sprechergestalt stark profiliert wird und die Rezipientenposition stark antizipiert wird, und berichtender Autobiographie, bei der das Informationsbedürfnis eines Rezipienten und prozessuale Abläufe im Vordergrund stehen.<sup>61</sup> Des Weiteren ist der Text stark von der beruflichen Tätigkeit als Postbeamter geprägt. Sehr viel Raum nehmen Personen ein, die entweder bekannte Zeugen Jehovas oder außenstehende Personen sind, über die die Gemeinschaft der Zeugen Jehovas charakterisiert wird. In Heides Text werden historische Abläufe stark gerafft und über den Spiegel des Privaten nur angedeutet. Seine Schilderung der Haft in Berlin und der anschließenden Arbeit weist große Leerstellen auf, die schnell mit der Schilderung der Ehegemeinschaft und der religiösen Gemeinschaft geschlossen werden.

## Fazit

Wie der einleitende Literaturüberblick gezeigt hat, gibt es auf dem Gebiet der biographischen Forschung zum Widerstand der Zeugen Jehovas bereits eine Vielzahl von Lebensberichten, die den Widerstand und die Verfolgung sowie die damit verbundenen religiösen Kämpfe der einzelnen Gläubigen von verschiedensten Perspektiven beleuchten. Trotzdem ist immer noch viel Forschungsarbeit zu leisten, im Sinne eines Hinausgehens über die reine Betroffenenheit vom Leid der Opfer, hin zu einer Aufarbeitung der individuellen Motivationen und Sinnkonstruktionen und zu einer Einordnung dieser lebensgeschichtlichen Forschungen in größere Zusammenhänge. Das von uns analysierte Beispiel der Biographie und Autobiographie Richard Heides soll einen ersten Schritt in diese Richtung darstellen und neue Betrachtungswei-

---

<sup>61</sup> Vgl. Lehmann, Bekennen – Erzählen – Berichten, S. 60 f.

sen auf die individuelle Sinnggebung des Widerstandshandelns der ZeugInnen Jehovas eröffnen. Die Biographie Heides bietet wichtige Einblicke in die gewissensmäßige Belastung, der die einzelnen ZeugInnen Jehovas im Widerstand gegen den Nationalsozialismus oft ausgesetzt waren. Das Ausloten der Spielräume – sowohl des Systems als auch des eigenen Gewissens – wurde zu einer Belastung, die sie an die Grenzen ihrer mentalen Belastbarkeit führte. Gleichzeitig bietet die Analyse des autobiographischen Textes auch die Möglichkeit, die Integration dieser Konflikte und die Konstruktion einer kohärenten Lebenserzählung zu analysieren. Besonders wichtig dabei erweist sich der Solidarzusammenhang der Glaubensgemeinschaft, der den Einzelnen die Möglichkeit gab, ihr Handeln in einem größeren Zusammenhang zu verorten und das eigene Erlebte sinnhaft zu deuten. Die Biographie wurde nicht zuletzt gewählt, um darzustellen, wie extrem sich die Handlungsspielräume für die damaligen ZeugInnen Jehovas darstellten: „entweder alles oder gar nichts“.

---

MARIANNE BAUMGARTNER

**DAS THERESIENSTÄDTER  
KÜNSTLERPAAR ERIKA UND  
CARLO TAUBE**

**Eine biographische Spurensuche**

Anfangen hatte die Spurensuche nach Erika und Carlo Taube im Herbst 2007, als eine Kollegin mich fragte, ob ich für ein lexigrafisches Projekt Biographien von verdienstvollen Personen unseres Landes erstellen wollte, vor allem von Frauen, da diese in den bisherigen Ausgaben erheblich unterrepräsentiert seien. Dem Auftrag nach gab es keine inhaltlichen Vorgaben dessen, was als verdienstvoll anzusehen wäre: Die zu beschreibenden Personen sollten zwischen 1815 und 1945 gelebt haben, einen Bezug zu Österreich haben und mit einem Werk, einer Leistung an die Öffentlichkeit getreten sein. Darüber hinaus sollten die Namen die alphabetische Reihe der Anfangsbuchstaben von T bis Z umfassen. Da ich ein biographisches Dissertationsprojekt über Wiener Schriftstellerinnen zwischen 1885 und 1938 bearbeite, lag es nahe, mich unter den literaturschaffenden Frauen umzusehen.

Die Theresienstädter Lyrikerin Erika Taube

Von Erika Taube hatte ich bis zu dem Zeitpunkt, da ich sie im „Handbuch österreichischer Autorinnen und Autoren jüdischer Herkunft“<sup>1</sup> fand, nie zuvor gehört. Dem Eintrag nach war sie am 18. Juli 1913 in Wien geboren und 1942 in das Ghetto Theresienstadt deportiert worden, wo sie das „Theresienstädter Skizzenbuch“ verfasst und gemeinsam mit ihrem Mann an den dortigen „Kleinkunstveranstaltungen“ teilgenommen hatte. Als den zu ihr gehörenden Mann konnte ich den Komponisten und Dirigenten Carlo Taube, dem genannten Handbuch nach am 4. Juli 1897 in Galizien geboren und 1942 nach Theresienstadt deportiert, zuordnen. Er war mit der „Theresienstädter

---

<sup>1</sup> Susanne Blumesberger et al., Handbuch österreichischer Autorinnen und Autoren jüdischer Herkunft. 18.–20. Jahrhundert, 3 Bde., Wien 2002, Bd. 3, S. 1363.

Suite“ und dem Lied „Ein jüdisches Kind“ – nach einem Text von Erika Taube – hervorgetreten.<sup>2</sup> Beide wurden im Herbst 1944 nach Auschwitz deportiert, sie überlebten die Verfolgung nicht.

Wer war Erika Taube, woher kam sie, wie hieß sie mit Mädchennamen? Hatte sie in Theresienstadt zu schreiben begonnen oder bereits in ihrem Leben zuvor? Und wer war Carlo Taube? Woher kam er? Wann und wo lernte das Ehepaar sich kennen, wo lebten sie vor ihrer Internierung? Und wie waren sie an den Ort, den Ruth Klüger als den „Stall, der zum Schlachthof gehörte“<sup>3</sup> bezeichnet, gekommen?

### **„Theresienstädter Skizzenbuch“**

Eine erste Spur zu Erika Taube führt zu dem „Theresienstädter Skizzenbuch – Gedanken im Ghetto“, das Jarmila Škochová 1985 in ihrem Beitrag „Literarisches Schaffen von Häftlingen in Theresienstadt“ in der Zeitschrift des Jüdischen Museums in Prag beschrieben hat.<sup>4</sup> Darin stellt sie Erika Taube und ihren Mann Carlo als bekannte Persönlichkeiten des „Theresienstädter Kulturlebens“<sup>5</sup> vor. Die Gedichtsammlung der Erika Taube zählt sie zu den

---

<sup>2</sup> Ebenda.

<sup>3</sup> Ruth Klüger, *weiter leben. Eine Jugend*. München 1994, S. 81. Zur Geschichte des KZ-Theresienstadt vgl. u. a. H. G. Adler, *Theresienstadt 1941–1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft*, Tübingen 1960; Institut Theresienstädter Initiative / Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), *Theresienstädter Gedenkbuch. Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt 1942–1945*, Prag 2005.

<sup>4</sup> Jarmila Škochová, *Literarisches Schaffen erwachsener Häftlinge im Konzentrationslager Theresienstadt, II (Deutsche literarische Tätigkeit)*, in: *Judaica Bohemiae*, XXI, 2. Státní židovské muzeum Praha 1985, S. 32–49, hier 32.

<sup>5</sup> Bereits im Februar 1942 wurde von der „jüdischen Selbstverwaltung“ des Lagers die sogenannte „Freizeitgestaltung“ organisiert, durch die viele der in Theresienstadt internierten KünstlerInnen die Chance bekamen, ihre früher geübte Kunst wieder auszuüben, andererseits sollte mit verschiedensten kulturellen und künstlerischen Angeboten der geistigen Verrohung und Verelendung der Häftlinge entgegengewirkt werden. Die Genehmigung zu diesen kulturellen Aktivitäten durch die Lagerleitung entsprach dem perfiden Kalkül der nationalsozialistischen Führung, Theresienstadt als „Vorzeigelager“ zu verwenden, wie dies anlässlich der Besichtigung des Lagers durch das Rote Kreuz im Sommer 1944 auch gelungen ist. Vgl. u. a. Rabbiner Erich Weiner, *Entstehung und Anfänge der Freizeitgestaltung Februar 1942 bis Februar 1943*, in: Ulrike Migdal (Hrsg.), *Und die Musik spielt dazu. Chansons und Satiren aus dem KZ Theresienstadt*, München 1986, S. 133–160.

umfangreichsten literarischen Werken, die nach der Befreiung in Theresienstadt aufgefunden wurden.

Taubes „Skizzenbuch“ ist eine kleinformatige Broschüre mit 52 Gedichten<sup>6</sup> und fünf von der Autorin angefertigten Skizzen. Auf der ersten Seite befindet sich eine Widmung an Ing. Grünberger<sup>7</sup> zum Geburtstag, datiert mit 13. 7. 1943.<sup>8</sup> Mehrere ihrer Gedichte tragen den Vermerk „vertont“. Der Beschreibung des „Skizzenbuchs“ hat Jarmila Škočová überdies Leseproben von fünf Gedichten wie auch Abbildungen des Umschlages und die Seite mit dem Gedicht „Wiegenlied (vertont)“ beigefügt. Von diesen Vertonungen ist allein das Lied „Ein jüdisches Kind“ erhalten: Die Partitur trägt die Aufschrift „Text: Erika Taube“ und wurde von Carlo S. Taube mit Datum 24. 11. 1942 signiert.<sup>9</sup>

Erika Taubes Gedichte handeln vom schmerzlichen Verlust der Heimat, von Familienmitgliedern und Freunden, von Demütigung und Verfolgung. Davon zeugen Gedichte wie „Brief an die Mutter“, „Vorbei“, „Selbstgespräche“, „Ich geh träumend durch die Zeit“, „In Elend“, „Sehnsucht“. Immer wieder thematisiert sie ihre jüdische Identität: „Warum wird unser Volk gehasst“, heißt es in ihrem Gedicht „Warum?“<sup>10</sup> Die Gedichte „Dank an die Kinder“, „Kinderbrief“, „Ein jüdisches Kind“, „Wiegenlied“ lassen eine besondere Nähe zu Kindern vermuten.<sup>11</sup> Das für den dritten Satz der verschollenen „Theresianischen Suite“ von Carlo Taube berichtete „Wiegenlied einer jüdischen Mutter“, das Erika anlässlich der ersten Aufführung im April 1942 rezitiert hatte<sup>12</sup>, ist (unter diesem Titel) nicht im „Skizzenbuch“ enthalten.

---

<sup>6</sup> Bei Škočová mit Titeln aufgelistet, Literarisches Schaffen, S. 42.

<sup>7</sup> Hierbei handelt es sich um Ing. Julius Grünberger, der seit Dezember 1941 in Theresienstadt interniert und im Ältestenrat der jüdischen Selbstverwaltung und als Leiter der Technischen Abteilung eingesetzt war. Grünberger und seine Frau Edita wurden im Herbst 1944 in Auschwitz ermordet. Vgl. Adler, Theresienstadt, S. 252, 603.

<sup>8</sup> Škočová, Literarisches Schaffen, S. 42.

<sup>9</sup> Partitur zu „Ein jüdisches Kind“: Státní židovské muzeum Praha, Praha, Archiv 52/1 Inv. 319a, Sammlung Theresienstadt. Eine Interpretation dieses Liedes ist von Anne Sofie von Otter auf der Audio-CD „Terezín/Theresienstadt“ (Deutsche Grammophon, Hamburg 2007) zu hören.

<sup>10</sup> Alle Titel zit. bei: Škočová, Literarisches Schaffen.

<sup>11</sup> Dass Erika und Carlo Taube mit einem Kind nach Theresienstadt gekommen waren, wie dies Joža Karas in „Music in Terezín“ angibt, konnte bislang nicht verifiziert werden. Vgl. Joža Karas, Music in Terezín. 1941–1945, Stuyvesant, New York <sup>2</sup>1990, S. 125.

<sup>12</sup> Arnošt Weiss, Musikleben in Theresienstadt, in: Rudolf Iltis et al. (Hrsg.), Theresienstadt. Wien 1968, S. 246–251, hier 250 f.

Eine literaturwissenschaftliche Arbeit, die sich explizit mit Taubes Gedichten befasst hätte, habe ich bislang nicht entdecken können. Lediglich Sandra Alfers erwähnt die Autorin in einer Fußnote ihrer Untersuchung zur Lyrik von Theresienstadt als Frau des „Wiener Dirigenten und Komponisten Carlo S. Taube“.<sup>13</sup> Erika Taubes Theresienstädter Gedichte sind sicherlich als „schreibende Bewahrung einer freien Seele bei gefangenem Körper“<sup>14</sup> zu verstehen, als ein Versuch, mit den traumatischen Erfahrungen des Lagerlebens, so gut es eben ging, zurechtzukommen.

Über Erikas Leben in Theresienstadt ist nur wenig bekannt. Einige ihrer Gedichte zeigen jedoch, dass sie den Lager-Alltag ebenso schwierig erlebt hatte wie viele andere Frauen auch, von denen Anna Hájková in ihrer Studie über „Strukturen weiblichen Verhaltens in Theresienstadt“ berichtet.<sup>15</sup> Strikt getrennt von ihren Männern, in unwohnlichen und eiskalten Kasernen untergebracht, lebten bis zu 20 Frauen zusammengepfercht in einem kleinen Zimmerchen. „Wer einmal Menschen so gut kennt, durch enges Wohnen kaum getrennt, wird immer Menschen hassen“<sup>16</sup>, beschreibt Erika in einem Gedicht ihre Gefühle angesichts dieser Situation. Alle ankommenden Theresienstädter Häftlinge von 14 bis 65 Jahren mussten der Arbeitsverpflichtung<sup>17</sup> nachkommen und Erika hatte so wohl wenig Zeit und Raum ihre Gedichte zu Papier zu bringen, zumal dieses zu bekommen mit großem Aufwand verbunden war.<sup>18</sup> Die Sorgen der Frauen galten ihren Männern, Kindern und

---

<sup>13</sup> Vgl. Sandra Alfers, „Wohin schwankt ihr noch, eh der Atem schwand?“ Untersuchungen zur deutschsprachigen Lyrik aus Theresienstadt (1941–1945), University of Massachusetts, Amherst 2003, S. 231. Alfers ist eine der wenigen LiteraturwissenschaftlerInnen, die sich mit der Lyrik von Theresienstadt befasst haben. In ihrer Arbeit beschreibt sie unter anderem die Einordnungsproblematik der in den deutschen Konzentrationslagern entstandenen Lyrik in die „Holocaust-Literatur“; demnach hatte die „Lagerlyrik“ in der Deutschen Germanistik bislang aus unterschiedlichen Gründen kaum Beachtung gefunden.

<sup>14</sup> Sigrid Weigl, „Und selbst im Kerker frei...“, zit. in Alfers, „Wohin schwankt ihr noch“, S. 10.

<sup>15</sup> Vgl. Anna Hájková, *Strukturen weiblichen Verhaltens in Theresienstadt*, in: Gisela Bock (Hrsg.), *Genozid und Geschlecht. Jüdische Frauen im nationalsozialistischen Lagersystem*, Frankfurt/M. 2005, S. 202–219.

<sup>16</sup> Erika Taube, „Wer einmal...“, zit. bei: Škočová, *Literarisches Schaffen*, S. 43.

<sup>17</sup> Vgl. Adler, *Theresienstadt*, S. 377.

<sup>18</sup> Für die Ausgabe von Zeichen- und Malutensilien war nominell Ing. Grünberger, der Leiter der Technischen Abteilung zuständig, zu dem Erika Taube offenbar in einer näheren Beziehung gestanden hatte, wie dies die Widmung im Skizzenbuch vermuten lässt. Erika Taube musste vor Sommer 1943 zumindest Zugang zur Verwaltung gehabt haben, davon zeugt ihr mit Schreibmaschine getipptes „Skizzenbuch“.

Familienangehörigen. Auch Erikas Familie – wie im Folgenden zu berichten sein wird – befand sich in Theresienstadt und möglicherweise engagierte sie sich auch – wie sehr viele Theresienstädter Frauen – in der Kinderfürsorge, die vom jüdischen Verwaltungsrat des Lagers eingerichtet worden war.

Das Gedicht „Aufbau“ spricht von der Schwierigkeit, schwere körperliche Arbeit und künstlerische Ambition in Einklang zu bringen: Eine beige-fügte Illustration zeigt einen Mann in Arbeitskleidung mit einer Schaufel über der Schulter, unterhalb die Andeutung einer Klaviertastatur und eines offenen Buches: Sicherlich hatte sie dabei an ihren Ehemann Carlo gedacht, wie denn auch der Überlebende Thomas Mandl sich daran erinnert, den Musiker in völlig zerlumpter Kleidung und mit Kohlschaufel angetroffen zu haben.

### **Erika Taube im Prager Exil**

Zur Identität Erika Taubes vor Theresienstadt gibt Škočovás Werkbeschreibung einen biographischen Hinweis: „In der Zeit vor den Transporten lebte sie in der Emigration in Prag, von wo sie am 10. 12. 1941 nach Theresienstadt kam.“<sup>19</sup>

Demnach war Erika Taube wie viele österreichische Jüdinnen und Juden vor den Nationalsozialisten nach Prag geflohen. Jüdische Flüchtlinge kamen jedoch auch hier bald in bitterste Bedrängnis, denn mit der Besetzung Tschechiens durch die Deutsche Wehrmacht im März 1939 und einige Monate später mit dem Überfall auf Polen, hatte sich der mörderische Ring um die europäischen Juden und Jüdinnen immer enger geschlossen und ließ kaum noch eine Möglichkeit des Entrinnens offen. Es verschlechterten sich die Lebensbedingungen der im „Protektorat Böhmen und Mähren“ lebenden jüdischen Bevölkerung dramatisch, mit immer brutaleren Verordnungen wurden jüdische Menschen aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen, ihres Eigentums

---

<sup>19</sup> Škochova, Literarisches Schaffen, S. 42.

„Jeder Transport wurde an seinem Abgangsort mit Buchstaben gekennzeichnet. Die Transporte vorzubereiten und durchzuführen war im Protektorat weitgehend Aufgabe der Prager Jüdischen Kultusgemeinde (JKG) und ihrer ‚Transportabteilung‘. Die Betroffenen wurden meist durch Boten verständigt und erhielten eine ‚Transportnummer‘, die für die Dauer ihres Aufenthaltes in Theresienstadt gleichsam zu einem Bestandteil ihres Namens wurde und im amtlichen Verkehr angegeben werden musste.“ Online auf: [www.ghetto-theresienstadt.info](http://www.ghetto-theresienstadt.info) (Zugriff 4. 9. 2010).

beraubt und bald wurde auf Befehl der SS nach einem Ort gesucht, an dem man die noch rund 88.000 im Protektorat verbliebenen Jüdinnen und Juden bis zur „Endlösung“, d. h. ihrer endgültigen Deportation in die Vernichtungslager im Osten, zwischenzeitlich sammeln konnte. Als den für ihre Zwecke geeigneten Ort bestimmten sie die nördlich von Prag liegende Garnisonstadt Terezín (Theresienstadt).

**Erika Taube vor ihrer Deportation  
von Prag nach Theresienstadt.**

Foto: NACR Antragsformular – Erika  
Taubeová: Tiskopis na zadost oosob-  
ního prukazu (7. 7. 1941)



Der Transport mit der Bezeichnung L war der dritte Deportationstransport, der von Prag nach Theresienstadt führte. Mit ihm kamen rund 1000 Prager Jüdinnen und Juden in der Station Terezín-Bohušovice (Theresienstadt-Bauschowitz) an, verstörte und traumatisierte Menschen, die zuvor bereits einige Tage im Sammellager „Radiomarkt“ auf ihre Deportation gewartet hatten. Unter ihnen befanden sich wahrscheinlich auch Erika und ihr Ehemann, die als Erika und Karel Taube in der Deportationsliste des Transports L unter den Nummern 261 und 262 aufscheinen.<sup>20</sup>

---

<sup>20</sup> Terezínská iniciativa (Hrsg.), Terezínska pamětní kniha, 2 Bde., Praha 1995, Bd. II, S. 1316.

## Die Familie Steiger in Wien

Da im oben genannten Handbuch Wien als Erikas Geburtsort angegeben ist, führte die Suche nach ihrer Identität zunächst in die österreichischen Archive. Erika und Carlo Taube waren jedoch weder in den Geburts- noch in den Trauungsmatriken der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (IKG Wien) aufzufinden. Erst eine Abfrage des Geburtsdatums Erikas in Kombination mit ihrem Vornamen druckte ein Ergebnis aus:<sup>21</sup> Für diesen Tag hatte der Bildhauer Emil Steiger aus der Leopoldstadt der IKG Wien die Geburt seiner Tochter Erika gemeldet.

So war die Familie Steiger ein erster Hinweis zu Erika Taubes Herkunftsfamilie: Nach Auskunft der IKG Wien wurde Emil Steiger am 23. Dezember 1875 als Sohn des David Steiger und der Borbale Hirsch geboren und hatte am 17. März 1908 im ungarischen Budafok die 22-jährige Erzsebet, Tochter des Herman Klein und der Borbala Hirsch, geheiratet.<sup>22</sup> Im Wiener Adressenverzeichnis ist Emil Steiger von 1908 bis 1938 aufzufinden und ab 1910 scheint er im entsprechenden Branchenverzeichnis als gewerblicher Bildhauer und Steinmetz sowie um die Zeit des Ersten Weltkriegs auch als Inhaber einer Kaffeesiederei auf.<sup>23</sup>

Über den Verbleib und das Schicksal des Ehepaars Steiger nach dem „Anschluss“ Österreichs an Nazideutschland geben die Akten der „Vermögensverkehrsstelle“<sup>24</sup> (VVSt.) in Wien Auskunft: Die Formularbögen für die Vermögensanmeldung (VA) „Verzeichnis über das Vermögen von Juden nach dem Stand vom 27. April 1938“ hatten Elisabeth und Emil Steiger am 15. Juli 1938 jeweils gesondert ausgefüllt und Fragen nach ihren Immobilien, ihrer Barschaft und anderer Werte wie Schmuck etc. beantwortet.<sup>25</sup>

---

<sup>21</sup> Ganz besonders möchte ich Herrn Mag. Eckstein für seine freundliche Unterstützung danken.

<sup>22</sup> Eine andere Quelle gibt die Vornamen der beiden Hirsch-Mütter mit Charlota an: Národní archiv České republiky (in der Folge: NAČR) Meldeblatt – Steiger, Emil; Steigerová, Alžběta.

<sup>23</sup> Wiener Stadt- und Landesarchiv (WStLA): Wiener Adressen- und Branchenverzeichnis (1908–1938).

<sup>24</sup> Die Vermögensverkehrsstelle (VVSt.) führte die „sachgemäße Umleitung der jüdischen Wirtschaft“, d. h. die Plünderung und Beraubung der Wiener Juden und Jüdinnen „ordentlich“ und „unerbitterlich“ durch. Vgl. Hans Safrian / Hans Witek, Und keiner war dabei. Dokumente des alltäglichen Antisemitismus in Wien 1938, Wien 1988, S. 95.

<sup>25</sup> Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik (ÖStA/AdR/VVSt.) VA 44548: Steiger, Emil, VA 44547, Steiger Elisabeth.

Emil Steiger hatte hier abweichend zu den IKG-Daten den 24. Dezember 1875 als sein Geburtsdatum genannt, wohnhaft in Wien 2, Schüttelstraße 73, Steinbildhauermeister, spezialisiert auf Grabsteine mit Steinmetz-Werkstatt in der Unteren Augartenstraße 32, ebenfalls in Wien 2. Er gab an, tschechoslowakischer Staatsbürger<sup>26</sup> zu sein und der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörig. Dem Akt liegt ein von der IKG Wien abgestempelter Bogen bei, auf dem die Adresse „Prag XII, Sobeslawka 1“<sup>27</sup> verzeichnet ist, sowie ein loses A5-Blatt des Finanzamtes in der Leopoldstädter Schiffamtsgasse, auf dem vorderseitig ein vorgedruckter Text aufmerksam macht, dass das bekanntgegebene Vermögen bei Aufforderung zum Verkauf anzubieten sei und innerhalb einer Woche zur Verfügung zu stehen hat. Die Rückseite trägt die Unterschrift von Emil Steiger und das Datum 13. Dezember 1938.

In der gleichen Weise wurde auch das Vermögen seiner Frau Elisabeth erfasst, als Geburtsjahr hatte Elisabeth (abweichend zu den IKG-Daten, die 1886 als Geburtsjahr vermerken) 1896 eingetragen, sie bezeichnet sich ebenfalls als tschechoslowakische Staatsangehörige jüdischen Glaubens. Auch sie unterschrieb unter dem Hinweis des Finanzamtes Leopoldstadt zum 13. Dezember 1938, der die Beraubung all ihrer Güter (im Deutschen Reich) legitimieren sollte. Beider Akten wurden am 22. Jänner 1940 mit dem Hinweis „Jude ins Ausland verzogen 26. V. 39 nach Prag“ geschlossen.

In der Mappe der beiden Vermögensverzeichnisse findet sich zudem ein loser A5-Zettel, mit Bleistift ausgefüllt und mit 4. März 1958 datiert: Margaretha Beer, geb. Steiger, begehrt die Rückgabe der Mobilien von Emil und Elisabeth Steiger nach Art. 25/26 des Österreichischen Staatsvertrags. Es handelt sich offensichtlich um eine Verwandte des Ehepaars, die den Ho-

---

<sup>26</sup> Nach Etablierung der beiden Republiken Tschechoslowakei und (Deutsch-)Österreich verblieben nach den Bestimmungen des bilateralen Brünner-Vertrages von 1921 viele zuvor aus den böhmischen Ländern Eingewanderte weiterhin in der Zuständigkeit ihres Herkunftsortes und wurden tschechoslowakische StaatsbürgerInnen, obwohl sie wie die Steigers in der Republik Österreich ansässig geblieben waren. Angesichts der Massenflucht von Jüdinnen und Juden aus Österreich wurde die Grenze mit dem 11. März 1938 geschlossen. (Offizielle) Aufnahme in der Tschechoslowakei fanden nur noch jene jüdischen Flüchtlinge, die eine tschechoslowakische Staatsbürgerschaft nachweisen konnten bzw. Eltern oder Kinder von tschechoslowakischen Staatsangehörigen waren. Vgl. Wilma A. Iggers, Die Emigration der deutschen und österreichischen Juden in die Tschechoslowakei, in: Jörg K. Hoensch et al. (Hrsg.), Judenemanzipation – Antisemitismus – Verfolgung in Deutschland, Österreich-Ungarn, den böhmischen Ländern und in der Slowakei, Essen 1999, S. 143–154, hier 151.

<sup>27</sup> Das ist heute Praha 3.

locaust überlebt hatte. Ein Hinweis auf Erika Steiger konnte in diesen Akten jedoch nicht gefunden werden, erst die zuständige Meldestelle in Wien klärte über den Verbleib der Erika Steiger nach 1938 auf: Sie hatte sich (oder wurde) wie ihre Eltern mit dem 25. 5. 1939 nach Prag abgemeldet.<sup>28</sup>

Im „Theresienstädter Gedenkbuch“, in dem die Namen der nach Theresienstadt verschleppten österreichischen Jüdinnen und Juden aus den besetzten Ländern verzeichnet sind, fand ich das Ehepaar Steiger wieder: Emil und Elisabeth Steiger waren mit dem Transport AAn am 6. Juli 1942 von Prag nach Theresienstadt deportiert worden. Emil starb am 27. Februar 1943 in Theresienstadt, seine Frau wurde mit dem Transport En am 4. Oktober 1944 nach Auschwitz in den Tod geschickt.<sup>29</sup> Ihre Tochter Erika Steiger scheint weder in den Listen der Theresienstadt-BewohnerInnen noch in denen der Deportierten auf; hingegen befand sich am 4. Oktober 1944 auch Erika Taube in dem Transport nach Auschwitz.

Die vorliegenden Hinweise – der gleichlautende Geburtstag von Erika Taube und Erika Steiger in Wien, die Emigration nach Prag, die Deportation des Ehepaars Steiger nach Theresienstadt, jedoch nicht die ihrer Tochter Erika – ließen die Annahme, dass es sich bei Erika Taube und Erika Steiger um ein- und dieselbe Person handelte, immer mehr zur Gewissheit werden; was freilich fehlte, war der Beleg, der die beiden Namen zusammenbrachte. Ein Heiratsdokument, eine Urkunde, die den Mädchennamen von Erika Taube betätigen könnte, war jedoch in Wiener Archiven nicht zu finden. Die Hoffnungen richteten sich deshalb darauf, dieses Missing link in den Daten ihres Ehemanns Carlo Taube zu entdecken.

## Carlo S. Taube

Auf den ersten Blick scheinen über Carlo S(igmund). Taube hinreichende biographische Daten vorzuliegen. So wird er häufig in den zahlreichen musikwissenschaftlichen Darstellungen der Theresienstädter musikalischen Aktivitäten erwähnt und hat in den zeitnahen Zeugnissen wie dem Tagebuch des

---

<sup>28</sup> Sammlung Baumgartner (SB): (WStLA-MA 8): Auskunft Taube, Carlo / Steiger, Erika vom 2. 11. 2009.

<sup>29</sup> Institut Theresienstädter Initiative / Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Theresienstädter Gedenkbuch, Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt 1942–1945, Prag 2005, S. 584. Siehe auch die Shoah-Datenbank auf [www.doew.at/ausstellung](http://www.doew.at/ausstellung).

Philipp Manes<sup>30</sup>, den musikalischen Kritiken von Viktor Ullmann<sup>31</sup> sowie in den Erinnerungen von Überlebenden seinen festen Platz.

### **Die Aufführung der „Theresianischen Suite“**

In Theresienstadt war es zunächst ein Ereignis, das Erika und Carlo Taube in den Mittelpunkt von Erinnerungen rückte: Carlo Taube hatte nicht nur Gedichte seiner Frau vertont, beide waren Berichten nach auch gemeinsam aufgetreten. Kurz nach ihrer Ankunft in Theresienstadt hatte Carlo Taube ein kleines Orchester zusammengestellt und mit diesem seine „Theresianische Suite“<sup>32</sup> einstudiert und aufgeführt. So erinnert sich der Rabbiner Dr. Erich Weiner, der Initiator der „Freizeitgestaltung“ an diese erste Orchesteraufführung in Theresienstadt im April 1942:

„Die Arbeit in diesem Monat brachte einige Sensationen. Wenn wir Sensationen sagen, so müssen wir natürlich die damalige Zeit in Betracht ziehen, wo in kultureller Hinsicht nichts vorhanden war. Die erste der Sensationen war das Taube-Konzert in der Magdeburger Kaserne. Es brachte die erste Aufführung der Theresianischen Suite von Karl Taube [...]“<sup>33</sup>

Auch Arnošt Weiss, im Verwaltungsrat von Theresienstadt für die bauliche Einrichtung zuständig, berichtete von dieser ersten Aufführung als außerordentlich beeindruckendes Ereignis:

„Carlo Taube hatte seine Theresienstädter Symphonie zu Ende komponiert und lud mich zu einer privaten Erstaufführung in der Betstube der Magdeburger Kaserne ein. Ein kleines Streichorchester saß an den Pulten auf dem Podium, dahinter standen vier Mann mit Akkordeon, die die Blech- und Holzbläser ersetzten. [...] Von dem vollbesetzten

---

<sup>30</sup> Philipp Manes, Als ob's ein Leben wär. Tatsachenbericht. Theresienstadt 1942–1944, hrsg. v. Ben Barkow u. Klaus Leist, Berlin 2005.

<sup>31</sup> Viktor Ullmann, 26 Kritiken über musikalische Veranstaltungen in Theresienstadt. Mit einem Geleitwort von Thomas Mandl, hrsg. u. kommentiert v. Ingo Schultz, Hamburg 1993.

<sup>32</sup> Mitunter auch als „Theresienstädter Symphonie“ bezeichnet.

<sup>33</sup> Weiner, Entstehung und Anfänge der Freizeitgestaltung, S. 137.

Saal herzlich akklamiert, trat der Komponist ans Dirigentenpult: Das erste Orchesterkonzert im Ghetto begann. Von den ersten beiden Sätzen, die mit jüdischen und slawischen Themen das Milieu charakterisierten, ist mir nicht viel in Erinnerung geblieben. Der dritte Satz aber hatte eine erschütternde Wirkung auf die Hörer: Erika Taube, die Frau des Komponisten, interpretierte in ergreifender Weise, vom Orchester pianissimo untermalt, ein von ihr verfasstes ‚Wiegenlied einer jüdischen Mutter‘. Dem folgte ein turbulentes Finale, in dem die ersten vier Takte von ‚Deutschland, Deutschland über alles‘ immer und immer wieder wiederholt wurde[n] und immer wütender aufbrandete[n], bis ein letzter Aufschrei ‚Deutschland, Deutschland‘ sich nicht mehr bis zu ‚über alles‘ fortsetzte, sondern in einer grauenvollen Dissonanz erstarb. Alles hatte verstanden, ein Sturm von Applaus dankte Carlo und Erika Taube und allen Musikern.“<sup>34</sup>

Joža Karas, der sich ab den 1970er Jahren erstmalig und in langer Forschungsarbeit mit den Musikern von Theresienstadt befasst hat, berichtet, auch der Theresienstädter Chronist H. G. Adler habe die Existenz des Werkes und seine Aufführung bezeugt, sich aber darüber nicht sehr lobend geäußert.<sup>35</sup> Überdies bezweifelt er die Darstellung Weiss’:

„The accuracy of his memory is questionable, since there is a document resembling his story closely, with a few minor differences. According to it, a program took place in the ‚Cavalier‘ barracks on May 3, 1942, called Ghetto Lullaby, by Carlo Taube in the framework of his Ghetto Suite for orchestra and alto voice.“<sup>36</sup>

---

<sup>34</sup> Weiss, *Musikleben in Theresienstadt*, S. 250 f. Dieses musikalische „Kulturdokument“ ist nicht erhalten geblieben, Weiss mutmaßt, dass Taube es 1944 nach Auschwitz mitgenommen haben könnte.

<sup>35</sup> Doch weder ist die erwähnte Bezeugung noch die angeführte ungünstige Bewertung bei Adler selbst zu finden. Karas konnte jedoch nach eigenen Angaben Einsicht in Adlers umfangreiche dokumentarische Sammlung nehmen und zahlreiche Einzelstücke kopieren und für sein Buch verwenden. So kann nicht ausgeschlossen werden, dass Karas sich bei seinen Ausführungen auf unveröffentlichtes Material Adlers stützt. Vgl. Karas, *Music in Terezín*, S. XX.

<sup>36</sup> Vgl. Ebenda, S. 127. Zu Recht weist Karas auf die Problematik der historiografischen Exaktheit von „Erinnerungen“ als Quelle hin. Insgesamt sind bei den auf Erinnerungen und Weiter-Erzählen basierenden Angaben entsprechende quellenkritische Abwägungen angebracht, zumal (auch von Karas) die Quelle einer Aussage selten angegeben wird.

Bei Ingo Schulz, der sich möglicherweise auf dieses bei Karas genannte Dokument bezieht, findet sich ein Hinweis für April 1942: „Carlo Taube führt seine Theresianische Suite auf. Das Alt-Solo singt Hedda Grab Kernmayer.“<sup>37</sup>

### **Carlo Taube im Lichte seiner Zeitgenossen**

Am 8. September 1942 traf mit dem Prager Deportationstransport Bf der in Europa weithin bekannte und geschätzte Komponist, Dirigent und Musikgelehrte Viktor Ullmann in Theresienstadt ein.<sup>38</sup> Der auch an diesem Ort rastlos arbeitende Musiker – wahrscheinlich von der üblicherweise jedem Häftling auferlegten manuellen Arbeitsverpflichtung befreit<sup>39</sup> – begann während der zweiten Jahreshälfte 1943 seine „Kritiken über musikalische Veranstaltungen der ‚Freizeitgestaltung‘“ zu schreiben.<sup>40</sup>

In der zweiten „Musikalischen Rundschau“, die sich vermutlich auf den Sommer 1944 bezieht, lässt Ullmann auch Carlo Taubes romantisches Klavierkonzert, das dieser zuvor gegeben hatte, Revue passieren:

---

<sup>37</sup> Ingo Schultz, Theresienstadt im Protektorat Böhmen und Mähren 1939–1945, u. Anhang, in: Andreas Wehrmayer (Hrsg.), Musik im Protektorat Böhmen und Mähren (1939–1945). Fakten, Hintergründe, Historisches Umfeld, München 2008, S. 242–248, Anhang, S. 387. Zieht man allerdings die Aussage von Rabbiner Weiner „Es brachte die erste Aufführung der Theresianischen Suite von Karl Taube“ heran, so kann daraus gefolgert werden, dass der ersten Aufführung weitere folgten, möglicherweise trat hierbei Erika Taube nicht immer als Rezitatorin auf.

<sup>38</sup> Vgl. Ingo Schultz, Einleitung, in: Ullmann, 26 Kritiken, S. 18 f.

<sup>39</sup> Ingo Schultz vermutet, dass Ullmann seinen Status in der Freizeitgestaltung eher seiner Mitarbeit in der Prager Kultusgemeinde zu verdanken hatte als seiner musikalischen Popularität. Er hält fest: „Die Befreiung von der üblichen manuellen Arbeit bedeutete, gegenüber den meisten anderen Gefangenen, eine Besserstellung, die Ullmann mit einer Anzahl von Mitarbeitern der ‚Freizeitgestaltung‘, namentlich Hans Krása, Pavel Haas, Gideon Klein und Rafael Schächter, teilte. Ein weiterer Vorzug dieses niemals offiziell festgelegten Status bestand darin, daß die Möglichkeiten zur künstlerischen Tätigkeit im Rahmen der Theresienstädter Gegebenheiten genutzt werden konnten. Für die hauptamtlichen Mitarbeiter der ‚Freizeitgestaltung‘ beinhaltete dieser Status darüber hinaus – ähnlich wie für die Mitglieder der beiden ‚Aufbaukommandos‘ – eine Art Lebensversicherung. Sie waren vor dem willkürlichen Zugriff der SS ebenso wie vor der überraschenden Einreihung in die Osttransporte geschützt, und die meisten konnten sich dieser Protektion durch den Ältestenrat bis zum Beginn der Herbsttransporte des Jahres 1944 erfreuen.“ Ebenda.

<sup>40</sup> Ebenda, S. 23.

„Wenn dies bei uns auch Eulen nach Athen tragen heisst, so muss doch gerühmt werden, daß Taube sich selten gespielte und dennoch – oder deswegen – besonders schöne Werke gewählt hat [...]. Carlo Taube wäre zweifellos einer der besten Pianisten, wenn er sich von Anfang an und ausschließlich dem Klavier und dem Studium der Kunstmusik gewidmet hätte. Die Klavierhände sind ihm sozusagen angeboren und Temperament hat er für zwei (manchmal etwas zuviel).“<sup>41</sup>

Um zu wahrhafter Meisterschaft zu gelangen, schreibt Ullmann weiter, müsse Taube sich dem ausschließlichen Klavierstudium mit jener „Brahmsschen Selbstdisziplin“ widmen, die das „Um und Auf künstlerischer Moral“ sei. Und setzt hinzu: „Taube steht heute am Scheideweg wie einst Herakles – er hat zu entscheiden.“<sup>42</sup>

Im Rahmen der Edition der Ullmann-Kritiken erinnert sich der damals knapp 16-jährige Thomas Mandl vierzig Jahre später unter anderem auch an eine persönliche Begegnung mit Carlo Taube:

„Ich kann mich noch an eine sehr komische Szene mit Taube erinnern. Ich hatte in allen möglichen Kellern, auf Dachböden und in Matratzenlagern Violine geübt. Einmal erwischte mich Taube; er trug ein ganz zerrissenes Leder-Jackett und hatte eine Kohlenschaufel in der Hand. Ich übte gerade irgendein Violin-Konzert, da fragte er mich: ‚Spielst Du auch Saint-Saëns’ h-Moll-Konzert? Wieso hast Du das nicht im Repertoire?‘ Das war reizend, und ich habe das damals auch so empfunden.“<sup>43</sup>

### **Carlos S. Taube und „Music in Terezin“**

In nicht sehr freundlicher Weise beschreibt indes der tschechisch-amerikanische Musiker Joža Karas in seinem 1985 erschienen Buch „Music in Terezin“ Carlo Taubes Wirken in Theresienstadt. Exemplarisch für die mit Sommer

---

<sup>41</sup> Ebenda, S. 55

<sup>42</sup> Ebenda.

<sup>43</sup> Ebenda, S. 57. Camille Saint-Saëns (geb. 1835 in Paris, gest. 1921 in Algier) war französischer Pianist, Organist, Musikwissenschaftler, Musikpädagoge und Komponist. Er wurde vor allem durch „Karneval der Tiere“ und die Oper „Samson et Dalila“ bekannt.

1939 im Protektorat Böhmen und Mähren immer radikaler einsetzende Entrechtung und Demütigung jüdischer Menschen führt er das Geschick dieses Musikers an:

„Economic necessity forced one concert pianist, Carlo S. Taube, a former student of Busoni in Vienna, to seek employment as pianist with salons orchestras in Prague cafes. Under the name ‚Holubovsky‘ not only could he support his family at least for a while, but he even composed several small pieces. His last engagement before the imprisonment was in the concert cafe ‚Nizza‘ designed – for the time being – exclusively for the Jews, where he played together with the violinist Otto Sattler, percussionist Otto Neumann, and often as a duo pianist with Kurt Maier.“<sup>44</sup>

Leider gibt Karas nicht preis, auf welche Quellen er sich in Hinblick auf Taubes Studium, Künstlernamen und dem gemeinsamen Auftreten mit dem wohl bekanntesten Jazz-Duo von Prag im Café „Nizza“ bezieht.<sup>45</sup> Im Übrigen schließt er in seiner Taube-Darstellung an Ullmann an, indem er nun seinerseits den Musiker als einen zwar fraglos begabten, jedoch vom Schicksal benachteiligten Künstler porträtiert, der trotz des einige Jahre dauernden Studiums bei dem Klaviervirtuosen Ferruccio Busoni in Wien keine namhafte Karriere als Pianist vorzuweisen hatte. Um seine Familie durchzubringen, hätte Taube sich entschieden, seine Kunst in Bars und Kaffeehäusern feilzubieten. In Theresienstadt aber widmete er sich wieder intensiv der Kunst:

„Only after his arrival in Terezín, where he came with his wife Erika and their child in December 1941, did Taube’s career seemingly go on an upswing. Relieving of daily obligations to provide for his family, he turned his energy and his ambition to music activities which had been inaccessible to him up to this time [...]“<sup>46</sup>

In Theresienstadt präsentierte Taube nun dem mehr oder weniger freiwilligen Publikum ein präntiöses Klavierprogramm mit Werken von Beethoven,

---

<sup>44</sup> Karas, *Music in Terezín*, S. 4 f.

<sup>45</sup> Vgl. Coco Schumann, *Der Ghetto-Swinger. Eine Jazzlegende erzählt*, München 1997, S. 61 f. Zur Verbindung von Taube und Sattler siehe oben.

<sup>46</sup> Karas, *Music in Terezín*, S. 125.

Brahms, Schumann, Liszt und Chopin. Neben dem Klavierspiel hätte er sich auch als Komponist und Dirigent versucht. Obwohl nur Erfahrung mit kleinen Stücken, hätte er mit seiner „Theresianischen Suite“ ein pompöses Projekt zur Aufführung gebracht.<sup>47</sup> Der einzigen überlieferten Komposition Taubes, dem Lied „Ein jüdisches Kind“, bescheinigt Karas eine starke Affinität zum Jüdischen Lied („Hebraic chant“) mit Elementen der populären Musik im Vorkriegsstil.<sup>48</sup>

Karas' Darstellung von Taube folgt dem Ansatz Adlers von der „paradoxen Sorglosigkeit des Daseins“, die die Bedingungen für kulturelle Produktionen im Angesicht der Gefangenschaft und Bedrohung begünstigte. „Viele Sorgen der Menschen jenseits der Festungsmauern entfielen und ließen als einzig mögliche Freiheit eine gewisse kulturelle Freiheit zu“<sup>49</sup>, schreibt der Chronist von Theresienstadt. So gesehen zeugt die Darstellung mehr von dem Bemühen des Autors Karas, die Figur des Musikers Taube exemplarisch in die Adlersche Formel einer privilegierten Muße einzupassen, als dass sie über Taube selbst Auskunft gibt, zumal er Belege für seine Aussagen schuldig bleibt.

Von latenten Ressentiments gegenüber Taube berichtet auch Thomas Mandl und kolportiert gleichzeitig den bereits in Theresienstadt bestehenden bzw. retrospektiv eingeführten Erzählduktus des „gefallenen Talents“:

„Über Taube hat sich Kaff [der Brünner Pianist Bernard Kaff] sehr ironisch und gleichzeitig lobend geäußert. Taube war ja in jeder Hinsicht sein Antipode, dabei ein großartiger Pianist, der freilich Jahrzehnte von musikalischen Niederungen hinter sich hatte – aber er hat zur ernststen Musik zurückgefunden.“<sup>50</sup>

Erstmals ist von einem Kind die Rede, das so wie seine Eltern in Auschwitz zu Tode gekommen wäre, doch nennt Karas auch hierfür seine Quelle nicht und eine Abfrage der entsprechenden Deportationslisten nach und aus Theresienstadt bzw. der Opferdaten der Gedenkstätte Yad Vashem nach einem Kind, das den beiden zuzuordnen wäre, blieb bislang ohne Ergebnis. Hinsichtlich der biographischen Fragestellung zu Carlo Taube fügt jedoch

---

<sup>47</sup> Vgl. Ebenda, S. 125.

<sup>48</sup> Ebenda, S. 127.

<sup>49</sup> Adler, Theresienstadt, S. 600 f.

<sup>50</sup> Mandl zu Carlo S. Taube, zit. n. Ullmann, 26 Kritiken, S. 57.

Thomas Mandl ein weiteres interessantes Detail hinzu: „Sein Bruder war ebenfalls in Theresienstadt, er war Cellist.“<sup>51</sup>

Anders als vor ihm Karas würdigt der tschechische Musikwissenschaftler Milan Kuna in seiner Dokumentation über die Bedeutung der musikalischen Aktivitäten in den Stätten des Holocaust das Wirken Taubes während der drei Jahre seiner Internierung.<sup>52</sup>

„Taubе hatte vor dem Krieg auch Erfahrungen mit populärer Musik sammeln können und baute in Theresienstadt ein Estradenorchester auf, mit dem er Unterhaltungsmusik machte. [...] Sein größtes Verdienst bleibt, daß er als erster in diesem Lager ein Orchester gründete und mit seinen Musikern ein antifaschistisches Musikstück einstudierte.“<sup>53</sup>

Inbesondere streicht Kuna die Bedeutung der von Taube gegründeten und geleiteten „Stadtkapelle“ hervor: Die Tagebucheintragen der Zeitzeugen zeigten zur „Genüge, dass dieses Ensemble eine sehr viel größere Rolle im Lagerleben spielte, als bisher angenommen worden ist“.<sup>54</sup> Die „treibende Kraft“ allerdings wäre der seit September 1943 in Theresienstadt internierte deutsch-dänische Film- und Rundfunkmusiker Peter Deutsch gewesen. Jedenfalls teilten sich Taube und Deutsch die Leitung dieses 40-köpfigen Orchesters. Die Stadtkapelle spielte bekannte Opern- und Operettenmelodien sowie populäre Werke klassischer Komponisten, die im Stil eines Salonorchesters von Taube und Deutsch arrangiert wurden.

„Die Dirigenten und ihre Musiker erhoben nicht den künstlerischen Anspruch etwa des Orchesters von Ančerl oder des Theresienstädter Quartetts, sie spielten eher für die breite Masse der Häftlinge, die sie aufrichten wollten und denen sie für einige Stunden ein Stück Normalität im Lageralltag bescherten.“<sup>55</sup>

---

<sup>51</sup> Ebenda.

<sup>52</sup> Milan Kuna, *Musik an der Grenze des Lebens. Musikerinnen und Musiker aus böhmischen Ländern in nationalsozialistischen Konzentrationslagern und Gefängnissen*, Frankfurt 1998, S. 215.

<sup>53</sup> Ebenda, S. 216.

<sup>54</sup> Ebenda, S. 226.

<sup>55</sup> Ebenda.

Das Publikum nahm die Stadtkapelle und ihre Musik begeistert auf; schreibt der betagte Berliner Philipp Manes, seit 1942 unermüdlich für die „Freizeitgestaltung“ tätig, in sein Tagebuch:

„Wenn Meister Carlo Taube den Taktstock erhebt, umstehen den Kiosk dicht gedrängt die Hörer, wie einst im Berliner Zoo, wenn Prziworski vor den Augustanern spielte.“<sup>56</sup>

Zu Taubes Lebensgeschichte vor seiner Internierung und seiner Verbindung zu Erika sind jedoch auch bei Kuna kaum erhellende Hinweise und Angaben zu finden. Ebenso wie Mandl berichtet er von einem Bruder, der wie Carlo in Theresienstadt interniert gewesen wäre,<sup>57</sup> gibt aber dazu seine Quelle nicht an. Anders als Karas siedelt er jedoch das Studium Taubes bei Ferruccio Busoni statt in Wien nun in Berlin an, stellt jedoch in den Raum, Taube wäre vor dem anrückenden Faschismus aus Wien in die Tschechoslowakei geflohen und habe in weiterer Folge in den Nachtclubs von Brünn und Prag gespielt.<sup>58</sup> Die Annahmen einer Verbindung Taubes zu Wien ergeben sich sicherlich aus seiner ehelichen Verbindung mit der Wienerin Erika, gehen aber auch auf ältere Arbeiten zu den Theresienstädter Musikern zurück. So schreibt Jaromíra Tihlaříková im Jahr 1969, Taube wäre ein „Wiener Komponist und Dirigent“ gewesen.<sup>59</sup> Doch diese Angabe ist nicht belegbar: Meldeunterlagen über Carlo Sigmund Taube, auch unter dem bei Karas erwähnten Künstlernamen „Holubovsky“, liegen für Wien nicht vor.<sup>60</sup> Sollte Taube jemals in Wien gewesen sein, so hatte er keine nachvollziehbaren Spuren hinterlassen.

Bezweifelt werden muss auch das bei Karas kolportierte und in der Folge oft wiederholte Studium Taubes bei Busoni in Wien, zieht man die Wien-Aufenthalte des berühmten Klaviervirtuosen heran: Busoni war nach Aufent-

---

<sup>56</sup> Manes, Als ob's ein Leben wär, S. 312.

<sup>57</sup> Ebenda, S. 215.

<sup>58</sup> Ebenda.

<sup>59</sup> Vgl. Jaromíra Tihlaříková, Komponisten in Theresienstadt, in: Melos. Zeitschrift für neue Musik 36 / 1969, S. 252 f., hier 253. In ihrem Artikel beschreibt Tihlaříková ein aufgefundenenes Quellenmaterial über die kompositorische Tätigkeit in Theresienstadt und in diesem Zusammenhang auch das Lied „Ein jüdisches Kind“, das Carlo Taube nach dem Text von Erika Taube vertont hatte. „Man kann annehmen, daß Theresienstadt nur die Auswahl des Themas beeinflusst hat und der Komponist auch früher schon [...] Musik ähnlichen Charakters komponierte.“

<sup>60</sup> SB: Mitteilung der WStLA-MA 8 v. 2. 11. 2009.

halten in Kinderjahren nur noch einmal in der Donaumetropole: Hier leitete er im Studienjahr 1907/08 eine Meisterklasse.<sup>61</sup> Zu dieser Zeit war Carlo Taube – so sein Geburtsdatum stimmt<sup>62</sup> – knapp zehn Jahre alt. Ein frühes Studium ist bei einem entsprechenden familiären Hintergrund sicherlich nicht auszuschließen, wenn etwa der Bub aus einer gut gestellten, bürgerlichen und musikalisch ambitionierten Familie stammte oder ein Wunderkind gewesen wäre. Dagegen spricht die Darstellung Karas' von Taube als eines vom Schicksal benachteiligten und unter pekuniären Nöten leidenden Musikers. Naheliegender ist jedenfalls Taubes Studium in Berlin, war Berlin doch die eigentliche Wirkungsstätte Busonis. Ein Bezug Taubes zu Deutschland ergibt sich auch aus einer Salon-Komposition aus dem Jahre 1922, die er als Sigmund Carlo Taubé in Dresden veröffentlicht hatte.<sup>63</sup> So gesehen schien mir die Verlegung der biographischen Spurensuche nach Berlin einigermaßen aussichtsreich.

### **Die „Taube-Musiker“ aus Łódź**

Bei der Durchsicht deutscher Musiker-Biographien fand sich in dem anti-semitischen „Lexikon der Juden in der Musik“ ein Unterhaltungsmusiker namens Sigmund Taube, dessen Geburtsort allerdings nicht mit einem unbekanntem Ort in Galizien, sondern mit „Lodz“ angegeben wurde und dessen Geburtsdatum nicht mit dem von Carlos übereinstimmte.<sup>64</sup> Dieses Lexikon verzeichnet fünf Musiker mit Namen Taube, alle aus dem polnischen Łódź<sup>65</sup>, die dem Alter nach Brüder gewesen sein konnten.

Von diesen fünf Taube-Musikern fand sich in anderen lexigrafischen Zusammenhängen einzig Michael Taube<sup>66</sup>, der sich zu Beginn der 1920er Jahre

---

<sup>61</sup> Vgl. Ferruccio Busoni, Briefe [1895–1923] an seine Frau, hrsg. v. F. Schnapp, Zürich 1935.

<sup>62</sup> Siehe oben.

<sup>63</sup> Sigmund Taubé, Ein Tag in Cairo. Musikdruck: Arr. Sigmund Carlo Taubé. Bearb. u. instrum. von Karl Sommer. Ausg. für Salonorchester, Stimmen. Dresden [u. a.]: Verl. Rund um die Welt, 1922.

<sup>64</sup> Eva Weissweiler, Ausgemerzt! Das Lexikon der Juden in der Musik und seine mörderischen Folgen, Köln 1999, S. 321. Verzeichnet ist hier ein Unterhaltungsmusiker Sigmund Taube aus Lodz mit Geburtsjahr 1902.

<sup>65</sup> Die Schreibweise in der Literatur variiert: deutsch „Lodz“, tschech „Lodž“, poln. „Łódź“. Hier in allgemeinen Zusammenhängen die poln. Schreibweise.

<sup>66</sup> Michael Taube, geb. 1890 in Łódź / Polen – gest. 1972 in Tel Aviv.

in Deutschland als Kammermusiker, Pianist und Dirigent einen Namen gemacht hatte. Ein Eintrag im „Biographischen Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933“<sup>67</sup> bezieht sich auch auf seine Herkunft: Demnach war Michael Taube ein Sohn des Elijahu Taube, der jüdisch und Violinist war, und der Ita Taube, geborene Krisch. Nach dieser Quelle hatte Vater Elijahu gemeinsam mit seinen Brüdern ein Orchester in Łódź begründet; ein Kurzeintrag in einem weiteren Lexikon gibt an, Michaels Vater wäre ein Orchestergründer und Musikdirektor gewesen. Michael Taube und sein älterer Bruder Leon<sup>68</sup> wurden vom Vater Elijahu in Violine, Flöte, Cello und Klavier unterrichtet und erwarben sich im Familien-Orchester der Taubes ihre ersten musikalischen Lorbeeren. Michael kam um 1909 nach Leipzig, ging später nach Köln und studierte bei namhaften deutschen Musikern Klavier, Cello und Komposition. 1936 gelang es ihm und seiner Frau, der Sängerin Else Jülich, mit dem Bronisław Huberman-Orchester nach Palästina zu emigrieren. Barbara von der Lühe, die sich in ihrem Buch „Die Musik war unsere Rettung“ eingehend mit Michael Taube befasst, bezeichnet den Musiker als „Sproß einer Klezmer-Familie“ aus Łódź, der bereits von klein auf eine lange Reihe von Instrumenten beherrschte und als Wunderkind galt.<sup>69</sup>

Die Frage nach einer Verbindung von Carlos mit dieser Taube-Familie drängte sich mir nach der Lektüre von von der Lühes Ausführungen auf: Konnte es nicht sein, dass jener Unterhaltungsmusiker Sigmund Taube im besagten antisemitischen Lexikon trotz differenten Geburtsdatums unser Carlo S. Taube ist? Dass sein Geburtsort gar nicht in einem ohnehin nie genannten Ort in Galizien, sondern vielmehr im polnischen Łódź lag und Michael und Carlo (Sigmund) Taube aus einem Familienverband stammten?

Es gibt einige Hinweise, die für eine Zugehörigkeit Carlo Taubes zu diesem „jiddischen“ Musiker-Milieu<sup>70</sup> sprechen: Seine musikalische Vielfältigkeit, die Professionalität als Orchestergründer und Kapellmeister, seine von Ullmann attestierten angeborenen Klavierhände, die ja auch als eine sehr früh

---

<sup>67</sup> Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Vol. 2, München 1983, S. 565.

<sup>68</sup> Leon Taube, geb. 1888 in Łódź / Polen – gest. 1972 in Paris, Leon scheint auch im oben genannten „Lexikon der Juden“ auf.

<sup>69</sup> Barbara von der Lühe, Die Musik war unsere Rettung. Die deutschsprachigen Gründungsmitglieder des Palestine Orchestra, Tübingen 1998, S. 50.

<sup>70</sup> Rita Ottens / Joel Rubin, Klezmer-Musik, München 1999, S. 117. Die Klezmer-Familien, die quer durch die osteuropäischen Länder reisten und zu jüdischen – aber vielfach auch nichtjüdischen – Hochzeiten und Feiern aufspielten, verkörperten zwar die instrumentale jiddische (Volks-)Musiktradition im Gegensatz zur vokalen synagogalen Musik, sahen sich

erworbene Musikalität interpretiert werden könnten. Ein Studium Carlos in Berlin bei Busoni wäre angesichts des Karriereverlaufs von Michael Taube, der ebenfalls in Deutschland bei namhaften Musikern studiert hatte, wahrscheinlich. So war es, wie Rita Ottens und Joel Rubin in „Klezmer-Musik“ schreiben, in den osteuropäischen Klezmer-Familien durchaus üblich gewesen, die Söhne in russischen oder deutschen Musikschulen und Konservatorien studieren zu lassen.

Die konkrete Recherche zu dem Künstlerpaar Taube war jedoch an einem Punkt angelangt, an dem sich zeigte, dass in den literarischen Darstellungen wenig qualifizierte Angaben für eine gesicherte Biographie von Erika und Carlo Taube zu finden waren, zumal Quellenangaben teilweise fehlen bzw. diese auf mündlichen Überlieferungen beruhen, die in einem Abstand von mehreren Jahrzehnten zum Geschehen erinnert wurden. Da auch entsprechende Anfragen in Berliner Archiven Leermeldungen zur Folge hatten, schien die Spurensuche endgültig im Sand zu verlaufen.

Durch einen glücklichen Zufall traf ich auf eine Kollegin, die mit tschechischen Archiven bestens vertraut ist. Ihr erzählte ich von meiner wenig erfolgreichen Suche nach Erika und Carlo Taube und sie ermöglichte den Kontakt zum Nationalarchiv der Tschechischen Republik, in dem, so waren ihre Überlegungen, ja vielleicht Einreisedokumente der Familie Steiger und von Erika und Carlo Taube aufbewahrt sein könnten. Erst diese Anfrage brachte endlich Bestätigung und neue Erkenntnisse.<sup>71</sup>

## Die „Prager-Dokumente“

### **Das „Missing link“: Die Steiger-Töchter**

Die Archivarin des Tschechischen Nationalarchivs hatte Emil Steiger in den Todeslisten von Theresienstadt gefunden: Der Bildhauer, 1875 in Prostějov

---

aber von jeher (auch von jüdischer Seite) einer starken sozialen Diskriminierung ausgesetzt. Viele dieser Familien konnten von ihrer Profession mehr schlecht als recht leben; als Auftragsmusikanten spielten sie gegen Bezahlung, oftmals aber mussten sie froh sein, wenn sie für ihr Spiel das Essen zum Überleben bekamen. Wiewohl diese jiddische Musik großen Einfluss auf das europäische Musikgeschehen hatte – viele große Musiker kamen aus dieser Tradition oder wurden davon inspiriert –, führte diese ursprüngliche Musik paradoxerweise ein „Paria-Dasein“ unter den anerkannten Musiken.

<sup>71</sup> Mein herzlicher Dank gilt Mag.<sup>a</sup> Vlasta Valeš (Wien) und Dr.<sup>in</sup> Lenka Matušiková (Prag).

(Proßnitz in Mähren) geboren, war am 27. Februar 1943 zu Tode gekommen. In diesen Listen sind auch jene Verwandten vermerkt, die mit ihm in Theresienstadt interniert waren: seine Gattin Alžběta Steigerová, 57 Jahre alt, geboren im ostslowakischen Košice (Kaschau), und die zwei Töchter, Erika Taubeová und Zita Hofmannová. Die jüngere Tochter Zita<sup>72</sup> war vermutlich mit den Eltern und der Schwester nach Prag gekommen und heiratete laut Auskunft der IKG Wien am 16. April 1941 am Standesamt von Prag.<sup>73</sup> Sie war am 14. November 1942 nach Theresienstadt deportiert und gemeinsam mit Mutter und Schwester Erika in den Transport En vom 4. Oktober 1944 eingereiht worden, der sie von Theresienstadt nach Auschwitz in den Tod führte.<sup>74</sup> Die drei Frauen wurden nach dem Krieg für tot erklärt.<sup>75</sup>

Nach Auskunft der IKG-Wien hatte das Ehepaar Steiger noch eine weitere Tochter: Margaretha, geboren am 4. Dezember 1908 in Wien Leopoldstadt, und seit 1934 mit dem Wiener Ingenieur Hans Beer verheiratet. Sie ist jene Verwandte, deren Antrag auf Rückerstattung der Immobilien aus dem Jahr 1958 in den VVSt.-Akten des Ehepaars Steiger aufscheint. Wie Wiener Restitutionsakten zeigen, hatten Margaretha, von Beruf Modistin, und ihr Mann Hans den Holocaust in Palästina überlebt.<sup>76</sup> Beide haben ihre Familie im Holocaust verloren. In den 1970er Jahren kamen sie endgültig nach Wien zurück. Hans starb 1986, Margaretha 2002. Ihre letzte Ruhestätte befindet sich am Wiener Zentralfriedhof.<sup>77</sup>

Zu den vom Tschechischen Nationalarchiv zur Verfügung gestellten Dokumenten gehören Meldeblätter der Prager Meldebehörde mit den Meldedaten von Erika und Carlo Taube, den Eltern Steiger, der Verwandten von Carlo Taube sowie Formularbögen mit Ansuchen um Reisepass bzw. Personalausweis von Erika und Carlo Taube, die auch die Fotos der beiden enthalten.

Während Wiener Meldeauskünfte die Abmeldung von Erika Steiger (wie auch die ihrer Familie) nach Prag für den 25. bzw. 26. Mai 1939 nahelegen, verzeichnet das Prager Melderegister die erste Meldung in Prag für den

---

<sup>72</sup> Vad Vashem – Opferliste: Geb. als Zita Steiger am 2. 5. 1915 in Wien.

<sup>73</sup> SB: Mitteilung der IKG-Wien v. 18. 8. 2009.

<sup>74</sup> Terezínská pamětní kniha, S. 1026.

<sup>75</sup> NAČR Matriky židovských obcí (HBMa): Emil Steiger – NA, HBMa,-k. 25; Elisabeth Steiger – NA, HBMa, k. 88; Taube Erika – NA, HBMa, k. 90; Hoffmann Zita – NA, HBMa, k. 72.

<sup>76</sup> Die Dokumentation des Restitutionsverfahrens bezüglich der Immobilien von Emil und Elisabeth Steiger wurden mir freundlicherweise von Mag.<sup>a</sup> Petrinja vom Nationalfonds der Republik Österreich zur Verfügung gestellt.

<sup>77</sup> SB: Mitteilung der IKG-Wien v. 18. 8. 2009.

19. Oktober 1938. Demnach lebte Erika Steiger(ová), jüdischen Glaubens, ledig, mit Zuständigkeit Prostějov, ohne Berufsangabe nach einem ersten Aufenthalt im Hotel Metropol in Prag-Vinohrady und vom 16. Februar 1939 bis 22. April 1941 im Hause ihres Vaters Emil Steiger in Prag XII, in der Soběslavská 1.<sup>78</sup>

Die Meldedokumente ihrer Eltern zeigen, dass die Familie gemeinsam nach Prag gekommen war. Ob Emil und Elisabeth Steiger im Dezember 1938 noch einmal in Wien gewesen waren, ist fraglich, jedenfalls liegt für dieses Datum jene Unterschrift vor, die die „Arisierung“ ihres Besitzes innerhalb des Deutschen Reiches besiegelte.

Erikas Ansuchen um einen Personalausweis mit Eingangsstempel vom 13. Juli 1941<sup>79</sup> weist sie nun als Erika Taubeová aus, die 1938 als Erika Steigerová aus Wien in die Tschechoslowakei gekommen ist. Sie lebte nun nicht mehr bei den Eltern, sondern mit Ehemann Carlo in der Týnská 8 in Prag I.<sup>80</sup> Ihre tschechoslowakische Staatszugehörigkeit hatte sie durch ihre Heirat verloren und galt nun nach ihrem Mann als staatenlos, ihren Beruf verzeichnet das Dokument mit „Hausfrau“. In der Personenbeschreibung des Ansuchens wird Erika als eine große, schlanke Person beschrieben, mit blauen Augen und kastanienbraunem Haar. Das Passfoto zeigt überdies das schöne ausdrucksstarke Gesicht einer jungen Frau mit einem offenen Lächeln.

## **Die Taube-Familie – Verwandtschaftsverhältnisse**

Am 14. Oktober 1942 war auch der bereits bekannte Prager Violinist Otto Sattler nach Theresienstadt deportiert worden, mit ihm seine Frau Rena, eine in Łódź geborene Tochter von Karel und Máša Taube<sup>81</sup>, sowie die drei Söhne des Paares, Karel (9 Jahre), Robert (8 Jahre) und Kamil (6 Jahre).<sup>82</sup>

---

<sup>78</sup> NAČR Meldeblatt beginnend 19. 10. 1938: Steiger Emil u. Alžběta; NAČR Meldeblatt beginnend 19. 10. 1938 – Steiger-ová, Erika. Adresse heute Praha 3.

<sup>79</sup> NAČR Antragsformular – Taubeová Erika roz. Steiger: Tiskopis na žádost o osobního průkazu. (13. VI. 1941)

<sup>80</sup> Heute Praha 3.

<sup>81</sup> NAČR Meldeblatt – Taube-ová, Rena. Die Namen der Eltern kommen in den Melderegistern in variablen Formen vor: der Vater als Kazryel, Karel, Kasrich oder Kasril; die Mutter Taubeová, geborene Silbermann, als Marie, Maša, und Massia.

<sup>82</sup> NAČR Meldeblatt – Sattler, Otto: hier sind die Sattler-Buben Karel und Robert bereits als Musiker eingetragen. Deportationsdaten: Terezínská pamětní kniha: Sattlerová Rena, Sattler Karel, Robert, Kamil, S. 908; Sattler Otto, S. 915.

Auch in Carlo Taubes Meldeunterlagen<sup>83</sup> scheint Łódź als sein Geburtsort auf und als seine Eltern werden wiederum Karel und Mária genannt. In Theresienstadt traf Rena Sattler also auf ihren Bruder Carlo (Sigmund) und seine junge Frau Erika. Ein weiterer Taube-Bruder, der Cello-Virtuose Eliaz, war zu diesem Zeitpunkt bereits tot.<sup>84</sup>

Vermutlich anlässlich der Hochzeit seiner Tochter Rena mit Otto Sattler am 4. August 1931 war Kazryel Taube Ende Juli aus Karlovy Vary in das Haus der Sattlers nach Prag gekommen. Dass er dort tatsächlich bis zum 24. September 1940 wohnen blieb, wie am Meldezettel<sup>85</sup> verzeichnet ist, ist anzuzweifeln, denn vor dem Prager Meldeamt gab Marie Taubeová<sup>86</sup> im Sommer 1932 aus Łódź kommend an, die Witwe von Karel zu sein. Es kann somit angenommen werden, dass Kazryel Taube bereits zwischen August 1931 und Sommer 1932 gestorben ist.

Den Winter 1932/33 verbrachte Marie Taube in Karlovy Vary (Karlsbad). Ob sie dort Verwandte (eventuell auch ihre Söhne Carlo und Eliaz) besuchte oder zur Kur weilte, geht aus den Unterlagen nicht hervor. Doch die nordböhmische Kurstadt Karlovy Vary wird im Zusammenhang mit der Taube-Familie immer wieder genannt. Sowohl der Vater Kazryel als auch seine Söhne Carlo und Eliaz kamen über die böhmische Kurstadt nach Prag. Möglicherweise hatten sie im dortigen Kurbetrieb ein Engagement als Kurorchester oder -musiker. Auch Rena und Otto Sattler hielten sich zeitweilig in der Kurstadt auf, wo 1934 auch ihr zweiter Sohn Robert geboren wurde.

1934 erwarb Marie Taube eine Wohnung, vielleicht auch ein Haus in der Lucemburská 43 in Prag-Žižkov, wo sie mit den Söhnen Carlo und Eliaz bis zu ihrem Tod am 28. 11. 1936 lebte. Drei Wochen vor ihrem Tod verzeichnet das Melderegister die Ankunft eines älteren Sohnes, nämlich Chaim Taube, geboren 1889 in Łódź, Musiker, der mit Gattin Lola Hillerová aus Warschau angereist war und in der Lucemburská bei seinen Brüdern Quartier genommen hatte.<sup>87</sup> Zu seinem weiteren Verbleib sind keine Informationen aufzufinden.

Carlo Sigmund Taube hatte am 11. Juli 1939 bei der Prager Behörde ein Ansuchen um Ausstellung eines Reisepasses eingereicht. Aus diesem geht

---

<sup>83</sup> NAČR Meldeblatt – Taube Sigmund Carlo.

<sup>84</sup> NAČR Meldeblatt – Taube Eliaz.

<sup>85</sup> NAČR Meldeblatt – Taube Kazryel.

<sup>86</sup> NAČR Meldeblatt – Taubeová Marie.

<sup>87</sup> NAČR Meldeblatt – Taube Chaim.

hervor, dass er auch unter dem Künstlernamen Carlo de Bois behördlich registriert war, dazu staatenlos, ledig und mit Wohnort Prag. Zu seiner Legitimation hatte er die Bescheinigung einer Hilfsorganisation vom 14. April 1936 vorgelegt.<sup>88</sup>

**Carlo Taube in  
„Arbeitskleidung“  
mit Smoking-Jacke  
und Fliege**

Foto: NACR Antrags-  
formular – Karel,  
Zigmund Taube:  
Tiskopis na zadost o  
osobního prukazu  
(23. 1. 1941)



Mit Eingangsstempel 23. Jänner 1941 liegt ein weiterer ausgefüllter Formularbogen vor, ein Ansuchen um Personalausweis mit Foto und Fingerabdruck und so wie fast alle vorliegenden Dokumente mit dem Buchstaben „J“ versehen.<sup>89</sup> Seine Staatsangehörigkeit ist hier mit russisch bzw. unbe-

---

<sup>88</sup> NAČR Antragsformular – Taube Karel Zigmund: Tiskopis na žádost o cestovní pas (11. VII. 1939).

<sup>89</sup> NAČR Antragsformular – Karel, Zigmund Taube: Tiskopis na žádost o osobního průkazu. (23. 1. 1941).

kannt eingetragen. Der Personenbeschreibung nach war Taube von mittlerer Gestalt, hatte braune Augen, dunkles gekräuseltes Haar und eine Hakennase (wie dies auch auf einer Zeichnung, die der junge Petr Kien in Theresienstadt von Taube angefertigt hatte, zu sehen ist). Das Passbild zeigt ihn mit Brille und offensichtlich in „Arbeitskleidung“ mit Smoking-Jacke und Fliege.

Aus Carlos Passansuchen geht hervor, dass er 1918 von Łódź nach Deutschland (Berlin) und 1934 in die Tschechoslowakei emigriert war; als Beruf hatte er „Kapellmeister, Komponist und Dirigent“ angegeben.<sup>90</sup> Nach seinen Meldeblättern war er im Sommer 1925 gemeinsam mit seinem Bruder Eliasz über Karlovy Vary nach Prag gekommen. Beide blieben bis 1927 in Prag und meldeten sich dann nach Berlin ab. Im März 1934 kamen sie zurück, lebten zunächst in Prag I. und zogen im Spätherbst 1934 zu ihrer Mutter in die Lucemburská 43, wo sie bis zum 22. April 1941 gemeldet blieben.<sup>91</sup>

Carlo Taube und Erika Steiger haben am 18. April 1941 in einem Prager Standesamt geheiratet<sup>92</sup> (etwa zur selben Zeit hat auch Erikas Schwester Zita geheiratet). Das junge Ehepaar und Carlos Bruder Eliasz zogen jedenfalls am 22. April nach Prag I in die Týnská. Dort erreichte sie vermutlich auch der Deportationsbefehl.

Der Meldezettel von Eliasz Taube verzeichnet für Sommer 1940 einen Aufenthalt in der Prager Psychiatrischen Klinik Bohnice. Nach der Deportation von Erika und Carlo kam er am 16. Dezember 1941 erneut in diese Klinik, in der er am 4. September 1942 infolge Krankheit zu Tode gekommen ist; jedenfalls legt dies der Eintrag im Melderegister nahe.<sup>93</sup> Es gibt keinen Hinweis darauf, dass er in Theresienstadt gewesen wäre. Auch in der Deportations- bzw. Sterbekartei, in der unter der Rubrik „Verstorben“ der 4. September 1942 mit dem Hinweis „in Prag“ und eine Sterbeliste als Quelle angegeben wurde, finden sich keine weiteren Transportangaben, wie sie in den Karteikarten für Carlo und Erika Taube vorliegen.<sup>94</sup> Sehr wahrscheinlich ist Eliasz Taube jener Bruder von dem Mandl und Kuna schreiben, er wäre Cellist gewesen.

---

<sup>90</sup> Ebenda.

<sup>91</sup> NAČR Meldeblatt – Taube Sigmund Carlo; NAČR Meldeblatt – Taube Carlo Zigmund.

<sup>92</sup> NAČR Antragsformular – Erika Taubeová – Tiskopis na žádost o osobního průkazu (07. VII. 1941).

<sup>93</sup> NAČR Meldeblatt – Taube, Eliasz.

<sup>94</sup> NAČR Deportationsverzeichnisse – Erika Taubeová (Reg. čis. 39965), Taube Eliáš (Reg. čis. 41931), Taube Karel Zigmund (Reg. čis. 41932).

Eine weitere Verbindung zur Taube-Familie ergibt sich aus einer Eintragung in den Opferlisten der Yad-Vaschem-Datenbank: Der zufolge gab es eine weitere Schwester, nämlich Otti (geboren in Łódź, Eltern: Kasril und Masha Taube), die mit dem Musiker Harry Sat(t)ler verheiratet war. Beide hatten zuvor in Prag gelebt, doch ist ihr näheres Schicksal unbekannt.<sup>95</sup>

## Erika und Carlo in Prag

Mit den „Prager Dokumenten“ konnte die Identität der Erika Taube als zweite der drei Töchter des Ehepaars Emil und Elisabeth Steiger geklärt werden. Erika hatte mit ihrer Familie in der Wiener Leopoldstadt gelebt und war 1938 nach Prag emigriert. Sie hatte ihren späteren Ehemann Carlo Sigmund Taube allem Anschein nach erst in der Emigration in Prag kennen gelernt und ihn hier am 18. April 1941 geheiratet; zu einer Zeit, da in der von Nazi-Deutschland besetzten tschechoslowakischen Hauptstadt die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung immer dramatischere Formen annahm. Das Zusammenleben des jungen Ehepaars in Gemeinsamkeit und Freiheit dauerte so nur ein wenig mehr als ein halbes Jahr, doch ist es wahrscheinlich, dass beide bereits vor ihrer Deportation nach Theresienstadt künstlerisch zusammengearbeitet oder dieses geplant hatten. Für diese Vermutung spricht die Tatsache, dass in Theresienstadt Frauen und Männer in strikt voneinander getrennten Unterkünften untergebracht waren und ein Kontakt zu einem Ehemann bzw. zu einer Ehefrau nur unter erschwerten Bedingungen hergestellt werden konnte<sup>96</sup>; beide jedoch waren bereits im April 1942, also wenige Monate nach der Deportation, mit der gemeinsamen Arbeit zur „Theresianischen Suite“ hervorgetreten.

Das Studium der Prager Meldedokumente von Carlo Taube und seiner Familie erhellt eine Reihe biographischer Vermutungen, widerspricht aber auch feststehenden Annahmen: Taubes Geburtsort ist Łódź in Polen, nicht ein unbekannter Ort in Galizien. Der Wahrscheinlichkeit nach hatte er – wie Kuna schon schreibt – sein Studium bei Busoni in Berlin absolviert. Es deutet nichts darauf hin, dass er über eine längere Zeit in Wien gelebt hätte, aber

---

<sup>95</sup> [www.yadvashem.org](http://www.yadvashem.org) (search: Otti Satler, Harry Satler), Zugriff v. 29. 11. 2009.

<sup>96</sup> Vgl. Adler, Theresienstadt, S. 330: „Die Trennung nach Geschlechtern blieb für Personen im arbeitsfähigen Alter grundsätzlich bestehen. Das Zusammenwohnen von Familien war stets eine Ausnahme, derer sich selbst während der ‚Verschönerung‘ kaum mehr als 5 % der Gefangenen erfreuten.“

auch über seine Zeit in Deutschland ist nichts weiter bekannt. Seit 1934 lebte er mit seinem Bruder Eliaz in Prag, wo sich seine Mutter und seine Schwester(n) Anfang der 1930er Jahre niedergelassen hatten.

Unzweifelhaft stammt Carlo Taube aus einer osteuropäischen jüdischen Musikerfamilie. Sowohl er als auch seine Schwester(n) und Brüder waren MusikerInnen. Es ist sicher nicht verfehlt, anzunehmen, dass der Vater Kazryel Taube und Elijah Taube, der Vater von Michael, zu den Brüdern gehören, die in Łódź gemeinsam ein Orchester begründet hatten. Der Wahrscheinlichkeit nach handelte sich hier um eine traditionelle „Klezmer-Familie“ – wie von der Lühe für Michael und Leon Taube erwähnt –, in der die Kinder bereits von klein auf für eine professionelle Musikerlaufbahn erzogen und ausgebildet wurden.

Die Obsorge für die Familie, die, wie von Karas interpretiert, Carlo Taube gezwungen hätte in Kaffehäusern und Bars zu spielen, bezog sich – wenn überhaupt – nicht auf eine Ehefrau und Kinder, sondern berührte vielmehr Loyalitäten gegenüber seiner Herkunftsfamilie, seinen Eltern und Geschwistern. Eine offensichtlich sehr enge Verbindung bestand zwischen Carlo und seinem Bruder Eliaz Taube, die den Meldedokumenten nach stets zusammen gewohnt hatten und sehr wahrscheinlich auch zusammen aufgetreten waren. Orte ihres musikalischen Wirkens könnten neben Berlin und Prag unter anderem Ostrava und Karlovy Vary gewesen sein.

Dass der im südböhmischen Pisek geborene Violinist Otto Sattler ebenfalls diesem traditionellen jiddischen Musikermilieu entstammte, dafür spricht nicht nur die Hochzeit mit der Musikerin Rena Taube; nach Ottens und Rubin spielten die Töchter der Klezmers bis zu ihrer Heirat im Familienorchester mit und heirateten meist in Musikerfamilien ein. Auch die beiden Sattler-Söhne, den neunjährigen Karel und seinen um ein Jahr jüngeren Bruder Robert, verzeichnet das Melderegister bereits als (Berufs-)Musiker. Ein vermutlicher Verwandter, Harry Sat(t)ler, war ebenfalls Musiker. So gesehen war das gemeinsame Auftreten von Carlo Taube mit Otto Sattlers Gruppe im Konzertcafé „Nizza“, von dem Karas berichtet, nicht allein das Ergebnis einer verzweifelten Suche nach Engagement, sondern viel eher den familiären Beziehungen zwischen Carlo Taube und Otto Sattler geschuldet.

## Epilog – Herbst 1944

Im Herbst 1944, einige Tage vor Yom Kippur wurde bekannt, dass 5000 BewohnerInnen von Theresienstadt in den Osten zu „Arbeitseinsätzen“ depor-

tiert werden sollten. Verstört zählt der betagte Theresienstädter Chronist Philipp Manes diejenigen auf, die für die Deportationen vorgesehen waren, und schreibt in sein Tagebuch:

„Eine Hiobsbotschaft löste die andere ab. Der Dirigent Fischer muß mit, der große holländische Sänger [Machiel Gobets] mit seiner Siegfriedfigur, [...] unentbehrliche Mitglieder der Stadtkapelle mitsamt dem Dirigenten Professor Carlo Taube, der zweite Violinist des Ledec-Quartettes Dr. Henry Cohn – nur diese Namen, um zu zeigen, wie alles mühsam in zwei Jahren aufgebaute und zusammengefügte durch eine einzige Verfügung zerstört wird.“<sup>97</sup>

Alle Musiker der „Stadtkapelle“, mit Ausnahme des Dirigenten Peter Deutsch und einigen Dänen, hatten Transportvorladungen für den 28. September erhalten; auch der junge Coco Schumann von den „Ghetto-Swingers“:

„Die Transporte begannen am 28. September. Wir versammelten uns einen Tag zuvor vor den ausgehängten Listen und suchten unsere Namen, mit einem unbeschreiblichen Gefühl in der Magengend. Die Liste dieses ersten Tages führte genau zweitausendvierhundertneun- undneunzig Namen auf, [...] Weder Prominenz noch Verdienste konnten mehr helfen. Von jetzt an waren wir alle gleich.“<sup>98</sup>

Der Transport, in dem Carlo Taube mit seinen Musikern eingereiht war, führte am 1. Oktober 1944, einem Sonntag, in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Über das Schicksal der Mitglieder der „Stadtkapelle“ schreibt Milan Kuna, dass sie in Uniformen eingekleidet als neu formierte Kapelle die Begleitmusik zu dem grausigen Alltag von Auschwitz zu spielen hatten. Viele von ihnen waren nicht in den Gaskammern gestorben, sondern zerstreut in alle Winde unter den elendsten Bedingungen auf den endlosen Todesmärschen umgekommen.<sup>99</sup> Ob Carlo Taube das Schicksal seiner Musiker teilte?

Am 4. Oktober wurden Elisabeth Steiger mit ihren Töchtern Erika und Zita sowie Rena Sattler, geb. Taube, mit ihren drei Söhnen in den Transport

---

<sup>97</sup> Manes, *Als ob's ein Leben wär*, H. 8, S. 421.

<sup>98</sup> Schumann, *Der Ghetto-Swinger*, S. 76.

<sup>99</sup> Kuna, *Musik an der Grenze*, S. 227.

nach Auschwitz eingereicht. Die vier Frauen und die drei Buben wurden vermutlich noch am Tag ihrer Ankunft in Auschwitz ermordet.

Einzig Otto Sattler und Margaretha Beer-Steiger überlebten den Holocaust.<sup>100</sup>

---

<sup>100</sup> Nach Schumann und Kuna musste Otto Sattler den letzten Gang seiner Familie in die Gaskammern mit ansehen. Vgl. Schumann, *Der Ghetto-Swinger*, S. 88, und Kuna, *Musik an der Grenze*, S. 300.

---

 HEIMO HALBRAINER / GERALD LAMPRECHT

## EVANGELISCH GETAUFT UND ALS JUDEN VERFOLGT

### Ein Beitrag zur Geschichte einer „vergessenen“ Opfergruppe des Nationalsozialismus<sup>1</sup>

#### Vorbemerkungen

„Ich Endesgefertigte Paula Presinger, geb. Rosenthal wurde 1884 als Tochter evangelischer Eltern in Graz geboren. Ich und meine beiden Geschwister erhielten eine durchaus christliche, volksdeutsche Erziehung, verkehrten ausschließlich in arischen Familien und erfuhren erst als Erwachsene mit ungefähr 17 Jahren, dass unsere beiden Eltern der Rasse nach angeblich Juden und erst nach ihrer Verhehlung getauft worden waren. Auch die einzig Ueberlebende der früheren Generation, die Mutter meines Vaters, hatte sich zugleich mit unseren Eltern taufen lassen, so dass uns Kindern eine durchwegs christliche Umgebung geschaffen war.“<sup>2</sup>

Mit dieser Kurzdarstellung ihrer Familiengeschichte eröffnete die Grazerin Paula Presinger im August 1938 ein Schreiben an die für die „Arisierung“ jüdischen Eigentums zuständige Vermögensverkehrsstelle im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit in Wien. Ziel dieses Bittgesuches war die Befreiung von den Zwangsmaßnahmen, die die Nationalsozialisten Juden auferlegt hatten: soziale Isolierung, berufliche Deklassierung, Beraubung und schließlich physische Verfolgung. Maßnahmen, von denen auch die Familie von

---

<sup>1</sup> Diese Arbeit entstand im Rahmen des vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung geförderten Sparkling Science-Projektes „Die Grazer Heilandskirche während der Zeit des Nationalsozialismus unter besonderer Berücksichtigung der als Juden verfolgten Mitglieder“.

<sup>2</sup> Steiermärkisches Landesarchiv (StLA), LReg. Arisierungen, VA 2453, Brief von Dr. Alfred und Paula Presinger an die Vermögensverkehrsstelle im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit in Wien, 16. 8. 1938.

Paula Presinger betroffen war. Denn was für Jüdinnen und Juden seit dem „Anschluss“ im März 1938 Alltag war, wurde für Paula Presinger mit der Einführung der „Nürnberger Gesetze“ in Österreich im Mai 1938 ebenfalls zur traurigen Realität.

Die nationalsozialistische Zuordnung der Familie Presinger als jüdische Familie traf Paula Presinger, wie sie in ihrer Selbstdarstellung darlegte, umso mehr, als sie sich als Teil des Grazer evangelischen und deutschnationalen Milieus verstand. Mit der erzwungenen „Rekonversion“ waren für sie Ausgrenzung und Diskriminierung verbunden. Paula Presinger wurde nach dem Tod ihres nichtjüdischen Mannes und damit nach dem Ende der „geschützten“ Beziehung am 10. Jänner 1944 in das Ghetto nach Theresienstadt transportiert, wohin ihre Schwester Margit Frankau, die in Graz als Krankenschwester im evangelischen Diakonissenkrankenhaus gearbeitet hatte, schon ein Jahr zuvor deportiert worden war.<sup>3</sup>

## Definitionen

Der Grund für die Verfolgung von Paula Presinger und Margit Frankau war, dass deren Eltern, Josef und Alice Rosenthal, aus einer angesehenen jüdischen Industriellenfamilie aus Hohenems abstammten. Auch wenn ihre Eltern als eine der ersten Jüdinnen und Juden in Graz bereits Jahrzehnte zuvor zum evangelischen Glauben konvertiert waren, in der evangelischen Pfarrgemeinde Graz-Heilandskirche aktiv und in der großbürgerlichen, deutschnationalen Grazer Gesellschaft angesehen waren, galten die Töchter den nationalsozialistischen Rassenkategorien entsprechend als „Jüdinnen“ und gerieten in die Prozesse der nationalsozialistischen „Judenpolitik“.

Einem Kommentar zum „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ folgend trachtete das NS-Regime danach, eine „Lösung“ der von den Antisemiten seit dem Ende des 19. Jahrhunderts aufgetragenen so genannten „Judenfrage“ herbeizuführen. „Eine wirkliche, also für das deutsche Volk gedeihliche Lösung ist aber nur eine solche, die die beiden Völker, das deutsche Wirtsvolk und das jüdische Gastvolk, klar voneinander scheidet. Das von der nationalsozialistischen Bewegung von Anfang an ver-

---

<sup>3</sup> Heimo Halbrainer / Gerald Lamprecht, „So dass uns Kindern eine durchwegs christliche Umgebung geschaffen war.“ Die Heilandskirche und ihre „Judenchristen“ zwischen 1880 und 1955, Graz 2010, S. 153–161.

folgte Ziel war die kompromisslose Dissimilation, also die Verhütung der ferneren und die Aufhebung der bisherigen Assimilation, soweit dies irgend erreichbar ist. Hierzu war die schärfste Scheidung der Angehörigen beider Völker auf allen Lebensgebieten auch im Wege der Gesetzgebung notwendig.“<sup>4</sup>

Die legistische Grundlage der Trennung der jüdischen Bevölkerung von der nichtjüdisch „arischen“ war das rassistische Regelwerk der 1935 beschlossenen „Nürnberger Gesetze“.<sup>5</sup> Dieses ermöglichte es dem Regime mit seiner Definition, wer denn „Jude“ sei, die Selektion der Jüdinnen und Juden durchzuführen, und zielte darauf ab, den seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in Gang gesetzten Prozess der Emanzipation und Integration wie auch Akkulturation und Assimilation der jüdischen Bevölkerung rückgängig zu machen und die jüdische Bevölkerung nach der vollständigen wirtschaftlichen und sozialen Entrechtung und Beraubung aus dem Deutschen Reich zu vertreiben. Im Fokus der nationalsozialistischen Überlegungen waren dabei auch all jene Menschen, die auf Grund ihrer Nichtmitgliedschaft in den jüdischen Gemeinden als „Juden“ zunächst nicht fassbar waren. Diese verstanden sich selbst nicht mehr als Jüdinnen und Juden, da ihre Großeltern, Eltern oder sie selbst aus dem Judentum ausgetreten waren und in vielen Fällen zu einem christlichen Glauben konvertiert waren. Viele waren also Christen, die im Sinne der Nationalsozialisten hinkünftig in der „Volksgemeinschaft“ aufgehen sollten. Daher galt: „Wenn Christen zu Ariern umgemodelt werden sollten, konnten die jüdischen Konvertiten und deren Nachkommen nicht mehr als rechtmäßige Christen gelten.“<sup>6</sup> Die Konversion als religiöser Akt wurde im Sinne biologistischer Argumentationen hinfällig und Konvertiten somit zu Christen zweiter Klasse. Eine Argumentation, die angesichts der weitgehend ausbleibenden Hilfe seitens der christlichen Kirchen Österreichs für ihre verfolgten Mitglieder von diesen offensichtlich auch geteilt oder zumindest nicht vehement in Abrede gestellt wurde, was sich nicht zuletzt auch in verschiedensten Terminologien widerspiegelte.

---

<sup>4</sup> Hans Pfundner / Reinhard Neubert (Hrsg.), *Das neue deutsche Reichsrecht: Ergänzbare Sammlung des für Österreich geltenden Reichsrechts und Landesrechts seit dem 13. März 1938 mit Erläuterungen. I. Öffentliches Recht*, Berlin–Wien 1940, S. 14.

<sup>5</sup> Reichsgesetzblatt (RGBl.) I, 1935, S. 1146 f. Reichsbürgergesetz und Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre v. 15. 9. 1935.

<sup>6</sup> Deborah Hertz, *Wie Juden Deutsche wurden. Die Welt jüdischer Konvertiten vom 17. bis zum 19. Jahrhundert*, Frankfurt/M.–New York 2010, S. 19.

Von den Nationalsozialisten wurde diese Gruppe in Abgrenzung zu jenen, die Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft waren, als „Geltungsjuden“ sowie in graduellen Abstufungen ihrer jüdischen Herkunft als „Mischlinge 1. Grades“ und „Mischlinge 2. Grades“ bezeichnet.<sup>7</sup> Doch auch innerhalb der christlichen Kirchen hatte sich mit Zunahme der Konversionen im 19. Jahrhundert sowie in Reaktion auf die nationalsozialistische Gesetzgebung eine besondere Terminologie entwickelt. „Getaufte Juden“, „Christen jüdischer Abstammung“, „christgläubige Juden“, „nichtarische Christen“, „konvertierte Juden“ oder auch „katholische Nichtarier“ waren die Bezeichnungen für all jene, die aus welchen Gründen auch immer durch Konversion Christen geworden waren.

Im evangelischen Bereich wurde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vermehrt auch der Begriff „Judenchristen“ verwendet. Dieser hielt sich auch über das Ende der NS-Herrschaft hinaus und wurde nicht nur im Sinne einer Ausgrenzung und Stigmatisierung verwendet. Vielmehr war er auch selbst gewählte Begrifflichkeit der Konvertierten, die das Spannungsverhältnis zwischen Judentum als Religion und Judentum als Ethnie abbildete. So legte der Wiener evangelische Pfarrer Dr. Felix Propper, selbst vom Judentum zum evangelischen Glauben konvertiert, die Grundlagen des Begriffs in seiner Zeitschrift *Der Judenchrist* 1953 im Artikel „Warum Judenchristen?“ dar:

„Widersprechen die beiden Teile dieses Wortes einander nicht? Hat nicht ein Jude, der den Weg zu Christus gefunden hat, aufgehört Jude zu sein? Ist man nicht entweder Christ oder Jude? Kann man denn beides gleichzeitig sein?“

Und nach der Diskussion, ob das jüdische Volk ein Volk wie andere Völker auch sei, hielt er fest:

„Es gibt also zwei Möglichkeiten: Entweder erkennt man den Gliedern des jüdischen Volkes das Recht zu, sich zu welchem Glauben immer zu bekennen, oder man hält nur die Christusbekenner unter ih-

---

<sup>7</sup> Vgl. Aleksandar-Saša Vuletić, Christen jüdischer Herkunft im Dritten Reich. Verfolgung und organisierte Selbsthilfe 1933–1939, Mainz 1999 [= Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz. Abteilung Universalgeschichte 169], S. 14–35.

nen für richtige Juden. Auf alle Fälle ist also der Name ‚Judenchrist‘ nicht widerspruchsvoll, sondern zulässig und zutreffend.“<sup>8</sup>

„Judenchrist“ zu sein bedeutete für ihn demnach Mitglied des jüdischen Volkes zu sein und aus Überzeugung der christlichen Religion anzugehören. Das Konzept der „Judenchristen“ verweist darauf, dass Elemente der jüdischen Identität trotz der Konversion bewahrt werden können und dass es zwischen Judentum und Christentum enge Verflechtungen gibt.

Die Vielfalt der Begriffe, die rund um die Frage der Konversion von Jüdinnen und Juden zum christlichen Glauben und letztlich auch im Zusammenhang mit der nationalsozialistisch-rassistischen Definition von „Juden“ entstanden, spiegeln zum einen die zunehmende Hegemonie der Rassendiskurse und zum anderen die damit verbundenen Verunsicherungen der christlichen Gemeinschaften wider. Für die betroffenen Menschen bedeutete es, dass Genealogien plötzlich eine enorme Bedeutung erlangten und dies zu einem Verlust individueller identitärer Selbstbestimmung führte. Die Frage der Abstammung und Religionszugehörigkeit der Eltern und Großeltern war nun entscheidend dafür, ob jemand in seinem sozialen und kulturellen Umfeld verbleiben konnte oder aus diesem vertrieben und verbannt wurde.<sup>9</sup>

## Kontexte

Das eingangs kurz geschilderte Schicksal der Töchter der Familie Rosenthal ist nur eines von vielen. Wie viele es österreichweit waren, darüber gibt es keine genauen Angaben, da entsprechende statistische Angaben fehlen und die Spuren der als „Judenchristen“ Verfolgten nur schwer zu rekonstruieren sind. Ein Umstand, der sicherlich darauf zurückzuführen ist, dass durch den Antisemitismus und die Zeit des Nationalsozialismus das jüdische Erbe in den Familiengeschichten weitgehend ausgeblendet wurde. Die Konversion war durch die stete gesellschaftliche Stigmatisierung alles „Jüdischen“ zum individuellen wie auch familiären „Makel“ geworden und wurde meist

---

<sup>8</sup> Felix Propper, Warum Judenchristen?, in: Der Judenchrist, 1. Jg. (September 1953), Nr. 1, S. 1–2.

<sup>9</sup> Zur Komplexität und Irrationalität des nationalsozialistischen Rassenkonstruktes bei der Frage der Bestimmung, wer als „Jude“ zu gelten habe vgl. Hertz, Wie Juden Deutsche wurden, S. 19 f.

ebenso verschwiegen wie die Geschichte der Verfolgung selbst. Es war ein Schweigen bestimmend, das sicherlich auch dadurch gefördert wurde, dass die christlichen Kirchen in Österreich als gesellschaftliche Instanzen sich zumeist – nicht zuletzt auch auf Grund des in den Kirchen vorhandenen Antisemitismus – „beschämt“ von ihren „judenchristlichen“ Mitgliedern abgewandt und ihnen während und lange Zeit auch nach dem Ende des NS-Regimes nur spärlich Unterstützung, Hilfe oder Anerkennung haben zukommen lassen.

Daher muss bei der Betrachtung der Geschichte der als Juden verfolgten Evangelischen in Graz auch die Geschichte der evangelischen und der jüdischen Gemeinde berücksichtigt werden. So weisen beide Gemeinden seit der Toleranzpolitik von Kaiser Joseph II. Ähnlichkeiten und Überschneidungen auf, die darüber hinausreichen, religiöse Minderheiten in einer katholischen Mehrheitsgesellschaft zu sein. Neben dem verbindenden Element der Konversion ist hier vor allem der negative Berührungspunkt des Antisemitismus zu nennen. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts waren führende Vertreter der evangelischen Pfarrgemeinde Graz-Heilandskirche Wortführer des Deutschnationalismus und Antisemitismus in Graz.<sup>10</sup> So berichtete etwa der Grazer Rabbiner David Herzog in seinen Lebenserinnerungen:

„Leider muß ich sagen, daß viel zu dem Judenhass katholische und namentlich protestantische Geistliche beitrugen. So haben das jeden Sonntag von dem Dechant Gorbach herausgegebene ‚Eingroschenblatt‘ und das vom evangelischen Pfarrer Ulrich in Graz herausgegebene Monatsblatt ‚Der Säemann‘ Ströme von Haß gegen Juden ausgeschüttet.“<sup>11</sup>

Der immer virulenter werdende Antisemitismus ist jedoch auch unmittelbar mit der Geschichte der Evangelischen in Graz selbst verbunden. Verkürzt dargestellt ging mit dem sich radikalierenden Deutschnationalismus und dem damit verbundenen Antisemitismus auch das rasante Wachstum der evangelischen Gemeinde in Graz ab der Jahrhundertwende einher. War ihre

---

<sup>10</sup> Heinz Schubert, Pfarrer Friedrich Ulrich. Schlaglichter auf einen Grazer Geistlichen mit Strahlkraft im Spiegel des „Säemann“, in: Jahrbuch für die Geschichte des Protestantismus in Österreich 124/125 (2008/2009), S. 121–196.

<sup>11</sup> Herzog David, Erinnerungen eines Rabbiners 1932–1940. Auf Grundlage einer Diplomarbeit von Andreas Schweiger, hrsg. v. Walter Höflechner, Graz <sup>2</sup>1997 [= Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz 32], S. 7.

Mitgliederzahl seit Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1898 nur bescheiden angestiegen – jährlich konvertierten zwischen drei und 35 Personen – so kam es im Zuge der „Los-von-Rom“-Bewegung<sup>12</sup> um die Jahrhundertwende zu einem sprunghaften Anstieg der Mitgliederzahlen der Heilandskirche von 4152 im Jahr 1897 auf 7616 im Jahr 1908. 1910 kam es zudem zur Gründung einer weiteren Gemeinde in Graz, der für das rechte Murafer zuständigen Gemeinde Kreuzkirche.<sup>13</sup> In diesem Zeitraum war für den Großteil der Konvertiten der Übertritt jedoch weniger eine Glaubensentscheidung als vielmehr ein politischer Akt des Bekenntnisses zum Deutschtum.<sup>14</sup>

Zur gleichen Zeit, als das Wachstum der evangelischen Gemeinde in Graz vor allem durch Übertritte voranschritt, war die Mitgliederentwicklung der jüdischen Gemeinde von gegenläufigen Prozessen bestimmt. Zum einen wuchs die Gemeinde in Graz im Jahr 1869 von 566 Mitgliedern bis zum Jahr 1910 auf 1954 Mitglieder an, ehe sie bis 1934 wieder auf 1720 zurückging. Für das Wachstum war im Gegensatz zur evangelischen Gemeinde vor allem der stete Zuzug aus den umliegenden Regionen der Steiermark – vor allem aus Westungarn – verantwortlich und für den Rückgang in der Zwischenkriegszeit vor allem dessen Ende durch den Zerfall der Monarchie.<sup>15</sup> Zum anderen verzeichnete die Israelitische Kultusgemeinde Graz (IKG) im Zeitraum zwischen 1874 und 1942 (Zeitpunkt des letzten Austrittes) in Graz 683 (im gesamten Verwaltungsbereich der IKG 1065) Austritte aus dem Judentum.<sup>16</sup>

Nimmt man die Konversionen von Jüdinnen und Juden zum evangelischen Glauben in Graz in den Blick, so zeigt sich, dass die Übertrittsrate der Jüdinnen und Juden letztendlich gering war. In den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts waren zwar jährlich zwischen drei und 20 Prozent aller Übertritte solche von Jüdinnen und Juden zum evangelischen Glauben, doch spätestens als es im Zuge der „Los-von-Rom“-Bewegung zu Massen-

---

<sup>12</sup> Karl-Reinhart Trauner, Die Los-von-Rom-Bewegung. Gesellschaftspolitische und kirchliche Strömung in der ausgehenden Habsburgermonarchie, Szentendre 1999.

<sup>13</sup> Berichte des Presbyteriums der Heilandskirche. Jahrgänge 1874 bis 1930; Die Geschichte der Evangelischen Gemeinde Graz-Heilandskirche von der Reformationszeit bis zum Jubiläumsjahr 1956, Graz [1956], S. 73 ff.

<sup>14</sup> Paul Bräunlich, Die Los von Rom-Bewegung in der Steiermark, München 1901 [= Berichte über den Fortgang der „Los von Rom-Bewegung“ 7], S. 32 ff.

<sup>15</sup> Vgl. Gerald Lamprecht, Fremd in der eigenen Stadt. Die moderne jüdische Gemeinde von Graz vor dem Ersten Weltkrieg, Innsbruck–Wien–Bozen 2007 [= Schriften des Centrums für Jüdische Studien 8], S. 72

<sup>16</sup> Vgl. Israelitische Kultusgemeinde (IKG) Graz, Austrittsbücher der IKG Graz.

übertritten kam, war deren Anteil an den Übertritten marginal. Insgesamt waren es in der Grazer Heilandskirche zwischen 1880 bis 1934 105 Personen und in der Grazer Kreuzkirche zwischen 1912 und 1921 elf Personen, was jeweils nur 1,2 Prozent aller Übertritte darstellte.<sup>17</sup> Vom Judentum Konvertierte gab es in diesen beiden Kirchen vor 1938 aber mehr. Denn es gab auch Kirchenmitglieder, die außerhalb des Verwaltungsbereichs der IKG Graz bzw. der beiden evangelischen Gemeinden in Graz vom Judentum zum Christentum konvertiert und somit bereits als Christen nach Graz gekommen waren.

## Selektion und Verfolgung

Der „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich 1938 wurde – wie in den Zeitungen der evangelischen Gemeinde über mehrere Monate hinweg sichtbar – enthusiastisch begrüßt, was sich nicht nur in ganzseitigen Abbildungen und Huldigungsgedichten zeigte, sondern auch in der Aufforderung am 10. April 1938 mit „Ja“ für den „Anschluss“ zu stimmen und anlässlich des Festgottesdienstes für die Abstimmung neben dem Deutschlandlied auch das Horst-Wessel-Lied zu singen.<sup>18</sup> Nach einer ersten Phase der Begeisterung, in der noch 1938 die Heilandskirche freiwillig ihr evangelisches Schulwesen aufgab,<sup>19</sup> kam aber bald die Ernüchterung. Neben diversen staatlichen Verboten, die die kulturellen und religiösen Aktivitäten der Heilandskirche einschränkten (u. a. wurden die beiden in Graz erscheinenden Zeitschriften *Der Säemann* und der *Grazer Kirchenbote* verboten) verlor die Heilandskirche innerhalb weniger Jahre über 2500 und die Kreuzkirche über 800 Mitglieder, die sich zumeist aufgrund ihrer nationalsozialistischen Überzeugung von der Kirche abwandten.<sup>20</sup>

---

<sup>17</sup> Vgl. Archiv der evangelischen Gemeinde Graz-Heilandskirche, Übertrittsbücher und Taufbücher, 1880 bis 1940; Archiv der evangelischen Gemeinde Graz-Kreuzkirche, Übertrittsbücher und Taufbücher, 1910 bis 1940.

<sup>18</sup> Beispielsweise Archiv der evangelischen Gemeinde Graz-Heilandskirche, Amtsblätter des Oberkirchenrates, Verordnung für den Festgottesdienst am 18. April 1938, 12. 4. 1938; „Sieg Heil dem großen deutschen Vaterland!“, in: *Der Säemann*, 15. 4. 1938; „Eine selbstverständliche Pflicht. Das JA! der Evangelischen“, in: *Tagespost*, 5. 4. 1938.

<sup>19</sup> Heimo Begusch, *Von der Toleranz zur Ökumene*, in: Karl Amon / Maximilian Liebmann (Hrsg.), *Kirchengeschichte der Steiermark*, Graz 1993, S. 466–607, hier 548 ff.

<sup>20</sup> Paul Spanuth, *Die Organisation der evangelischen Kirche A.B. in der Steiermark*, August 1947, S. 7.

Für die so genannten „Judenchristen“ bedeutete die Machtübernahme der Nationalsozialisten, dass sie und ihre Kinder wie die jüdische Bevölkerung von den mit 20. Mai 1938 in „Österreich“ Gültigkeit erlangenden „Nürnberger Gesetzen“<sup>21</sup> betroffen und somit der Verfolgung ausgesetzt waren. Die „Rassengesetze“ griffen auch in die individuellen Beziehungen der Menschen ein und untersagten beispielsweise Ehen von Juden und Nichtjuden. Allgemein waren von den „Rassengesetzen“ auch die so genannten „Mischehen“ und die daraus hervorgegangenen Kinder betroffen.<sup>22</sup> Für sie galten jedoch eigene Bestimmungen, die trotz der Vielzahl an Verfolgungsmaßnahmen in Relation zu den anderen Verfolgten zum Teil noch Schutz bedeuten konnten. Generell zielten die Gesetze auf die vollständige Trennung zwischen Juden und Nichtjuden, denn „das Blutschutzgesetz will mit härtesten Mitteln die eheliche wie die außereheliche Geschlechtsverbindung zwischen Deutschblütigen und Juden und damit deren Rassenmischung verhüten, weil nur Härte mit dem früheren Übel nachhaltig aufräumen kann und damit Segen für die Zukunft unseres Volkes verbürgt. Es erübrigt sich, an dieser Stelle noch einmal die Gefahren dieser Blutmischung aufzuzeigen und auf die in jeder Hinsicht unhaltbare Lage der Nachkommen aus einer solchen Verbindung hinzuweisen.“<sup>23</sup>

Wie viele so genannte „Judenchristen“ letztlich in Graz von den Verfolgungsmaßnahmen betroffen waren, kann nur schwer festgestellt werden. Ein Anhaltspunkt kann die unter den Prämissen der „Nürnberger Gesetze“ durchgeführte Volkszählung vom 17. Mai 1939 sein.<sup>24</sup> Demnach lebten Mitte 1939 im Reichsgau Steiermark – zu dem auch die südburgenländischen Bezirke Oberwart, Güssing und Schläining gehörten – noch 597 Juden und Jüdinnen, 357 „Mischlinge 1. Grades“ und 307 „Mischlinge 2. Grades“. Von diesen insgesamt 1261 verfolgten Menschen waren 199 Mitglieder einer

---

<sup>21</sup> RGBl. I, 83/1938, S. 594 f., Verordnung über die Einführung der Nürnberger Rassengesetze in Österreich vom 20. 5. 1938.

<sup>22</sup> Vgl. Beate Meyer, „Jüdische Mischlinge“. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933–1945, Hamburg–München <sup>2</sup>2002 [= Studien zur jüdischen Geschichte 6].

<sup>23</sup> Hans Pfundner / Reinhard Neubert (Hrsg.), Das neue deutsche Reichsrecht: Ergänzbare Sammlung des für Österreich geltenden Reichsrechts und Landesrechts seit dem 13. März 1938 mit Erläuterungen, Berlin–Wien 1940, I. Öffentliches Recht, S. 14.

<sup>24</sup> Volkszählung. Die Bevölkerung des Deutschen Reichs nach den Ergebnissen der Volkszählung 1939. H. 4. Die Juden und jüdischen Mischlinge im Deutschen Reich (Statistik des Deutschen Reichs Bd. 552/4), Berlin 1944, S. 8 f.

evangelischen Kirche, wobei der größte Teil der Evangelischen aus Graz stammte.

## Geglückte Fluchten 1938/39 und Exil

Noch im Sommer 1938 flohen mehrere „Judenchristen“, nachdem ihr Besitz zur „Arisierung“ angemeldet bzw. teilweise „arisiert“ worden war, aus Graz, da sie unter den Nationalsozialisten keine Lebensmöglichkeiten mehr sahen. Die Länder, in die sie flohen, waren Italien, Jugoslawien, Schweiz, Großbritannien, Kuba und die USA, wo zumindest zwei Personen – Dr. Arnold Eisler und Josef Otto Lämmel – auch innerhalb der jeweiligen österreichischen Exilorganisationen aktiv wurden. Während von vielen keine bzw. kaum Informationen über den Verlauf ihrer Flucht vorliegen, können für einige ihre Fluchtwege teilweise recht ausführlich nachgezeichnet werden.<sup>25</sup>

So gingen Bruno und Barbara Levi, die seit Anfang des 20. Jahrhunderts in Graz gelebt hatten und die italienische Staatsbürgerschaft besaßen, nach Italien zurück, wo sie die Zeit des Nationalsozialismus und Faschismus überlebten.<sup>26</sup> Nach Bled (Veldes) in Jugoslawien floh noch im August 1938 der spanische Honorarkonsul Ernst Simson mit seiner Frau und Tochter. Für die Gemeindeversammlung der Heilandskirche vom 30. August 1938 – er war seit 1916 gewählter Gemeindevertreter – ließ er sich entschuldigen, da er „verreist“ sei.<sup>27</sup> Nach dem Überfall Deutschlands auf Jugoslawien wurden er und seine Tochter Marga im Frühjahr 1941 auf Grund der Beschuldigung „Rotspanier“ zu sein, festgenommen und nach Klagenfurt gebracht, ehe sie im August 1941 wieder freigelassen wurden und emigrieren konnten. Der Freilassung ging der Versuch des in den USA lebenden Bruders von Ernst, Julius Simson, voran, der die spanischen Stellen im Juli 1941 über die Botschaft in Washington zu Nachforschungen bzw. zu einer Intervention zugunsten seines im „Konzentrationslager in Klagenfurt“ inhaftierten Bruders und dessen Tochter zu bewegen versuchte.<sup>28</sup> In Madrid selbst nützte der angese-

---

<sup>25</sup> Vgl. Halbrainer / Lamprecht, Die Heilandskirche und ihre „Judenchristen“, S. 115–193.

<sup>26</sup> StLA, LReg. Arisierung LG 6519; StLA, LReg. Arisierung VA 21498; Interview mit Peter Poier am 25. 5. 2010.

<sup>27</sup> Archiv der evangelischen Gemeinde Graz-Heilandskirche, Protokollbuch des Presbyteriums und der Gemeindeversammlung (Band 1936 bis 1939), Protokoll v. 30. 8. 1938.

<sup>28</sup> Archiv des spanischen Außenministeriums in Madrid, Kopie des Schreibens von Julius Simson (undatiert); beiliegend bei Akte C, Spanischer Botschafter in Washington, Juan

hene deutsch-spanische Geschäftsmann Kuno Kocherthaler seine Kontakte, um das Außenministerium zu einem Eingreifen zu bewegen.<sup>29</sup> Beide verwiesen auf die schlechte gesundheitliche Verfassung, in der sich sowohl Ernst Simson (nach einem chirurgischen Eingriff) als auch Marga Simson (aufgrund ihrer Wirbelsäulenarthritis) befänden, „so dass das Schlimmste zu befürchten ist, wenn man ihnen nicht bald zu Hilfe kommt“.<sup>30</sup>

Nach Großbritannien flohen 1938 die Modistin Olga Beck und Franz Ludwig Preminger, der Sohn des Grazer Gewerkschaftsfunktionärs und nachmaligen Präsidenten der IKG Graz Isidor Preminger. Über die Schweiz gelangte auch der ehemalige Sekretär des *Steiermärkischen Schriftstellerverbandes*, der Schriftsteller Josef Otto Lämmel, nach Großbritannien, wo dieser ab Mai 1939 zunächst innerhalb des *Austrian Centre* aktiv wurde. Da er als ehemaliges Mitglied der *Ostmärkischen Sturmscharen* das überparteilich ausgerichtete, aber unter kommunistischer Führung stehende *Austrian Centre* reorganisierten wollte,<sup>31</sup> was jedoch abgelehnt wurde, trat er aus dem *Austrian Centre* aus. Im Herbst 1941 wurde Lämmel zum ersten Vorsitzenden des neu gegründeten *Verbandes Österreichischer Christlichsozialer in Großbritannien*, für den er auch den programmatischen Text verfasst hat, gewählt. Aus parteiinternen Gründen legte Lämmel jedoch auch hier schon bald seine Funktion zurück und trat im März 1942 aus dem Verband aus.<sup>32</sup> Im Juli 1945 war er schließlich Mitbegründer und Sekretär der *Austrian Christian People's Party* in Großbritannien. Zudem war er von 1941 bis 1945 als *Steirer Sepp* Radiosprecher beim Austrian Service des BBC. Er kehrte erst 1962 wieder nach Graz zurück.

Nicht mehr nach Österreich zurückkehren konnten die beiden in die USA emigrierten Dr. Richard Hönigswald und Dr. Arnold Eisler. Hönigswald

---

F. de Cardenas, an Juan Peche, Subsecretario de Asuntos Exteriores, Außenministerium in Madrid, 23. 7. 1941.

<sup>29</sup> Archiv des spanischen Außenministeriums in Madrid, Kopie des Schreibens von Kuno Kocherthaler v. 16. 7. 1941, beiliegend bei Akte C, Subsecretario des Ministerio de Estado an den spanischen Botschafter in Berlin, 21. 7. 1941.

<sup>30</sup> Ebenda.

<sup>31</sup> Steiermärkische Landesbibliothek (StLB), Nachlass Josef Otto Lämmel, Brief an Sir George Frankenstein, o. D. [1939].

<sup>32</sup> StLB, Nachlass Josef Otto Lämmel. Allgemein dazu: Johannes Feichtinger, *Das Christlichsoziale Exil: Die Exilpolitik der Christlichsozialen in Großbritannien 1938–1945*, Dipl., Graz 1992, S. 34–39, 78 ff.

war 1903 während seiner Studienzeit in Graz zum evangelischen Glauben konvertiert. Über Breslau, wo der Neukantianer 1916 eine Professur annahm, kam er 1930 an die Universität München, von wo er nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Zuge der „Säuberungen“ vertrieben wurde. Im Zuge des Novemberpogroms 1938 wurde der 63-Jährige verhaftet und ins KZ Dachau überstellt, ehe er im Frühjahr 1939 über die Schweiz in die USA emigrieren konnte, wo er in New York unter ärmlichen Verhältnissen lebte und am 11. Juli 1947 starb.<sup>33</sup>

Nur wenige Monate zuvor, am 28. Jänner 1947, starb ebenfalls in New York der Jurist und sozialdemokratische Politiker Dr. Arnold Eisler.<sup>34</sup> Dieser war vor seiner Übersiedelung nach Graz zum evangelischen Glauben konvertiert und Mitglied der Grazer Heilandskirche, wo auch seine beiden Töchter Marianne Auguste und Lisbeth getauft wurden. 1925 übersiedelte er nach Wien. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1938 flüchtete er über die Tschechoslowakei, die Schweiz und Frankreich nach Kuba, wo er 1940 Präsident der *Liga Austriaca* wurde. Von Kuba gelangte er 1941 in die USA, wo im Mai 1941 zum Zwecke planmäßiger Selbsthilfe die Organisation *American of Austrian Origin* gegründet wurde, der Eisler vorstand. Zudem war er Mitglied des *Austrian Labor Committee*.

## Konzentrationslager und Ghettos

Waren 1938 bzw. 1939 zahlreiche Grazer „Judenchristen“ emigriert, so blieben doch viele, die in so genannten „privilegierten Mischehen“ lebten, mit ihren „nichtjüdischen“ Ehepartnern und ihren Kindern in Graz, zumal einzelne Maßnahmen der Nationalsozialisten vorerst auf sie noch keine Anwendung fanden. Zwar mussten sie durch die „Verordnung zur Durchführung

---

<sup>33</sup> Handbuch österreichischer Autorinnen und Autoren jüdischer Herkunft. 18. bis 20. Jahrhundert, hrsg. v. der Österreichischen Nationalbibliothek. Bd 1: A–I, München 2002, S. 562.

<sup>34</sup> Arnold Eisler war 1917 sozialdemokratischer Gemeinderat in Graz gewesen, ehe er 1918 Abgeordneter zum Steiermärkischen Landtag und Landesrat, 1919/20 Unterstaatssekretär im Staatsamt für Justiz wurde und danach bis 1934 als Nationalratsabgeordneter und Mitglied des Verfassungsgerichtshofs wirkte. Vgl. Alfred Magaziner, *Die Vorkämpfer. Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien–München–Zürich* 1979, S. 114–117; Heinz Mang, *Steiermarks Sozialdemokraten im Sturm der Zeit*, Graz 1989, S. 42–45; Franz Goldner, *Die österreichische Emigration 1938 bis 1945*, Wien–München 1972, S. 260; DÖW (Hrsg.), *Österreicher im Exil: USA 1938–1945. Eine Dokumentation*. Bd. 2, Wien 1995, S. 346.

des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen<sup>35</sup> ab 1939 – falls sie keine Namen hatten, die in den *Richtlinien über die Führung von Vornamen* für Jüdinnen und Juden vorgesehen waren – die zusätzlichen Vornamen Sara bzw. Israel führen, die auch in die Taufmatrikel eingetragen wurden, doch konnten beispielsweise mehrere Grazer „Judenchristen“ – so etwa Paula Presinger und Franz Öhler – der „Arisierung“ genannten Beraubung durch die Nationalsozialisten dadurch entgehen, indem sie ihr Vermögen ihren Kindern übertrugen. Auch versuchten mehrere Personen, den Verfolgungsmaßnahmen dadurch zu entkommen, dass sie „Gnadengesuche um Befreiung von den Vorschriften des Reichsbürgergesetzes und des Blutschutzgesetzes“<sup>36</sup> stellten. Zur Überprüfung dieser Gesuche gab es innerhalb der Gauleitung Steiermark eine eigene Stelle, die ab Februar 1939 das Kriminalbiologische Institut der Karl-Franzens-Universität Graz unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Ernst Seelig mit den Untersuchungen betraute. Dabei wurden bei allen Gesuchstellern neben der politischen Eignung „ihre persönlichen, insb. rassischen, seelischen u. charakterlichen Eigenschaften“ festgestellt.<sup>37</sup> Allerdings stand der NS-Apparat diesen Gnadengesuchen sehr ablehnend gegenüber, wie aus einem Schreiben des Sachbearbeiters für Gnadengesuche in der Gauleitung Steiermark, Dr. Rudolf Pittermann, ersichtlich wird:

„Ich mache weiters darauf aufmerksam, dass für die endgültige Entscheidung über ein solches Gnadengesuch, wirklich schwerwiegende Gründe vorhanden sein müssen, und dass nur ganz besonders liegende Ausnahmefälle aufrecht erledigt werden. Es müssen vor allem schwerwiegende Gründe vom Gesichtspunkt der Allgemeinheit – nicht nur im Interesse des Gesuchstellers – eine Abweichung von der Regelung nahe legen, die in den Nürnberger Gesetzen als Grundlage für den Aufbau von Volk und Staat geschaffen worden ist.“<sup>38</sup>

---

<sup>35</sup> RGBl. I, 1938, S. 1044, Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen v. 17. 8. 1938 bzw. Gesetzblatt für das Land Österreich, 144/1939, S. 485 ff.

<sup>36</sup> StLA, LReg. 113 Allg. 9-1938, Schreiben der NSDAP Gauleitung an die Landeshauptmannschaft, Abt. 9, 16. 12. 1938.

<sup>37</sup> Vgl. Christian Bachhiesl, Zur Konstruktion der kriminellen Persönlichkeit. Die Kriminalbiologie an der Karl-Franzens-Universität Graz, Hamburg 2005 [= Rechtsgeschichtliche Studien 12], S. 180–222.

<sup>38</sup> StLA, LReg. 113 Allg. 9-1938, Schreiben der Gauleitung Steiermark, Sachbearbeiter für Gnadensachen an alle Gauamtsleiter und Kreisleiter, 15. 12. 1938.

Bis Juli 1940 wurden in der Steiermark insgesamt nur 56 Gesuche – darunter fünf von Grazer Evangelischen – behandelt. Lediglich sechs Gesuchsteller, davon jedoch kein evangelischer „Judenchrist“, hatten Erfolg und wurden den „Ariern“ gleichgestellt.<sup>39</sup>

Mit der Wannseekonferenz im Jänner 1942 kam es zu einer organisatorischen Strukturierung der „Judenfrage“ und in diesem Zusammenhang wurde auch die „Mischlingsfrage“ diskutiert. So wurde z. B. überlegt, in Ehen einzugreifen und sie zwangsweise zu scheiden. Auch sollten all jene, die mit einem „Nichtjuden“ verheiratet gewesen sind, deportiert werden. Schutzgenoss der „jüdische“ Partner im Fall der Scheidung oder des Ablebens des nichtjüdischen Partners nur mehr dann, wenn es unversorgte Kinder gab.

Der erste vom Judentum zum evangelischen Glauben in der Heilandskirche Konvertierte, der deportiert wurde, war der in Ungarn geborene Heinrich Zwieback, der von 1917 bis 1928 als Kaufmann in Graz gelebt hatte, wo er 1919 in der Heilandskirche eine Christin geheiratet hat. Er wurde – seine Frau war bereits 1931 in Wien gestorben – am 11. Jänner 1942 nach Riga deportiert und ermordet.<sup>40</sup>

Nach dem Tod ihrer Männer wurden im Jänner 1944 Karoline Meixner, geborene Latzer, und Paula Presinger in das Ghetto Theresienstadt deportiert. Bereits Anfang 1943<sup>41</sup> war Paula Presingers Schwester Margit Frankau, die keinen „Schutz“ genossen hatte, nach Theresienstadt transportiert worden. Diese hatte 1939, wie auch ihre Schwester, versucht, den NS-Verfolgungsmaßnahmen dadurch zu entkommen, dass sie ein „Gnadengesuch um Befreiung von den Vorschriften des Reichsbürgergesetzes und des Blutschutzgesetzes“ an die Landeshauptmannschaft gestellt hatte, was aber abgelehnt wurde.<sup>42</sup> Als am 1. September 1941 die „Verordnung über die Kennzeichnung der Juden“ durch das Tragen eines Judensterns erlassen wurde,

---

<sup>39</sup> StLA, LReg. 113 Allg. 9-1938, Verzeichnis der bisher von dem hiesigen Amte behandelten und vom Herrn Reichsminister des Innern erledigten Anträge, 19. 7. 1940.

<sup>40</sup> DÖW, Die österreichischen Opfer des Holocaust. The Austrian Victims of the Holocaust. CD-Rom des DÖW-Projektes Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer, Wien 2001, auch auf: [www.doew.at](http://www.doew.at); Wiener Stadt- und Landesarchiv (WStLA), Meldeunterlagen zu Heinrich Zwieback.

<sup>41</sup> Vgl. die Datenbank der österreichischen Opfer des Holocaust: [www.doew.at/ausstellung/shoahopferdb.html](http://www.doew.at/ausstellung/shoahopferdb.html) (abgerufen am 12. 1. 2011).

<sup>42</sup> StLA, LReg. 113 Allg. 9–1938, Verzeichnis.

wollte Margit Frankau, die als Diakonissin im evangelischen Krankenhaus gearbeitet hat, das nicht wahrhaben. Deshalb schrieb sie an ihre Oberin nach Berlin:

„Leider muss ich Sie heute wieder mit einer Anfrage belästigen, aber ich tue es wirklich nicht zu meinem Vergnügen. Sie haben jedenfalls Kenntnis von dem neuen Reichsgesetz bezügl. des Judensterns. Obwohl ich, wie Sie wissen, nichtarischer Abstammung bin, nehme ich doch an, dass ich nicht unter dieses Gesetz falle, da ich als Verbandschwester des Kaiserwerther Verbandes die vorgeschriebene Tracht trage und das gesetzlich geschützte Abzeichen des Verbandes. Ich vermute, da ich doch sicher innerhalb der vielen Diakonissenhäuser nicht die einzige dieser Art bin, dass der Kaiserwerther Verband irgendwelche Maßnahmen in dieser Sache ergriffen hat und bitte Sie, mir darüber Mitteilung zu machen.“<sup>43</sup>

Dem war aber nicht so. Sie genoss keinen Schutz innerhalb der evangelischen Gemeinde und wurde nach Theresienstadt deportiert, wo sie in der Folge als Heilgehilfin arbeitete. Im November 1944 erkrankte sie an Meningitis und starb am 19. November 1944.

Im Konzentrationslager Buchenwald starben 1945 die beiden Grazer „Judenchristen“ Hermann Brücklmeier und Franz Öhler. Hermann Brücklmeier betrieb bis 1938 gemeinsam mit seiner Mutter, der 1923 konvertierten Regina Brücklmeier, die einen Christen geheiratet hatte, und seinen Geschwistern, Mathilde und Richard, die im Lauf der Jahre wie Hermann aus dem Judentum aus- und zur evangelischen Kirche übergetreten waren,<sup>44</sup> den zweitgrößten Stempelerzeugungsbetrieb in Graz. Dieser wurde 1938 „arisiert“<sup>45</sup> und in der Folge wurde die Familie gezwungen nach Wien zu übersiedeln, wo die auf die nichtjüdische Frau von Richard Brücklmeier übertragene Zweigniederlassung des Betriebes den Lebensunterhalt sicherte.<sup>46</sup> Während Regina

---

<sup>43</sup> Zit. n. Gerhard Fürstler, Krankenpflege in der Zeit des Nationalsozialismus. Vortragstext ([www.oegkv.at/uploads/media/fuerstler\\_01.pdf](http://www.oegkv.at/uploads/media/fuerstler_01.pdf)).

<sup>44</sup> Vgl. IKG Graz, Austrittsprotokoll.

<sup>45</sup> Vgl. StLA, LReg. Arisierung HG. I+III 372.

<sup>46</sup> Gerald Lamprecht, Frauen im Prozess des Vermögensentzugs – Eine Annäherung, in: Karin M. Schmidlechner / Heimo Halbrainer (Hrsg.), Aus dem Blickfeld. Eine biographische Annäherung an ambivalente Lebensszenarien steirischer Frauen in der Kriegs- und Nachkriegszeit (1939–1955), Graz 2008 [= Grazer Gender Studies 11], S. 70–91.

Brücklmeier und Mathilde ebenso wie Richard samt Familie auf diese Art und Weise in Wien die NS-Zeit überleben konnten, wurde Hermann am 17. Februar 1944 in Wien verhaftet und am 23. Oktober 1944 nach Buchenwald transportiert. Dort kam er am 18. März 1945 um.<sup>47</sup>

Der 1907 in Graz konvertierte Miteigentümer des Grazer Kaufhauses Kastner & Öhler, Franz Öhler, flüchtete am Tag des „Anschlusses“ 1938 nach Zagreb und erwarb die jugoslawische Staatsbürgerschaft. In Zagreb wurde er am 4. Mai 1941 von der Gestapo verhaftet. Er hatte ab Sommer 1940 Kontakte zu Emigranten in Istanbul aufgenommen, wo er sich auch mit dem aus Graz stammenden ehemaligen Minister und Universitätsprofessor Josef Dobretberger sowie Funktionären des Auslandsapparats der KPÖ getroffen hat.<sup>48</sup> Diese unterstützte er in der Folge finanziell und stellte in Zagreb zudem seine Wohnung als Postadresse für interne Nachrichten und für Besprechungen der KPÖ-Funktionäre und -Kuriere zur Verfügung. Im Zuge der Verhaftungswelle gegen führende Funktionäre der KPÖ wurde auch Franz Öhler 1941 festgenommen und am 7. Juli 1943 vom Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof Berlin wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt. Während seine Mitangeklagten vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 11. Jänner 1944 in Wien hingerichtet wurden, kam Franz Öhler – da gegen Juden keine Verfahren mehr geführt wurden – in das KZ Buchenwald. Er starb 58-jährig nach der Befreiung des Konzentrationslagers am 10. Mai 1945.<sup>49</sup>

Auf Grund einer Denunziation kam Eduard Huppert ins KZ Auschwitz. Huppert, der in Graz bis 1938 eine Tanzschule geleitet hat und seit Beginn des 20. Jahrhunderts evangelisch war, floh im August 1938 aus Graz und ging zunächst nach Leipzig, wo er sich zum Elektroschweißer umschulen ließ. Im November 1938 folgten ihm seine Frau und die fünf Monate alte Tochter Ingrid. Gemeinsam lebten sie in Leipzig bzw. in München, ehe seine Frau Aloisia mit ihrer Tochter im April 1941 nach Graz zurückkehrte, um den Eltern bei der Führung des Geschäftes behilflich zu sein. Aus diesem Grund forderten die Eltern von Aloisia Huppert ihren Mieter Franz Horvath auf, das Zimmer, in dem Aloisia bis zu ihrer Hochzeit 1937 gewohnt hatte, wieder

---

<sup>47</sup> Archiv des KZ-Verbandes Steiermark (Brücklmeier).

<sup>48</sup> Siehe dazu den Beitrag von Hans Schafranek, Julius Kornweitz und Leo Gabler. Auslands-emissäre der KPÖ im Visier der Gestapo im vorliegenden Jahrbuch.

<sup>49</sup> 7 J 343/43: Anklageschrift gegen Hermann Gottschlich u. a. vom 7. 7. 1943; Erich Fein / Karl Flanner, Rot-weiß-rot in Buchenwald. Die österreichischen politischen Häftlinge im Konzentrationslager am Ettersberg bei Weimar 1938–1945, Wien–Zürich 1987, S. 242.

für den Eigenbedarf für ihre Tochter und Enkelin abzutreten. Als nach einem rechtskräftigen Urteil des Bezirksgerichts Graz die Räumung des Zimmers durchgeführt werden sollte, brachte Horvath über seinen Rechtsvertreter im Juli 1943 Folgendes gegen die Räumung vor:

„Der Gatte der Genannten, also der Schwiegersohn der Betreibenden ist aber, wie wir aus genauer Unterrichtung wissen, Volljude und hat demnach auch seine Frau nach den Nürnberger Gesetzen, zumal die Ehe nicht geschieden ist, als Jüdin zu gelten. Eine Durchführung der Räumung zu Gunsten einer jüdischen Familie würde aber in ganz Liebenau berechtigten Unwillen und Entrüstung hervorrufen und die Bevölkerung es nicht verstehen, dass Juden einen derartigen Schutz genießen sollen.“<sup>50</sup>

Auf Grund dieser Denunziation ermittelte die Gestapo schließlich den Aufenthaltsort von Eduard Huppert, der sich in der Zwischenzeit in Pottschach niedergelassen hatte, wo er als Schweißer im Rüstungsbetrieb Schoeller-Bleckmann in Wiener Neustadt arbeitete. Durch die Ermittlungen in Graz alarmiert, versuchte er in die Slowakei zu fliehen, wurde aber nach dem Durchschwimmen der March am 20. November 1943 verhaftet.<sup>51</sup> Am 15. Februar 1944 wurde Eduard Huppert ins KZ Auschwitz transportiert, wo er am 1. Jänner 1945 starb. Währenddessen wurde in Graz im Herbst 1944 Ingrid Huppert aus der Schule ausgeschlossen und gezwungen, den Judenstein zu tragen.

Dass das NS-Regime Ende 1944 auch in „Mischehen“ eingriff, zeigt sich auch am Beispiel des 1920 aus der jüdischen Gemeinde in Graz ausgetretenen Israel Panzierer. Nachdem er einige Jahre lang konfessionslos war, trat er im Zuge der Wiederverhehlung in die evangelische Kirche ein und nahm bei der Taufe den Namen Josef an. Obwohl er in einer „geschützten“ Ehe lebte, wurde er Ende November 1944 mit seinem Sohn Herbert Karl mit einem Sammeltransport in das so genannte „Mischlingslager“ nach Billroda-Kahlwinkel transportiert. Hier musste er bis zur Befreiung im Mai 1945 Zwangsarbeit leisten, ehe er nach Graz zurückkehrte, wo er wenig später starb.<sup>52</sup>

---

<sup>50</sup> StLA, Landesgericht für Strafsachen Graz, Vr 934/46.

<sup>51</sup> Persönliche Mitteilung der Tochter.

<sup>52</sup> StLA, 405 Pa 89.

Neben den hier genannten NS-Opfern sind noch die 1907 in Graz konvertierte Malvine Reif-Körösi, die am 15. Dezember 1941 in Wien starb,<sup>53</sup> und der 1883 in Graz konvertierte Arzt, Schriftsteller und Universitätsprofessor Ladislaus Ignaz Gumpłowicz, der am 10. September 1942 in Warschau starb, zu nennen.<sup>54</sup> Dass es daneben noch weitere Opfer dieser bislang nur wenig beachteten Opfergruppe geben könnte, ist anzunehmen, da die Forschung dahingehend noch am Anfang steht. Mit der Nennung der Namen der als Juden Verfolgten der evangelischen Gemeinden in Graz wurden aber erste Markierungen dahingehend auf der Karte der Erinnerungslandschaft der NS-Opfer eingetragen.

---

<sup>53</sup> DÖW, Die österreichischen Opfer des Holocaust; WStLA, Meldeunterlagen zu Malvine Reif-Körösi.

<sup>54</sup> Reinhard Müller, Ignacy Władysław Gumpłowicz (1869–1942). Tłumaczenie Jan Surman, in: *Dwa życia Ludwika Gumpłowicza. Wybór tekstów. Wybór, opracowanie i wprowadzenie Jan Surman i Gerald Mozetič*, Warszawa: Oficyna Naukowa 2010 [= Biblioteka Myśli Socjologicznej. 8.], S. 102–109. Das deutsche Manuskript dieses Beitrags wurde uns von Reinhard Müller zur Verfügung gestellt.

---

HANS SCHAFRANEK

## JULIUS KORNWEITZ UND LEO GABLER – AUSLANDSEMISSÄRE DER KPÖ IM VISIER DER GESTAPO

Der 1908 geborene Taschnergehilfe und Fotograf Leo Gabler<sup>1</sup> gehört gewissermaßen zu den „Ikonen“ der kommunistischen Gedenkkultur nach 1945. Keine parteigeschichtliche Darstellung kommt ohne ihn aus, und sein Name findet sich auf der Gedenktafel für 12 unter der NS-Herrschaft ermordete Widerstandskämpfer (Mitglieder des Zentralkomitees). Diese Gedenktafel wurde anlässlich des 14. Parteitages der KPÖ im damaligen ZK-Gebäude (Wien 9., Wasagasse) enthüllt. Anlässlich seines 70. Geburtstages erschien ein Gedenkartikel in der Parteizeitung,<sup>2</sup> und ein anderer Artikel erinnert an seinen 100. Geburtstag.<sup>3</sup>

Über den Architekten Julius Kornweitz (geb. 1911), der 1940/41 den technischen Auslandsapparat der KPÖ leitete, war in der wissenschaftlichen Forschung bislang nur sehr wenig bekannt,<sup>4</sup> und auch im „kollektiven Gedächtnis“ der KPÖ ist er bestenfalls eine Randfigur geblieben. Diese Diskrepanz zwischen dem Bekanntheitsgrad Gablers und jenem von Kornweitz scheint umso bemerkenswerter, als Letzterer in der hier behandelten Periode eine politisch und vor allem organisatorisch äußerst wichtige Rolle spielte,

---

<sup>1</sup> Leo Gabler war bereits 1922, d. h. als Vierzehnjähriger, dem Kommunistischen Jugendverband Österreichs beigetreten, in dem er bald als Funktionär der Ortsgruppe Rudolfsheim wirkte. 1928 beteiligte er sich als Mitglied einer Arbeitersportdelegation an einer Reise in die UdSSR. 1929 wurde er ins ZK des KJVÖ gewählt, zu dessen Sekretär er 1931 avancierte. Gabler war ein bekannter Versammlungsredner und verbüßte aufgrund seiner politischen Tätigkeit zahlreiche Haftstrafen. 1936 befand er sich im Anhaltelager Wöllersdorf. Auf dem VI. Weltkongress der Kommunistischen Jugend-Internationale (KJI) war er 1935 in deren Exekutivkomitee aufgenommen worden. Ende 1936 emigrierte er nach Prag, ein Jahr später in die UdSSR. Vgl. RGASPI (Moskau), 495/187/2.897, Kaderakt Leo Gabler.

<sup>2</sup> Volksstimme, 11. 5. 1978.

<sup>3</sup> www.kominform.at, Willi Weinert, Leo Gabler zum 100. Geburtstag.

<sup>4</sup> Vgl. etwa die knappen Hinweise bei Radomir Luža, Der Widerstand in Österreich 1938–1945, Wien 1983, S. 150 f.; Wolfgang Neugebauer, Der österreichische Widerstand 1938–1945, Wien 2008, S. 74.

die wohl wichtiger war als die seines Mitarbeiters. Dass der jüdische Architekt weitgehend unbekannt blieb, hängt wohl primär mit den sehr unterschiedlichen politischen Tätigkeitsfeldern der beiden zentralen Funktionäre zusammen. Während Gabler schon in den frühen 1930er Jahren als einer der wichtigsten Agitatoren der kommunistischen Bewegung in Österreich galt, agierte Kornweitz stets im Hintergrund. Nach einer mehrmonatigen Haft im Februar 1938 entlassen, emigrierte er nach Prag und leitete hier unter dem Decknamen „Barda“ eine bis zum März 1939 existierende Passfälscherwerkstätte. Auch während seiner Emigrationszeit in Brüssel und Paris kannten ihn selbst engere Mitarbeiter nur unter einem Decknamen.<sup>5</sup> Dies gilt übrigens auch für fast alle beteiligten Personen, die in diesem Aufsatz im Kontext der illegalen Tätigkeit zwischen 1940 und 1942 erwähnt werden, einschließlich der Gestapo-Leute. Der Name Kornweitz tauchte erstmals auf, als er ihn selbst beim Gestapo-Verhör preisgab.

Seit dem September 1939 war die Verbindung zwischen dem in Paris installierten Zentralkomitee und den Aktivisten im Land erheblich blockiert, was den Transport illegaler Literatur, die Entsendung von Kurieren und Instrukteuren sowie die Einschleusung zentraler Funktionäre ungemein erschwerte, wenn nicht überhaupt unmöglich machte. Mit Kriegsausbruch und besonders dem Verbot der Parti Communiste Français (PCF) wurde darüber hinaus aber die Situation des ZK bzw. Politbüros in Paris insgesamt unhaltbar, so dass nach und nach die Verlegung in die Sowjetunion organisiert wurde. Ende September 1939 verließen Johann Koplénig, Franz Honner und Erwin Puschmann die Seine-Metropole und gelangten über die Schweiz, Italien, Jugoslawien, Bulgarien und die Türkei nach Moskau, etwas später folgten Julius Kornweitz, Erwin Zucker-Schilling, Karl Zwifelhofer, Hermann Köhler und einige weitere Spitzenfunktionäre auf einer ähnlichen Route.<sup>6</sup>

Franz Honner, Willi Frank (Deckname „Willi Glück“) und Erwin Puschmann (Deckname „Zmudlok“, später „Gerber“) verblieben vorerst in Jugoslawien, ebenso wie Julius Kornweitz (Deckname „Bobby“), der von Honner zum technischen Leiter des KPÖ-Auslandsapparats bestimmt wurde

---

<sup>5</sup> Bundesarchiv (im Folgenden: BA) Berlin, VGH 4.024/Bd.1, Staatspolizeileitstelle Wien, II A 1, Vernehmungsprotokoll Julius Kornweitz, 27. 4. 1942; VGH, 4.539/4, II N, Vernehmungsprotokoll Erwin Puschmann, 22. 1. 1941.

<sup>6</sup> Hans Schafranek, V-Leute und „Verräter“. Die Unterwanderung kommunistischer Widerstandsgruppen durch Konfidenten der Wiener Gestapo, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Nr. 3 / 2000, S. 319.

und einen Stützpunkt in Agram errichtete. Zu Weihnachten 1939 trafen sich die vier Spitzenfunktionäre zu einer Besprechung in Split, bei der die durch den deutsch-sowjetischen Pakt geschaffene politische Situation im Vordergrund stand, ferner die Möglichkeiten einer Verbindung mit den illegalen KP-Aktivisten im Land. Bei dieser Unterredung tendierte vor allem Honner zu einer grotesk anmutenden Fehlinterpretation der vermeintlichen, aus dem Hitler-Stalin-Pakt resultierenden Perspektiven. Er „vertrat die Meinung, dass es zu einem Krieg zwischen Deutschland und Italien kommen werde, u. zw. gründete er seine Meinung auf die [...] Stellungnahme Italiens im russisch-finnischen Krieg zugunsten Finnlands. H. erwähnte hierbei, dass es dann unbedingt zu einem deutsch-russischen Militärpakt kommen müsse. H o n n e r versprach sich von einem Militärpakt zwischen Russland und Deutschland eine Auflockerung der politischen Verhältnisse im Reich.“<sup>7</sup>

In Agram wohnte Kornweitz zunächst bei Franz Baum, einem jüdischen Rechtsanwalt, den er noch aus Wien kannte. Sein Quartiergeber verschaffte ihm zahlreiche Kontakte zu jugoslawischen Kommunisten, etwa zu Biruska Stein, Vida Baum und Maks Durjava<sup>8</sup>. Nach einigen Monaten „legalisierte“ sich Kornweitz und meldete sich polizeilich an, wobei er einen in Oslo ausgestellten, auf den Namen Christian Jensen lautenden Pass benutzte, den er bis zum deutschen Überfall auf Jugoslawien (April 1941) verwendete.<sup>9</sup> Neben zwei abwechselnd benutzten Wohnungen (Vlaska 73 und Buliceva 6) verfügte Kornweitz dank der Unterstützung seiner jugoslawischen Helfer über zwei Anlaufstellen in Agram, und zwar eine Buchhandlung (Pantovcak 44), die von einem seiner Kontakteute („Langer“) betrieben oder häufig frequentiert wurde, sowie eine weitere Deckadresse (Ljubica Popovic, Jun-siceva 8). Im April 1941 tauchte er unter und fand wiederum bei Franz Baum Unterschlupf.

Zu den vielfältigen Aufgaben des Komintern-Emissärs gehörte in dieser Phase die Fälschung von Reisepässen, die Herstellung von chemischen

---

<sup>7</sup> BA, VGH 4.539/Bd.4, Staatspolizeileitstelle Wien, Ref. II(N), Vernehmungsprotokoll Erwin Puschmann, 28. 1. 1941.

<sup>8</sup> Maks Durjava: geb. 8. 12. 1915 in Marburg. Student. Seit 1936 Mitglied der Kommunistischen Partei Jugoslawiens. Organisatorische Tätigkeit vor allem an der Agramer Universität. Anfang 1941 Kandidat des ZK. Nach dem deutschen Angriff auf Jugoslawien und der Proklamation des faschistischen Kroatien im Juli 1941 von der Ustascha-Polizei verhaftet und am 28. 8. 1941 erschossen. Vgl. Enciklopedija Slovenije, Bd. 2, Ljubljana 1988.

<sup>9</sup> BA, VGH 4.024/Bd.1, Staatspolizeileitstelle Wien, Vernehmungsprotokolle Julius Kornweitz, 26. 4. 1942, 27. 4. 1942.

Tinten und Briefen sowie die Präparierung von Büchern, in denen sich Parteiweisungen und Geld befanden, ferner das Verfassen von politischen Briefen.<sup>10</sup> Teilweise in Verbindung mit diesen Tätigkeiten überprüfte Kornweitz die Einreisemodalitäten mehrerer österreichischer Kommunisten aus dem Umfeld von Clemens Holzmeister (Istanbul), die in politischer Mission aus der Türkei nach Österreich zurückkehrten und vor dem Grenzübertritt in Agram mit Kornweitz Besprechungen abhielten, der ihnen auch politische Instruktionen übermittelte, etwa den Architektinnen Ines Viktoria Maier (April 1940)<sup>11</sup> und Margarete Schütte-Lihotzky (Dezember 1940).<sup>12</sup>

Kurz vor Honners und Franks definitiver Abreise in die Sowjetunion erhielt Kornweitz eine überaus wichtige Aufgabe übertragen: Er sollte den Kontakt zwischen den „Auslandsmännern“ der KPÖ in fünf Ländern koordinieren, sie mit politischen Informationen versorgen, ihre Berichte empfangen und nach Moskau weiterbefördern. Dieses Netzwerk bestand aus folgenden Stützpunkten:

1. Schweden („Gustl“ = Gustav Moser), Deckadresse Gustav Gersten, Stockholm, Westmansgadan.
2. Schweiz („Tondo“ = Anton Reisinger, „Turl“ = Theodor Maller, „Pauli“ = Peter Hofer); Deckadresse Philipp Silberberg, Zürich, Seestraße 110.
3. Slowakei (Erwin Puschmann), Deckadressen Eugen Palaky, Bratislava, Mala Ulica, und Irene Blüh, Adolf Hitlerplatz 2.
4. Türkei (Herbert Feuerlöcher): Als Deckadresse fungierte ein griechischer Arzt in Istanbul.
5. Ungarn, Deckadresse Edith Weiss, Budapest, Kiraly Utca 54.<sup>13</sup>

Mitte Mai 1940 nahm Puschmann die Verbindung mit der oben erwähnten Buchhändlerin Irene Blüh auf und errichtete einen Stützpunkt in Bratislava, von wo aus er technische und organisatorische Vorbereitungen zur Reorganisation des weitgehend zerschlagenen Funktionärskaders der KPÖ

---

<sup>10</sup> Ebenda, Vernehmungsprotokoll Julius Kornweitz, 8. 5. 1942.

<sup>11</sup> BA, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, ZB II, 703, Staatspolizeileitstelle Wien, Vernehmungsprotokoll Ines Viktoria Maier, 24. 1. 1941.

<sup>12</sup> BA, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, ZB II, 692, Staatspolizeileitstelle Wien, Vernehmungsprotokoll Margarete Schütte, 31. 1. 1941; Gestapo-Schlussbericht Margarete Schütte, 7. 11. 1941.

<sup>13</sup> BA, VGH 4.024/Bd.1, Vernehmungsprotokolle Julius Kornweitz, 27. 4. 1942, 5. 6. 1942, 23. 6. 1942.

traf.<sup>14</sup> Den Grenzübertritt (Juli 1940) und die Kontaktaufnahme mit den Wiener Kommunisten organisierte der „erfolgreichste“ Gestapo-Spitzel bei der Infiltration und Aufrollung des kommunistischen Widerstandes in Österreich nach 1938. Im KP-Untergrund unter dem Namen „Ossi“ bekannt, erhielt er von der Wiener Gestapo eine neue Identität („Hans Glaser“) und eine berufliche Tarnung als Journalist. Seinen richtigen Namen – Kurt Koppel – erfuhren die überlebenden Opfer erst nach 1945.

Als KPÖ-„Auslandsmann“ in Budapest war der nach kurzem UdSSR-Aufenthalt zurückgekehrte Karl Zwifelhofer (Deckname „Bertl“) vorgesehen, doch konnte sich der – ebenfalls mit norwegischen Papieren („Rudolf Kirchner“) versehene – KPÖ-Funktionär in Budapest nicht halten, verbrachte zwei Monate in Schubhaft und wurde anschließend in die Slowakei abgeschoben, von wo er jedoch umgehend nach Ungarn zurückkehrte. Anschließend unternahm er einen abenteuerlichen Versuch, illegal in die UdSSR zu gelangen, und als auch dieses Unternehmen scheiterte, präparierte „Bobby“ seinen Reisepass so geschickt, dass er „legal“ in die Slowakei einreisen konnte, von wo aus ihn der zwischen Bratislava und Wien pendelnde Puschmann nach Prag weiterschleuste. Hier betätigte sich Zwifelhofer bis Februar 1941 als Verbindungsmann zwischen der tschechischen KP-Führung und den österreichischen Kommunisten, als Kurier fungierte – eine fatale Konstellation – der V-Mann „Ossi“.<sup>15</sup>

Im August 1940 erhielt Kornweitz von seinen jugoslawischen Genossen die Mitteilung, dass eine Möglichkeit bestünde, Funktelegramme nach Moskau zu senden, und der technische Leiter des KPÖ-Auslandsapparats machte umgehend davon Gebrauch, indem er die von den „Auslandsmännern“ (siehe oben) eingehenden Berichte kurz zusammenfasste und an Biruska Stein oder an einen gewissen „Milan“ übergab.<sup>16</sup> Bis April 1941 stellten diese Telegramme die wichtigste, vielleicht sogar die einzige zuverlässige Informationsquelle für die Moskauer KPÖ-Führung dar.

Der technische Leiter des KPÖ-Auslandsapparates errichtete jedoch nicht nur ein weit verzweigtes Kommunikationsnetz, er unterstützte z. B.

---

<sup>14</sup> BA, VGH 4.539/Bd.4, Staatspolizeileitstelle Wien, Schlussbericht betr. Erwin Puschmann, Wien, 12. 12. 1941.

<sup>15</sup> BA, R 58/2.490, Staatspolizeileitstelle Prag, Bericht betr. Karl Zwifelhofer, 27. 3. 1941; Staatspolizeileitstelle Wien, Vernehmungsprotokoll Karl Zwifelhofer, 10. 6. 1941; VGH 4.539/Bd.4, Ref. II N, Vernehmungsprotokoll Erwin Puschmann, 1. 2. 1941.

<sup>16</sup> BA, VGH 4.024/Bd.1, Staatspolizeileitstelle Wien, Vernehmungsprotokoll Julius Kornweitz, 8. 5. 1942.

Anton Reisinger, Erwin Puschmann und Karl Zwifelhofer auch in materielle Hinsicht und finanzierte deren Reisen. Diese Gelder stammten zum Teil von Franz Öhler<sup>17</sup>, einem „halben Emigranten“<sup>18</sup>, der im Juli 1940 Istanbul verließ und Kornweitz in dessen Agrarwohnung „anlief“. Diese über Feuerlöscher und Frank vermittelte direkte, eher ungewöhnliche Kontaktanbahnung konnte zwar als ein großer Vertrauensbeweis angesehen werden, dennoch betrachtete man seitens des KP-Apparats den ehemaligen Teilhaber der Firma Kastner und Öhler, der mit der KPÖ sympathisierte, ihr jedoch nicht angehörte, insgeheim eher als eine Art „nützlichen Idioten“. Jedenfalls äußerte sich Kornweitz in der Gestapo-Haft in persönlich ziemlich abfälliger Form über Öhler, ohne ihn dadurch in erkennbarer Form politisch zu entlasten.<sup>19</sup>

Von seinem ersten illegalen Wien-Aufenthalt in die Slowakei zurückgekehrt, erstattete Puschmann dem technischen Leiter des KPÖ-Auslandsapparats einen schriftlichen Bericht über die verworrenen Verhältnisse in der KPÖ:

„In der Einleitung schrieb P u s c h m a n n, dass wir bis zu diesem Zeitpunkt ein vollkommen falsches Bild von der Arbeit im Lande gehabt hatten, denn wir waren der Meinung, dass es im Lande keine

---

<sup>17</sup> Zum biographischen Hintergrund von Franz Öhler vgl. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof, 7 J 343/43, Anklageschrift gegen Hermann Gottschlich u. a., 7. 7. 1943.

<sup>18</sup> BA, VGH 4.024/Bd.1, Vernehmungsprotokoll Julius Kornweitz, 8. 5. 1942.

<sup>19</sup> Ebenda, Vernehmungsprotokoll Julius Kornweitz, 5. 6. 1942: „Nachdem Oehler großen Wert darauf legte, dass ich weiter mit ihm in Kontakt bleibe, vereinbarten wir gegenseitige Besuche, die zum Teil dann in meiner Wohnung, größtenteils jedoch in seiner Wohnung stattgefunden haben. Soviel ich aus den Reden des Oehler entnehmen konnte, war er mehr auf seine persönlichen Interessen bedacht, und hat offensichtlich immer nur die Interessen Englands und Amerikas vertreten, und dies nur aus geschäftlichen Beweggründen. Er sah wohl in der SU einen Gegner der expansiven Politik Deutschlands, war jedoch mit der neutralen Haltung hinsichtlich des Deutschen Reiches damals nicht zufrieden. Wie ich dann hierauf aus seinen Reden entnahm, hat er die Verbindung zu mir nur deshalb gesucht, um im Falle einer Überraschung hinsichtlich einer Besetzung Jugoslawiens durch das Deutsche Reich über meine Verbindung in Agram Unterschlupf finden zu können. Oehler erklärte sich auch bereit, mich finanziell zu unterstützen und hat mir einmal 500, einmal 1000 und einmal 2000 Dinar übergeben [...] Im August 1940 erklärte sich Oehler nochmals bereit, für die Schweizer Genossen 300 Dollar anzuweisen. Das Geld war bestimmt, die Ausreise Paulis nach Jugoslawien zu bewerkstelligen.“ Der von den Nazis vertriebene jüdische Geschäftsmann Öhler bewies demnach einen weitaus besseren politischen Spürsinn als der jüdische KP-Spitzenfunktionär Kornweitz.

Leitung gebe und kein Lit-Material erscheine. Vielmehr gebe es einige Leitungen, von welcher jede eigenes Material herausgibt. Diese Leitungen seien in Streitigkeiten miteinander verstrickt, was eine ge-  
deihliche Arbeit zerstöre. P u s c h m a n n führte danach folgende  
Gruppen an: Als Spitzengruppen die Gruppe ‚P e t e r‘ und die Gruppe  
‚S i e g e l‘.

Die ‚P e t e r-Gruppe‘<sup>20</sup> stütze sich auf den Bezirk Ottakring und zwar  
besonders auf den Straßenbahnhof Rudolfsheim. Diese Gruppe hat  
aber zu allen anderen Bezirken und zur Provinz Verbindung aufge-  
nommen. Sie gibt als Material ‚Weg und Ziel‘ heraus.

Die ‚S i e g e l-Gruppe‘<sup>21</sup> stützt sich hauptsächlich auf Favoriten und  
hat auch mit anderen Bezirken weitmöglichste Verbindungen aufge-  
nommen. Ihr Organ war die ‚Rote Fahne‘. Ferner gab es eine Gruppe,  
die ‚Hammer und Sichel‘ herausgibt, Stützpunkt sei im II. Bezirk.

Ferner gab es die ‚T o n i-Gruppe‘,<sup>22</sup> zu welcher seinerzeit  
E i c h h o l z e r und die Ines M a y e r die Verbindung aufgenommen  
hatte[n]. Der Stützpunkt war hauptsächlich Margareten. Diese Gruppe  
hätte unsere von E i c h h o l z e r und Ines M a y e r übermittelte po-  
litische Linie ganz falsch aufgefasst; u. zwar waren sie der Meinung,  
dass es um die Diktatur des Proletariats, also um den Aufstand des  
Proletariats gehe und bereiteten sich auf dieses Ziel vor. Sie organi-  
sierten Schießübungen und Kurse für die Erste Hilfe (gemeint war  
damit ein Sanitätskurs).<sup>23</sup>

Dem umfangreichen Schlussbericht der Gestapo zu Puschmann ist zu ent-  
nehmen, dass seine ersten Sondierungen in Wien acht Tage dauerten, bevor er  
am 4. August 1940 nach Bratislava zurückkehrte. Und für jeden dieser acht  
Tage sind seine Treffen, Fahrten und die Inhalte der Debatten mit zahlreichen  
Gesinnungsgenossen überliefert, manchmal sogar mit genauer Angabe der  
Uhrzeit. Dabei ist zu bedenken, dass die Repressionswelle, die mit seiner und  
Margarete Schütte-Lihotzkys Verhaftung begann, am 22. Jänner 1941 ein-  
setzte, also fast ein halbes Jahr später. Der gesamte „Einigungsprozess“ der  
illegalen KPÖ fand unter den Augen der Gestapo bzw. ihrer V-Leute statt.

<sup>20</sup> „Peter“ = Gustav Kiesel.

<sup>21</sup> „Siegel“ = Rudolf Fischer.

<sup>22</sup> „Toni“ = Anton Peterka. BA, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, ZB II, 703, Aktenver-  
merk, 4. 8. 1941.

<sup>23</sup> BA, VGH 4.024/Bd.1, Vernehmungsprotokoll Julius Kornweitz, 5. 6. 1942.

Im August 1940 setzte Kornweitz den KPÖ-Vorsitzenden in Moskau mittels der schon erwähnten funktechnischen Infrastruktur der jugoslawischen KP von Puschmanns Bericht in Kenntnis und folgte dessen Anregung, nach Bratislava zu kommen, um die weitere Vorgangsweise in Wien zu erörtern. Ob Kornweitz bei diesem zehntägigen Aufenthalt in der slowakischen Hauptstadt auch die Bekanntschaft von „Ossi“ machte, ist fraglich. Jedenfalls dürfte er von seiner Existenz und seiner Rolle als Puschmanns wichtigster „Mitarbeiter“ gewusst haben. Es war ausgerechnet der Gestapo-Spitzel, dem die Rolle zufiel, im Februar 1941 nach Agram zu fahren, um Kornweitz über die riesige Verhaftungswelle zu informieren<sup>24</sup>, die er selbst – gemeinsam mit seiner Lebensgefährtin Margarete Kahane – durch die Unterwanderung der so genannten 3. illegalen Leitung und ihrer Organisationsansätze in Wien, Niederösterreich und der Steiermark verursacht hatte. Was der V-Mann Koppel mit diesen Informationen bezweckte, geht aus den Vernehmungen und der Anklageschrift gegen Zweifelhofer hervor, den der Gestapo-Spitzel am 8. Februar 1941 in Prag aufgesucht hatte:

„Vor allem teilte aber ‚Ossy‘ dem Angeschuldigten mit, dass die gesamte provisorische Leitung der Wiener KPÖ einschließlich des Puschmann festgenommen worden sei. Auf die Frage des Angeschuldigten, was er nun zu tun gedenke, antwortete ‚Ossy‘, dass er ein neues ZK zu bilden beabsichtige, vorher jedoch nach Jugoslawien gehen und dort über diese Frage mit ‚Bobby‘ verhandeln wolle. Als er zu diesen Schritten die Zustimmung des Angeschuldigten erbat, will dieser geantwortet haben, dass auf Grund der Wiener Festnahmen seine Funktion als Verbindungsmann zwischen der KPÖ und der KPC automatisch erloschen sei und er deshalb zur Zeit keine Befugnis mehr zur Erteilung von Weisungen habe. Als rein persönliche Meinung will er sowohl dem ‚Ossy‘ als auch durch diesen allen Wiener Parteifunktionären den Rat gegeben haben, sich von der illegalen Arbeit zurückzuziehen. Da ‚Ossy‘ mit diesem Vorschlage nicht einverstanden war, versprach ihm der Angeschuldigte, nach Möglichkeit durch Vermittlung der KPC dem ‚Bobby‘ Mitteilung von der bevorstehenden Ankunft des ‚Ossy‘ in Jugoslawien machen zu wollen.“<sup>25</sup>

---

<sup>24</sup> Ebenda, Vernehmungsprotokoll Julius Kornweitz, 28. 4. 1942.

<sup>25</sup> Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, VGH, 7 J 278/42, Anklageschrift Karl Zweifelhofer.

Von Kopenig mit detailliert überlieferten Aufträgen versehen, flog Leo Gabler am 25. Februar 1941 von Moskau nach Sofia, von wo aus er mit dem Zug nach Agram weiterreiste<sup>26</sup> und die als Anlaufstelle benutzte Buchhandlung aufsuchte. Aus unverständlichen Gründen hatte auch Gabler in Moskau einen norwegischen Pass („Gilbert Christiansen“) mit dem richtigen Geburtsdatum (11. 5. 1908) erhalten, der dem Österreicher bald zu einer empfindlichen Last wurde, da er – ebenso wie Kornweitz – kein Wort Norwegisch sprach und für Jugoslawien auch keine Aufenthaltsgenehmigung erhielt.<sup>27</sup>

Die Vernehmungprotokolle der Gestapo belegen eindeutig, dass Kornweitz<sup>7</sup> zuvor auszugsweise zitierter Bericht an Kopenig über die organisatorische Zerklüftung der KPÖ und eine Reihe andere Probleme den Adressaten erreicht hatte, denn Gabler gab in der Gestapo-Haft dessen Inhalt exakt wieder.<sup>28</sup> Freilich war die primäre organisatorische Zielsetzung, d. h. die Unterstützung Puschmanns bei der „Einigung“ der vielen miteinander konkurrierenden KP-Gruppen, durch die Zerschlagung der dritten illegalen Leitung obsolet geworden. Von der im Jänner 1941 beginnenden, bis Herbst andauernden Liquidierung jener Organisationsansätze erfuhr Gabler erst durch Kornweitz.<sup>29</sup>

An der grundlegenden politisch-programmatischen Ausrichtung hatte sich freilich nichts geändert. Vorweg ist anzumerken, dass sich Gabler in den Fängen der Gestapo standhaft verhielt, und an seiner persönlichen Integrität ist sicher nicht zu zweifeln. Umso abstruser wirkt die Darstellung des politischen Hintergrundes seiner Mission. Hier äußerte sich nicht ein Mann, der sich bei der Gestapo „anzubiedern“ versuchte, um sein Leben zu retten, hier legte ein ZK-Mitglied die katastrophalen Implikationen der stalinistischen „Generallinie“ unter den Prämissen des Hitler-Stalin-Paktes dar:

„Kopenig ließ mich nicht im unklaren, dass ich in Österreich für die KP zu arbeiten habe. Die Beweggründe, die mich hierfür bewogen haben, will ich nun anführen:

Die Reise M o l o t o w s nach Berlin, die ganze Art der Schreibweise der ‚Prawda‘ und ‚Iswestia‘, die u. a. stets die politischen Dokumente des Deutschen Reiches (Weißbücher) vollinhaltlich veröffentlichte,

---

<sup>26</sup> BA, VGH 4.200/Bd.1, Staatspolizeileitstelle Wien, Vernehmungprotokoll Leo Gabler, 20. 11. 1941.

<sup>27</sup> Ebenda, Vernehmungprotokolle Leo Gabler, 24. 10. 1941, 19. 11. 1941.

<sup>28</sup> Ebenda, Vernehmungprotokoll Leo Gabler, 20. 11. 1941.

<sup>29</sup> Ebenda, Vernehmungprotokoll Leo Gabler, 24. 10. 1941.

die Verlängerung des Handelsvertrages [...], der beginnende kulturelle Austausch in der Form der Aufführung von Wagner-Opern [...] – deuteten wir österreichische Kommunisten als ein Anzeichen zur Festigung der Freundschaft zwischen diesen beiden größten Staaten Europas [...] Im selben Maße aber verschärfen sich die Gegensätze zwischen der SU, England und Amerika. Ich erinnere an einen Artikel in der ‚Prawda‘ vom Jahre 1940 [...]. In diesem heißt es, dass England allein schon vor dem Gedanken der Möglichkeit eines gemeinsamen militärischen Handelns der SU und dem Deutschen Reich zittert. Eine solche Möglichkeit hielten wir öst. Kommunisten für denkbar und auch möglich. Die KPOe sowie auch die KPD waren und sind auch heute gegen eine Zerstückelung Deutschlands [...].

In der Tat rechnete man in den Kreisen der KPOe in Moskau mit einer Vertiefung des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen der SU und dem Deutschen Reich. Eine Vertiefung der Freundschaft mit der SU hätte nach meiner Meinung auch gewisse innerpolitische Auswirkungen in Deutschland. Beim genauen Studium der Hitler-Reden in diesem Zeitabschnitt [...] konnte man gewisse Anzeichen dafür finden. Auch die Politik der KPOe war darauf eingestellt. Dafür folgendes Beispiel: Die Stellung der KPOe zum Anschluss. Bekanntlich nahm die Partei gegen den Anschluss Stellung, während die österreichischen Sozialdemokraten, insbesondere Otto B a u e r, formell dagegen Stellung nahmen, aber gleichzeitig den Anschluss als einen geschichtlichen Fortschritt bejahten. Beim Ausbruch des Krieges änderte die Sozialdemokratie ihren Standpunkt und trat für ein unabhängiges Oesterreich ein. Diese Forderung war aber gleichzeitig eine Losung des englischen Imperialismus. Die KPOe dagegen blieb weiter voll auf dem Standpunkt des freien Selbstbestimmungsrechtes der Völker, nahm aber gegen die englische Ostmarkpolitik Stellung. Die Partei lehnte deshalb die Losung einer unabhängigen Ostmark ab und betonte, dass eine solche Losung heute im Interesse des engl. Imperialismus liegt.“<sup>30</sup>

Gabler benutzte in Agram von Anfang an „illegale“ Unterkünfte, die ihm der „Lange“ verschaffte, und mit Kornweitz traf er sich zumeist in Kaffeehäusern, Parks oder anderen öffentlichen Orten. Welch illusionäre

---

<sup>30</sup> Ebenda, Vernehmungsprotokoll Leo Gabler, 24. 10. 1941.

Erwartungen er bei seiner Ankunft und noch in den folgenden Monaten in die Perspektive einer Vertiefung der deutsch-sowjetischen „Freundschaft“ legte, zeigt seine Hoffnung, legal nach Österreich zurückkehren zu können. Vielleicht war dies – und nicht etwa bürokratische Fahrlässigkeit – einer der Gründe, weshalb man in Moskau so wenig Sorgfalt darauf verwendete, ihn und andere Komintern-Emissäre mit Identitätspapieren auszustatten, die nicht nur zum Transit in neutralen Ländern geeignet waren, sondern auch im Machtbereich des Deutschen Reiches genauen Kontrollen standhielten. Etwa im Mai 1941 verlegte Gabler seinen Standort zeitweise nach Marburg, weil er sich in Agram anscheinend nicht mehr sicher fühlte. Anstelle des wertlos gewordenen Passes verschaffte ihm Kornweitz als „Personalausweis“ ein Soldbuch, das die Gestapo einige Monate später in Wien bei ihm fand.<sup>31</sup>

Kurz nach Gablers Abreise wurde Kornweitz erneut von Kurt Koppel aufgesucht, den er unter dem Namen „Glaser“ kannte:

„Dass G l a s e r mich dort noch erreichen konnte, war nur möglich, weil ich ihm damals die Adresse am ‚Pantovcak‘ übergeben habe. Da ich bereits um diese Zeit von K o p l e n i g die Weisung erhielt, G l a s e r abzuhängen, wendete ich nun jede Vorsicht ihm gegenüber an. Außerdem war ich neugierig, zu welchen Gruppen G l a s e r noch um diese Zeit Verbindungen aufrecht erhielt, da ich die Absicht hatte, auch diese Gruppen vor G l a s e r zu warnen [...] Ich hatte mit G l a s e r eine Aussprache und teilte er mir mit, dass er derzeit keine Verbindungen habe, außer einer kleinen Verbindung zum KJV. Weiters habe ich ihm mitgeteilt, dass die Lage für mich in Agram sehr erschwert sei und halte ich es im Interesse seiner Sicherheit für notwendig, nunmehr schriftliche Verbindungen mit mir aufzunehmen. G l a s e r gab mir abschließend noch bekannt, dass er wieder nach Bratislava zurückfahre.

Im Juni 1941, zur Zeit des Ausbruches des deutsch-russischen Krieges, wollte mich G l a s e r neuerlich über die Anlaufadresse am Pantovcak sprechen. Von seiner Anwesenheit dortselbst hat mich damals die Vertreterin der R u p c i c in Kenntnis gesetzt. Das dringende Verlangen G l a s e r s, mich persönlich zu sprechen, lehnte ich ab und übergab der Vertreterin der R u p c i c für Glaser einen verschlossenen Brief [...]. Dass ich mit diesem Brief dem G l a s e r meine Stellungnahme zur politischen Linie bekannt gab, begründe ich damit, dass ich

<sup>31</sup> Ebenda, Vernehmungsprotokoll Leo Gabler, 28. 10. 1941.

die Klarheit über den Inhalt des deutsch-russischen Krieges über den Bereich der Verbindungen G l a s e r s erreichen wollte.“<sup>32</sup>

Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion verschärfte sich die politische Situation in Kroatien außerordentlich, die Ustascha-Faschisten entfachten einen brutalen Terrorfeldzug, Juden und Jüdinnen, Kommunisten und Kommunistinnen waren Freiwillig. Die meisten Verbindungen Kornweitz’ rissen ab, und im Juli 1941 wurde eine seiner wichtigsten Kontaktpersonen, der „Lange“, von der Ustascha aufgespürt und wegen Betätigung für die KP erschossen.<sup>33</sup>

Unter diesen Umständen fasste Gabler den Entschluss zur Rückkehr nach Österreich. Da auch ein weiterer Verbleib Kornweitz’ in Kroatien zu gefährlich schien, vereinbarten beide, nach Wien zu fahren und mit Hilfe der ihnen von früher bekannten KP-Anhänger „aus den Trümmern des Parteiapparats mit den brauchbaren Leuten eine neue Organisation aufzubauen“<sup>34</sup>. Acht Tage nach Gablers Abreise wollten sich die beiden zu einem bestimmten Zeitpunkt im Café Girardi treffen. Bei einem eventuellen Scheitern dieser Kontaktaufnahme sollte Kornweitz einen alten Bekannten Gablers, Leopold Schmidt (Wien XV, Karmeliterhofgasse 9), aufsuchen und auf diese Weise eine Verbindung herstellen. Begleitet von einer Slowenin („Slavka“), die er durch den „Langen“ kennen gelernt hatte, fuhr Gabler zunächst wiederum nach Marburg, wo ihn seine Helferin bei der Familie Dolcher unterbrachte, die jedoch Mitte Juli 1941 ausgesiedelt wurde. In der Erwartung, binnen kurzer Zeit seine Unterkunft zu verlieren, entsandte Gabler „Slavka“ nach Agram, um Geld und einige Adressen von Kärntner Genossen zu besorgen, die Kornweitz einmal erwähnt hatte. Durch die Vermittlung von Vida Baum gelang es der Slowenin auch, den Kontakt mit dem KPÖ-Emissär herzustellen, von dem sie 300 RM und die Adressen Josef Kompeins und Anna Theuermanns (Klagenfurt) erhielt. Gabler kannte Kompein, einen alten Funktionär des Kommunistischen Jugendverbandes, seit 1930 persönlich und verkehrte mit ihm zuletzt (1935) im Anhaltelager Wöllersdorf. Bei der Familie Dolcher lernte er „Jan“ (= Milos Zidansek) kennen, einen KPJ-Funk-

---

<sup>32</sup> BA, VGH 4.024/Bd.4, Staatspolizeileitstelle Wien, Vernehmungprotokoll Julius Kornweitz, 23. 6. 1942.

<sup>33</sup> BA, VGH 4.200/Bd.1, Staatspolizeileitstelle Wien, Vernehmungprotokoll Leo Gabler, 24. 10. 1941.

<sup>34</sup> BA; VGH 4.024/Bd.4, Staatspolizeileitstelle Wien, Vernehmungprotokoll Julius Kornweitz, 28. 4. 1942.

tionär, der ihm nach der Aussiedlung seiner bisherigen Quartiergeber eine neue Unterkunft bei der Familie Oman in Marburg verschaffte. Sonja Oman, die Tochter, stellte ihm eine junge Kommunistin namens Mathilde Kralj vor, und Ende Juli entsandte „Jan“ die beiden Frauen über die Grenze nach Klagenfurt, um bei Kompein ein Quartier zu besorgen, doch kehrten die beiden unverrichteter Dinge wieder zurück.

Auf Einladung Mathilde Kraljs verbrachte Gabler die erste Augustwoche in Prävali, in einem leer stehenden Nebengebäude des landwirtschaftlichen Anwesens ihrer Eltern. Hier wartete Gabler vergeblich auf Kornweitz. An seiner Stelle kam eine Kurierin, die ihm einen Zettel – offensichtlich eine Nachricht aus Agram – überbrachte, woraufhin der KPÖ-Funktionär ein weiteres Zuwarten für zwecklos hielt und Kralj ersuchte, ihn nach Wien zu begleiten. Tags darauf überschritten die beiden bei Unter-Drauburg die „grüne Grenze“ und fuhren mit dem Zug nach Wien, wo Gabler für die Slowenin eine Übernachtungsmöglichkeit bei der ihm seit langem bekannten Familie Händler (Wien III, Mohsgasse) fand. Er selbst versuchte eine Kontaktaufnahme mit Hedwig Urach, die dem ZK angehört hatte und aus der belgischen Emigration zurückgekehrt war. Als er von der in Hetzendorf lebenden Mutter erfuhr, dass Hedwig inhaftiert war, verließ er sofort die Wohnung und kehrte zu Franz Händler, einem Schlossergehilfen, zurück, der ihm mitteilte, dass Leopold Kellner, mit dem er eigentlich Verbindung aufnehmen wollte, im Polenfeldzug gefallen war.<sup>35</sup> Händler schlug vor, stattdessen mit Kellners Braut „Poldi“ (= Leopoldine Kowarik), einer jungen Postangestellten, in Verbindung zu treten, die sich als sehr hilfreich erwies und dem KP-Emissär schließlich eine längerfristige Unterkunft bei Antonie Lauterbach (Wien XXI, Nordrandsiedlung, 15. Gasse, Haus Nr. 187) verschaffte, wo sie ihn auch öfters aufsuchte.<sup>36</sup> Anders als die zuvor genannten Personen war die neue Quartiergeberin politisch eher unbelastet und wusste wohl auch nicht, wen sie in dem Mansardenzimmer ihres Hauses<sup>37</sup> beherbergte.

Etwa zwei Wochen nach Gablers Einreise überquerte Kornweitz die Grenze bei Steinbrück und stellte sich bei Leopold Schmidt unter der Lo-

---

<sup>35</sup> BA, VGH 4.200/Bd.1, Staatspolizeileitstelle Wien, Vernehmungsprotokolle Leo Gabler, 7. 2. 1942, 13. 2. 1942, 10. 3. 1942, 21. 7. 1942; Gestapo-Schlussbericht betr. Leo Gabler, 18. 8. 1943.

<sup>36</sup> BA, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, ZB II, 355, Staatspolizeileitstelle Wien, Ref. N, Vorführungsnote Leopoldine Kowarik (hier auch nähere biographische Hinweise), 20. 10. 1941, Vernehmungsprotokoll, 20. 10. 1941.

<sup>37</sup> BA, VGH 4.200/Bd.1, Staatspolizeileitstelle Wien, Durchsuchungsbericht, 20. 10. 1941.

sung „Ich komme von Eberhart“ vor, stieß jedoch zunächst auf großes Misstrauen und wurde abgewiesen. Nach diesem Fehlschlag suchte er den Elektromeister Hermann Gottschlich auf, einen früheren Sozialdemokraten, der ihn seit 1933 kannte und fast vier Jahre nichts mehr von ihm gehört hatte. Gottschlich war von dem unerwarteten Besuch nicht gerade begeistert, bot dem illegalen Kommunisten aber trotzdem für einige Tage Unterschlupf und Verpflegung, ebenso zu einem späteren Zeitpunkt.<sup>38</sup> Nach einigen Pannen, deren Schilderung hier zu weit führen würde, kam vor allem durch die Vermittlung Leopoldine Kowariks und die Anlaufstelle bei Leopold Schmidt der Kontakt zwischen den beiden Spitzenfunktionären zustande, deren Aussprachen zumeist in einem Floridsdorfer Café stattfanden.<sup>39</sup> Gegenüber seinen Kontaktpersonen in Wien trat Kornweitz zumeist nicht unter seinem alten Decknamen „Bobby“ auf, sondern stellte sich als „Jensen“, „Anton Pichler“ oder „Blunzinger“ vor.<sup>40</sup>

Nachdem Gabler in der Nordrandsiedlung ein festes Quartier erhalten hatte, begann er sofort mit seiner propagandistischen Tätigkeit für die KPÖ, indem er ein Manuskript für die „Rote Fahne“ und einen Aufsatz für „Weg und Ziel“ verfasste. Als Richtlinie für seine Ausführungen benutzte er einen von Johann Kopenig geschriebenen Text, den dieser bereits vor Gablers Abflug aus Moskau nach Agram übermittelt hatte.<sup>41</sup>

Zu den wichtigsten Helfern des KP-Emissärs gehörten der Elektromonteur und Radiotechniker Friedrich Hedrich (Wien XX, Jägerstraße 28), den Gabler schon seit 1928 aus dem KJV persönlich kannte<sup>42</sup>, sowie dessen Ehefrau Erna, nach den Nürnberger Gesetzen eine „Halbjüdin“.<sup>43</sup>

---

<sup>38</sup> Vernehmungprotokoll Julius Kornweitz, 23. 10. 1942; Archiv des IfZ, 7 J 343/43, Anklageschrift gegen Hermann Gottschlich u. a., 7. 7. 1943.

<sup>39</sup> BA, VGH 4.024/Bd.4, Vernehmungprotokoll Julius Kornweitz, 23. 6. 1942.

<sup>40</sup> BA, Zwischenarchiv Dahlwitz Hoppegarten, ZB II, 312, Staatspolizeileitstelle Wien, II A 1, Vernehmungprotokolle Hermine Zaynard, 29. 4. 1942, 4. 5. 1942; ZB II, 355, Vernehmungprotokoll Leopoldine Kowarik, 20. 10. 1941.

<sup>41</sup> BA, VGH 4.200/Bd.1, Staatspolizeileitstelle Wien, Vernehmungprotokoll Leo Gabler, 28. 10. 1941; Gestapo-Schlussbericht betr. Leo Gabler, 18. 8. 1943. Kopenigs politische Instruktionen wurden bei der Verhaftung Gablers beschlagnahmt.

<sup>42</sup> BA, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, ZB II, 141, Staatspolizeileitstelle Wien, Ref. N, Vorführungsnote Friedrich Hedrich (hier auch nähere biographische Hinweise), 23. 10. 1941, Vernehmungprotokolle Friedrich Hedrich, 22. 10. 1941, 23. 10. 1941.

<sup>43</sup> BA, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, ZB II, 144, Staatspolizeileitstelle Wien, Ref. N, Vorführungsnote Erna Hedrich (hier auch nähere biographische Hinweise), 23. 10. 1941.

Friedrich Hedrich gewann Mitte September 1941 eine KP-Sympathisantin namens Anna Stanislav dafür, die erwähnten, handschriftlich verfassten Manuskripte abzuschreiben und zu vervielfältigen, ferner unterstützte er Gabler, mit dem er einige Male auch in der Nordrandsiedlung zusammentraf, durch Lebensmittelkarten und Geldzuwendungen und kam durch ihn schließlich auch in Kontakt mit Kornweitz.<sup>44</sup> Da dieser mit ständigen Quartiersorgen zu kämpfen hatte, wies ihn Hedrich nach St. Peter im Wechselgebiet, wo seine Frau gerade ihren Urlaub verbrachte. Erna Hedrich verschaffte dem „Sommerfrischler“ hier für acht Tage eine Schlafstelle auf einem Bauernhof.<sup>45</sup> Nach Wien zurückgekehrt, stand er vor denselben ungelösten Problemen, sodass Erna Hedrich die technische Zeichnerin Hermine Zaynard (geb. Schwarzer) ins Vertrauen zog – die beiden waren seit ihrer gemeinsamen Haft unter dem austrofaschistischen Regime (1934) miteinander befreundet. Zaynard sah keine Möglichkeit, den exponierten KP-Aktivisten bei sich selbst aufzunehmen, deshalb wandte sie sich an eine andere Freundin, nämlich Grete Kahane, die bei der Bespitzelung des Kommunistischen Jugendverbandes ähnliche „Erfolge“ erzielen konnte wie ihr Lebensgefährte Kurt Koppel im Parteiapparat. Arglos erzählte sie der Gestapo-Konfidentin, dass „Pichler“ Kommunist sei, in Wien illegal wohne und dringend eine neue Unterkunft benötige. Kahane sagte ihre Unterstützung zu und verschaffte Kornweitz ein Quartier in der Wohnung ihrer Mutter (Wien XI, Wildganshof).<sup>46</sup> Damit schien das Schicksal des früheren Auslandsapparat-Leiters besiegelt, aber der gewitzte KP-Führer entkam noch einmal der Gestapo, denn Kahane war bei einem der Gespräche so unvorsichtig, ihm mitzuteilen, sie sei „mit einem Mann befreundet, der als Journalist öfters nach Agram fuhr und auch Beziehungen zur Slowakei habe. Mein Verdacht, dass es sich hier um G l a s e r handle, veranlasste mich, die Verbindung mit G r e t l [Kahane] sofort abubrechen. Ebenso gab ich gleichzeitig G a b l e r diesen Umstand bekannt, was diesen veranlasste, seine Verbindung zu H e d r i c h zu reduzieren, was H e d r i c h ebenfalls veranlasste, seine Verbindungen zur Z a y n a r d aufzugeben“.<sup>47</sup>

<sup>44</sup> BA, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, ZB II, 141, Ref. N, Vernehmungsprotokoll Friedrich Hedrich, 30. 10. 1941; Gestapo-Schlussbericht betr. Friedrich Hedrich, 2. 4. 1943.

<sup>45</sup> BA, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, ZB II, 144, Staatspolizeileitstelle Wien, IV A 1, Schlussbericht Ernestine Hedrich, 3. 4. 1943; BA, VGH 4.024/Bd.1, Staatspolizeileitstelle IV A 1, Vernehmungsprotokoll Julius Kornweitz, 23. 10. 1942.

<sup>46</sup> BA, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, ZB II, 312, Vernehmungsprotokoll Hermine Zaynard, 19. 6. 1942.

<sup>47</sup> BA, VGH 4.024/Bd.1, Vernehmungsprotokoll Julius Kornweitz, 23. 6. 1942.

Trotz der Konsequenzen, die Gabler aus jener Warnung zog, wurde das Netz auch um ihn immer enger. Zum Verhängnis wurde ihm die Verbindung mit Aktivisten der so genannten Tschechischen Sektion der KPÖ (ein von der Gestapo geprägter Begriff), an deren Aufrollung Kurt Koppel maßgeblich beteiligt war. Die tschechischen Widerstandskämpfer steckten Lagerhäuser der Wehrmacht in Brand und gingen in der Folge zu Bomben- und Sprengstoffanschlägen über – ein Sprengsatz explodierte beim Michaelertor in der Hofburg. Auch ihre sonstigen Aktivitäten im Sommer 1941 waren recht beeindruckend: Sie beschädigten die Brevillier-Urban-Fabrik sowie einen Hangar am Asperner Flugplatz und ließen in Floridsdorf mehrere Panzerfahrzeuge in Flammen aufgehen.<sup>48</sup> In der zweiten Septemberhälfte trachtete Gabler danach, eine Verbindung in den Arbeiterbezirk Favoriten herzustellen, woraufhin Leopoldine Kowarik eine Zusammenkunft mit dem Wehrmachts-Unteroffizier Ernst Rousek, einem früheren KJV-Mitglied und Angehörigen der besagten Tschechengruppe, organisierte. Darüber hinaus traf er sich am 3. Oktober mit dem als Instruktor tätigen Schneidergehilfen Leo Nemeč in dessen Wohnung (Wien XVI, Panikengasse 33/1/17) und führte mit ihm eine politische Debatte, an der auch die Tischlergehilfen Josef Poskocil und Jaroslav Hospodka teilnahmen. Nemeč berichtete von den Sabotageaktionen und zeigte dem KPÖ-Funktionär ein Flugblatt der Tschechengruppe, Gabler wiederum stellte einen von ihm verfassten Text in Aussicht und betonte seine Ablehnung der aktiven Sabotage-Taktik. Ein nochmaliges Treffen wurde nicht vereinbart, da der Österreicher verschiedenen Angaben von Nemeč hinsichtlich dessen politischer Vergangenheit im „Protektorat“ nicht traute und diese erst überprüfen wollte.<sup>49</sup>

Diese zwei Treffen genügten jedoch, um Gabler und seine Unterstützer in die seit den letzten Septembertagen anlaufende Repressionswelle<sup>50</sup> gegen die tschechische KP-Sektion zu involvieren. Am 9. Oktober 1941 wurden Leo Nemeč, Jaroslav Hospodka und vier weitere Tschechen verhaftet, tags darauf Ernst Rousek<sup>51</sup> und in den folgenden Tagen mindestens 20 weitere Mitglieder dieser Gruppe.<sup>52</sup> Ein Tagesrapport der Gestapo Wien erwähnte

---

<sup>48</sup> Vgl. DÖW (Hrsg.), *Widerstand und Verfolgung in Wien*, Bd. 3, Wien 1984, S. 338–342; Luža, *Widerstand*, S. 153; Schafranek, *V-Leute*, S. 327.

<sup>49</sup> BA, VGH 4.200/1, Staatspolizeileitstelle Wien, Vernehmungsprotokolle Leo Gabler, 19. 11. 1941, 20. 11. 1941; Gestapo-Schlussbericht betr. Leo Gabler, 18. 8. 1943.

<sup>50</sup> DÖW 5.732e, Tagesbericht der Gestapo Wien Nr. 13 v. 29.–30. 9. 1941.

<sup>51</sup> DÖW 5.732f, Tagesbericht der Gestapo Wien Nr. 5 v. 11.–12. 10. 1941.

<sup>52</sup> DÖW 5.732f, Tagesbericht der Gestapo Wien Nr. 12 v. 27.–28. 10. 1941.

im Kontext der Aufrollung dieses Widerstandsnetzes die Einschaltung von „V- und Gewährspersonen“.<sup>53</sup>

Gegen die im September und Oktober durch Verrat festgenommenen Tschechen wurden zumeist gar keine Gerichtsverfahren eingeleitet – zwanzig Personen kamen ins KZ Mauthausen und wurden am 6. November 1941 auf Befehl Heinrich Himmlers „liquidiert“.<sup>54</sup>

Leopoldine Kowarik befand sich Anfang Oktober in einem Posterhohlungsheim in Bad Saarow (Mark Brandenburg)<sup>55</sup>. Neun Tage vor Gablers Verhaftung meldete das mit der Führung von V-Leuten befasste N-Referat (= Nachrichten-Referat) der Wiener Gestapo, sie sei „in letzter Zeit als Verbindungsperson zwischen den KP-Funktionären Ernst R o u s e k und Heinrich<sup>56</sup> G a b l e r tätig“ gewesen und ersuchte die Stapostelle Potsdam per Fernschreiben um ihre Festnahme,<sup>57</sup> die zwei Tage später erfolgte. Am 19. Oktober 1941 nahmen sie die Wiener Gestapo-Leute in Empfang.<sup>58</sup>

Am 20. Oktober drangen morgens um 5.45 Uhr auf Anordnung Lambert Leutgebts (Leiter des N-Referats) die Gestapo-Kriminalsekretäre Thellmann, Mückstein und Philip in das Siedlungshaus von Antonie Lauterbach ein und verhafteten Leo Gabler und seine Quartiergeberin.<sup>59</sup> Bis zum Ende des Monats sind sieben zum Teil sehr umfangreiche Vernehmungsniederschriften überliefert,<sup>60</sup> und selbst Anfang 1943 wurde er nochmals zum Verhör gebracht.<sup>61</sup>

<sup>53</sup> Ebenda.

<sup>54</sup> Völkischer Beobachter, Wiener Ausgabe, 10. 11. 1941; DÖW 5.080, Bericht der Gestapo Wien bei der Tagung der N- und IV-A-1 Referenten der Ostmark, 28. 3. 1944.

<sup>55</sup> BA, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, ZB II, 355, Staatspolizeileitstelle Wien, Ref. N, Vernehmungsprotokoll Leopoldine Kowarik, 20. 10. 1941.

<sup>56</sup> „Heini“ war ein von Gabler seit der austrofaschistischen Diktatur benutzter Deckname. Wie Hilde Koplenig dem Verfasser vor vielen Jahren mitteilte, meinten manche seiner engeren Bekannten aus dieser Periode (und auch später in der UdSSR), er heiße Heinrich Gabler.

<sup>57</sup> BA, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, ZB II, 355, Ref. N, Aktenvermerk, 11. 10. 1941.

<sup>58</sup> Ebenda, Ref. N, Aktenvermerk, 19. 10. 1941.

<sup>59</sup> BA, VGH 4.200/Bd.1, Staatspolizeileitstelle Wien, Bericht betr. Hausdurchsuchung im Siedlungshaus Antonie Lauterbach. In diesem Bericht waren alle bei Gabler gefundenen und beschlagnahmten Gegenstände aufgelistet.

<sup>60</sup> Ebenda, Vernehmungsprotokolle Leo Gabler, 20. 10. 1941, 21. 10. 1941 (zwei protokollierte Vernehmungen), 22. 10. 1941, 24. 10. 1941, 28. 10. 1941, 30. 10. 1941.

<sup>61</sup> Das letzte Vernehmungsprotokoll datiert vom 12. 1. 1943, und am 16. 6. 1943 verfasste er in seiner Zelle noch eine längere handschriftliche Zusammenfassung, die in einer Abschrift vorhanden ist.

Die mit Gabler durchgeführten Verhöre waren brutal und qualvoll, deshalb entbehrt es nicht einer makabren Komponente, dass ausgerechnet seine Peiniger ihm im Schlussbericht auf eine gewisse Art „Respekt“ entgegenbrachten. Dieser 13-seitige Bericht endet mit den Sätzen: „G a b l e r, ohne Zweifel einer der befähigsten Funktionäre der Kommunistischen Partei Österreichs, hat bezüglich der von ihm gesetzten Handlungen ein volles Geständnis abgelegt, bezüglich der Beteiligung anderer Personen an seinen Handlungen und selbständigen Handlungen anderer Personen war er sehr zurückhaltend und hat Namen erst dann genannt, wenn ihm entsprechende Vorhalte gemacht wurden. Dieses Verhalten entspringt seiner innersten Überzeugung, für begangene Handlungen voll und ganz einzustehen, Mitarbeiter jedoch nicht zu belasten.“<sup>62</sup>

Wenige Tage nach Gablers Festnahme befanden sich fast alle Personen, mit denen der glücklose KP-Organisator in den vorhergehenden zwei Monaten Kontakte unterhalten und deren Hilfe er in Anspruch genommen hatte, ebenfalls im Gewahrsam. Zu den wenigen Ausnahmen gehörten Julius Kornweitz und Hermine Zaynard, wobei sich vor allem an ihrem Fall die weitere Vorgangsweise der Gestapo aufzeigen lässt. Zaynard war nicht untergetaucht, und es traf auch keineswegs zu, dass sie „bisher noch nicht ausgeforscht werden konnte“, wie das mit Leutgeb eng kooperierende Kommunismus-Referat sogar zwecks interner Verschleierung des laufenden Einsatzes von V-Leuten am 11. November 1941 in einem Aktenvermerk festhielt.<sup>63</sup> Unter dem Druck der von Brunnhölzl durchgeführten Verhöre belastete Erna Hedrich ihre Freundin bzw. gab zu, was die Gestapo ohnedies längst über Hermine Zaynard wusste.<sup>64</sup> Dennoch blieb diese bis Ende April 1942 in Freiheit, und der Grund dafür ist ganz offensichtlich. Zaynard war, wie erwähnt, mit der Gestapo-Konfidentin Margarete Kahane befreundet, und nachdem diese durch ihre Geschwätzigkeit Kornweitz' Verdacht erregt und ihn dadurch in die Flucht geschlagen hatte, benutzte die Gestapo Zaynard als unwissenden „Lockvogel“, um mit ihrer unfreiwilligen „Hilfe“ dem ehemaligen technischen Auslandsleiter wieder auf die Spur zu kommen. Dieser aber mied monatelang jeglichen Kontakt mit der KP-Aktivistin, in deren Schleppe

---

<sup>62</sup> Ebenda, Gestapo-Schlussbericht betr. Leo Gabler, 18. 8. 1943.

<sup>63</sup> BA, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, ZB II, 355, Staatspolizeileitstelle Wien, II A 1, Vermerk, 11. 11. 1941.

<sup>64</sup> BA, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, ZB II, 144, Staatspolizeileitstelle, Ref. N, Vernehmungsprotokoll Ernestine Hedrich, 23. 10. 1942.

tau er zu Recht die Gestapo vermutete. „Als Gabler hochging, stellte ich jede Tätigkeit ein“,<sup>65</sup> sagte er später aus.

**Jugendbildnis von  
Leo Gabler**

Foto: DÖW



Dass „Bobby“ ein sehr wichtiger Auslandsfunktionär war, wusste die Gestapo schon seit Ende Jänner 1941, d. h. seit den mit Puschmann durchgeführten Verhören. Zweifelhofers umfassende Geständnisse ergänzten dieses Wissen um viele bis dahin unbekannt Details. Aber damals befand sich der prominente Funktionär noch in Jugoslawien und war somit für seine Verfolger nicht greifbar. Im Zuge der im Oktober 1941 einsetzenden Verfolgungswelle stellte sich durch die Verhöre mit Gabler und seinen Genossen jedoch heraus, dass „Bobby“, „Jensen“, „Anton Pichler“ und „Blunzinger“

---

<sup>65</sup> BA, VGH 4.024/Bd.1, Vernehmungsprotokoll Julius Kornweitz, 28. 4. 1942.

ein und dieselbe Person waren. Die Gestapo verfügte über ziemlich gleich lautende Beschreibungen des Gesuchten und wusste, dass der Unbekannte ein Architekt war. Mit einem Foto wurde am 20. Oktober erstmals Leopoldine Kowarik konfrontiert, die anhand dieser Aufnahme „Blunzinger“ eindeutig als „Bobby“ wieder erkannte.<sup>66</sup> Dies legt die Vermutung nahe, dass ihn Kahane heimlich fotografiert hatte, denn im gesamten Puschmann/Zwifelhofer-Komplex (inklusive Eichholzer, Maier, Schütte-Lihotzky), bei dem sich die Verhöre ebenfalls bis zum Herbst 1941 hinzogen, hatte die Gestapo den Beschuldigten zwecks Identifizierung „Bobbys“ noch kein Lichtbild vorgelegt, sodass das Foto nur in der ersten Oktoberhälfte entstanden sein konnte.

Trotz der immensen Isolierung, in die Kornweitz nach dem fluchtartigen Verlassen der von Kahane „zur Verfügung gestellten“ Unterkunft bzw. der Verhaftung Gablers und fast aller gemeinsamen Bekannten geraten war, konnte er, was unter den skizzierten Voraussetzungen erstaunlich anmutet, seinen Verfolgern entkommen und sechs weitere Monate im Untergrund verbringen. Dies verdankte er anscheinend einigen „Sonderverbindungen“ oder Personen, die sich zwar auch mit Gabler getroffen hatten, aber im Oktober 1941 der Festnahme entgangen waren. Eine permanente, flächendeckende Überwachung aller „Verdächtigen“ war auch so „professionellen“ V-Leuten wie Koppel und Kahane nicht möglich.

Zu dem Kreis von Personen, die Kornweitz' Überleben sicherten, gehörte beispielsweise Franz Strohmayer, der zwar „zur Parteilinie nicht zu gebrauchen“, aber dennoch für ihn „lebenswichtig“ war.<sup>67</sup> Den nunmehrigen Helfer hatte er im September 1941 durch Gottschlich kennen gelernt, der ihn damals nach zwei Übernachtungen „buchstäblich hinausgeworfen“ hatte.<sup>68</sup> Nach Gablers Verhaftung verließ Kornweitz zunächst Wien und hielt sich in verschiedenen Orten an der Südbahnstrecke auf, bis er wieder Kontakt zu Strohmayer fand, bei dem er einige Male in Neustift am Walde nächtigte. Anschließend verschaffte ihm Strohmayer ein Zimmer in Heiligeneich, besorgte Lebensmittelkarten und „organisierte“, d. h., entwendete einen holländischen Reisepass, der auf den Namen van Oyen lautete.<sup>69</sup>

---

<sup>66</sup> BA, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, ZB II, 355, Vernehmungsprotokoll Leopoldine Kowarik, 20. 10. 1941.

<sup>67</sup> BA, VGH 4.024/Bd.1, Vernehmungsprotokoll Julius Kornweitz, 13. 5. 1942.

<sup>68</sup> Ebenda, Vernehmungsprotokoll Julius Kornweitz, 13. 5. 1942 (zweite Vernehmung).

<sup>69</sup> Siehe dazu sowie zu den weiteren Verbindungen ausführlich ebenda, Vernehmungsprotokolle Julius Kornweitz, 20. 5. 1942, 22. 5. 1942.

Nach drei Monaten nahm Kornweitz im Jänner 1942 wieder Verbindung mit Hermine Zaynard auf, ebenso zu ihrem Mann Leopold, der als Wehrmachtssoldat bei einer Genesenden-Kompanie in Weisskirchen stationiert war, dann zum Schützen-Ersatz-Bataillon 2 versetzt wurde und bereits einige Monate zuvor einen kleinen Kreis von antifaschistischen Wehrmachtsangehörigen (den Sanitäts-Unteroffizier Karl Weihs, Rudolf Matzanek, Ernst Berhauer u. a.) um sich geschart hatte. Hermine Zaynard stellte ihrem Mann während eines Heimaturlaubs (10.–24. 1. 1942) „Toni“ (d. h. Kornweitz) vor, mit dem Leopold Zaynard in der Folge eine rege Korrespondenz über die politische und militärische Lage unterhielt.<sup>70</sup> Auch Karl Weihs kam mit dem KPÖ-Funktionär in persönliche Berührung, nachdem ihn Leopold Zaynard zuvor gefragt hatte, ob er bereit sei, seine leer stehende Wiener Wohnung zur Verfügung zu stellen.<sup>71</sup>

Ob diese und andere Kommunikationslinien bereits im Jänner/Februar 1942 von der Gestapo überwacht wurden, ließ sich nicht feststellen. Sicher war dies ab Anfang März der Fall, denn Hermine Zaynard gab später „nach Wahrheitserinnerung“ zu, dass „Anton Pichler“ sie am 4. 3. und 1. 4. in ihrer Wohnung besucht habe.<sup>72</sup> Kornweitz verschwieg diesen Umstand der Gestapo, sodass das Wissen darum von einer anderen Quelle herrühren musste, und das konnte nach gegebener Sachlage nur ein V-Mann sein. Obwohl die Gestapo aller Wahrscheinlichkeit nach fast ein halbes Jahr benötigte, um den Spitzenfunktionär (wieder) aufzuspüren, griff sie nicht sofort zu – wohl in der berechtigten Überlegung, dass Kornweitz während dieses verhältnismäßig langen Agierens im Untergrund ein recht großes Netzwerk aufgebaut haben musste, um zu überleben. Und dieses Netzwerk galt es zu überwachen, zu kontrollieren, zu infiltrieren, bevor man zuschlug.

Tatsächlich hatten sich Kornweitz' materielle Existenzbedingungen etwas verbessert, nachdem es ihm dank Hermine Zaynards Bemühungen gelungen war, im Februar 1942 durch den Mittelsmann Schidlo bei der Bedienerin Margarete Brzobohaty (Wien X, Leibnitzgasse 76/4) eine ständige Unterkunft zu erhalten.<sup>73</sup> Dieser Frau stellte er sich als „Franz Oyen“ vor.<sup>74</sup> Der

<sup>70</sup> BA, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, ZB II, 313, Staatspolizeileitstelle Wien, Vernehmungsprotokoll Leopold Zaynard, 24. 6. 1942.

<sup>71</sup> Ebenda, Gestapo-Schlussbericht betr. Leopold Zaynard, 30. 6. 1942.

<sup>72</sup> ZB II, 312, Vernehmungsprotokoll Hermine Zaynard, 4. 5. 1942.

<sup>73</sup> BA, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, ZB II, 43, Gestapo-Schlussbericht betr. Margarete Brzobohaty, 6. 4. 1943 (hier auch nähere biographische Hinweise).

<sup>74</sup> Ebenda, Gestapo-Leitstelle Wien, II A 1, Vernehmungsprotokolle Margarete Brzobohaty, 25. 4. 1942, 29. 12. 1942.

emsize Organisator ging – mit dem Einverständnis Brzobohatys – daran, einen kleinen „Lit-Apparat“ aufzubauen, bei dessen Ausstattung und Tätigkeit Franz Strohmayer (Elektromonteur), Johann Stolba (Hilfsarbeiter), Franz Zeidler (Mechaniker), Ferdinand Krug (Hilfsarbeiter), Friedrich Pregler (Anstreichergehilfe), Michael Bernhardt (Maurergehilfe) und Karl Jelinek (Bauhilfsarbeiter) auf die eine oder andere Weise mitwirkten.<sup>75</sup> In der Wohnung von Karl Weihs hatte er bereits eine 4-seitige Ausgabe der „Roten Fahne“ verfasst, eine zweite Nummer schrieb er im April 1942 auf der Reiseschreibmaschine Brzobohatys. Von beiden Texten erhielt „Michel“ (= Michael Bernhardt) jeweils 10 bis 15 Durchschriften. Kurz danach traf ihn Kornweitz bei der Rotundenbrücke und machte ihm den Vorschlag, er solle nach Möglichkeit zwecks Vervielfältigung der Flugschriften einen Abziehhapparat beschaffen.<sup>76</sup>

Die innerparteiliche Situation der Wiener KPÖ erlaubt die Frage, weshalb die Gestapo gerade in der letzten Aprilwoche 1942 die organisatorischen Neuansätze des um Kornweitz gruppierten Widerstandsnetzes auffollte. Drei Wochen zuvor hatte sich eine neue zentrale Leitung konstituiert, die aus drei (!) V-Leuten der Gestapo und fünf „echten“ KP-Angehörigen (Däninger, Jirak, Voreiter, Gajda, Neustadt) bestand. De facto war dieses 4. illegale ZK eine Gründung der Gestapo.<sup>77</sup> Mittlerweile wissen wir auch, dass kurzfristig eine lose Querverbindung zwischen Kornweitz und Voreiter bestand. Dieser besuchte im Frühjahr 1942 Brzobohaty und übergab ihr eine Flugschrift („Lehrbrief“), woraufhin sie ihn die von Kornweitz geschriebene „Rote Fahne“ lesen ließ. Ob die beiden einander jemals begegnet sind, ist unbekannt, aber „er [Voreiter] muss erfahren haben, dass Kornweitz bei mir nächtigte und machte die Bemerkung, dass er Jude sei“.<sup>78</sup>

Im Kalkül der Gestapo hätte es sicher nahe gelegen, dem neuen Zentralkomitee, das ja seit seiner Gründung unter deren dauernder Kontrolle stand, durch die Zugehörigkeit eines KP-Spitzenfunktionärs wie Kornweitz eine stärkere Autorität und damit Integrationskraft zu verleihen, bis sie auch diese

---

<sup>75</sup> BA, VGH 4.024/Bd.1, Staatspolizeileitstelle Wien, IV A 1, an den Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof, 16. 4. 1943.

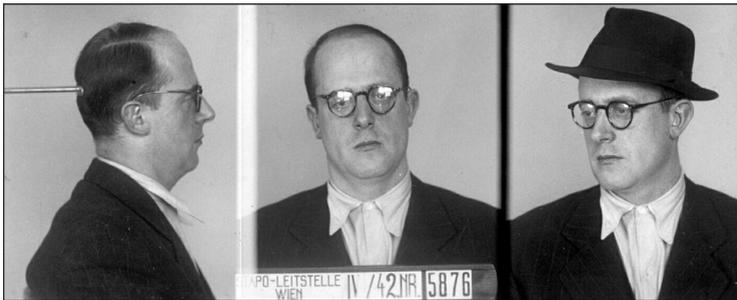
<sup>76</sup> BA, VGH 4.024/Bd.1, Vernehmungsprotokoll Julius Kornweitz, 20. 5. 1942.

<sup>77</sup> Vgl. dazu Schafranek, V-Leute, S. 329 ff.

<sup>78</sup> BA, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, ZB II, 43, Staatspolizeileitstelle Wien, Vernehmungsprotokoll Grete Brzobohaty, 29. 12. 1942. Brzobohaty sagte aus, Kornweitz habe Voreiter nicht gekannt und auch nie mit ihm gesprochen, aber diese Bemerkung konnte auch eine versuchte „Schadensbegrenzung“ darstellen.

Leitung zerschlug. Der Realisierung eines solchen Plans stand aber vermutlich die Tatsache im Weg, dass an den Leitungssitzungen neben den Gestapo-Konfidenten Leopold und Josef Koutny fallweise auch Margarete Kahane teilnahm. Und auch wenn diese aus taktischen Gründen „abgezogen“ worden wäre, hätte Kornweitz mit großer Wahrscheinlichkeit von ihrem „Naheverhältnis“ zur zentralen Leitung erfahren und sich umgehend zurückgezogen.

Wahrscheinlich hing der Zeitpunkt des Zugriffs auf Kornweitz und seine MitarbeiterInnen damit zusammen, dass die personelle und lokale Ausdehnung der in Weisskirchen und anderen Standorten verstreuten antifaschistischen Soldatengruppe (sofern man bei diesem Freundeskreis von einer „Gruppe“ sprechen kann) um Leopold Zaynard für die Gestapo zunehmend unüberschaubar wurde, sodass sie schließlich am 25. April 1942 Julius Kornweitz, der sich in Begleitung seiner Quartiergeberin befand, in der Nähe des Südbahnhofs festnahm.<sup>79</sup>



**Erkennungsdienstliche Aufnahme der  
Gestapo Wien von Julius Kornweitz, April 1942**

Foto: DÖW

Die Aufdeckung der um die beiden KPÖ-Emissäre gruppierten SympathisantInnen und MitarbeiterInnen zog – die Angehörigen der tschechischen KP-Sektion nicht mitgerechnet – im Oktober 1941 bzw. im April/Mai 1942 nach bisherigem Kenntnisstand mindestens 50 Verhaftungen nach sich. Gabler kam nach dem Abschluss der Untersuchungen ins Konzentrations-

<sup>79</sup> Ebenda, Vorführungsnote Margarete Brzobohaty, 25. 4. 1942; Gestapo-Schlussbericht betr. Margarete Brzobohaty, 6. 4. 1943.

ger Mauthausen. Im Februar 1944 war die Anklage des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof fertiggestellt, im Original der Anklageschrift findet sich, mit unleserlicher Unterschrift, der handschriftliche Randvermerk: „Gabler hat am 30. 3. 44 die Anklageschrift durchgelesen. Anträge der Verteidigung kommen nicht in Frage.“<sup>80</sup> Vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt, wurde er am 7. Juni 1944 im Wiener Landesgericht durch Enthaupten hingerichtet. Kornweitz wurde als Jude nicht vor Gericht gestellt, sondern 1944 im KZ Mauthausen ermordet.<sup>81</sup> Dasselbe Schicksal erlitt ein ganz am Rande beteiligter Bekannter Brzobohatys, gegen den gar keine Untersuchung stattfand. Hier umschrieb das Kommunismus-Referat der Wiener Gestapo die Deportation ins Vernichtungslager mit dem lapidaren Satz: „Wilhelm Israel Janowitz erscheint am 5. 10. 1942 nach Minsk abgemeldet“.<sup>82</sup>

Eine Reihe von WiderstandskämpferInnen endete wie Gabler unter dem Fallbeil, etwa Michael Bernhardt, Leopoldine Kowarik, Friedrich Hedrich, Hermine Zaynard, Leopold Zaynard, Leopold Schmidt und Franz Strohmmer.

---

<sup>80</sup> BA, VGH 4.200/Bd.2, 6 (7) J 518/43, Anklageschrift Leo Gabler, 16. 2. 1944.

<sup>81</sup> DÖW, Gestapo-Opfer-Datenbank.

<sup>82</sup> BA; Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, ZB II, 43, Staatspolizeileitstelle Wien, IV A 1, Aktenvermerk, 4. 1. 1943.

---

WOLFGANG FORM / URSULA SCHWARZ

## DIE TAGESRAPPORTE DER GESTAPO-LEITSTELLE WIEN

Die Tagesrapporte der Gestapo-Leitstelle Wien liegen von Anfang September 1938 bis zum Ende des NS-Regimes in Wien 1945, wenngleich nicht durchgehend, vor. Die Berichterstattung lokaler Dienststellen an die Zentralbehörden in Berlin war Teil des NS-Verfolgungssystems.<sup>1</sup> Bereits lange vor dem „Anschluss“ Österreichs im März 1938 informierten die Gestapo-Leitstellen die Berliner Zentrale der politischen Polizei. Mit Wirkung vom 1. Juni 1934 mussten die Gestapo-Leitstellen im gesamten Deutschen Reich Berichte über alle politischen Vorkommnisse der vorangegangenen 24 Stunden nach Berlin schicken, um die einheitliche Berichterstattung und, wie es hieß, die „Bekämpfung aller staatsfeindlichen und oppositionellen Bewegungen zu gewährleisten“<sup>2</sup>. Die Informationen sollten die Stimmung, die politische Lage und die Sicherheitsverhältnisse in den Bezirken, die den Gestapo-Leitstellen zugeordnet waren, charakterisieren.<sup>3</sup> Zunächst wurde täglich Bericht erstattet. Dies galt jedoch für die Tagesrapporte der Gestapo-Leitstelle Wien nicht mehr durchgängig. Bereits im Oktober 1938 waren die Intervalle länger.<sup>4</sup>

Mit dem preußischen Gesetz zur Errichtung des Geheimen Staatspolizeiamtes<sup>5</sup> von 1933 wurde das Gestapo als eigene Behörde geschaffen. Durch

---

<sup>1</sup> Dazu zählen neben den Tagesrapporten u. a. die so genannten „Meldungen aus dem Reich“ (Meldungen aus dem Reich 1938–1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, hrsg. v. Heinz Boberach, Bd. 1–17, Herrsching 1984) und die Lageberichte der Justiz (zu Österreich vgl. Wolfgang Form / Oliver Uthe [Hrsg.], NS-Justiz in Österreich. Lage- und Reiseberichte 1938–1945, Wien 2004).

<sup>2</sup> Schreiben des Justizinspektors der Geheimen Staatspolizei vom 24. Mai 1934 an die Leiter sämtlicher Staatspolizeistellen. Bundesarchiv Berlin (BAB) Best. R 58/243, Bl. 1.

<sup>3</sup> Schreiben des Justizinspektors der Geheimen Staatspolizei vom 7. Juni 1934 an die Leiter sämtlicher Staatspolizeistellen. BAB Best. R 58/243, Bl. 4.

<sup>4</sup> Im September 1938 wurden 26 Tagesrapporte ausgefertigt. Von Oktober 1938 bis Juli 1942 waren es regelmäßig 12 bis 13, vom August 1942 bis März 1944 waren es acht bis neun und ab April 1944 bis Kriegsende Wochenrapporte.

<sup>5</sup> Gesetz über die Errichtung des Geheimen Staatspolizeiamts vom 26. April 1933, Preußische Gesetzsammlung, S. 122; Michael Hensle, Die Verrechtlichung des Unrechts. Der legalis-

das zweite Gestapo-Gesetz wurde die Gestapo ein eigener Zweig der Inneren Verwaltung und direkt dem preußischen Ministerpräsidenten – Hermann Göring – unterstellt.<sup>6</sup> In den darauf folgenden Monaten entbrannte ein NS-interner Machtkampf um die Führung der politischen Polizei, den der Reichsführer SS Heinrich Himmler für sich gewinnen konnte.<sup>7</sup>

Das dritte preußische Gestapo-Gesetz regelte schließlich die rechtliche Absicherung und die organisatorische Konsolidierung.<sup>8</sup> Schließlich wurde Heinrich Himmler per Führererlass vom 17. Juni 1936 (siehe Faksimile) zum Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern ernannt.<sup>9</sup>

„1. Zur einheitlichen Zusammenfassung der polizeilichen Aufgaben im Reich wird ein Chef der deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern eingesetzt, dem zugleich die Leitung und Bearbeitung aller Polizeiangelegenheiten im Geschäftsbereich des Reichs- und preußischen Ministeriums des Innern übertragen wird.

2. Zum Chef der deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern wird der stellvertretende Chef der Geheimen Staatspolizei Preußens Reichsführer SS. Heinrich Himmler ernannt. Er ist dem Reichs- und preußischen Minister des Innern persönlich und unmittelbar unterstellt. Er vertritt für seinen Geschäftsbereich den Reichs- und preußischen Minister des Innern in dessen Abwesenheit. Er führt die Dienstbezeichnung: Der Reichsführer SS. und Chef der deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern.

**Hessische Rundschau vom 18. Juni 1936**

---

tische Rahmen der nationalsozialistischen Verfolgung, in: Wolfgang Benz / Barbara Distel (Hrsg.), Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Bd. 1: Die Organisation des Terrors, München 2005, S. 82.

<sup>6</sup> Gesetz über die Geheime Staatspolizei vom 30. November 1933, Preußische Gesetzsammlung, S. 413; Hensle, Die Verrechtlichung des Unrechts, S. 82.

<sup>7</sup> Zur Geschichte der Gestapo vgl. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt in der Wilhelm- und Prinz-Albert-Straße. Eine Dokumentation, hrsg. v. Stiftung Topographie des Terrors, Berlin 2010.

<sup>8</sup> Gesetz über die Geheime Staatspolizei vom 10. Februar 1936, Preußische Gesetzsammlung, S. 21; Hensle, Die Verrechtlichung des Unrechts, S. 82.

<sup>9</sup> Im September 1939 wurde durch die Zusammenlegung von Sicherheitspolizei (Gestapo und Kripo) und Sicherheitsdienst (SD) das Gestapa als Amt IV Teil des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA).

Die primäre Aufgabe der Gestapo – als politische Polizei – war es, den polizeilichen Schutz des Staates, also des NS-Regimes, die Ausforschung und Bekämpfung aller staatsfeindlichen Bestrebungen, also alle nicht NS-konformen politischen Aktionen, sowie die Ermittlung von politischen Ansichten der Bevölkerung zu gewährleisten.<sup>10</sup> „Der Liberalismus jedoch beschränkte das Amt der Polizei wesentlich auf dasjenige Mindestmaß an Zwang, das zur Aufrechterhaltung der Freiheit und Sicherheit eines jeden Staatsbürgers erforderlich ist. [...] Der Nationalsozialismus hat mit der liberalen Freiheitsideologie auch dem materiellen Polizeibegriff des liberalen ‚Staates‘ die praktische Bedeutung genommen. Die Eingriffe in die persönliche Freiheit – wie sie etwa in der Schutzhaft ihre schärfste Ausprägung erfahren – können nicht lediglich als Ausnahmerecht für Ausnahmezeiten begriffen werden. Sie offenbaren vielmehr eine neue Substanz der Institute, und zwar sowohl für eine neue Substanz der persönlichen Freiheit und des Eigentums, als auch eine neue Substanz des Polizeibegriffs. [...] Freiheit und Eigentum haben nur noch soweit Bestand, als sie den vom Führer herausgestellten Belangen der Nation dienen. Der Gegensatz von Staat und staatsfreier Gesellschaft, von Politik und unpolitischer, daher unverantwortlicher und unkontrollierter Privatsphäre – wie Carl Schmitt es gezeigt hat<sup>11</sup> – aufgehoben.“<sup>12</sup> Diesem Grundsatz folgend war die Gestapo mehr als eine neue Abteilung der Polizei. Ihre Aufgaben waren nicht nur auf Friedenszeiten ausgelegt, wie eine Dienstanweisung von 1934 zeigt: „Im Kriegsfall ist die Politische Polizei praktisch ein Organ der Wehrmacht. Aufgabe ist also dann die polizeiliche Bekämpfung aller Staatsfeinde von innen und außen.“<sup>13</sup> Für den Chef der Gestapo Reinhard Heydrich<sup>14</sup> war klar, dass die Sicherung des NS-Regimes maßgeblich, wenn nicht sogar hauptsächlich davon abhing,

---

<sup>10</sup> Organisation der Geheimen Staatspolizei. Undatierte Zusammenfassung über deren Aufgaben und Ziele (wohl aus dem Sommer 1934). BAB Best. R 58/243, Bl. 13.

<sup>11</sup> Carl Schmitt, Staat, Bewegung und Volk. Die Dreigliederung der politischen Einheit, Hamburg 1933, S. 23 ff.

<sup>12</sup> Walter Hamel, Die Polizei im nationalsozialistischen Staat, in: Deutsche Juristen-Zeitung, H. 6, 1935, S. 326–331, hier 326 f. Vgl. auch Werner Best, Die Geheime Staatspolizei, in: Deutsches Recht 1936, S. 125 ff.

<sup>13</sup> Gemeinsame Dienstanweisung für den SD und die Gestapo. BAB Best. R 58/243, Bl. 15. Siehe auch Gerhard Paul / Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.), Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. ‚Heimatfront‘ und besetztes Europa, Darmstadt 2000.

<sup>14</sup> Reinhard Heydrich, 7. März 1904 bis 4 Juni 1942, SS-Obergruppenführer und General der Polizei, Leiter des Reichssicherheitshauptamts und Stellvertretender Reichsprotektor von Böhmen und Mähren.

die politische Opposition, die „Staatsfeinde“, dauerhaft auszuschalten. Er schreibt dazu: „Im Kriege ist nicht die Zahl der gewonnenen Schlachten, sondern der Ausgang des Krieges entscheidend.“<sup>15</sup>

Wie dringend dem NS-Regime die Informationen aus den Tagesrapporten der Gestapo-Leitstellen<sup>16</sup> waren, erschließt sich aus der Anordnung, dass sie per Eilsendung am nachfolgenden Tag um 10 Uhr morgens in Berlin eingetroffen sein mussten. Dafür wurde eigens eine Postadresse am Hauptsitz der Gestapo eingerichtet: Berlin, Prinz Albertstr. 8 – Zimmer 333. Zunächst sollten die Tagesberichte, die Benennung Tagesrapporte wurde erst später gebräuchlich, drei Rubriken aufweisen:

1. Festnahmen: Anzuführen waren die Personalien der festgenommenen Personen mit Vor- und Zuname, Beruf, Geburts- und Wohnort sowie der Grund der Festnahme).
2. Schutzhaft: Angaben wie zuvor, jedoch unter Angabe des Schutzhaftgrundes – allerdings wurde bereits nach einer Woche, am 7. Juni 1934, diese Rubrik zunächst wieder aus der allgemeinen Verfügung herausgenommen. Die Inschutzhaftnahmen sollten unverzüglich nach Berlin gemeldet werden.<sup>17</sup>
3. Besonderes: Es sollten all jene Nachrichten aufgeführt werden, die entweder in eigener Zuständigkeit oder von anderen Stellen gemeldet wurden und „allgemeines Interesse erheischen“.<sup>18</sup>

Wichtig waren auch Rückmeldungen über bereits gemeldete Ereignisse, wie zum Beispiel der Abschluss oder Zwischenstände von Ermittlungen. Bereits seit Beginn der Rapporte sollte über Presseberichterstattungen, auch in ausländischen Zeitungen informiert werden. Besondere Ereignisse wurden direkt nach Berlin übermittelt, selbst wenn sie für die Berichterstattung des kommenden Tages vorgesehen waren.

Der Reichsinnenminister, Wilhelm Frick<sup>19</sup>, unterstrich in einem geheimen Schnellbrief vom Juli 1934 die Wichtigkeit der Tagesrapporte. Sie seien

---

<sup>15</sup> Reinhard Heydrich, Die Bekämpfung der Staatsfeinde, in: Deutsches Recht 1936, S. 121.

<sup>16</sup> Alleine in Preußen gab es 1936 35 Gestapo-Leitstellen, je eine für jeden Regierungsbezirk. Übersicht in BAB Best. R 58/243, Bl. 112.

<sup>17</sup> Schreiben des Justizinspektors der Geheimen Staatspolizei vom 24. Mai 1934 an die Leiter sämtlicher Staatspolizeistellen. Bundesarchiv Berlin (BAB) Best. R 58/243, Bl. 1.

<sup>18</sup> Ebenda, Bl. 2.

<sup>19</sup> Wilhelm Frick, 12. März 1877 bis 16. Oktober 1946, Reichsinnenminister 1933 bis 20. August 1943.

für „die Gestaltung der innenpolitischen Lage, für deren Beobachtung und Beurteilung das Reichsministerium des Inneren als Oberste Reichsbehörde dem Reichkanzler wie der gesamten Reichsregierung verantwortlich ist“,<sup>20</sup> unabdingbar. Zentrale NS-Dienststellen wollten zudem über politische Vorkommnisse nicht erst durch die ausländische Presse informiert werden, sondern umgehend und sofort.

1933/34 gab es in Deutschland durchaus noch Koordinationsprobleme zwischen den zentralen Dienststellen und den Verwaltungen vor Ort, denn bis zur so genannten Verreichlichung,<sup>21</sup> der Aufhebung der föderalen Struktur in Deutschland, lagen wichtige innenpolitische Aufgaben in den Händen der Länder (vor allem Polizei und Justiz). Auch vor diesem Hintergrund ist es zu verstehen, dass neue und effektivere Informationstransfers geschaffen werden sollten. Hierzu gehörten auch die turnusmäßig zu erstellenden Lageberichte aus der Justiz.<sup>22</sup>

Für Österreich liegen nunmehr – zum ersten Mal für eine gesamte Gestapo-Leitstelle<sup>23</sup> – alle erhalten gebliebenen Tagesrapporte ediert vor. Im Internetportal Deutsche Geschichte Online können sie in vielen Bibliotheken im deutschsprachigen Raum und darüber hinaus eingesehen werden.<sup>24</sup> Mit den bereits in Buchform erschienenen Lageberichten aus der Justiz<sup>25</sup> sowie den publizierten Verfahren vor dem Volksgerichtshof und den Oberlandes-

---

<sup>20</sup> Geheimer Schnellbrief vom 7. Juli 1934. BAB Best. R 58/243, Bl. 5 (S. 1).

<sup>21</sup> Gesetz über den Neubau des Reichs vom 30. Jänner 1934. RGBI I (1934), S. 75.

<sup>22</sup> Für Österreich liegen die erhalten gebliebenen Lageberichte als Edition vor. Wolfgang Form / Oliver Uthe, NS-Justiz in Österreich. Für Deutschland vgl. u. a. Thomas Klein, Die Lageberichte der Justiz aus Hessen 1940–1945, Darmstadt–Marburg 1999. Darin ist auch eine sehr gute Übersicht über die Lageberichterstattung der Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte von Heinz Boberach (S. IX ff.). Zum ersten Mal wurden Lageberichte zum 10. August 1934 gefertigt. BAB Best. R 58/243, Bl. 6.

<sup>23</sup> Im Juni 1938 gab es in Österreich nur eine Gestapo-Leitstelle (Wien) und in Graz, Eisenstadt, Innsbruck, Klagenfurt, Linz und Salzburg Staatspolizeistellen. Vgl. Verteiler des Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichministerium des Inneren vom 23. Juni 1938. BAB Best. R 58/243, Bl. 193.

<sup>24</sup> Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert Online – Tagesrapporte der Gestapoleitstelle Wien 1938–1945, hrsg. v. Brigitte Bailer u. Wolfgang Form, in Zusammenarbeit mit dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), Wien, und dem Forschungs- und Dokumentationszentrum Kriegsverbrecherprozesse an der Philipps-Universität Marburg, München 2009.

<sup>25</sup> Form / Uthe, NS-Justiz in Österreich.

gerichteten Wien und Graz<sup>26</sup> ergeben sich bislang einmalige Einblicke in die Verfolungsstrukturen des NS-Regimes in Österreich.

Die dargestellten Regelungen für die Rapportierung an die Gestapozentrale in Berlin galten nach dem 13. März 1938 auch für das nunmehr „angeschlossene“ Österreich.<sup>27</sup> Die Gestapo-Leitstelle Wien<sup>28</sup> wurde umgehend nach dem „Anschluss“ Österreichs, am 18. März 1938,<sup>29</sup> errichtet und im beschlagnahmten Hotel Metropol (1. Bezirk, Morzinplatz am Franz-Josefs-Kai) eingerichtet.<sup>30</sup> Zuständig war die Wiener Dienststelle der Gestapo für den Raum Groß-Wien sowie für Niederösterreich, einen Teil des heutigen Burgenlands und das später hinzugekommene Südmähren. Die Gestapo-Leitstelle Wien unterhielt Außenstellen in Wiener Neustadt, St. Pölten und Znaim; ihr unterstand auch die Grenzpolizei.<sup>31</sup> Sie war 1942 nicht nur die größte Gestapo-Leitstelle im Großdeutschen Reich, sondern war wohl auch personell mit über 900 Bediensteten eine der am besten ausgestatteten.<sup>32</sup>

---

<sup>26</sup> Wolfgang Form / Wolfgang Neugebauer / Theo Schiller (Hrsg.), NS-Justiz und politische Verfolgung in Österreich 1938–1945. Analysen zu den Verfahren vor dem Volksgerichtshof und dem Oberlandesgericht Wien, München 2006. Dies. (Hrsg.), Widerstand und Verfolgung in Österreich 1938 bis 1945. Die Verfahren vor dem Volksgerichtshof und den Oberlandesgerichten Wien und Graz. Erschließungsband zur Mikrofiche-Edition, München 2005. Dies. (Hrsg.), Mikrofiche-Edition: Widerstand und Verfolgung in Österreich 1938 bis 1945. Die Verfahren vor dem Volksgerichtshof und den Oberlandesgerichten Wien und Graz, München 2005.

<sup>27</sup> Siehe hierzu den Sammelband Emmerich Tálos / Ernst Hanisch / Wolfgang Neugebauer / Reinhard Sieder (Hrsg.), NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Wien 2000, S. 26–54, 55–72. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), „Anschluss“ 1938. Eine Dokumentation, Wien 1988. Franz Weiß, Die Geheime Staatspolizei. Staatspolizeistelle Wien 1938–1945. Organisation, Arbeitsweise und personale Belange, Diss., Univ. Wien 1991.

<sup>28</sup> Vgl. hierzu Brigitte Bailer, Gestapo-Leitstelle Wien, in: Bailer / Form (Hrsg.), Tagesrapporte der Gestapoleitstelle Wien. Siehe auch Thomas Mang, „Gestapo-Leitstelle Wien – Mein Name ist Huber“. Wer trug die lokale Verantwortung für den Mord an den Juden Wiens?, Münster 2003.

<sup>29</sup> Wolfgang Neugebauer, Der NS-Terrorapparat, in: Tálos / Hanisch / Neugebauer / Sieder (Hrsg.), NS-Herrschaft in Österreich, S. 721–743, hier 728. Helfried Pfeifer, Die Ostmark – Eingliederung und Neugestaltung, Wien 1941, S. 262.

<sup>30</sup> Das Hotel Metropol wurde 1945 durch Bombentreffer zerstört. Heute erinnern eine vom DÖW betreute Gedenkstätte im Leopold-Figl-Hof, der aktuellen Bebauung, sowie ein Gedenkstein am heutigen Morzinplatz an den Sitz der Gestapo in Wien.

<sup>31</sup> Vgl. Bailer, Gestapo-Leitstelle Wien.

<sup>32</sup> Neugebauer, Der NS-Terrorapparat, S. 730.

Die Arbeit der Wiener Gestapo unterschied sich formal nicht grundsätzlich von den anderen NS-Unterdrückungszentralen im Deutschen Reich.<sup>33</sup> Nimmt man jedoch die Spruchfähigkeit der politischen NS-Justiz als Vergleich,<sup>34</sup> so liegt der Schuss nahe, dass die okkupierten und angeschlossenen Territorien einer besonderen staatlichen Aufsicht unterlagen. So sind auffallend viele Österreicherinnen und Österreicher vor dem Volksgerichtshof und den politischen Senaten des Oberlandesgerichts in Wien angeklagt worden.<sup>35</sup> Viele dieser Opfer der NS-Justiz finden sich in den Tagesrapporten wieder. Die Frage, warum nicht alle Opfer der NS-Justiz in den Tagesrapporten genannt sind, würde weitergehender Forschungen bedürfen.

Mit Beginn des Kriegs reorganisierte und intensivierte das NS-Regime die Observation<sup>36</sup> der eigenen Bevölkerung – was auch für Österreich galt. Bereits im Juni 1939 gab es neue Anweisungen für die Ausfertigung der Tagesrapporte. So sollten sie u. a. knapper gehalten sein und vor allem über kommunistische und marxistische Bewegungen im Lande berichten, zudem musste nicht mehr an jedem Werktag ein Bericht abgeliefert werden. Allerdings schien die Arbeit der Gestapo-Leitstellen nicht in allen Fällen als optimal eingeschätzt worden zu sein. Eine Woche nach Beginn des Zweiten Weltkrieges sandte Heydrich eine geheime Anweisung auch an die Gestapo-Leitstelle Wien, wonach auf eine sorgfältige und dennoch schnelle Berichterstattung gedrungen wurde, die nunmehr unbedingt auch das politische Vorleben und den Familienstand der Behandelten umfassen sollte.<sup>37</sup>

---

<sup>33</sup> Einen Überblick zur Verwaltungsstruktur der Gestapo-Leitstelle Wien gibt Bailer, Gestapo-Leitstelle Wien. Vgl. auch Mang, „Gestapo-Leitstelle Wien – Mein Name ist Huber“, S. 12 ff.

<sup>34</sup> Das Oberlandesgericht in Wien erließ während der NS-Zeit mindestens 1988 Urteile gegen 4163 Männer und Frauen und vor dem Volksgerichtshof sind nicht weniger als 2137 Personen angeklagt worden. Vgl. Wolfgang Form, Politische Strafjustiz in Österreich 1938 bis 1945. Die Verfahren vor dem Volksgerichtshof und den Oberlandesgerichten Wien und Graz, in: Jahrbuch 2006, hrsg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 2006, S. 170–185, hier 174 ff.

<sup>35</sup> Vgl. Wolfgang Form, Politische Strafjustiz in Österreich und Deutschland. Ein Projektbericht, in: Jahrbuch 2001, hrsg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 2001, S. 13–34, hier 24 ff.

<sup>36</sup> Dazu gehörte auch die Arbeit des Sicherheitsdienstes der SS (SD). Siehe hierzu die schon erwähnte Edition von Boberach, Meldungen aus dem Reich 1938–1945.

<sup>37</sup> Schreiben an alle Staatspolizei-Leitstellen vom 7. September 1939. Bab Best. R 58/243, Bl. 209.

Der erste überlieferte Tagesrapport für die Gestapo-Leitstelle Wien datiert auf den 2. September 1938. Bis zum Ende des NS-Regimes wurden aus Wien etwa 820 Berichte an die Zentrale in Berlin versandt. Für die Edition konnten 747 Tagesrapporte ausgewertet werden. Die größten Lücken finden sich von August bis Oktober 1939, November und Dezember 1940, gegen Ende 1941 und zwischen Juli und November 1944. Die Rapporte weisen eine, nicht immer gleich bleibende, Binnengliederung auf. Es finden sich regelmäßig Hinweise zu folgenden Rubriken:

- Linke Opposition
- KPÖ
- Andere marxistische Gruppen
- Katholische Bewegung / Politischer Katholizismus
- NSDAP und Gliederungen
- Nationale Opposition
- Vaterländische Front
- Opposition (Ziviler Ungehorsam, Äußerungsdelikte)
- Abhören ausländischer Rundfunksendungen
- Juden
- Homosexuelle
- Presse
- Sekten
- Wirtschaftsfragen
- Sonstiges
- Zwangsarbeit (Verbotene Kontakte)
- Polen („Wanderarbeiter“)

Die Tagesrapporte wurden für die Online-Ausgabe nach dieser Einteilung systematisiert und alle verwertbaren Daten der über 17.000 Einzelnennungen von von der Gestapo verhafteten oder überwachten Männern und Frauen (etwa 20 %) erhoben – darunter fallen persönliche Daten wie Name, Geburtsname und -datum sowie in aller Regel die Wohnorte. Wenn Hinweise auf rassistische Verfolgung gefunden wurden, ist dies ebenfalls vermerkt (z. B. Jüdin oder Jude). Oftmals sind neben den persönlichen Angaben und Angaben zur Verhaftung auch zusätzliche Informationen zu Strafen und Nebenstrafen angeführt.

Bei der ältesten beamtshandelten Person handelte es sich um die Jüdin Charlotte Müller (geb. am 11. Mai 1855). Sie hatte am 15. Januar 1941 in ih-

rer Wiener Wohnung im IX. Wiener Gemeindebezirk in der Mariannengasse 32 Selbstmord verübt (Faksimile unten).

- 4 -

wegen Verbrechens nach § 3 der VO. zur Ergänzung der Strafvorschriften zum Schutze der Wehrkraft des Deutschen Volkes vom 25.11.1939 verurteilt.

-----  
Otto N o v a k, geb.am 25.11.1901  
in Wien, DR., kfl.; verh., Wien X.,  
Ettenreichgasse Nr.4 wh.,

wurde am 31.1.1941 vom Verbrechen nach § 3 der vorzitierten VO. freigesprochen.

-----  
Juden:

Am 15.1.1941 haben die Juden

Dr. med. Heinrich Israel J o s e p h,  
Universitätsprofessor i.P., geb.am  
27.2.1875 in Gablonz, DR., kath., verh.,  
dessen Gattin

Edith Sara J o s e p h geb.Müller,  
geb.am 23.4.1879 in Wien  
und dessen Schwiegermutter

Charlotte Sara M ü l l e r,  
geb.am 11.5.1855 in Tarnopol,

in der gemeinsamen Wohnung in Wien IX., Mariannengasse Nr.32 Selbstmord verübt. Dr. J o s e p h hinterliess einen Brief an die Polizei, in dem er als Motiv die "Judenumsiedlungsaktion" und die vom N.S.Staat gegen die Juden getroffenen Massnahmen angibt.

Als Erben hat er USA-Bürger, deren Namen er nicht anführt, bestimmt. Das amerikanische Generalkonsulat hat er unter gleichzeitiger Bekanntgabe des Selbstmordmotives von seiner Bestimmung verständigt.

Der Jude Dr. Heinrich Israel J o s e p h war Anhänger der ehem. österr. sozialdemokratischen Partei und hat bereits vor dem Jahre 1934 dem Vorstand des "Vereines Volkshochschule" der von der soz.dem. Partei tiefgreifend beeinflusst war, angehört.

./.

Das jüngste Gestapoopfer, Johann Zawila soll bei seiner „Verhaftung“ erst 2 Wochen alt gewesen sein, wobei es sich aber offenbar um einen Schreibfehler handelte (Faksimile unten). Der wohl sicherste Hinweis auf die jüngste in den Tagesrapporten genannte Person betrifft Peter Kornmehl. Am 29. August 1937 geboren war er im Oktober 1942 fünf Jahre alt, als er gemeinsam mit seiner Mutter Klara Kornmehl vom Grenzpolizeikommissariat Eisenstadt festgenommen wurde. Seine Mutter hatte versucht über die ungarische Grenze zu flüchten, um der drohenden Deportation zu entgehen. Sie wurde gemeinsam mit ihrem Sohn von der ungarischen Polizei zurückgewiesen.<sup>38</sup> (Faksimile S. 219) Klara Kornmehl wurde gemeinsam mit ihrem Sohn am 5. Jänner 1943 nach Theresienstadt deportiert. Von dort wurden beide am 18. Mai 1944 nach Auschwitz verbracht und ermordet.<sup>39</sup>

Polnische Landarbeiter:

Wegen eigenmächtigen Verlassens des Arbeitsplatzes wurden  
nachstehende polnische Landarbeiter festgenommen:

Wojciech O z o g , am 21.6.1901 ..  
in Nedadowka, Kreis Kolbuczowa geb.,

Wladislaw J a s i n s k i , am  
5.7.1907 in Boreslav geb.,

Maria S t o r z e o , am 11.7.1906  
in Schukowice geb.,

Jadwiga O l p i n s k a am 24.11.1922  
in Tarnow geb.,

Johann Z a w i l a , am 21.6.1940 in  
Javosreuzcach geb.

#### Tagesrapport Nr. 2 vom 4.–5. Juli 1940, S. 4

In den Tagesrapporten kann nach verschiedenen Parametern recherchiert werden, unter anderem auch nach Gruppenzugehörigkeiten. Wie bereits vorher beschrieben ist die Gruppeneinteilung durch die Gestapo nicht durchgängig gleich. So werden etwa die Spanienkämpfer der Internationalen Brigaden einmal als „Rotspanienkämpfer“, ein anderes Mal unter „kommunistischer Betätigung“ geführt. Im Folgenden werden einige Gruppen exemplarisch dargestellt.

---

<sup>38</sup> Tagesrapport Nr. 7 vom 20.–22. Oktober 1942, S. 7.

<sup>39</sup> Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer, [www.doew.at/ausstellung/shoahopferdb.html](http://www.doew.at/ausstellung/shoahopferdb.html) (Zugriff 13. 12. 2010).

Anna R a t h, geb. Karner,  
12.6.1909 Krieglach geb., DRA., verh.,  
Siebentagsadventistin,  
in Dunkelstein Nr. 65 wh.,  
festgenommen.

Die Ermittlungen dauern an.

zu 7): J u d e n:

Vom Grenzpolizeikommissariat Eisenstadt wurden  
folgende Juden festgenommen:

Klara Sara K o r n m e h l,  
2.5.1907 Budapest geb., DRA.,  
ihr Sohn Peter Israel K o r n m e h l,  
29.8.1937 geb., DRA.,  
beide in Wien, II., Roten-Stern-gasse 11 whg.,  
Bërta Sara R e i n i n g e r,  
8.4.1867 Mattersburg geb.,  
DRA., Wien, II., Roten-Stern-g. 15 whg.

Die Genannten hatten, um sich der Evakuierung zu  
entziehen, die deutsche-ungarische Grenze illegal über-  
schritten und sind von der ungarischen Polizei zurückgo-  
wiesen worden. Sie wurden dem jüdischen Sammellager zur  
Umsiedlung zugeführt.

Am 15.10.1942 wurde der Jude  
Erich Israel C o h n,  
Hilfsarbeiter,  
26.4.1895 Halberstadt geb.,  
DRA., ev., AB., gesch.,  
Wien, XX., Bäuerlogasse 29/34 wh.,  
wegen fortgesetzter Überschreitung der Ausgehzeit für  
Juden festgenommen. Gegen Cohn wird Schutzhaft beantragt.

Am 21.10.1942 wurde der Jude  
Hugo Israel S c h a t z,  
Steindrucker,  
2.1.1879 Budapest geb., DRA., mos., verh.,  
Wien, II., Flossgasse 9 wh.,

./.

## Linke Opposition

Die Verhaftungsaktionen der Gestapo wegen kommunistischer Betätigung ziehen sich durch alle Gestapo-Tagesrapporte. Exemplarisch dafür wird die Verhaftungswelle gegen die KP-Gruppe im Betrieb „Stadlauer Lederindustrie Budischofsky-Konrath-Zeller“ in Wien-Floridsdorf dargestellt.

Am 10. Jänner 1941 wird der Gerber Karl Josef Zimmermann von der Gestapo verhaftet. Ihm wird vorgeworfen, dass er „3 Stück der kommunistischen Schrift ‚Revolution‘, Folge Jänner 1941, in seinem Besitz“<sup>40</sup> gehabt hätte, was dieser auch zugab.



**Erkennungsdienstliche Aufnahme der Gestapo Wien  
von Karl Zimmermann, Jänner 1941**

Foto: Wiener Stadt- und Landesarchiv

Laut Tagesrapport<sup>41</sup> gab Zimmermann an, dass er die Schriften von Alfred Goldhammer<sup>42</sup> und Franz Pejchal erhalten hätte, die beide daraufhin ebenfalls noch am 10. Jänner 1941 festgenommen wurden. Goldhammer, der der „KPÖ seit Mai oder Juni 1940“<sup>43</sup> als Mitglied angehörte, gab an, die Flugschriften von einem „Max“ erhalten zu haben. „Max“ war der Deck-

---

<sup>40</sup> Tagesrapport Nr. 4 vom 10.–12. Jänner 1941, S. 1.

<sup>41</sup> Ebenda.

<sup>42</sup> Das Todesurteil des Volksgerichtshofes gegen Goldhammer wird im Tagesrapport Nr. 1 vom 1.–3. September 1942, S. 2, genannt.

<sup>43</sup> Tagesrapport Nr. 4 vom 10.–12. Jänner 1941, S. 1.

name für Anton Max Schädler<sup>44</sup>, der ausgeforscht und ebenfalls am 10. Jänner 1941 festgenommen wurde. Schädler, der laut Gestapo „nach längerem Leugnen“<sup>45</sup> ein Geständnis ablegte, gab schließlich zu, von 1935 bis Anfang 1938 bei der KPÖ mitgearbeitet und 1939 seine Tätigkeit wieder aufgenommen zu haben. Bei den anschließenden Hausdurchsuchungen bei den Beschuldigten seien jedoch keine verdächtigen Flugschriften gefunden worden.<sup>46</sup> Bereits wenige Tage später wurden Josef Parteis<sup>47</sup> sowie Robert und Adolfine Mikes<sup>48</sup> und am 14. Jänner 1941 vier Zellenleiter, die Anton Max Schädler unterstellt gewesen waren, verhaftet.<sup>49</sup> Durch weitere Ermittlungen seitens der Gestapo ergab sich, dass Robert Mikes Verbindungsmann zwischen Max Schädler und einem Mann namens „Weber“ gewesen sei. „Weber“ wurde als Matthias Pista identifiziert und am 20. Jänner 1941 verhaftet.<sup>50</sup> Die Verhaftung von Matthias Pista zog weitere Verhaftungen, unter anderen die von Antonie und Josef Mück, nach sich.<sup>51</sup>

## Katholische Bewegung / Politischer Katholizismus

In den Tagesrapporten spiegeln sich auch die Verhaftungswellen gegen die Mitglieder der „Freiheitsbewegung Österreich“<sup>52</sup> unter der Führung von Karl Roman Scholz, der „Großösterreichischen Freiheitsbewegung“<sup>53</sup> unter Jakob

---

<sup>44</sup> Das Todesurteil des Volksgerichtshofes gegen Schädler wird im Tagesrapport Nr. 1 vom 1.–3. September 1942, S. 2, genannt.

<sup>45</sup> Tagesrapport Nr. 4 vom 10.–12. Jänner 1941, S. 2.

<sup>46</sup> Ebenda, S. 2.

<sup>47</sup> Tagesrapport Nr. 6 vom 15.–16. Jänner 1941, S. 1; der Name Parteis wird im Tagesrapport Nr. 8 vom 20.–21. Jänner 1941, S. 2, in Barteis korrigiert.

<sup>48</sup> Tagesrapport Nr. 6 vom 15.–16. Jänner 1941, S. 1.

<sup>49</sup> Ebenda, S. 2 f.

<sup>50</sup> Tagesrapport Nr. 8 vom 20.–21. Jänner 1941, S. 1 f.; das Todesurteil gegen Matthias Pista und andere wurde im Tagesrapport Nr. 9 vom 27.–30. November 1942, S. 3, genannt.

<sup>51</sup> Tagesrapport Nr. 9 vom 22.–23. Jänner 1941, S. 1 f.; Tagesrapport Nr. 8 vom 17.–18. Februar 1941, S. 1 f.; Tagesrapport Nr. 2 vom 4.–5. Februar 1942, S. 4 ff. Die Todesurteile gegen einige Personen der Gruppe u. a. Max Schädler und Antonie Mück wurden im Tagesrapport Nr. 1 vom 1.–3. September 1942, S. 2, genannt.

<sup>52</sup> Wolfgang Neugebauer, *Der österreichische Widerstand 1938–1945*. Wien 2008. S. 135 f.

<sup>53</sup> Ebenda, S. 136 f.

Kastelic und der „Österreichischen Freiheitsbewegung“<sup>54</sup> unter Karl Lederer wider.<sup>55</sup>

Im Tagesrapport Nr. 1 vom August 1940 werden 16 Mitglieder der „Freiheitsbewegung Österreich“, darunter drei Frauen sowie die später zum Tode verurteilten und hingerichteten Roman Karl Scholz, Johann Zimmerl und Hans Georg Heintschel-Heinegg sowie der Pfarrer Ignaz Kühmayer, genannt. „Die Genannten sind geständig, Mitglieder der in Rede stehenden Geheimorganisation, die die Schaffung eines ‚Großösterreichischen‘ Staates im beiläufigen Ausmasse der seinerzeitigen österreichisch-ungarischen Monarchie zum Ziele hatte, gewesen zu sein. Einzelne [...] haben Flugzettel separatistischer Tendenz hergestellt und verbreitet. [...] Von den Angehörigen der Gruppe wurden Besprechungen über die Durchführung von Anschlägen auf wichtige Objekte [...] abgehalten.“<sup>56</sup>

Im selben Tagesrapport wurde die Verhaftung von 21 Mitgliedern der „Großösterreichischen Freiheitsbewegung“, darunter ihr Anführer, der später zum Tode verurteilte und hingerichtete Jakob Kastelic, angezeigt.<sup>57</sup> Ebenso wurde von der Verhaftung von Karl Lederer, dem Kopf der „Österreichischen Freiheitsbewegung“, berichtet, der „eine eigene Geheimorganisation geführt und Fusionsverhandlungen zum Zwecke des Zusammenschlusses mit beiden anderen geführt hatte. [...] Weitere Festnahmen stehen noch bevor.“<sup>58</sup> Im Tagesrapport Nr. 6 vom August 1940 wird die Verhaftung von weiteren 10 Personen der drei Freiheitsbewegungen zwischen dem 26. Juli 1940 und dem 9. August 1940 festgestellt.<sup>59</sup> „Im Zuge der Aktion gegen die in den vorerwähnten Tagesrapporten angeführten staatsfeindlichen Organisationen<sup>60</sup> wurden in der Zeit vom 29. 8. bis 7. 9. 1940 noch nachstehende Personen festgenommen.“<sup>61</sup> In diesem Bericht werden 15 weitere Personen als verhaftet gemeldet. In der Zeit von 8. bis 30. September 1940 wurden weitere 15 Mitglieder, darunter 5 Frauen, der drei Freiheitsbewegungen<sup>62</sup>, und im

---

<sup>54</sup> Ebenda, S. 137 f.

<sup>55</sup> Vgl. Ebenda, S. 133 ff.; Ursula Schwarz, Landesverrat, in: Form / Neugebauer / Schiller (Hrsg.), NS-Justiz und politische Verfolgung in Österreich 1938–1945, S. 281 ff.

<sup>56</sup> Tagesrapport Nr. 1 vom 1.–2. August 1940, S. 3.

<sup>57</sup> Ebenda, S. 5.

<sup>58</sup> Ebenda, S. 6.

<sup>59</sup> Tagesrapport Nr. 6 vom 13.–14. August 1940, S. 1 ff.

<sup>60</sup> Gemeint sind die drei österreichischen Freiheitsbewegungen.

<sup>61</sup> Tagesrapport Nr. 6 vom 12.–23. September 1940, S. 1 f.

<sup>62</sup> Tagesrapport Nr. 1 vom 1.–2. Oktober 1940, S. 2 f.

Oktober und November 1940 wurden weitere 20 Mitglieder der Österreichischen Freiheitsbewegung verhaftet.<sup>63</sup>

Im Tagesbericht Nr. 6 vom Februar 1941 wurden 121 Mitglieder der Freiheitsbewegungen, die sich „hauptsächlich aus Systemkreisen rekrutierten“<sup>64</sup>, als festgenommen, weitere 22 Wehrmachtangehörige wurden ebenfalls als verhaftet und dem Reichskriegsgericht zur Anzeige gebracht gemeldet.<sup>65</sup>

Durch die bisherigen Ermittlungen konnte ferner festgestellt werden, dass sich die Funktionäre dieser reaktionären Bewegung, die sich, gebietlich gesehen, über Wien und Teile von Nieder- und Oberdonau erstreckt hat, bereits auf einen Kreis von ca. 300 weiteren Mitarbeitern und aktiven Mitgliedern stützten. Die Festnahme dieser zum Teil schon ermittelten aber minderbeteiligten Angehörigen der "Österreichischen Freiheitsbewegung" musste vorläufig wegen Schwierigkeiten, in der Unterbringung in geeigneten Gefängnissen unterbleiben. Bemühungen zur Beseitigung dieser Schwierigkeiten sind bereits angebahnt.

#### Tagesrapport Nr. 6 vom 12.–13. Februar 1941, S. 6

Erst in den Tagesrapporten von 1944 wird wieder auf die „österreichischen Freiheitsbewegungen“ Bezug genommen. Hier werden die Urteile gegen die wichtigsten Proponenten der Bewegungen genannt, unter anderem die Todesurteile des Volksgerichtshofes gegen Karl Roman Scholz, Johann Zimmerl und Hans Georg Heintschel-Heinegg, Ignatz Kühmayer, Günther Loch sowie Herbert Christian<sup>66</sup> sowie im Tagesbericht vom März 1944 die Todesurteile des Volksgerichtshofes gegen Jakob Kastelic, Karl Lederer, Rudolf Wallner und Alfred Miegler.<sup>67</sup> Zuletzt kamen die Gruppen der „Österreichischen Freiheitsbewegungen“ im Tagesrapport vom Juli 1944 vor, in dem die vom Volksgerichtshof verhängten zeitlich begrenzten Zuchthaus-

<sup>63</sup> Tagesrapport Nr. 11 vom 24.–25. Oktober 1940, S. 2 f.; Tagesrapport Nr. 12 vom 26.–28. Oktober 1940, S. 4 f.; Tagesrapport Nr. 4 vom 7.–8. November 1940, S. 2 f.

<sup>64</sup> Tagesrapport Nr. 6 vom 12.–13. Februar 1941, S. 3 ff. Gemeint sind Personen, die dem austrofaschistischen Staat (1934–1938) wohlwollend gegenübergestanden waren.

<sup>65</sup> Ebenda, S. 4.

<sup>66</sup> Tagesrapport Nr. 8 vom 25.–29. Februar 1944, S. 2 f.

<sup>67</sup> Tagesrapport Nr. 2 vom 3.–6. März 1944, S. 2 f.

strafen gegen weitere Mitglieder, z. B. Karl Rössel-Majdan sowie Josef und Franz Grad wiedergegeben sind.<sup>68</sup>

## Spanienkämpfer<sup>69</sup>

Im Tagesrapport Nr. 7 vom Juni 1941 wird unter der Rubrik „Rotspanienkämpfer“ berichtet, dass Joseph Stadler, Johann Rührl<sup>70</sup> und Josef Sandraschütz am 14. Juni 1941 von der Stapo Karlsruhe zur hiesigen<sup>71</sup> Dienststelle überstellt worden sind. Ihnen wird vorgeworfen, dass sie auf rotspanischer Seite am Bürgerkrieg teilgenommen haben und nun dem zuständigen Gericht angezeigt werden.<sup>72</sup> In den folgenden Tagesrapporten scheinen sie nicht mehr auf. Die Spanienkämpfer Method Hermann Palas und Eduard Schaller<sup>73</sup> wurden am 30. Jänner 1941 vom Polizeigefängnis Wien der Gestapo Außenstelle Wiener Neustadt überstellt und dort nach ihrer Vernehmung dem Ermittlungsrichter beim Landgericht Wiener Neustadt wegen Vorbereitung zum Hochverrat zur Anzeige gebracht.<sup>74</sup> Palas wurde nach Einstellung des gerichtlichen Verfahrens und Aufhebung des Haftbefehls am 12. April 1941 zur Gestapo-Außenstelle Wiener Neustadt rücküberstellt.<sup>75</sup>

Der am 8. August 1940 zur Anzeige gebrachte Myron Pasicznyk<sup>76</sup> aus Wien hatte ebenfalls auf rotspanischer Seite im Bürgerkrieg gekämpft. Er wurde am 17. Dezember 1941 vom Oberlandesgericht Wien wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 2 Jahren und 6 Monate Zuchthaus sowie drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Er scheint unter dem Überbegriff „Kommunisti-

---

<sup>68</sup> Tagesrapport Nr. 1 vom 1.–6. Februar 1944, S. 4.

<sup>69</sup> Vgl. Hans Landauer / Erich Hackl, Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936–1939, Wien 2008. Eine Online-Version des Lexikons der österreichischen Spanienkämpfer auf der DÖW-Homepage ist in Vorbereitung.

<sup>70</sup> Johann Rührl starb am 22. Mai 1944 im Kommando Friedrichshafen des KZ Dachau. Landauer / Hackl, Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936–1939, S. 191.

<sup>71</sup> Gemeint ist damit die Gestapo-Leitstelle Wien.

<sup>72</sup> Tagesrapport Nr. 7 vom 16.–17. Juni 1941, S. 1.

<sup>73</sup> Eduard Schaller starb am 28. April 1944 im Kommando Friedrichshafen des KZ Dachau. Landauer / Hackl, Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer, S. 194.

<sup>74</sup> Tagesrapport Nr. 2 vom 3.–4. Februar 1941, S. 2 f.

<sup>75</sup> Tagesrapport Nr. 8 vom 18.–20. April 1941, S. 1.

<sup>76</sup> Myron Pasicznyk starb am 22. Oktober 1943 im Konzentrationslager Dachau. Landauer / Hackl, Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer, S. 174.



**Erkennungsdienstliche Aufnahme der Gestapo Wien  
von Myron Pasiczyk, Juli 1940**

Foto: Wiener Stadt- und Landesarchiv

sche Bewegung“ auf.<sup>77</sup> Dies ist einer der wenigen Fälle, in denen ein Urteil gegen Spanienkämpfer überhaupt angezeigt wird. Normalerweise wurden diese nach der erkennungsdienstlichen Behandlung durch die Gestapo sofort – ohne jegliche Gerichtsverhandlung – in Konzentrationslager verschickt. Ermöglicht wurde diese Praxis durch den Erlass der deutschen Waffenstillstandskommission vom 1. April 1941, aus dem hervorging, dass „Rotspanienkämpfer“ bei ihrer Rückkehr ins Deutsche Reich keine Bestrafung, sondern nur Internierung auf Kriegsdauer zu erwarten hätten.<sup>78</sup> Dieser Erlass galt auch für angeklagte bzw. verurteilte Spanienkämpfer. Für 14 von 16 der ehemaligen Spanienkämpfer konnte nachgewiesen werden, dass sie nach Beendigung des justiziellen Verfahrens in Konzentrationslager eingeliefert wurden. Nachdem aufgrund einer Erfassungs- und Verhaftungsaktion gegen Spanienkämpfer bereits eine große Anzahl an Personen direkt ins Konzentrationslager eingewiesen worden war<sup>79</sup>, sollten aufgrund eines Erlasses des

<sup>77</sup> Tagesrapport Nr. 1 vom 2.–3. Jänner 1942, S. 2.

<sup>78</sup> BAB Best. R 3001/R-22 Nr. 5.011, Bl. 75.

<sup>79</sup> Vgl. Urteil des Sondergerichtes Innsbruck vom 4. August 1941, KMs 47/41 u. KMs 64/41. ÖStA Best. Justizministerium Karton 5.255 Nr. OJs 203/41; Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Widerstand und Verfolgung in Tirol. Bd. 1, Wien 1984, S. 209. Vgl. auch Widerstand und Verfolgung in Wien. Bd. 2, Wien <sup>2</sup>1984. S. 408, 429 ff.; Wider-

Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 25. September 1940 auch all jene Spanienkämpfer der Gestapo überstellt und in Schutzhaft genommen werden, die im Laufe des Krieges in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten würden.<sup>80</sup>

Ebenso war der am 10. November 1941 wegen Vorbereitung zum Hochverrat durch Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg verurteilte Josef Schneeweiß im Tagesrapport unter „Kommunistische Bewegung“ vermerkt.<sup>81</sup> Alle anderen Personen, die in gerichtsanhängigen Verfahren gegen Spanienkämpfer geführt wurden, konnten in den Tagesrapporten nicht aufgefunden werden.<sup>82</sup>

## Jüdinnen und Juden

In der Gruppe „Juden“ bzw. „Judensachen“ wird unter anderem darüber berichtet, ob und in welchem Ausmaß Juden und Jüdinnen Devisen besaßen, weiters über die bedenkliche Beschaffung von Reisepässen und illegale Grenzübertritte sowie über Fälle von „Rassenschande“. So wird über eine Hausdurchsuchung beim Kellner Jakob Rudlich, wohnhaft in Wien 1, Bäckerstraße 6/5, berichtet, bei der ein Geldbetrag von RM 50,- sichergestellt wurde.<sup>83</sup> Im Tagesrapport Nr. 9 vom Jänner 1939 wird ein „rassenschändisches Verhältnis“ von Otto B., der 1938 nach dem „Anschluss“ nach Paris flüchtete, mit Valerie K. dargestellt, das bereits seit 1931 bestanden haben soll. Valerie K. folgte Otto B. „ohne Einwilligung der Eltern“<sup>84</sup> nach Paris, wo sie heirateten. Daraufhin wurde gegen beide – Otto B. hatte laut Nazidik-

---

stand und Verfolgung in Salzburg. Bd. 1, Wien 1991, S. 459 ff.; Widerstand und Verfolgung in Tirol. Bd. 1, S. 209 ff.; Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich. Bd. 1, Wien 1982, S. 344 ff.; Widerstand und Verfolgung im Burgenland, Wien 21983, S. 234 ff.; Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich. Bd. 1, Wien 1987, S. 492 ff.

<sup>80</sup> Hans Landauer, Österreichische Spanienkämpfer in deutschen Konzentrationslagern, in: Wolfgang Benz / Barbara Distel (Hrsg.), Überleben und Spätfolgen. Dachauer Hefte, H. 8, Neuauf., München 1996, S. 170–180, hier 171 f. Wolfgang Form / Albrecht Kirschner, Verfahren gegen ehemalige Spanienkämpfer, in: Form / Neugebauer / Schiller (Hrsg.), NS-Justiz und politische Verfolgung in Österreich 1938–1945, S. 751–765, hier 763.

<sup>81</sup> Tagesrapport Nr. 7 vom 14.–15. November 1941, S. 1.

<sup>82</sup> Vgl. Form / Kirschner, Verfahren gegen ehemalige Spanienkämpfer, S. 761.

<sup>83</sup> Tagesrapport Nr. 2 vom 2. September 1938, S. 1.

<sup>84</sup> Tagesrapport Nr. 9 vom 21.–23. Jänner 1939, S 1 f. K. war zu diesem Zeitpunkt bereits 25 Jahre alt (Geburtsdatum 15. 2. 1914).

tion in Paris auch „Gräuelpropaganda“ betrieben – ein Ausbürgerungsantrag gestellt.

Auch eine Steuerschuld war Thema des Abschnittes „Judensachen“. Der jüdische Rechtsanwalt Hermann Grimmeisen war 1939 unter Zurücklassung seiner Wohnungseinrichtung in die Schweiz geflüchtet, auch da er Mitglied des Heimatschutzes und der Vaterländischen Front gewesen war. Seine Wohnungseinrichtung mit wertvollen Gemälden, Teppichen und Silberwaren wurde zur Deckung seiner Steuerschuld<sup>85</sup> dem Finanzamt III zur Verfügung gestellt.<sup>86</sup>

In weiterer Folge wurden auch Transporte in Ghettos und Vernichtungslager aufgelistet. So findet sich unter dem Begriff „Juden“ im Tagesrapport Nr. 9 vom August 1942 der Hinweis, dass am „27. August 1942 um 9.08 Uhr vom Wiener Aspengbahnhof der 38. Judentransport mit 1.000 Köpfen (9. Transport nach Theresienstadt)“ abgegangen sei.<sup>87</sup>

In einem der letzten Tagesrapporte, in dem das Kapitel „Juden“ vorkommt, geht es um die Beherbergung einer „Geltungsjüdin“<sup>88</sup>. Marie Kügler wurde am 24. Februar 1944 festgenommen, da sie als „Arierin“ mehrere Monate lang eine „Geltungsjüdin“ beherbergt hatte.<sup>89</sup>

## Abtreibung

Insbesondere 1938 kommen Hinweise auf Männer (51) und Frauen (27), die wegen Abtreibungen in Schutzhaft genommen wurden, vermehrt vor. Einige tauchen in den Berichten mehrmals auf. Bereits im ersten überlieferten Rapport wird die Rubrik Abtreibung erwähnt. „Wegen Verdachts der gewerblichen Abtreibung wurde der jüdische Frauenarzt Julius F. [...] festge-

---

<sup>85</sup> Es konnte nicht geklärt werden, ob die Steuerschuld aus diskriminierenden Steuern wie Judenvermögensabgabe oder/und Reichsfluchtsteuer bestand.

<sup>86</sup> Tagesrapport Nr. 9 vom 21.–23. Jänner 1939, S 2. Die Steuerschuld betrug 12.018,- Reichsmark. Der Wert der Wohnungseinrichtung dürfte diese weit überstiegen haben.

<sup>87</sup> Tagesrapport Nr. 9 vom 28.–31. August 1942, S. 7.

<sup>88</sup> Mit „Geltungsjuden“ wurden jene Personen bezeichnet, die von zwei jüdischen Großeltern abstammten und der mosaïschen Religionsgemeinschaft angehörten. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), *Erzählte Geschichte. Berichte von Widerstandskämpfern und Verfolgten*. Bd. 3: *Jüdische Schicksale*, Wien 1992, S. 171 f.

<sup>89</sup> Über ihr weiteres Schicksal ist nichts im Tagesrapport vermerkt. Tagesrapport Nr. 8 vom 25.–29. Februar 1944, S. 5.

nommen.<sup>90</sup> Den gleichen Hintergrund hatte auch die zweite Meldung am Tag darauf.<sup>91</sup> Auffällig ist, dass über 40 % der Nennungen (33 Personen) Jüdinnen und Juden betrafen.

## Homosexualität

Eine weitere Gruppe bildeten Männer, die wegen Homosexualität verfolgt wurden.<sup>92</sup> Zwischen September 1938 und Oktober 1940 finden sich 255 Einträge in den Tagesrapporten. Im ersten dokumentierten Rapport wird berichtet: „Über Auftrag der Sonderstaatsanwaltschaft Koblenz wurde der Student der Medizin, Walter M.[.] früherer Geistlicher [...] in Wien 7., Neubaugasse 25 wohnhaft, wegen Verdachts der homosexuellen Betätigung festgenommen.“<sup>93</sup> Der letzte Verweis datiert auf den Herbst 1940.<sup>94</sup> Gottfried G. wurde am 15. Oktober 1940 aufgrund einer Ausschreibung der Stapostelle Innsbruck wegen „Unzucht wider die Natur“ festgenommen. „Er wird an die Staatliche Kriminalpolizei überstellt werden.“<sup>95</sup> Unter den Verfolgten ist auch eine Frau – im Gegensatz zum RStGB (§ 175 RStGB) war in Österreich auch weibliche Homosexualität strafbar (§ 129 Abs. 1 Nr. 2 öStG). „Die Barsängerin, Franziska Stefanie F. [...] wurde wegen angeblicher homosexueller Betätigung mit einer unbekanntenen Frauensperson anher überstellt. Nach Einvernahme wurde sie gemeinsam mit dem Anzeigerstatter, dem Kellner Franz O., da dieser stark angetrunken war, zur zuständigen Behandlung der Kripostelle Wien überstellt.“<sup>96</sup> Die Verfolgung von homosexuellen Männern und Frauen oblag dann der Kriminalpolizei.

Die Tagesrapporte sind eine bisher kaum editorisch genutzte zeithistorische Quelle allerersten Ranges. Sie spiegeln in erschreckender Komplexität

---

<sup>90</sup> Tagesrapport Nr. 2 vom 2. September 1938, S. 3.

<sup>91</sup> Tagesrapport Nr. 3 vom 3. September 1938, S. 4.

<sup>92</sup> Vgl. hierzu Niko Wahl, *Verfolgung und Vermögenseinzug Homosexueller auf dem Gebiet der Republik Österreich während der NS-Zeit*, München 2004.

<sup>93</sup> Tagesrapport Nr. 2 vom 2. September 1938, S. 3.

<sup>94</sup> Maßgeblich für die Verfolgung von Homosexuellen in Österreich während der NS-Zeit war die Kriminalpolizei zuständig. Bis Herbst 1940 hatte die Gestapo in Einzelfällen damit zu tun. Vgl. Wahl, *Verfolgung und Vermögenseinzug Homosexueller*, S. 33 ff.

<sup>95</sup> Tagesrapport Nr. 7 vom 15.–16. Oktober 1940, S. 3.

<sup>96</sup> Tagesrapport Nr. 4 vom 5. September 1938, S. 3.

den Fokus der politisch und rassistisch motivierten Verfolgung von „Staatsfeinden“ aller Couleur und „Fremdvölkischen“ durch die Gestapo wider. Wohl zu keiner anderen Gestapoleitstelle ist eine solche Quellendichte vorhanden. Neben den Editionen zur politischen NS-Justiz in Deutschland und Österreich<sup>97</sup> ist nunmehr mit der Edition der Tagesberichte der Gestapo Wien ein Großteil der Verfolgungsstrukturen der Gestapo in Österreich dokumentiert.

---

<sup>97</sup> Form / Neugebauer / Schiller (Hrsg.), *Widerstand und Verfolgung in Österreich. Erschließungsband*.

---

IRENE FILIP

**BIOGRAPHISCHE SKIZZE  
AUS DEM SPANIENARCHIV:  
DORA UND HANS KAISER**

Benissa, eine spanische Kleinstadt mit ungefähr 13.000 EinwohnerInnen, liegt in der Provinz Alacant und gehört zur autonomen Region València. Seit einigen Jahren widmet sich eine Gruppe des örtlichen Kulturvereins<sup>1</sup> um den Sozialarbeiter Robert Llopis – mit dem auch das Spanienarchiv des DÖW einen regen Kontakt und Austausch pflegt – in ihrer Freizeit der Erforschung der Geschichte der Internationalen Brigaden in dem kleinen Ort. Während des spanischen Bürgerkriegs war in einem Franziskanerkonvent ein Spital und Erholungsheim für rekonvaleszente und in der Villa Feliu ein Sanatorium für an TBC erkrankte Interbrigadisten eingerichtet.

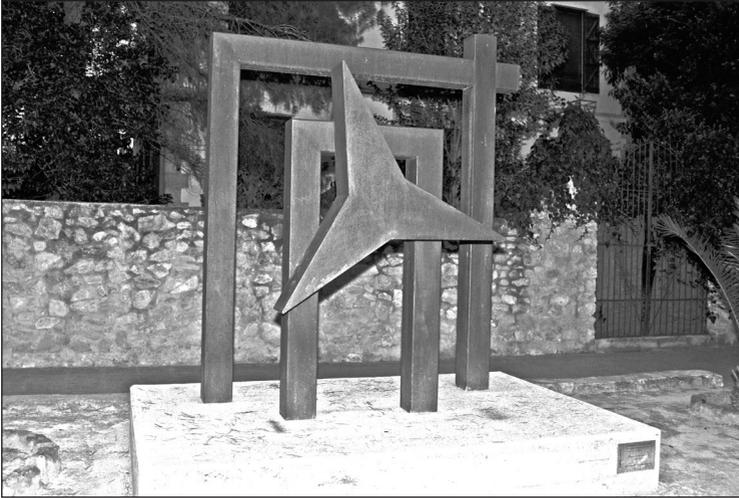
Die Tätigkeit des Kulturvereins beschränkt sich nicht nur auf Recherche, sondern setzt auch Initiativen, um die Erinnerung an die „Internationalen“ in der Bevölkerung wachzuhalten. So ist es gelungen, über alle Parteigrenzen hinweg – der Bürgermeister z. B. wird von der konservativen Partido Popular<sup>2</sup> gestellt – an der Hauptstraße ein Denkmal zu errichten und auf Kosten der Gemeinde die in Benissa verstorbenen Interbrigadisten gemeinsam auf dem örtlichen Friedhof in einem würdigen Grab zu bestatten, auf dem von weit her die in Stein gemeißelte rot-gelb-violette Fahne der Spanischen Republik zu sehen ist.

Seit fünf Jahren wird Ende Oktober immer eine „Woche zu Ehren der Internationalen Brigaden“ abgehalten, an der ich 2010 die Möglichkeit hatte teilzunehmen. Auftaktveranstaltung war ein Vortragsabend, organisiert vom Kulturverein in Kooperation mit der Zweigstelle der Universität von Alacant, zu dem ich eingeladen war, als Vertreterin des DÖW und Betreuerin des im DÖW angesiedelten Spanienarchivs über die österreichischen Frauen in den Internationalen Brigaden zu sprechen.

---

<sup>1</sup> Casal Cultural de Benissa-ACPV (Acció Cultural del País Valencià).

<sup>2</sup> Volkspartei.



### Denkmal der Internationalen Brigaden in Benissa

Foto: DÖW/Spanienarchiv

Am darauffolgenden Tag fand die Namensgebung für den kleinen Park statt, in dem sich das Denkmal befindet und der nun den Namen „Parc dels Internacionals“ (Park der Internationalen) trägt. Robert Llopis wies in seiner Ansprache darauf hin, dass Benissa vor 73 Jahren die Interbrigadisten aufgenommen hatte, damit sie sich von ihren Kriegsverwundungen erholen konnten, und die Namensgebung für den Park die Anerkennung der Bevölkerung für die „Solidarität ohne Grenzen“ sei, die die Internationalen „durch ihre Werte, die sie motivierten, und ihren Einsatz zur Verteidigung der Spanischen Republik“ leisteten. Kulturstadtrat Xavi Tro nannte die elf in Benissa verstorbenen Spanienkämpfer, unter ihnen den Österreicher Rudolf Heinisch<sup>3</sup>. Tro stellte in seiner Rede aber auch den Bezug zur Gegenwart her und schloss mit den Worten: „Es ist dies eine Ehrung all jener, die einen Teil ihres Lebens und ihrer Jugend gegeben haben [...], um ihre Ideale zu verteidigen und in der

---

<sup>3</sup> Rudolf Heinisch, geboren am 6. 11. 1898 in Frankenburg (Oberösterreich), Handelsangestellter. Im November 1936 aus Österreich nach Spanien. Chef der Intendanz in der XIII. Internationalen Brigade. Kapitän. Am 25. 3. 1938 in Benissa verstorben.



**Enthüllung der Tafel  
für den Park der  
Internationalen am  
30. Oktober 2010 in  
Benissa.**

**V. l. n. r.: Robert  
Llopis, Irene Filip,  
Xavi Tro.**

Foto:  
DÖW/Spanienarchiv

festen Überzeugung, dass kein Mensch besser als der andere ist, unabhängig von seiner Ideologie, Religion, Hautfarbe oder Herkunft. Sie haben einen Kampf geführt, der immer lohnend wird, um eine bessere, gerechtere und solidarischere Welt in Frieden und Freiheit zu erreichen.“

Zwei dieser jungen Menschen, die mit der Geschichte der Internationalen Brigaden in Benissa eng verbunden sind, waren Dora<sup>4</sup> und Hans Kaiser.<sup>5</sup>

---

<sup>4</sup> Quellen für diese Kurzbiographie unter Dora Quinton (Name des zweiten Ehemanns nach dem Tod von Hans Kaiser): DÖW/Spanienarchiv/Personendossier Dora Quinton; DÖW/Erzählte Geschichte/Interview 358.

<sup>5</sup> Quelle für biographische Daten: DÖW/Spanienarchiv/Personendossier Dr. Hans Kaiser.

Dora wurde am 6. November 1914 in Wien als Tochter von Mendel<sup>6</sup> und Ettla Haut<sup>7</sup> in ein jüdisches, nicht religiöses Elternhaus geboren. Sie wuchs mit ihrem vier Jahre jüngeren Bruder Kurt in ärmlichen Verhältnissen zuerst im 6. Bezirk und später im 14. Bezirk (heute 15.) in der Sueß-Gasse in einer Zimmer-Küche-Wohnung in einem Arbeiterwohnhaus auf. Ihr Vater war sehr kränklich und die Familie lebte vom kärglichen Einkommen, das sein „Laden“ abwarf, in dem sie Papiertüten klebten. Nachdem Dora aber eine sehr gute Schülerin war, konnte sie nach der Volks- und Bürgerschule auch die Realschule besuchen. 1934 maturierte sie und begann Deutsch und Romanistik zu studieren. Ihr Studium finanzierte sie, indem sie bei reichen Leuten als Gouvernante arbeitete.

Früh schon kam sie mit der Arbeiterbewegung in Kontakt und war ab 1932 in einer Gruppe der Sozialistischen Mittelschüler aktiv. Nach den Februarereignissen 1934 wurde sie – wie auch ihr Freund und späterer Mann – Mitglied der KPÖ.

1934 lernte sie den am 15. Juni 1909 in Wien geborenen Arzt Dr. Hans Kaiser kennen, den sie am 5. April 1936 im Stadttempel der Jüdischen Gemeinde in der Seitenstettengasse heiratete.<sup>8</sup> Einer der Trauzeugen war Dr. Alfred Brauner<sup>9</sup>, der mit seiner Frau Dr. Fritzi Brauner<sup>10</sup> die Spanische Republik unterstützte.

---

<sup>6</sup> DÖW/Datenbank/Namentliche Erfassung der Holocaustopfer: Haut Mendel, geboren am 1. 5. 1888, am 2. 6. 1942 nach Maly Trostinec deportiert.

<sup>7</sup> DÖW/Datenbank/Namentliche Erfassung der Holocaustopfer: Ettla Haut, geborene Bein, geboren am 7. 8. 1889 in Przemysl, am 31. 8. 1942 nach Maly Trostinec deportiert, Todesdatum 4. 9. 1942 in Maly Trostinec.

<sup>8</sup> Israelitische Kultusgemeinde Wien, Matrikelamt, Trauungsbuch.

<sup>9</sup> Dr. Alfred Brauner, geboren am 3. 7. 1910 in Saint-Mandé (Frankreich), Mittelschullehrer. 1918 mit den Eltern nach Wien. Studium der Germanistik und Ausbildung zum Heilpädagogen. 1933 Frankreich, Militärdienst. Ab 1937 Leiter des Komitees für Flüchtlingskinder in Benicàssim (Spanien). Ab 1940 im französischen Widerstand. Mit seiner Frau Fritzi Brauner Arbeit mit behinderten, autistischen und durch Kriegshandlungen traumatisierten Kindern. Wissenschaftliche Arbeiten über Autismus und über die Auswirkungen von Krieg und Verfolgung auf Kinder. Sammlung von Kinderzeichnungen aus Kriegsgebieten. Gestorben 2002 in Paris.

<sup>10</sup> Dr. Fritzi Brauner, geborene Riesel, geboren am 16. 4. 1911 in Wien, Ärztin. Im Februar 1937 aus Frankreich nach Spanien. Ärztin in den Spitälern Benicàssim und Mataró. 1939–1940 gemeinsam mit Alfred Brauner und Harry Spiegel Betreuung jüdischer Flüchtlingskinder in Frankreich. Unter deutscher Besatzung Widerstandstätigkeit. Ab 1950 Chefärztin an einer Tagesklinik für mehrfach behinderte Kinder in Saint-Mandé. Aktiv bei der Vereinigung Ärzte gegen den Atomkrieg. Gestorben am 14. 9. 2000 in Paris.

Dora hatte gerade mit ihrer Dissertation begonnen, als die Generäle um Franco gegen die demokratisch gewählte Regierung Spaniens im Juli 1936 putschten und im Oktober die Internationalen Brigaden gebildet wurden. Auch Dora und Hans Kaiser wollten ihren Beitrag gegen den in Europa aufkommenden Faschismus leisten – sehr zum Missfallen der Eltern von Hans, die dem gehobenen Mittelstand angehörten und meinten, ihr Sohn sei von Dora zur politischen Arbeit verführt und dadurch abgehalten worden, seine gut gehende Arztpraxis weiterzuführen.

Noch vor ihrer Abreise nach Spanien hatte Dora in Wien einen Krankenschwesternkurs absolviert, und so reisten beide unter dem Vorwand, einen Onkel in Straßburg besuchen zu wollen, im Dezember 1936 über Paris nach Spanien. Ab 1. Februar 1937 sind sie im Sanitätsdienst der Internationalen Brigaden registriert.<sup>11</sup> Hans Kaiser wurde in der XIII. Internationalen Brigade an der Südfrent bei Malaga eingesetzt und Dora war als Krankenschwester, später als Oberschwester in dem in der Universität untergebrachten Spital in Murcia tätig. Als Hans an Typhus erkrankte, wurde er von Dr. Fritz Jensen<sup>12</sup>, der schon in Wien dem Freundeskreis der Kaisers angehörte, nach Murcia gebracht. Nach seiner Genesung arbeiteten sie gemeinsam noch einige Monate in Murcia und Dora fasste trotz der schwierigen und unsicheren Umstände einen Entschluss: „Wenn Dir was passiert, will ich wenigstens ein Kind haben.“<sup>13</sup>

Ab September 1937 wurde Hans Kaiser als Chefarzt in das im Franziskanerkonvent untergebrachte Militärspital Nr. 10 für rekonvaleszente Interbrigadisten in Benissa versetzt. Am 3. Februar 1938 wurde dort Tochter Juanita geboren.<sup>14</sup> Dora fand in Benissa aber auch noch ein anderes Betätigungsfeld:

---

<sup>11</sup> DÖW/Spanienarchiv/Personendossier Hans Kaiser: Kopie des Militärbuchs der Internationalen Brigaden; Personendossier Dora Quinton: Kopie der Bescheinigung des Ministerio de Defensa Nacional, Ejército de Tierra, Inspección General de Sanidad v. 12. 7. 1938.

<sup>12</sup> Dr. Fritz Jensen, geborener Jerusalem, geboren am 26. 12. 1903 in Prag, Arzt. Wegen kommunistischer Tätigkeit von 21. 10. 1934 bis April 1935 in Wöllersdorf inhaftiert. Im August 1936 aus Österreich nach Spanien. Chefarzt der XIII. Internationalen Brigade, dann der 42. Division. Im Dezember 1938 Paris, im Jänner 1939 London, im Mai 1939 China. Dort Arzt beim Chinesischen Roten Kreuz im Befreiungskrieg gegen die japanischen Besatzer. Ab Juli 1945 Arzt im Gesundheitsdienst der UNRRA. Im April 1948 Rückkehr nach Wien. Leiter des Kulturreferats der KPÖ, dann Journalist der Volksstimme, ab 1953 Korrespondent in Peking. Am 11. 4. 1955 auf dem Flug zur Bandung-Konferenz bei einem Bombenanschlag der Kuomintang getötet.

<sup>13</sup> DÖW/Erzählte Geschichte/Interview 358, S. 42.

<sup>14</sup> DÖW/Spanienarchiv/Dossier Hans Kaiser: Abschrift aus dem Registro Civil in Benissa, folio 296.

„Ich hab dann dort eingerichtet für die Frauen – die Frauen aus dem Dorf haben alle dort gearbeitet – einen Kindergarten. Das war eine tolle Arbeit. Ich bin überallhin sammeln gegangen, Möbelstücke usw. Und die Kinder von diesen Bäuerinnen sind dann tagsüber zu mir in den Kindergarten gekommen. Das war sehr schön.“<sup>15</sup>

Danach war Dora ab Mai 1938 im Spital in Vich/Katalonien eingesetzt und Hans ab August 1938 an der Ebrofront in der XI. Internationalen Brigade im Bataillon „12. Februar“.



**Dr. Hans Kaiser mit spanischen Kindern**

Foto: DÖW/Spanienarchiv

Nach der Auflösung der Internationalen Brigaden im Oktober 1938 und der Flucht nach Frankreich wurden sie getrennt. Hans Kaiser wurde an der französischen Küste im Lager Argèles interniert, Dora war mit ihrer kleinen Tochter in Brives im Departement Correze mit anderen Flüchtlingen in einer Garage untergebracht. Über einen Onkel in London konnten sie sporadischen

<sup>15</sup> DÖW/Erzählte Geschichte/Interview 358, S. 43. Robert Llopis hat zu diesem Kindergarten recherchiert. Er hieß „Hogar del Niño-Solidaridad“ (Kindergarten „Solidarität“), wurde vom Ehepaar Kaiser initiiert und von den Interbrigadisten betreut. Es fanden dort vor allem auch republikanische Flüchtlingskinder aus anderen Regionen Spaniens Aufnahme.



Ausweis der Internationalen Brigaden von Dora Kaiser

Foto: DÖW/Spanienarchiv

Briefkontakt halten. Da kam eines Tages Ruth Jensen<sup>16</sup> mit einem Auto vorgefahren und sagte, ein englisches Ärztekomitee hätte sich verpflichtet, Ärzte und Krankenschwestern der Internationalen Brigaden, die nicht in ihre Heimat zurückkehren konnten, nach England zu holen. „Als ich sie fragte, ob auch mein Mann zu jenen gehörte, sagte sie lächelnd: ‚Du wirst ihn heute Abend noch sehen.‘“<sup>17</sup> Ruth holte sie spätabends mit dem Auto ab und brachte sie zur Bahnstation. „Ich verabschiedete mich von Ruth, stieg in den Waggon ein, der gerade vor uns hielt, und ging einige Abteile entlang, ungeschlüssig, welche Türe ich öffnen sollte. Als der Zug an Tempo zunahm, zog ich eine Abteiltüre auf und wer saß dort schlafend: mein Mann [...] Als er wach war und mich mit seiner Tochter im Arm sah, machte er zuerst ein Gesicht, als sähe er Geister, bis ihm bewusst wurde, dass wir wirklich mit ihm zusammen nach England fahren.“<sup>18</sup>

Das Exil führte die wiedervereinte Familie Kaiser nach Oxford, wo Hans Vorsitzender der Vereinigung „Das kommende Österreich“ war. Schwer krank, an Hypertonie leidend, ist er nach zwei Schlaganfällen am 14. Dezember 1941 in London gestorben. Dora fand im ebenfalls in England emigrierten und aus Wien stammenden Fred Quinton einen neuen Lebenspartner und kehrte 1946 nach Wien zurück. Sie ist am 3. März 1995 in Wien gestorben.

1987 zog sie im Interview mit dem Historiker Hans Schafranek ein Résumé über ihren Einsatz in Spanien: „[...] die einzige Zeit in meinem Leben, wo ich das Gefühl hatte, dass ich meine Zeit politisch und menschlich sinnvoll verbracht habe, waren diese zwei Jahre in Spanien.“<sup>19</sup>

---

<sup>16</sup> Dr. Ruth Tassoni, geborene Domino, geschiedene Jensen, geboren am 3. 12. 1908 in Berlin. Ende der zwanziger Jahre aus Hamburg nach Wien. Studium der Germanistik und Geschichte. 1933 Heirat mit Fritz Jensen. 1937 aus Österreich nach Spanien. Hilfsschwester in Albacete und Murcia. 1938 Paris, 1940 in Südfrankreich interniert, 1941 von Marseille aus in die USA. 1950 Heirat mit Mario Tassoni und Übersiedlung nach Bergamo, Italien. Gestorben am 14. 11. 1994 in Bergamo.

<sup>17</sup> DÖW/Spanienarchiv/Personendossier Dora Quinton: handschriftliches Erinnerungsmanuskript, S. 5.

<sup>18</sup> Ebenda., S. 6.

<sup>19</sup> DÖW/Erzählte Geschichte/Interview 358, S. 29.

---

## REGULA NIGG

### PARAGUAY UND DIE ÖSTERREICHISCHEN VERTRIEBENEN (1938–1945)<sup>1</sup>

„Für Illusionisten, Phantasten und Träumer, vom Land, in dem Milch und Honig fließt, ist in Paraguay kein Platz. So herrlich schön dieses Land und so gastfreundlich seine Bewohner, wer nicht auf alle, absolut auf alle Kultur, auf Federbett, Manikure, Elektrisches und Gas, Morgenkaffee mit Kipferl, Saftgulasch und Pilsner, kurz auf alle ‚Segnungen‘ der Zivilisation inklusive ‚Meldekarte‘ verzichten kann, der wird in Paraguay nie glücklich werden.“<sup>2</sup>

Diese mahnenden Worte waren an auswanderungswillige ÖsterreicherInnen gerichtet, die nach dem Zweiten Weltkrieg eine Überseeauswanderung ins Auge fassten. All diejenigen ÖsterreicherInnen, die nach dem „Anschluss“ Österreichs an Hitlerdeutschland 1938 von den Nationalsozialisten verfolgt wurden, konnten es sich jedoch in der Regel nicht leisten, in Bezug auf ihr Zufluchtsland wählerisch zu sein, und mussten meist die erstbeste Gelegenheit zur Aus- bzw. Einreise ergreifen, die sich ihnen bot. So rückte auch das periphere und für die meisten MitteleuropäerInnen unbekanntes Paraguay ins Zentrum des Interesses. Trotz gesetzlicher Einschränkungen und schwa-

---

<sup>1</sup> Die vorliegende Untersuchung basiert auf dem Forschungsbericht des DÖW-Projekts „ÖsterreicherInnen im Exil: Argentinien, Uruguay, Paraguay 1938–1945“. Die Studie über Paraguay stützt sich auf lebensgeschichtliche Interviews, die zwischen 2001 und 2003 in Buenos Aires geführt wurden, sowie auf Archivmaterial aus Argentinien und Österreich. Die erste Kontaktaufnahme mit potentiellen InterviewpartnerInnen gelang im Falle von Argentinien und Uruguay über einen Fragebogen, den der Österreichische Nationalfonds an alle ihm bekannten Adressen in den besagten Ländern verschickte. Da keine ÖsterreicherInnen in Paraguay auf dieser Adressliste aufscheinen, ist anzunehmen, dass keine österreichischen Vertriebenen mehr in Paraguay leben. Diese Annahme wurde bei alternativen Recherchen bestätigt. Für die Untersuchung über das österreichische Exil in Paraguay konnten aber Interviews von österreichischen Vertriebenen ausgewertet werden, die mit einem Paraguayvisum Europa verlassen konnten, z. T. Paraguay erreichten und früher oder später nach Buenos Aires gelangten.

<sup>2</sup> Rudolf Rauscher, Paraguay als Zielland für Auswanderer, Wien 1947, S. 15.

chen – anziehenden – Pull-Faktoren gelangten nach Schätzungen der *Asociación Filantrópica Israelita*, die 1933 in Buenos Aires als Hilfsverein deutsch-sprechender Juden gegründet worden war, rund 800 Flüchtlinge aus dem Deutschen Reich nach Paraguay.<sup>3</sup> Die Gründe für diese Einwanderung waren die verzweifelte Suche nach einem Zufluchtsort und die Tatsache, dass Paraguayvisa leicht, wenn auch nicht billig in Europa gekauft werden konnten.<sup>4</sup>

Der subtropische Binnenstaat Paraguay war in vielerlei Hinsicht für die österreichischen EinwanderInnen exotisch und gewöhnungsbedürftig. Im Gegensatz zu den Nachbarländern Argentinien oder Uruguay dominierten nicht die europäischen Einwanderer und Einwanderinnen das Gesellschaftsbild, sondern vielmehr die Nachfahren der indianischen Urbevölkerung und der spanischen EinwanderInnen. Entsprechend ist heute Guaraní neben Spanisch die zweite offizielle Landessprache, die vom Großteil der ländlichen Bevölkerung gesprochen wird. Der Rio Paraguay, ein Zufluss des Rio Paraná, unterteilt das Land in einen sanft gewellten, ganzjährig niederschlagsreichen Südosten, wo die Mehrheit der Bevölkerung lebt, und eine fast menschenleere, flache Dornsavanne im Nordwesten, die als Gran Chaco bezeichnet wird. Das Gros der aus dem Deutschen Reich Vertriebenen ließ sich in Asunción nieder oder siedelte sich im Gebiet von Villarrica an, wo es bereits deutschsprachige Kolonien gab.<sup>5</sup>

---

<sup>3</sup> Hans-Albert Walter, *Deutsche Exilliteratur 1933–1950*, Bd. II, *Europäisches Appeasement und überseeische Asylpraxis*, Stuttgart 1984, S. 371. Diese Schätzung darf im besten Falle als ungefähre Größenordnung der tatsächlichen deutschsprachigen Einwanderung angesehen werden. Eine genaue Zahl ist heute nicht mehr zu eruieren bzw. nachzuprüfen, da die Archivsituation in Paraguay äußerst prekär ist und Studien zur Migrationsgeschichte praktisch inexistent sind. Pionierarbeit auf diesem Gebiet haben die folgenden AutorInnen geleistet. Sara Fischer / Tomás Palau / Noemia Pérez, *Inmigración y Emigración en el Paraguay 1870–1960*, Asunción 1997 (Biblioteca Virtual del Consejo Lationamericano de Ciencias Sociales, Documento de Trabajo N° 90), S. 3, <http://sala.clacso.edu.ar/gsd1252/cgi-bin/library>, Zugriff: 8. 11. 2010.

<sup>4</sup> Walter, *Deutsche Exilliteratur*, S. 371.

<sup>5</sup> Karl Ilg, *Pioniere in Argentinien, Chile, Paraguay und Venezuela. Durch Bergwelt, Urwald und Steppe erwanderte Volkskunde der deutschsprachigen Siedler*, Innsbruck–Wien–München 1976, S. 204 f.

## Ein kurzer historischer Abriss seit der Unabhängigkeit Paraguays

1811 löste sich Paraguay formell von der spanischen Krone und konnte im Anschluss auch eine Einverleibung in den im Entstehen begriffenen Staat Argentinien verhindern.<sup>6</sup> Paraguays weitere Entwicklung nahm einen in Südamerika einzigartigen Verlauf. Nicht Bürgerkriege, Staatsstriche oder Revolutionen prägten die folgenden Jahrzehnte, sondern politische Stabilität, Autarkie, Prosperität und Modernisierung. Unter José Gaspar Rodríguez de Francia, der 1816 vom Kongress zum Diktator auf Lebzeiten gewählt worden war, verlor die traditionelle kreolische Elite sämtliche Privilegien, was zu einer tendenziell negativen Wahrnehmung seiner Regierungszeit in der Historiographie außerhalb der Landesgrenzen geführt hat. Francia führte eine eigenwillige absolutistische Herrschaft zu Gunsten der armen Mehrheit der Bevölkerung ein. Er boykottierte offen die britischen Handelsinteressen, die im La Plata-Raum, vor allem in Buenos Aires, immer stärker die Wirtschaft dominierten. Nach und nach wurde daher Paraguay unter dem Alleinherrscher Francia von seinen Nachbarn und potentiellen Meerzugängen abgekapselt. Der Exporthandel wurde verstaatlicht, die katholische Kirche enteignet, von Rom losgelöst und national ausgerichtet. Außerdem führte Francia die erste Landreform Lateinamerikas durch.<sup>7</sup>

---

<sup>6</sup> Die Dokumentation jener Jahrzehnte ist sehr spärlich. Sofern Quellen vorhanden sind, stammen sie meist von ausländischen Beobachtern. Erschwerend kommt speziell für das 20. Jahrhundert hinzu, dass nur drei Präsidenten ihre reguläre Amtszeit beenden konnten, was einem praktisch permanenten Zustand von Staatsstreich, Revolution und Diktatur gleichkommt. Das ist ein Klima, in dem unabhängige Wissenschaft nur schlecht gedeiht. Die Archivsituation ist ähnlich prekär: Sofern Quellen überhaupt noch vorhanden sind und nicht willkürlich vernichtet wurden, sind sie nicht klassifiziert und deshalb praktisch un auffindbar. Außerdem besteht seitens der paraguayischen Behörden ein eklatantes Desinteresse, unabhängigen WissenschaftlerInnen die Archivbestände zugänglich zu machen. Vgl. dazu Alfredo M. Seiferheld, *Nazismo y fascismo en el Paraguay (1939/1945)*. *Gobiernos de José Félix Estigarribia y Higinio Morínigo*, [http://librosdehistoriaparaguay.blogspot.com/2009/07/alfredo-m-seiferheld\\_30.html](http://librosdehistoriaparaguay.blogspot.com/2009/07/alfredo-m-seiferheld_30.html), Zugriff: 8. 11. 2010; Mar Langa Pizarro, Guido Rodríguez Alcalá, en el contexto de la narrativa histórica paraguaya, *Biblioteca Virtual Miguel de Cervantes*, Alicante 2001, S. 10, Zugriff: 15. 5. 2004; Fischer / Palau / Pérez, *Inmigración y Emigración*, S. 3.

<sup>7</sup> Julio José Chiavenato, *Genocidio Americano. La guerra del Paraguay*, <http://librosdehistoriaparaguay.blogspot.com/2010/10/julio-jose-chiavenato-la-guerra.html>, Zugriff: 3. 11. 2010.

Unter Francias Nachfolger, dem ebenfalls vom Parlament auf Lebzeiten gewählten Diktator Carlos Antonio López, folgte ab 1844 eine Öffnung des Landes und eine energisch vorangetriebene Modernisierung. Eine Basisinfrastruktur wurde aufgebaut, beispielsweise wurden eine Handelsflotte und eine Werft gegründet und es erfolgte die Grundsteinlegung für das Eisenbahn- und Telegrafennetz.<sup>8</sup> Für das notwendige Know-how holte López ausländische Fachleute ins Land und schickte Landsleute mit Stipendien an ausländische Universitäten. 1862 übernahm sein Sohn Francisco Solano López die Herrschaft. Latente Grenzkonflikte und hegemoniale Ansprüche Brasiliens, Uruguays und Argentiniens – möglicherweise geschürt durch britische Handelsinteressen – sowie eine komplette Fehleinschätzung des tatsächlichen Kräfteverhältnisses in der Region durch Francisco Solano López führten schließlich zum Tripelallianzkrieg (1865–1870).<sup>9</sup> Die beiden Erzrivalen Argentinien und Brasilien verbündeten sich und zogen gemeinsam mit Uruguay gegen Paraguay in den Krieg. Der Tripelallianzkrieg hatte für Paraguay katastrophale Folgen: Das Land wurde verwüstet, die Städte geplündert und die Bevölkerung um schätzungsweise die Hälfte dezimiert.<sup>10</sup> Außerdem musste Paraguay Gebiete zwischen dem Rio Paraná und dem Rio Uruguay an Argentinien abtreten, während sich Brasilien große Landstriche nordwestlich des Rio Paraguay einverleibte. Die im Friedensvertrag ausgehandelten Reparationszahlungen musste Paraguay mit Hilfe eines Kredits von Großbritannien und Teilen seiner Infrastruktur begleichen. Der vor dem Krieg prosperierende Binnenstaat mit einer in der Region einzigartigen Infrastruktur erholte sich nur sehr zögerlich und schwer von dieser Niederlage und Zerstörung.<sup>11</sup> Der Sonderfall Paraguay war mit dem Tripelallianzkrieg definitiv zu Ende.

Die so genannte liberale Ära, wie die Jahrzehnte nach dem Tripelallianzkrieg bis zum Jahr 1936 genannt werden, war geprägt von demokratischen

---

<sup>8</sup> Langa Pizarro, *La narrativa histórica paraguaya*, S. 33–36.

<sup>9</sup> Leslie Bethell (Hrsg.), *Historia de América Latina*, Bd. 6, *América Latina independiente, 1820–1870*, Barcelona 1985, S. 311. Der brasilianische Historiker Julio José Chiavenato vertritt die These, dass Paraguays politischer Sonderfall und wirtschaftliche Unabhängigkeit die Missgunst der Eliten Argentiniens und Brasiliens geweckt hat, und betont, dass die britischen Handelsinteressen auf's Beste von den erwähnten Eliten vertreten wurden. Chiavenato, *Genocidio Americano*.

<sup>10</sup> Carlos Gómez Florentín, *El Paraguay de la post guerra (1879–1900)*, <http://librosdehistoriaparaguay.blogspot.com/2010/06/el-paraguay-de-la-post-guerra-1879-1900.html>, Zugriff: 8. 11. 2010.

<sup>11</sup> Bezeichnenderweise ist die Quellenlage und Literatur zu den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts äußerst dürftig.

Regierungen, die jedoch beinahe ausnahmslos keine politische Stabilität herbeiführen konnten und vor allem in den ersten Jahren nach dem Krieg von den Siegermächten kontrolliert wurden. Da die Bevölkerung Paraguays unmittelbar nach dem Krieg weder genügend Arbeitskräfte noch Kapital für einen ökonomischen Aufschwung aufbieten konnte, richtete sich das Augenmerk der Regierung auf potentielle KolonistInnen und ausländische Investitionen.<sup>12</sup> Große Teile des Landes, das in Staatsbesitz gewesen war, wurde verkauft, wobei die lokale Bevölkerung praktisch leer ausging, während ausländische Investoren von dem preiswerten Angebot profitierten.<sup>13</sup> Am schnellsten erholte sich die Viehwirtschaft, da diese wenige Arbeitskräfte verlangte. Daneben etablierte sich die Forstwirtschaft (Tanningewinnung), und nach und nach setzte eine zaghafte Industrialisierung ein, die fest in ausländischer Hand war und sich hauptsächlich auf den internen Markt konzentrierte.<sup>14</sup> Yerba-Tee- und Tabak-Plantagen blieben weiterhin ein wichtiger Bestandteil der paraguayischen Wirtschaft.<sup>15</sup> Die Erfindung der Tiefkühltechnik Ende des 19. Jahrhunderts und vor allem die gesteigerte Nachfrage nach Fleisch während des Ersten Weltkriegs füllten die Staatskassen Paraguays.<sup>16</sup> Diese prosperierenden Jahre kamen aber nach dem Ersten Weltkrieg zu einem abrupten Ende. Die endemischen Staatsstriche, eine ungenügende Sozialpolitik und ein wachsendes Bewusstsein der ArbeiterInnenklasse bereiteten den Nährboden für zukünftige Konflikte.

Unter dem reformfreudigen Staatspräsidenten Eligio Ayala (1923 bis März 1924, August 1924 bis 1928) erlebte Paraguay eine Zeit kurzer ökonomischer und politischer Stabilität. Die wirtschaftliche Lage und der Finanzhaushalt verbesserten sich substanziell. Die bestehenden Universitäten erhielten weit reichende Unterstützung, während zusätzlich neue gegründet wurden.<sup>17</sup> Außenpolitisch drängte sich jedoch das Problem des unklaren Grenzverlaufes zu Bolivien im Gran Chaco in den Vordergrund. Dieses nur spärlich besiedelte Gebiet hatte unvermittelt an strategischer Bedeutung gewonnen, nachdem die US-amerikanische Standard Oil im bolivianischen Teil

---

<sup>12</sup> Carlos Gómez Florentín, *El Paraguay de la post guerra (1879–1900)*.

<sup>13</sup> Ebenda.

<sup>14</sup> Fischer / Palau / Pérez, *Inmigración y Emigración*, S. 5.

<sup>15</sup> Liliana M. Brezzo, *El Paraguay a comienzos del Siglo XX (1900–1932)*, <http://libros-dehistoriaparaguay.blogspot.com/2010/06/liliana-m-brezzo-el-paraguay-comienzos.html>, Zugriff: 5. 1. 2011.

<sup>16</sup> Wolfgang König, *Geschichte der Konsumgesellschaft*, Vierteljahrszeitschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft Nr. 154, Stuttgart 2000, S. 148.

<sup>17</sup> Langa Pizarro, *La narrativa histórica paraguaya*, S. 58.

des Chaco und die Royal Dutch Company auf paraguayischem Boden Öl gefunden hatten. Da Bolivien als Binnenstaat keinen Meerzugang hatte, musste ein solcher für eine rentable Ölförderung erschlossen werden, wobei der Zugang zum Atlantik über den Rio Paraguay am nächsten lag. Beide Ölfirmen wussten geschickt die nationalen Grenzstreitigkeiten anzuheizen, bis diese schließlich 1932 in den so genannten Chacokrieg (1932–1935) mündeten. Der für Paraguay siegreich verlaufene Krieg bedeutete eine große Hypothek für das Land: Die Bevölkerung war unzufrieden mit der Politik der Präsidenten der liberalen Ära, die keine Lösung für die anstehenden Probleme des Landes zu kennen schienen. Gleichzeitig erfreuten sich die Führer der Streitkräfte unmittelbar nach dem siegreichen Chacokrieg einhelliger Unterstützung des Volkes. So verwundert es nicht, dass 1936 Oberst Franco, ein Held des Chacokrieges, nach einem Staatsstreich die Regierungsgeschäfte übernahm. Er und die meisten seiner Nachfolger zeigten sich nicht unempfindlich für die Avancen des Faschismus deutscher und italienischer Ausprägung, der in wichtigen Kreisen des Heeres, in einigen politischen Zirkeln und auch unter gewissen Intellektuellen Schule gemacht hatte.<sup>18</sup> Während des Zweiten Weltkrieges verhielt sich Paraguay neutral und erklärte erst am 8. Februar 1945 auf Druck der USA den Achsenmächten den Krieg.

## Die Einwanderungspolitik Paraguays

Als Gründungsdatum der paraguayischen Einwanderungspolitik gilt der 9. Februar 1872, an dem die Regierung ein Gesetz verabschiedete, wonach eine Einwanderungsbehörde geschaffen werden sollte.<sup>19</sup> Die Einwanderung aus Übersee vor diesem Datum darf getrost als spontan, individuell und mengenmäßig unbedeutend bezeichnet werden. Nun jedoch öffnete Paraguay seine Tore für ImmigrantInnen, an welche die Regierung die Hoffnung knüpfte, sie würden Kapital und Fachwissen ins Land bringen. Auch wenn die Zahlen in keiner Weise mit denjenigen des Nachbarlandes Argentinien verglichen werden können, nahm die Einwanderung Ende des 19. Jahrhunderts stetig zu.<sup>20</sup>

---

<sup>18</sup> Alfredo M. Seiferheld, *El final de la era liberal en el Paraguay*, <http://librosdehistoriaparaguay.blogspot.com/2010/06/alfredo-m-seiferheld-el-final-de-la-era.html>, Zugriff: 4. 11. 2010; ders., *Nazismo y fascismo en el paraguay*.

<sup>19</sup> Fischer / Palau / Pérez, *Inmigración y Emigración*, S. 4.

<sup>20</sup> Nach Argentinien gelangten zwischen 1857 und 1914 4,6 Millionen ImmigrantInnen. Fernando Devoto, *Historia de la inmigración en la Argentina*, Buenos Aires 2004, S. 49.

**Einwanderungsstatistik nach Nationalität und Einwanderungsjahrzehnt<sup>21</sup>**

<b>Herkunft</b>	<b>1880 bis 1889</b>	<b>1890 bis 1899</b>	<b>1900 bis 1909</b>	<b>1910 bis 1919</b>	<b>1920 bis 1929</b>	<b>1930 bis 1939</b>	<b>1940 bis 1949</b>	<b>1950 bis 1959</b>
ItalienerInnen	824	251	1.115	973	37	41	238	580
SpanierInnen	321	9	809	1.494	37	73	159	1.287
FranzösinInnen	228	10	124	111	15	109	63	148
EngländerInnen	39	28	35	31	9	8	84	160
Deutsche	467	11	479	811	814	1.038	186	661
ÖsterreicherInnen	0	1	122	318	137	533	50	32
RussinInnen	53	0	99	252	46	515	288	319
BelgierInnen	0	0	15	46	14	12	168	80
SchweizerInnen	0	3	22	85	137	96	30	38
TschechinInnen	0	0	0	0	44	527	126	90

<sup>21</sup> Verändert nach Fischer / Palau / Pérez, *Inmigración y Emigración*, S. 13. Die statistischen Jahrbücher erfassten nur diejenigen ImmigrantInnen, welche den Gratistransport der Regierung in Anspruch nahmen und sich danach bei der Einwanderungsbehörde in Asunción meldeten. Alle diejenigen, welche direkt in eine der Kolonien reisten, scheinen nicht auf, ebensowenig die illegalen Einwanderer und Einwanderinnen. Es gilt überdies zu beachten, dass Paraguay wie viele Einwanderungsländer das *Ius Soli* („Recht des Bodens“) kennt,

<b>Herkunft</b>	<b>1880 bis 1889</b>	<b>1890 bis 1899</b>	<b>1900 bis 1909</b>	<b>1910 bis 1919</b>	<b>1920 bis 1929</b>	<b>1930 bis 1939</b>	<b>1940 bis 1949</b>	<b>1950 bis 1959</b>
PollInnen	0	0	0	0	34	8.079	461	188
Andere aus Europa	146	0	14	14	44	332	279	480
Subtotal Europa	2.078	313	2.834	4.135	1.368	11.363	2.132	4.063
JapanerInnen	0	0	25	0	0	533	161	4.085
MennonitInnen <sup>22</sup>	0	0	0	0	1.876	381	4258	7
Total Immi- grantInnen	7.774	415	3.420	5.700	3.529	12.629	7.280	11.665
Gesamt- bevölkerung Paraguays	239.774	–	490.719	651.040	843.905	987.824	1.259.826	1.816.890

Quelle: Statistische Jahrbücher Paraguays, verschiedene Jahre

wonach der Geburtsort ausschlaggebend für die Herkunftsbezeichnung ist. Im Falle der eingewanderten ÖsterreicherInnen bedeutet dies, dass sie in den Kategorien ÖsterreicherInnen, TschechInnen, PollInnen, RussInnen oder Andere aus Europa aufscheinen können.

<sup>22</sup> Die ersten mennonitischen KolonistInnen wanderten aus Kanada ein. Eine zweite und dritte Einwanderungswelle stammten aus der Sowjetunion.

**Anzahl ImmigrantInnen und Gesamtbevölkerung Paraguays<sup>23</sup>**

<b>Jahr</b>	<b>Anzahl ImmigrantInnen</b>	<b>Gesamtbevölkerung Paraguays</b>
1930	329	851.554
1931	663	857.337
1932	508	870.197
1933	361	872.250
1934	584	901.773
1935	1.122	926.580
1936	2.484	931.799
1937	4.775	936.126
1938	4.511	954.848
1939	2.057	987.824

Das Einwanderungsgesetz vom 7. Juni 1881 drückt klar die Vorstellung der Regierung in Bezug auf die zukünftigen KolonistInnen aus. Die Einwanderer und Einwanderinnen sollten rechtschaffen, arbeitsam und mit der Landwirtschaft vertraut sein, wobei die Regierung die Einwanderung im Familienverband vor Augen hatte, ohne jedoch der individuellen Immigration einen Riegel vorzuschieben. Denjenigen ImmigrantInnen, welche diese Anforderungen erfüllten, versprach die Regierung den Gratistransport vom Hafen bis zu ihrem zukünftigen Arbeits- und Wohnort. Zur Bewirtschaftung erhielten sie ein Grundstück von 12 Hektaren, das nach fünf Jahren in ihren Besitz übergehen sollte. Darüber hinaus verpflichtete sich die Regierung, für sechs Monate Unterhalt aufzukommen sowie Wohnraum, Arbeitsgeräte, Nutztiere und Saatgut zur Verfügung zu stellen.<sup>24</sup> Trotz dieser großzügigen Unterstützung seitens der Regierung sahen sich die KolonistInnen oft vor unüberwindbare Hindernisse gestellt: Auf dem zukünftigen Ackerland musste zuerst der dichte Urwald gerodet werden. Wenn die erste Ernte endlich eingefahren war, stellte sich das Problem der ungenügenden Verkehrsverbindun-

---

<sup>23</sup> Fischer / Palau / Pérez, *Inmigración y Emigración*, S. 11.

<sup>24</sup> Ebenda, S. 5.

gen, um die Landwirtschaftsprodukte zu verkaufen, es sei denn, die Kolonie lag an einer Wasserstraße.<sup>25</sup> Diese Kombination von negativen Rahmenbedingungen führte dazu, dass zahlreiche KolonistInnen Paraguay bald wieder den Rücken kehrten. Anders als in Argentinien, wo ImmigrantInnen in den Städten erfolversprechende Bedingungen für Lohnarbeit oder gar für den Aufbau eines eigenen Betriebes vorfanden, boten die wenigen urbanen Zentren Paraguays kaum Chancen für Handwerker, FabrikarbeiterInnen oder Kaufleute – zumal der Binnenmarkt nur von einer bescheidenen Nachfrage geprägt war. Es waren also weniger die selektiven Kriterien der paraguayischen Einwanderungsgesetzgebung, welche LandwirtschaftskolonistInnen aus Europa favorisierten, als viel mehr die realen sozioökonomischen Bedingungen des Landes, welche die Landwirtschaft ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückten.<sup>26</sup>

In den Zwanzigerjahren kamen die ersten mennonitischen ImmigrantInnen nach Paraguay.<sup>27</sup> Sie waren an den immensen unbesiedelten Landstrecken im Chaco interessiert. Ihre Einwanderung wurde außerdem durch ein spezielles Gesetz begünstigt, welches ihnen Religionsfreiheit, den Erlass des Militärdienstes und die Autonomie über das Schulwesen garantierte.<sup>28</sup> Aus demselben Jahrzehnt stammte das Einwanderungsabkommen mit Japan, das

---

<sup>25</sup> Ilg, Pioniere, S. 194.

<sup>26</sup> Rudolf Rauscher liegt richtig, wenn er in seiner Einwanderungsbroschüre schreibt: „Die Staaten Südamerikas haben auch gar kein Interesse, etwa Kellner, Buchhalter, Goldarbeiter, Handelsangestellte und ähnliche Berufe aufzunehmen, sie haben nur e i n Interesse, das Land urbar zu machen, Menschen seßhaft zu machen, die vom Sonnenauf- bis Sonnenuntergang mit der Natur im Kampf liegen, um sie der Kultur zu unterordnen.“ Rauscher, Paraguay als Zielland für Auswanderer, S. 3. Der Vollständigkeit halber muss angefügt werden, dass die paraguayische Regierung auf Grund der beschränkten Finanzmittel darauf bedacht war, nur diejenigen ImmigrantInnen finanziell zu unterstützen, welche das Potential für eine erfolgreiche Ansiedlung mitbrachten. Dies waren notwendigerweise LandwirtschaftskolonistInnen und nicht FabrikarbeiterInnen oder Kaufleute. Fischer / Palau / Pérez, Inmigración y Emigración, S. 6.

<sup>27</sup> Die Mennoniten sind eine evangelische Glaubensgemeinschaft, die aus der Täuferbewegung hervorgegangen ist. Aufgrund einiger ihrer Glaubensgrundsätze – die Erwachsenentaufe und insbesondere die Ablehnung des Waffendienstes – waren sie in den meisten Gebieten Westeuropas ständiger Verfolgung ausgesetzt, der sie sich durch Auswanderung zu entziehen suchten: zuerst vor allem nach Russland und Nordamerika und gegen Ende des 19. Jahrhunderts auch nach Argentinien. Als in Kanada die mennonitischen Gemeinden zunehmend unter staatlichen Druck und Kontrolle gerieten, setzte ab den Zwanzigerjahren des 20. Jahrhunderts eine neue Migrationswelle von Kanada nach Paraguay ein.

<sup>28</sup> Ebenda, S. 9. Vgl. auch Ilg, Pioniere, S. 212–230.

jedoch erst in den Dreißigerjahren einen Zustrom aus jenem Land nach Paraguay in Gang setzte. Während in den Zwanzigerjahren die Einwanderungszahlen der ItalienerInnen und SpanierInnen rückläufig waren, nahmen jene aus Deutschland, Österreich und Polen stetig zu. Geradezu sprunghaft stiegen die Zahlen in den Dreißigerjahren an. Das Ende der liberalen Ära schlug sich auch in der Einwanderungspolitik nieder. Am 29. März 1937 verabschiedete die Regierung ein neues Einwanderungsgesetz, das stärker zwischen einer erwünschten und einer unerwünschten Einwanderung unterschied.<sup>29</sup> Zur ersten Kategorie gehörten Landwirte, Handwerker und ausgebildete Fachleute aus der Industrie, während für Kaufleute, Angestellte, ungebildete Arbeitskräfte und freiberufliche AkademikerInnen die Türen in der Regel verschlossen blieben.

Die Einwanderungsstatistik zeigt deutlich den Einfluss nicht nur der politischen Ereignisse der Dreißigerjahre in Mitteleuropa als Push-Faktoren, die die Migration beförderten, sondern auch den Chacokrieg als dämpfenden Pull-Faktor: Zwischen 1932 und 1934 stagnierten die Einwanderungszahlen bzw. waren sogar leicht rückläufig. Im darauf folgenden Jahr erholten sie sich, um sich danach zu verdoppeln. Der Einbruch im Jahr 1939 erklärt sich mit dem Reglement, das von der Direktion des Departements für Kolonisierung, das dem Ministerium für Infrastruktur unterstellt war, am 26. Mai 1939 verabschiedet wurde. Jüdinnen und Juden wurde darin die Einreise verboten, wobei sich der paraguayische Staat ausdrücklich auf die NS-Definition bezog und nicht auf die aktuelle religiöse Zugehörigkeit.<sup>30</sup> Ausnahmen wurden im Falle von Fachleuten aus der Industrie, WissenschaftlerInnen und KünstlerInnen gemacht, welche diesen Status schriftlich beweisen konnten. In jedem Fall benötigten die jüdischen VisumasplicantInnen die Bewilligung vom Departement für Kolonisierung, das vorab die Notwendigkeit der Fachkraft auf ihrem Gebiet für Paraguay abklärte.<sup>31</sup>

---

<sup>29</sup> Walter, *Deutsche Exilliteratur*, S. 372.

<sup>30</sup> Alfredo Seiferheld zeichnet in seinem Werk über den Faschismus und Nationalsozialismus in Paraguay genau nach, wie einerseits die politische Entwicklung Europas, vor allem der Achsenmächte, und andererseits die innenpolitische Situation, die mit dem Totalitarismus liebäugelte, in der paraguayischen Gesetzgebung ihren Niederschlag fanden. Alfredo M. Seiferheld, *Nazismo y Fascismo en el Paraguay (1936/1939)*. Gobiernos de Rafael Franco y Félix Paiva, <http://librosdehistoriaparaguay.blogspot.com/2010/06/alfredo-m-seiferheld-nazismo-y-fascismo.html>, Zugriff: 7. 11. 2010.

<sup>31</sup> Antwortschreiben der Legación de la República Argentina an den argentinischen Außenminister José Maria Cantilo. Ministerio de Relaciones Exteriores y Culto, Autoridades Nacio-

## Ein hartes Pflaster für österreichische Vertriebene

Paraguay war keine Wunschdestination für diejenigen ÖsterreicherInnen, die nach dem „Anschluss“ Österreich fluchtartig verlassen mussten. Wenn überhaupt war Paraguay vor allem in ländlichen Gebieten Österreichs seit Anfang des 20. Jahrhunderts als Emigrationsdestination bekannt geworden.<sup>32</sup> Nachdem die Mehrheit der nach Buenos Aires und Montevideo emigrierten ÖsterreicherInnen aus dem Wiener Bildungsbürgertum stammte, ist anzunehmen, dass die österreichische Exilgemeinde in Paraguay ähnlich zusammengesetzt war und sich daher von Lobeshymnen auf den fruchtbaren Boden, das ausgezeichnete Klima und die außerordentlich reichhaltige Flora nicht besonders angezogen fühlte.<sup>33</sup> Doch hatte Paraguay den großen Vorteil, dass es in Europa einen Schwarzmarkt für Paraguayvisa gab.<sup>34</sup> Die wenigsten Vertriebenen, die in den Genuss eines solchen Visums kamen, erreichten jedoch tatsächlich Paraguay. Einerseits wollte niemand ernsthaft in Paraguay sesshaft werden, sondern die meisten bleiben lieber in Montevideo oder Buenos Aires, andererseits wurden VisainhaberInnen von den paraguayischen Behörden, die um den einträglichen Handel mit gefälschten bzw. gekauften Paraguayvisa wussten, an der Einreise gehindert.<sup>35</sup> Die Brüder Rudolf und Erich Neuberger aus Wien erlebten im Hafen von Montevideo, wie sich die vermeintliche Sicherheit ihres Visums als Täuschung herausstellte:

„Nach 28 Tagen auf dem Schiff warteten wir ungeduldig auf die Ankunft in Montevideo. [...] Endlich war es soweit. Aber dann erlebten

---

nales, Exp. 88/1940: Agricultura – sol/información de Representantes Diplomáticos en los países sudamericanos sobre medidas de esos países que hubieran adoptado respecto inmigración judía. Als Beispiel für eine dieser Ausnahmen wurde eine nicht namentlich erwähnte österreichische Ärztin zitiert, welche gemäß dem Nachrichtenerstatter eine große Kapazität im Labor war und deshalb Aufnahme im Universitätsspital von Asunción gefunden hatte.

<sup>32</sup> Der Auswandererhilfsverein Deutsch-Österreich beurteilte 1919 Paraguay als denjenigen Staat Südamerikas, der KolonistInnen am tatkräftigsten förderte und unterstützte. Ilg, Pioniere, S. 204.

<sup>33</sup> Ebenda, S. 205. Zu Argentinien und Uruguay vgl. Oliver Kühschelm / Philipp Mettauer / Regula Nigg, Österreichische Vertriebene in Argentinien und Uruguay. Verfolgung und Flucht – Exil und Neuanfang – Akkulturation und Identitäten, unveröffentlichter Forschungsbericht, Buenos Aires–Wien 2007.

<sup>34</sup> Walter, Deutsche Exilliteratur, S. 371.

<sup>35</sup> Ministerio de Relaciones Exteriores y Culto, Autoridades Nacionales, Exp. 88/1940: Informe N° 723.

wir eine unangenehme Überraschung. Die Regierung Paraguays untersagte uns die Einreise, weil das vom Konsul in Paris ausgestellte Visum ungültig war. In Anbetracht dieser Situation wollte uns die Regierung Uruguays nicht von Bord lassen. Die Mehrheit der Emigranten an Bord war in derselben Situation wie wir. Anders ausgedrückt, der Konsul in Paris hatte ein Bombengeschäft gemacht, weil anzunehmen ist, dass ihm der *Joint*<sup>36</sup> eine enorme Summe für jedes Visum bezahlt hatte.

Eine große Enttäuschung und Zukunftsängste überkamen uns. Doch unversehens erschien ein gewisser Herr Mendelson (wenn ich mich richtig erinnere) in Vertretung der *Kehillah* [jüdische Gemeinde] von Montevideo, der uns Trost und Mut zusprach. Und wenige Stunden später konnten wir von Bord gehen, nachdem die jüdische Gemeinde von Montevideo alle Hebel in Bewegung gesetzt hatte, um von den Behörden die Erlaubnis zu bekommen.<sup>37</sup>

Die Brüder Neuberger und alle ihre SchicksalsgenossInnen konnten in Uruguay bleiben, wo sie bald Arbeit fanden, bevor sie 1940 nach Buenos Aires zogen.

Der paraguayische Historiker Alfredo Seiferheld, der 1950 in Villarrica als Sohn mitteleuropäischer Juden geboren wurde, wusste aus erster Hand, wie sehr die sanitären, infrastrukturellen und kulturellen Verhältnisse Paraguays die aus Europa geflüchteten Neuankömmlinge abstießen. Mit rund 80.000 EinwohnerInnen, kaum asphaltierten Strassen, wo zudem die Pferde- und Ochsenkarren den Verkehr dominierten, fehlendem Wohnungsangebot und prekären hygienischen Bedingungen war die Hauptstadt Asunción für die meisten MitteleuropäerInnen eine herbe Enttäuschung.<sup>38</sup> Wer sich daher einer Weiterreise nach Paraguay nicht entziehen konnte, versuchte in den meisten Fällen bei der ersten Gelegenheit in ein weniger exotisches und zukunftsträchtigeres Emigrationsland weiterzureisen.

Emil Spiegel, der aus Wien stammte, verbrachte im Jahr 1938 immerhin sechs Monate in Paraguay und erinnert sich heute daran:

---

<sup>36</sup> American Jewish Joint Distribution Committee (kurz Joint) ist eine Hilfsorganisation US-amerikanischer Juden für jüdische Glaubensgenossen.

<sup>37</sup> Erich Neuberger, Unveröffentlichte Erinnerungen, S. 29 f., aus dem Spanischen übersetzt von Regula Nigg.

<sup>38</sup> Seiferheld, El final de la era liberal en el Paraguay.

„Nach ungefähr zwanzig Tagen haben wir uns ausgeschifft in Montevideo. In Montevideo sind wir vierzehn Tage von der jüdischen Gemeinde in einem Hotel untergebracht worden. Kein Fünfsterhotel, aber es war angenehm. Und dann sind wir, einige, aber nicht alle, also ungefähr sechs oder acht Leute, in ein Lastschiff eingeschifft worden nach Asunción. Das hat vierzehn Tage gedauert, weil das Schiff zwei Schlepper gehabt hat. Und das ist nicht in der Nacht gegangen, nur bei Tag. Sonst hätte es vielleicht nur zwei oder drei Tage gedauert. Dort sind wir empfangen worden von der jüdischen Gemeinde. Dadurch, dass so viele Emigranten angekommen sind, wollte die jüdische Gemeinde nicht haben, dass alle in der Stadt herumgehen, weil man konnte sie ja sofort erkennen durch das, was die Leute angezogen hatten. Wir haben doch europäische Kleider gehabt. Und dort ist das vollkommen anders gewesen. Die Leute sind in diesen typischen *bombachas* herumgegangen. *Bombachas* nennt man eine Hose, die hier unten [zeigt auf das Fußgelenk] zusammengeht mit einem Knopf. Und das haben damals viele Leute dort getragen. Man hat auf einen Kilometer sofort gesehen, wer aus Europa kommt.

Die jüdische Gemeinde hat am Land, ungefähr sechzig Kilometer von Asunción entfernt, ein kleines Anwesen von vier oder fünf Hektaren gemietet. Und hat uns dort abgeschoben. Es sind immer wieder neue Leute gekommen. Ich war dort ungefähr sechs Monate. [...] In der Nähe von Asunción. Ich sag' immer in der Nähe, weil ungefähr dreißig Kilometer entfernt war oder ist noch der *frigorífico* [Schlachthof und Fleischverarbeitungsfabrik] Liebig. Die haben hier auch in der Provinz Entre Ríos [Argentinien] einen *frigorífico*. Und der Direktor war aus Südafrika. Der hat deutsch gesprochen. Und der hat mir und *algún*-, noch jemandem, der hat uns dann dort eine Arbeit als Aufseher verschafft. Mit den Leuten konnte ich ja fast nicht sprechen, weil die Leute unter sich, die Paraguayer, sprechen Guaraní. Und Spanisch hab' ich noch nicht gekonnt. Nur ein paar Worte. Aber ich hab' dort sechs Monate gearbeitet. Hab' gut verdient dort. Ich hab' dort verdient das Doppelte, was ein Arbeiter bekommen hat, und konnte das auch sparen. Die Sache war ja nur die, ein Zimmer zu bekommen. Das war nicht so einfach. Dort, wo der *frigorífico* war, in diesen Ort sind auch Saisonarbeiter gekommen. Und für einen Europäer war es dort unmöglich, ein Zimmer zu bekommen. Und durch Zufall hatte ich ein gutes Zimmer bekommen, sehr rein! Wie man hier sagt in einem ... eh ... in einem Hotel. In einem Stundenhotel würde man hier sagen.

War sehr rein, angenehm. Ich hab' dort überhaupt nix zu tun gehabt mit den Leuten. [...]

*Bueno*, ein Emigrant, das weiß ich, der hat Wurst erzeugt. Dort hat auch ein Freund gearbeitet. Der ist dann herumgefahren in den ganzen Dörfern und hat das verkauft. Einer, der hat eine *mula* [Maultier] gehabt, der ist auch herumgefahren, kann ich mich erinnern, und hat verschiedene Sachen verkauft. Ein Hausierer. Ein Bekannter hat eine *fiambrería* [Wurstwarengeschäft] gehabt. Ist aber auch hier [in Argentinien]. Alle sind weg von dort und sind hierher gekommen [...]. Nur sehr, sehr wenige sind dort in Asunción hängen geblieben. Nur sehr wenige. War keine Möglichkeit dort, irgend etwas zu machen oder Arbeit zu finden.<sup>39</sup>

Emil Spiegel beschreibt, wie nicht nur Paraguay für die österreichischen Vertriebenen exotisch war, sondern wie ebenso die EuropäerInnen durch ihre Kleidung, vermutlich aber auch durch ihre Gepflogenheiten, markant auffielen. Die Tatsache, dass die geringe industrielle Produktion mehrheitlich in ausländischer Hand war, hat sich für Emil Spiegel als Vorteil herausgestellt, wurde er doch als Ausländer trotz fehlender Spanisch- und Guaranikenntnisse sofort den lokalen Arbeitskräften bei der Anstellung als Aufseher vorgezogen. Er lässt aber keinen Zweifel daran, dass für ein wirkliches berufliches Vorwärtstkommen Paraguay zu wenig Perspektiven bot.

## Alianza Austríaca pro Aliados

Die wenigen österreichischen Vertriebenen, die nach Paraguay gelangten, gründeten zusammen mit ÖsterreicherInnen, die beim „Anschluss“ bereits in Paraguay ansässig gewesen waren und die Linie der Gleichschaltung des deutschsprachigen Vereine nicht mittragen wollten, die rührige *Alianza Austríaca pro Aliados*.<sup>40</sup> Es ist auf Grund fehlender Dokumente nicht vollständig geklärt, wann genau der Grundstein für die *Alianza* gelegt worden war, doch deuten Erwähnungen in den Mitteilungen Nr. 7 der *Alianza* und im II. Rundschreiben des *Comité Austríaco* aus Buenos Aires darauf hin, dass

---

<sup>39</sup> Interview mit Emil Spiegel, Buenos Aires, 11. 3. 2002.

<sup>40</sup> Zur Gleichschaltung vgl. Günther J. Bergmann, *Auslandsdeutsche in Paraguay, Brasilien, Argentinien*, Berlin–Bonn 1994, S. 59–62.

sich ÖsterreicherInnen zwischen Ende 1941 und Anfang 1942 zur *Alianza* zusammenschlossen.<sup>41</sup> Die Autoren der Mitteilungen, wie die regelmäßigen schriftlichen Nachrichten der *Alianza* genannt wurden, ließen keinen Zweifel darüber aufkommen, was der Auslöser der Gründung gewesen war. In unmissverständlichen Worten geißelte die *Alianza* die Unfähigkeit der ExilösterreicherInnen, sich zu einer einheitlichen Organisation zusammenzufinden:

„Weil in den 4 Jahren seit des Ueberfalls auf unsere HEIMAT durch die braunen Nazihorden nirgends eine OESTERREICHISCHE KAMPFORGANISATION entstand. [...] Ob in London, New York, Buenos Aires oder anderswo, überall hat man die bekannten parteipolitischen Interessen, überall wird verhandelt um Posten in der zukünftigen Regierung und anderen Amterln – überall ist Leerlauf um die HEIMAT und das VOLK, überall spielen nur persönliche Interessen um eine gute Versorgung für das Leben dieser selbstgewollten Führer eine Rolle.“<sup>42</sup>

## Die *Alianza* und die Legion Österreichischer Patrioten – eine Kampforganisation

Die *Alianza* bezichtigte viele österreichische Exilorganisationen, nur um Ämter und Posten zu streiten und darüber das eigentliche Ziel, die Befreiung der Heimat, aus den Augen verloren zu haben. In Anlehnung an Andreas Hofers Befreiungskampf in Tirol argumentierte die *Alianza*, dass der Kampf

---

<sup>41</sup> *Alianza Austríaca pro Aliados*, Mitteilungen, Nr. 7, Asunción, August 1942, unfol., DÖW 21.313; *Comité Austríaco*, II. Rundschreiben des Comité Austríaco, Buenos Aires, 2. 3. 1942, S. 4, DÖW 3251b/1. Anne Saint Sauveur-Henn gibt als Gründungsdatum den März 1942 an, wobei sie sich auf eine Veröffentlichung der österreichischen Exilorganisation in Mexiko beruft. Es wird daraus nicht ersichtlich, ob es sich um eine Schätzung der ÖsterreicherInnen in Mexiko handelt oder um eine exakte Information bezüglich des Gründungsdatums. Anne Saint Sauveur-Henn, Zukunftspläne für Österreich aus der Sicht der Lateinamerikaemigranten, in: *Zeitgeschichte*, H. 6 / 2000, S. 399.

Es gab eine Vorläuferbewegung, den so genannten Österreichischen Nationaldienst, dessen Einheit aber bald an divergierenden Parteiinteressen zerbrach, vermutlich bereits 1940. Vgl. Harald Michael von Schocher an Johann Grimeisen, Villarrica 8. 6. 1942, DÖW 21.313.

<sup>42</sup> *Alianza*, Mitteilungen, Nr. 7, unfol.

um die Befreiung Österreichs vom peripheren Paraguay ausgehen sollte, „weil wir uns hier in Paraguay reineren Kopf und Herz bewahrt haben, parteilich nicht gebunden sind und auch keine Egoisten sind, wie die Mehrzahl der Leitungen oestr. Gruppen in England und anderswo“.<sup>43</sup> Um den Worten Taten folgen zu lassen, begannen die Mitglieder der *Alianza*, kampfbereite Freiwillige in der Legion Österreichischer Patrioten zu sammeln. Nach der Idee der Gründer sollten die Legionäre in den bewaffneten Kampf um die Befreiung Österreichs eintreten, sobald sich eine österreichische Volksregierung gebildet hatte und diese von den alliierten Regierungen anerkannt worden war.<sup>44</sup> Das Tätigkeitsfeld der Legionäre beschränkte sich aber nicht auf den bewaffneten Kampf in der Zukunft, sondern sollte nach Ansicht der *Alianza* bereits im Exil das unmittelbare Umfeld eines jeden Legionärs mit einbeziehen.

Die Legionäre hatten die Aufgabe, „sich selbst mit den Waffen für die Freiheit der Heimat und des österr. Volkes einzusetzen und die Schmach des 11. März 1938 zu tilgen, wo Oesterreicher die Heimat verkauften. [...] als Aufklärer und Werber und gleichzeitig als scharfer Beobachter der nazistischen Anhänger zu wirken und deren Namen, Personenbeschreibung, eventuell Fotos etc. (recherchenmäßig) an die Legionsleitung einzusenden, wo ein faschistisches Register bereits angelegt ist, welches den einzelnen Regierungen bei Bedarf zur Verfügung gestellt wird. Fälle, die gegen die Sicherheit eines Staates gerichtet sind, hat der Legionär sofort den zuständigen Polizeibehörden zu melden und außerdem auch an uns.“<sup>45</sup>

Wenig ist bekannt über den weiteren Verlauf dieser Kampforganisation. Im Dezember 1942 waren 305 Legionäre registriert.<sup>46</sup> Bis zum September 1943 konnten viele neue Mitglieder angeworben werden, so dass die Legion zu jenem Zeitpunkt 681 Mitglieder zählte, wovon 364 aus Paraguay stammten, 101 aus anderen südamerikanischen Staaten, 102 aus England, 65 aus den USA, 25 aus Kanada und 24 aus Palästina.<sup>47</sup> Wie es das Pflichtenheft der

---

<sup>43</sup> Alianza Austríaca pro Aliados, Offener Brief an das Comité Austríaca [sic!] in Buenos Aires, Asunción 7. 11. 1942, DÖW 21.313.

<sup>44</sup> Alianza Austríaca pro Aliados, Mitteilungen, Nr. 9, Asunción, September 1942, unfol., DÖW 21.313.

<sup>45</sup> Harald Michael von Schocher an Johann Grimeisen, Villarrica 7. 12. 1942, DÖW 21.313.

<sup>46</sup> Ebenda. Schocher erwähnte, dass der zuletzt angeworbene Legionär ein früherer weißrussischer Offizier war, dessen Sohn kurz vorher im Kampf gegen die Deutsche Wehrmacht bei Stalingrad gefallen war. Diese Erwähnung deutet daraufhin, dass die Legion auch Nicht-österreicher aufnahm, sofern sich diese mit den Zielen der Legion identifizierten.

<sup>47</sup> Schocher an Grimeisen, Villarrica 8. 9. 1943, Nr. 3, DÖW 21.313.

Legionäre vorschrieb, arbeiteten diese für den Geheimdienst „einer alliierten Macht“, indem sie die „Fünfte Kolonne“ ausspionierten. Die Vermutung liegt nahe, dass es sich bei der alliierten Macht um die USA handelte, bestanden doch nachweislich Kontakte zum US-amerikanischen Konsulat in Brasilien.<sup>48</sup>

Die *Alianza* und die Legion, die zwar organisatorisch unabhängig voneinander waren, personell aber viele Überschneidungen aufwiesen, bildeten innerhalb der österreichischen Exilorganisationen Lateinamerikas einen Sonderfall, weil sie sich nicht so sehr der Pflege österreichischer Kultur als Brücke zur identitätsstiftenden Heimat widmeten, sondern die direkte Aktion vorzogen.<sup>49</sup> Bezeichnenderweise gibt es nur ein einziges Mal einen Hinweis auf eine kulturelle Veranstaltung.<sup>50</sup> Dafür fallen die Mitteilungen durch eine Wortwahl auf, die an eine verbale Kriegsführung erinnert. Es ist anzunehmen, dass die geringe Größe der nicht gleich geschalteten deutschsprachigen Gemeinde in Asunción und die relative Stärke der NS-Gruppen in Paraguay sowie die provinzielle Enge in den deutschsprachigen Kolonien ein forsches Auftreten und handfeste Taten der *Alianza* verlangten.<sup>51</sup> Der Aufruf in den Mitteilungen, Geschäfte und Dienstleistungen von Nazianhängern zu boykottieren, das Österreichtum immer und überall offen zu bekennen sowie ÖsterreicherInnen, die wegen ihrer patriotischen Haltung verfolgt wurden, beizustehen etc. lässt erahnen, dass bekennende ÖsterreicherInnen und NationalsozialistInnen in Paraguay Tür an Tür lebten und dass es keine Anonymität gab wie z. B. in der Großstadt Buenos Aires. Daraus wird die kompromisslose Haltung verständlich, die im Satz gipfelte: „Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns.“<sup>52</sup>

---

<sup>48</sup> Schocher an Grimeisen, Villarrica 7. 5. 1943, DÖW 21.313; Johann Grimeisen an Friedrich Franke, Hamburgo–Velho 10. 1. 1944, DÖW 21.313.

<sup>49</sup> Ruth Aspöck, Österreichische antifaschistische Gruppen in Lateinamerika, in: Friedrich Stadler (Hrsg.), Vertriebene Vernunft 2. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft, Wien–München 1988, S. 999.

<sup>50</sup> Schocher erwähnte in einem Brief an Grimeisen, dass die Mitglieder der *Alianza* und Legion in Villarrica zu Silvester 1942 einen Familienabend mit humoristischen Einlagen planten. Schocher an Grimeisen, Villarrica 7. 12. 1942, DÖW 21.313.

<sup>51</sup> Paraguay hat die zweifelhafte Ehre, die erste NSDAP-Gruppe außerhalb Deutschlands beherbergt zu haben. Bereits 1929 wurde auf Initiative lokaler Parteimitglieder eine Auslandssektion gegründet. Bergmann, Auslandsdeutsche, S. 49.

<sup>52</sup> *Alianza Austriaca pro Aliados*, Mitteilungen, Nr. 4, Asunción, Juni 1942, unfol., DÖW 21.313.

## Inhaltliche Ausrichtung der *Alianza*

Im Gegensatz zur Aktionsform glich die inhaltliche Ausrichtung der *Alianza* dem Kanon der österreichischen Exilorganisationen Lateinamerikas. Es handelte sich um eine österreichische Organisation auf Volksfrontbasis. Zwar liegen keine Mitgliederlisten vor, die Auskunft geben könnten über die politische Zusammensetzung der *Alianza*, doch legt der Diskurs in den Mitteilungen diese Schlussfolgerung nahe.

„Wir sprechen endlich einmal ÖSTERREICHISCH UND UNS liegt an der Wahrheit und Gerechtigkeit für ÖSTERREICH und das ÖSTERREICHISCHE VOLK mehr, als an der volkszersetzenden Süssholzraspeli der sogenannten österreichischen Vereine und Parteien.

Wir kennen heute in dieser Not, die unsere HEIMAT und das ÖSTERREICHISCHE VOLK zu erleiden haben, keine Klassen, keine Parteien, sondern nur ÖSTERREICHER.“<sup>53</sup>

Noch vor der Moskauer Deklaration vom 1. November 1943 erklärten die Autoren der Mitteilungen, dass Österreich das erste Opfer von NS-Deutschland war. Im gleichen Schreiben wehrten sie sich gegen die Behauptung, die österreichische Bevölkerung habe Hitler zugejubelt, sondern behaupteten im Gegenteil, dass der Großteil der ÖsterreicherInnen „voll Schmerz und Ingrimme über diese Schmach und Schande und das angetane Unrechte weinte“.<sup>54</sup> Diesem Teil der österreichischen Bevölkerung wollte die *Alianza* bei der „Befreiung aus dieser Knechtschaft“ helfen.<sup>55</sup>

Die Zukunftspläne der *Alianza* für das Nachkriegsösterreich blieben vage und reduzierten sich auf eine demokratische Ausrichtung des zukünftigen österreichischen Staates: „Wir verneinen heute sowohl ein monarchistisches, wie auch ein republikanisches Bekenntnis, und bekennen uns lediglich zur Demokratie. Die Regierungsform hat das gesamte Volk später zu entscheiden.“<sup>56</sup> Die *Alianza* wollte sich offensichtlich nach Möglichkeit auf kein par-

---

<sup>53</sup> Alianza Austriaca pro Aliados, Mitteilungen, Nr. 5, Asunción, Juli 1942, unfol., DÖW 21.313.

<sup>54</sup> Alianza Austriaca pro Aliados, undatierte Mitteilungen (vermutlich Nr. 3), unfol., DÖW 21.313.

<sup>55</sup> Ebenda.

<sup>56</sup> Alianza Austriaca pro Aliados, Mitteilungen, Nr. 16, Asunción, 15. 6. 1943, unfol., DÖW 21.313.

teipolitisches Programm festlegen, während sich das *Comité Austriaco* in Buenos Aires in einem gemeinsamen Aufruf mit dem *Argentinischen Tageblatt*, *Das Andere Deutschland* und dem *Volksblatt* immerhin zur „österreichischen Republik mit ihren demokratischen und sozialen Errungenschaften“ bekannte und damit, wie Anne Saint Sauveur-Henne folgert, die Vorstellungen der habsburgischen Legitimisten ablehnte.<sup>57</sup> Die *Alianza* nahm jedoch klar einen Bruch mit dem Ständestaat vor, indem sie sich davon distanzierte und eine Kontinuität desselben nach dem Krieg kategorisch ausschloss. „Das ÖSTERREICHISCHE VOLK hat dieses Los, das ihm seine Parteibonzen aufhalsten, nicht verdient und wird nie mehr zu solchen Machinationen seine Einwilligung geben.“<sup>58</sup>

## Verbindungen zu anderen Exilorganisationen

Die Beziehungen der *Alianza* zum *Comité Austriaco* in Buenos Aires waren von Anfang an gespannt. Die Mitglieder der *Alianza* störten sich weniger am Ziel des *Comité Austriaco* als an der Organisationsform als Verein und der Strategie, mit der das *Comité Austriaco* das gemeinsame Ziel – die Befreiung Österreichs – zu erreichen trachtete. Tatsächlich unterscheiden sich die Mitteilungen der *Alianza* und die Rundbriefe des *Comités* grundlegend, was Form, Sprache und Inhalt angeht. Die *Alianza* verstand sich als Kampforganisation und wusste daher mit Klavierkonzerten, Heurigenabenden und vergleichbaren Anlässen nichts anzufangen. Der Verzicht auf die Nennung von Adelstiteln wie im Falle des stellvertretenden Beisitzenden Herrn von Preindlsperger interpretierten die Autoren der *Alianza* als parteiliche Einstellung und Verschweigen von Tatsachen und zeigten für die eigentliche Absicht, die ebenfalls im *Comité Austriaco* vertretenen SozialistInnen nicht zu provozieren, überhaupt kein Verständnis.<sup>59</sup> Die *Alianza* zerpfückte die Rundschreiben des *Comités* und hielt dessen Vorstand Vereinsmeierei, „Freunderlwirtschaft“, unehrenhaftes Vorgehen, fehlenden Kampfesmut und Verrat an der Sache vor. Im gleichen Atemzug boten sie unzufriedenen Mit-

---

<sup>57</sup> Comité Austriaco, Österreicher, Landsleute!, in: VIII. Rundschreiben, Buenos Aires, 1. 9. 1942, S. 1, DÖW 3251b/1; Saint Saveur-Henn, Zukunftspläne für Österreich, S. 400.

<sup>58</sup> Alianza Austríaca pro Aliados, Mitteilungen, Nr. 7, unfol.

<sup>59</sup> Alianza Austríaca pro Aliados, Mitteilungen, Nr. 8, Asunción, August 1942, unfol., DÖW 21.313.

gliedern des *Comité Austríaco* an, sich bei der Zentrale in Asunción zu melden und fortan Mitglied der *Alianza* zu sein.<sup>60</sup> Tatsächlich hatte die *Alianza* ihre Vertrauensleute beim *Comité Austríaco*, sogenannte Zellen, welche die *Alianza* informierten. Ein Stein des Anstoßes war zudem die nach Ansicht der *Alianza* mangelnde Distanzierung des *Comités* von Ernst Rüdiger von Starhemberg und die heute nicht mehr nachprüfbare Anschuldigung der Finanzierung durch den Waffenfabrikanten Fritz Mandl.<sup>61</sup> Der offizielle Bruch mit dem *Comité* erfolgte in einem offenen Brief der *Alianza* im November 1943.<sup>62</sup>

Mit Ernst Lakenbacher, dem Obmann der Österreichischen Sozialisten in Buenos Aires, gab es auf politischer Ebene unüberbrückbare Differenzen, weil Lakenbacher nicht die Sicht der *Alianza* teilte, wonach Österreich als erstes Opfer der großdeutschen Annexionspolitik anzusehen sei, sondern auf die massiven antisemitischen Ausschreitungen in Österreich – oft begangen durch die Zivilbevölkerung – hinwies.<sup>63</sup> Nach Ansicht der *Alianza* war Lakenbacher zu sehr Parteibeamter, was nicht der unparteilichen Volksfrontpolitik der *Alianza* entsprach.<sup>64</sup>

Die Einigungsbestrebungen der österreichischen EmigrantInnen und AuslandsösterreicherInnen in Brasilien verfolgte die *Alianza* mit wachem Interesse, obwohl sie gegenüber dem ehemaligen Gesandten in Rio de Janeiro, Anton Retschek, der 1943 das *Comité de Proteção dos interesses austríacos* (CPIAB) bildete, große Vorbehalte hatte. Zu anderen österreichischen Organisationen Lateinamerikas scheint die *Alianza* keinen regelmäßigen Kontakt gepflegt zu haben. Als Ende Oktober 1943 in Montevideo das *Comité Central Austríaco de América Latina* gegründet wurde, trat die *Alianza* bei und gedachte, aktiv mitzuarbeiten. Das *Alianza*-Mitglied Johann Grimeisen sollte auf Wunsch des damaligen Leiters Friedrich Franke Delegierter der *Alianza* beim Zentralkomitee werden.<sup>65</sup> Mitte 1944 meldete das Zentralkomitee, dass Franke persönlich als Delegierter fungieren wollte.<sup>66</sup>

---

<sup>60</sup> Alianza Austríaca pro Aliados, Mitteilungen, Nr. 10, Asunción, September 1942, unfol., DÖW 21.313.

<sup>61</sup> Schocher an Grimeisen, Villarrica 14. 12. 1942, DÖW 21.313.

<sup>62</sup> Alianza Austríaca pro Aliados, Offener Brief, 7. 11. 1943.

<sup>63</sup> Schocher an Grimeisen, 21. 11. 1942.

<sup>64</sup> Schocher an Grimeisen, Villarrica 17. 10. 1943, DÖW 21.313.

<sup>65</sup> Johann Grimeisen an Comité Central Austríaco de América Latina, 20. 3. 1944, DÖW 21.313.

<sup>66</sup> Aus den Organisationen, in: Austria Libre. Mitteilungsblatt des österreichischen Zentralkomitees für Lateinamerika, Nr. 2, Montevideo Anfang Juni 1944, S. 6, DÖW 3251b/3.

Allianzen mit antifaschistischen deutschen Gruppen lehnte die *Alianza* ab: „Wir sind Österreicher und wollen nach den gemachten schlechten Erfahrungen keine Bindung mit Deutschland in diesem Kampfe haben. [...] Die Herren Nachbarn sollen selber sehen, wie sie ihren verfahrenen Karren aus dem Dreck kriegen.“<sup>67</sup> Daraufhin wurde das Thema weder in den Mitteilungen noch in der Korrespondenz zwischen Schocher und Grimeisen je wieder angeschnitten.

## Personelle Zusammensetzung der *Alianza*

Es sind sehr wenige Informationen über die Mitglieder der *Alianza* erhalten geblieben. Es ist bekannt, dass sie bis Ende 1942 von Rudolf Frey aus Asunción geleitet wurde. Nach einem schwerwiegenden, doch nicht näher überlieferten Konflikt in der Brauerei, in der Frey als Braumeister angestellt war, verließ er am 17. Dezember 1942 überstürzt Asunción und reiste nach Buenos Aires. Seine zurückgebliebene Ehefrau, die sich von Nazis bedroht fühlte, erlitt einen Nervenzusammenbruch und verbrannte wichtige Dokumente der *Alianza*, u. a. das Mitgliederverzeichnis.<sup>68</sup> Über die Person Rudolf Frey ist weiter nichts bekannt. Seine schriftlichen Äußerungen in den Mitteilungen sind scharf formuliert, was offenbar nicht bei allen LeserInnen Gefallen fand.<sup>69</sup>

Nach Freys überstürzter Abreise ging die Leitung der *Alianza* faktisch und unorganisiert an Harald Michael von Schocher in Villarrica über, der ebenfalls ein Gründungsmitglied der *Alianza* war und bislang die Propagandaabteilung und Legion Österreichischer Patrioten geführt hatte. Über Schocher, der 1897 in der Donaumonarchie als zweiter Sohn einer Adelsfamilie geboren worden war, ist dank seinem Briefwechsel mit Johann Grimeisen etwas mehr überliefert. Schocher kämpfte ab 1915 als Freiwilliger im Ersten Weltkrieg.<sup>70</sup> Mit einem unverkennbar christlichen Hintergrund, der gepaart war mit einem sozialen Engagement, stellte er die christliche Nächstenliebe und die Verantwortung gegenüber den Mitmenschen ins Zentrum seines Handelns.<sup>71</sup> Ehre, Geradlinigkeit und eine patriotische Grund-

---

<sup>67</sup> Alianza Austríaca pro Aliados, Mitteilungen Nr. 9, unfol.

<sup>68</sup> Harald Michael von Schocher, Protokoll, 27. 1. 1943, DÖW 21.313.

<sup>69</sup> Alianza Austríaca pro Aliados, Mitteilungen, Nr. 5, unfol.

<sup>70</sup> Schocher an Grimeisen, Villarrica 31. 7. 1943, DÖW 21.313.

<sup>71</sup> Schocher an Grimeisen, Villarrica 21. 11. 1942, DÖW 21.313.

haltung schienen ihm wichtiger als parteilinientreuer Gehorsam.<sup>72</sup> Er hegte eine abgrundtiefe Abneigung gegen „Partei bonzen jedwelcher Färbung“.<sup>73</sup> Schocher fühlte sich einem „idealen Sozialismus“ auf der Basis einer berufsständischen Ordnung verpflichtet, der nichts gemein hatte mit dem Kommunismus, welchen er als prinzipiell irrig, unösterreichisch, international und in die Parteipolitik verstrickt ablehnte.<sup>74</sup> Unter Schocher wurden die Mitteilungen sorgfältiger herausgegeben und seine Sprache war gemäßigter als jene von Frey, „um dem Gegner die Möglichkeit zu bieten sich mit uns zu einen um der großen Sache willen“.<sup>75</sup> An der politischen Linie der *Alianza* aber änderte Schocher nichts, außer dass er die latent antisemitische Haltung Freys nicht weiterführte.<sup>76</sup>

Neben Schocher als Leiter der *Alianza* und der Legion Österreichischer Patrioten ist in einem Brief Schochers an Grimeisen dokumentiert, dass im September 1943 folgende Mitglieder im Vorstand der *Alianza* waren<sup>77</sup>:

- Legionär Friedrich Franke, Maler, Stellvertreter des Leiters, Drucker und Expedit
- Legionär Dr. Johann Kimelman, Delegierter bei der *Asociación de Aliados*
- Braumeister Rudolf Frey, Beirat
- Legionär Johann Grimeisen, Kaufmann, Beirat
- Legionär Walter Oehl, Lehrer & Kolonist, Beirat
- Legionär Franz Goldnagel, Kolonist, Beirat
- Legionär José Weilbacher, Schlosser, Beirat
- Legionär Georg Qeser, Weinbauer & Kolonist, Beirat (Straßenbahner a.D., Wien)
- Frau Anny Franke, Kasse

## Das Ende der *Alianza Austriaca Pro Aliados*

Am 28. November 1943 wurde Schocher in Villarrica auf dem Heimweg durch Schüsse aus dem Hinterhalt ermordet. Die Leitung der *Alianza* ging

---

<sup>72</sup> Ebenda.

<sup>73</sup> Schocher an Grimeisen, Villarrica 31. 7. 1943, DÖW 21.313.

<sup>74</sup> Schocher an Grimeisen, 21. 11. 1942 u. 8. 9. 1943.

<sup>75</sup> Schocher an Grimeisen, Villarrica 21. 2. 1943, DÖW 21.313.

<sup>76</sup> Schocher an Grimeisen, 7. 5. 1943.

<sup>77</sup> Schocher an Grimeisen, 8. 9. 1943, S. 3.

danach an Friedrich Franke, vormals stellvertretender Leiter, wohnhaft in Asunción über. Als Tatverdächtige wurden zwei stadtbekannte Banditen festgenommen. Doch angesichts des verbreiteten Rufes des Opfers als überzeugter Antifaschist und da kein Raub- oder Rachemotiv vorlag, vermutete die *Alianza*, dass die Tat auf das Konto der „Fünften Kolonne“ ging.<sup>78</sup> Die Stadt Villarrica, im Südosten Paraguays gelegen, beherbergte eine ansehnliche deutschsprachige Kolonie.<sup>79</sup> 1929 war in dieser Stadt die erste NSDAP-Organisation außerhalb Deutschlands gegründet worden.<sup>80</sup> In der Gegend von Villarrica gibt es mehrere hauptsächlich deutschsprachige Siedlungen, in denen die Agitation der Auslandsorganisationen der NSDAP nachweislich auf fruchtbaren Boden gefallen war.<sup>81</sup> Die Folgerung der *Alianza*, dass Schocher Opfer eines politischen Mordes wurde, wirkt demnach zwar plausibel, wird aber von Alfredo Seiferhelds Untersuchung der nationalsozialistischen Aktivitäten in Paraguay relativiert. Seiferheld macht darauf aufmerksam, dass es mit keinem Risiko verbunden war, in Paraguay – also rund 15.000 km vom Zentrum des Geschehens entfernt – begeistertes Parteimitglied zu sein. Um innerhalb der deutschsprachigen Gemeinde bestehen zu können, war eine Mitgliedschaft bei der AO vermutlich sogar opportun. Seiferheld weist aber auch darauf hin, dass die wenigsten paraguayischen Parteimitglieder konsequent oder fanatisch gewesen wären und im Allgemeinen keine Bereitschaft bestand, auf Seiten der Wehrmacht zu kämpfen.<sup>82</sup>

Auf die Mörder Schochers wurde eine Kopfprämie ausgesetzt.<sup>83</sup> Über eine strafrechtliche Verfolgung der Täter ist nichts bekannt.

---

<sup>78</sup> Federico Franke, An alle Gruppenleiter, Zellenleiter, Legionskameraden, Mitglieder, Landsleute und Freunde, DÖW 21.313.

<sup>79</sup> Ilg, Pioniere, S. 204 f.

<sup>80</sup> Erst ab 1931 wurden die außerhalb des Deutschen Reiches lebenden Parteimitglieder in der Auslands-Organisation der NSDAP zusammengefasst. Zu jenem Zeitpunkt bestanden aber bereits Gruppen im Ausland wie z. B. in Paraguay, der Schweiz oder den USA.

<sup>81</sup> Seiferheld erwähnt, dass Friedrich Brixner, seit 1929 deutscher Konsul in Villarrica, Mitglied der NSDAP war und aktiv nationalsozialistische Aktivitäten in seinem Gebiet unterstützte. Trotzdem soll er sich laut Berichten jüdischer Einwohner Villarricas nicht als Antisemit hervorgetan haben. Alfredo M. Seiferheld, Los alemanes reaccionan en el Paraguay frente a la crisis mundial, <http://librosdehistoriaparaguay.blogspot.com/search/label/LOS%20ALEMANES%20REACCIONAN%20EN%20EL%20PARAGUAY%20FRENTE%20A%20LA%20CRISIS%20MUNDIAL>, Zugriff: 29. 7. 2010; vgl. auch Rogelio García Lupo, Paraguay de Stroessner, Buenos Aires 1989, S. 32 f.

<sup>82</sup> Seiferheld, Los alemanes reaccionan en el Paraguay frente a la crisis mundial.

<sup>83</sup> Aus den Organisationen, in: Austria Libre. Mitteilungsblatt des österreichischen Zentralkomitees für Lateinamerika, Nr. 1, Montevideo Ende April 1944, S. 4, DÖW 3251b/3.

Nachrichten über den weiteren Verlauf der *Alianza* und der Legion sind nur spärlich erhalten geblieben. Im Dezember 1944 taucht in den Mitteilungen des Zentralkomitees für Lateinamerika die kurze Notiz auf, dass die *Alianza* ein Wohltätigkeitsfest veranstaltet hatte und den Gewinn zu Gunsten der in Italien und Frankreich befreiten ÖsterreicherInnen spenden wollte.<sup>84</sup> Die Meldung der Adressänderung, ebenfalls im Mitteilungsblatt des Zentralkomitees vom März 1945, ist das letzte Lebenszeichen der *Alianza*.<sup>85</sup> Es ist anzunehmen, dass die Adressänderung gleichbedeutend ist für das Ende dieser Organisation, denn selbst anlässlich der Befreiung Österreichs, als alle österreichischen Exilorganisationen ihre Freudenfeiern im Mitteilungsblatt des Zentralkomitees bekannt gaben, findet sich kein Hinweis auf eine Aktivität der *Alianza*.<sup>86</sup>

## Schlussbemerkung

Sowohl die Quellen- wie die Forschungslage machen deutlich, dass Paraguay als Exildestination keine bedeutende Rolle gespielt hat. Nicht zu unterschätzen, aber schwer zu beziffern ist die Bedeutung Paraguays auf dem Schwarzmarkt der gefälschten Visa, mit denen die verzweifelten Ausreisewilligen Europa verlassen konnte, ohne dass sie notwendigerweise ihr Zielland erreichen mussten. Von Uruguay und Argentinien ist bekannt, dass ÖsterreicherInnen mit Paraguay-Visa dort Zuflucht fanden. Im Falle von Brasilien dürfte die Situation ähnlich gewesen sein.

Die besondere Geschichte Paraguays und die provinzielle Enge verunmöglichten eine diskrete und einfache Assimilierung der österreichischen ImmigrantInnen. Doch scheinen dieselben Faktoren dazu geführt zu haben, dass die nicht gleichgeschalteten, bereits in Paraguay ansässigen ÖsterreicherInnen und die neu ankommenden österreichischen Vertriebenen ein

---

<sup>84</sup> Aus den Organisationen, in: *Austria Libre*, Nr. 8, Montevideo Dezember 1944, S. 8, DÖW 3251b/4.

<sup>85</sup> Aus den Organisationen, in: *Austria Libre*, Nr. 11, Montevideo März 1945, S. 8, DÖW 3251b/4.

<sup>86</sup> Aus den Organisationen, in: *Austria Libre*, Nr. 1, II. Jg., Montevideo Mai 1945, S. 8, DÖW 3251b/5; Veranstaltungen zur Befreiung Wiens, in: Mitteilungsblatt des österreichischen Zentralkomitees für Lateinamerika, Nr. 2, II. Jg., Montevideo Juni 1945, S. 7 f., DÖW 3251b/5.

enges Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelten und eine eingeschworene Gemeinschaft bildeten.

Forschungslücken könnten geschlossen oder zumindest verkleinert werden, wenn sich dereinst Hinterbliebene von Allianzmitgliedern und damit verbunden zusätzliches Forschungsmaterial finden ließen.

---

 JONNY MOSER

## FLUCHT ÜBER WIEN 1942/43

Um die Jahreswende 1942/43 war die Shoa, die Ermordung der Jüdinnen und Juden Europas voll im Gange. Hinter der vorrückenden deutschen Wehrmacht hatten die SS-Einsatzgruppen auf dem Gebiet der Sowjetunion mehr als eine Million Juden und Jüdinnen ermordet. Im Generalgouvernement, dem besetzten Polen, wurden die jüdische Bevölkerung sowie die dorthin deportierten Menschen systematisch in den Vernichtungslagern der „Aktion Reinhard“ getötet. Aus dem Reichsgebiet und den vom nationalsozialistischen Deutschen Reich besetzten Gebieten fuhren laufend Deportationszüge vor allem in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Bis Ende 1942 waren rund 47.000 Jüdinnen und Juden aus Wien deportiert worden, nur mehr rund 8.000 Juden und Jüdinnen – meist in aufrechten so genannten „Mischehen“ lebend, was ihnen einen zumindest vorläufigen Schutz gewährte – wohnten noch in der Stadt. Der Abtransport der Jüdinnen und Juden aus Berlin und anderen deutschen Städten ging seinem Ende entgegen.

Wenn auch die Details des Massenmordes (noch) nicht allgemein bekannt waren, wussten die zur Deportation bestimmten Menschen doch, dass sie „im Osten“ ein schreckliches Schicksal erwartete. Alleine die wenigen Briefe, die aus den Ghettos des Generalgouvernements noch nach Wien gelangt waren, verdeutlichten die ausweglose Situation der dorthin transportierten Menschen. Eine Flucht in den Untergrund, in ein Leben als Untergetauchter, als „U-Boot“, schien die letzte Möglichkeit zu sein, der Deportation zu entgehen. Nur wenigen allerdings gelang es, bis Kriegsende auf diese Weise zu überleben.<sup>1</sup> Man benötigte HelferInnen, die einem Unterschlupf gewährten. Trotz so mancher Hilfeleistung selbstloser und hilfsbereiter Mitmenschen wurden zahlreiche „U-Boote“ früher oder später doch – nicht zuletzt auch

---

<sup>1</sup> Siehe dazu die Arbeiten von Brigitte Ungar-Klein: „Du bleibst bei mir, jetzt und weiterhin“: das Schicksal jüdischer „U-Boote“ und ihrer HelferInnen, in: *Frauenleben 1945 – Kriegsende in Wien*, Ausstellungskatalog des Historischen Museums der Stadt Wien, Wien 1995, S. 85–98; Bei Freunden untergetaucht: U-Boote in Wien, in: Kurt Schmid / Robert Streibel (Hrsg.), *Der Pogrom 1938*, Wien 1990, S. 87–92; Kriegsende für ein „U-Boot“ in Wien, in: *Zeitgeschichte*, H. 7, Wien–Salzburg 1985, S. 286 f.; *Leben im Verborgenen: Schicksale*

aufgrund von Denunziationen durch „obrigkeitstreue“ MitbürgerInnen – verhaftet. Die Tagesrapporte der Gestapo vermerkten diese Festnahmen genau. Die Verhafteten wurden anschließend in Konzentrations- oder Vernichtungslager deportiert. Für die meisten von ihnen war ihr Schicksal damit besiegelt.

Wien war im Jahre 1943 trotz alledem noch ein Ziel geflüchteter Jüdinnen und Juden aus dem ehemaligen Polen, dem Protektorat Böhmen und Mähren wie aus Norddeutschland. Es war die Nähe zur ungarischen Grenze, die die Menschen anzog. Alle hofften, über die grüne Grenze nach Ungarn flüchten zu können. Denn Ungarn, ein Satellitenstaat Großdeutschlands, hatte – in der Absicht, aus dem Krieg auszuscheren – sein Verhalten den Juden und Jüdinnen gegenüber gemildert und gewährte Flüchtlingen aus dem Dritten Reich und aus der Slowakei mehr oder weniger stillschweigend Asyl.<sup>2</sup>

In Wien halfen zwei Gruppen unabhängig voneinander Juden und Jüdinnen bei der Flucht nach Ungarn. Wie war es damals angesichts von Gestapo-Terror und Überwachungsstaat möglich, Fliehenden und Untergetauchten beizustehen? Gestapo und NS-Behörden hatten mit der Kriegsmüdigkeit breiter Bevölkerungskreise und der unübersichtlichen Situation durch die Anwesenheit tausender ZwangsarbeiterInnen alle Hände voll zu tun. Wer waren diese HelferInnen, die sich der geflüchteten Juden und Jüdinnen annahmen? Es waren meist alleinstehende Frauen, die aus tiefster Überzeugung und reinsten Menschlichkeit den Verfolgten zu Hilfe kamen. Natürlich gab es unter ihnen auch manche, die Nutzen aus dieser Unterstützung zogen. Für den Beistand hatten die Flüchtigen sie mit Schmuckgegenständen, aber oft auch mit nicht unbeträchtlichen Geldsummen zu entschädigen. Anhand persönlicher Erinnerungen sollen zwei dieser Gruppen im Folgenden kurz vorgestellt werden.

Eine der Gruppen, die sich der Untergetauchten annahm, betreute besonders gefährdete Nazi-Gegner, Deserteure und aus dem Ausland eingeschleus-

---

der „U-Boote“, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Jüdische Schicksale: Berichte von Verfolgten, Wien 1993, S. 604–609; Überleben im Versteck: Rückkehr in die Normalität?, in: Alexander Friedmann / Elvira Glück / David Vyssocki (Hrsg.), Überleben der Shoah – und danach: Spätfolgen der Verfolgung aus wissenschaftlicher Sicht, Wien 1999, S. 31–41. Weiters u. a.: C. Gwyn Moser, Jewish „U-Boote“ in Austria 1938–1945, in: Simon Wiesenthal Center Annual, Volume 2, S. 53–62; Peter Kunze, Dorothea Neff: Mut zum Leben, Wien 1983.

<sup>2</sup> Siehe hierzu z. B. auch: Jonny Moser, Wallenbergs Laufbursche. Jugenderinnerungen 1938–1945, Wien 2006.

te Agitatoren. Anlaufstelle für sie war die Leihbibliothek von Doris Brehm<sup>3</sup>. Je nach Art der Gefährdung der „U-Boote“ besorgte Brehm diesen Menschen einen Unterschlupf. Es gehörte viel Courage sowie eine aufrechte und feste menschliche Haltung dazu, Menschen zu verbergen. Verfolgte, die in Kellern, auf Dachböden oder in Schrebergartenhütten versteckt wurden, durften sich weder zeigen noch rühren. Fanatische Nazi meldeten alles ihnen verdächtig Vorkommende der Polizei. Für HelferInnen tauchten zudem immer wieder auch weitere Schwierigkeiten auf, wie eine Erkrankung oder gar der Tod eines Versteckten, Fragen der Versorgung mit Nahrungsmitteln, da doch alle Lebensmittel rationiert und nur auf Lebensmittelkarten erhältlich waren.

Eine andere Gruppe kümmerte sich hauptsächlich um jüdische Flüchtlinge aus dem ehemaligen Polen, aus Sosnowitz und Bedzin (Bendsburg). Diesen wurde mithilfe zweier ungarischer Schlepper zur Flucht ins Nachbarland verholfen. Dieser Helfergruppe stand Dr. Leopold Moses<sup>4</sup> beratend zur Seite. Zeuge ihrer Tätigkeit ist der deutsche Jude Ezra Ben Gershom, der in seiner Autobiographie<sup>5</sup> seinen Aufenthalt im Sommer 1943 in Wien beschreibt. Ben Gershom kam am Ostermontag 1943 nach Wien, um von hier illegal über die Grenze nach Ungarn zu gelangen. Er kannte niemanden in Wien, wusste nicht, an wen er sich um Hilfe wenden konnte. Auf der Suche nach einem Schlepper ging er verzweifelt durch die engen Gassen der Inneren Stadt. Es schien ihm wie ein Wink des Himmels, als er über einem alten Torbogen eine hebräische Inschrift erblickte. Es war ein Psalmvers, der zu Deutsch lautete: „... kommt in meine Höfe mit Lobgesang.“ Es war das Eingangstor des im November 1938 verwüsteten Stadttempels in der Seitenstettengasse im ersten Bezirk. Im Nebenhaus befanden sich die Büroräume des „Ältestenrates der Juden in Wien“. Der junge Ezra betrat das Haus und erkundigte sich nach einer Hilfsstelle. Einer der Anwesenden verwies ihn an Dr. Moses, der in Bedrängnis befindlichen Menschen half.<sup>6</sup>

Dr. Leopold Moses, in der Leopoldstadt in der Czerningasse 4 wohnend, empfing Ezra Ben Gershom sehr freundlich. Anfangs verhielt sich Moses etwas zurückhaltend, weil er wohl erst herausfinden wollte, ob dieser junge

---

<sup>3</sup> Die Leihbibliothek von Doris Brehm befand sich laut Wiener Telefonbuch 1943 in Wien I., Franz-Josef-Kai 17. Die Geschichte dieser Gruppierung wird erwähnt in: Michael Genner, Mein Vater Lauritz Genner. Ein Sozialist im Dorf, Wien 1979, S. 158 f.

<sup>4</sup> Dr. Leopold Moses (1888–1943), Historiker. 1943 verantwortlicher Herausgeber des Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien.

<sup>5</sup> Ezra Ben Gershom, David. Aufzeichnungen eines Überlebenden, Leipzig 2003.

<sup>6</sup> Ebenda, S. 323 ff.

Mann nicht vielleicht doch ein Spitzel war. Aber im Verlauf des Gesprächs lockerte sich die Stimmung und Dr. Moses berichtete Gershom, dass „die meisten U-Boote, die dieses Jahr versucht haben nach Ungarn zu flüchten“, aufgegriffen wurden. Zu viele Konfidenten der Gestapo trieben sich auf der Suche nach Untergetauchten im Bahnhofsbereich herum. „Wien ist für Sie keine Bleibe“, erklärte Dr. Moses Ezra Ben Gershom. Es müsse doch für U-Boote viel leichter sein bei dem chaotischen Durcheinander, das die Bombardierungen in Berlin verursachten, sich dort durchzuschlagen. „An Ihrer Stelle würde ich gleich wieder [...] zurückfahren“, meinte Dr. Moses. Mit seinem deutschen Akzent fälle Gershom auch leicht auf. Tatsächlich bekam er bald den Groll der Wiener „gegen die Piefkes“ hautnah zu spüren. Erkundigte er sich nach einem Weg, wiesen ihn viele WienerInnen in die entgegengesetzte Richtung. In den Cafés bediente man ihn nur zögerlich. In den Geschäften ließ man ihn warten, bevorzugte Wiener KundInnen.

Die einstige Begeisterung für den „Anschluss“ war aufgrund wirtschaftlicher Mängel und geringeren Warenangebots stark gesunken. Auf den Straßen begegnete man allenthalben Kriegsversehrten. Die zunehmende Ablehnung der Nazis machte sich in einer weit verbreiteten Verachtung der Deutschen bemerkbar.

Nach langem Warten fand Gershom einen Ungarn, der ihn unentgeltlich mit nach Ungarn nehmen wollte. Auf dem Wege zur Grenze gab es eine polizeiliche Kontrolle. Der Ungar wurde festgenommen. Der junge Ezra konnte sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. Enttäuscht, aber nicht entmutigt kehrte er nach Wien zurück.

Doch trotz all dieser Unbill war der junge Berliner überrascht, „wie großartig [und bewundernswert] das Netz der U-Boot-Helfer funktionierte. Selten nur brauchte [...] [er] dem selben Hausbesorger [...] zweimal [begegnen] [...] und unter dem selben Dach schlafen. Ein Helfer vermittelte [...] [ihn] an den anderen. Sie nahmen den [für sie] lebensgefährlichen Flüchtling auf: Juden, Halbjuden, gemischte Ehepaare, Katholiken, Kommunisten.“<sup>7</sup>

Ob Ben Gershom in seiner Erinnerung die Situation in Wien nicht zuletzt aus Dankbarkeit idealisierte oder ob hier tatsächlich ein funktionierendes Netz an HelferInnen bestand, kann beim derzeitigen Stand der Forschung nicht geklärt werden.

Nach weiteren Wochen als U-Boot in Wien brachte ihn Leopold Moses mit einem anderen Ungarn zusammen, der regelmäßig Lebensmittel aus

---

<sup>7</sup> Ebenda, S. 325.

Budapest für U-Boote nach Wien brachte. Er nahm den jungen Berliner mit nach Ungarn. Der illegale Grenzübertritt gelang. In Budapest fand er Hilfe beim Jüdischen Rettungskomitee (Vaada). Das verschaffte ihm Unterkunft und Arbeit als Gärtner bei einem ungarischen Schwaben.

Seine Schwester Toni und sein Bruder Leon samt Gattin Lore folgten ihm auf demselben Weg nach Ungarn. Als Ungarn im März 1944 von den Deutschen besetzt wurde, gelang es Ezra mit Hilfe der Vaada nach Rumänien zu entkommen. Toni überlebte die Shoa in Budapest als volksdeutsche Hausgehilfin getarnt. Sein Bruder und seine Schwägerin gerieten in die Fänge der Polizei und wurden nach Auschwitz deportiert, sein Bruder Leon flieht aus dem Transport und überlebt, Lore stirbt in Auschwitz.<sup>8</sup>

Doch was war die Vaada? Sie entstand aus einer Einzelaktion, als Joel Brand, ein in Deutschland geborener ungarischer Zionist, seinen Schwager nach Ungarn zurückbrachte, der im Sommer 1941 von den Ungarn nach Galizien deportiert worden war, wo nun die SS-Einsatzgruppen Massaker an den Jüdinnen und Juden verübten. Immer mehr Leute baten Brand, auch ihre Verwandten zu retten. Aus diesen Einzelfällen entwickelte sich eine organisierte Rettungsaktion. Rezső Kasztner und Otto Komoly gründeten gemeinsam mit Brand das so genannte Jüdische Rettungskomitee, das Jüdinnen und Juden nach Ungarn in ein vorläufig sicheres Asyl brachte. Die Vaada nahm auch mit den Wiener U-Boot-HelferInnen, vor allem Dr. Moses, Kontakt auf und es gelang ihnen, über die Schweiz eine Verbindung zu amerikanisch-jüdischen Hilfsorganisationen herzustellen. Die Vaada bemühte sich weiters, auch Juden und Jüdinnen aus Oberschlesien über Wien nach Ungarn zu bringen.<sup>9</sup>

Unabhängig von der Vaada führte seit Anfang 1943 ein Fluchtweg von Bedzin (Bendsburg) und Sosnowitz nach Wien, organisiert vom Mitglied des Judenrates von Sosnowitz, Benzija Kozuch<sup>10</sup>. Er hatte einige Eisenbahner ausfindig gemacht, die gegen Geld geflüchtete Juden und Jüdinnen nach Wien brachten, wo sie, mit falschen Papieren ausgestattet, als landwirtschaftliche ArbeiterInnen oder Haushaltshilfen dem Arbeitsamt Wien vermittelt wurden. Es gab noch andere, die Juden und Jüdinnen vor der Vernichtung retten wollten. Einer von ihnen war Alfred Rößner, Leiter mehrerer Konfek-

---

<sup>8</sup> Ebenda, S. 329 ff.

<sup>9</sup> Alex Weissberg, *Die Geschichte von Joel Brand*, Köln–Berlin 1956, S. 24 ff.

<sup>10</sup> Benzja Kozuch (geboren 1921), Tagesrapport der Gestapo Wien Nr. 5 v. 15. – 18. 10. 1943, S. 5.

tionsbetriebe in Bedzin, der seine mutige Tat mit dem Leben bezahlen musste.<sup>11</sup>

In den Sommermonaten 1943 gelangten auf diesem Weg mehr als hundert Juden und Jüdinnen aus Oberschlesien nach Wien. Hier wurden sie von den U-Boot-HelferInnen um Dr. Moses betreut, bis sie nach Ungarn gelangen konnten. Auf diesem Wege kamen auch die Geschwister von Ezra Ben Gershom von Berlin nach Budapest.<sup>12</sup> Der Weg nach Ungarn wurde leichter, als Rudolf Markstein<sup>13</sup> illegal nach Budapest ausreiste. Es ist sehr wahrscheinlich, dass er es war, der die Verbindung mit der Vaada ausbaute. Denn Joel Brand berichtet, dass im Sommer 1943 ein Mann mit zwei kleinen Kindern erschienen sei, der ihm ein Schreiben von „Frau Austern“<sup>14</sup> aus Wien überbrachte. In diesem Brief bat „Frau Austern“ um Lebensmittel, die sie für die Verköstigung der in Wien befindlichen U-Boote benötige. Die Lebensmittel wurden regelmäßig von zwei Ungarn abgeholt, die sie in Rucksäcken nach Wien brachten.<sup>15</sup> Über einen Brand bekannten Geheimdienstler gelang es sogar einige Male, für die U-Boote Lebensmittel in größeren Mengen mit einem Lastkraftwagen nach Wien zu bringen. Der nun bei den HelferInnen auftretende Überschuss an Lebensmittel ließ sie unvorsichtiger werden. Eine der Helferinnen versuchte einen Teil dieser Lebensmittel auf dem Schwarzmarkt zu verkaufen. Dabei wurde sie von einem Gestapo-Agenten ertappt und festgenommen. Damit begann der Niedergang der U-Boot-Helfer-Gruppe.<sup>16</sup>

Der Fluchtweg von Juden und Jüdinnen aus Bedzin hatte sich im Laufe der Sommermonate 1943 gefestigt, wie sich auch die Verbindung mit der Vaada intensiviert hatte. Die jüdischen Flüchtlinge aus Oberschlesien wur-

---

<sup>11</sup> Kitia Altmann, Die Hoffnung auf das Überleben. Alfred Rößners Hilfe für die Juden in Bedzin, in: Dachauer Hefte 20 (Oktober 2004), S. 194 ff.

<sup>12</sup> Gershom, David, S. 458 f.

<sup>13</sup> Rudolf Markstein (1910–1943) wurde mit dem 2. Transport am 26. 10. 1939 nach Nisko transportiert. Bis 1941 befand er sich im Generalgouvernement. Sodann kehrte er nach Wien zurück und hielt sich als U-Boot bis zu seiner Ausreise im Sommer 1943 nach Ungarn in Wien auf. Tagesrapport der Gestapo-Leitstelle Wien v. 1. – 3. 12. 1943, S. 8.

<sup>14</sup> Frau Austern konnte nicht identifiziert werden. Es ist anzunehmen, dass es sich um einen fiktiven Namen in Joel Brands Geschichte handelt.

<sup>15</sup> Die beiden Schmuggler waren: Janos Töke (geboren 1911) und Imre Vincze (geboren 1914), in Wien lebende ungarische Staatsangehörige. Tagesrapport der Gestapo-Leitstelle Wien v. 15. – 18. 10. 1943, S. 3 ff.

<sup>16</sup> Weissberg, Die Geschichte von Joel Brand, S. 51 ff.

den nach ihrem Eintreffen in Wien von Barbara Bzoch<sup>17</sup> mit DAF-Sportausweiskarten ausgestattet. Während ihres kurzen Aufenthalts wurden sie bei Neuhaus<sup>18</sup>, Kleppner<sup>19</sup> sowie bei Josefine Freund<sup>20</sup>, Edith Heinrich<sup>21</sup> und Friederike Benedek<sup>22</sup> untergebracht.<sup>23</sup> Wöchentlich wurden sie in kleinen Gruppen illegal über die Grenze nach Ungarn geschleust. Für die Organisation der Flucht von Bedzin nach Ungarn hatten sie bis zu dreitausend Reichsmark zu bezahlen. Die Beziehungen zur Vaada hatten eine so gute Entwicklung genommen, dass sich Barbara Bzoch und Maria Prax<sup>24</sup> im Spätsommer selbst illegal nach Budapest begaben, um mit der Vaada weitere Möglichkeiten für Flüchtlinge aus dem Generalgouvernement zu besprechen. Die Erfolge ihrer Tätigkeit ließen die U-Boot-HelferInnen unachtsam werden. Sie überredeten sogar einige geflüchtete Wiener Jüdinnen und Juden zur Rückkehr nach Wien, wie die schon mehrere Monate in Budapest lebende und untergetauchte Luise Gröschler<sup>25</sup> oder Rudolf Markstein. Er kehrte erst etwas später nach Wien zurück. Und dann passierte der erwähnte Verkauf von einigen Lebensmitteln, der die ganze Gruppe Mitte Oktober aufliegen ließ.<sup>26</sup>

Am 19. Oktober 1943 meldete die Gestapo Wien, dass in einer breit gefächerten Verhaftungsaktion eine U-Boot-Helfer-Gruppe hatte ausgehoben werden können, die Juden und Jüdinnen aus Oberschlesien und dem Generalgouvernement als LandarbeiterInnen nach Wien holte und dann über die Grenze nach Ungarn schmuggelte. Beim letzten Transport seien 20 Juden

---

<sup>17</sup> Barbara Bzoch (geboren 1899), Hilfsarbeiterin. Tagesrapport der Gestapo-Leitstelle Wien v. 15. – 18. 10. 1943, S. 2.

<sup>18</sup> Heinrich Neuhaus (geboren 1891), Facharzt. Tagesrapport der Gestapo-Leitstelle Wien v. 15. – 18. 10. 1943, S. 3.

<sup>19</sup> Alfred Kleppner (geboren 1903), Hilfsarbeiter. Tagesrapport der Gestapo-Leitstelle Wien v. 15. – 18. 10. 1943, S. 3.

<sup>20</sup> Josefine Freund (geboren 1901). Tagesrapport der Gestapo-Leitstelle Wien v. 1. – 4. 11. 1943, S. 7.

<sup>21</sup> Edith Heinrich (geboren 1913), Heimarbeiterin. Tagesrapport der Gestapo-Leitstelle Wien v. 1. – 4. 11. 1943, S. 8.

<sup>22</sup> Friederike Benedek (geboren 1890), Sprachlehrerin. Tagesrapport der Gestapo-Leitstelle Wien v. 15. – 18. 10. 1943, S. 2.

<sup>23</sup> Tagesrapport der Gestapo-Leitstelle Wien v. 15. – 18. 10. 1943, S. 5..

<sup>24</sup> Maria Prax (geboren 1907), Tagesrapport der Gestapo-Leitstelle Wien v. 15. – 18. 10. 1943, S. 2.

<sup>25</sup> Luise Gröschler (geboren 1906), Hausgehilfin. Tagesrapport der Gestapo-Leitstelle Wien v. 15. – 18. 10. 1943, S. 2.

<sup>26</sup> Tagesrapport der Gestapo-Leitstelle Wien v. 15. – 18. 10. 1943, S. 5.

und Jüdinnen nach Wien gekommen, jedoch nur 11 konnten festgenommen werden.<sup>27</sup> Ende Oktober wurden weitere fünf Personen verhaftet. Bei der Durchsuchung der Wohnung von Ludwig Grünberger<sup>28</sup> wurde Schmuck im Werte von 80.000 Reichsmark sichergestellt. Lakonisch heißt es im Gestapo-Bericht weiter: Nach Schluss der Ermittlungen wird Schutzhaft für die Festgenommenen beantragt.<sup>29</sup> Rudolf Markstein wurde erst Ende November verhaftet.<sup>30</sup>

Am 11. 11. 1943 wurden nach Theresienstadt deportiert: Dr. Heinrich Neuhaus (geboren 1891), Wanda Neuhaus (geboren 1892), Herbert Neuhaus (geboren 1923), Alfred Kleppner (geboren 1903, er wurde am 19. Oktober 1944 nach Auschwitz weiterdeportiert und überlebte nicht), Stella Kleppner (geboren 1892), Osias Friedmann (geboren 1897, er wurde am 29. September 1944 nach Auschwitz weiterdeportiert und überlebte nicht), Margit Friedmann (geboren 1895, sie wurde am 6. Oktober 1944 nach Auschwitz weiterdeportiert und überlebte nicht) und Luise (Aloisia) Gröschler (geboren 1906, sie wurde am 18. Mai 1944 nach Auschwitz weiterdeportiert und überlebte nicht).

Am 1. 12. 1943 wurden direkt nach Auschwitz deportiert: Dr. Leopold Moses (geboren 1888) und Rudolf Markstein (geboren 1910). Elsa Moses (geboren 1892) folgte am 26. April 1944. Alle drei überlebten nicht.

In das KZ Ravensbrück wurden verschickt: Barbara Bzoch (geboren 1899), Maria Prax (geboren 1907), Edith Heinrich (geboren 1913), Friederike Benedek (geboren 1890, sie wurde am 22. Februar 1944 nach Ravensbrück deportiert und starb am 7. Februar 1945) und Hildegard Metelka (geboren 1912).

In das KZ Dachau wurde Ludwig Grünberger überstellt, wo er am 19. Februar 1945 starb.

Heinrich, Wanda und Herbert Neuhaus, Stella Kleppner, Barbara Bzoch, Maria Prax, Edith Heinrich und Hildegard Metelka überlebten die Lager.

---

<sup>27</sup> Ebenda. Über das Schicksal der festgenommenen Juden und Jüdinnen aus Bedzin wie über das der verhafteten Reichsbahnangehörigen und Schmuggler ist nichts bekannt.

<sup>28</sup> Ludwig Grünberger (geboren 1893), ehem. Geschäftsführer, Tagesrapport der Gestapo-Leitstelle Wien v. 1. – 4. 11. 1943, S. 7 ff.

<sup>29</sup> Tagesrapport der Gestapo-Leitstelle Wien v. 1. – 4. 11. 1943, S. 7 f.

<sup>30</sup> Tagesrapport der Gestapo-Leitstelle Wien v. 1. – 3. 12. 1943, S. 8.

---

# DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES

## TÄTIGKEITSBERICHT 2010

Ermittlungen gegen die neonazistische Homepage *alpen-donau.info* und die Infragestellung des NS-Verbotsgesetzes im Zuge des Präsidentschaftswahlkampfes 2010 durch die FPÖ-Kandidatin Barbara Rosenkranz machen es ebenso deutlich wie die Aufdeckung von rechtsextremen Gruppen mit jugendlichen Anhängern in mehreren österreichischen Bundesländern, die Schändung der KZ-Gedenkstätte Mauthausen im März 2010 und fremdenfeindliche, rassistische oder antisemitische Klebe- und Schmieraktionen: Demokratie erfordert notwendig auch **demokratiepolitische Bildung**, die weit über den schulischen Bereich hinausgehen muss. Das politische Bewusstsein insbesondere von Jugendlichen durch nachhaltige pädagogische Angebote zu wecken und zu fördern, zählt daher zu unseren wesentlichen Aufgabenbereichen. Diesen Beitrag des DÖW würdigte Nationalratspräsidentin Barbara Prammer in ihrer Festrede anlässlich der Jahresversammlung des DÖW am 9. März 2010. Das DÖW, so Prammer weiter, sei und bleibe für sie „eine zentrale Institution zur Aufarbeitung der NS-Zeit in Österreich“. Mit der Verleihung des Verkauf-Verlon Preises für österreichische antifaschistische Publizistik an die Kinder- und Jugendbuchautorin Christine Nöstlinger im Rahmen dieser Veranstaltung unterstrich das DÖW sein Anliegen, Kinder und Jugendliche in ihrer konkreten Lebenssituation zu erreichen und zu Eigenverantwortung, Zivilcourage und Mut zu Renitenz und Widerstand gegen Unterdrückung zu motivieren. In diesem Sinn setzt sich auch das 2010 erschienene Jahrbuch des DÖW in seinem Schwerpunkt mit der Vermittlung von historischem Wissen an und durch Gedenkstätten und Schulen auseinander.

Basis für solche weiterführenden Vermittlungsprogramme soll künftig verstärkt die Website des DÖW (*www.doew.at*) sein, die 2010 monatlich bis zu 90.000 BesucherInnen verzeichnen konnte (Zugriffe von DÖW-Rechnern sowie der Traffic von Maschinen – Robots, Würmern – sind hier nicht mitgezählt) und damit ein wichtiges Kommunikationsmittel des DÖW in seiner **Funktion als Schnittstelle** zu Wissenschaft, Opferorganisationen und einer breiteren Öffentlichkeit darstellt. Die Website, die seit der letzten Um-

strukturierung im Jahr 2000 zwar inhaltlich laufend erweitert wurde, aber optisch nicht mehr einem zeitgemäßen Internetauftritt entspricht, wird nach einem Relaunch u. a. ein Portal zur Vor- und Nachbereitung von Ausstellungsbesuchen mit verschiedenen pädagogischen Unterlagen und Informationen beinhalten und soll die Sammlungen des DÖW anschaulicher und stärker in den Mittelpunkt rücken.

Sammlungen und Projekte des DÖW spiegeln die **Gedenk- und Erinnerungsfunktion** des DÖW wider: Zehntausende Todesopfer des NS-Regimes konnten benannt, viele Details ihrer Verfolgungsgeschichte dokumentiert werden. In der 2010 gemeinsam mit dem Archiv der KZ-Gedenkstätte Mauthausen herausgegebenen Publikation von Florian Freund *Die Toten von Ebensee* sind Namen und Daten von über 8200 umgekommenen Ebenseer Häftlingen enthalten. Ebenfalls abgeschlossen wurden Recherchen über WiderstandskämpferInnen und Verfolgte in Wiener Gemeindebauten sowie mehrere Projekte im Arbeitsbereich *NS-Medizinverbrechen*. Mit der Studie *Der SK Rapid in den Jahren 1938–1945* wurde erstmals in Österreich die Rolle eines Fußballklubs während der NS-Zeit untersucht. 2010 wurde auch die Neugestaltung der *Gedenkstätte für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes 1938–1945* begonnen; hier soll ein „Denk-Ort“ entstehen, der das Gedenken an die Opfer mit einer historischen Darstellung der Rolle der Gestapo-Leitstelle Wien verschränkt.

Näheres zu den abgeschlossenen und laufenden DÖW-Projekten sowie zu unseren Beständen siehe im Folgenden.

## Vorstand/Kuratorium

Im Rahmen der Kuratoriumssitzung des DÖW am 9. März 2010 wurde der Vorstand entlastet.

2010 betrauten wir den Tod unserer ehrenamtlichen MitarbeiterInnen Käthe Anders, Ferdinand Hackl, Henryk Horowitz und Ernst Kattor.

Wie in den letzten Jahren erfolgte die Tätigkeit des Vereins Dokumentationsarchiv in engster Zusammenarbeit und in bestem Einvernehmen mit der Stiftung Dokumentationsarchiv. Deren Leitungsgremium, dem Stiftungsrat, gehören VertreterInnen der drei Stifter – Republik Österreich, Stadt Wien und Verein Dokumentationsarchiv – an.

Der Vorstand dankt allen Kuratoriumsmitgliedern und Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern des DÖW für die geleistete Arbeit sowie den FreundInnen und Förderinnen/Förderern des DÖW für ihre ideelle und finanzielle Unterstützung.

## Vorstand 2010

*Präsident:* BM a. D. Rudolf Edlinger. *Vizepräsidenten:* KR Dr. Gerhard Kastelic, Prof. Hugo Pepper, Staatssekretär a. D. Dr. Ludwig Steiner, Abg. a. D. Prof. Alfred Ströer. *Kassier:* Prof. Dr. Jonny Moser. *Kassier-Stv.:* Othmar Burian. *Weitere Mitglieder:* Sr. Dr.<sup>in</sup> Edith Beinbauer, Obersenatsrat Univ.-Prof. Dr. Hubert Christian Ehalt, Prof. Rudolf Gelbard, Sekt. Chef i. R. Dr. Wilhelm Grimburg, Präs. d. VwGH Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Clemens Jabloner, RA Dr. Heinrich Keller, Präs. d. IKG Dr. Ariel Muzicant, Abg. a. D. Ing. Ernst Nedwed, Hon.-Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer, Univ.-Doz. Dr. Bertrand Perz, Prof. Rudolf Sarközi, HR Univ.-Doz. Dr. Georg Schmitz, OSR Dr. Kurt Scholz, Abg. z. NR Mag.<sup>a</sup> Terezija Stoisits, em. Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Erika Weinzierl, MR Mag. Manfred Wirtitsch, Dr. Helmut Wohnout. *Wissenschaftliche Leitung:* Hon.-Prof.<sup>in</sup> Univ.-Doz.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Brigitte Bailer. *Kontrolle:* OSR<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Josefa Breuer, Friederike Krenn, Mag. Peter Soswinski.

## Publikationen / abgeschlossene Projekte 2010

- *Florian Freund, Die Toten von Ebensee. Analyse und Dokumentation der im KZ Ebensee umgekommenen Häftlinge 1943–1945. Unter Mitarbeit von Nicole Schneider*  
*Hrsg. vom DÖW und vom Archiv der KZ-Gedenkstätte Mauthausen / Bundesministerium für Inneres, Abteilung IV/7*

Unter der Tarnbezeichnung „SS-Arbeitslager Zement“ wurde von der SS im November 1943 unmittelbar neben dem kleinen Ort Ebensee im oberösterreichischen Salzkammergut ein Konzentrationslager eingerichtet. Das KZ Ebensee war eines von mehr als 40 Außenlagern des KZ Mauthausen, in denen Häftlinge für die deutsche Kriegswirtschaft arbeiten mussten. Im Stollensystem, das die Häftlinge in den Berg zu treiben hatten, sollte ursprünglich das Raketenforschungszentrum Peenemünde vor Luftangriffen

geschützt untergebracht werden; ein Plan, der Ende 1944 aufgrund des Kriegsverlaufs endgültig aufgegeben wurde – die Stollen wurden zu Fabriken für die Erzeugung von Benzin, Bremstrommeln und Motorenteilen. In den letzten Wochen der NS-Herrschaft wurde das KZ Ebensee durch dort ein treffende „Evakuierungstransporte“ aus anderen Konzentrationslagern völlig überfüllt zum Hungerlager.

Kernstück der Publikation ist die Auflistung der Namen und Daten von über 8200 Ebenseer Häftlingen, die von 1943 bis zur Befreiung am 6. Mai 1945 umkamen bzw. kurz nach der Befreiung an den Folgen der KZ-Haft starben. Für die KZ-Forschung bringt Florian Freunds Analyse neue Erkenntnisse über die Auswirkungen von Nationalität, Kategorie und beruflicher Qualifikation auf die Überlebenschancen in der Spätphase des KZ-Systems.

Redaktion: Christine Schindler

Braintrust, Verlag für Weiterbildung, 444 Seiten

#### ● *Gedenktafeln in Wiener Städtischen Wohnhousanlagen*

Auf Anregung von Vizebürgermeister Michael Ludwig sollen an allen Wiener Städtischen Wohnhousanlagen detaillierte Hofbeschreibungen angebracht werden. Zusätzlich soll dabei der WiderstandskämpferInnen und Verfolgten aus den Jahren 1934–1938 und 1938–1945 gedacht werden, die in diesen Wohnhousanlagen lebten bzw. von dort vertrieben wurden.

Im Rahmen dieses Projekts, das 2009 startete, wurden im Auftrag der Stadt Wien folgende Personengruppen erfasst: Jüdische MieterInnen, die aufgrund der nationalsozialistischen Judenverfolgung gezwungen wurden, ihre Wohnungen zu verlassen, und die später der Shoah zum Opfer fielen | Hingerichtete, ermordete oder infolge der Verfolgung verstorbene WiderstandskämpferInnen der Jahre 1938–1945 | Opfer der Jahre 1934–1938, insbesondere Februartkämpfer von 1934 | ÖsterreicherInnen, die im Kampf auf der Seite der Spanischen Republik 1936–1939 fielen oder anschließend Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung wurden.

Die Recherchen für die nachgefragten Wohnhousanlagen wurden 2010 abgeschlossen, die entsprechenden Gedenktafeln werden 2011 errichtet werden.

#### ● *Der SK Rapid in den Jahren 1938–1945*

Der spektakuläre Sieg des Sportklubs Rapid in der Großdeutschen Meisterschaft am 22. Juni 1941 – am Morgen desselben Tages hatte das nationalsozialistische Deutschland die Sowjetunion überfallen – und weitere sportliche Erfolge Rapids in der NS-Zeit gehören bis heute zu zentralen Erinne-

rungspunkten in der Vereinsgeschichte. Als erster österreichischer Bundesligaklub hat nun der SK Rapid seine Rolle im Nationalsozialismus kritisch aufarbeiten lassen. Untersucht wurde, welche Auswirkungen der „Anschluss“ 1938 auf den SK Rapid hatte und ob Spieler oder Funktionäre der NS-Verfolgung zum Opfer fielen bzw. flüchten mussten. Ebenso im Fokus der Untersuchung von Jakob Rosenberg und Georg Spitaler stand die Rolle von Funktionären und Spielern in der Deutschen Wehrmacht oder anderen militärischen Verbänden, die Untersuchung der Mythen, die sich um den Gewinn der Deutschen Meisterschaft 1941 ranken, sowie das Aufspüren von Kontinuitäten und Brüchen rund um das Jahr 1945.

Das Projekt wurde vom SK Rapid finanziert. Nach Abschluss aller Arbeiten im Berichtsjahr erscheint die Publikation, die vom SK Rapid und vom DÖW gemeinsam herausgegeben wird, Anfang 2011.

- *NS-Medizinverbrechen in der ehemaligen Heil- und Pflegeanstalt Gugging*

Projektziel war die umfassende Aufklärung der nationalsozialistischen Medizinverbrechen in der ehemaligen Heil- und Pflegeanstalt Gugging. Besonderes Augenmerk lag dabei auf der zweiten, dezentralen Phase der Euthanasietötungen. Eine Datenbank über alle PatientInnenbewegungen der Jahre 1937 bis 1946 ermöglicht nunmehr zum ersten Mal genaue Aussagen über die Entwicklung der Sterblichkeit, aber auch von Diagnosen, Todesursachen, Überstellungen in andere Anstalten und viele weitere Parameter über den gesamten Untersuchungszeitraum.

Das Forschungsprojekt wurde im Auftrag des I.S.T. Austria in Gugging und der Niederösterreichischen Landesregierung vom Jänner 2008 bis Jänner 2010 durchgeführt.

- *Die Nazifizierung der Wiener Medizin. Machtübernahme, Gleichschaltung und ideologische Durchdringung*

Ziel des Projekts war es, den Prozess der Machtergreifung, Gleichschaltung und ideologischen Durchdringung in der Wiener Medizin nach dem März 1938 und die dadurch hervorgerufenen tiefgehenden Veränderungen in unterschiedlichen institutionellen Feldern näher zu beleuchten. Die bisher vorliegenden Arbeiten zu diesem Bereich beschränken sich im Wesentlichen auf zwei Institutionen, nämlich die Medizinische Fakultät (vor allem im Hinblick auf die Vertreibung jüdischer Mediziner) und das Gesundheitsamt.

Das Projekt wurde vom Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank finanziert (Laufzeit: Jänner bis Dezember 2010).

- *Dr. Hans Asperger und die „Kindereuthanasie“ in Wien – mögliche Verbindungen*

Thema des vom Wissenschaftsreferat der Stadt Wien finanzierten Projekts (Laufzeit: Jänner bis Juni 2010) war die Verwicklung eines der Erstbeschreiber des Autismus, Hans Asperger, in die nationalsozialistische „Kindereuthanasie“-Aktion. Die Ergebnisse wurden im Mai 2010 auf einer Tagung im Wiener Rathaus zum 30. Todestag Aspergers vorgestellt.

- *Forschungsfragen zur NS-Vergangenheit der Wiener Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales*

Der Abschlussbericht der seit Juli 2009 im Auftrag der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales durchgeführten Studie wurde im Jänner 2010 vorgelegt. Ziel war die Bestandsaufnahme der Forschung zur Geschichte des Wiener Gesundheitswesens während des Nationalsozialismus, die den aktuellen Forschungsstand wiedergeben und allfällige Forschungsdefizite definieren sollte. Mit dem im September 2010 angelaufenen Forschungsvorhaben *Betroffene der NS-Medizin in der früheren Anstalt Am Steinhof – Opfer und Überlebende* (siehe Abschnitt *Laufende Projekte / Schwerpunkt NS-Medizinverbrechen*) wurde bereits damit begonnen, die enthaltenen Empfehlungen umzusetzen.

## Periodika

- *Jahrbuch 2010*. Schwerpunkt: Vermittlungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen  
Redaktion: Christine Schindler

Mit Beiträgen von Hans Winkler, Werner Dreier, Andreas Peham / Elke Rajal, Florian Wenninger / Peter Larndorfer, Stephan Axmann / Michel Hollogschwandtner, Irene Leitner, Stephan Ganglbauer / Christian H. Stifter / Robert Streibel, Pia Schölnberger, Christiane Rothländer, Alfons Dür, Robert Streibel. 273 Seiten.

- *Mitteilungen*. Erscheinungsweise: fünfmal jährlich. Auflage: 5000 Stück.  
Redaktion: Christa Mehany-Miterrutzner  
Inhalt: Informationen über Projekte, Publikationen und andere Aktivitäten des DÖW; Serviceleistungen wie Veranstaltungshinweise, Rezensionen etc.; als PDF zum Downloaden auf der Website des DÖW.

**Neu:**

- 1938–2008: *Legacies and Lessons in post-war Austria*  
([www.doew.at/post-war\\_austria.html](http://www.doew.at/post-war_austria.html))

Im Zuge einer Vortragsreihe 2008/2009 in London – veranstaltet von der Österreichischen Botschaft London in Kooperation mit der Wiener Library und dem Österreichischen Kulturforum London – haben österreichische ExpertInnen Forschungsergebnisse zur NS- und Nachkriegsgeschichte Österreichs präsentiert. Die Texte (englisch) wurden 2010 auf Initiative von Botschafterin i. R. Gabriele Matzner-Holzer in Kooperation mit dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten als PDF auf der Website des DÖW veröffentlicht.

Mit Beiträgen von: Brigitte Bailer-Galanda, Winfried R. Garscha, Clemens Jabloner, Helmut Konrad, Hannah Lessing und Anton Pelinka.

- Schon bisher wurden mehrere Forschungsberichte und Beiträge aus DÖW-Publikationen als Download angeboten. Seit 2010 steht auch die Broschüre von Wolfgang Neugebauer und Peter Schwarz *Stacheldraht, mit Tod geladen ... Der erste Österreichertransport in das KZ Dachau 1938* (Wien 2008, 55 Seiten, m. Abb.) zur Verfügung. Die von der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs herausgegebene Broschüre wurde im DÖW redaktionell betreut und für den Druck vorbereitet. Sie kann in Druck- (PDF, 13.130 KB) oder Bildschirmqualität (PDF, 1189 KB) von der Website abgerufen werden.

- *In Vorbereitung:* Online-Version des *Lexikons der österreichischen Spanienkämpfer 1936–1939* von Hans Landauer in Zusammenarbeit mit Erich Hackl (Theodor Kramer Gesellschaft, 2. Aufl. 2008) unter Berücksichtigung neuer Unterlagen der Spanien-Dokumentation. Im Berichtsjahr wurden die biographischen Einträge fallweise korrigiert bzw. ergänzt und mehr als 1300 Fotos aus dieser Sammlung gescannt. Die biographischen Angaben zu rund 1400 österreichischen SpanienkämpferInnen werden im Frühjahr 2011 auf der Website zugänglich sein.

**Laufend:**

- Aktuelles (Veranstaltungen, aktuelle Meldungen, neue Publikationen, Zugang zu Datenbanken und virtuellen Ausstellungen, PDF-Ausgabe der *Mitteilungen* des DÖW etc.)

- Projekte (Kurzinfos, Projektberichte etc. zu den Schwerpunkten: Widerstand und Verfolgung | Holocaust | NS-Medizinverbrechen | Exil | Volksgerichtsbarkeit nach 1945 | Rechtsextremismus)
- Thema (Referate, Essays, Artikel etc.)
- Service (Information zu Archiv, Bibliothek und Ausstellung; Zusammenstellungen von Materialien aus Archiv (*Erzählte Geschichte*), Fotoarchiv (*Februar 1934 in Wien | NS-Putsch Juli 1934 | KZ Ebensee 1945*) und Flugblattsammlung (*März 1938 | Österreicher! Alliierte Flugschriften mit Österreichbezug 1939–1945*); ein weiterer Zugang zu Datenbanken und virtuellen Ausstellungen)
- Publikationen (Kurzinfos, Auszüge, Bestellmöglichkeit etc.)
- Information (Öffnungszeiten, MitarbeiterInnen etc.)
- Links (gegliedert in: Archive, Dokumentationszentren | Universitätsinstitute, Bibliotheken | Forschungseinrichtungen | Gedenkstätten | Museen, Ausstellungen | Pädagogische Einrichtungen | Vereine, Stiftungen, Initiativen | Websites zum Holocaust | Websites gegen Rechtsextremismus | Datenbanken)
- Grundinformationen in Englisch

*Internetplattform zur permanenten Ausstellung des DÖW:*

[www.doew.at/ausstellung](http://www.doew.at/ausstellung)

Texte (deutsch / englisch) und Bilder sowie weiterführende Beiträge zu den inhaltlichen Schwerpunkten der Dauerausstellung des DÖW. Ebenfalls integriert sind die Zugänge zu den Datenbanken *Österreichische Holocaust-Opfer* (derzeit mehr als 62.000 Datensätze, eine aktualisierte Fassung mit über 63.000 Namen wird 2011 online abrufbar sein) und *Nicht mehr anonym. Fotos aus der Erkennungsdienstlichen Kartei der Gestapo Wien* (rund 4600 Fotos und Kurzbiographien). Inhalte, Sprache und Aufbau dieser Website sind insbesondere auch für SchülerInnen geeignet.

Die Ausstellungswebsite wurde durch die Stadt Wien finanziell gefördert.

## Laufende Projekte

### Schwerpunkt Holocaust

- *Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer*  
Trotz des vorläufigen Abschlusses des Projekts (2001) wurden auch im Berichtsjahr neu auftauchende Namen von Opfern in die Datenbank aufgenommen.

men bzw. fallweise neue Erkenntnisse ergänzt. Ebenso fungierte das DÖW als Anlaufstelle von Angehörigen und Freunden von Holocaustopfern aus dem In- und Ausland, die Anfragen an uns richteten bzw. uns ergänzende Informationen zukommen ließen. Mit Datenmaterial unterstützen konnten wir verschiedene Gedenkprojekte in Wien, Niederösterreich und Burgenland.

### **Schwerpunkt Widerstand und Verfolgung**

● *Namentliche Erfassung der Opfer politischer Verfolgung 1938–1945*

Im Rahmen des 2009 abgeschlossenen Projekts, das vom DÖW in Kooperation mit dem Karl von Vogelsang-Institut durchgeführt wurde, wurden die politische Verfolgung zum Opfer gefallenen ÖsterreicherInnen in ähnlicher Weise wie beim Projekt *Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer* erfasst.

2010 wurde an der Publikation der Ergebnisse gearbeitet. Die Veröffentlichung wird 2011 – gemeinsam mit einer Datenbank mit den Namen der österreichischen Opfer politischer Verfolgung zwischen 1938 und 1945 – erfolgen. Begleitende wissenschaftliche Beiträge sollen u. a. thematisch relevante Begriffsdefinitionen erarbeiten und auf die Frage nach der Dimension des Widerstandes – über die Zahl der Todesopfer hinaus – eingehen. Auch im Internet wird die Datenbank unter Beachtung datenschutzrechtlicher Bestimmungen öffentlich zugänglich gemacht werden.

● *Gedenken und Mahnen in Niederösterreich und der Steiermark. Erinnerungszeichen zu Widerstand, Verfolgung, Exil und Befreiung 1934–1945*

Ähnlich wie beim Pilotprojekt *Gedenken und Mahnen in Wien* werden – in Zusammenarbeit mit dem Verein *Erinnern für die Zukunft*, der Karl-Franzens-Universität Graz/Abteilung *Zeitgeschichte* und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (Forschungsprogramm *Orte des Gedächtnisses*) – Erinnerungszeichen in Niederösterreich und der Steiermark erfasst. Die Erinnerung an die NS-Herrschaft und an die Befreiung davon manifestierte sich vor allem in drei sehr unterschiedlichen Gedächtnislandschaften:

- 1) Erinnerungszeichen im Gedenken an die verschiedenen – politisch, militärisch und religiös begründeten – Formen widerständigen Verhaltens;
- 2) Zeichensetzungen im Gedenken an die Opfer des Holocaust bzw. an ausgelöschte jüdische Gemeinden sowie an zerstörte Synagogen oder Friedhöfe;

- 3) monumentale Zeichensetzungen der sowjetischen Besatzungsmacht im Gedenken an die erfolgreiche Befreiung Österreichs.

Alle erfassten Erinnerungszeichen wurden auch fotografisch dokumentiert.

Projektziel ist es aber auch und vor allem, neben der Erfassung von Personen und Orten, auf die sich die gesellschaftliche Erinnerung an Widerstand, Verfolgung, Exil und Befreiung bezieht, durch die Recherche von Alter, Beruf, politischen Aktivitäten und erlittenen Verfolgungsmaßnahmen eine Verknüpfung mit konkreten Einzelschicksalen herzustellen. Die Dokumentation versteht sich somit selbst als „Denkmal“, wobei neben den zentralen Gedenkstätten sowie namhaften Personen das Schicksal und der Leidensweg unzähliger, nunmehr bereits in Vergessenheit geratener Menschen in das Zentrum gerückt werden.

Die Ergebnisse für Niederösterreich wurden 2010 redaktionell bearbeitet und für den Druck vorbereitet. Die Publikation wird im Frühjahr 2011 erscheinen.

#### ● *Widerstand und Verfolgung in der Steiermark 1934–1945*

Ziel ist die Erstellung einer kommentierten Quellenedition, mit der die Aktenlage zu Widerstand und Verfolgung in der Steiermark überblicksmäßig erfasst wird und die eine Basis für weitere Lokalstudien sein soll. Den Arbeiten liegt ein breiter Widerstandsbegriff zugrunde, der es ermöglicht, das ganze Spektrum von Widerstand, Opposition und Unzufriedenheit, von Diskriminierung und Verfolgung, also jede nonkonformistische Reaktion auf die Diktaturherrschaft – zumindest exemplarisch – zu dokumentieren. Gleichrangig dargestellt wird die nationalsozialistische Verfolgung aus rassistischen, religiösen und nationalen Gründen. Auch die Mitwirkung von Östreichern bei den nationalsozialistischen Terrormaßnahmen wird mit einbezogen (Volksgerichtsprozesse u. a.). Die Gliederung geht einerseits von den politischen Organisationen (v. a. Parteien), andererseits von übergeordneten politisch-sozialen Begriffen – wie Arbeiterbewegung oder katholisch-konservatives Lager – aus, wodurch ein ganzes Spektrum von Widerstand und Opposition zusammenhängend präsentiert werden kann, etwa für die Arbeiterbewegung: Arbeitsverweigerung, Streik, Arbeitsvertragsbrüche, Unmutsäußerungen, Sabotage, politische Organisationen. Als Quellen werden Justizdokumente, Materialien des Polizei- und Sicherheitsapparats, Gesetze, amtliche Erlässe, Materialien der WiderstandskämpferInnen und der Widerstandsgruppen ebenso wie Aussagen, Berichte und Interviews aus der Zeit nach 1945 herangezogen und auszugsweise wiedergegeben.

Aus organisatorisch-finanziellen Gründen mussten die Arbeiten einige Jahre ausgesetzt werden; seit 2006 wird in Kooperation mit dem Institut für Geschichte der Universität Graz an der Fertigstellung der Dokumentation gearbeitet. Ein entsprechendes Projekt, finanziert durch den Zukunftsfonds der Republik Österreich, wurde Ende 2008 abgeschlossen.

Im Rahmen dieser Reihe sind bisher insgesamt 13 Bände erschienen (Wien, Burgenland, Oberösterreich, Tirol, Niederösterreich, Salzburg). Die Arbeiten an einer entsprechenden Dokumentation über Widerstand und Verfolgung in Kärnten sind ebenfalls angelaufen.

- Im Gange sind Arbeiten an der Publikation eines weiteren Kooperationsprojekts mit der Philipps-Universität Marburg über die *Nazifizierung der österreichischen Justiz 1938–1945*. Derzeit werden die Datenbanken für die analytische Auswertung bearbeitet.

- *Neugestaltung der Österreichischen Gedenkstätte im Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau*

Die wissenschaftliche Leiterin des DÖW Brigitte Bailer, Heidemarie Uhl (Institut für Kulturwissenschaften und Theatergeschichte an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften) und Bertrand Perz (Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien) sind in die vom Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus koordinierte Neugestaltung der Österreichischen Gedenkstätte im Staatlichen Museum Auschwitz mit einbezogen. Sie haben ein Grobkonzept erstellt, das die 1978 in Auschwitz eröffnete österreichische Gedenkstätte auf wissenschaftlicher Basis dokumentiert, einer kritischen Analyse unterzieht und konzeptionelle Überlegungen für eine Neugestaltung erarbeitet. Das Konzept wurde 2010 vom wissenschaftlichen Beirat unter dem Vorsitz des ehemaligen wissenschaftlichen Leiters des DÖW Wolfgang Neugebauer sowie vom gesellschaftlichen Beirat, dem u. a. auch Vertreter der Opferverbände angehören, angehört und beraten. Die Anregungen wurden in die endgültige Fassung des Grobkonzepts eingearbeitet.

## **Schwerpunkt NS-Medizinverbrechen**

- *Betroffene der NS-Medizin in der früheren Anstalt „Am Steinhof“ – Opfer und Überlebende*

Im Rahmen dieses Forschungsvorhabens soll einerseits die Frage nach sterblichen Überresten von Opfern der „dezentralen Euthanasie“ in der Wiener

Anstalt „Am Steinhof“ geklärt werden. Zum anderen werden die Lebensgeschichten von Überlebenden der „Kindereuthanasie“-Anstalt „Am Spiegelgrund“ aufgezeichnet, die in der Folge auszugswise in der (Web-)Ausstellung der Gedenkstätte Steinhof zugänglich gemacht werden sollen.

Die Arbeiten werden im Auftrag des Wiener Krankenanstaltenverbundes durchgeführt (Laufzeit: September 2010 bis Dezember 2011).

- Ein weiteres Forschungsvorhaben – *Gesundheit, Krankheit und Tod. Wien 1944–1948* –, das über ein APART-Stipendium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften für DÖW-Mitarbeiter Herwig Czech finanziert wird, wurde im Oktober 2010 zuerkannt und wird im Sommer 2011 starten. Ziel der Forschungen ist eine Untersuchung der gesundheitlichen Folgen von Nationalsozialismus und Krieg für die in Wien lebenden Menschen im Übergang von der letzten Phase des Zweiten Weltkrieges bis in die ersten Nachkriegsjahre. Im Zentrum stehen die Geschichte des Gesundheitswesens in dieser Zeit und in breiterer Perspektive die Themen Gesundheit, Krankheit und Tod und deren bestimmende Einflussfaktoren.

## Schwerpunkt Exil

- *Vertreibung – Exil – Emigration. Die österreichischen NS-Vertriebenen im Spiegel der Sammlung der Rechtsanwaltskanzlei Dr. Hugo Ebner*  
Mehr als 130.000 ÖsterreicherInnen wurden nach dem „Anschluss“ 1938 aus Österreich vertrieben – die überwiegende Mehrheit Juden und Jüdinnen im Sinn der „Nürnberger Gesetze“. Mit dem 2010 angelaufenen Projekt will das DÖW der Forschung auf diesem Gebiet neue Impulse geben. Die quantitative und qualitative Auswertung des Teilnachlasses der Rechtsanwaltskanzlei Dr. Hugo Ebner soll auf empirischer Grundlage und in Form einer sozialstrukturellen und kollektivbiographischen Analyse neue Erkenntnisse zur sozialen Zusammensetzung, zur Vertreibungsgeschichte, aber auch zum späteren Schicksal der erzwungenen EmigrantInnen erarbeiten.

Der Bestand umfasst rund 7000 Akten. Aufgrund der anwaltlichen Auflagen sowie datenschutzrechtlicher Bestimmungen werden die erfassten Daten anonymisiert und kollektivbiographisch ausgewertet. Eine quantifizierende Aufarbeitung und Auswertung des Bestandes bietet die einmalige Chance, anhand einer relevanten Stichprobe – es handelt sich dabei um rund fünf Prozent der aus Österreich Vertriebenen – den sozialen Hintergrund, lebensgeschichtliche Brüche infolge der Flucht, genderspezifische Aspekte

des Überlebens im Zufluchtland ebenso wie die Nachkriegsgeschichte der Vertreibung herauszuarbeiten.

In einem weiteren Schritt werden die Daten mit den Ergebnissen früherer Projekte am Dokumentationsarchiv, in erster Linie der *Namentlichen Erfassung der österreichischen Holocaustopfer* abgeglichen, um zu vergleichenden Aussagen über die Gruppen der Überlebenden und der Getöteten zu gelangen (Altersstruktur, Geschlechtsverteilung, soziale Position etc.). Auch ein Abgleich mit publizierten Daten zur Wiener jüdischen Bevölkerung bzw. zur Gesamtbevölkerung ist geplant. Zur Überprüfung der statistischen Zuverlässigkeit der Ergebnisse wurden dem DÖW wertvolle Daten aus dem Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde Wien zur Verfügung gestellt.

Das auf drei Jahre veranschlagte Projekt wird vom Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, vom Österreichischen Zukunftsfonds, von der Stadt Wien sowie vom Sozialministerium finanziert. Das Dokumentationsarchiv stellt über die bewilligten Mittel hinaus Personal- und Sachressourcen als Eigenleistung zur Verfügung.

● Derzeit sind Arbeiten für die Publikation der Ergebnisse des abgeschlossenen Projekts *Biographisches Handbuch der österreichischen Opfer des Stalinismus (bis 1945)* im Gange; in diesem Rahmen soll auch eine Datenbank mit Angaben zu den bisher ermittelten Opfern auf der Website des DÖW eingerichtet werden.

Im Berichtsjahr wurden die Opferbiographien im Wesentlichen fertiggestellt und die wissenschaftlichen Begleittexte verfasst, die u. a. die Hintergründe der österreichischen Emigration in die Sowjetunion und des stalinistischen Terrors beleuchten. Weitere Texte befassen sich mit den Schicksalen einzelner Gruppen, z. B. österreichischer FallschirmagentInnen im Dienste der Roten Armee, und mit Österreichern, die in der Sowjetunion hervorragende Karrieren als Wissenschaftler oder Funktionäre machten.

## **Schwerpunkt Volksgerichtsbarkeit nach 1945**

2010 schloss die am DÖW tätige *Forschungsstelle Nachkriegsjustiz* ein Projekt über polnische, deutsche und österreichische Gerichtsverfahren wegen Verbrechen im KZ Lublin-Majdanek mit einer internationalen Konferenz in Wien ab. Das Projekt war – nach dem Tod der in Majdanek als SS-Aufseherin eingesetzten Erna Wallisch (2008) und der Einstellung des gegen sie geführten Strafverfahrens – aus einem Auftrag des Bundesministeriums für Justiz

hervorgegangen, die Gründe für die Unzulänglichkeiten bei der Ausforschung und Bestrafung der in Majdanek eingesetzten ÖsterreicherInnen zu analysieren und zu prüfen, ob letzte Strafverfahren eingeleitet werden können. Zusätzliche, vom Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank, dem Nationalfonds und dem Zukunftsfonds zur Verfügung gestellte Mittel ermöglichten die Sichtung umfangreicher Aktenbestände polnischer und deutscher Strafverfolgungsbehörden. Diese werden, ebenso wie eine Mikrofilmkopie des in Graz 1963–1973 geführten Ermittlungsverfahrens, in die Bestände des Dokumentationsarchivs integriert werden und – unter Wahrung der Auflagen der Original-Archive – im DÖW einsehbar sein. Die Ergebnisse des Projekts werden im Juni 2011 als Band 4 der *Veröffentlichungen der Forschungsstelle Nachkriegsjustiz* publiziert werden. Als Band 3 erschien 2010 der von Claudia Kuretsidis-Haider und Winfried R. Garscha herausgegebene Sammelband *Gerechtigkeit nach Diktatur und Krieg. Transitional Justice 1945 bis heute: Strafverfahren und ihre Quellen*.

Neben eigenen Projekten und Veranstaltungen berät die Forschungsstelle BesucherInnen des DÖW bei der Suche nach Gerichtsverfahren wegen NS-Verbrechen und der Lokalisierung der dazugehörigen Akten in Landes- oder Gerichtsarchiven. Das gilt insbesondere für die Akten von Gerichtsverfahren, für die – weil seit deren Abschluss noch keine 50 Jahre verstrichen sind – eine richterliche Genehmigung einzuholen ist.

Weitere Informationen sind der Web-Site [www.nachkriegsjustiz.at](http://www.nachkriegsjustiz.at) zu entnehmen, auf der auch über etwaige Änderungen der Benützungsbestimmungen für Justizakten in den Landesarchiven informiert wird.

### **Schwerpunkt Restitution / Entschädigung für NS-Opfer**

Das DÖW und insbesondere dessen wissenschaftliche Leiterin Brigitte Bailer setzen sich schon seit Anfang der 1990er Jahre mit den historischen Entstehungsbedingungen der Opferfürsorgegesetzgebung und deren Auswirkungen auf die verschiedenen Opfergruppen auseinander. Im Auftrag der Historikerkommission, der sie 1998–2003 als Mitglied und stellvertretende Vorsitzende angehörte, untersuchte Brigitte Bailer auch die Entstehung der Rückstellungs- und Entschädigungsgesetzgebung anhand österreichischer und internationaler Quellen und legte eine erste umfassende Darstellung der Nachkriegspolitik gegenüber den NS-Opfern im Spannungsfeld zwischen Innen- und Außenpolitik vor. Seither folgten mehrere selbstständige Publikationen und Beiträge in Sammelbänden und Zeitschriften, die

sich sowohl mit der Restitutionsgesetzgebung befassen als auch auf die Perspektive der Opfer abzielen.

Das DÖW leistet neben der theoretisch-wissenschaftlichen Arbeit auf diesem Gebiet durch Beratung und Zurverfügungstellung von Dokumenten etc. auch konkrete Hilfestellung für AntragstellerInnen insbesondere nach dem Opferfürsorgegesetz und gibt Auskünfte zu den Anspruchsvoraussetzungen für die Gestezahlung des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus.

### **Schwerpunkt Rechtsextremismus / „Revisionismus“**

Derzeit wird in Zusammenarbeit mit in- und ausländischen ExpertInnen eine Online-Ausgabe des immer wieder nachgefragten *Handbuchs des österreichischen Rechtsextremismus* vorbereitet, um damit besser und vor allem schneller als mit einer gedruckten Publikation auf die raschen Veränderungen in dieser Szene reagieren zu können. Erste Beiträge liegen bereits vor.

Die Chronik *Neues von ganz rechts* (elektronisch archiviert ab 1998 auf der Website des DÖW [www.doew.at](http://www.doew.at)) bietet neueste Informationen über rechtsextreme und neonazistische Aktivitäten und spiegelt gleichzeitig rechtsextreme Tendenzen der jüngsten Vergangenheit wider. Ebenfalls abrufbar ist eine Auswahl von rechtsextremen Organisationen, Vereinen und Medien auf Basis des Rechtsextremismus-Handbuchs.

## Archiv- und Bibliotheksbestände

### **Beratungs- und Betreuungstätigkeit**

Die Sammlung, Aufarbeitung und schließlich Archivierung aller Materialien zählen zu den wichtigsten und aufwendigsten Arbeiten unserer MitarbeiterInnen. Eine ebenso zentrale Aufgabe ist die fachkundige Betreuung unserer BesucherInnen. Gerade in diesem Bereich haben sich in den letzten Jahren große Veränderungen ergeben. Immer mehr Interessierte nutzen die Möglichkeit zu Datenbankrecherchen über die Website des DÖW, immer öfter werden Anfragen per E-Mail an das DÖW gerichtet: 2010 wurden rund 3500 E-Mail-Anfragen beantwortet, wobei Interessierten aus dem Ausland bzw. den Bundesländern als umfassender Service auch die Kurztexte der im DÖW archivierten Akten elektronisch übermittelt wurden.

Ein von Besuchern und Besucherinnen oftmals geäußerter Wunsch, die elektronische Suche in den Archivbeständen des DÖW – analog zum virtuellen Bibliothekskatalog – in die Website zu integrieren, ist aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich. Geplant ist aber die virtuelle Vorstellung von Bestandsgruppen sowie einzelner Nachlässe bzw. Abfragemöglichkeiten nach ausgewählten – nicht personenbezogenen – Sachkriterien.

2010 besuchten das DÖW rund 600 Interessierte, die pro Person durchschnittlich viermal beraten und betreut wurden. Hierbei wie bei zahlreichen schriftlichen und telefonischen Anfragen aus dem In- und Ausland waren wir Ansprechpartner für StudentInnen (Seminar- und Diplomarbeiten sowie Dissertationen), SchülerInnen (zeitgeschichtliche Referate, Fachbereichs- und Projektarbeiten), WissenschaftlerInnen (Recherchen für Forschungsprojekte, Publikationen und Ausstellungen), ExpertInnen aus den Bereichen Medien, Kultur, Erwachsenenbildung, Schule, gewerkschaftliche Bildungsarbeit sowie interessierte Einzelpersonen.

Regelmäßig betreut wurden die Vortragenden der Pädagogischen Hochschule, die die LehrerInnen im ersten Dienstjahr (AHS) unterrichten; dies umfasste Führungen durch das DÖW und die Beantwortung archivalischer Fragen ebenso wie die Beratung bei spezifischen Problemen, etwa im Bereich *Holocaust Education*.

## Arbeitsbereich Archiv

Wissenschaftliche Forschungsprojekte sowie Schenkungen (Nachlässe) bilden die Hauptquellen für die Erweiterung des Archivs des DÖW, das zu rund drei Vierteln aus (meist auszugsweisen) Kopien aus in- und ausländischen Archiven und Privatsammlungen besteht. Auch 2010 konnten die Archivbestände so beträchtlich erweitert werden.

Im Zuge der Übernahme von Akten(kopien) erfolgen eine elektronische Katalogisierung sowie eine formale und inhaltliche Erschließung durch Auswertung nach der Thematik sowie den „Hauptpersonen“ im Akt. Ebenfalls fortgesetzt wurde die 2008 begonnene Revision der Namenserfassung durch die elektronische Findhilfe des DÖW („Archidoc“), wobei die unterschiedlichen Einträge zu ein und demselben Namen vereinheitlicht und bei dieser Gelegenheit die biographischen Daten ergänzt und, wo nötig, korrigiert werden. Die Erfassung der im DÖW aufbewahrten Kopien von NS-Gerichtsakten macht den Nachtrag von Geburtsdaten der im „Archidoc“ erfassten Personen möglich.

Dank der Mithilfe ehrenamtlicher MitarbeiterInnen konnte auch die Erschließung der Altbestände des DÖW weiter komplettiert werden, sodass inzwischen ein Großteil der so genannten Alt-Akten auch elektronisch erfasst ist. So lange dieser Vorgang nicht abgeschlossen ist, empfiehlt sich für die Namensrecherche aber weiterhin, zusätzlich zur elektronischen Findhilfe den Zettelkatalog im BesucherInnenraum des DÖW zu konsultieren. Für die fast 19.000 Akten, die vor der Umstellung auf die elektronische Erfassung im Jahre 1987 an das DÖW gelangt sind, stellt diese Namenskartei nach wie vor ein wichtiges Findhilfsmittel dar.

Ende 2010 musste aus konservatorischen Gründen und als Vorbereitung zur Digitalisierung einer der größten Bestände des DÖW, die fast 14.000 Personalakten der Landesorganisation Wien des einheitlichen überparteilichen KZ-Verbands 1946–1948, für die Benützung generell gesperrt werden. Ein Gemeinschaftsprojekt des DÖW mit dem United States Holocaust Memorial Museum, Washington erlaubt jedoch ab Anfang 2011 die Digitalisierung dieser Akten. Die Scans der Originalakten werden mit der elektronischen Auswertung des Bestands, wie sie im Zuge der namentlichen Erfassung der Opfer der politischen Verfolgung 1938–1945 erfolgte, verknüpft werden. Das wertvolle Material wird BesucherInnen voraussichtlich ab Mitte 2011 über das Intranet des DÖW zur Einsicht zur Verfügung stehen.

## Archiv/Spezialsammlungen

- *Erzählte Geschichte* (Lebensgeschichtliche Interviews mit ca. 1000 Personen, die während des NS-Regimes Widerstand leisteten bzw. Verfolgungen ausgesetzt waren, davon mehr als 800 auch transkribiert; rund 70 Interviews mit Teilnehmern an den Februarkämpfen 1934. Archivierung als Abschrift bzw. als Tonbandkassette). Die über 2800 Tonbandkassetten der Interviewsammlung sind durch eine EDV-gestützte Personen- und Schlagwortkartei erschlossen und wurden 2004 digitalisiert und damit auch für die Zukunft gesichert.
- *Filme, Videos, Tonbänder*
- *Fotosammlung* (rund 10.800 Katalognummern mit über 42.000 Bildern, zum Großteil EDV-gestützt erfasst)
- *Frauen-KZ Ravensbrück* (Unterlagen über die Lager Ravensbrück und Uckermark; Akten über den Prozess gegen die Wachmannschaft und die SS-Ärzte des KZ Ravensbrück, Hamburg 1946–1948)

- *Mikrofilme* (Akten von NS-Behörden aus amerikanischen und britischen Archiven; Quellenmaterial des *Biographischen Handbuchs der deutschsprachigen Emigration nach 1933*: zumeist Fragebögen, Zeitungs- und Zeitschriftenausschnitte über rund 25.000 EmigrantInnen; Akten der österreichischen Volksgerichte nach 1945, Benützung an besondere Auflagen gebunden)
- *Plakate* (rund 3000 Plakate, beginnend mit der Zeit des Ersten Weltkriegs bis in die Gegenwart; die Neukatalogisierung des Bestands ist im Gange, mittelfristig ist eine virtuell zugängliche digitale Sammlung geplant)
- *Rechtsextremismus-Sammlung* (Material zu mehr als 150 – existierenden und nicht mehr existierenden – österreichischen sowie rund 100 deutschen Organisationen, Parteien, Medien u. Ä., insbesondere Zeitungsausschnitte, rechtsextreme Periodika, Flugblätter, Bücher)
- *Spanien-Dokumentation* (Unterlagen über die Beteiligung von mehr als 1000 Österreichern und Österreicherinnen am Spanischen Bürgerkrieg auf Seiten der Republik; rund 400 Personen sind nur über Hinweise erfasst; Originaldokumente wurden aus Sicherheitsgründen gesannt)
- *Museumsgegenstände* (KZ-Kleider, Uniformen, Kappen, Handarbeiten aus KZ, Gefängnissen und Internierungslagern, diverse Fahnen, Embleme, Abzeichen, Orden, Armbinden, Erinnerungsalben, Lagergeld, Ausweise, Pässe, Formulare, Stempel u. a.)

## Arbeitsbereich Bibliothek

Im Bereich der Bibliothek, deren Bestände fast vollständig elektronisch erfasst sind, konnten auch 2010 Zuwächse verzeichnet werden. Die Bibliothek wuchs auf über 39.500 Titel an, wobei die einzigartige Sammlung der FIR über internationalen Widerstand, in einem gesonderten Katalog erfasst, nicht mitgezählt ist.

Der elektronische Katalog der DÖW-Bibliothek ist sowohl im Intranet als auch im Internet und über W@P (<http://doew.at/wap>) abrufbar und wird laufend erweitert. Seit Mai 2010 bietet die neu programmierte Bibliotheksdatenbank des DÖW stark erweiterte Suchmöglichkeiten: Neben den bisher zur Verfügung stehenden Parametern – Autor, Titel, Schlagwort – können nun (im Zuge von „komplexen Suchabfragen“ bzw. der „erweiterten Suche“) u. a. Verlag, Erscheinungsjahr und ISBN/ISSN in die Suche mit einbezogen werden. Eine phonetische Namenssuche ist ebenfalls möglich. Des Weiteren können die Suchergebnislisten – je nach Bedarf der NutzerInnen – nach Titel,

Autor oder Erscheinungsjahr sortiert werden bzw. können die Ergebnisse in Literaturverwaltungsprogramme implementiert werden.

2010 wurde auch eine Datenbank für das Zeitungsausschnittarchiv entwickelt. Ab 2011 wird die Erfassung von Zeitungsartikeln elektronisch erfolgen, mit der digitalen Archivierung der bereits vorhandenen Sammlung wird ebenfalls begonnen werden.

### Bibliothek/Spezialsammlungen

- *Flugblätter, Broschüren, Zeitungen österreichischer Widerstandsgruppen* 1934–1938 und 1938–1945 (ca. 10.000 Exemplare; Erschließung: nach Herstellern der Druckwerke und Art des Druckwerks – Periodikum, Flugblatt, Streuzettel, Tarnbroschüren etc. –, aufgeschlüsselte Karteien; Kataloge); *alliierte Kriegspropaganda* (Untergliederung nach Staaten und Serien)
- *Exil* (rund 5000 Bände; Publikationen und Periodika österreichischer Exilorganisationen; Exilliteratur; deutsche Exilliteratur; Sekundärliteratur zur Exilforschung)
- *Bibliothek der FIR* (5000 Bände; thematischer Schwerpunkt: europäischer Widerstand)
- *Spanischer Bürgerkrieg* (über 1000 Bände)
- *Judaica* (2500 Bände)
- *Zeitungsausschnittarchiv* (nach Personen bzw. nach Sachgebieten geordnet; Österreich-Sammlung aus englischen, amerikanischen und kanadischen Publikationen; fortlaufende Ergänzung)

### Auseinandersetzung mit rechtsextremen Tendenzen

Das DÖW hat sich seit seinen Anfängen mit dem organisierten Rechtsextremismus und Neonazismus in deren jeweils aktuellen Ausformungen auseinandergesetzt und dabei auf neue Entwicklungen hingewiesen. Zahlreiche Nachfragen nach politischen Bildungsmodulen zu Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus seitens Schulen aus ganz Österreich stellten auch 2010 eine Herausforderung an die personellen Ressourcen des DÖW dar. Weiter ausgebaut wurden die Tätigkeit im Bereich der LehrerInnen(fort)bildung an den Pädagogischen Hochschulen und die Kooperationen mit Einrichtungen im Erwachsenenbildungsbereich (Volkshochschulen etc.).

Die Aktivitäten des DÖW in diesem Arbeitsbereich führen immer wieder zu Angriffen aus der rechtsextremen Szene. 2010 konnte das DÖW den Prozess gegen Friedrich Romig – er hatte in Andreas Mölzers Wochenzeitung *Zur Zeit* (45/2007) unter dem Titel *Sie lügen fleißig weiter!* einen das DÖW diffamierenden Artikel geschrieben –, endgültig gewinnen, Romigs Berufung gegen das Urteil der 1. Instanz wurde abgewiesen. Mit Urteil vom 3. August 2009 hatte das Handelsgericht Wien die von Romig über das DÖW getätigten Behauptungen als ehrenrührig und kreditschädigend eingestuft und sowohl Romig als auch die W3-Verlagsgesellschaft (als *Zur Zeit*-Medieninhaberin) schuldig gesprochen. Die beklagten Parteien wurden aufgefordert,

- „1) es ab sofort zu unterlassen, über die Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) zu behaupten und/oder zu verbreiten, das DÖW lüge fleißig weiter, auch unter neuer Leitung setze das DÖW seine aus Verschweigen, Lügen und Denunziation bestehende Tätigkeit fort; Schulkinder würden mit Publikationen aus dem Lügentempel des DÖW traktiert oder in die vom DÖW organisierten Ausstellungen getrieben, in denen ein aus Lüge, Fälschungen und Verdrehungen zusammengesetztes, einseitig marxistisch-kommunistisch-sozialistisches Geschichtsbild vorgesetzt werde, das DÖW betreibe Landesverrat, sowie sinngleiche ehrenrührige und/oder kreditschädigende Behauptungen über die Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW)
- 2) die Behauptungen [...] gegenüber den Leserinnen und Lesern der Wochenzeitschrift ‚Zur Zeit‘ zu widerrufen“.

Wie in den Jahren zuvor unterstützte das DÖW auch 2010 zahlreiche Initiativen, vor allem von PublizistInnen und Einzelpersonen, bei Auseinandersetzungen mit rechtsextremen Tendenzen.

## Geschichtsvermittlung / Veranstaltungen 2010

Eines unserer wichtigsten Anliegen, die Vermittlung unserer Forschungsergebnisse und -vorhaben an einen breiten Kreis von Interessierten, beinhaltet die Durchführung eigener Veranstaltungen (siehe Veranstaltungskalender weiter unten) ebenso wie Vorträge, die Teilnahme an Diskussionen und Gedenkveranstaltungen, an wissenschaftlichen Tagungen und Konferenzen im

In- und Ausland sowie Beiträge für in- und ausländische Publikationen seitens unserer MitarbeiterInnen. Ein nicht unwesentliches Element dieser Vermittlungstätigkeit sind Lehrveranstaltungen im universitären und außeruniversitären Bereich: MitarbeiterInnen wirkten bei Seminaren für GeschichtslehrerInnen und an LehrerInnenfortbildungsveranstaltungen mit; Lehrveranstaltungen an der Universität Wien hielten im Sommersemester 2010 und Wintersemester 2010/2011 Brigitte Bailer (wissenschaftliche Leiterin des DÖW) und Wolfgang Neugebauer (ehemaliger wissenschaftlicher Leiter). Im Rahmen zahlreicher Veranstaltungen traten die wissenschaftliche Leiterin des DÖW und DÖW-MitarbeiterInnen als RednerInnen auf.

Das DÖW unterstützte mehrere Veranstaltungen befreundeter Institute und Forschungseinrichtungen wie beispielsweise die Veranstaltungsreihe *Wiener Akademie des Exils*, die von der Österreichischen Gesellschaft für Exilforschung (öge) durchgeführt wurde.

Die permanente Ausstellung beherbergt das neue Veranstaltungszentrum des DÖW, das für DÖW-interne Veranstaltungen ebenso wie für Vorträge, Filmvorführungen etc. befreundeter Institute und Forschungseinrichtungen sowie Lagergemeinschaften genützt wird. Eine regelmäßige Kooperation zwischen dem Jüdischen Institut für Erwachsenenbildung und dem DÖW resultierte 2010 u. a. in zwei Vortragsreihen, die im Veranstaltungszentrum des DÖW angeboten wurden.

Im Rahmen seiner Tätigkeiten engagiert sich das DÖW immer wieder für das Gedenken an WiderstandskämpferInnen und Verfolgte. So unterstützte das DÖW die Umbenennung der Liegenschaft Amtsgebäude Schwenkgasse in Kommandogebäude Heckenast–Burian durch seine historische Expertise, die wissenschaftliche Leiterin des DÖW Brigitte Bailer sprach im Rahmen der Feierlichkeiten am 28. September 2010. Im August 2010 beschloss der Wiener Gemeinderat die Benennung der Städtischen Wohnhausanlage in Wien-Ottakring, Thaliastraße 164–168, nach dem 2008 verstorbenen verdienten Wiener Gemeindepolitiker und ehemaligen Präsidenten und Ehrenpräsidenten des DÖW Hubert Pfoch in Hubert-Pfoch-Hof.

Plakate aus der Plakatsammlung des DÖW waren in der bis Ende März 2010 im Wien Museum im Künstlerhaus gezeigten Ausstellung *Kampf um die Stadt. Politik, Kunst und Alltag um 1930* zu sehen.

Zeitungen, Fernsehen und Rundfunk berichteten des Öfteren ausführlich über Projekte und Publikationen des DÖW. Gefragt war auch die Expertise unserer MitarbeiterInnen, die mehrfach als Fachleute für Interviews in den Medien herangezogen wurden.

### **Jänner**

Die vom DÖW gemeinsam mit der Österreichischen Gesellschaft für historische Quellenstudien herausgegebene Publikation *Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky. Biographisches Handbuch der Diplomaten des Höheren Auswärtigen Dienstes 1918 bis 1959* von Rudolf Agstner, Gertrude Enderle-Burcel und Michaela Follner wurde am 14. Jänner 2010 im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit Bundesminister a. D. Peter Jankowitsch und dem AutorInnenteam im Wiener Palais Epstein präsentiert.

Das DÖW war Mitveranstalter der Kundgebung am 27. Jänner auf dem Wiener Judenplatz anlässlich der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz (27. Jänner 1945).

### **März**

Am 9. März 2010 fand im Festsaal des Alten Rathauses die traditionelle Jahresversammlung des DÖW statt. Festrednerin war die Präsidentin des Nationalrats Barbara Prammer. Im Rahmen der Veranstaltung erhielt die vielfach ausgezeichnete österreichische Kinder- und Jugendbuchautorin Christine Nöstlinger den Willy und Helga Verkauf-Verlon Preis für österreichische antifaschistische Publizistik 2009. In die Preisverleihung eingebunden waren Schülerinnen der Höheren Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Berufe Wien, die Passagen aus Christine Nöstlingers Publikation *Mai-käfer, flieg!* lasen.

Gemeinsam mit den Opferverbänden und dem Stadtschulrat für Wien organisierte das DÖW die Gedenkstunden für NS-Opfer am 12. März in der Gedenkstätte für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes 1938–1945, in der Weihestätte (ehemaliger Hinrichtungsraum) im Landesgericht Wien und vor dem Amtshaus Floridsdorf (Gedenktafel Biedermann, Huth, Raschke).

### **März/April**

*Starke Frauen – Jüdinnen gegen Hitler* war Titel der Vortragsreihe, die das Jüdische Institut für Erwachsenenbildung in Kooperation mit dem DÖW vom 1. März bis 12. April 2010 im Veranstaltungszentrum des DÖW durchführte.

### **April/Mai**

Vom 27. April bis 25. Mai 2010 veranstaltete das Jüdische Institut für Erwachsenenbildung in Kooperation mit der am DÖW angesiedelten For-

## Jahresversammlung des DÖW, 9. März 2010, Altes Rathaus



**Oben:**  
**Nationalratspräsidentin  
Barbara Prammer bei  
ihrer Festrede**

**Links:**  
**Nach der Übergabe des  
Verkauf-Verlon Preises:  
Brigitte Bailer, wissen-  
schaftliche Leiterin  
des DÖW mit der  
Preisträgerin  
Christine Nöstlinger**

Fotos: DÖW

schungsstelle Nachkriegsjustiz im Veranstaltungszentrum des DÖW die Vortragsreihe *KZ-Verbrechen in Majdanek – Der Düsseldorfer Prozess*, in deren Rahmen Ausschnitte aus dem Dokumentarfilm *Der Prozeß* von Eberhard Fechner gezeigt wurden.

### **Juni**

In Kooperation mit dem DÖW veranstaltete das Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien (VWI) am 10. Juni 2010 die fünfte Simon Wiesenthal Lecture. Es referierte der niederländische Historiker Robert Jan van Pelt zum Thema *Auschwitz, Holocaust-Leugnung und der Irving-Prozess*.

Im Rahmen einer Trauerfeier im Veranstaltungszentrum des DÖW gedachte das DÖW am 10. Juni des im Mai verstorbenen ehemaligen Widerstandskämpfers und Spanienkämpfers Ferdinand Hackl, der das DÖW fast drei Jahrzehnte lang als ehrenamtlicher Mitarbeiter unterstützt hatte.

### **September**

Das DÖW fungierte als Kooperationspartner der Österreichischen Liga für Menschenrechte, die am 20. September 2010 in Wien die Fachtagung *A wie Asozial, Z wie Zigeuner. Analyse und Prävention Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit von Jugendlichen* abhielt.

Am 28. September fand in Kooperation mit dem DÖW die sechste Simon Wiesenthal Lecture des Wiener Wiesenthal Instituts für Holocaust-Studien (VWI) statt, in deren Rahmen der Historiker Dirk Moses über *Völkermord und die Aufarbeitung von Vergangenheiten aus globaler Sicht* sprach.

### **Oktober**

Das DÖW unterstützte das Internationale Symposium *Österreichisches Exil in Neuseeland*, das am 11. Oktober 2010 in Wien von der Österreichischen Gesellschaft für Exilforschung abgehalten wurde.

Am 13. Oktober wurde im Veranstaltungszentrum des DÖW die Publikation *Denunziation als soziale Praxis. Fälle aus der NS-Militärjustiz* der Historikerin Ela Hornung der Öffentlichkeit präsentiert.

Das DÖW war Mitveranstalter einer Buchpräsentation und Diskussion unter dem Titel *Sozialdemokraten und Frauen – eine Spurensuche in Österreichs Diplomatie* am 21. Oktober im Republikanischen Club in Wien. Vorgestellt

wurde u. a. die von DÖW und Österreichischer Gesellschaft für historische Quellenstudien herausgegebene Publikation von Rudolf Agstner, Gertrude Enderle-Burcel und Michaela Föllner *Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky. Biographisches Handbuch der Diplomaten des Höheren Auswärtigen Dienstes 1918 bis 1959*.

### **November**

Am 4. November 2010 fand in Kooperation mit dem DÖW die siebente Simon Wiesenthal Lecture des Wiener Wiesenthal-Instituts für Holocaust-Studien (VWI) statt. Vortragender war der deutsche Historiker und Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin Wolfgang Benz (*Der Ort des Terrors. Die Welt der nationalsozialistischen Zwangslager*).

Im Gedenken an das Novemberpogrom 1938 und die Shoah bot das DÖW gemeinsam mit dem Jüdischen Institut für Erwachsenenbildung am 8. November einen Rundgang an, der vom Morzinplatz über den Wiener Stadttempel in der Seitenstettengasse und den Judenplatz führte und mit einer Führung durch die Dauerausstellung des DÖW abschloss.

Am 25. November veranstaltete das DÖW in seinem Veranstaltungszentrum seinen alljährlich stattfindenden großen Bücherflohmarkt.

### **Dezember**

Am 2. Dezember 2010 wurde im Veranstaltungszentrum des DÖW Bernhard Blank für seine Studie „*Gefährdung von Menschenleben durch den Eisenbahn-Transport nach Auschwitz*“. *Die österreichische Justiz und die Geschworenenprozesse gegen die Eichmann-Gehilfen Franz Novak und Erich Rajakowitsch von 1961 bis 1987* mit dem Herbert-Steiner-Preis 2010 ausgezeichnet. Den Herbert-Steiner-Anerkennungspreis 2010 erhielt Peter Larndorfer für die Arbeit *Gedächtnis und Musealisierung. Die Inszenierung von Gedächtnis am Beispiel der Ausstellung „Der Österreichische Freiheitskampf 1934–1945“ im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes 1978–2005*.

In Kooperation mit dem DÖW präsentierten das Institut für Rechts- und Verfassungsgeschichte und das Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien am 13. Dezember im Wiener Juridicum die Publikation *Advokaten 1938. Das Schicksal der in den Jahren 1938 bis 1945 verfolgten österreichi-*

schen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte von Barbara Sauer und Ilse Reiter-Zatloukal.

Das DÖW war Kooperationspartner des Wiener Wiesenthal Instituts für Holocaust-Studien (VWI), das am 16. Dezember in Wien die achte Simon Wiesenthal Lecture durchführte. Der Geschichts- und Politikwissenschaftler Dieter Pohl (Universität Klagenfurt) sprach zum Thema *Verschüttetes Wissen. Frühe Publikationen zum Holocaust 1943–1950*.

## Ausstellungen

● Die **permanente Ausstellung** des DÖW dokumentiert die Vorgeschichte des Nationalsozialismus ebenso wie Widerstand und Verfolgung in der NS-Zeit und die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit nach 1945. Texte und Bilder sowie zahlreiche Originalobjekte dokumentieren im Einzelnen die thematischen Bereiche:

*Der Aufstieg der NSDAP und ihr Weg zur Macht 1919–1933 | Der Weg zum „Anschluss“: Österreich 1918–1938 | Der „Anschluss“ | NS-Terror | Judenverfolgung | Die Deportation der österreichischen Jüdinnen und Juden | Widerstand (von politischem, organisiertem Widerstand über Widerstand in der Wehrmacht bis zum Resistenzverhalten Einzelner) | Die Kärntner SlowenInnen | Roma und Sinti – „Zigeuner“ im Nationalsozialismus | Die Verfolgung von homosexuellen Männern und Frauen | Zwangsarbeit ziviler AusländerInnen | KZ Mauthausen | NS-Medizin | Exil | Erinnerungskultur | Entnazifizierung und Ahndung von NS-Verbrechen in Österreich | Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus | Rechtsextremismus.*

Öffnungszeiten: Montag bis Mittwoch sowie Freitag 9.00 bis 17.00 Uhr, Donnerstag 9.00 bis 19.00 Uhr.

Unser Angebot an Führungen wurde 2010 verstärkt in Anspruch genommen. Anmeldung (für Gruppen ab fünf Personen) im Sekretariat des DÖW: Tel. 22 89 469/319.

● Die Medizin übernahm im Nationalsozialismus eine neue Aufgabe: die „Ausmerzungen“ von als „minderwertig“ qualifizierten Menschen. Personen mit Behinderungen oder psychischen Krankheiten, Angehörige sozialer Randgruppen und Unangepasste wurden verfolgt, eingesperrt und der Vernichtung preisgegeben. Die Heil- und Pflegeanstalt „Am Steinhof“ – das heutige Otto Wagner-Spital – wurde in den Jahren nach dem „Anschluss“ 1938

zum Wiener Zentrum der NS-Tötungsmedizin, die mindestens 7500 „Steinhof“-PatientInnen das Leben kosten sollte.

Ausgehend von den Geschehnissen auf dem Gelände der Anstalt „Am Steinhof“ dokumentiert die vom DÖW erstellte **virtuelle Ausstellung *Der Krieg gegen die „Minderwertigen“: Zur Geschichte der NS-Medizinverbrechen in Wien*** ([www.gedenkstaettesteinhof.at](http://www.gedenkstaettesteinhof.at); deutsch /englisch) bzw. eine vom DÖW betreute **Gedenkstätte im Otto Wagner-Spital** (Baumgartner Höhe 1, Pavillon V-Gebäude, 1140 Wien) die Hintergründe der Verbrechen und den Umgang damit bis in die jüngste Vergangenheit. In der Gedenkstätte werden kostenlose Führungen für Gruppen ebenso wie Gespräche mit ZeitzeugInnen angeboten; für Interessierte aus dem Ausland liegen dort die englischsprachigen Texte der Ausstellungswebsite auf. Aufgrund des großen Interesses ist die Gedenkstätte seit Oktober 2009 auch am Samstag für BesucherInnen geöffnet.

Die Ausstellung wurde 2008 mit Unterstützung der Stadt Wien, des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus sowie des Wiener Krankenanstaltenverbands völlig neu gestaltet.

Öffnungszeiten: Mittwoch bis Freitag (werktags) 10.00 bis 17.00 Uhr, Samstag (werktags) 14.00 bis 18.00 Uhr, an anderen Tagen und während der Schulferien nach Vereinbarung (Tel.: 22 89 469/319).

● Das DÖW betreut die **Gedenkstätte für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes 1938–1945** (Salztorgasse 6, 1010 Wien). Am Morzinplatz in Wien befand sich 1938–1945 im ehemaligen Hotel „Metropol“ das Hauptquartier der Gestapo-Leitstelle Wien, mit rund 900 Mitarbeitern eine der größten Gestapodienststellen NS-Deutschlands. In dem an dieser Stelle neu errichteten Haus, benannt nach dem Widerstandskämpfer und späteren Bundeskanzler Ing. Leopold Figl, erinnert die 1968 eröffnete Gedenkstätte an die Opfer des Nationalsozialismus.

Ende 2010 wurde die dringend nötige Renovierung des seit mehr als 40 Jahren bestehenden Gedenkraumes in Angriff genommen. Der Raum – als solcher bereits ein Zeitdokument – soll dabei in seiner grundlegenden Gestaltung erhalten bleiben, aber durch eine neue, den aktuellen Forschungsstand widerspiegelnde Ausstellung ergänzt werden. Zentrale Bezugspunkte bilden die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem österreichischen Widerstand in all seinen Facetten, aber auch historische Informationen über die Rolle der Gestapo-Leitstelle Wien als Institution des NS-Terrors und deren Involvierung in die Deportation der österreichischen Jüdinnen und Juden. Darüber hinaus soll mit der Einbeziehung der Geschichte des Hotels

„Metropol“ und des Schicksals seiner Besitzer bzw. Betreiber ein Teil der jüdisch-wienerischen Stadtgeschichte sichtbar gemacht werden.

Die Gedenkstätte wird im Frühjahr 2011 neu eröffnet werden. Nach der Eröffnung ist geplant, den Gedenkraum in das Vermittlungs- und Führungsprogramm des DÖW zu integrieren. Ein Internetportal soll weiterführende Informationen zur Gestapo-Leitstelle Wien und vor allem zu deren Opfern präsentieren.

## Förderverein / Spenden

Der 1994 gegründete *Verein zur Förderung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes* unterstützt das DÖW und seine diversen Projekte ideell und finanziell. Es gibt zwei mit dem begünstigten Bezug von DÖW-Publikationen verbundene Kategorien von Mitgliedsbeiträgen, und zwar zu EUR 22,- und ab EUR 72,-.

In den USA wurde im Herbst 2009 ein Verein der Freunde des DÖW (*American Friends of the Documentation Centre of Austrian Resistance*) gegründet, der privates Sponsoring ermöglichen soll.

Zuwendungen an das DÖW können gemäß Bescheid des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung nach § 4 a Z. 1 lit d oder e EStG 1988 von der Einkommensteuer abgesetzt werden. Auch Spenden an die Stiftung DÖW sind nach § 4 a Z. 1 lit d oder e EStG 1988 von der Einkommensteuer absetzbar.

## Kooperationpartner

Ohne die nationale und internationale Vernetzung des DÖW wäre die erfolgreiche Durchführung der Forschungsvorhaben und vieler anderer Aktivitäten des DÖW oft unmöglich. Im Zuge diverser Projekte ergaben sich u. a. Kooperationen mit folgenden Institutionen:

Akademie der Wissenschaften | Anti-Defamation League, New York bzw. Wien | Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten | Bundesministerium für Inneres, Mauthausen Memorial. KZ-Gedenkstätte Mauthausen | Bundesministerium für Inneres, Verfassungsschutz | Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung | Bundesministerium

für Unterricht, Kunst und Kultur, Abteilung Politische Bildung | Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, erinnern.at | Centre de Documentation Juive Contemporaine, Paris | Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Wien | European Center for Research and Action on Racism and Antisemitism/C. E. R. A., Paris | FFDJF (Les Fils et Filles des Déportés Juifs de France), Paris | Forschungsstelle Nachkriegsjustiz | Forschungsstelle Widerstandsgeschichte von FU Berlin und Gedenkstätte Deutscher Widerstand | Gesellschaft für politische Aufklärung | Historisches Museum der Stadt Wien | Institute for Jewish Policy Research, London | Institut für Geschichte der Medizin der Universität Wien | Institut für Konfliktforschung, Wien | Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien | International Conference of Labour and Social History (ITH) | Israelitische Kultusgemeinde Wien | Jüdisches Institut für Erwachsenenbildung | Jüdisches Museum der Stadt Wien | Jura-Soyfer-Gesellschaft | Karl-Franzens-Universität Graz, Abteilung Zeitgeschichte | Karl-Franzens-Universität Graz, Institut für Geschichte | Karl von Vogelsang-Institut/Institut zur Erforschung der Geschichte der christlichen Demokratie in Österreich | KZ-Gedenkstätte Buchenwald, Mittelbau-Dora, Nordhausen | KZ-Gedenkstätte Dachau | Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung | Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, Fürstenberg | Österreichische Gesellschaft für Exilforschung | Österreichische Gesellschaft für historische Quellenstudien | Philipps-Universität Marburg | Stadtschulrat für Wien | Terezinska Iniciativa (Institut Theresienstädter Initiative) | Theodor Kramer Gesellschaft | United States Holocaust Memorial Museum, Washington | Universitätsbibliothek Wien | Verein Gedenkdienst | Yad Vashem, Jerusalem.

Der Verein DÖW gehört zu den Gründungsorganisationen des Wiener Wiesenthal Instituts für Holocaust-Studien (VWI) und wird dort im Vorstand von der wissenschaftlichen Leiterin des DÖW Brigitte Bailer vertreten.

Brigitte Bailer gehört der österreichischen Delegation bei der ITF (Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research) an und ist dort Mitglied der Academic Working Group. Die ITF ist eine internationale Organisation, der derzeit 28 Staaten angehören. Diese sind sowohl durch Regierungsinstitutionen als auch durch NGOs vertreten. Die Arbeitsgruppen der ITF befassen sich mit den im Titel vorgegebenen Themen: Holocaust-Forschung, Erinnerung an und Bildung über den Holocaust. Der Vorsitz wechselt jährlich, 2008/09 war Österreich das Vorsitzland. Die österreichische Delegation besteht aus Vertretern und Ver-

treterinnen des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten, des Nationalfonds, des Unterrichtsministeriums, des Innenministeriums (KZ-Gedenkstätte Mauthausen), [erinnern.at](http://erinnern.at), der Akademie der Wissenschaften und des DÖW.

Weiters ist Brigitte Bailer Mitglied des Internationalen Beirats der Stiftung Topographie des Terrors in Berlin. 2008 wurde sie in eine neu gegründete österreichisch-russische Historikerkommission nominiert, die auf österreichischer Seite vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, vom Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung und vom Österreichischen Staatsarchiv mitgetragen wird. Das DÖW wurde aufgrund seiner Arbeiten zum Thema *Exil in der Sowjetunion* miteinbezogen. Brigitte Bailer ist im wissenschaftlichen Beirat des Wien Museums und in Nachfolge von Wolfgang Neugebauer im Internationalen Forum Mauthausen zur Beratung der für die KZ-Gedenkstätte zuständigen Abteilung im Innenministerium vertreten. Weiters ist sie Vorstandsmitglied des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung, des Vereins Industrieviertelmuseum, Wiener Neustadt und der Gesellschaft der Freunde der Österreichischen Exilbibliothek.

Am DÖW angesiedelt ist die Aktion gegen den Antisemitismus in Österreich ([www.gegendenantisemitismus.at](http://www.gegendenantisemitismus.at)), eine unabhängige, überparteiliche Vereinigung, die seit 1955 durch Veranstaltungen, Presseaussendungen und Publikationen auf antisemitische Äußerungen und Publikationen reagiert.

Gemeinsam mit der International Conference of Labour and Social History (ITH) wurde 2010 zum 7. Mal der nach dem Gründer und langjährigen Leiter des DÖW benannte Herbert-Steiner-Preis verliehen. Der Preis wird für unveröffentlichte Arbeiten zu den Themen *Widerstand / Verfolgung / Exil in der Zeit des Faschismus und Nationalsozialismus* sowie *Geschichte der Arbeiterbewegung* vergeben.

Christa Mehany-Miterrutzner

---

## AutorInnen

Marianne Baumgartner, Mag.<sup>a</sup>, Historikerin, Wien. Forschungsschwerpunkte: Biographieforschung, Historische Frauenforschung

Irene Filip, betreut das Archiv der österreichischen SpanienkämpferInnen im DÖW

Wolfgang Form, Dr., Politikwissenschaftler und Leiter des Forschungs- und Dokumentationszentrums Kriegsverbrecherprozesse an der Philipps-Universität Marburg/Lahn

Heide Gsell, Lehramtsstudium, ehemalige Leiterin des Geschichtsarchivs der Zeugen Jehovas in Österreich, Vorstandsmitglied Verein Lila Winkel, Leiterin des Geschichtsarchivs, Verein Lila Winkel ([www.lilawinkel.at](http://www.lilawinkel.at))

Heimo Halbrainer, Mag. Dr., Historiker in Graz, Leiter von CLIO – Verein für Geschichts- und Bildungsarbeit ([www.clio-graz.net/](http://www.clio-graz.net/)) und Projektmitarbeiter am Centrum für Jüdische Studien der Universität Graz

Timon Jakli, Mag., Literaturwissenschaftler und Historiker, derzeit Dissertationsprojekt über „Widerstand und Verfolgung der Zeugen Jehovas in Österreich 1933–1945“

Gerald Lamprecht, Mag. Dr., Historiker in Graz, Leiter des Centrums für Jüdische Studien der Universität Graz ([www.uni-graz.at/cjs-graz/](http://www.uni-graz.at/cjs-graz/))

Jonny Moser, Prof. Dr., Vorstandsmitglied des DÖW

Regula Nigg, Mag.<sup>a</sup>, Historikerin, Buenos Aires

Stephan Roth, Mag., Bibliothekar des DÖW

Hans Schafranek, Dr., Historiker, seit 1982 freier Mitarbeiter des DÖW, Forschungsschwerpunkte: Gestapo/Widerstand, Österreichische SA und SS vor 1938, Geheimdienstliche Operationen im Zweiten Weltkrieg

Ursula Schwarz, Dr.<sup>in</sup>, wissenschaftliche Mitarbeiterin des DÖW